Der Sozialismus

Digitized by Google

Digitized by Google

Der Sozialismus

Eine Untersuchung seiner Grundlagen und seiner Durchführbarkeit

Von
Viktor Cathrein S. J.

Zwölfte und dreizehnte Auflage
(26. bis 29. Tausend)

Freiburg im Breisgau 1920
Herder & Co. G. m. b. H. Verlagsbuchhandlung
Berlin, Karlsruhe, Köln, München, Wien, London, St. Louis Mo.

Digitized by Google

Imprimi potest

Aquisgrani, die 21 Novembris 1919

Ludovicus Kösters S. J.
Praep. Prov. Germ.

Imprimatur

Friburgi Brisgoviae, die 2 Martii 1920

Fritz, Vic. gen.

Von demſelben Verfaſſer erſchien 1919 im gleichen Verlage:
Sozialdemokratie und Chriſtentum oder Darf ein Katholik Sozialdemokrat ſein? 17.—21. Tauſend. 8° (34 S.) 90 *Pf.*

Alle Rechte vorbehalten

Buchdruckerei von Herder & Co. G. m. b. H. in Freiburg

Digitized by Google

Aus der Vorrede zur ersten Auflage.

Am 1. Oktober (1890) wurde das Sozialistengesetz begraben. Es war nur eine neue Form des alten Irrtums, mit äußeren polizeilichen Mitteln Ideen bekämpfen zu wollen. Der Fall des Sozialistengesetzes hat selbstverständlich nicht die Bedeutung eines Friedensschlusses mit der Umsturzpartei, er ist bloß ein Zurückführen des Kampfes auf den Boden des gemeinen Rechts. Nicht mit Polizeigewalt, sondern mit den Waffen des Geistes soll der Kampf ausgefochten werden. Diesem Zweck soll auch die vorliegende Schrift dienen.

In doppelter Weise muß der Sozialismus bekämpft werden: theoretisch und praktisch. Der Schwerpunkt liegt ohne Zweifel in der praktischen Bekämpfung der Sozialdemokratie, und hier gilt es vor allem, dem weiteren Umsichgreifen der Umsturzbewegung durch gründliche Sozialreformen den Boden zu entziehen, auf dem sie so üppig gedeiht.

Doch nicht um bloße Reformen ist es den Sozialdemokraten zu tun, sie wollen die ganze heutige, christliche Gesellschaftsordnung umstoßen und eine neue Gesellschaft auf andern Grundlagen aufbauen. Daß dieses Streben ungerecht, unmöglich und verderblich ist, werde ich in den folgenden Blättern beweisen. Auch diese theoretische Bekämpfung der Sozialdemokratie ist heute wichtig, ja einfachhin notwendig. Meine Aufgabe ist, wie aus dem Gesagten erhellt, eine rein kritische, negative. Wenn ich von positiven Reformvorschlägen nicht rede, so geschieht es bloß deshalb, weil sie nicht zu meinem Gegenstande gehören.

In bezug auf die Art und Weise der Behandlung wird es vielleicht manchem scheinen, ich hätte mich zu sehr in alle Einzelheiten des sozialistischen Systems eingelassen. Allein mit einer Widerlegung in Bausch und Bogen ist es nicht getan. Es ist ja leicht, sich in allgemeinen Ausrufen über sozialistische Utopien zu ergehen, die

Digitized by Google

sozialistischen Vorschläge mit vornehmer Verachtung zu behandeln oder ins Lächerliche zu ziehen. Damit ist aber wenig geholfen. Man muß sich vielmehr an der Hand der sozialistischen Schriften nach Möglichkeit in das ganze System hineindenken, die Grundlagen, auf denen es ruht, untersuchen, die Hauptforderungen, die es stellt, einzeln und im Zusammenhang mit den übrigen prüfen. Das ist aber keine leichte Arbeit, um so mehr, da die Sozialisten nicht in allen Forderungen miteinander übereinstimmen und sich innerhalb des Systems oft verschiedene Möglichkeiten ausdenken lassen, die im einzelnen untersucht sein wollen.

... Mir war es um eine wissenschaftliche, wenn auch möglichst kurze, klare und gemeinverständliche Auseinandersetzung und Widerlegung des Sozialismus zu tun.

Exaeten bei Roermond, Oktober 1890.

Aus der Vorrede zur siebten Auflage.

Für die vorliegende Auflage wurden namentlich die Schriften von K. Marx und Fr. Engels, der eigentlichen geistigen Führer des „wissenschaftlichen" Sozialismus, wieder eingehend berücksichtigt. Nur aus diesen Schriften wird das offizielle sozialdemokratische Programm vollkommen verständlich. Schon in bezug auf die früheren Auflagen haben die Sozialisten selbst anerkannt, daß meine Darlegung der Marxschen Ansichten genauer sei als die der meisten andern Gegner des Sozialismus[1]. In der vorliegenden Auflage hat namentlich die „materialistische Geschichtsauffassung", die Hauptgrundlage des Marxismus, eine gänzliche Umarbeitung und bedeutende Erweiterung erfahren. Der Reihe nach werden die verschiedenen Theorien, aus denen sich diese materialistische Geschichtsauffassung zusammensetzt, geprüft.

[1] „Des Verfassers Verständnis der sozialistischen Theoretiker, so ungenügend es ist, unterscheidet ihn doch vorteilhaft von den Fortschrittlern, die sich in diesem Punkte merkwürdig verbohrt zeigen. Die Marxsche Theorie ist von Cathrein besser wiedergegeben als von einem der fortschrittlichen ‚Sozialistentöter'. Der Verfasser hat die Bücher, über die er schreibt, wenigstens gelesen." So K. Kautsky in der sozialistischen Zeitschrift „Die Neue Zeit", Jahrg. 1890—1891, II 637. Daneben fehlt es natürlich nicht an Ausfällen auf die „Pfaffen". Nur niedriger Egoismus soll die Triebfeder der kirchlichen Tätigkeit sein!

Digitized by Google

Ein Rezensent hat mir vorgeworfen, ich hätte mehr die äußersten Konsequenzen und die Phantastereien eines Bebel als die Hauptforderungen des Sozialismus berücksichtigt. Mit aller Entschiedenheit muß ich das bestreiten. Ich habe nur die notwendigen Folgerungen aus den Hauptforderungen der Sozialisten gezogen, um deren Unhaltbarkeit nachzuweisen. Es ist unerläßlich, im einzelnen die Folgerungen zu prüfen, zu denen die sozialistischen Grundsätze notwendig führen.

Gerade dadurch locken die sozialistischen Wanderredner so viele in ihre Falle, daß sie sich bloß in allgemeinen Redensarten bewegen. Der Arbeiter findet es sehr annehmbar, wenn man ihm sagt: „Du, hör mal, es ist doch unbillig, daß die Kapitalisten allein alles besitzen und sich mit unserem Schweiße bereichern; es ist ungerecht, daß die Reichen, die nichts tun, prassen, während wir, die wir hart arbeiten, mit leeren Händen ausgehen. Wir verlangen, daß die Arbeitsmittel allen gehören, und der Fabrikherr, anstatt zu schlemmen, mit uns arbeite. Dann brauchen wir weniger zu arbeiten und können besser essen und trinken."

Welcher ungebildete Arbeiter, ja welcher Halbgebildete vermag die Unmöglichkeit oder Ungerechtigkeit solch allgemeiner Vorspiegelungen klar zu durchschauen? Will man den Sozialismus gründlich widerlegen, so muß man die einzelnen konkreten Konsequenzen darlegen, zu denen seine Hauptforderungen notwendig führen. Das ist es, was ich getan habe, und gerade diesem Umstande schreibe ich hauptsächlich die günstige Aufnahme zu, welche meine Schrift in weiten Kreisen gefunden hat[1].

Vorwort zur zwölften und dreizehnten Auflage.

Es ist jüngst behauptet worden, der Sozialismus habe sich in seiner extremen Gestaltung, in der allgemeinen Verstaatlichung und Bewirtschaftung der Produktionsmittel als undurchführbar erwiesen. Soll damit gesagt sein, die Sozialdemokraten hätten sich von der Undurchführbarkeit ihrer Zukunftspläne überzeugt, so ist die

[1] Dieselbe ist schon ins Spanische, Französische, Englische, Italienische, Polnische, Flämische, Holländische, Böhmische, Ungarische und Russische übersetzt.

Digitized by Google

Behauptung leider nicht richtig. Es gibt einige hellere Köpfe unter den Sozialisten — wie Eduard Bernstein, Philipp Scheidemann u. a. —, die die Verstaatlichung aller Produktionsmittel und die Beseitigung aller Privatunternehmungen als Utopie anerkannt und aufgegeben haben. Aber die große Mehrheit der deutschen Sozialisten steht keineswegs auf diesem Standpunkt, und das gilt auch von den Mehrheitssozialisten.

Zwar haben diese, seitdem sie am Ruder sind, eingesehen, daß eine plötzliche Überführung der heutigen Gesellschaft in die sozialistische Gemeinwirtschaft durch die Diktatur des Proletariats und die Räteregierung, wie sie von den Unabhängigen und den Kommunisten (Spartakiden) gefordert wird, ein Wahnsinn wäre und russische Zustände herbeiführen müßte, namentlich im gegenwärtigen Augenblick, wo die wirtschaftlichen Zustände in Deutschland ganz danieder liegen, dabei halten sie aber unentwegt an ihrem sozialistischen Endziele fest.

Das Erfurter Programm ist noch heute das offizielle Programm der Mehrheitssozialisten. Auf dem Parteitage zu Weimar (1919) wurde es nicht aufgehoben, sondern ergänzt. Im Frühjahr 1919 wurde vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands eine Broschüre herausgegeben unter dem Titel: „Was ist, was will der Sozialismus?" Darin werden klipp und klar die alten sozialistischen Ziele proklamiert, die im Erfurter Programm enthalten sind. Man täusche sich auch nicht, die sozialistischen Führer haben ihre Anhänger jahrzehntelang so verhetzt und ihnen in allen Formen das Zukunftsparadies vorgegaukelt, daß diese sich mit einigen kleinen Reformen nicht zufrieden geben werden. Sie werden diese Reformen nur als Abschlagszahlung betrachten und bald durch weitere Forderungen übertrumpfen. Schon jetzt ist es den sozialistischen Führern an der Regierung kaum möglich, die ungeduldigen Massen im Zaume zu halten, und die Unabhängigen und die Spartakiden tun das Ihrige, um dieselben immer von neuem zu verhetzen. Man gebe sich deshalb keinen trügerischen Hoffnungen hin. Noch jüngst, am 10. Februar 1920, schrieb der „Vorwärts" (Nr. 74), unter Ablehnung des Bolschewismus vom „Kampf um den Sozialismus — denn daß wir vom Sozialismus noch weit entfernt sind und um ihn noch einen langen, zähen Kampf kämpfen müssen, darüber sind wir Sozialisten uns ja alle klar".

Digitized by Google

Viele bürgerliche Kreise riefen in letzter Zeit mit großem Eifer zum Kampf gegen den „Kapitalismus" auf. Ich glaube aber, daß augenblicklich der Kampf gegen den Sozialismus viel notwendiger ist. Wenn einmal in Deutschland die Landwirtschaft, die Industrie, der Handel und das Verkehrswesen wieder in geordnete Bahnen eingelenkt haben und gedeihen, mag man den Kampf gegen die Auswüchse des Kapitalismus in Angriff nehmen, aber bei dem gegenwärtigen Daniederliegen aller wirtschaftlichen Verhältnisse wird man durch Sozialisierung und andere sozialistische Experimente nichts erreichen, als daß man die ehrlichen Unternehmungen am Emporkommen hindert, dagegen unlautere Machenschaften, Schleichhandel u. dgl. begünstigt.

In dieser neuen Auflage wurde die vorliegende Schrift wieder ganz durchgearbeitet. Einige Abschnitte wurden gekürzt, andere erweitert und ergänzt. Die Geschichte des Sozialismus wurde bis zur Gegenwart fortgeführt. Auch die neueste Literatur wurde nach Möglichkeit berücksichtigt. Dabei blieb es nach wie vor das Bestreben des Verfassers, alle zur Beurteilung des Sozialismus wesentlichen Gesichtspunkte in möglichster Kürze zusammenzustellen, um dem Leser einen klaren Einblick in die sozialistische Gedankenwelt zu ermöglichen, ohne daß er es nötig hätte, sich durch den ganzen fast unübersehbaren Wust der sozialistischen Literatur durchzuarbeiten.

Ich hatte erwartet, die Sozialisten würden mich gründlich zu widerlegen suchen. Das ist aber nicht geschehen. Sie haben sich damit begnügt, mich zu verhöhnen. So brachten die „Sozialistischen Monatshefte" (1919, S. 668) eine längere Besprechung, die nichts Sachliches, sondern nur Spott „über dogmatisch-verbissene Parteilichkeit", „Autoritätsdressur" enthält. Höhnen und Spotten ist eben leichter als widerlegen.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" (Nr. 407 vom 23. August 1919) ist mir eingewendet worden, die rein negative Stellungnahme zur sozialistischen Bewegung reiche nicht mehr aus, auch in katholischen Kreisen habe man vielfach bereits „ein positiveres Verhältnis zum Sozialismus". Worin dieses Verhältnis besteht, wird nicht genauer angegeben. Nun ist allerdings richtig, daß mir auch in katholischen Schriften schon Äußerungen begegnet sind, welche eine bedenkliche Nachgiebigkeit gegen sozialistische Forderungen verraten und sich schwer mit dem von der obersten kirchlichen Autorität

Digitized by Google

eingeschärften Grundsatz vereinigen lassen, „daß das Privateigentum unantastbar und unverletzlich sei.“ Einige Bemerkungen darüber findet der Leser in der „Schlußbetrachtung“.

Soll aber mit dem positiven Verhältnis zur Sozialdemokratie nur gesagt sein, die bloße Widerlegung und Ablehnung des Sozialismus genüge nicht, heute sei vielmehr ein positiver Aufbau der zusammengebrochenen Gesellschaftsordnung mit Wahrung des Privateigentums dringend notwendig, so bin ich ganz damit einverstanden. Das zu leugnen fiel mir im Traume nicht ein. Ganz im Gegenteil, ich bin von der Notwendigkeit einer gründlichen sozialen Reform fest überzeugt. Wenn ich hier von derselben nicht rede, so kommt das einfach daher, weil sie nicht zu meinem Gegenstande gehört. Jede Schrift will nach ihrem Zweck beurteilt werden. Der „Neubau“ der Gesellschaft umfaßt viele und schwierige Probleme, die sich nicht auf ein paar Seiten gründlich lösen lassen.

Wer meine Ansichten über die positiven Reformen kennenlernen will, findet sie im zweiten Bande meiner „Moralphilosophie“ (5. Aufl., S. 613 ff.). Übrigens haben wir heute an Werken, die sich mit diesen positiven Reformen befassen, keinen Mangel mehr. Ich verweise beispielshalber — um nur katholische Schriften zu erwähnen — auf Biederlack, Die soziale Frage (8. Aufl., 1913); Retzbach, Leitfaden für soziale Praxis (11. u. 12. Tsd., 1920); Engel, Grundriß der Sozialreform (1907), und auf das großangelegte, gründliche Werk von H. Pesch, Lehrbuch der Nationalökonomie (2. u. 3. Aufl.) usw.

Valkenburg, Holland, am 15. Februar 1920.

Der Verfasser.

Digitized by Google

Inhalt.

Seite

Aus der Vorrede zur ersten Auflage v
Aus der Vorrede zur siebten Auflage vi
Vorwort zur zwölften und dreizehnten Auflage vii

Erster Abschnitt.

Begriff und Geschichte des Sozialismus.

Erstes Kapitel.

Begriff des Sozialismus. Sein Verhältnis zum Kommunismus und Anarchismus.

I. Anarchismus 2
II. Gemeindekommunismus 5
III. Sozialismus 6

Zweites Kapitel.

Geschichte des Sozialismus bis zur Gründung der heutigen sozialistischen Parteien.

§ 1. Der Sozialismus im Altertum und Mittelalter . . . 12
§ 2. Die Ursachen des modernen Sozialismus 17
§ 3. Die Pioniere des modernen Sozialismus 21
§ 4. Der Hauptbegründer des modernen Sozialismus: Karl Marx 29
A. Geschichtliches 29
B. Die „wissenschaftlichen" Grundlagen des Marxschen Systems 32
I. Die Marxsche Methode 34
II. Der Inhalt des Marxschen Systems: der historische Materialismus 37
III. Das Ziel oder die Schlußfolgerung 43
1. Der Wert 43
2. Der Mehrwert. Das Geheimnis der Plusmacherei . 43
3. Verwandlung des Mehrwertes in Kapital, der Akkumulationsprozeß des Kapitals und die industrielle Reservearmee 45

Digitized by Google

Seite
4. Größe des Mehrwertes; sein Verhältnis zum Profit 47
5. Das Ende der kapitalistischen Produktionsweise . 50
6. Die zukünftige Gesellschaft nach der Idee von Marx 51

Drittes Kapitel.

Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Erster Artikel. Von der Gründung der Partei bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes (1864—1890) . . . 53
Zweiter Artikel. Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie von 1890 bis zum Ausbruch des Weltkrieges . . 58
§ 1. Äußere Entwicklung und Organisation 58
§ 2. Innere Entwicklung 67
I. Die Revision des Parteiprogramms 67
II. Revolutionismus oder Evolutionismus . . . 72
III. Orthodoxer Marxismus und Revisionismus . . 79
IV. Die Frage der Budgetbewilligung 91
V. Die politische Partei und die Gewerkschaften . . 95
VI. Akademiker und Proletarier 101
Dritter Artikel. Die deutsche Sozialdemokratie seit Ausbruch des Weltkrieges 104
§ 1. Die Spaltung der Partei 104
§ 2. Vom Würzburger Parteitag (14.—20. Oktober 1917) bis zur Gegenwart 110
§ 3. Das neue Aktionsprogramm der Mehrheitspartei . . 115
I. Politische Forderungen 115
II. Forderungen für den Übergang zur Friedenswirtschaft 116
III. Sicherstellung des Arbeitsmarktes nach dem Kriege . 116
IV. Beteiligung der Arbeiter an der Übergangsorganisation 117
V. Maßnahmen gegen monopolistische Wirtschaftsgebilde . 117
VI. Handelspolitische Forderungen 118
VII. Finanz- und Steuerreform 118
VIII. Sozialpolitische Forderungen 119
IX. Kommunalpolitische Forderungen 119
Forderungen der Unabhängigen 124
Ziele des Spartakistenbundes 125

Viertes Kapitel.

Geschichte der sozialistischen Parteien außerhalb Deutschlands.

§ 1. Frankreich 130
§ 2. Österreich 145

Digitized by Google

Seite

§ 3. Italien 153
§ 4. Belgien 159
§ 5. England 163
§ 6. Schweiz 166
§ 7. Holland 169
§ 8. Dänemark und Skandinavien 173
§ 9. Spanien und Portugal 176
§ 10. Rußland 177
§ 11. Vereinigte Staaten von Nordamerika 183
§ 12. Internationale Organisation 186

Zweiter Abschnitt.

Prüfung der wissenschaftlichen Grundlagen des Sozialismus.

Erstes Kapitel.

Die materialistische Geschichtsauffassung und die Marxsche Mehrwerttheorie 191

Erster Artikel. Die materialistische Geschichtsauffassung als allgemeine Geschichtstheorie 192

§ 1. Der materialistische Monismus 193
§ 2. Wirtschaft und Ideologie 202
§ 3. Der stetige Entwicklungsprozeß 214
§ 4. Entwicklungsprozeß und Wirtschaft 219
§ 5. Entwicklung und Klassengegensätze 229

Zweiter Artikel. Die Verwertung der materialistischen Geschichtsauffassung zur Begründung des Sozialismus . . 232

§ 1. Die Marxsche Wert- und Mehrwerttheorie . . . 234
§ 2. Konzentration der Betriebe 253
I. Industrie 253
II. Handwerk 258
III. Landwirtschaft 260
§ 3. Wachsende Konzentration und Akkumulation des Kapitals und wachsendes Elend der Massen 270
§ 4 Zusammenbruchs- und Krisentheorie 284
§ 5. Industrielle Reservearmee 285
§ 6. Revisionismus und Marxismus 288
I. Charakteristik des Revisionismus 288
II. Beurteilung des Revisionismus 294

Digitized by Google

Seite

Zweites Kapitel.

Die übrigen Grundlagen des Sozialismus.

Erster Artikel. Die Gleichberechtigung aller Menschen . . 297
§ 1. Die extreme Gleichheitsforderung 298
§ 2. Die gemäßigte Gleichheitsforderung 305

Zweiter Artikel. Das eherne Lohngesetz 309

Dritter Artikel. Die einseitige Betonung des wirtschaftlichen Lebens 315

Vierter Artikel. Stellung des Sozialismus zur Religion . 317
§ 1. Die Grundlehren des Sozialismus sind mit der Religion unvereinbar 317
§ 2. Die Religionsfeindlichkeit des Sozialismus bewiesen durch ausdrückliche Zeugnisse 330
I. Zeugnisse deutscher Sozialdemokraten 330
II. Zeugnisse außerdeutscher Sozialisten 344

Fünfter Artikel. Die Wurzeln und Quellen des Sozialismus. Verhältnis des Sozialismus zum Liberalismus oder Naturalismus 346

Dritter Abschnitt.

Ungerechtigkeit und Unmöglichkeit des Sozialismus.

Erstes Kapitel.

Ungerechtigkeit des Sozialismus.

Erster Artikel. Das Privateigentum ist im Naturrecht begründet 356

Zweiter Artikel. Die Lehre Papst Leos XIII. über das Privateigentum 360

Zweites Kapitel.

Unmöglichkeit des Sozialismus.

Erster Artikel. Erledigung einiger Vorfragen 368
§ 1. Das sozialdemokratische Versteckenspielen 368
§ 2. Die Grundzüge des „Zukunftsstaates“ 378
§ 3. Nähere Bestimmung der Streitfrage 391

Digitized by Google

Seite

Zweiter Artikel. Organisation der Produktion . . . 394
§ 1. Vergesellschaftung des Produktiveigentums 394
§ 2. Bedarfsbestimmung 403
§ 3. Verteilung der Arbeitskräfte 414
§ 4. Verteilung der Arbeit. Berufswahl 419
§ 5. Einige unmögliche Auswege 423
§ 6. Widerlegung einer Einwendung 432
§ 7. Unmöglichkeit der staatlichen Organisation aller Arbeiten . 434

Dritter Artikel. Ertragshöhe und Fortschritt im Sozialismus 437
§ 1. Sozialistische Träume 437
§ 2. Arbeitsamkeit und Wirtschaftlichkeit im Sozialismus . . 440
§ 3. Fortschritt im Sozialistenstaat 450
§ 4. Kunst und Wissenschaft im Sozialismus 453
§ 5. Preßfreiheit u. dgl. im Sozialismus 456

Vierter Artikel. Die Verteilung des Arbeitsproduktes . . 458
§ 1. Die Kopfzahl 461
§ 2. Die Arbeitszeit 463
§ 3. Die Leistung 466
§ 4. Der Fleiß 471
§ 5. Das Bedürfnis 472

Fünfter Artikel. Die Internationalität des Sozialismus . 472
§ 1. Der Sozialismus ist, wenn überhaupt, nur international durchführbar 472
§ 2. Die sozialistische Botschaft vom „ewigen Frieden" . . 476

Sechster Artikel. Die Familie der sozialistischen Gesellschaft . 478
§ 1. Die Ehe 479
§ 2. Erziehung und Unterricht 489

Siebter Artikel. Widerlegung einiger Einwände . . . 492
§ 1. Der Kommunismus der religiösen Orden 492
§ 2. Die modernen großen Fabrikbetriebe 493
§ 3. Die Aktiengesellschaften 498

Schlußbetrachtung 500

Personen- und Sachregister 517

Digitized by Google

Digitized by Google

Erster Abschnitt.

Begriff und Geschichte des Sozialismus.

Erstes Kapitel.

Begriff des Sozialismus. Sein Verhältnis zum Kommunismus und Anarchismus.

Vor allem müssen wir uns darüber klar werden, was man unter Sozialismus zu verstehen hat. Oft werden Sozialismus und Kommunismus als gleichbedeutende Ausdrücke gebraucht; sie sind es aber keineswegs. Kommunismus hat eine weitere Bedeutung als Sozialismus. Unter Kommunismus im weitesten Sinne versteht man jedes System, durch welches irgendwie Gütergemeinschaft (communio bonorum) oder auch Gemeinwirtschaft eingeführt werden soll. Plato schlägt in seinen Schriften eine Staatseinrichtung vor, in der alle Besitzgüter allen gemeinsam sein sollen. Man nennt sie deshalb kommunistisch.

Dieser Kommunismus läßt mannigfaltige Formen zu. Die wichtigsten sind folgende:

1. Der negative Kommunismus begnügt sich mit der Leugnung des Privateigentums. Alle Güter sollen gleichmäßig zu jedermanns Verfügung stehen. Dieser Kommunismus hatte in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts einen eifrigen Apostel an Moses Heß (1812—1875). Unbeschränktes Genußrecht eines jeden, keinerlei Verpflichtung zur Arbeit, aber eifrige Produktion aller aus Interesse für die Gesamtheit, das waren die Hauptsätze seines Evangeliums [1]. Heute

[1] Das er besonders in den Schriften „Philosophie der Tat" und „Sozialismus" (1843) entwickelt. Über Heß vgl. Handwörterbuch der Staatswissenschaften², Artikel „Anarchismus".

Digitized by Google

wird dieser törichte Kommunismus unseres Wissens von niemand mehr befürwortet, weil es gar zu offenbar ist, daß bei einem solchen System, wo niemand andere von dem Gebrauche seiner Sachen auszuschließen das Recht hat, jeder Antrieb zur Arbeit fehlen, folglich bald Mangel an allem Nötigen und die größte Unordnung eintreten müßte. Wer würde z. B. einen Acker bebauen, wenn alle andern nach Belieben ihm die Ernte wegnehmen könnten?

2. Der positive Kommunismus will die materiellen Güter ganz oder teilweise an irgendein Gemeinwesen übertragen, so daß dieses ihr eigentlicher Eigentümer wird und ihre Verwaltung und Verteilung übernimmt. Derselbe kann wieder zweifacher Art sein:

a) Der extreme positive Kommunismus will alle Güter ohne Ausnahme an irgendein Gemeinwesen übertragen und gemeinsame Produktion und Benutzung der Güter einführen (gemeinsame Mahlzeiten, Schlafstätten, Krankensäle usw.). Dieses System war das Ideal der älteren Kommunisten (mehrerer religiöser Sekten).

b) Der gemäßigte positive Kommunismus will nur das Privateigentum an Produktivgütern oder Produktionsmitteln abschaffen und es an ein Gemeinwesen übertragen.

Unter Produktionsmitteln sind hier alle Güter zu verstehen, die zur Hervorbringung oder Erzeugung neuer Güter dienen: Grund und Boden, alle Arten von Rohstoffen, Fabriken, Maschinen, Werkzeugen und Verkehrsmitteln, kurz, alle Güter, die nicht unmittelbar zum Genusse bestimmt sind. Nur dieser gemäßigte positive Kommunismus hat heute noch Anhänger. Er zerfällt in drei wesentlich verschiedene Gruppen: den Anarchismus, den Gemeinde- oder Munizipalkommunismus und den eigentlichen Sozialismus (Kollektivismus).

I. Anarchismus.

Der Anarchismus (anarchistischer Kommunismus) will das Eigentum an den Produktionsmitteln an autonome Arbeitergruppen übertragen; in diesen Gruppen, die bloß durch ein Bündnis (föderativ) miteinander verbunden wären, soll jeder seinen vollen Arbeitsertrag erhalten. Außerdem sollen alle staatlichen Funktionen aufhören. Die Anarchisten wollen die Freiheit und Gleichheit aller

Digitized by Google

voll und ganz zur Wirklichkeit bringen. Trotzdem bedeutet Anarchismus nicht Anarchie und Unordnung. Fragt man, wie denn die Ordnung zustande kommen solle ohne staatliche Funktionen, ohne Gesetzgebung, Gericht, Polizei, Verwaltung u. dgl., so weisen die Anarchisten vor allem auf die in der Natur wirksamen sozialen Gesetze hin, welche von selbst die Harmonie aller Interessen und das gemeinsame Glück hervorbringen werden, wenn man die Naturkräfte frei schalten läßt, ohne ihnen künstliche Hemmnisse entgegenzustellen. Alles Übel kommt vom Staat oder der positiven durch ihn sanktionierten Ordnung. Wird diese künstliche Ordnung beseitigt und die Gesellschaft auf ihre natürliche Grundlage gestellt, so wird das Reich der Harmonie von selbst erstehen. Sodann vertrauen die Anarchisten auf die moderne Entwicklungstheorie, welche die von den künstlichen Schranken befreite Menschheit von Vollkommenheit zu Vollkommenheit führen werde. Namentlich hoffen sie auf das lebhafte Gefühl der Solidarität und des Gemeinsinns, das nach Abschaffung der Klassen und aller Herrschaftsverhältnisse die Menschheit beherrschen werde. Alle werden eifersüchtig darüber wachen, daß sich jeder frei nach seinem Belieben bewegen könne, solange er dadurch niemand ungerecht schädigt. Das einzige soziale Band sind also nach anarchistischer Lehre die freien Verträge — mit Ausschluß der staatlichen Zwangsgewalt[1].

Die Anarchisten verschmähen außerdem im Gegensatz zu den Sozialisten die sog. politischen Mittel, um zu ihrem Ziele zu gelangen, z. B. Beteiligung an den Wahlen und an parlamentarischen Verhandlungen. Sie setzen ihr Hauptvertrauen auf die Propaganda ihrer Ideen durch die Presse, durch öffentliche Versammlungen, von Mann zu Mann. Dieser Propaganda sollen auch die Attentate dienen, welche Schrecken verbreiten und die öffentliche Aufmerksamkeit auf die anarchistischen Ideen lenken. Von dieser Propaganda der Tat erhoffen sie auch ein rascheres Ende der heutigen Gesellschaft. Schon P. J. Proudhon († 1865) hat die anarchistischen

[1] Siehe Jahrbücher für Nationalökonomie, 3. Folge, XII (1896) 137. Es gibt auch Anarchisten, welche den Staat abschaffen und doch das Privateigentum bestehen lassen wollen.

Digitized by Google

Prinzipien größtenteils ausgesprochen[1] und nach ihm Max Stirner (Pseudonym für Kaspar Schmidt, † 1857[2]); aber als eigentlicher Gründer der anarchistischen Partei ist wohl der Russe Michael Bakunin († 1876) anzusehen. Im einzelnen ist übrigens die Theorie des Anarchismus wenig ausgebildet, und die Ansichten der Anarchisten weichen sehr voneinander ab. Bekannte Anarchisten sind noch der russische Fürst Peter Krapotkin, der Geograph Élisée Reclus, der frühere Sozialist J. Most und der Dichter John Henry Mackay[3].

Anfang Mai 1901 richteten die deutschen Anarchisten als Ergebnis ihres Kongresses in Bietigheim (Baden) ein Manifest an die revolutionären Arbeiter Deutschlands, in dem sie zum erstenmal ein Programm für ihre Partei aufstellten.

„Die heutige Gesellschaftsordnung", so heißt es darin, „ist auf dem System der Beherrschung und Ausbeutung aufgebaut und wird der arbeitenden Klasse keinerlei Konzessionen machen; die sozialpolitischen Gesetze werden nur erlassen, um die Arbeiter in der Zufriedenheit zu erhalten und irrezuführen, sie wirken meist schädlich. Deshalb verwerfen die Anarchisten die Teilnahme an den Parlamenten und gesetzgebenden Körperschaften des Staates. Die revolutionären Arbeiter erstreben die Überführung des Grund und Bodens, der Produktionsmittel und aller kulturellen Errungenschaften in Gemeineigentum. Ihr Ziel ist die freie sozialistische Gesellschaft, in der jeder Mensch nach seiner natürlichen Veranlagung leben und sich betätigen kann. Trotz der großen Verfolgungen seitens der Staats-, Geld- und Parteimenschen kämpfen die revolutionären Arbeiter unentwegt für ihr Ziel. Die ‚Föderation der Revolutionären' erstrebt dies durch Aufklärung, Bildung, revolutionäres Denken und Fühlen, durch Unterstützung der anarchistischen Presse und Literatur, durch Errichtung von Diskutierklubs u. dgl. Die Arbeiter sollen zum wirtschaftlichen Kampf erzogen werden, Organisationen schaffen, Konsumvereine und Produktivgenossenschaften gründen, um so die Produktion und Konsumtion in die Hand zu bekommen und die Sozialisierung zu beschleunigen. ‚Das sind

[1] Über Proudhon vgl. A. Menger, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag (1891) 73 ff.

[2] Der Einzige und sein Eigentum (1844); neu herausgegeben von Reclam.

[3] Die Anarchisten (Zürich 1891).

Digitized by Google

unsere Anschauungen, unser Ziel und unser Weg. Wir kämpfen dafür mit der Überzeugung, zu siegen. Dieser Sieg bedeutet Freiheit und Wohlstand dem ganzen Volke.'" [1]

Neben den theoretischen gibt es auch praktische Anarchisten, denen es um theoretische Erörterungen herzlich wenig zu tun ist. Sie wollen alle staatliche Organisation und jede Autorität von Grund aus zerstören (ni Dieu ni maître); was dann zu geschehen habe, werde sich von selbst finden. Eine solche Ansicht paßt nur für hirnverbrannte Köpfe.

Von den Anarchisten zu unterscheiden sind die französischen Kommunisten, welche die politische Unabhängigkeit der Gemeinden (Kommunen) erstreben, ohne deshalb allgemein das Privateigentum abschaffen zu wollen. Unter Kommunarden versteht man in Frankreich die Anhänger der Kommune von 1871 [2].

Eine spezifisch russische Erscheinung war der Nihilismus, der zwar auch viele Anarchisten zu seinen Anhängern zählte, aber an sich bloß eine politisch-revolutionäre Partei war und mit der Beseitigung des absoluten Zarenregiments verschwunden ist.

II. Gemeindekommunismus.

Der Gemeindekommunismus (auch Munizipalsozialismus genannt), wie ihn z. B. Anton Menger befürwortet [3], will im Unterschied zum Anarchismus den Staat mit seinen politischen Funktionen erhalten, aber die einzelnen Gemeinden zu selbständigen Trägern des Produktiveigentums und der Wirtschaft machen. Die Gemeinden würden als selbständige Individualitäten einander gegenüberstehen und unter Oberaufsicht des Staates Waren und Dienstleistungen untereinander austauschen. Das Geld und die Herrschaft von An-

[1] Vgl. Germania 1901, Nr. 101, Beilage.

[2] Über den Anarchismus vgl. G. Adler, Artikel „Anarchismus" im Handwörterbuch der Staatswissenschaften[2]; Stammler, Die Theorie des Anarchismus (1894); Bernstein, Die soziale Doktrin des Anarchismus (Die Neue Zeit 10. Jahrg. II); Zenker, Der Anarchismus, Kritik und Geschichte der Theorie des Anarchismus (1895); Dunin-Borkowski, Die Weltanschauung der Anarchisten (Stimmen aus Maria-Laach LVI 172 ff. 365 ff. 499 ff.).

[3] Neue Staatslehre[2] (1904) 100 192 ff.

Digitized by Google

gebot und Nachfrage bliebe unter den Gemeinden bestehen. Nur jene wirtschaftlichen Tätigkeiten und Vermögensgegenstände, die sich notwendig auf viele Gemeinden beziehen, wie Post, Telegraph, Eisenbahnen u. dgl., würden dem Staate zugewiesen.

Innerhalb der Gemeinde hat jedes Glied das Recht auf Existenz, aber auch die Arbeitspflicht [1]. Erst nachdem das Recht auf Existenz jedes einzelnen vollständig verwirklicht ist, könnten die feineren Bedürfnisse der höheren Klassen befriedigt werden. Die Gemeinden würden die Arbeiten den einzelnen zuweisen, die Arbeitszeit regeln und die Arbeitsprodukte nach den Bedürfnissen verteilen. Wer über die allgemein vorgeschriebene Arbeitszeit hinaus arbeiten will, erhält ein Recht auf höhere Genüsse.

Menger meint selbst, dieser Gemeindekommunismus sei nur ein Übergangsstadium, das in ferner Zukunft zu einer höheren Gesellschaftsordnung führen werde. „Im dunkelsten Hintergrund dieses Gesichtskreises, im fernen Nebel der Zukunft zeigt sich dem forschenden Blick ein sozialer Zustand, in dem das ganze Menschengeschlecht einen Bund von gleichberechtigten Brüdern ohne politische und wirtschaftliche Gegensätze bilden wird." [2]

Wenn die Gemeinden ganz selbständig wirtschaften dürfen, bleibt die freie Konkurrenz unter ihnen bestehen und folglich ist die Produktionsanarchie nicht gehoben, sondern nur verschoben. Soll also der Staat den einzelnen Gemeinden das Arbeitspensum zuweisen? Dann ist es mit dem Gemeindekommunismus aus. Sollen ferner die Gemeindeglieder beliebig in andere Gemeinden auswandern dürfen? Dann würde der Zuzug zu den besser situierten Gemeinden wohl gar zu groß. Menger sieht sich denn auch genötigt, die Freizügigkeit stark zu beschneiden.

III. Sozialismus.

Der Sozialismus (sozialistische Kommunismus) will alle Produktivgüter in Gemeingut der Gesellschaft (des Staates) verwandeln und sowohl die Produktion als die Verteilung des Produktionsertrages planmäßig durch den Staat organisieren. Weil die

[1] Neue Staatslehre [2] 98. [2] Ebd. 198.

Digitized by Google

modernen Sozialisten, vorab die Anhänger von Karl Marx, diese Organisation auf vollkommen demokratischer Grundlage verwirklichen wollen, nennen sie sich Sozialdemokraten und ihr System Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie ist also, kurz definiert, jenes volkswirtschaftliche System, welches unveräußerliches gesellschaftliches Gemeineigentum aller Arbeitsmittel einführen und die gesamte Produktion und Verteilung der wirtschaftlichen Güter durch den demokratischen Staat organisieren will[1].

Den Beweis für die Richtigkeit dieser Definition werden unsere Ausführungen erbringen. Wir nennen den Sozialismus ein volkswirtschaftliches System, nicht als ob er nicht auch auf politischem und sozialem Gebiete notwendig zu manchen die heutige Ordnung umändernden Folgerungen führte, sondern weil die Kernforderung des Sozialismus in der Verstaatlichung (Nationalisierung, Vergesellschaftung) der Produktionsmittel und in der öffentlichen Organisation der Gütererzeugung und Güterverteilung liegt. Der Sozialismus — wenigstens wie er heute von seinen Anhängern aufgefaßt wird — ist zunächst und an erster Stelle ein volkswirtschaftliches System; erst an zweiter Stelle und in Unterordnung unter die volkswirtschaftlichen Fragen kommen die Politik, die Religion und Moral, die Familienverhältnisse usw. in Betracht.

H. v. Scheel[2] definiert den Sozialismus als Wirtschaftsphilosophie der leidenden Klassen, d. h., wie er erläuternd hinzufügt, „eine solche, welche ihrem Wesen und dem Bewußtsein der Mitlebenden nach eine Wirtschaftsphilosophie der leidenden Klassen wirklich ist". Dieser letztere Zusatz ist aber unrichtig. Er macht das Wesen des Sozialismus zu sehr von der äußeren tatsächlichen Auffassung der Menschen abhängig. Auch wenn es gelänge, die heutigen Sozialisten von der Undurchführbarkeit ihrer Pläne zu überzeugen, so bliebe doch ihr System Sozialismus, weil es dieses seinem Wesen nach ist. Umgekehrt ist der uns von Plato ge-

[1] Viele Sozialisten lehnen zwar den Ausdruck „sozialistischer Staat" ab; aber mit welchem Recht, wollen wir weiter unten untersuchen.

[2] In Schönbergs Handbuch der polit. Ökonomie I[2] 107.

Digitized by Google

zeichnete Idealstaat ein wahrhaft sozialistischer, obwohl ihn die Zeitgenossen für eine unmögliche Träumerei hielten. — Anderseits wäre nach der Begriffsbestimmung v. Scheels auch das volkswirtschaftliche System, wie es von seiten des Zentrums und mancher Konservativen zur Hebung des Arbeiter- und Handwerkerstandes befürwortet wird, sozialistisch, was man nicht zugeben kann.

Zu weit ist auch die Begriffsbestimmung E. de Laveleyes[1], der unter Sozialismus „jede Lehre" versteht, „welche erstens eine größere Gleichheit in der sozialen Lage aller erstrebt und zweitens diese Reform durch den Staat oder die Gesetzgebung verwirklichen will". Kein Wunder, daß er von einem konservativen, einem katholischen, evangelischen und einem internationalen Sozialismus redet. Daß unter Zugrundelegung einer so dehnbaren Auffassung eine klare und gründliche Beurteilung des Sozialismus nicht möglich ist, liegt auf der Hand.

E. Bernstein nennt den Sozialismus „Bewegung zur oder Zustand der genossenschaftlichen Gesellschaftsordnung"[2]. Nach dieser Definition gehörte auch der Anarchismus zum Sozialismus; wenigstens müßte genauer angegeben werden, wie die genossenschaftliche Gesellschaftsordnung zu verstehen sei.

Unklar ist auch, was W. Sombart sagt: „Sozialismus — in dem hier gebrauchten Verstande — ist der geistige Niederschlag der modernen sozialen Bewegung. Diese aber ist der Inbegriff aller Emanzipationsbestrebungen des Proletariats; will sagen, einer der sozialen Klassen unserer Zeit."[3] Mit dem ersten Satz ist man so klug als wie zuvor, und der zweite ist nicht richtig, namentlich wenn man dem Proletariat eine so umfassende Bedeutung gibt wie Sombart. Er rechnet zum Proletariat nicht nur alle Lohnarbeiter, sondern alle „kleinen Leute" unter den selbständigen Landwirten und Gewerbetreibenden sowie die untersten Schichten des Beamtentums, so daß in Deutschland nach ihm rund 35 Millionen oder nahezu zwei

[1] Le socialisme contemporain[6], Introduct. XII.

[2] Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie (1899) 64.

[3] Sozialismus und soziale Bewegung[6] (1908) 1.

Digitized by Google

Drittel der Bevölkerung dazu gehören[1]. Sind denn etwa alle diese kleinen Leute Sozialisten? Sind alle ihre Reformbestrebungen als sozialistisch zu bezeichnen? Ganz und gar nicht. Wir haben doch viele Millionen katholischer und evgngelischer „kleinen Leute" und Arbeiter, die nach Besserung und Hebung ihrer Lage streben, ohne Sozialisten zu sein. Oder wird er leugnen, daß diese Bestrebungen als „Emanzipationsbestrebungen" gelten können? Dann wäre aber doch genauer anzugeben, was wir unter Emanzipation zu verstehen haben.

Er scheint selbst das Unbefriedigende seiner Darlegung zu fühlen und fügt deshalb hinzu, unter Sozialismus verstehe er nur die Richtung des Proletariats auf das „Ideal einer kommunistisch geregelten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in der die gleichförmigen Interessen der großen Masse nach Möglichkeit gewahrt sind"[2]. Als sozialistisch gelten ihm die Bestrebungen, welche „auf Überführung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft" gerichtet sind oder dieselbe befördern[3]. Aber was ist „sozialistische Gesellschaft", was „kommunistisch geregelte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung"? Der Kommunismus kann verschiedene Formen annehmen. Jedenfalls sind durch diese Ausdrücke Sozialisten und Anarchisten noch nicht voneinander unterschieden. Sombart meint freilich, „kommunistischer Anarchismus und kommunistischer Sozialismus gleichen sich wie ein Ei dem andern"[4]. Aber er selbst legt in einem eigenen Abschnitt[5] die tiefgehenden Unterschiede zwischen Anarchismus und Sozialismus dar[6].

---

[1] Ebd. 8. [2] Ebd. 15. [3] Ebd. 17. [4] Ebd. 32. [5] Ebd. 46 ff.

[6] Sombart ist ein geist- und kenntnisreicher Schriftsteller, und wer sich im Sozialismus schon auskennt, wird mancherlei Anregung und Belehrung aus seinem Buche schöpfen. Wer aber noch keinen klaren Begriff vom Sozialismus besitzt, wird ihn umsonst suchen. Er spöttelt über die Herbarienleute mit ihren Definitionen und Einteilungen, aber dieser Spott fällt auf den Urheber zurück. Von der „materialistischen Geschichtsauffassung" und der „Mehrwerttheorie", den beiden Hauptgrundlagen des Marxismus, ist im ganzen Buche auch nicht mit einem Worte die Rede. Warum das? Wohl deshalb, weil es sonst zu klaren und präzisen Definitionen hätte kommen müssen. Es ist

Digitized by Google

Aus meiner Definition sieht man, daß jeder Sozialist Kommunist im weiteren Sinne ist, aber nicht umgekehrt. Der (positive) Kommunismus verhält sich zum Sozialismus wie die Gattung zur Art. Kommunistisch wird jedes System genannt, das Gemeineigentum oder Gemeinbesitz befürwortet. Sozialistisch dagegen heißt ein System, insofern es die Güterproduktion und Güterverteilung durch die gesamte Gesellschaft (societas) organisieren will. Diese Organisation setzt aber naturgemäß den Gemeinbesitz der Produktionsgüter voraus.

Karl Marx, der Hauptbegründer des modernen Sozialismus, nennt sich selbst oft einen Anhänger des Kommunismus, und mit Recht, weil der Begriff der Gattung (Kommunismus) in dem der Art (Sozialismus) immer enthalten ist. Jedes Pferd ist ein Tier, aber nicht jedes Tier ein Pferd. So ist auch jeder Sozialist ein Kommunist, aber nicht umgekehrt. Man sieht auch, daß weder beim Kommunismus überhaupt noch beim kommunistischen Sozialismus von einer einmaligen oder periodischen Teilung die Rede ist. Der Kommunismus ist die grundsätzliche Leugnung des Privateigentums an den Arbeitsmitteln.

Es erhellt ferner, daß die sog. Ackersozialisten (Agrarsozialisten), die nur in bezug auf Grund und Boden die Berechtigung des Privateigentums leugnen, nicht einfachhin zu den Sozialisten gerechnet werden dürfen, obwohl ihre Grundsätze zur Gefährdung des Privateigentums überhaupt führen[1]. Ebensowenig sind die sog. Staatssozialisten, welche grundsätzlich das Privateigentum und die Standesunterschiede als berechtigt anerkennen oder wenigstens nicht grundsätzlich beseitigen wollen, aber die Regelung des wirtschaftlichen Lebens fast ganz in das Belieben der Staatsgewalt legen, einfachhin mit den Sozialisten zu verwechseln[2].

---

leichter und bequemer, von allen Definitionen abzusehen und sich in geistreich-schillernden, oft nur halbwahren psychologischen Betrachtungen zu ergehen.

[1] Eine eingehende Beurteilung des Ackersozialismus findet der Leser in meiner Schrift „Das Privatgrundeigentum und seine Gegner" ([4]1909).

[2] Über die Staatssozialisten s. meine Moralphilosophie II[5] 521; A. Wagner, Grundl. der polit. Ökonomie[3] I. Tl., Einl. § 18 ff.; Pesch, Lehrbuch der Nationalökonomie I 166 ff.

Digitized by Google

Was den Ausdruck „Sozialismus“ angeht, so bemerke ich noch, daß sich derselbe in dem von mir angegebenen Sinne längst eingebürgert hat, nicht nur im Deutschen, sondern auch im Französischen, Englischen, Italienischen und Spanischen, ganz besonders in wissenschaftlichen Werken. Auch Papst Leo XIII. spricht in seinen Rundschreiben Quod Apostolici vom 28. Dezember 1878 und Rerum novarum vom 15. Mai 1891 vom Sozialismus in demselben Sinne. Ich stimme deshalb ganz dem Kardinal Manning bei, der behauptete, es verrate Verschwommenheit im Denken oder wenigstens im Sprechen, von christlichem und katholischem Sozialismus zu reden[1]. Ich möchte dringend mahnen, dem Ausdruck seinen gebräuchlichen Sinn zu belassen. Wozu durch einen mehrsinnigen Gebrauch dieses Wortes Unklarheit in Erörterungen bringen, die vor allem der Klarheit, auch in der Terminologie, bedürfen?[2] Übrigens beachte man, daß wohl zu unterscheiden ist zwischen „sozial“ und „sozialistisch“. Sozialistisch ist alles, was auf den Sozialismus, sozial dagegen alles, was auf das gesellschaftliche Leben Bezug hat. Auch wer die sozialistischen Bestrebungen bekämpft, kann und soll ein Freund der sozialen Reform sein.

Da der Sozialismus heute in allen Ländern demokratisch ist und möglichste Gleichheit aller herbeiführen will, so können die Ausdrücke Sozialismus und Sozialdemokratie für gleichbedeutend gelten.

In Frankreich und Nordamerika wird der Sozialismus zuweilen mit dem Namen Kollektivismus bezeichnet. Wir vermeiden absichtlich diesen Ausdruck. Kommunismus und Sozialismus sind geschichtliche Erscheinungen, die längst ihren traditionellen Namen haben. Diese Namen sind beizubehalten, wenn man nicht Verwirrung in die Erörterungen über den Sozialismus bringen will.

---

[1] Vgl. Tablet 1893, 7. Okt., 569. Mit Recht sagt auch Balfour (vgl. America, A Catholic Review of the Week, New York 1909, Nr. 1, S. 8): „Sozialismus bedeutet und kann nichts anderes bedeuten, als daß das Gemeinwesen oder der Staat alle Produktionsmittel in seine eigene Hand nimmt, und daß Privatunternehmung und Privateigentum und alles, was damit zusammenhängt, ein Ende nehmen. Das und nichts anderes ist der Sozialismus.“

[2] Seinerzeit wollte man katholischerseits den herrschenden Liberalismus dadurch bekämpfen, daß man ihm einen katholischen Liberalismus entgegenstellte. Wie sich voraussehen ließ, wurde mit der Zeit aus dem katholischen Liberalismus ein liberaler Katholizismus.

Digitized by Google

Zweites Kapitel.

Geschichte des Sozialismus bis zur Gründung der heutigen sozialistischen Parteien.

§ 1. Der Sozialismus im Altertum und Mittelalter.

Verschiedene ganz oder halb kommunistische Systeme und Einrichtungen begegnen uns seit den ältesten Zeiten[1]. Auf der Insel Kreta wurde um das Jahr 1300 v. Chr. eine Art Kommunismus eingeführt. Die bis dahin bestehende Monarchie mußte einer föderativen Republik weichen. Jede Stadt wurde der Mittelpunkt einer kleinen Republik, welche eine eigene Volksversammlung und einen Senat hatte und von zehn vom ganzen Volk aus einigen bevorzugten Familien gewählten Magistratspersonen *(κόσμοι)* regiert wurde. Diese herrschten mit fast unumschränkter Macht, da positive Gesetze fehlten und die Richter nach ihrem Gutdünken die Prozesse entschieden.

Die gesamte freie Bevölkerung Kretas wurde auf Staatskosten ernährt. Die Mahlzeiten waren gemeinsam. Ein großer Teil der Bevölkerung waren Sklaven (Periöken), ihnen lag der Ackerbau und das Handwerk ob. Sie mußten den größeren Teil ihres Arbeitsertrages den Magistraten übergeben, welche denselben teils für den religiösen Kult und die Verwaltung, teils für die öffentlichen Mahlzeiten verwendeten. Das einzige Gewerbe der Freien war der Krieg.

Das Glück der Kreter scheint von kurzer Dauer gewesen zu sein. Der von den Periöken eingelieferte Ertrag reichte bald nicht mehr aus, und man sah sich genötigt, die Mahlzeiten zu vereinfachen und die Kinderzahl zu beschränken. Der Kommunismus war zur Zeit des Polybius auf Kreta schon verschwunden[2].

Die staatlichen Einrichtungen in Sparta waren nach dem Zeugnis des Aristoteles[3] der Verfassung Kretas nachgebildet. Das

[1] Siehe hierüber Thonissen, Le socialisme depuis l'antiquité I (Louvain 1852) 11 ff.; Steccanella, Del comunismo (Roma 1892); G. Adler, Art. „Sozialismus und Kommunismus", im Handbuch der Staatswissenschaften, und besonders Pöhlmann, Geschichte des antiken Kommunismus und Sozialismus, 2 Bde (München 1893—1901).

[2] Vgl. Thonissen a. a. O. 19. [3] Polit. 2, 7.

Digitized by Google

Land war ursprünglich nach der Zahl der freien Familien in 39 000 gleiche Lose geteilt. Später scheint der Grundbesitz der verschiedenen Familien sehr ungleich und die Zahl der Eigentümer nach Konzentration des Besitzes kleiner geworden zu sein. Die Heloten, eine Art Grundhörige, bebauten den Boden und mußten den Ertrag an die Eigentümer abliefern. Es bestanden öffentliche Mahlzeiten (Syssitien), die aber keine kommunistische Einrichtung waren, da Frauen und Kinder nicht daran teilnahmen. Auch war nur eine Mahlzeit gegen Abend gemeinsam; die Kosten dieser Mahlzeiten wurden nicht vom Staate bestritten, sondern jeder Bürger mußte dazu seinen bestimmten Teil liefern. Selbst die armen Spartaner durften an diesen Syssitien nicht teilnehmen, wie Aristoteles berichtet. Man speiste auch nicht am selben Tisch, sondern in kleinen Gruppen von 15 Personen in getrennten Häusern. Jeder konnte sich die Gruppe wählen, welche er wollte, vorausgesetzt, daß alle Glieder dieser Gruppe ihn zulassen wollten. Die Mahlzeiten waren oft sehr reichlich. Die berühmte „schwarze Suppe" war nur der Anfang der Mahlzeit[1].

Nach dem Gesagten herrschte sowohl auf Kreta als in Sparta nur in sehr beschränktem Sinne Kommunismus. Das einzige Beispiel eines wirklichen Kommunismus im Altertum bietet nach Pöhlmann[2] Lipara. Nach Diodor von Sizilien[3] zogen um das Jahr 580 v. Chr. Auswanderer von Knidos und Rhodos nach den Liparischen Inseln, nördlich von Sizilien. Zum Schutze gegen die Etrusker bauten sie eine Flotte und organisierten ihr Gemeinwesen auf kriegerischen Fuß nach streng kommunistischen Grundsätzen. Grund und Boden blieb Gemeineigentum. Während ein Teil der Bevölkerung gegen die feindlichen Piraten kämpfte, bebaute der andere das Land, dessen Ertrag bei öffentlichen Mahlzeiten gemeinsam verzehrt wurde. In späterer Zeit wurde das Inselgebiet verteilt, jedoch so, daß alle zwanzig Jahre eine Neuverlosung stattfand. Der Kommunismus der Liparer

[1] Vgl. Pöhlmann a. a. O. 78 ff.; Fustel de Coulanges, Le problème des origines de la propriété foncière, in der Revue des questione historiques 1889, 399.

[2] A. a. O. 34. [3] Bibl. hist. 5, 9.

Digitized by Google

erklärt sich leicht aus ihrer besondern Lage. Sie waren beständig bedroht von den Erbfeinden der Hellenen, den Etruskern und Puniern, und deshalb mußte ein Teil der Bevölkerung stets kampfbereit dastehen und selbstverständlich vom übrigen Teil unterhalten werden. Was lag da näher als eine kommunistische Ordnung der Gesellschaft?

Die Einrichtungen Kretas und Spartas scheinen Plato vorgeschwebt zu haben, als er in seinem Idealstaat (De republica) Güter- und Weibergemeinschaft mit gemeinsamer Kindererziehung und gemeinsamen öffentlichen Mahlzeiten vorschlug. Aristoteles, der uns diese kommunistischen Systeme eingehend schildert, hat auch schon nachdrücklich auf ihre innere Unhaltbarkeit hingewiesen[1].

Während die kommunistischen Versuche des Altertums fast alle die Sklaverei eines großen Teils der Bevölkerung zur Voraussetzung hatten, entstand in der ersten christlichen Gemeinde zu Jerusalem ein höherer Kommunismus auf der Grundlage wahrer Nächstenliebe und Gleichheit. Aus freien Stücken verkauften die meisten Christen ihre Habe und übergaben den Erlös den Aposteln zum gemeinsamen Unterhalte aller. In freiwilliger Armut wollte man sich ganz dem Dienste Gottes und des Nächsten widmen. Ein solcher Zustand konnte seiner Natur nach, in Anbetracht der Menschen, wie sie nun einmal durchschnittlich sind, kein verpflichtender, allgemeiner und dauernder werden. Die Not der christlichen Gemeinde zu Jerusalem war bald so groß, daß der hl. Paulus an verschiedenen Orten Kollekten (Almosen) veranstalten mußte, um die Christen zu Jerusalem zu unterstützen. Auch entstanden Streitigkeiten wegen der Verteilung der Spenden[2].

[1] Polit. 2, 3. Von manchen werden auch die Sklavenaufstände in Italien (Spartakus) als Vorläufer der sozialistischen Bewegung angesehen. Jedoch mit Unrecht. Dieselben bezweckten weder die Einführung von Gemeineigentum oder Gemeinwirtschaft noch überhaupt eine wirtschaftliche Reorganisation der Gesellschaft. Sie hatten bloß die persönliche Befreiung der Sklaven zum Zweck. Mit Unrecht benutzt deshalb die äußerste Linke der deutschen Sozialdemokratie (die Gefolgschaft des im Januar 1919 ermordeten Karl Liebknecht) den Namen „Spartakus" als Anhängeschild.

[2] Apg 6, 1.

Digitized by Google

Es ist ein großer Irrtum, wenn die heutigen Sozialisten Christus als den ersten „revolutionären Kommunisten" hinzustellen suchen. Es ist gotteslästerlich, Christus einen „Revolutionär" zu nennen. Ein Revolutionär ist, wer sich gewaltsam gegen die rechtmäßige Autorität und die zu Recht bestehende Ordnung auflehnt. Christus ist aber der Sohn Gottes, der im Auftrage der höchsten und rechtmäßigsten Autorität, nämlich seines himmlischen Vaters, gekommen ist, um die Menschen von der Sünde zu erlösen und auf den Weg des ewigen Heils zu führen. Die „Revolution" gegen Gott hatte die Menschheit ins Verderben gestürzt. Christus kam, um sie zur Anerkennung der rechtmäßigen Autorität Gottes zurückzuführen und ewig selig zu machen. Er ist also das Gegenteil eines Revolutionärs.

Es ist auch falsch, zu behaupten, Christus habe den Kommunismus gepredigt. Er hat allerdings einen Kommunismus der Liebe verkündet. Alle Menschen sollen einander lieben und sich gegenseitig in Nöten und Bedrängnissen unterstützen, so daß der Gebrauch der Erdengüter allen Menschen bis zu einem gewissen Grade gemeinsam ist. Aber den Kommunismus des Besitzes hat Christus nie gepredigt. Sein Evangelium wendete sich nicht bloß an das notleidende und bedrückte Volk, sondern an alle Menschen ohne Ausnahme. Gott will, sagt der Apostel Paulus, „daß alle Menschen selig werden und zur Erkenntnis der Wahrheit gelangen" [1]. Daß die Reichen und Vornehmen das Evangelium der Demut stolz ablehnten, war ihre eigene Schuld.

Der Kommunismus verwirft grundsätzlich das Privateigentum. Nicht so das Christentum. Ebenso nachdrücklich, als Jesus das übermäßige Streben nach Reichtum verurteilte und die Armut im Geiste als eine höhere Stufe der Vollkommenheit anriet und empfahl, hat er die Rechtmäßigkeit des Privateigentums, auch an Arbeitsmitteln, und zwar für alle Zeiten und Orte, anerkannt. Er hat die sittlichen im Dekalog enthaltenen Gebote des Alten Bundes nicht aufgehoben, sondern von neuem für alle Menschen eingeschärft. Ebensogut wie im Alten Bunde ist es auch im Neuen ein Verstoß

[1] 1 Tim. 2, 4.

Digitized by Google

gegen Gottes Gebot, des Nächsten Acker, Haus oder Ochsen zu stehlen oder auch nur ungerecht danach zu verlangen. Den Aposteln und allen denen, welche aus Liebe zu ihm Haus oder Verwandte oder Äcker verlassen, verspricht er einen besondern Lohn[1]. Dem reichen Jüngling, der Belehrung verlangte, antwortete der Heiland zuerst, er solle die Gebote des Dekalogs beobachten, so das Gebot: „Du sollst nicht stehlen“[2], und nur als Rat fügt er dann hinzu: „Wenn du vollkommen sein willst, so verkaufe alles, was du hast, gib es den Armen und komm und folge mir nach.“ Hätte Christus so sprechen können, wenn er das Privateigentum für ungerecht ansah? Unter den ersten Schülern Christi befanden sich viele, die reiches Privateigentum besaßen (Martha, Joseph von Arimathäa usw.). Wir lesen nirgends, daß ihnen Christus befohlen, ihrem Eigentum zu entsagen.

Auch die Apostel haben niemals das Privateigentum als widerrechtlich verworfen oder allgemein seine Abschaffung verlangt. Dem Ananias antwortete der hl. Petrus, er hätte seinen Acker behalten können, wenn er wollte[3]. Die Mutter des Markus blieb dauernd im Besitze ihres Hauses, wie wir aus der Apostelgeschichte ersehen[4]. Aus Antiochien wurden freiwillige Unterstützungen nach Jerusalem geschickt, von einem jeden „nach seinem Vermögen“[5]. Der Apostel Paulus weiß nichts von kommunistischen Gesetzen[6]. Er schärft das Gebot ein, nicht zu stehlen und seine Schulden zu bezahlen[7]. Den Reichen läßt er befehlen, nicht hochmütig auf ungewisse Reichtümer zu vertrauen und gern andern von ihrem Überfluß mitzuteilen[8].

Mit Christus und den Aposteln hat die christliche Kirche immer das Privateigentum, auch an Arbeitsmitteln: Häusern, Äckern, Feldern usw., als rechtmäßig anerkannt, und sie hat auch stets selbst Eigentum besessen, das ihr von frommen Gläubigen geschenkt wurde. Ganz im Widerspruch mit den Lehren des Christentums

[1] Matth. 19, 29. [2] Matth. 19, 18. [3] Apg. 5, 4.
[4] Apg. 12, 12. [5] Apg. 11, 29.
[6] Vgl. 2 Kor. 9, 7; 1 Kor. 16, 2; 2 Thess. 3, 12 usw.
[7] Röm 13, 7 9. [8] 1 Tim. 6, 17.

Digitized by Google

haben sich im Laufe der Zeit die Sekten der Apostoliker, Zirkumzellionen, Albigenser und Wiedertäufer von der Kirche losgerissen und grundsätzlich jedes Privateigentum verworfen. Wenn wir von diesen Irrlehren absehen, ferner von einigen kommunistischen „Staatsromanen", zu denen Thomas Morus durch seine Utopia (1516) den Anstoß gegeben zu haben scheint[1], so können wir sagen, daß der Kommunismus und Sozialismus eine dem ganzen Mittelalter nahezu unbekannte Erscheinung ist[2].

§ 2. Die Ursachen des modernen Sozialismus.

Der moderne Sozialismus unterscheidet sich schon dadurch wesentlich von seinen Vorgängern, daß er uns als eine dauernde Erscheinung in allen Kulturländern mit hochentwickelter Industrie entgegentritt, ein Umstand, der beweist, daß diese Erscheinung nicht bloß auf Rechnung künstlicher Verhetzung zu setzen ist, sondern in den Gesellschaftszuständen der Gegenwart ihre Wurzeln und ihren günstigen Nährboden hat.

Die Wurzeln des modernen Sozialismus liegen vor allem in der Entwicklung der Industrie und der damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Verhältnisse seit der Mitte des 18. Jahrhunderts. In technischen Fortschritten und deren Verwertung in Handel und Industrie hat die Entfesselung aller wirtschaftlichen Kräfte durch die unbeschränkte freie Konkurrenz unstreitig überraschende Erfolge erzielt. Allein sie hat auch jene häßliche Scheidung der Gesellschaft in zwei

[1] In Paraguay, das so oft als Muster des Kommunismus hingestellt wird, bestand kein strenger Kommunismus. Und soweit er herrschte, war er nur als vorübergehender Zustand berechnet (siehe Stimmen aus Maria-Laach XXV 455). Übrigens darf man ein Volk, das man erst der Barbarei entreißen und zu gesitteten Menschen heranbilden will, nicht mit zivilisierten Nationen vergleichen.

[2] Wegen der Utopia ist Morus den Sozialisten beigesellt worden, jedoch mit Unrecht. Man muß unterscheiden zwischen der Kritik der damaligen sozialen Zustände und der Schilderung des utopischen Staates. Letztere bildete bloß den Hintergrund, auf dem die Kritik um so deutlicher hervortreten sollte. Morus selbst nennt am Ende des Buches die Einrichtungen der Utopier in vielen Dingen, auch in wirtschaftlicher Beziehung, absurd.

Digitized by Google

feindliche Klassen: eine verhältnismäßig kleine Zahl von überreichen Kapitalisten und eine ungeheure Zahl von Lohnarbeitern, zur Folge gehabt, die man durch den Gegensatz von Kapital und Arbeit zu charakterisieren pflegt. Namentlich ist das riesenhaft angewachsene, von der Scholle losgelöste, heimatlose, hin und her wogende städtische Proletariat ein fast notwendiges Ergebnis der modernen Industrie, welche durch die Maschine den selbständigen Handwerker vielfach unmöglich macht, überhaupt die Mittelstände schwer bedroht und auf Konzentrierung großer verfügbarer Arbeitermassen hindrängt.

Mächtigen Vorschub leistete dem Sozialismus die Art und Weise, wie die Arbeiter behandelt wurden. Viele Kapitalisten — nicht selten über Nacht reich gewordene Emporkömmlinge — benutzten die absolute ökonomische Freiheit, um ihrer Profitwut freien Lauf zu lassen. Es gab ja löbliche Ausnahmen, aber es waren leider Ausnahmen. Karl Marx und Friedrich Engels haben durch ihre den offiziellen Quellen entnommenen statistischen Angaben das grauenvolle Elend aufgedeckt, in welches unzählige Arbeiterfamilien in England infolge der rücksichtslosen Ausbeutung von seiten der Arbeitgeber geraten waren. Bei kärglichem Lohn mußten die Arbeiter oft 15—16 Stunden arbeiten, auf ihre Gesundheit und Sicherheit wurde keine Rücksicht genommen, selbst die Nacht- und Sonntagsruhe wurde ihnen verkümmert, sogar Kinder von 6 bis 12 Jahren wurden vielfach für spärlichen Lohn in den Dienst der Maschine gestellt. Die Zustände waren oft himmelschreiend. Und in andern Ländern sah es wenig besser aus.

Was noch besonders die Unzufriedenheit der Arbeiter nährte und schürte, war das Gefühl der Unsicherheit der eigenen Existenz. Mochte sich auch ihre Lage in rein materieller Beziehung nicht überall verschlechtert haben, so hatten sie doch früher das beruhigende Gefühl einer gesicherten Existenz. Sie brauchten nicht von einem Tage auf den andern zu fürchten, brotlos zu werden. Das war unter den neuen Verhältnissen anders geworden. Die allen gewährte wirtschaftliche Freiheit, das Beispiel so vieler, die in kurzer Zeit zu ungeheurem Reichtum gelangt waren, entfesselten eine Unternehmungslust und Profitgier sondergleichen. Der Weltmarkt, für

Digitized by Google

den die moderne Industrie arbeitet, läßt sich nur schwer überschauen. Das war beim Beginn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung noch mehr der Fall als heute. So konnte es kaum ausbleiben, daß oft infolge von Überproduktion unerwartet Geschäftsstockungen eintraten und die Arbeiter entlassen wurden oder sich Lohnabzüge gefallen lassen mußten, welche sie mit ihren Familien in bittere Not stürzten. Der Arbeiter konnte ja anderswo Beschäftigung suchen, aber sie war nicht immer zu finden. Und dann: Ist nicht schon der Umstand, daß er so oft gezwungen wird, eine neue Heimat zu suchen und dort um Arbeit anzusprechen, geeignet, ihn zu erbittern, ihm beständig zum Bewußtsein zu bringen, daß er ein heimatloser Proletarier und auf fremde Gnade angewiesen ist?

Mit dem Anwachsen des Proletariats ging die Auflösung des Familienlebens, die Überhandnahme der Trunksucht und der sittlichen Verkommenheit Hand in Hand. Die über Nacht reich gewordenen Bourgeois huldigten öffentlich dem unsinnigsten Luxus, und durch ihre Schuld nahm eine maßlose Genußsucht in allen Kreisen zu. Und wer war denn der eigentliche Schöpfer alles Reichtums? Hatten nicht die klassischen Lehrer des Kapitalismus die Behauptung aufgestellt, daß die Arbeit die eigentliche Quelle alles Reichtums der Nationen sei? Und wer heimste nun die Früchte dieser Arbeit ein? Die Arbeiter gingen bei der Ernte fast leer aus.

Nie und nimmer hätte aber die Emanzipationsbewegung die radikale feindselige Richtung angenommen, die uns im Sozialismus entgegentritt, wenn nicht die Entchristlichung des Proletariats dazu gekommen wäre. Aus den Kreisen derer mit „Besitz und Bildung" sickerte allmählich die atheistisch-materialistische Lebensauffassung in die untersten Volksschichten hinab und ergriff weite Kreise des städtischen Proletariats, und damit war das Tor zum Sozialismus geöffnet. Jeder Mensch will nun einmal notwendig und unweigerlich glücklich, vollkommen glücklich werden. Hat der Arbeiter mit dem christlichen Glauben alle Ewigkeitshoffnungen verloren, dann wird er nicht mehr mit Geduld und Ergebung die unleugbaren Mühen und Beschwerden seines Standes ertragen; er wird mit Neid und Haß auf die Bessergestellten schauen und das volle Maß an

Digitized by Google

Erdengütern und Genüssen für sich fordern. Am allerwenigsten wird er es geduldig ertragen, daß andere Reichtümer auf Reichtümer häufen und ihr Leben in müßigem Schwelgen zubringen, während er mit Mühe um sein Dasein ringt und oft trotz redlicher Arbeit für sich und die Seinigen kaum das Notwendige zusammenbringt.

Heine hat in seinem bekannten Liede nur den Gedanken weiter Arbeiterkreise zum Ausdruck gebracht:

Wir wollen auf Erden glücklich sein
Und wollen nicht mehr darben;
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
Was fleißige Hände erwarben.

So begreift man, daß es nur des Zunders bedurfte, um die Erbitterung der „Enterbten" zur hellen Flamme zu entfachen. Die sozialistischen Agitatoren haben auch alles aufgeboten, um den christlichen Glauben in den Arbeiterkreisen zu untergraben und diese dadurch für die sozialistischen Lockrufe empfänglich zu machen.

Hierzu kam noch ein anderer mächtiger Faktor, der die Unzufriedenheit proletarischer Kreise schürte: die Idee der Gleichheit aller Menschen, die namentlich durch J.-J. Rousseau in die breitesten Schichten gedrungen war. Nach dem Philosophen der französischen Revolution sind die Menschen von Natur aus frei und gleich, und erst durch das Privateigentum wird die Ungleichheit sozusagen zur dauernden Institution erhoben. Durch diese Behauptung wurde dem Privateigentum in den Augen weiter Volkskreise der Stempel des Unrechts aufgedrückt: Der Staat, sagte man, hat zwar das Eigentum sanktioniert, aber er kann es auch wieder aufheben. Der Staat ist ja nur durch den allgemeinen Vertrag aller entstanden; der eigentliche Souverän ist das Volk selbst, und Zweck des Staates ist Freiheit und Gleichheit aller.

Mit dem Losungsworte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit war in der französischen Revolution das Bürgertum, der dritte Stand, in den Kampf gezogen und rasch zu Macht und Ansehen gelangt. Bald bildete sich im Gegensatz zu ihm der vierte Stand, der Stand der Besitzlosen und Proletarier. Die „Brüderlichkeit" hatte von Anfang an nur dekorative Bedeutung.

Digitized by Google

Die Freiheit und Gleichheit auf politischem Gebiete war vorhanden, aber für weite Volksklassen gleichbedeutend mit Freiheit und Gleichheit des Elends. Viele kamen bei dem neu entfesselten Wettbewerb zu kurz. An sie wendet sich nun der moderne Sozialismus; sie will er durch Beseitigung des Kapitalmonopols in den Händen weniger befreien oder „emanzipieren". Es darf uns daher nicht wundern, daß schon an der Wiege des Sozialismus der Ruf erklang: La propriété c'est le vol [1], den ein halbes Jahrhundert später Proudhon und Lassalle („Eigentum ist Fremdtum") wiederholten und als Brandfackel unter die Massen schleuderten [2].

§ 3. Die Pioniere des modernen Sozialismus.

1. Der Mann, welcher zuerst die Fahne des modernen Sozialismus erhob, war François Noël Babeuf oder, wie er sich seit der Revolutionszeit nannte, Gracchus Babeuf (1760—1797). Er ging von der Idee der Gleichheit aus. Die Verfassung von 1793 trug an ihrer Spitze den Grundsatz: „Alle Menschen sind durch Natur und Gesetz gleich", und den andern: „Der Zweck der Gesellschaft ist das allgemeine Glück". Aber Gleichheit und Glück standen für viele nur auf dem Papier, und zwar hauptsächlich wegen des Privateigentums. Sie zu verwirklichen, ist die Aufgabe, die Babeuf sich stellt. „Die Natur hat jedem Menschen ein gleiches Recht auf den Genuß aller Güter gegeben." Zweck der Gesellschaft ist es,

[1] Worte Brissot de Warvilles in seinem Buche Sur la propriété et le vol (1780).

[2] Es braucht kaum bemerkt zu werden, daß aus obigen Ausführungen über die Ursachen des Sozialismus keineswegs folgt, derselbe sei das notwendige Ergebnis der bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung, wie mir sozialistische Blätter, so z. B. The Worker (New York) vom 18. März 1905, vorgeworfen haben. Etwas anders ist günstige Bedingung und notwendige Ursache. Eine Reaktion zugunsten der ärmeren Klassen war eine moralische Notwendigkeit, aber daß diese Reaktion im Sinne des extremen Sozialismus ausfiel, war und ist keineswegs notwendig, obwohl viele Umstände dies begünstigten. Nimmt man jedoch zu den wirtschaftlichen Verhältnissen noch die atheistisch-materialistische Lebensanschauung und die Rousseauschen Ideen von Gleichheit und Brüderlichkeit hinzu, dann mußte sich allerdings aus ihnen notwendig der Kommunismus ergeben

Digitized by Google

diese Gleichheit zu verwirklichen und die gemeinsamen Genüsse durch Zusammenwirken aller zu vermehren. Die Natur hat jedem die Pflicht der Arbeit auferlegt. Die Arbeiten und Genüsse sollen gemeinsam sein. Niemand darf sich die Güter der Erde oder der Industrie ausschließlich aneignen. In einer gut eingerichteten Gesellschaft soll es weder Reiche noch Arme geben. Die Reichen, die nicht zugunsten der Notleidenden das Überflüssige abtreten wollen, sind Feinde des Volkes. Der Zweck der Revolution ist die Vernichtung der Ungleichheit und die Herstellung des allgemeinen Glücks[1]. Für die Produktion fordert Babeuf: gesetzliche Feststellung der Arbeitszeit; Leitung der Produktion durch eine vom Volke gewählte oberste Gewalt; Verteilung der notwendigen Arbeiten unter die Bürger; Verrichtung der unangenehmen Arbeiten durch alle Bürger der Reihe nach; Verteilung der Genüsse unter die einzelnen nach Maßgabe ihrer Bedürfnisse. Es sind im wesentlichen die Forderungen der heutigen Sozialisten. Ganz im Stil derselben verhieß Babeuf eine mächtige Steigerung der Produktion, wenn man seine Pläne annehme. Zur Durchführung derselben gründete er eine geheime Gesellschaft, die jedoch entdeckt wurde und ihn am 27. Mai 1797 auf das Schafott brachte.

2. Während Babeuf die Idee der Gleichheit zur Grundlage seiner Reformpläne machte, ging Graf Claude Henri de Saint-Simon (1760—1825) von der Idee der Arbeit aus. Er ist der erste, welcher die leitenden Ideen des modernen Sozialismus wissenschaftlich zu begründen suchte und eine sozialistische Schule ins Dasein rief. Mit ihm beginnt der „wissenschaftliche Sozialismus" in unserem heutigen Sinne[2]. Die liberalen Volkswirtschaftslehrer hatten den Grundsatz aufgestellt, die Arbeit allein sei Grund

[1] Eine eingehende Darlegung der Lehre Babeufs s. bei L. Reybaud, Études sur les réformateurs ou socialistes modernes (Bruxelles 1844) III 245 ff. und II 245.

[2] Die Hauptwerke Saint-Simons sind: L'industrie, 4 Bde. (1817); Système industriel, 3 Tle. (1821—1822); Catéchisme des industriels (1822—1823); Nouveau christianisme (1825); Eine vollständige Bibliographie Saint-Simons und seiner Schüler bei Reybaud a. a. O. III 301 ff.

Digitized by Google

und Quelle alles Wertes und mithin auch des Reichtums der Nationen. Dieses Grundsatzes bemächtigte sich der Sozialismus und nahm ihn zum Ausgangspunkt seiner Angriffe gegen die bestehenden Eigentumsverhältnisse. Schon Saint-Simon zog aus ihm die Folgerung: also muß die Arbeit (Industrie im weitesten Sinne) den Maßstab für die gesellschaftlichen Einrichtungen abgeben: Die Arbeiter sollen fortan nicht, wie bisher, die letzte, sondern die erste Stellung in der Gesellschaft einnehmen, und zwar sollen die Gescheitesten von den Ackerbauern, Kaufleuten und Fabrikanten die Leitung des Staates in die Hand bekommen. Aufgabe der Wissenschaft ist es, der Arbeit den gebührenden Rang zu verschaffen.

Saint-Simon war ein geistreicher, aber unpraktischer Schwärmer. Er wollte auch eine neue Religion auf dem Grunddogma der allgemeinen Menschenliebe stiften. Erst von seinem „neuen Christentum" erhoffte er Erfolg für seine sozialen Ideen. Übrigens war er bloß Theoretiker. Praktische Versuche zur Durchführung seiner Anschauungen machte er nicht; ja er griff in seinen Schriften nicht einmal das Privateigentum an. Sein Schüler Enfantin (1798—1864) zog aus dem Grundsatz, die Arbeit sei die einzige Quelle alles Wertes, die Folgerung, das arbeitslose Einkommen der Grundbesitzer und Kapitalisten sei ungerecht und folglich zu beseitigen. Dieser Grundsatz kehrt seither in tausend Variationen in der sozialistischen Literatur wieder. Bazard (1791—1832), ein anderer Schüler Saint-Simons, verlangte, um die Ungleichheit und Ungerechtigkeit in der bestehenden Eigentumsordnung zu beseitigen, die gänzliche Umgestaltung des Erbrechts. An Stelle des Erbrechts der Blutsverwandtschaft solle das des Verdienstes treten, oder vielmehr der Staat allein solle Erbe sein und die Erbschaften an die Würdigsten verteilen.

3. Fast gleichzeitig mit Saint-Simon trat Charles Fourier (1772—1837) mit seinem sozialistischen System auf. Fourier geht von der Voraussetzung aus, was man „Gottes Willen" nenne, sei nichts als die allgemeine Attraktion, welche die Welt zusammenhält und sich in den Dingen als Trieb offenbart. Auch für den Menschen sind diese Triebe Offenbarungen des göttlichen Willens. Er soll sie nicht unterdrücken, sondern befriedigen. Aus ihrer Befriedigung

Digitized by Google

entsteht das Glück. Das Mittel zu dieser Befriedigung ist die Organisation der Arbeit. Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, d. h. das Recht, daß ihm der Staat lohnende Arbeit verschaffe, wenn er sonst keine finden kann. Fourier ist, wie es scheint, der erste, der dieses Recht auf Arbeit im heutigen Sinne proklamierte[1].

Die Organisation der Arbeit soll darin bestehen, daß die Eigentümer, ohne ihr Eigentumsrecht zu verlieren, ihre Güter zu gemeinschaftlichem Betrieb zusammenlegen, damit jeder in beständigem Wechsel sich derjenigen Beschäftigung zuwenden könne, welche seinem augenblicklichen Trieb entspricht. So wird die Arbeit zur Lust. Des näheren macht Fourier folgende Vorschläge. Auf je eine Geviertmeile sollen 2000 Personen (eine Phalange) in einem großen Gebäude (Phalanstère) unter Leitung eines Vorstehers (Unarque) zusammenwohnen. Die Phalangen sollen sich wieder in Serien, die Serien in Gruppen unterabteilen. Jeder kann mit der Arbeit beständig wechseln. Der Arbeitsertrag fällt zu $^4/_{12}$ als Zins an das Kapital, $^3/_{12}$ werden dem Talent zugeteilt und der Rest, $^5/_{12}$, bleibt der Arbeit. Man sieht, weder Saint-Simon noch Fourier wagten das Privateigentum vollständig zu beseitigen. Übrigens liegt ein Widerspruch darin, daß Fourier das Sondereigentum bestehen lassen und dann doch die Eigentümer zwingen will, es zu gemeinschaftlicher Benutzung herzugeben.

4. Robert Owen (geb. 1771 zu Newtown in Nordwales, gest. 1858) hat auf die moderne Arbeiterbewegung dadurch mächtig eingewirkt, daß er zuerst in seiner Spinnerei zu New Lanark als praktischer Sozialreformator auftrat und durch seine Wohlfahrtseinrichtungen sowie durch seine Schriften die Aufmerksamkeit des Publikums auf die traurige Lage der Fabrikarbeiter lenkte.

Sein Hauptgrundsatz war, der Mensch sei nur eine chemische Verbindung, das Produkt der Umstände, in denen er lebe; man könne jedem Menschen alle Gesinnungen und Gefühle anerziehen, wenn man ihn in die entsprechende Umgebung bringe. Durch eine planmäßige Organisation

[1] Besonders in seinen Werken Théorie des quatre mouvements (1808) und Traité de l'association domestique-agricole (1822). Fouriers Schüler Considérant hat diese Idee seines Meisters eingehender entwickelt und ihr viele Anhänger gewonnen. Vgl. A. Menger, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag 16 ff. Ausführlich handelt über Fourier Reybaud, Études sur les réformateurs etc. I 181 ff. und II 65 ff.

Digitized by Google

lasse sich die Produktivität der Arbeit ins ungeheure steigern, so daß für alle reichlich Güter hergestellt würden. Owen suchte seine Ideen in der Tat zu verwirklichen durch eine Reihe von kommunistischen Kolonien, von denen die erste und bedeutendste die im Jahre 1824 gegründete Kolonie New Harmony (Indiana) war. Er war Atheist und wollte seine kommunistischen Gemeinwesen auf völlig religionsloser Grundlage errichten. Alle seine Experimente scheiterten aber in kurzer Zeit[1].

5. Unter dem Einfluß Owens hat Étienne Cabet (geb. 1788 zu Dijon, gest. 1856) sein kommunistisches Programm entworfen. Er wollte Frankreich in eine aus kommunistischen Gemeinden bestehende Republik umwandeln. Seine Ideen legte er nieder in dem berühmt gewordenen Roman Voyage en Icarie (1840), der auf die Arbeiterbevölkerung Frankreichs großen Eindruck machte.

Im Jahre 1848 gründete er zuerst in Texas, und als der Versuch mißlang, in der verlassenen Mormonenstadt Nauvoo (Illinois) die kommunistische Kolonie Icaria. Langsam, aber stetig kam die Kolonie empor und stieg in ihrer Blütezeit bis auf 500 Kolonisten. Es gelang, sich wohnlich einzurichten, und die kleinen Familienheimstätten trugen das Gepräge der Nettigkeit und Reinlichkeit. Die Ikarier mußten fleißig arbeiten, doch fehlte es nicht an Unterhaltung und Genuß. Eine ausgewählte Bibliothek stand allen offen; eine Musikbande, Theatervorstellungen, Tanzbelustigungen usw. brachten Abwechslung in die Eintönigkeit des Kolonistenlebens. Die ikarische Presse druckte Zeitungen in mehreren Sprachen, sowohl zum eigenen Gebrauch als zum Zweck des Gelderwerbs und der Propaganda. Am Familienleben wollte Cabet festhalten, doch war die Erziehung Gemeindesache. Der Unterricht war sorgfältig und sollte die Jugend in die kommunistischen Grundsätze einführen. Öffentlichen Gottesdienst kannte man nicht; jeder konnte glauben, was er wollte. Finanziell gedieh die Kolonie ziemlich gut. Als sich aber der Wohlstand gehoben hatte, begann eine lange Reihe von Zerwürfnissen, die schließlich am 3. August 1856 zum Ausschluß Cabets und seiner Anhänger aus Ikarien führten. In Cheltenham gründeten die ihm Treugebliebenen eine neue Kolonie, die aber trotz der Gelder, die ihr aus Frankreich zuflossen, in wenigen Jahren an inneren Spaltungen zugrunde ging. Ikarien

[1] Vgl. Reybaud a. a. O. I 251 ff. und den Artikel „Owen" im Handwörterbuch der Staatswissenschaften.

Digitized by Google

selbst, das inzwischen nach Jowa verlegt worden, blühte zu Wohlstand empor und zählte am Beginn der siebziger Jahre 70 Personen, die einfach und genügsam lebten. Allein auch hier kam es bald zu Hader und Zwietracht. Die nach den ikarischen Grundsätzen herangebildete Jugend war unbotmäßig, neuerungssüchtig und kannte keine Achtung vor dem Alter und der Erfahrung. Im Jahre 1878 kam es zu einer vollständigen Trennung zwischen der „Partei der Alten" und der „Jungen". Die letztere (Icaria Community) blieb zunächst an der alten Stelle, zog jedoch im Jahre 1884 nach Kalifornien, wo sie sich bald auflöste. Die „Partei der Alten" erhielt den östlichen Teil der früheren Besitzungen und konstituierte sich als Aktiengesellschaft unter dem Namen New Icarian Community. Auch sie zerfiel allmählich. Am 13. März 1895 brachte der „Wahrheitsfreund" in Cincinnati die Mitteilung aus Corning (Jowa): „Nach langen, aber vergeblichen Kämpfen ist nun die etwa drei Meilen östlich von hier unter dem Namen Icaria Community bestehende Kommunistengemeinde doch in die Brüche gegangen. Es soll ein Kurator eingesetzt und das vorhandene Eigentum an die Mitglieder oder deren Erben verteilt werden." [1]

6. Ähnlich wie Bazard sieht Louis Blanc (1813—1882) die Quelle alles sozialen Unheils in der freien Konkurrenz. Das einzige Heilmittel hiergegen ist die öffentliche Organisation der Arbeit. Der Staat soll als Großproduzent auftreten und seine Produktion stetig erweitern, um so die Privatproduktion aus dem Felde zu schlagen. Ist ihm dies gelungen, so soll er die Volkswirtschaft gesetzlich regeln und leiten. L. Blanc ist es auch, der zuerst dem Recht auf Arbeit durch Errichtung von Nationalwerkstätten für beschäftungslose Arbeiter praktisch Geltung zu verschaffen suchte.

7. In Deutschland wird der Schneider Wilhelm Weitling (1808—1871) als der erste bedeutende Sozialist gefeiert. Seine Hand hat, wie Mehring behauptet, den ersten Grundstein zum mächtigen Gebäude der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung gelegt. Sicher ist, daß er als der erste in seinem Hauptwerk

[1] Vgl. O. Pfülf, Kommunistische Experimente, in den Stimmen aus Maria-Laach XLIX 284 ff.; A. Shaw, Icaria, New York 1884; Hillquit, History of Socialisme in the United Staates (1903) 121 ff.

Digitized by Google

„Garantien der Harmonie und Freiheit" (1842)[1] den Grundsatz mit voller Klarheit ausgesprochen hat, die Emanzipation der Arbeiterklasse könne nur ihr eigenes Werk sein. Im übrigen steckt er noch ganz in den utopistischen Ideen von Pierre Leroux und besonders von Babeuf, dessen Gleichheitsideen bei ihm wiederkehren.

8. Als der erste Vertreter und Bahnbrecher des „wissenschaftlichen" Sozialismus in Deutschland muß Karl Rodbertus (1805 bis 1875) angesehen werden[2]. Er selbst kennzeichnet seine Theorie als eine „konsequente Durchführung des von Smith in die Wissenschaft eingeführten und von der Ricardoschen Schule noch tiefer begründeten Satzes, daß alle Güter wirtschaftlich nur als Produkt der Arbeit anzusehen sind, nichts als Arbeit kosten".

Bleibt die Verteilung des Nationalproduktes sich selbst überlassen, meint Rodbertus, so wird bei steigender Produktion der Lohn der Arbeiter ein immer kleinerer Teil des Nationalproduktes, und dadurch entstehen Pauperismus und industrielle Krisen. Diesen Übeln kann nur abgeholfen werden durch allmähliche Überführung der Gesellschaft in einen Zustand, wo es kein Grund- und Kapitaleigentum mehr, sondern nur noch Verdienst- oder Arbeitseinkommen gibt.

9. Als Agitator hat Ferdinand Lassalle wenigstens in Deutschland nachhaltiger auf die Entwicklung des Sozialismus eingewirkt als der gleich zu besprechende Karl Marx.

Lassalle, geboren zu Breslau am 11. April 1825 von jüdischen Eltern, studierte in Breslau und Berlin Philologie und Philosophie,

[1] Neu herausgegeben und mit einer biographischen Einleitung versehen von Fr. Mehring, Berlin 1908. Ein anderes Werk von Weitling ist das „Evangelium des armen Sünders" (1845).

[2] Rodbertus entwickelt seine Ansichten besonders in: Soziale Briefe an v. Kirchmann, 2 Tle, 1850—1851; 4. Brief 1884; Briefe und sozialpolitische Aufsätze (1882). Über Rodbertus vgl. man R. Meyer, Der Emanzipationskampf des vierten Standes I 44 ff., und Handwörterbuch der Staatswissenschaften Artikel „Rodbertus". — Es ist in neuerer Zeit viel darüber gestritten worden, ob Rodbertus dem Marx oder dieser jenem die Grundideen seines System entlehnt habe. Einige sind der Ansicht, daß beide manches „entlehnt" haben, und zwar Rodbertus dem Franzosen Proudhon, Marx dem Engländer William Thompson. Vgl. Menger, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag 100.

Digitized by Google

ward 1846 mit der Gräfin Hatzfeld bekannt, die er in ihrem langen Ehescheidungsprozeß unterstützte, und wurde 1849 wegen Aufreizung zum bewaffneten Widerstand gegen die Regierung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Im Jahre 1863 forderte ihn das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses in Leipzig auf, ein sozialpolitisches Programm für die Arbeiterorganisation zu entwerfen. Lassalle entwickelte dieses Programm in seinem „Offenen Antwortschreiben", das die Grundlage des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins", der ersten Organisation der sozialdemokratischen Partei in Deutschland, wurde. Er geht in diesem Schreiben von dem sog. „ehernen Lohngesetz" aus, nach dem der Durchschnittslohn des Arbeiters immer auf den notwendigen Lebensunterhalt eingeschränkt bleibt und dem Arbeiter eine Verbesserung seiner Lebenslage unmöglich wird. Ich werde dieses Gesetz später eingehender darlegen und untersuchen. Aus dieser gedrückten Lage kann sich der Arbeiter nur dadurch befreien, daß er selbst Unternehmer wird. Zu diesem Zweck schlägt Lassalle den Arbeitern die Gründung von Produktivgenossenschaften vor. Diese Genossenschaften sollen mit staatlicher Unterstützung gegründet werden, die Übermacht der Kapitalisten brechen und zugleich zum vollen Sozialismus überleiten. Um den Staat zur Gewährung der erforderlichen Kapitalien zu nötigen, sollen die Arbeiter sich von der Fortschrittspartei trennen, sich als eigene politische Partei konstituieren und das allgemeine direkte Wahlrecht zu erkämpfen suchen. Wie es scheint, wollte Lassalle seine Reformpläne auf friedlichem Wege und auf nationaler Grundlage verwirklichen. In der nun folgenden Periode beschäftigte sich Lassalle fast ausschließlich mit der Organisation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Tausende von Arbeitern umjubelten den „Arbeiterkönig", wenn er seine „Heerschau" abhielt und mit hinreißender Beredsamkeit die Leidenschaften der Volksmassen entfesselte. Voll Selbstüberhebung rühmte er sich, er „schreibe jede Zeile bewaffnet mit der ganzen Bildung des Jahrhunderts". In seinen Theorien steht der große Agitator ganz auf den Schultern von Marx. Lassalle starb in Genf am 31. August 1864 an einer Wunde, die er in einem Liebschaftsduell mit dem walachischen Bojaren Racowitza erhalten hatte [1].

[1] Sämtliche Reden und Schriften Lassalles wurden von Eduard Bernstein zugleich mit einer biographischen Einleitung (Berlin 1892 ff.) herausgegeben. Die wichtigsten Schriften sind: Die Philosophie Herakleitos' des Dunklen (Berlin 1857); System der erworbenen Rechte, 2 Bde. (Leipzig 1861); Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines allgemeinen

Digitized by Google

§ 4. Der Hauptbegründer des modernen Sozialismus: Karl Marx.

A. Geschichtliches.

„Der größte Lehrer der sozialistischen Parteien des Erdenrundes", der „gewaltige Pfadfinder des Sozialismus", wie ihn der Berliner „Vorwärts" [1] nannte, ist **Karl Marx**.

Marx wurde geboren zu Trier am 5. Mai 1818 von jüdischen Eltern, die im Jahre 1824 mit ihren Kindern zum Protestantismus übertraten, absolvierte daselbst das Gymnasium und studierte in Bonn und Berlin zuerst Rechtswissenschaft, dann Philosophie. Im Jahre 1841 habilitierte er sich in Bonn als Privatdozent, übernahm aber im folgenden Jahre die Redaktion der demokratisch-liberalen „Rheinischen Zeitung", die schon im Jahre 1843 wegen ihrer oppositionellen Haltung gegen die Regierung unterdrückt wurde. Im gleichen Jahre vermählte er sich mit Jenny v. Westphalen und siedelte nach Paris über, wo er sich eifrig mit dem Studium nationalökonomischer und sozialistischer Schriften abgab und bald für den Sozialismus gewonnen wurde. Hier wurde er auch mit **Friedrich Engels** [2] bekannt, der von da an sein intimster Freund und sein unzertrennlicher Gefährte und Mitarbeiter blieb. Gemeinschaftlich gaben beide 1845 die Schrift „Die heilige Familie — Gegen Bruno Bauer und Konsorten" heraus. Aus Frankreich wegen aufreizender Artikel gegen den Absolutis-

---

deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig (Zürich 1863); Arbeiterlesebuch (Frankfurt a. M. 1863); Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch, der ökonomische Julian (Berlin 1864).

[1] 1894, Nr. 62.

[2] Geb. 1820 in Barmen, gest. in London 1895. Hauptschriften: Die Lage der arbeitenden Klassen in England (1845); Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates (7. Aufl. 1896); Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft (2. Aufl. 1886); Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft (4. Aufl. 1891). Nach Marx (Zur Kritik der politischen Ökonomie, Vorwort) kam Engels unabhängig von ihm zur materialistischen Geschichtsauffassung. Engels seinerseits erklärt: „Daß ich vor und während meinem vierzigjährigen Zusammenwirken mit Marx sowohl an der Begründung wie namentlich an der Ausarbeitung der Theorie einen gewissen selbständigen Anteil hatte, kann ich nicht leugnen. Aber der größte Teil der leitenden Grundgedanken, besonders auf ökonomischem und geschichtlichem Gebiete, und speziell ihre schließliche scharfe Fassung gehört Marx" (L. Feuerbach, 2. Aufl. 1895, 36 A.).

Digitized by Google

mus ausgewiesen, siedelte Marx zuerst nach Brüssel über, wo er 1848 im Verein mit Engels die Schrift La misère de la philosophie, réponse à la philosophie de la misère de M. Proudhon herausgab. Ein Jahr früher (1847) erschien das von Marx und Engels im Auftrage des Bundes der Kommunisten verfaßte „Manifest der kommunistischen Partei" (gewöhnlich „das Kommunistische Manifest" genannt), das schon alle wesentlichen Ideen des Marxschen Systems im Keime enthält und mit dem Schlachtruf des modernen Sozialismus schließt: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch". Im Jahre 1849 treffen wir Marx in Köln als Redakteur der „Neuen Rheinischen Zeitung", die jedoch nur ein kurzes Dasein fristete. Marx wurde aus Deutschland verwiesen und ließ sich nun dauernd in London nieder, wo er sich mit Studien und schriftstellerischen Arbeiten beschäftigte. Die erste größere Frucht seiner Studien war die Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie" (1859); ihr folgte im Jahre 1867 der erste Band des „Kapital", der 1872 in zweiter und 1890 in vierter (von Engels besorgter) Auflage[1] erschien. Den zweiten und dritten Band gab Engels aus dem Nachlasse seines Freundes heraus. Nach dem ursprünglichen Plane sollte noch ein vierter Band folgen, der aber nicht erschienen ist.

In das Jahr 1864 fällt die Gründung der ersten „Internationale" (Internationale Arbeiterassoziation), an der Marx hervorragend beteiligt war. Auf sein Betreiben trat zu London eine Versammlung von Arbeitern der verschiedensten Nationen zusammen, um über eine internationale Organisation der Proletarier zu beraten. Es wurde ein Komitee gewählt, welchem die Aufgabe zufiel, die Statuten einer internationalen Arbeitervereinigung zu entwerfen und den nächstjährigen Kongreß in Brüssel vorzubereiten. Das erste, was das Komitee beschloß, war die Einsetzung eines Generalrates mit einem Präsidenten und je einem korrespondierenden Mitglied für die verschiedenen Nationen. Mitglied für Deutschland wurde Marx. Die von ihm vorgeschlagene und vom Generalrat angenommene Adresse an die Arbeiter schließt wie das kommunistische Manifest mit den Worten: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!"

Auch der von Marx eingereichte Statutenentwurf wurde angenommen. Wir entnehmen ihm folgende charakteristische Stellen: „In Erwägung, daß die Emanzipation der Arbeiterklasse durch die Arbeiterklasse selbst

[1] Wo nicht das Gegenteil ausdrücklich bemerkt ist, zitiere ich im folgenden den ersten Band des „Kapital" nach der 4. Auflage.

Digitized by Google

erobert werden muß; daß der Kampf für die Emanzipation kein Kampf für Klassenvorrechte und Monopole ist, sondern für gleiche Rechte und Pflichten und die Vernichtung aller Klassenherrschaft; daß die ökonomische Unterwerfung des Arbeiters unter den Aneigner der Arbeitsmittel, d. h. der Lebensquellen, der Knechtschaft in allen ihren Formen zugrunde liegt ...; daß die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse daher der große Endzweck ist, dem jede politische Bewegung als Mittel unterzuordnen ist; .. daß die Emanzipation der Arbeiterklasse weder eine lokale noch eine nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder umfaßt, in denen die moderne Gesellschaft besteht ...: aus diesen Gründen ist die Internationale Arbeiterassoziation gestiftet worden." Diese Statuten[1] wurden 1866 auf dem Kongreß zu Genf genehmigt. Von da an fand fast jährlich ein Kongreß der Internationale statt. Der Kongreß zu Brüssel 1868 beschloß, Religion und Bibel seien durch den Kult derjenigen Männer zu ersetzen, welche sich um die materielle Wohlfahrt der Menschheit hervorragende Verdienste erworben. Der Kongreß zu Basel 1869 sprach der Gesellschaft das Recht zu, das Privateigentum an Grund und Boden in Gemeineigentum der Gesamtheit umzuwandeln.

Bald machten sich aber Spaltungen geltend, die sich hauptsächlich um die Befugnisse des Generalrates drehten und zum guten Teil in nationaler Eifersucht ihren Grund hatten. Die Föderalisten oder Anarchisten unter der Führung Michael Bakunins wollten keine „Diktatur" des Generalrates. Die Anhänger von Karl Marx dagegen, die Zentralisten, waren der Ansicht, nur ein mit großen Vollmachten ausgerüsteter Generalrat vermöge der Arbeiterpartei zum Siege zu verhelfen. Dieser Streit zwischen Zentralisten und Föderalisten war der Grund, warum nach 1873 kein Kongreß mehr stattfand und der Generalrat, der inzwischen seinen Sitz von London nach New York verlegt hatte, sich bald auflöste[2].

Seit der Auflösung der Internationale ist Marx nicht mehr öffentlich hervorgetreten, sondern lebte ausschließlich literarischen Arbeiten bis zu seinem am 14. März 1883 zu London erfolgten Tode.

---

[1] Abgedruckt bei E. Jäger, Der moderne Sozialismus (Berlin 1873) 56. — Daselbst auch reiche Auszüge aus der Marxschen Inauguraladresse (S. 50).

[2] Vgl. meinen Artikel „Internationale" im Kirchenlexikon[2] VI 830 (Freiburg, Herder).

Digitized by Google

B. Die „wissenschaftlichen" Grundlagen des Marxschen Systems.

Die Grundlagen des modernen Sozialismus sind teils geschichtlich teils theoretisch. Man kann zunächst fragen: Welches sind die Ursachen, die tatsächlich den Anlaß und Anstoß zum Aufkommen und Umsichgreifen der sozialistischen Ideen gegeben haben? Man kann sodann fragen: Durch welche Gründe sucht der Sozialismus seine Forderungen theoretisch als berechtigt oder notwendig hinzustellen? Die ersteren Grundlagen des Sozialismus sind geschichtlich, die letzteren rein theoretisch. Die geschichtlichen Grundlagen des Sozialismus habe ich schon oben (S. 17 f.) angedeutet. Sie sind in den modernen Kulturverhältnissen zu suchen. Der Sozialismus war schon längst in weite Kreise gedrungen, ehe man daran dachte, ihn theoretisch und wissenschaftlich zu begründen. Marx ist es, der heute fast allgemein als der eigentliche wissenschaftliche Begründer des Sozialismus anerkannt und von seinen Anhängern mit einer Art religiöser Verehrung umgeben wird.

Welches sind nun die *theoretischen Grundlagen*, durch deren Aufstellung oder Entdeckung Marx der Begründer des „wissenschaftlichen" Sozialismus geworden sein soll? Er soll endlich das große *Entwicklungsgesetz entdeckt* haben, welches die heutige Gesellschaft *naturnotwendig* durch den Kapitalismus hindurch in die sozialistische Gesellschaft hinüberführt und dadurch für immer die Emanzipation des Proletariats bewirkt.

Der sog. *utopische* Sozialismus ging von allgemeinen abstrakten Ideen des Menschheitsglückes aus; er malte sich irgendein irdisches Zukunftsparadies aus, verglich dasselbe mit den bestehenden Verhältnissen und forderte alle Bedrückten auf, das Bestehende möglichst bald zu zerstören, um zum erträumten Paradiese zu gelangen. Marx dagegen wollte sich auf den Boden der *Tatsachen* bzw. der *allgemeinen Entwicklung* stellen und zeigen, wie die gesellschaftliche Entwicklung *notwendig zum Sozialismus führe*; nur faßte er diese Entwicklung in einer ihm eigentümlichen Weise auf, die den Namen „historischer Materialismus" oder „*materialistische Geschichtsauffassung*" erhalten hat und die innig mit der Lehre vom *Mehrwert* verknüpft ist.

Digitized by Google

Hören wir Fr. Engels[1]: „Diese beiden großen Entdeckungen: die materialistische Geschichtsauffassung und die Enthüllung des Geheimnisses der kapitalistischen Produktion vermittelst des Mehrwertes, verdanken wir Marx. Mit ihnen wurde der Sozialismus eine Wissenschaft."

Was haben wir unter der materialistischen Geschichtsauffassung zu verstehen? Im Grunde nichts anderes als die Idee, daß die ganze Geschichte der Menschheit mit all ihren politischen, religiösen und rechtlichen Erscheinungen nur einen großen Entwicklungsprozeß darstellt, in dem es nichts Dauerndes, Unveränderliches gibt als das beständige, gesetzmäßige Entstehen und Vergehen, und daß sich aller Fortschritt nur auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse durch Ausbildung von Klassengegensätzen und damit verbundenen Klassenkämpfen vollzieht.

Das sind die Kerngedanken des Marxschen Systems. In demselben sind die verschiedenartigsten Elemente zur Einheit verschmolzen. „Wir deutschen Sozialisten sind stolz darauf, daß wir abstammen nicht nur von Saint-Simon, Fourier und Owen, sondern auch von Kant, Fichte und Hegel", so rühmte sich Engels schon im Jahre 1882 in der Vorrede zur ersten Auflage seiner Schrift: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft". Von Kant ist allerdings bei Marx nicht viel übriggeblieben. Aber die andern Genannten haben in der Tat alle einige Bausteine zu seinem Lehrgebäude geliefert.

Man muß im Marxschen System dreierlei unterscheiden: die Methode, den Inhalt und das Ziel oder die Schlußfolgerung, die er daraus zieht.

---

[1] Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft[4] (1891) 26. — Übrigens scheint Engels in der Vorrede zum zweiten Bande des „Kapital" zuzugeben, daß Marx für seine Mehrwerttheorie unter den älteren englischen Sozialisten Vorgänger gehabt hat. Namentlich sollen William Godwin, Charles Hall und William Thompson schon im wesentlichen die Marxsche Mehrwerttheorie aufgestellt haben. Vgl. Menger, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag 40 ff.

Digitized by Google

I. Die Marxsche Methode.

Seine Methode hat Marx von Fichte und Hegel entlehnt: es ist die sog. dialektische Methode. Nach Hegel entwickelt sich die absolute Idee nach dem Schema: These, Antithese und Synthese. Das Bestehende wird durch ein anderes, das schon keimartig in ihm enthalten ist, aufgehoben (negiert), und diese Negation wird wieder durch eine weitere Negation (Negation der Negation) aufgehoben und dadurch ein höherer Zustand des ursprünglich Negierten herbeigeführt. Ein Beispiel:

Fällt ein Gerstenkorn „auf günstigen Boden, so geht unter dem Einfluß der Wärme oder der Feuchtigkeit eine eigene Veränderung mit ihm vor: es keimt; das Korn vergeht als solches, wird negiert, an seine Stelle tritt die aus ihm entstandene Pflanze, die Negation des Korns. Aber was ist der normale Lebenslauf dieser Pflanze? Sie wächst, blüht, wird befruchtet und produziert schließlich wieder Gerstenkörner, und sobald diese gereift, stirbt der Halm ab, wird seinerseits negiert. Als Resultat dieser Negation der Negation haben wir wieder das anfängliche Gerstenkorn, aber nicht einfach, sondern in zehn-, zwanzig- und dreißigfacher Anzahl“ [1].

Das Gerstenkorn ist also die These, die daraus hervorgegangene Pflanze die Antithese, und die vermehrten Gerstenkörner, die aus derselben entstehen, sind die Synthese.

Aber, könnte man sagen, in diesem Beispiel haben wir am Ende des Prozesses nur eine Vermehrung der Gerstenkörner, wir haben keinen Umwandlungsprozeß! Darauf antwortet Engels mit einem andern Beispiel, das uns die Artveränderung zeigen soll: „Nehmen wir eine bildsame Zierpflanze, z. B. eine Dahlia oder Orchidee; behandeln wir den Samen und die aus ihm entstehende Pflanze nach der Kunst des Gärtners, so erhalten wir als Ergebnis dieser Negation der Negation nicht nur mehr Samen, sondern auch qualitativ verbesserten Samen, der schönere Blumen erzeugt, und jede Wieder-

[1] Engels, Dührings Umwälzung der Wissenschaft[2] 126—127.

Digitized by Google

holung dieses Prozesses, jede neue Negation der Negation steigert diese Vervollkommnung." [1]

Einen gleichen Prozeß wie in der Natur haben wir in der Geschichte. Engels macht uns dies an einem Beispiel klar: „Alle Kulturvölker fangen an mit dem Gemeineigentum am Boden (?). Bei allen Völkern, die über eine gewisse Stufe hinausgehen, wird dieses Gemeineigentum im Laufe der Entwicklung des Ackerbaues eine Fessel für die Produktion. Es wird aufgehoben, negiert, nach kürzeren oder längeren Zwischenstufen in Privateigentum verwandelt. Aber auf höherer, durch das Privateigentum am Boden selbst herbeigeführter Entwicklungsstufe des Ackerbaues wird umgekehrt das Privateigentum eine Fessel für die Produktion — wie dies heute der Fall ist, sowohl mit dem kleinen als mit dem großen Grundbesitz. Die Forderung, es ebenfalls zu negieren, es wieder in Gemeingut zu verwandeln, tritt mit Notwendigkeit hervor. Aber diese Forderung bedeutet nicht die Wiederherstellung des altursprünglichen Gemeineigentums, sondern die Herstellung einer weit höheren, entwickelteren Form von Gemeinbesitz, die, weit entfernt, der Produktion eine Schranke zu werden, sie vielmehr erst entfesseln und ihr die volle Ausnützung der modernen chemischen Entdeckungen und mechanischen Erfindungen gestatten wird." [2]

Das ist die von Marx und Engels adoptierte Hegelsche Dialektik. Diese „Dialektik ist weiter nichts als die Wissenschaft von den allgemeinen Bewegungs- und Entwicklungsgesetzen der Natur, der menschlichen Gesellschaft, des Denkens" [3].

Die alte Philosophie (die metaphysische Denkweise, wie Engels sie nennt) ging von der Annahme aus, es gebe eine Summe von Ideen und Grundsätzen, die dem Wechsel und der Veränderung nicht unterworfen, also von Zeit und Ort unabhängig und in diesem Sinne ewig seien. Die neue, mit Hegel beginnende Philosophie (die dialektische Denkweise) kennt keine derartigen unwandelbaren Begriffe und Grundsätze, abgesehen von den mathematischen Wissenschaften. Wie das ganze Weltall mit all seinen Erscheinungen, so

[1] Ebd. 127. [2] Ebd. 129. [3] Ebd. 183.

Digitized by Google

ist nach ihr auch die Menschheit mit ihrem Denken, Wollen und Handeln in einem beständigen Entwicklungsprozeß begriffen, in dem es nichts Dauerndes gibt als das ewige Werden.

Im Hegelschen System, sagt Engels, wurde zum erstenmal „die ganze natürliche, geschichtliche und geistige Welt als ein Prozeß, d. h. als in steter Bewegung, Veränderung, Umbildung und Entwicklung begriffen dargestellt und der Versuch gemacht, den inneren Zusammenhang in dieser Bewegung und Entwicklung nachzuweisen. Von diesem Gesichtspunkt aus erschien die Geschichte der Menschheit nicht mehr als ein wüstes Gewirr sinnloser Gewalttätigkeiten ... sondern als der Entwicklungsprozeß der Menschheit selbst, dessen allmählichen Stufengang durch alle Irrwege zu verfolgen und dessen innere Gesetzmäßigkeit durch alle scheinbaren Zufälligkeiten hindurch nachzuweisen jetzt die Aufgabe des Denkens wurde." [1]

Hegel hat aber diese Aufgabe nicht gelöst. Er „war Idealist, d. h. ihm galten die Gedanken seines Kopfes nicht als die mehr oder weniger abstrakten Abbilder der wirklichen Dinge und Vorgänge, sondern umgekehrt galten ihm die Dinge und ihre Entwicklung nur als die verwirklichten Abbilder der irgendwie schon vor der Welt existierenden ‚Idee'. Damit war alles auf den Kopf gestellt und der wirkliche Zusammenhang der Welt vollständig umgekehrt.... Das Hegelsche System als solches war eine kolossale Fehlgeburt — aber auch die letzte ihrer Art" [2].

Außerdem litt das Hegelsche System an einem inneren Widerspruch: „Einerseits hatte es zur wesentlichen Voraussetzung die historische Anschauung, wonach die menschliche Geschichte ein Entwicklungsprozeß ist, der seiner Natur nach nicht durch die Entdeckung einer sog. absoluten Wahrheit seinen intellektuellen Abschluß finden kann; anderseits aber behauptet es, der Inbegriff eben dieser absoluten Wahrheit zu sein. Ein allumfassendes, ein für allemal abschließendes System der Erkenntnis von Natur und Geschichte steht im Widerspruch mit den Grundgesetzen des dialektischen Denkens." [3]

[1] Engels, Die Entwicklung des Sozialismus[4] 22.
[2] Ebd. 23. [3] Ebd.

Digitized by Google

„Die Einsicht in die totale Verkehrtheit des bisherigen deutschen Idealismus führte notwendig zum Materialismus.“ [1]

II. Der Inhalt des Marxschen Systems: der historische Materialismus.

Die Idee des unaufhörlichen dialektischen Werdeprozesses haben Marx und Engels von Hegel angenommen. Aber was entwickelt sich, und was bestimmt die Richtung des Entwicklungsprozesses? Durch Feuerbach wurde Marx von den Verkehrtheiten des Hegelschen Idealismus zum historischen Materialismus bekehrt. Feuerbach beseitigte ein für allemal den „Dualismus“ zwischen Geist und Materie und proklamiert offen und unverblümt den Materialismus.

Engels berichtet darüber: „Da kam Feuerbachs ‚Wesen des Christentums‘. Mit einem Schlage zerstäubte es den Widerspruch (des Hegelianismus), indem es den Materialismus ohne Umschweife wieder auf den Thron erhob. Die Natur existiert unabhängig von aller Philosophie; sie ist die Grundlage, auf der wir Menschen, selbst Naturprodukte, erwachsen sind; außer der Natur und den Menschen existiert nichts, und die höheren Wesen, die unsere religiöse Phantasie erschuf, sind nur die phantastische Rückspiegelung unseres eigenen Wesens. Der Bann war gebrochen. . . . Man muß die befreiende Wirkung dieses Buches selbst erlebt haben, um sich eine Vorstellung davon zu machen. Die Begeisterung war allgemein; wir waren alle momentan Feuerbachianer. Wie enthusiastisch Marx die neue Auffassung begrüßte und wie sehr er — trotz aller kritischen Vorbehalte — von ihr beeinflußt wurde, kann man in der ‚Heiligen Familie‘ lesen.“ [2]

Nach Feuerbach ist „die Materie nicht ein Erzeugnis des Geistes, sondern der Geist ist selbst nur das höchste Produkt der Materie. Das ist natürlich reiner Materialismus“ [3]. Der Feuerbachsche Materialismus war aber mechanisch, antidialektisch. Die Natur bewegte sich, das wußte man, aber diese Bewegung drehte sich ewig im Kreise

[1] Ebd. 22. [2] Engels, Ludwig Feuerbach [2] (1895) 10—11.
[3] Ebd. 18.

Digitized by Google

und „kam daher nie vom Fleck; sie erzeugte immer wieder dieselben Ergebnisse“ [1]. Diese Auffassung war falsch. „Wir leben nicht nur in der Natur, sondern auch in der menschlichen Gesellschaft, und auch diese hat ihre Entwicklungsgeschichte und ihre Wissenschaft nicht minder als die Natur.“ [2]

Es handelt sich jetzt darum, die Bewegungsgesetze zu entdecken, nach denen sich die Menschengeschichte entwickelt, und zwar auf materialistischer Grundlage. Dieses Problem glauben Marx und Engels mit ihrer „materialistischen Geschichtsauffassung“ gelöst zu haben: Nicht abstrakte Ideen sind es, welche den Entwicklungsprozeß in Bewegung setzen und seine Richtung bestimmen, sondern die Produktionsbedingungen.

Schon im „Kommunistischen Manifest“ heißt es:

„Die Anklagen gegen den Kommunismus, die von religiösen, philosophischen und ideologischen Gesichtspunkten überhaupt erhoben werden, verdienen keine ausführlichere Erörterung. Bedarf es tiefer Einsicht, um zu begreifen, daß mit den Lebensverhältnissen der Menschen, mit ihren gesellschaftlichen Beziehungen, mit ihrem gesellschaftlichen Dasein auch ihre Vorstellungen, Anschauungen und Begriffe, mit einem Wort, auch ihr Bewußtsein sich ändert? Was beweist die Geschichte der Ideen anderes, als daß die geistige Produktion sich mit der materiellen umgestaltet?“

Noch deutlicher hat Marx seine materialistische Geschichtstheorie zusammengefaßt in der Vorrede zur „Kritik der politischen Ökonomie“ [3]. Er schreibt:

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen

[1] Engels, Ludwig Feuerbach [2] 19. [3] Ebd. 22.
[3] Neu herausgegeben von Kautsky, Stuttgart 1897.

Digitized by Google

und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten.... Eine Gesellschaftsform geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue, höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.... Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte antagonistische Form des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, antagonistisch nicht im Sinne von individuellem Antagonismus, sondern eines aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervorwachsenden Antagonismus, aber die im Schoße der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte schaffen zugleich die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus. Mit dieser Gesellschaftsformation schließt daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft ab." [1]

E. Bernstein rechnet diese Stelle zu den „bedeutsamsten Darlegungen" der materialistischen Geschichtsauffassung. Kautsky nennt sie „klassisch". Masaryk[2] will in seiner beachtenswerten Kritik des Marxismus diese Benennung nicht gelten lassen, es mangeln

[1] Marx, Zur Kritik der polit. Ökonomie, Vorwort XI—XII.

[2] Die philosophischen und soziologischen Grundlagen des Marxismus (Wien 1899) 94.

Digitized by Google

ihr die Haupteigenschaften des Klassischen: Genauigkeit und Klarheit. Es läßt sich in der Tat im einzelnen manches an der Darstellung kritisieren. Doch scheint uns der Grundgedanke klar. Die ganze Ideologie (d. h. die Gesamtheit der sittlichen, religiösen, rechtlichen, philosophischen und politischen Ideen) hat ihre Wurzel in der Art und Weise, wie produziert wird und die Produkte umgetauscht werden. Ändert sich diese Art und Weise, so ändert sich auch die auf derselben beruhende Ideologie. Diese hat kein selbständiges Sein, sondern ist nur die Widerspiegelung der Produktionsverhältnisse im Bewußtsein der Menschen. Es ist derselbe Gedanke, der uns z. B. in folgendem Satz des „Kapital“ [1] begegnet: „Die Technologie enthüllt das aktive Verhalten des Menschen zur Natur, den unmittelbaren Produktionsprozeß seines Lebens, damit auch seiner gesellschaftlichen Lebensverhältnisse und der ihnen entquellenden geistigen Vorstellungen.“ [2]

Hören wir jetzt noch Engels, den zuverlässigsten Dolmetscher der Marxschen Ansichten.

„Die materialistische Anschauung der Geschichte geht von dem Satze aus, daß die Produktion und nächst der Produktion der Austausch ihrer Produkte die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist; daß in jeder geschichtlich auftretenden Gesellschaft die Verteilung der Produkte und mit ihr die soziale Gliederung in Klassen oder Stände sich danach richtet, was und wie produziert wird. Hiernach sind die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen zu suchen nicht in den Köpfen der Menschen, in ihrer zunehmenden Einsicht in die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern in Veränderungen der Produktions- und Austauschweise; sie sind zu suchen nicht in der Philosophie, sondern in der Ökonomie der betreffenden Epoche. Die erwachende Einsicht, daß die bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen unvernünftig und ungerecht sind, daß Vernunft Unsinn, Wohltat Plage geworden, ist nur ein Anzeichen davon, daß in den Produktionsmethoden und Austauschformen in aller Stille Veränderungen vor sich gegangen sind, zu denen die auf frühere ökonomische Bedingungen zugeschnittene gesellschaftliche Ordnung nicht mehr stimmt. Damit ist zugleich gesagt,

[1] I 336 Anm.

[2] Man vgl. noch beispielsweise: Das Kapital III, 2. Abt., 324.

Digitized by Google

daß die Mittel zur Beseitigung der entdeckten Mißstände ebenfalls in den veränderten Produktionsverhältnissen selbst — mehr oder minder entwickelt — vorhanden sein müssen. Diese Mittel sind nicht etwa aus dem Kopfe zu erfinden, sondern vermittelst des Kopfes in den vorliegenden materiellen Tatsachen der Produktion zu entdecken." [1]

Am Grabe seines langjährigen Freundes erklärte Engels: „Wie Darwin das Gesetz der Entwicklung der organischen Natur, so entdeckte Marx das Entwicklungsgesetz der menschlichen Geschichte: Die bisher unter ideologischen Überwucherungen verdeckte einfache Tatsache, daß die Menschen vor allen Dingen zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden müssen, ehe sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion usw. treiben können, daß also die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel und damit die jedesmalige ökonomische Entwicklungsstufe eines Volkes oder eines Zeitabschnittes die Grundlage bildet, aus der sich die Staatseinrichtungen, die Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen der betreffenden Menschen entwickelt haben, und aus der sie daher auch erklärt werden müssen — nicht, wie bisher geschehen, umgekehrt." [2]

Die hier vorgetragene Ansicht ist nicht so zu verstehen, als ob die Produktion der materiellen Lebensbedürfnisse bloß die notwendige Vorbedingung für das höhere Geistesleben sei. Das primum vivere, dein philosophari war eine längst bekannte Wahrheit, die nicht erst von Marx entdeckt zu werden brauchte. Sie besagt vielmehr, die Art der Produktion erzeuge und bestimme das ganze höhere gesellschaftliche Leben eines Volkes: seine rechtlichen, sittlichen, philosophischen, religiösen, künstlerischen usw. Ideen. Daß dies die einzig richtige Erklärung ist, erhellt zur Genüge aus den schon vorher zitierten Stellen von Marx und Engels.

In verschiedenen, nach dem Tode von Marx geschriebenen Briefen hat Engels die bestimmende Kraft der Produktionsverhältnisse gegenüber dem „ideologischen Überbau" etwas eingeschränkt. So schreibt er im Jahre 1890 und 1895, die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens sei in letzter Instanz das bestimmende Moment in der Geschichte, aber es sei nicht das einzige. Die ökonomische Lage sei die Basis,

[1] Dührings Umwälzung der Wissenschaft[3] (1886) 253; Entwicklung des Sozialismus[4] 27.

[2] Mehring, Die Lessing-Legende (1894) 434; Masaryk, Die philos. und soziolog. Grundlagen des Marxismus 103.

Digitized by Google

aber die verschiedenen Momente des Überbaues (die Rechtsformen und die Reflexe dieser Formen im Gehirn der Beteiligten: politische, religiöse und philosophische Ideen) übten auch ihren Einfluß auf den Verlauf der Entwicklung aus. „Die politische, rechtliche, philosophische, religiöse, literarische, künstlerische usw. Entwicklung beruht auf der ökonomischen. Aber sie alle reagieren aufeinander und die ökonomische Basis." [1]

Aus dem Gesagten folgt unstreitig, daß nach Marx und Engels eine Vielheit von Faktoren auf die Entwicklung der Gesellschaft einwirkt. Die letzte Quelle aller dieser Faktoren aber ist die Art und Weise der Wirtschaft, die ihrerseits wieder abhängt von dem Stand der Technik, dem Boden, dem Klima und andern Verhältnissen ihres Standortes. Die Wirtschaft bestimmt die Eigentumsverhältnisse, aus diesen ergibt sich der rechtliche, politische und philosophische Überbau. Dieser Überbau soll dann allerdings wieder auf den Unterbau oder die Basis, d. h. die Produktionsverhältnisse, zurückwirken.

Die Wirtschaft wird also zur Grundlage und zum Ausgangspunkt aller Gesellschaftswissenschaft erhoben. Nicht die rechtlichen, sittlichen oder philosophischen Ideen bestimmen den Gang der Weltgeschichte und der Kulturentwicklung, sondern die wirtschaftlichen Verhältnisse. Recht, Politik und Religion sind nur der Überbau auf der ökonomischen Basis und ändern sich mit dieser allmählich. Eine neue ökonomische Epoche bringt einen ihr entsprechenden rechtlichen und politischen Überbau hervor, und zwar — wie es die dialektische Methode verlangt — durch Ausbildung von Gegensätzen. Während die ökonomischen Verhältnisse allmählich sich ändern, bleiben die Eigentumsverhältnisse und der gesamte soziale Überbau noch unverändert. So geraten allmählich die Produktionsverhältnisse in Widerspruch mit den sozialen und politischen Einrichtungen, insbesondere mit den Eigentumsverhältnissen. Es bilden sich Klassengegensätze, die sich immer mehr zuspitzen, bis eine soziale Revolution eine Gesellschaftsordnung herbeiführt, die zu den neuen Produktionsbedingungen paßt.

[1] Vgl. Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus (1904) 7.

Digitized by Google

III. Das Ziel oder die Schlußfolgerung.

Mit Hilfe der eben entwickelten Geschichtstheorie will nun Marx zeigen, daß die heutige kapitalistische Gesellschaft naturnotwendig in die sozialistische Gesellschaftsordnung hineinführt. Um diesen Nachweis zu verstehen, müssen wir die zweite große „Entdeckung" ins Auge fassen, durch die der Sozialismus sich nach Engels aus der Utopie zur Wissenschaft entwickelt haben soll: die Lehre vom Wert und vom Mehrwert.

1. Der Wert. In einer kapitalistischen Gesellschaft haben alle Produkte den Charakter von Waren. In jeder Ware läßt sich aber ein doppelter Wert unterscheiden: der Gebrauchswert und der Tauschwert. Das Brot z. B. kann zur Nahrung dienen: das ist sein Gebrauchswert; man kann es aber auch verkaufen oder gegen andere Waren umtauschen: das ist sein Tauschwert. Der Gebrauchswert besteht nach Marx in der Nützlichkeit einer Sache zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse und hat seinen Grund in ihren physischen und chemischen Eigenschaften; der Tauschwert dagegen besteht in dem Verhältnis, in welchem sich Gebrauchswerte verschiedener Art untereinander austauschen lassen. Wenn ich z. B. weiß, daß sich im Tauschhandel 10 Pfund Garn gegen ein Paar Schuhe austauschen lassen, so haben beide gleichen Tauschwert, wie verschieden auch ihre Gebrauchswerte sein mögen. Tauschwert hat eine Ware nur, weil menschliche Arbeit in ihr enthalten ist, und das Maß dieser in den Waren „vergegenständlichten" Arbeit bestimmt auch das Maß ihres Tauschwertes. Zwei Waren, welche dasselbe Quantum gesellschaftlich notwendiger Arbeit enthalten, haben auch denselben Tauschwert. Das ist das berühmte Marxsche Wertgesetz. Die Waren tauschen sich untereinander um nach dem Verhältnis der in ihnen enthaltenen gesellschaftlich notwendigen Durchschnittsarbeit.

Ich werde diese Theorie später prüfen und dann mit den eigenen Worten von Marx eingehender darlegen.

2. Der Mehrwert. Das Geheimnis der Plusmacherei. Aus der Lehre vom Wert leitet Marx seine Lehre vom Mehrwert

Digitized by Google

her, indem er das vom Tauschwert im allgemeinen Gesagte auf die menschliche Arbeitskraft anwendet. Unter den heutigen Eigentumsverhältnissen ist ja auch die Arbeitskraft des Lohnarbeiters eine Ware geworden. Der Arbeiter ist zwar persönlich frei, besitzt aber keine Produktionsgüter und ist deshalb gezwungen, seine Arbeitskraft als Ware auf den Markt zu bringen. Hierdurch erhält der heutige Eigentümer der Produktionsmittel die Gelegenheit, sich auf Kosten des Arbeiters zu bereichern. Lassen wir Marx selbst reden.

Wie bei jeder Ware, so muß man auch bei der Arbeitskraft Gebrauchswert und Tauschwert unterscheiden. Der Tauschwert der Arbeitskraft ist bestimmt durch die Masse der in ihr enthaltenen Durchschnittsarbeit oder durch den Wert der Lebensmittel, die zur Ernährung und Fortdauer der Arbeitskraft gewohnheitsmäßig erforderlich sind[1]. Außerdem hat aber die Arbeitskraft einen Gebrauchswert, eine Naturgabe, „die den Arbeiter nichts kostet, aber dem Kapitalisten viel einbringt".

„Der Wert (Tauschwert) der Arbeitskraft und ihre Verwertung im Arbeitsprozeß (ihr Gebrauchswert) sind also zwei verschiedene Größen. Diese Wertdifferenz hatte der Kapitalist im Auge, als er die Arbeitskraft kaufte." Was der Kapitalist bezahlt, ist nur der Tauschwert der Arbeitskraft; was er aber eigentlich haben will, ist „der spezifische Gebrauchswert dieser Ware (der Arbeitskraft), Quelle von Werten zu sein, und von mehr Wert, als sie selbst hat. Dies ist der spezifische Dienst, den der Kapitalist von ihr erwartet. Und er verfährt dabei den ewigen Gesetzen des Warenaustausches gemäß. In der Tat, der Verkäufer der Arbeitskraft wie der Verkäufer jeder andern Ware realisiert ihren Tauschwert und veräußert ihren Gebrauchswert (d. h. er erhält nur den Preis für den Tauschwert seiner Arbeitskraft, muß aber ihren ganzen Gebrauch an den Käufer, den Kapitalisten, abtreten). Er kann den einen nicht erhalten, ohne den andern wegzugeben. Der Gebrauchswert der Arbeitskraft, die Arbeit selbst, gehört ebensowenig ihrem Verkäufer wie der Gebrauchswert des verkauften Öls dem Ölhändler. Der Geldbesitzer

[1] „Der Wert der Arbeitskraft, gleich dem jeder andern Ware, ist bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion dieses spezifischen Artikels notwendige Arbeitszeit.... Der Wert der Arbeitskraft löst sich auf in den Wert einer bestimmten Summe von Lebensmitteln" (Das Kapital I 133 134). Wenn Marx von Wert ohne weiteren Zusatz spricht, versteht er darunter immer den Tauschwert.

Digitized by Google

hat den Tageswert der Arbeitskraft gezahlt; ihm gehört daher ihr Gebrauch während des Tages, die tagelange Arbeit. Der Umstand, daß die tägliche Erhaltung der Arbeitskraft nur einen halben Tag kostet, obgleich die Arbeitskraft einen ganzen Tag wirken, arbeiten kann, daß daher der Wert, den ihr Gebrauch während eines Tages schafft, doppelt so groß ist als ihr eigener Tageswert, ist ein besonderes Glück für den Käufer, aber durchaus kein Unrecht gegen den Verkäufer. Unser Kapitalist hat den Kasus, der ihn lachen macht, vorgesehen. Der Arbeiter findet daher in der Werkstätte die nötigen Produktionsmittel nicht nur für einen sechsstündigen, sondern für einen zwölfstündigen Arbeitsprozeß"[1].

Beträgt z. B. der Wert der Lebensmittel, deren der Arbeiter gewohnheitsmäßig bedarf, 3 Schilling, so ist dies der Tauschwert der Arbeitskraft, also auch der Lohn, den er dafür erhält. Einen Teil der Arbeitszeit, z. B. sechs Stunden, verwendet nun der Arbeiter dazu, den Wert, den er in Form von Geld (3 Schilling) erhält, in anderer Form zu produzieren. Diesen Teil der Arbeitszeit nennt Marx die notwendige Arbeitszeit.

Aber der Arbeiter muß über diese Arbeitszeit hinaus, vielleicht zwölf Stunden, tätig sein. Wäre er nur während der notwendigen Arbeitszeit tätig, so würde der Kapitalist keinen Mehrwert erzielen. Dieser würde nur den Preis, den er dem Arbeiter als Lohn bezahlt, in einer andern Form wieder erhalten. Es muß also dem Kapitalisten daran liegen, die Zeit der Arbeit über die notwendige Arbeitszeit zu verlängern. „Diese zweite Periode des Arbeitsprozesses, die der Arbeiter über die Grenzen der notwendigen Arbeit hinaus schanzt, kostet ihn zwar Arbeit, Verausgabung von Arbeitskraft, bildet aber keinen Wert für ihn. Sie bildet Mehrwert, der den Kapitalisten mit allem Reiz einer Schöpfung aus nichts anlacht."[2] Diesen Mehrwert eignet sich der Kapitalist unentgeltlich an, und zwar nach dem herrschenden „bürgerlichen" Recht ohne den Schein der Ungerechtigkeit. Denn die Arbeit gehört dem Eigentümer des Materials, auf welches sie verwendet wird, und dieser Eigentümer ist in der heutigen Gesellschaft nicht der „Produzent" (der Arbeiter), sondern der Kapitalist.

3. Verwandlung des Mehrwertes in Kapital, der Akkumulationsprozeß des Kapitals und die industrielle

[1] Das Kapital I 156—157. [2] Ebd. 178.

Digitized by Google

Reservearmee. Wir wissen jetzt, wie nach Marx „Mehrwert" entsteht. In einer Gesellschaftsordnung, in welcher die Produktionsmittel das Monopol einer bestimmten Klasse sind, kann der Mehrwert nur durch Ausbeutung fremder Arbeit entstehen. Der Mehrwert ist wesentlich „ohne Äquivalent angeeigneter Wert" oder „Materiatur . . . unbezahlter fremder Arbeit" [1]. Dieser erzielte „Mehrwert" wird nun selbst wiederum zur weiteren Produktion und somit auch zur Erreichung von neuen und größeren Mehrwerten verwendet, und verwandelt sich so in Kapital. Das Kapital ist die Gesamtheit der im Privatbesitz befindlichen, durch fremde Arbeit geschaffenen Produktionsmittel, die zur Erzielung von Mehrwert, d. h. zur Ausbeutung fremder Arbeitskraft, verwendet werden; es ist nichts als „prozessierender Wert" oder „Mehrwert heckender Wert".

Die Verwandlung der Produktionsmittel, insbesondere des Geldes, in Kapital setzt voraus, daß „der Geldbesitzer den freien Arbeiter auf dem Warenmarkte vorfinde, frei in dem Sinne, daß er als freie Person über seine Arbeitskraft verfügt", und anderseits keine eigenen Produktionsmittel besitzt [2]. Der Eigentümer der Produktionsmittel wird dieselben natürlich nur unter der Voraussetzung zur Produktion verwenden, daß ihm der Prozeß einen Mehrwert, eine neue Aneignung fremder Arbeit verspricht. „Der Wert wird also prozessierender Wert, prozessierendes Geld und als solches Kapital. Er kommt aus der Warenzirkulation her, geht wieder in sie ein, erhält und vervielfältigt sich in ihr, kehrt vergrößert aus ihr zurück und beginnt denselben Kreislauf stets von neuem." [3]

Der Kapitalist muß sein Geschäft immer mehr erweitern und alle technischen Fortschritte benutzen, um die Konkurrenz zu bestehen. Mit dieser Erweiterung wächst der „Mehrwert", aber auch das Proletariat und sein Elend. „Der ehemalige Geldbesitzer schreitet voran als Kapitalist, der Arbeitskraftbesitzer folgt ihm nach als sein Arbeiter; der eine bedeutungsvoll schmunzelnd und geschäftseifrig, der andere scheu, widerstrebsam, wie jemand, der seine eigene Haut

[1] Das Kapital I 179 533. [2] Ebd. 131.
[3] Ebd. 118.

Digitized by Google

zu Markte getragen und nun nichts anderes zu erwarten hat als die — Gerberei." [1]

4. Größe des Mehrwertes; sein Verhältnis zum Profit. Das gesamte zur Erzielung von Mehrwert verwendete Kapital zerfällt in zwei Teile: das konstante und das variable Kapital.

Konstant ist derjenige Teil des Kapitals, der zur Anschaffung oder Verbesserung von Rohstoffen, Maschinen, Gebäuden usw. verwendet wird, denn dieser erzeugt aus sich keine Mehrwerte. Beim Tausch werden ja Äquivalente umgesetzt, und die Maschine kann auch keine Mehrwerte schaffen, da sie immer nur soviel Wert an die Produkte abgibt, als sie verliert. Natürlich gilt dies nur unter Voraussetzung der Marxschen Werttheorie.

Das variable Kapital ist „der in Arbeitskraft umgesetzte Teil des Kapitals" oder der den Arbeitern bezahlte Lohn. Dieser verändert seine Größe, weil er nicht nur sein Äquivalent, sondern auch einen Überschuß, nämlich den Mehrwert, erzielt. Das Verhältnis, in dem der Mehrwert zum variabeln Kapital steht, nennt Marx die Rate des Mehrwertes oder der Ausbeutung [2]. Die Mehrwertrate ist um so größer, je größer die Zahl der angestellten Lohnarbeiter und je größer der Überschuß der tatsächlichen Arbeitszeit über die notwendige Arbeitszeit ist [3].

Von der Mehrwertrate ist die Profitrate zu unterscheiden. Diese ist das Verhältnis des Mehrwertes zum gesamten Kapital (variabeln und konstanten) oder $\frac{m}{c+v}$. Beträgt z. B. das konstante

[1] Ebd. 139.

[2] Marx liebt es, seine Gedanken in mathematisches Gewand zu hüllen. Bezeichnen wir das gesamte vom Unternehmer vorgeschossene Kapital mit C, den konstanten Teil desselben mit c, den variabeln mit v, so ist beim Beginn des Unternehmens $C = c + v$. Nach Vollendung des Produktionsprozesses ist eine Warenmasse vorhanden mit dem Gesamtwert $C_1 = c + v + m$. In dieser Gleichung bezeichnet m den erzielten absoluten Mehrwert, der in unbezahlter Arbeit besteht. Will man das Verhältnis bestimmen, in dem sich das Kapital vermehrt, so muß man von c absehen oder $c = 0$ setzen, da es ja immer den im Produkt wiederkehrenden Kapitalwert darstellt, und allein das Verhältnis von m zu v $\left(\frac{m}{v}\right)$ ins Auge fassen. Das ist die Mehrwertrate.

[1] Marx a. a. O. 267.

Digitized by Google

Kapital 4000 Mark, das variable 1000 Mark und der Mehrwert 1000 Mark, so ist die Mehrwertrate 100 Prozent, die Profitrate aber nur 20 Prozent.

Das Verhältnis der Profitrate zur Mehrwertrate ändert sich je nach der Zusammensetzung des zur Produktion verwendeten Kapitals. Das konstante Kapital bringt keinen Mehrwert hervor, da dieser wesentlich in der Aneignung fremder, unbezahlter Arbeit besteht. Die Profitrate wird deshalb desto geringer, je größer in einer Unternehmung das konstante und je geringer das variable Kapital ist. Wäre in einem Produktionsgeschäft das konstante Kapital ungefähr Null, so würde die Profitrate der Mehrwertrate nahezu gleich sein; je größer aber das konstante Kapital wird, um so geringer wird die Profitrate im Vergleich zur Mehrwertrate. Mit andern Worten: Die Größe der Profitrate hängt von der organischen Zusammensetzung des Gesamtkapitals aus konstantem und variablem Kapital ab, unter der Voraussetzung, daß die Waren sich im Verhältnis zu der in ihnen verkörperten menschlichen Arbeit austauschen.

Da es dem Kapitalisten auf den Profit ankommt, so muß er trachten, bei möglichst geringem Kapitalaufwand möglichst viel Mehrwert zu erzielen. Er muß also darauf sehen, daß die Arbeiter möglichst lang über die notwendige Arbeitszeit hinaus arbeiten, er muß trachten, die wohlfeilere Frauen- und Kinderarbeit zu benutzen, endlich muß er darauf sinnen, die Arbeit durch technische Vorrichtungen möglichst produktiv zu machen[1].

[1] Beispielshalber sei hier eine ausführliche Stelle aus Marx wörtlich zitiert: „Sofern die Maschinerie Muskelkraft entbehrlich macht, wird sie zum Mittel, Arbeiter ohne Muskelkraft oder von unreifer Körperentwicklung, aber größerer Geschmeidigkeit der Glieder anzuwenden. Weiber- und Kinderarbeit war daher das erste Wort der kapitalistischen Anwendung der Maschinerie! Dieses gewaltige Ersatzmittel von Arbeit und Arbeitern verwandelte sich damit sofort in ein Mittel, die Zahl der Lohnarbeiter zu vermehren durch Einreihung aller Mitglieder der Arbeiterfamilie, ohne Unterschied von Geschlecht und Alter, unter die unmittelbare Botmäßigkeit des Kapitals. Die Zwangsarbeit für den Kapitalisten usurpierte nicht nur die Stelle des Kinderspiels, sondern auch der freien Arbeit im häuslichen Kreis innerhalb sittlicher Schranken für die Familie selbst. Der Wert der Arbeitskraft war bestimmt nicht nur durch die zur Erhaltung des individuellen erwachsenen Arbeiters, sondern durch die zur Erhaltung der Arbeiterfamilie nötige Arbeitszeit. Indem

Digitized by Google

Dieser letztere Umstand hat nun bei hochentwickelter Technik die Folge, daß sie *den Arbeiter immer mehr überflüssig macht*. Während in der früheren Periode die Industrie die kleinen selbständigen Handwerker aus dem Felde schlug und wegen der eigenen Unvollkommenheit der Technik mehr extensiv arbeitete, also eine immer größere Zahl von Lohnarbeitern in ihren Dienst zog, tritt auf einer höheren Stufe ein entgegengesetzter Prozeß ein. Sie sucht möglichst intensiv zu arbeiten, d. h. mit möglichst wenig Arbeit möglichst viel zu produzieren und die Arbeit durch technische Vorrichtungen überflüssig zu machen. Bei gleichem Arbeitsaufwand vermag heute wegen der technischen Fortschritte ein Spinner hundertmal mehr zu leisten als am Anfang des vorigen Jahrhunderts. Auf diesem Wege macht die Maschine immer mehr Arbeiter überflüssig. Es bildet sich ein Heer von Lohnarbeitern, welches das Beschäftigungsbedürfnis der Industrie überschreitet. Das ist die „industrielle Reservearmee", die dem Kapital immer zur Verfügung steht, und die zu Zeiten, wo die Industrie mit Hochdruck arbeitet, herangezogen wird, um bei dem nachfolgenden Krach „auf das Pflaster geworfen zu werden".

Diese *industrielle Reservearmee* hält den Arbeitslohn auf dem niedrigen Niveau, das dem kapitalistischen Bedürfnis entspricht. „Das Gesetz, welches die relative Übervölkerung oder industrielle Reservearmee stets mit Umfang und Energie der Akkumulation im Gleichgewichte hält, schmiedet den Arbeiter fester an das Kapital als den Prometheus die Keile des Hephästos an den Felsen. Es bedingt eine der Akkumulation von Kapital entsprechende Akkumulation von Elend. Die Akkumulation von

---

die Maschinerie alle Glieder der Arbeiterfamilie auf den Arbeitsmarkt wirft, verteilt sie den Wert der Arbeitskraft des Mannes über seine ganze Familie. Sie entwertet daher seine Arbeitskraft. Der Ankauf der in vier Arbeitskräfte z. B. parzellierten Familie kostet vielleicht mehr als früher der Ankauf der Arbeitskraft des Familienhauptes, aber dafür treten vier Arbeitstage an die Stelle von einem, und ihr Preis fällt im Verhältnis zum Überschuß der Mehrarbeit der vier über die Mehrarbeit des einen. Vier müssen nun nicht nur Arbeit, sondern Mehrarbeit für das Kapital liefern, damit eine Familie lebe. So erweitert die Maschinerie von vornherein mit dem menschlichen Exploitationsmaterial, dem eigensten Ausbeutungsfeld des Kapitals, zugleich den Exploitationsgrad" (Das Kapital I 358—359). — Das ist ein treffliches Muster Marxscher Beweisführung. Unbewiesene Behauptungen, willkürliche Verallgemeinerungen und Übertreibungen wälzen sich im Strom Hegelscher Phraseologie dahin.

Digitized by Google

Reichtum auf dem einen Pol ist also zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Bestialisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d. h. auf seiten der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert."[1]

Schon im „Kommunistischen Manifest" hatte Marx mit Engels behauptet: „Der moderne Arbeiter, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der Arbeiter wird zum Pauper, und der Pauperismus entwickelt sich noch schneller als Bevölkerung und Reichtum."

5. Das Ende der kapitalistischen Produktionsweise. Auf Grund seiner Geschichtsauffassung will uns Marx schließlich zeigen, wie der sozialistische Zukunftsstaat aus der heutigen Gesellschaft herauswächst.

Durch dieselben Gesetze, durch welche der Kapitalismus die Arbeiter unterdrückt und ausbeutet, wird er selbst einer höheren Gesellschaftsordnung weichen müssen. Der Kreis der Konkurrenten wird immer kleiner, denn „je ein Kapitalist schlägt viele tot", ihre Macht wird immer erdrückender, auf der andern Seite die Zahl der Enterbten immer größer und ihr Elend immer unerträglicher. Es stellen sich immer häufiger Krisen ein, welche beweisen, daß die Produktionsbedingungen der Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind. Die Konzentration der Arbeitsmittel, die Vergesellschaftung der Arbeit und die Schulung der organisierten Arbeiterklasse erreichen einen Punkt, wo die Fessel des Kapitalmonopols in den Händen weniger gesprengt wird. Alsdann werden die „Expropriateurs expropriiert", und es wird wieder individuelles Eigentum hergestellt, jedoch „auf Grundlage der Errungenschaften der kapitalistischen Ära, der Kooperation freier Arbeiter und ihrem Gemeineigentum an der Erde und den durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmitteln"[2]. „Die Verwandlung des auf eigener Arbeit der Individuen beruhenden, zersplitterten Privateigentums in kapitalistisches ist natürlich ein Prozeß, ungleich mehr langwierig, hart und schwierig als die Verwandlung des faktisch bereits auf gesellschaftlicher Exploitation der Produktionsmittel beruhenden kapitalistischen Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum. Dort handelte es sich um die Expropriation der Volksmasse durch wenige Usurpatoren, hier handelt es sich um die Expropriation weniger Usurpatoren durch die Volksmasse."

[1] Marx, Das Kapital I 611. [2] Ebd. 728—729.

Digitized by Google

6. Die zukünftige Gesellschaft nach der Idee von Marx. Die eben angeführte Stelle ist wichtig, weil sie uns einen Blick tun läßt in die zukünftige Gesellschaftsordnung, wie sie dem Geiste von Marx vorschwebte. Halten wir diese Stelle zusammen mit andern Ausführungen im „Kapital“ [1], so erwartet er folgende Einrichtungen für die zukünftige Gesellschaftsordnung:

a) Gemeineigentum aller Produktionsmittel, und zwar herbeigeführt durch Expropriation der Usurpatoren (Kapitalisten) von seiten der Volksmasse, also auf demokratischem Wege.

b) Gesellschaftliche Exploitation (Benutzung) der Arbeitsmittel auf Grund der Kooperation freier Arbeiter, d. h. öffentliche Organisation der Arbeit, jedoch auf demokratischer Grundlage.

c) Der Ertrag der Arbeit ist gesellschaftliches Gesamtprodukt. Ein Teil dieses Produkts wird zu neuer Produktion verwendet. Der andere, nur zum Genuß bestimmte soll zur Verteilung gelangen und Privat-

[1] Man vergleiche mit dieser Stelle noch, was Marx auf S. 45 des „Kapital“ sagt: „Stellen wir uns ... einen Verein freier Menschen vor, die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben. Alle Bestimmungen von Robinsons Arbeit wiederholen sich, nur gesellschaftlich statt individuell. Alle Produkte Robinsons waren sein ausschließlich persönliches Produkt und daher unmittelbar Gebrauchsgegenstände für ihn. Das Gesamtprodukt des Vereins ist ein gesellschaftliches Produkt. Ein Teil dieses Produkts dient wieder als Produktionsmittel. Er bleibt gesellschaftlich. Aber ein anderer Teil wird als Lebensmittel von den Vereinsgliedern verzehrt. Er muß daher unter sie verteilt werden. Die Art dieser Verteilung wird wechseln mit der besondern Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden geschichtlichen Entwicklungshöhe der Produzenten. Nur zur Parallele mit der Warenproduktion setzen wir voraus, der Anteil jedes Produzenten an den Lebensmitteln sei bestimmt durch seine Arbeitszeit. Die Arbeitszeit würde also eine doppelte Rolle spielen. Ihre gesellschaftlich planmäßige Verteilung regelt die richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen. Anderseits dient die Arbeitszeit zugleich als Maß des individuellen Anteils des Produzenten an der Gemeinarbeit und daher auch an dem individuell verzehrbaren Teil des Gemeinprodukts.“ Man sehe noch a. a. O. 493.

Digitized by Google

eigentum werden. Dieses ist das „auf eigener Arbeit beruhende Privateigentum", von dem Marx wiederholt spricht.

d) In bezug auf die Verteilung des gesellschaftlichen Arbeitsertrages unterscheidet Marx zwei kommunistische Perioden oder Phasen.

α) In der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, in welcher diese eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht und noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, dient die Arbeitsleistung als Verteilungsmaßstab. „Demgemäß erhält der einzelne Produzent[1] — nach den Abzügen für die allgemeinen Bedürfnisse der Gesellschaft — exakt zurück, was er ihr gibt. Was er ihr gegeben hat, ist sein individuelles Arbeitsquantum. Zum Beispiel: Der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden; die individuelle Arbeitszeit der einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstages, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er so und so viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln soviel heraus, als gleichviel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben, erhält er in der andern zurück."

„Es herrscht hier offenbar dasselbe Prinzip, das den Warenaustausch regelt, soweit er Austausch Gleichwertiger ist. Inhalt und Form sind verändert, weil unter den veränderten Umständen niemand etwas geben kann außer seiner Arbeit, und weil anderseits nichts in das Eigentum der einzelnen übergehen kann außer individuellen Konsumtionsmitteln. Was aber die Verteilung der letzteren unter die einzelnen Produzenten betrifft, herrscht dasselbe Prinzip wie beim Austausch von Warenäquivalenten, es wird gleichviel Arbeit in einer Form gegen gleichviel Arbeit in einer andern umgetauscht."[2]

Daraus zieht Marx den Schluß, daß in der beschriebenen ersten kommunistischen Phase keine volle Rechtsgleichheit herrschen kann. Man läßt zwar keine Klassenunterschiede zu, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andere; aber man „erkennt die ungleiche individuelle Be-

[1] Unter Produzenten versteht Marx immer die Arbeiter im Gegensatz zu den Kapitalisten, die nicht produzieren (arbeiten), sondern sich fremde Arbeit aneignen.

[2] Marx, Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms, siehe „Die Neue Zeit" 9. Jahrg. I 566—567.

Digitized by Google

gabung und daher Leistungsfähigkeit als natürliche Privilegien an". Das Recht „ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalte nach wie als Recht. . . . Diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und die dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft." [1]

β) Auf einer höheren Phase „existieren die individuellen Arbeiten unmittelbar als Bestandteile der Gesamtarbeit" [2], d. h. der einzelne hat als solcher kein besonderes Anrecht mehr auf das Produkt der Gesamtarbeit, und jeder erhält nur nach seinen Bedürfnissen. „In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden (!); nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen." [3]

Auf diese interessante Stelle werden wir noch zurückkommen.

Drittes Kapitel.

Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Erster Artikel.

Von der Gründung der Partei bis zur Aufhebung des Sozialistengesetzes (1864—1890).

Die Geschichte der deutschen Sozialdemokratischen Partei beginnt mit der Gründung des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins" unter der Leitung Lassalles. Zwar zählte der Verein beim Tode des redegewandten Agitators wenig über 4000 Mitglieder, und er spaltete sich infolge der Uneinigkeit der Führer bald in zwei Parteien, die sich gegenseitig in der heftigsten Weise befehdeten: die sog. männliche Linie (unter Becker, v. Schweitzer) und die weibliche Linie. Aber

[1] Ebd. 567. [2] Ebd. 566. [3] Ebd. 567.

Digitized by Google

noch im Todesjahre Lassalles (1864) kam Wilhelm Liebknecht (1826—1900) als Abgesandter von K. Marx nach Deutschland, um die Arbeiter im Sinne der Internationale zu organisieren. An dem jungen Drechslergesellen August Bebel[1] gewann er einen hochbegabten Bundesgenossen. Den beiden rührigen Agitatoren gelang es bald, eine große Zahl Arbeiter um sich zu scharen, die sog. „Ehrlichen" oder „Eisenacher", die sich auf dem Kongreß zu Eisenach 1869 als „Sozialdemokratische Arbeiterpartei" konstituierten und ein Programm annahmen, das den Grundsätzen von Marx entsprach. Weil dieses Eisenacher Programm von Wichtigkeit ist zum Verständnis der Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie, lassen wir hier die Hauptsätze aus seinem grundsätzlichen Teil folgen:

„I. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei erstrebt die Errichtung des freien Volksstaates.

II. Jedes Mitglied der Sozialdemokratischen Partei verpflichtet sich, mit ganzer Kraft einzutreten für folgende Grundsätze: 1. Die heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und daher mit der größten Energie zu bekämpfen. 2. Der Kampf für die Befreiung der arbeitenden Klassen ist nicht ein Kampf für Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für Abschaffung aller Klassenherrschaft. 3. Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Knechtschaft in jeder Form, und es erstrebt deshalb die Sozialdemokratische Partei unter Abschaffung der jetzigen Produktionsweise (Lohnsystem) durch genossenschaftliche Arbeit den vollen Arbeitsertrag für jeden Arbeiter. 4. Die politische Freiheit ist die unentbehrlichste Vorbedingung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist mithin untrennbar von der politischen, ihre Lösung durch diese bedingt und nur möglich im demokratischen Staat." Es wird dann eine einheitliche Organisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei als notwendig bezeichnet und der inter-

[1] Geb. zu Köln a. Rh. am 22. Februar 1840, gest. zu Passugg (Graubünden) am 13. August 1913. Bebel schildert selbst seine Erlebnisse und Wandlungen in seinem Buche „Aus meinem Leben", 3 Tle. Seine Hauptschriften, besonders „Die Frau und der Sozialismus" (50. oder Jubiläumsausgabe 1910), werden im Verlauf der Darlegungen erwähnt werden. Seine Hinterlassenschaft beim Tode belief sich genau auf eine Million Franken. Vgl. Kölnische Volkszeitung 1914, Nr. 34.

Digitized by Google

nationale Charakter der Arbeiterbewegung betont. Unter den nächsten Forderungen an den heutigen Staat werden erwähnt: staatliche Förderung des Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Produktivgenossenschaften unter demokratischen Garantien[1].

Die Eisenacher wurden zwar von den Anhängern Lassalles heftig bekämpft, gewannen aber immer mehr die Oberhand. Auf dem Kongreß zu Gotha 1875 wurde der langjährige erbitterte Streit durch Annahme eines Kompromißprogramms und Verschmelzung beider Parteien zur „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands" geschlichtet. Das Gothaer Programm steht im wesentlichen auf dem Standpunkte des Marxismus, enthält aber einige Zugeständnisse an die Lassalleaner. Es lautet:

„I. Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums[2] und aller Kultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, d. h. allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

In der heutigen Gesellschaft sind die Arbeitsmittel Monopol der Kapitalistenklasse; die hierdurch bedingte Abhängigkeit der Arbeiterklasse ist die Ursache des Elends und der Knechtschaft in allen Formen.

Die Befreiung der Arbeiter erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung

---

[1] Vgl. Jäger, Der moderne Sozialismus (1873) 350.

[2] Dieser Satz ist von Marx in seiner „Kritik des sozialdemokratischen Programms" als falsch bezeichnet worden, was er ohne Zweifel ist. Man hat daraus geschlossen, Marx habe seine Theorie, nach der aller Wert nur von der Arbeit herrührt, aufgegeben. Das ist ein Irrtum. Der Reichtum eines Volkes besteht aus Gebrauchswerten, und diese verdankt man der Natur wenigstens ebensosehr als der Arbeit. Ob ein Land arm oder reich sei an Wein, Getreide, Steinkohlen u. dgl., hängt zum guten Teil von der Fruchtbarkeit, der Lage und Beschaffenheit des Bodens ab. Das leugnet Marx keineswegs. Seine „Werttheorie" besagt bloß, daß der Tauschwert, welcher die Ware zur Ware macht, in der zu ihrer Herstellung notwendigen Arbeit bestehe. Daraus zieht er dann allerdings die Folgerung, daß in der kapitalistischen Ära die Bildung von Privatreichtum (im Gegensatz zum Reichtum der Nation) oder die Aufhäufung von „Mehrwerten" in den Händen der Kapitalisten sich durch Aneignung unbezahlter fremder Arbeit vollziehe.

Digitized by Google

der Gesamtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Verteilung des Arbeitsertrages.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle andern Klassen nur eine reaktionäre Masse sind.

II. Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die sozialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt, und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen, um die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen."

Dieser Teil des Programms enthält die wirtschaftlichen Ziele. Im zweiten Teile folgen die politischen Ziele, und zwar zunächst die endgültigen und dauernden, dann die bloß vorläufigen, welche die heutige Gesellschaft in den sozialistischen Staat überleiten sollen.

„Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert, um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes. Die Produktivgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in solchem Umfang ins Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtheit entsteht.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert als Grundlagen des Staates:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer und obligatorischer Stimmabgabe aller Staatsangehörigen vom zwanzigsten Lebensjahre an für alle Wahlen und Abstimmungen in Staat und Gemeinde. Der Wahl- und Abstimmungstag muß ein Sonntag oder Feiertag sein. — 2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk. Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk. — 3. Allgemeine Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. — 4. Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken. — 5. Rechtsprechung durch das Volk. Unent-

Digitized by Google

geistliche Rechtspflege. — 6. Allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Allgemeine Schulpflicht. Unentgeltlicher Unterricht in allen Bildungsanstalten. Erklärung der Religion zur Privatsache.

Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands fordert innerhalb der heutigen Gesellschaft:

1. Möglichste Ausdehnung der politischen Rechte und Freiheiten im Sinne der obigen Forderungen. — 2. Eine einzige progressive Einkommensteuer für Staat und Gemeinde anstatt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern. — 3. Unbeschränktes Koalitionsrecht. — 4. Einen den Gesellschaftsbedürfnissen entsprechenden Normalarbeitstag[1]. Verbot der Sonntagsarbeit. — 5. Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit. — 6. Schutzgesetze für Leben und Gesundheit der Arbeiter. Sanitätliche Kontrolle der Arbeiterwohnungen. Überwachung der Bergwerke, der Fabrik-, Werkstatt- und Hausindustrie durch von den Arbeitern gewählte Beamte. Ein wirksames Haftpflichtgesetz. — 7. Regelung der Gefängnisarbeit. — 8. Volle Selbstverwaltung für alle Arbeiterhilfs- und Unterstützungskassen."

Durch den Gothaer Parteitag waren die streitenden Parteien äußerlich geeinigt. Eine innere Verschmelzung und Aussöhnung der

---

[1] Unter Normalarbeitstag ist hier einfach der Maximalarbeitstag zu verstehen, d. h. die vom Gesetze bestimmte Stundenzahl, über die hinaus nicht gearbeitet werden darf. Andere verstehen unter Normalarbeitstag „die zur Vollbringung der notwendigen Gesellschaftsarbeit erforderliche Arbeitszeit des Individuums". Die Arbeitszeit ändert sich nach dem Maße des Bedürfnisses, der Produktivität der Arbeit usw. Um diesen Normalarbeitstag zu finden, muß zunächst ausgerechnet werden, wieviel Stunden notwendig sind zur Herstellung des gesamten Nationalproduktes, und dann, wieviel von dieser Zeit bei gleichmäßiger Verteilung auf den einzelnen Arbeiter entfällt (s. E. Jäger, Der moderne Sozialismus 425). Dieser Normalarbeitstag setzt die sozialistische Gesellschaftsordnung voraus. Marx scheint den Normalarbeitstag in diesem Sinne aufzufassen (s. seine „Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms"). — Andere verstehen im Anschluß an Rodbertus unter Normalarbeitstag die Zeit, welche ein Arbeiter mit mittlerer Gesundheit, Kraft und Anstrengung und unter Voraussetzung der durchschnittlichen Arbeitsbedingungen dauernd täglich zu arbeiten vermag. Diese Zeit ist selbstverständlich für verschiedene Gewerbe sehr verschieden. Je mühevoller und gesundheitswidriger ein Gewerbe ist, um so kleiner ist auch für dasselbe der Normalarbeitstag.

Digitized by Google

Gegensätze hätte sich vielleicht nicht so bald vollzogen, wäre nicht das Sozialistengesetz vom Jahre 1878 gekommen, das zwar die junge Partei von außen bedrohte, aber innerlich um so fester zusammenschweißte.

Das starke Anwachsen der Umsturzpartei war manchen unheimlich geworden, und die Attentate auf das Leben Kaiser Wilhelms I., die ihren Einflüssen zugeschrieben wurden, boten dem Reichskanzler Bismarck willkommene Gelegenheit, ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten durchzusetzen. Die sozialdemokratische Organisation wurde zerstört, die Presse fast ganz vernichtet und mancher „Genosse" ins Ausland verwiesen. Aber die äußere Verfolgung stärkte die Partei innerlich. Wenn auch die ersten Wahlen nach Erlaß des Ausnahmegesetzes eine Verminderung der sozialdemokratischen Stimmen aufwiesen, so wurden die Verluste doch bald wieder wettgemacht. Schon im Jahre 1884 hatten sie bei den Reichstagswahlen wieder weit mehr Stimmen als vor Erlaß des Gesetzes.

Allmählich brach sich die Erkenntnis Bahn, daß man mit bloßer Polizeigewalt Ideen nicht wirksam bekämpfen könne, und im Jahre 1890 wurde das Ausnahmegesetz nicht wieder verlängert.

Zweiter Artikel.

Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie von 1890 bis zum Ausbruch des Weltkrieges 1914.

§ 1. Äußere Entwicklung und Organisation.

Wahlen. Mit dem Erlöschen des Sozialistengesetzes am 1. Oktober 1890 erhielt die deutsche Sozialdemokratie wieder die Möglichkeit ungehinderter Entfaltung. Ihr Wachstum seit dieser Zeit ist geradezu beispiellos. In keinem Lande hat sie sich so frühzeitig und rasch zu einer mächtigen, geschlossenen politischen Partei entwickelt wie in Deutschland. Sehr begünstigt wurde diese Entwicklung durch das allgemeine gleiche Wahlrecht, das seit 1867 im Norddeutschen Bund und seit dessen Gründung im Deutschen Reich eingeführt war.

Digitized by Google

Über die Zunahme der Sozialdemokratischen Partei geben folgende Zahlen Aufschluß.

Bei den Reichstagswahlen wurden sozialdemokratische Stimmen abgegeben[1]:

Im Jahre	Absolute Zahlen	In Prozenten der Wahlberechtigten		Zahl der sozialdem. Abgeordneten
1871	119 836	1,56		2
1874	351 670	4,12		9
1877	493 447	5,51		12
1878	437 158	4,79	(trotz der Auflös. des Reichstags)	9
1881	311 961	3,43	(trotz des Sozialistengesetzes)	12
1884	549 990	5,86		24
1887	763 128	7,81		11
1890	1 427 298	14,06		35
1893	1 780 989	16,75		44
1898	2 107 076	18,41		56
1903	3 010 771	24,02		79
1907	3 259 020	24,42		43
1912	4 250 400	28,14		110

Die Sozialdemokratie war also schon vor dem Krieg die stärkste Partei im Deutschen Reich. Man darf allerdings nicht übersehen, daß erfahrungsgemäß die unzufriedenen sozialen Elemente, auch wenn sie nicht Anhänger der Sozialdemokratie sind, dennoch für deren Kandidaten stimmen. Sie benutzen die Sozialdemokratie als Drücker oder Schreckmittel, um leichter Abhilfe für ihre Beschwerden zu erwirken. „Wir wissen ganz genau", sagte Bebel auf dem Parteitage zu Dresden (1903), „daß bei allen Wahlen ... eine erhebliche Stimmenzahl auf unsere Kandidaten entfallen ist von Leuten, die sich zunächst nicht als Sozialdemokraten bekannten." Außerdem stellte die Sozialdemokratie mehr als alle andern Parteien überall sog. Zählkandidaten auf. Trotzdem bleiben die Zahlen immer noch

[1] Eine eingehende Schilderung der Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei bei den Reichstagswahlen sowohl für das Reich im allgemeinen als für die einzelnen deutschen Staaten und Wahlkreise gibt Th. Wacker, Entwicklung der Sozialdemokratie in den zehn ersten Reichstagswahlen (1871 bis 1898). Auf Grund der amtlich geprüften Wahlziffern dargestellt. Freiburg 1903, Herder.

Digitized by Google

riesig genug. Fast alle Großstädte Deutschlands kamen in ihren Besitz. Von den sechs Abgeordneten für Berlin waren fünf Sozialdemokraten, die drei Abgeordneten für Hamburg waren Sozialdemokraten.

Um die Mitte 1913 besaß die Sozialdemokratie in den deutschen Bundesstaaten 231 Landtagsabgeordnete (davon 30 in Bayern, 26 in Sachsen, je 20 in Baden und Hamburg usw.). Gemeindevertreter zählte sie um dieselbe Zeit 11 681[1].

Organisation. Keine politische Partei im Deutschen Reich ist so gut organisiert wie die sozialdemokratische. Auf den Parteitagen zu Jena (1905), Leipzig (1909) und Chemnitz (1912) wurde die Organisation stärker, als es früher der Fall war, **zentralisiert**[2]. Um Wiederholungen zu vermeiden, lassen wir hier mit einigen Kürzungen die Organisation in der Form folgen, die sie auf dem Parteitag zu Weimar (1919) erhalten hat.

Parteizugehörigkeit und Gliederung.

Zur Partei gehört jede Person, die sich zu den Grundsätzen des Parteiprogramms bekennt und Mitglied der Parteiorganisation ist. Die Grundlage der Organisation bildet der sozialdemokratische **Bezirksverband**, der vom Parteivorstand nach politischer Zweckmäßigkeit abgegrenzt wird. Der Bezirksverband gliedert sich in Ortsvereine, die durch den Bezirksverband in Unterbezirke zusammengelegt werden können. Zur Durchführung der Organisationsarbeit und politischer Aktionen kann das Gebiet jedes Ortsvereins in Agitationsgruppen gegliedert werden; daneben sind für industrielle Betriebe, private und staatliche Werke und Anstalten Organisationseinrichtungen zu treffen. Jedes Parteimitglied muß der für seinen Wohnort zuständigen Organisation angehören; Doppelmitgliedschaften sind unzulässig. Die Bezirksverbände haben die Parteigeschäfte selbständig nach eigenen Statuten zu führen, die mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen dürfen. In Ländern mit mehreren Bezirksverbänden können diese zur Erledigung landespolitischer Fragen zusammenarbeiten.

Das **Eintrittsgeld** beträgt 50 Pfennig, das voll den Bezirken verbleibt. Der **wöchentliche Mindestbeitrag** beträgt für männliche

[1] Protokoll der Verhandlungen des Parteitags zu Jena 1913, 27.

[2] Vgl. Protokoll der Verhandlungen des Parteitags zu Jena 1905, 6 ff., des Parteitags zu Leipzig 1909, 6 ff., zu Chemnitz 1912, 54 ff.

Digitized by Google

Mitglieder 20 Pfennig und für weibliche Mitglieder 15 Pfennig. Die Bezirksverbände sind berechtigt, für ihren Bezirk oder einzelne Ortsvereine höhere Beiträge zu erheben. Mindestens 25 Prozent aller erhobenen Mitgliederbeiträge sind quartalsmäßig an die Zentralkasse abzuführen. Die Kassenführung der Organisationen in allen ihren Teilen erfolgt nach einheitlichen Grundsätzen, die vom Parteivorstand festgelegt werden. Die Abrechnung der Bezirksvorstände mit dem Parteivorstand muß innerhalb zweier Monate nach Quartalschluß erfolgen. Zur Deckung der Unkosten zentraler Einrichtungen für die Parteipresse haben alle Parteiunternehmungen geschäftlicher Art jährlich 20 Prozent ihres Reingewinns an die Zentralkasse abzuführen.

Parteitag.

Der Parteitag bildet die oberste Vertretung der Partei. Zur Teilnahme an ihm sind berechtigt: 1. die Delegierten der Partei aus den einzelnen Bezirksverbänden. Die Wahl der Delegierten erfolgt nach der Mitgliederzahl. Es können gewählt werden: in Bezirken bis zu 10 000 Mitgliedern 5 Delegierte, bis zu 13 000 Mitgliedern 6 Delegierte, bis zu 17 000 Mitgliedern 7 Delegierte, bis zu 22 000 Mitgliedern 8 Delegierte, bis zu 28 000 Mitgliedern 9 Delegierte, bis zu 35 000 Mitgliedern 10 Delegierte, bis zu 45 000 Mitgliedern 11 Delegierte; für jede weitere 15 000 Mitglieder ein Delegierter mehr. In Bezirken über 60 000 Mitglieder wird die Restzahl als voll berechnet, wenn sie 10 000 Mitglieder übersteigt; 2. eine Vertretung der Reichstagsfraktion, die ein Fünftel der Zahl ihrer Mitglieder nicht übersteigen darf; 3. die Mitglieder des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission; 4. die vom Parteivorstand berufenen Referenten.

Die Mitglieder der Reichstagsfraktion haben in allen die parlamentarische und die Mitglieder des Parteivorstandes und des Parteiausschusses in allen die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen nur beratende Stimme. Nur beratende Stimme haben auch die vom Parteivorstand hinzugezogenen Vertreter von Parteiinstitutionen.

Alljährlich findet ein Parteitag statt, der von dem Parteivorstand einzuberufen ist. Die Einberufung des Parteitages muß spätestens vier Wochen vorher mit der vorläufigen Tagesordnung im Zentralorgan der Partei veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung ist mindestens dreimal in angemessenen Zwischenräumen zu wiederholen. Anträge von Parteiorganisationen für die Tagesordnung des Parteitages sind dem

Digitized by Google

Parteivorstand einzureichen, der sie spätestens drei Wochen vor dem Parteitag im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen hat.

Zu den Aufgaben des Parteitages gehören: 1. Entgegennahme der Berichte über die Geschäftstätigkeit des Parteivorstandes und der Kontrollkommission, sowie über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsabgeordneten; 2. die Bestimmung des Ortes, an dem der Parteivorstand seinen Sitz zu nehmen hat; 3. die Wahl des Parteivorstandes und der Kontrollkommission; 4. die Beschlußfassung über die Parteiorganisation und alle das Parteileben berührenden Fragen; 5. die Beschlußfassung über die eingegangenen Anträge.

Ein außerordentlicher Parteitag ist einzuberufen: 1. auf mit Dreiviertelmehrheit gefaßten Beschluß des Parteivorstandes; 2. auf mit Dreiviertelmehrheit gestellten Antrag der Kontrollkommission; 3. auf Antrag von mindestens 15 Bezirksvorständen.

Falls der Parteivorstand sich weigert, einem nach Ziffer 2 oder 3 gestellten Antrage stattzugeben, ist der Parteitag von den Antragstellern zu berufen. Als Versammlungsort eines außerordentlichen Parteitages ist ein geographisch möglichst günstig gelegener Ort zu bestimmen.

Parteivorstand.

Die Leitung der Partei obliegt dem Parteivorstand, der aus zwei Vorsitzenden, zwei Kassierern, einer vom Parteitag festzusetzenden Zahl von Mitgliedern und unbesoldeten Beisitzern besteht und dem mindestens zwei Frauen angehören müssen. Die Mitglieder des Parteivorstandes sind berechtigt, sich gegenseitig zu vertreten. Die Wahl des Parteivorstandes erfolgt durch den Parteitag mittels Stimmzettels in einem Wahlgang und nach absoluter Mehrheit. Hat ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen nicht erhalten, so findet Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, auf die die meisten Stimmen gefallen sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Nach erfolgter Wahl hat der Parteivorstand seine Konstituierung vorzunehmen und sie im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen.

Der jeweilige Parteivorstand ist Eigentümer aller vorhandenen Gelder und sonstigen Vermögensstücke. Er ist insbesondere berechtigt, im eigenen Namen und aus eigenem Rechte alle der sozialdemokratischen Partei zustehenden Ansprüche gegen die Schuldner geltendzumachen. Der Parteivorstand oder die Kontrollkommission können durch keinerlei Rechtsgeschäfte die einzelnen Parteigenossen oder die Partei verbindlich machen. Auch

Digitized by Google

erwirbt kein Parteigenosse oder ein anderer durch Verträge mit dem Parteivorstand oder der Kontrollkommission ein klagbares Recht gegen diese oder ihre Mitglieder.

Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitages ein klagbares Recht, die Geschäftsbücher oder Papiere des Parteivorstandes, des Parteiausschusses, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Auskunft oder Übersicht über den Stand des Parteivermögens zu verlangen. Hierdurch wird das Recht der Delegierten, während der Tagung des Parteitages Einsicht in die Bücher zu nehmen, nicht berührt.

Der Parteivorstand besorgt die Geschäfte der Partei und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane. Er hat das Recht, auf Antrag der beteiligten Organisationen bei Differenzen, die bei Aufstellung von Reichstagskandidaturen entstehen, zu entscheiden.

Parteiausschuß.

Der Parteiausschuß besteht aus je einem Vertreter der Bezirksverbände. Die Vertreter werden von den Bezirksvorständen für die Dauer eines Jahres gewählt. Im Behinderungsfalle ist ein Stellvertreter zu entsenden. Der Parteiausschuß berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteiinstitutionen, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitages, sowie die Bestellung der Referenten und gibt durch Beschluß sein Gutachten ab.

Regelmäßig alle Vierteljahre und im Bedarfsfalle auch häufiger ist der Parteiausschuß vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Eine außerordentliche Sitzung muß stattfinden, wenn ein Drittel der Bezirksvorstände unter Angabe der Gründe dies beantragt. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen. Scheidet ein Mitglied des Parteivorstandes oder der Kontrollkommission vorzeitig aus, so hat der Parteiausschuß nach Anhörung des Parteivorstandes und der Kontrollkommission eine Ersatzwahl vorzunehmen.

Kontrollkommission.

Zur Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz für Beschwerden über den Parteivorstand wählt der Parteitag eine Kontroll-

Digitized by Google

kommission von neun Mitgliedern. Die Wahl erfolgt nach einfacher Mehrheit. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Los. Zur Leitung ihrer Geschäfte wählt die Kontrollkommission einen Vorsitzenden, der Ort und Zeit der Sitzungen bestimmt, soweit die Kontrollkommission nicht darüber beschließt. Die Kontrolle muß mindestens vierteljährlich einmal stattfinden. Alle Einsendungen für die Kontrollkommission sind an den Vorsitzenden derselben zu richten, der seine Adresse im Zentralorgan der Partei mitzuteilen hat. Auf Antrag der Kontrollkommission oder des Parteivorstandes finden gemeinsame Sitzungen statt.

Zentralorgan der Partei.

Zentralorgan der Partei ist der „Vorwärts", Berliner Volksblatt. Die offiziellen Bekanntmachungen sind an hervorragender Stelle des redaktionellen Teils zu veröffentlichen. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung des Zentralorgans sowie zur Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Preßkommission, die aus höchstens fünfzehn Mitgliedern bestehen darf. Die Preßkommission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Zentralorgans, insbesondere über Anstellung und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Preßkommission entscheiden die Kontrollkommission, der Parteivorstand und die Preßkommission in der Art mit gleichen Rechten, daß jedes dieser drei Organe eine Stimme hat.

Ausschluß.

Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder einer ehrlosen Handlung schuldig macht. Auch kann der Ausschluß eines Mitgliedes erfolgen, wenn es durch beharrliches Zuwiderhandeln gegen Beschlüsse seiner Parteiorganisation oder der Parteitage das Parteiinteresse schädigt. Über die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet der Vorstand der zuständigen Bezirksorganisation. Der Ausschluß darf nur von einem Ortsverein — mit Zustimmung des Angeschuldigten auch vom Vorstand des Ortsvereins — beantragt werden. Die Zustellung des Beschlusses und dessen eventueller Bekanntgabe erfolgt durch den Bezirksvorstand.

Gegen die Entscheidung des Vorstandes der Bezirksorganisation können die Beteiligten innerhalb vier Wochen nach Zustellung des Beschlusses beim Parteivorstand die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragen. Das

Digitized by Google

Schiedsgericht besteht aus sieben Personen. Den Vorsitzenden bezeichnet der Parteivorstand. Je drei Beisitzer wählt der Angeschuldigte und die antragstellende Organisation, wobei die Auswahl auf die Parteigenossen des Bezirksverbandes zu beschränken ist, dem der Angeschuldigte angehört. Unterläßt es der Angeschuldigte, innerhalb einer vom Parteivorstand zu bestimmenden Frist, die mindestens vier Wochen betragen muß, Schiedsrichter zu ernennen, so gilt ohne weiteres der Beschluß des Bezirksvorstandes. Erscheint der Angeschuldigte ohne genügende Entschuldigung nicht zu dem festgesetzten Termin, so haben die Instanzen das Recht, in Abwesenheit des Angeschuldigten zu beschließen. Die Zustellung des schriftlichen Urteils sowie dessen eventuelle Bekanntgabe erfolgt durch den Parteivorstand. Handelt es sich in einer Sache um mehrere Angeschuldigte aus einer Organisation, so hat der Parteivorstand das Recht, die Sache vor ein Schiedsgericht zu bringen.

Gegen die Entscheidung des Schiedsgerichts steht den Beteiligten die Berufung an den nächsten Parteitag zu. Die Berufung muß spätestens vier Wochen nach Zustellung des Urteils dem Parteivorstand eingereicht sein.

Der Ausschluß aus der Partei in den oben zuerst genannten Fällen darf nur im Wege des vorstehend festgesetzten Verfahrens erfolgen. — Alle Instanzen sind berechtigt, sofern sie nicht dauernden Ausschluß aus der Partei aussprechen, auf zeitweise Ausschließung von Vertrauensämtern zu erkennen und Rügen zu erteilen. Auch gegen diese Entscheidungen steht den Beteiligten das Recht der Berufung zu. Die Organisationen haben das Recht, auch ohne Ausschußantrag eine Untersuchungskommission gegen ein Mitglied einzusetzen. Gegen die Entscheidungen steht den Beteiligten das Einspruchsrecht nach den obengenannten Bestimmungen zu. Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus der Partei verliert der frühere Parteigenosse jedes Recht, das er etwa gegen die Partei, gegen den Parteivorstand, gegen die Kontrollkommission oder gegen einzelne Parteigenossen aus seiner Parteimitgliedschaft erworben hat.

Die Gesamtzahl der organisierten Mitglieder der Partei betrug im Juli 1914: 1085905. Die Einnahmen der Parteikassen beliefen sich im Berichtsjahr 1914 auf 1404454 Mark, denen eine Ausgabe von 1720806 Mark gegenüberstand, so daß sich ein Defizit von 316352 Mark ergibt. Der „Vorwärts", das offizielle Zentralorgan der Partei, zählte am 31. März 1913: 371000 Abonnenten,

Digitized by Google

am 31. März 1914: 366000. Die Zahl der Abonnenten hatte also abgenommen.

Außer dem „Vorwärts" sind Eigentum der Partei die wissenschaftliche Wochenschrift „Die Neue Zeit" (am 31. März 1914: 10600 Abonnenten) und „Die Gleichheit", Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (125000 Abonnenten) sowie das Witzblatt „Der wahre Jakob" (366000 Abonnenten).

Nach dem Bericht des Parteivorstandes besaß die Partei im Jahre 1914: 96 täglich erscheinende politische Blätter. Sozialdemokratische Flugschriften, Kalender, Broschüren werden jährlich in vielen Millionen Exemplaren von Partei wegen vertrieben[1].

Auf Beschluß des Essener Parteitages (1907) wurde das „sozialdemokratische Preßbureau" ins Leben gerufen, das die Aufgabe hat, der Parteipresse schnellstens wichtige Nachrichten politischer, wirtschaftlicher und sozialer Natur sowie wichtiges aktuelles, gesetzgeberisches, statistisches Material zu beschaffen. An sämtliche Parteiblätter geht ein täglicher Nachrichtenbrief.

Eine sehr rege Tätigkeit entfaltet die Partei, um die Jugend zu gewinnen. Der Parteitag zu Nürnberg (1908) verpflichtete die Organisationen, für die Erziehung der Arbeiterjugend im Sinne der proletarischen Weltanschauung zu sorgen. Zur Leitung der Jugendbewegung wurde die „Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands" eingesetzt, die aus je vier Vertretern des Vorstandes, der Generalkommission der Gewerkschaften und der Jugendlichen gebildet worden ist. Es wurden Jugendausschüsse gebildet, die ebenfalls aus den Vertretern der Partei-,

[1] Vgl. das Protokoll des Parteitags zu Chemnitz 1912, 43—44, und den Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Würzburg 1917. Zum Vorstandsbericht von 1913 bemerkte Fritz Ebert (Protokoll des Parteitags zu Chemnitz 216): „Welche gewaltige Werbearbeit die Partei im letzten Jahre geleistet hat, zeigt die Statistik. Danach sind Flugblätter und Flugschriften in nicht weniger als 114 Millionen Exemplaren verbreitet worden, wovon 88 Millionen auf die Reichstagswahlen entfallen. 30000 öffentliche Agitationsversammlungen fanden statt und in mehr als 42000 Mitgliederversammlungen sind die engeren Parteiangelegenheiten erledigt worden."

Digitized by Google

der Gewerkschaftsorganisationen und der Jugendlichen zusammengesetzt sind. Solche Ausschüsse bestanden im Jahre 1913 an 655 Orten. Ein eigenes Jugendorgan: „Die Arbeiter-Jugend", wurde geschaffen, das im Jahre 1913: 89409 Abonnenten zählte.

In Massen werden „wissenschaftliche Wanderkurse" veranstaltet. In einem Heftchen: „Vortragsthemen für Jugendveranstaltungen", sind aus den verschiedensten Wissensgebieten dem Verständnis der Jugend angepaßte Vortragsthemen mit den nötigen Literaturangaben zusammengestellt worden. Ein „Katalog für Jugendbibliotheken" gibt ein Verzeichnis „empfehlenswerter Literatur" für die sozialdemokratische Jugend. Es werden auch Anregungen gegeben zur Veranstaltung von Ausflügen und Wanderungen. Endlich hat die Zentralstelle zu billigem Preis ein Jugendliederbuch herausgegeben, das auch Regeln für Spiele im Freien enthält. Neuerdings nehmen sich die sozialdemokratischen Bildungsausschüsse auch der Arbeiterkinder an: Ferienkolonien für Schulkinder werden eingerichtet und Ferienspiele, Wanderungen im Freien usw. veranstaltet.

Erwähnung verdient noch die Parteischule zur Heranbildung sozialdemokratischer Agitatoren und Wanderredner. Junge fähige Leute werden nach Berlin geschickt und dort in einem Lehrkursus vom Oktober bis April unterrichtet. Der Lehrplan umfaßt Nationalökonomie, soziale Theorien, Geschichte, besonders der politischen Parteien, Arbeiterrecht, Strafrecht, Bürgerliches Recht, Genossenschaftswesen, Kommunalpolitik, mündlichen und schriftlichen Gedankenaustausch, Zeitungstechnik usw.

§ 2. Innere Entwicklung.

I. Die Revision des Parteiprogramms.

Eine der ersten Sorgen der Partei nach dem Fall des Sozialistengesetzes bildete die Revision ihres Programms. Das Gothaer Programm war ein Kompromißprogramm, das mancherlei Widersprüche enthielt und die Ideen Lassalles mit dem Marxismus zu verschmelzen suchte. Gegen den Entwurf dieses Programms hatte Marx seinerzeit unter dem Titel „Randglossen zum Programm der deutschen

Digitized by Google

Arbeiterpartei" eine ätzende Kritik den Führern der Sozialdemokraten übersandt. Der Gothaer Parteitag nahm in einigen Punkten Rücksicht auf die Kritik, in andern aber nicht, um die Einigung der beiden Parteien nicht zu verhindern. Bald nach Ablauf des Sozialistengesetzes veröffentlichte aber Fr. Engels die „Randglossen" aus dem Nachlasse seines Freundes in der Zeitschrift „Die Neue Zeit", und so sah sich die Partei genötigt, die Revision des Parteiprogramms zur Diskussion zu stellen. Das Resultat derselben war das auf dem Erfurter Parteitag (Oktober 1891) vereinbarte Programm, das noch heute das offizielle Parteiprogramm bildet.

Das Erfurter Programm:

„I. Die ökonomische Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft führt mit Naturnotwendigkeit zum Untergang des Kleinbetriebes, dessen Grundlage das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln bildet. Sie trennt den Arbeiter von seinen Produktionsmitteln und verwandelt ihn in einen besitzlosen Proletarier, indes die Produktionsmittel das Monopol einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Kapitalisten und Großgrundbesitzern werden.

Hand in Hand mit dieser Monopolisierung der Produktionsmittel geht die Verdrängung der zersplitterten Kleinbetriebe durch kolossale Großbetriebe, geht die Entwicklung des Werkzeuges zur Maschine, geht ein riesenhaftes Wachstum der Produktivität der menschlichen Arbeit. Aber alle Vorteile dieser Umwandlung werden von den Kapitalisten und Großgrundbesitzern monopolisiert. Für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten — Kleinbürger, Bauern — bedeutet sie wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elends, des Drucks, der Knechtung, der Erniedrigung, der Ausbeutung.

Immer größer wird die Zahl der Proletarier, immer massenhafter die Armee der überschüssigen Arbeiter, immer schroffer der Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, immer erbitterter der Klassenkampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat, der die moderne Gesellschaft in zwei feindliche Heerlager trennt und das gemeinsame Merkmal aller Industrieländer ist.

Der Abgrund zwischen Besitzenden und Besitzlosen wird noch erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit

Digitized by Google

zum Normalzustand der Gesellschaft erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung.

Das Privateigentum an Produktionsmitteln, welches ehedem das Mittel war, dem Produzenten das Eigentum an seinem Produkt zu sichern, ist heute zum Mittel geworden, Bauern, Handwerker und Kleinhändler zu expropriieren und die Nichtarbeiter — Kapitalisten, Großgrundbesitzer — in den Besitz des Produkts der Arbeiter zu setzen. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde.

Diese gesellschaftliche Umwandlung bedeutet die Befreiung nicht bloß des Proletariats, sondern des gesamten Menschengeschlechts, das unter den heutigen Zuständen leidet. Aber sie kann nur das Werk der Arbeiterklasse sein, weil alle andern Klassen, trotz der Interessenstreitigkeiten unter sich, auf dem Boden des Privateigentums an Produktionsmitteln stehen und die Erhaltung der Grundlagen der heutigen Gesellschaft zum gemeinsamen Ziel haben.

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Ausbeutung ist notwendigerweise ein politischer Kampf. Die Arbeiterklasse kann ihre ökonomischen Kämpfe nicht führen und ihre ökonomische Organisation nicht entwickeln ohne politische Rechte. Sie kann den Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein.

Diesen Kampf der Arbeiterklasse zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten und ihm sein naturnotwendiges Ziel zu weisen — das ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei.

Die Interessen der Arbeiterklasse sind in allen Ländern mit kapitalistischer Produktionsweise die gleichen. Mit der Ausdehnung des Weltverkehrs und der Produktion für den Weltmarkt wird die Lage der Arbeiter eines jeden Landes immer abhängiger von der Lage der Arbeiter in den andern

Digitized by Google

Ländern. Die Befreiung der Arbeiterklasse ist also ein Werk, an dem die Arbeiter aller Kulturländer gleichmäßig beteiligt sind. In dieser Erkenntnis fühlt und erklärt die sozialdemokratische Partei Deutschlands sich eins mit den klassenbewußten Arbeitern aller übrigen Länder.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kämpft also nicht für neue Klassenprivilegien und Vorrechte, sondern für die Abschaffung der Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechts und der Abstammung. Von diesen Anschauungen ausgehend, bekämpft sie in der heutigen Gesellschaft nicht bloß die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter, sondern jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse.

II. Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst[1]:

1. Allgemeines, gleiches, direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts für alle Wahlen und Abstimmungen. Proportional-Wahlsystem, und bis zu dessen Einführung gesetzliche Neueinteilung der Wahlkreise nach jeder Volkszählung. Zweijährige Gesetzgebungsperioden. Vornahme der Wahlen und Abstimmungen an einem gesetzlichen Ruhetage. Entschädigung für die gewählten Vertreter. Aufhebung jeder Beschränkung politischer Rechte außer im Falle der Entmündigung.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechts. Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Reich, Staat, Provinz und Gemeinde. Wahl der Behörden durch das Volk, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit derselben. Jährliche Steuerbewilligung.

3. Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Volkswehr an Stelle der stehenden Heere. Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege.

4. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.

5. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlichrechtlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.

---

[1] d. h. innerhalb der heutigen Gesellschaft, in der Privateigentum der Produktionsmittel besteht.

Digitized by Google

6. Erklärung der Religion zur Privatsache. Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken. Die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften sind als private Vereinigungen zu betrachten, welche ihre Angelegenheiten vollkommen selbständig ordnen.

7. Weltlichkeit der Schule[1]. Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden.

8. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes. Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Richter. Berufung in Strafsachen. Entschädigung unschuldig Angeklagter, Verhafteter und Verurteilter. Abschaffung der Todesstrafe.

9. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel. Unentgeltlichkeit der Totenbestattung.

10. Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind. Selbsteinschätzungspflicht. Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbguts und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst:

1. Eine wirksame nationale und internationale Arbeiterschutzgesetzgebung auf folgender Grundlage: a) Festsetzung eines höchstens acht Stunden betragenden Normalarbeitstages. b) Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren. c) Verbot der Nachtarbeit, außer für solche Industriezweige, die ihrer Natur nach, aus technischen Gründen oder aus Gründen

---

[1] Hierzu macht die Schrift „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie" von K. Kautsky und B. Schönlank (Berlin 1892) S. 44 die Bemerkung: „Ist die Religion Privatsache, . . . so ist folgerichtig die Schule eine rein weltliche Einrichtung. . . . Die Unterweisung der Kinder mit religiösen Dingen zu verquicken, ist ein grundsätzlicher Fehler. Die Mitwirkung kirchlicher Kräfte beim Unterricht ist deshalb unzulässig."

Digitized by Google

der öffentlichen Wohlfahrt Nachtarbeit erheischen. d) Eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens 36 Stunden in jeder Woche für jeden Arbeiter. e) Verbot des Trucksystems.

2. Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern. Durchgreifende gewerbliche Hygiene.

3. Rechtliche Gleichstellung der landwirtschaftlichen Arbeiter und der Dienstboten mit den gewerblichen Arbeitern; Beseitigung der Gesindeordnungen.

4. Sicherstellung des Koalitionsrechts.

5. Übernahme der gesamten Arbeiterversicherung durch das Reich mit maßgebender Mitwirkung der Arbeiter an der Verwaltung."

Das Erfurter Programm bedeutet den Sieg der Marxisten über die Lassalleaner. Die wichtigsten Punkte, in denen es sich vom Gothaer Programm unterscheidet, sind folgende. Es betont viel schärfer die sog. materialistische Geschichtsentwicklung, die im Sinne von Marx durch einen naturnotwendigen Prozeß, insbesondere durch die beständig zunehmende Konzentration der Produktionsmittel in wenigen Händen, die heutige kapitalistische Gesellschaft in die sozialistische hinüberführen soll. Ausgefallen dagegen ist die Behauptung, die Arbeit sei die Quelle alles Reichtums, ferner das „eherne Lohngesetz" sowie die Forderung des vollen Arbeitsertrages für jeden Arbeiter, eine Forderung, die im Widerspruch stand mit dem Zusatz: jeder solle „nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen" vom Gesamtprodukt erhalten. Auch der Produktivgenossenschaften und der „reaktionären Massen", die den Arbeitern gegenüberstehen, geschieht keine Erwähnung mehr. Neben den Kapitalisten werden im neuen Programm auch die Großgrundbesitzer unter denen aufgeführt, welche die Produktionsmittel immer mehr monopolisieren. Endlich nimmt das Erfurter Programm schärfere Stellung zur Frauenfrage. Die Frauen sollen in öffentlich- und privatrechtlicher Beziehung den Männern vollständig gleichgestellt werden.

II. Revolutionismus oder Evolutionismus?

Trotz des Sieges der Marxisten zu Erfurt war der Gegensatz der beiden Parteien nicht verschwunden. Der Kernpunkt des Streites

Digitized by Google

war vor allem die einzuhaltende Taktik, und die Frage der Taktik hängt wieder ab von der Stellung, die man zu gewissen Anschauungen des Marxismus über Revolution, Konzentration der Betriebe, katastrophenartigen Zusammenbruch der Gesellschaft usw. einnimmt.

Lange stritt man sich über den Begriff der Revolution. Alle Parteigenossen nennen sich Anhänger der „revolutionären" Sozialdemokratie, aber was ist „Revolution"? Einige wollen darunter nur das allmähliche, fast unmerkliche Hineinwachsen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft in ein sozialistisch organisiertes Gemeinwesen verstehen, das ohne Gewalt und Blutvergießen vor sich gehen soll (Evolutionismus). Andere dagegen reden von Revolution im Sinn einer gewaltsamen Volkserhebung (Revolutionismus).

Es ist kein Zweifel, daß der eigentliche orthodoxe Marxismus dieser zweiten Auffassung näher steht. Marx selbst dachte sich die Entwicklung in der Art, daß der Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen immer schroffer, die Zahl der letzteren immer größer und ihr Elend immer unerträglicher wird, bis schließlich eine Katastrophe eintritt, bei der das Proletariat die Diktatur an sich reißt und mit Gewalt die Expropriateurs expropriiert. Diese Auffassung tritt uns in den älteren Kundgebungen von Marx und seiner Anhänger überall entgegen.

Der Schluß des „Kommunistischen Manifestes" lautet: „Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten." Das war ein offenes Bekenntnis zur Revolution mit physischen Gewaltmitteln. Am 11. November 1848 schrieb Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung": „Der Kannibalismus der Konterrevolution wird die Völker überzeugen, daß es nur ein Mittel gibt, die mörderischen Todeswehen der alten Gesellschaft abzukürzen ... den revolutionären Terrorismus."

Auf dem Haager Kongreß (September 1872) sagte Marx: „In den meisten Ländern Europas muß die Gewalt der Hebel unserer Revolution

Digitized by Google

sein; an die Gewalt wird man seinerzeit appellieren müssen, um endlich die Herrschaft der Arbeit zu etablieren.... Die Revolution muß solidarisch sein, und wir finden ein großes Beispiel in der Kommune in Paris, die gefallen ist, weil in allen Hauptstädten, in Berlin, in Madrid usw. nicht gleichzeitig eine große revolutionäre Bewegung ausgebrochen ist, welche in Verbindung stand mit diesem gewaltigen Aufstande des Proletariates von Paris." Das ist doch wohl deutlich genug! Auch in seiner „Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms" gesteht er offen, der Übergang der kapitalistischen Gesellschaft in die kommunistische könne nur unter der Herrschaft der „revolutionären Diktatur des Proletariates" bewerkstelligt werden. — Bebel erklärte im Reichstage über die Vorgänge an der Seine: „Das ist nur ein kleines Vorpostengefecht in dem Kriege, den das Proletariat gegen alle Paläste führen wird." Ein anderes Mal erklärte er, mit Sprengen von Rosenwasser lasse sich keine Revolution machen. In der Schrift „Unsere Ziele" (S. 44) schreibt er: „Man entsetze sich nur nicht über diese mögliche Anwendung der Gewalt, zetere nicht über die Unterdrückung ‚berechtigter Existenzen', gewaltsame Expropriation u. dgl. Die Geschichte lehrt, daß zu allen Zeiten die neuen Ideen in der Regel nur durch gewaltsamen Kampf mit den Vertretern der Vergangenheit zur Geltung gelangten, und daß dann die Kämpfer für die neuen Ideen die Vertreter der Vergangenheit so tödlich als möglich zu treffen suchten. Wohl nicht mit Unrecht ruft Karl Marx in seinem Buche ‚Das Kapital': Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht; sie ist selbst eine ökonomische Potenz." „Wir brauchen hunderttausend Köpfe, dann ist alles fertig", soll Bebel dem sächsischen Abgeordneten Götz auf die Frage geantwortet haben, wie der Zukunftsstaat verwirklicht werden solle[1].

W. Liebknecht erklärte in seinem Schriftchen „Über die politische Stellung der Sozialdemokratie" (1869), in dem er die Beteiligung an der parlamentarischen Arbeit als „Verrat" brandmarkte: „Der Sozialismus ist keine Frage der Theorie mehr, sondern einfach eine Machtfrage, die in keinem Parlament, die nur auf der Straße, auf dem Schlachtfeld zu lösen ist, gleich jeder andern Machtfrage."

Auf dem sozialistischen Kongreß zu Gent (1877) drohte Liebknecht: „Die Armee besteht schließlich aus Söhnen des Volkes, die wir durch unsere revolutionäre Propaganda gewinnen.... Wenn der Tag kommt,

[1] H. Blum, Die Lügen der Sozialdemokratie 329.

Digitized by Google

werden Gewehre und Kanonen von selbst sich umdrehen, um die Feinde des sozialistischen Volkes niederzuschmettern."

Erwähnt sei die schmachvolle Lobrede, welche der Berliner „Vorwärts" [1] auf die am 28. Januar 1885 in Warschau hingerichteten Nihilisten hielt. Es heißt da unter anderem: „Ehre den Braven. Der Sieg kann einer Sache nicht fehlen, die solche Vorkämpfer hat. Märtyrerblut ist Märtyrersamen. Vorwärts, ihr polnischen Brüder!"

Am 9. Juni 1886 schrieb J. Dietzgen an F. A. Sorge in Chicago [2]: „Nach meinem Dafürhalten — und darin stimme ich ja mit all unsern bessern und besten Genossen überein — erreichen wir die neue Gesellschaft nicht ohne ernstliche Kämpfe, denke sogar, daß ohne wüsten Rummel, ohne ‚Anarchie' es nicht hergehen kann. Ich glaube an die Anarchie als Übergangsstadium."

Als am 10. Juni 1902 Hirsch Leckert wegen des Mordanschlags auf den Gouverneur von Wilna hingerichtet wurde, schrieb der „Vorwärts" [3] unter dem Titel „Ein Märtyrer der Unterdrückten": „Der Hingerichtete ist in die Geschichte des geknechteten russischen Volkes, die ebenso eine Geschichte furchtbarer Leiden wie eine Geschichte des todesmutigen Heroismus ist, für immerdar eingetragen." Heißt das nicht den politischen Mord verherrlichen?

Noch im Jahre 1890 schrieb Friedrich Engels in einem Briefe, den der „Vorwärts" im Oktober 1901 aus dem Nachlaß von Liebknecht veröffentlichte: Es sei eine kolossale Illusion, „in Deutschland auf gemütlichem, friedlichem Wege die Republik einrichten und nicht nur die Republik, sondern die kommunistische Gesellschaft herstellen zu wollen". „Man kann an der Republik sich [im Programm der Sozialdemokratischen Partei] allenfalls vorbeidrücken; was aber nach meiner Ansicht hinein sollte und auch hinein kann, das ist die Forderung der Konzentration aller politischen Macht in den Händen der Volksvertretung." Das Proletariat könne nur die Form der einen unteilbaren Republik gebrauchen. Es gehe ja in Deutschland nicht an, so etwas im Programm zu sagen; er glaube aber der Selbsttäuschung entgegentreten zu müssen, die die bestehenden Zustände auf gesetzlichem Wege in die kommunistische Gesellschaft überführen will.

[1] 1896, Nr. 28.

[2] Briefe und Auszüge von Briefen von Ph. Becker, J. Dietzgen, Engels, Marx u. a. an F. A. Sorge u. a. (Stuttgart 1906) 226.

[3] 1902, Nr. 135.

Digitized by Google

Es kann also kein Zweifel sein, daß die Hauptführer der Sozialdemokraten, besonders Marx und Engels, für Deutschland ihre Hoffnungen immer auf eine gewaltsame Revolution setzten. Daneben laufen allerdings zahmere Äußerungen her, die dieser Auffassung widersprechen, die sich jedoch — was wohl zu beachten — nicht an die Genossen, sondern an die Gegner der Sozialdemokratie richten und den Vorwurf der gewaltsamen Revolution abschwächen sollen.

So erklärte Wilhelm Liebknecht, dessen revolutionäre Äußerungen wir eben angeführt haben, in dem Leipziger Hochverratsprozeß (1872): „Wir wollen revolutionär nur in dem Sinne sein, daß die soziale Frage nicht mit Palliativmitteln, nicht mit Suppenküchen und Konsumvereinen gelöst werden kann, sondern nur durch radikale Heilmittel. Ob diese Lösung friedlich oder gewaltsam stattfinden wird, hängt nicht von uns, sondern von unsern Gegnern ab, den augenblicklich im Staat maßgebenden Personen." Noch deutlicher erklärte sich sein Mitangeklagter Bebel: „Das Wort revolutionär ist von uns stets (?) in dem Sinne verstanden worden, den Liebknecht eben entwickelte. Wir sehen dabei keine Heugabeln vor unsern Augen blitzen. Revolution heißt Umgestaltung — gleichviel mit welchen Mitteln. Daß die Arbeiterpartei das Wort immer nur in dem von uns bereits angedeuteten friedlichen Sinne der Entwicklung begreift, ergibt sich aus den Broschüren Lassalles — welche ja grundlegend für die deutsche Arbeiterbewegung gewesen sind und noch heute für die meisten das Abc des Sozialismus sind." Eine ähnliche Erklärung gab Bebel am 31. März 1881 im Reichstage ab: „Wir wollen den Weg der sog. Reform, wir werden den Versuch machen, auf dem Wege der Gesetzgebung und der organischen Entwicklung allmählich unsere Ziele zu erreichen."

Dergleichen Abschwächungen häufen sich seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes im Jahre 1890 und ergaben sich als notwendige Folge aus der Beteiligung der Sozialdemokratie am Parlament. Je mächtiger die Partei im Reichstag wurde, um so mehr erwies sich ein bloßes ewiges Negieren als unmöglich. Deshalb erklärte der Kongreß zu Wyden (1880), die Notwendigkeit, im Reichstag für gewisse Schutzzölle um der deutschen Arbeiter willen einzutreten, sei nicht zu leugnen[1]. In Erfurt äußerte Bebel, auf den Kongressen in Wyden, Kopenhagen und St. Gallen sei

[1] Protokoll des Kongresses der deutschen Sozialdemokratie, abgehalten auf Schloß Wyden in der Schweiz (Zürich 1880) 30.

Digitized by Google

entschieden worden, daß sich die Abgeordneten im Parlament keineswegs bloß negierend zu verhalten, sondern alles aufzubieten hätten, um die Erlangung von Konzessionen zugunsten der Arbeiterklasse zu erwirken [1].

Die Revolution sei, bemerkte er weiter, heute eine Unmöglichkeit. „Was im Zeitalter der Repetiergewehre und der Maximgeschütze in einer Revolution, die höchstens ein paar hunderttausend Köpfe machten, geschehen würde, das habe ich schon neulich in Dresden ausgesprochen: wir würden wie die Spatzen jämmerlich zusammengeschossen. Wer heute noch angesichts der kolossalen Fortschritte nicht nur auf militärischem, sondern auch auf politischem und insbesondere ökonomischem Gebiet glaubt, wir Sozialdemokraten möchten mit den Mitteln der bürgerlichen Partei, wie z. B. mit dem Barrikadenbau, zum Ziele kommen, der irrt sich gewaltig." [2]

Gegen diese scheinbar veränderte Taktik der Partei machte sich bald im Schoße derselben eine Reaktion geltend. Schon 1884 protestierte ein „Aufruf" der Frankfurter „Genossen" gegen die Taktik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. „Unsere Vertreter scheinen sich mehr und mehr mit den Vertretern der heutigen Gesellschaft in diplomatische Unterhandlungen einzulassen. . . . Wenn euch die Führer in den Sumpf des Parlamentarismus ziehen wollen, dann beweist, daß ihr in Wahrheit revolutionäre Sozialdemokraten seid." [3] Diese Episode in der Geschichte der Sozialdemokratie heißt die Bewegung der „Jungsozialisten". An ihrer Spitze standen die Berliner „Genossen" Werner, Wildberger, Auerbach u. a., die ein „rascheres Tempo" und ein offeneres Bekenntnis der revolutionären Grundsätze forderten. Sie tadelten die Überschätzung des „Parlamentelns" und wollten dasselbe bloß als Agitationsmittel gebraucht wissen. Sie näherten sich, wie man sieht, den anarchistischen Grundsätzen à la Most und Hasselmann. Mehrere von ihnen sind aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden und suchten eine eigene Partei, die der „Unabhängigen Sozialisten" zu gründen, aber ohne nennenswerten Erfolg.

Am 23. August 1905 hielten die dem Berliner Kartell angehörigen Organisationen der freien Vereinigung deutscher

[1] Protokoll des Parteitags zu Erfurt 162. [2] Ebd. 172.
[3] Vgl. Sozialistische Monatshefte 1904, I 13.

Digitized by Google

Gewerkschaften eine Versammlung ab, in der sie sich von der Sozialdemokratie lossagten und eine eigene Partei bildeten. Diese „Anarcho-Sozialisten" unter Führung Dr. Friedebergs forderten die Loslösung der proletarischen Klassenkämpfer vom heutigen Klassenstaat, von dessen Gesetzen und Institutionen. Sie stimmen mit den ebengenannten „Unabhängigen Sozialisten" in folgenden Grundanschauungen überein: 1. in der Kritik des Parlamentelns, 2. in der abfälligen Beurteilung der alten zentralisierten Gewerkschaften, 3. in der hohen Bewertung außerparlamentarischer Massenbewegungen (Maifeier), 4. in der geringen Einschätzung der allmählichen sozialwirtschaftlichen Reformarbeit, 5. in der offenen Propaganda des Atheismus, und endlich 6. in der Organisation revolutionär-sozialistischer Gewerkschaften zur Beseitigung der kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsordnung durch den Generalstreik. Der Anarcho-Sozialismus hat nahe Verwandtschaft mit dem französisch-italienischen „revolutionären Syndikalismus", von dem noch die Rede sein wird.

Paul Kampffmeyer schrieb über diese Bewegung[1]: „Berlin ist der Schauplatz einer ausgesprochenen Revolte gegen die bisherige Taktik der Sozialdemokratie geworden. Die revoltierenden sozialdemokratischen Kampfgenossen sind nun nicht kleine, undisziplinierte Trupps, sondern schlagfertige Bataillone einer organisierten Armee, sie gehören nicht zu der wimmelnden Masse nichtswissender sozialdemokratischer Zuläufer, sondern zu den theoretisch und taktisch sorgfältig gedrillten und in heißen Schlachten wohlbewährten Soldaten der Sozialdemokratischen Partei. Dieses unumwundene Geständnis über das Wesen und den Charakter der neuen stürmischen Gehorsamsverweigerer müssen wir hier in erster Linie ablegen; denn wir werden sonst nie die Eigenart der sich jetzt vor unsern Augen abspielenden Rebellion begreifen." Die Unklarheit, die man den lokalorganisierten Gewerkschaften vorwerfe, rührt nach Kampffmeyer „wohl nicht so sehr von der mangelnden theoretischen Belehrung als von dieser Belehrung selbst her. Vielleicht kann man hier sagen: Unklare Theorien, unklare Köpfe! An Theorien war

[1] Sozialistische Monatshefte 1905, 849 ff.

Digitized by Google

bisher wahrlich kein Mangel in der Sozialdemokratie, aber es war ein augenfälliger Mangel an Klarheit in den Theorien. Man erinnere sich doch einmal der so grundverschiedenen Auffassungen unserer bestgeschulten Genossen über die Verelendungstheorie, über die Katastrophentheorie usw." Er vergleicht die Sozialdemokratie mit „trübem, schäumendem Most".

Dieses interessante Geständnis harmoniert schlecht zu dem sonstigen Pochen auf die sozialdemokratische Wissenschaft.

III. Orthodoxer Marxismus und Revisionismus.

Von größerer Bedeutung als die genannte anarchistisch-sozialistische Bewegung wurde der Gegensatz zwischen den orthodoxen Marxisten und den sog. Revisionisten. Im Grunde handelt es sich aber nur um eine neue Phase des alten Gegensatzes zwischen Revolutionismus und Evolutionismus.

1. Georg v. Vollmar hatte sich schon anfangs der neunziger Jahre entschieden gegen das ungestüme Voranstürmen ausgesprochen. Er wollte sich auf den Boden der bestehenden Ordnung stellen, stufenweise dem Arbeiter durch Reformen helfen, die in der heutigen Gesellschaft möglich sind und die organisatorische Überleitung der alten Gesellschaft in die neue bewirken sollen. Bebel, Liebknecht u. a. griffen ihn darob heftig an und machten ihm zum Vorwurfe, er sei ein „Staatssozialist" und wolle eine opportunistische Reformpartei gründen. Der echte Sozialdemokrat betrachtet nach dem Ausdrucke Bebels „die nächstliegenden Forderungen als Nebensache, die Endziele als Hauptsache, nicht umgekehrt, wie Vollmar dies betont hat".

Besonders lebhaft wurde über den Begriff des Staatssozialismus gestritten. Weil man ihm Staatssozialismus vorgeworfen, veröffentlichte Vollmar in der Revue Bleue unter diesem Titel einen Artikel, in dem er die Ansicht aussprach: Man kann unter Staatssozialismus den Grundsatz verstehen, daß der bestehende Staat nicht bloß eine Organisation zu politischen Zwecken sei, sondern daß sich seine Souveränität auch auf das volkswirtschaftliche Gebiet in dessen vollem Umfange erstrecke, so daß dem Staat nicht nur die Regelung

Digitized by Google

des Verhältnisses zwischen den Arbeitern und Unternehmern, sondern auch die Überführung beliebiger Teile der Gütererzeugung unter die Oberleitung und selbst in den unmittelbaren Betrieb des Staates zustehe. Diesen Staatssozialismus, meinte Vollmar, brauche man nicht mit besonderem Eifer zu bekämpfen, man könne von seiten der Sozialdemokratie ganz gut manche staatssozialistische Maßregeln billigen und unterstützen.

Wegen dieser Ansicht wurde ihm Verrat an den Prinzipien der Partei vorgeworfen. Bei dem ganzen Streite wurde viel mit der Stange im Nebel herumgefahren. Die Vollmarsche Definition ist allerdings zu unbestimmt. Sie kann auch von Nichtsozialdemokraten unterschrieben werden. Adolf Wagner z. B. stand ungefähr auf dem Standpunkt der Definition. Ein Sozialdemokrat kann sie annehmen, wenn er den Staatssozialismus nicht als sein eigentliches Ziel, sondern bloß als Mittel oder Übergangsstadium zum sozialistischen Endziel betrachtet. Dies war aber auch die Ansicht Vollmars, wie aus seinen späteren Erklärungen erhellt. Er konnte deshalb auch ohne Bedenken gemeinschaftlich mit Liebknecht eine Resolution einbringen, die zwar Staatssozialismus und Sozialdemokratie als unversöhnliche Gegensätze hinstellte, aber zugleich erklärte, die Sozialdemokratie habe es nie verschmäht, solche Maßregeln zu billigen, welche eine Hebung der Arbeiterklasse unter dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem herbeiführen könnten. Die Resolution, die beiden Parteien recht gab, wurde vom Berliner Parteitag (1892) fast einstimmig angenommen.

Interessant am ganzen Streite ist, daß von allen Seiten an den sozialdemokratischen Parteitag appelliert wurde, damit er durch eine authentische Erklärung des Staatssozialismus dem Zwiste ein Ende mache. Also ein öffentliches Lehramt in optima forma, eine Entscheidung des Parteitages ex cathedra! Vollmar leugnete die Kompetenz des Parteitages zu einer solchen Erklärung; durch die Annahme einer derartigen Resolution werde der Parteitag zu einer „Kirchenversammlung". Kautsky dagegen verteidigte die Kompetenz; denn es handle sich nicht um die wissenschaftliche Bedeutung des Staatssozialismus, sondern um die Stellung der Sozialdemokratie

Digitized by Google

als einer politischen Partei zu demselben[1]. Aber diese Stellungnahme setzt doch eine richtige Definition voraus. Ist die Definition Vollmars richtig und mit den Prinzipien der Sozialdemokratie vereinbar, so ist es ungerecht und eine unerträgliche Geistesknechtschaft, ihn zu maßregeln. Ist nun der Parteitag, d. h. eine Versammlung, deren Mitglieder zum guten Teil nur ein sehr geringes Maß von wissenschaftlicher Bildung haben, das kompetente Organ zur Entscheidung, ob eine Definition des Staatssozialismus richtig und mit den Prinzipien der Partei vereinbar sei? Tatsächlich wollten auch die „Orthodoxen" durch den Parteitag nur ihre Ansicht denen „um Vollmar" aufnötigen.

2. In ein neues Stadium trat die Fehde zwischen intransigenten Marxisten und Revisionisten (Reformisten) durch die einschneidende Kritik Eduard Bernsteins an den Grundlagen des Marxismus. Konnte man bei Vollmar im Zweifel bleiben, ob sich der Streit um prinzipielle Fragen oder bloße Fragen der Taktik drehe, so war ein solcher Zweifel bei Bernstein und seinen Anhängern nicht länger möglich. Hier handelte es sich um tiefgreifende prinzipielle Unterschiede, um Sein und Nichtsein des Marxismus. Solange die Kritik der „wissenschaftlichen" Grundlagen des Sozialismus von offenen Gegnern ausging, konnte man dieselbe mit allgemeinen Redensarten über völlige Unkenntnis des Sozialismus, böswillige Verdrehungen u. dgl. beiseiteschieben. Eine solche Taktik ließ sich gegen einen altbewährten und hervorragenden Parteigenossen nicht aufrechterhalten.

E. Bernstein (geb. 6. Januar 1850 zu Berlin) war bis zur Aufhebung des deutschen Sozialistengesetzes Redakteur des Hauptparteiorgans der deutschen Sozialisten, des „Sozialdemokrat" in Zürich, und lebte seitdem längere Zeit in London, wo er viel mit Fr. Engels verkehrte. In einer Reihe von Aufsehen erregenden Artikeln unterzog er das Erfurter Parteiprogramm in seinem „wissenschaftlichen" Teil einer scharfen Kritik und bewies, daß die in demselben vertretene Auffassung der materialistischen Geschichtstheorie ganz wesentlicher Korrekturen bedürfe. Marx und Engels selbst seien sich

[1] Die Neue Zeit XI 2, 210 ff.

Digitized by Google

in ihren Auffassungen nicht immer gleichgeblieben. Insbesondere nahm Bernstein Anstoß an der sog. „Zusammenbruchstheorie". Marx und Engels glaubten, die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft werde in Bälde zu einer solchen Konzentration aller Wirtschaftsbetriebe, einer solchen Anhäufung des Kapitals in wenigen Händen, einer solchen Vermehrung und Verelendung des besitzlosen Proletariats führen, daß ein allgemeiner Zusammenbruch der Gesellschaft ganz unvermeidlich sei. Diese Annahme (Katastrophentheorie) galt den Führern der deutschen Sozialdemokratie: Bebel, Liebknecht, Kautsky usw., lange als ein unumstößliches Dogma. Dementsprechend hielten sie es für ihre wichtigste Aufgabe, die kapitalistische Entwicklung zu begünstigen, um die kommende Katastrophe zu beschleunigen. Engels selbst und mit ihm Bebel hatten den Zusammenbruch (den „großen Kladderadatsch") der Gesellschaft schon für das Ende des 19. Jahrhunderts vorausgesagt. Daß bei dieser Auffassung die sozialreformatorische Tätigkeit ganz in den Hintergrund trat, ist begreiflich, und so erklärt sich die schlecht verhüllte Abneigung der sozialdemokratischen Führer gegen die Gewerkschaftsbewegung, ihre Aufhetzung der Arbeiter und Schürung des Klassenhasses, ihre ewigen und maßlosen Klagen über beständige Verelendung usw.

Bernstein trat dieser Auffassung mit aller Entschiedenheit entgegen und faßte das Ergebnis seiner Studien in dem Buche „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie"[1] zusammen. Die einleitenden theoretischen Sätze des Erfurter Programms hätten zwar starke agitatorische Kraft, ständen aber mit den Tatsachen im Widerspruch. Weder die Kleinbürger noch die Bauern seien im Verschwinden begriffen, noch lasse sich behaupten, daß Elend, Knechtschaft und Verfall in den Kulturländern zunehme. Er bestreitet auch den Satz der orthodoxen Marxisten, daß der Sozialismus eine objektive historische Notwendigkeit sei. Wäre dies der Fall, so wären die Anstrengungen der sozialistischen Partei eine unnütze Kraftvergeudung. Das Leben der modernen Völker sei viel

[1] Stuttgart 1899. Elftes Tausend 1904. Vgl. ferner Bernsteins Buch „Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus" (Berlin 1901).

Digitized by Google

zu verwickelt, um in den engen Rahmen eines einzigen Prinzips zusammengefaßt werden zu können.

Wegen dieser Kritik wurde Bernstein heftig angegriffen, besonders von Kautsky, Bebel, Fr. Mehring u. a. in der „Neuen Zeit" und im „Vorwärts". Bernstein blieb die Antwort nicht schuldig und fand Unterstützung von seiten der „Sozialistischen Monatshefte" und mehrerer Parteigenossen.

Man appellierte an den Parteitag: Bernstein ruiniere den Sozialismus. Der Parteitag in Stuttgart (1898) wagte noch kein Urteil über den „Ketzer"; dagegen befaßte sich der Parteitag in Hannover (1899) eingehend mit ihm. Hier zeigte sich aber, daß Bernstein mehr Anhänger hatte, als man anfänglich glaubte. Nur wenige verlangten unter Führung Liebknechts die radikale Verwerfung Bernsteins aus Gründen der marxistischen Orthodoxie. David, v. Vollmar, v. Elm traten für Bernstein ein, Auer hielt sich in einer vermittelnden Stellung und verhöhnte die intransigenten Genossen à la Artur Stadthagen, die immer mit der sozialrevolutionären Fahne und dem daran baumelnden Endziel voranschreiten. Selbst Bebel, der Hauptankläger Bernsteins, brachte schließlich eine Resolution ein, zu der der Angeklagte durch Auer erklären ließ, er könne sie cum grano salis unterschreiben.

In der Resolution wird betont, die Partei stehe nach wie vor auf dem Boden des Klassenkampfes. Es sei die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse, die politische Macht zu erobern, um durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Einführung der sozialistischen Produktions- und Austauschweise die größtmögliche Wohlfahrt aller zu begründen. Die Partei lehne keineswegs ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien von Fall zu Fall ab, um Vorteile für die Arbeiterklasse zu erlangen, aber sie bewahre sich stets ihre volle Selbständigkeit und betrachte jeden errungenen Erfolg nur als einen Schritt zum sozialistischen Endziel. Dann heißt es wörtlich:

„Die Partei steht der Gründung von Wirtschaftsgenossenschaften neutral gegenüber; sie erachtet die Gründung solcher Genossenschaften, vorausgesetzt daß die dazu nötigen Vorbedingungen vorhanden sind, als geeignet, in der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder Verbesserungen herbeizuführen; sie sieht auch in der Gründung solcher Genossenschaften, wie in jeder

Digitized by Google

Organisation der Arbeiter zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen, ein geeignetes Mittel zur Erziehung der Arbeiterklasse zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten, aber sie mißt diesen Wirtschaftsgenossenschaften keine entscheidende Bedeutung bei für die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln der Lohnsklaverei.

In der Bekämpfung des Militarismus zu Wasser und zu Land und der Kolonialpolitik beharrt die Partei auf ihrem bisherigen Standpunkte. Ebenso verbleibt sie bei ihrer bisherigen internationalen Politik, die auf eine Verständigung und Verbrüderung der Völker, in erster Linie der Arbeiterklasse, in den verschiedenen Kulturländern abzielt, um auf dem Boden einer allgemeinen Föderation die Lösung der gemeinsamen Kulturaufgaben herbeizuführen.

Nach all diesem liegt für die Partei kein Grund vor, weder ihre Grundsätze und Grundforderungen, noch ihre Taktik, noch ihren Namen zu ändern, d. h. aus der sozialdemokratischen Partei eine demokratisch-sozialistische Reformpartei zu machen, und sie weist jeden Versuch entschieden zurück, der darauf hinausgeht, ihre Stellung gegenüber der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und den bürgerlichen Parteien zu verschleiern oder zu verrücken." [1]

Um diese Resolution richtig zu würdigen, muß man wissen, daß auch die Anhänger Bernsteins für dieselbe stimmten, nachdem dieser erklärt hatte, er könne sie annehmen.

In einer Schlußbetrachtung über die Debatten in Hannover schrieb Eduard David (November 1899) in den „Sozialistischen Monatsheften", die Anhänger Bernsteins hätten aus drei Gründen für die Resolution Bebels stimmen können: 1. weil sie wegen der Wahlbündnisse und Genossenschaften ein gutes Stück Bernsteinerei enthalte, so daß man um der praktischen Zugeständnisse willen die theoretische Garnierung mit in den Kauf nehmen konnte; 2. weil Bebel seine Resolution dahin abgeändert habe, daß kein Grund vorliege, die „Grundsätze und Grundforderungen" der Partei (ursprünglich hieß es: des Programms) zu ändern. Damit sei anerkannt worden, daß es nicht gut sei, sich auf bestimmte Sätze des Erfurter Programms festzulegen. Durch die Diskussion sei die Erkenntnis geweckt worden, daß die Konzentrationstheorie wenigstens insofern zu

[1] Vgl. Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Hannover vom 9. bis 14. Oktober 1899, 243.

Digitized by Google

ändern sei, als man die Landwirtschaft davon ausnehmen müsse. Das Elend der Verelendungstheorie sei so offensichtlich geworden, daß niemand mehr daran glauben wolle; die Krisentheorie sei ebenfalls einer Krise verfallen, und endlich sei die Zusammenbruchstheorie auf das schwerste kompromittiert, der Kladderadatsch des Kladderadatsch habe dieser Illusion den Todesstoß gegeben. Die vier ersten Absätze des Erfurter Programms seien überhaupt ein „Gemisch von Wahrheit und Dichtung, Tatsachen und Hypothesen, Problemen und Prophezeiungen". Endlich hätten die Anhänger Bernsteins für die Resolution Bebels stimmen können, weil dieselbe als das einzige und höchste Ziel des Sozialismus angebe: „die größtmögliche Wohlfahrt aller". Diesem Ziele sei alles andere unterzuordnen, selbst die Vergesellschaftung der Produktionsmittel. „Die Gesellschaft steht uns höher als ihre Form — das sagt das Bebelsche Endziel." Es läßt sich nicht leugnen, daß mit dieser Auffassung manche Grundgedanken des Marxismus preisgegeben sind.

Weil Bernstein nach wie vor mit seiner Kritik des Marxismus fortfuhr und seine Anschauungen sogar in einem Vortrag vor „bürgerlichen" Kreisen verfocht, kam es auf dem Lübecker Parteitag (1901) wieder zu einer scharfen Bernstein-Debatte. Die Gegensätze kamen in zwei Entschließungen zum Ausdruck, von denen die eine den Namen Bebels, die andere den W. Heines trug. Beide anerkannten die Notwendigkeit der Selbstkritik für die geistige Fortentwicklung der Partei. Während aber die Entschließung Heines dann beifügte, der Parteitag habe keine Veranlassung, von der in Hannover 1899 angenommenen Resolution abzugehen, und damit seien die Anträge gegen Bernstein als erledigt zu betrachten, erklärte die Entschließung Bebels, die einseitige Art der Kritik Bernsteins habe die Mißstimmung der Parteigenossen erregt. In der Erwartung, daß er sich dieser Erkenntnis nicht verschließe und danach handle, gehe der Parteitag über die Anträge zur Tagesordnung über. Der Antrag Heine wurde mit 166 gegen 71 Stimmen abgelehnt, derjenige Bebels mit 203 gegen 31 Stimmen angenommen. Nachdem Bebel versichert hatte, die Resolution solle kein Mißtrauensvotum gegen Bernstein enthalten, gab dieser folgende Erklärung ab:

„Parteigenossen! Wie ich Ihnen schon in meiner Zuschrift an den Stuttgarter Parteitag erklärt habe, kann das Votum eines Kongresses mich

Digitized by Google

selbstverständlich niemals in meiner Überzeugung irremachen. Es war mir aber anderseits das Votum der Mehrheit meiner Parteigenossen niemals gleichgültig. Meine Überzeugung ist, daß die von Ihnen angenommene Resolution mir objektiv unrecht tut, auf falschen Voraussetzungen beruht, wie ich Ihnen das ausgeführt habe. Aber nachdem Genosse Bebel erklärt hat, daß kein Mißtrauensvotum mit ihr verbunden sein soll, erkläre ich fernerhin, daß ich das Votum der Majorität des Parteitages als ein solches entgegennehmen und ihm diejenige Achtung und Beachtung entgegenbringen werde, die einem solchen Kongreßbeschluß gebührt."

Diese nichtssagende Erklärung wurde mit „stürmischem Beifall" aufgenommen. Der „Vorwärts" schrieb triumphierend: „Der Ausgang der Bernstein-Debatte bedeutet den Ausgleich von Gegensätzen, die Zuversicht auf weiteres gemeinsames Wirken aller in der Partei; er bekundet die feste Absicht, den persönlichen Streit zu begraben." Von einem Ausgleich kann doch angesichts der Erklärung Bernsteins, an seinen Anschauungen festhalten zu wollen, keine Rede sein.

Die Ideen Bernsteins gewannen in der Partei immer mehr Boden. Bebel selbst anerkannte auf dem Parteitag zu Lübeck (1901), daß eine Umänderung des Programms sich nicht mehr lange aufschieben lasse. Auf dem Parteitag zu Dresden (1903) sah er sich zur Klage genötigt: „Nie und zu keiner Zeit waren wir uneiniger als jetzt", und wieder erhob er seine warnende Stimme gegen den Revisionismus. Da die Sozialdemokraten durch die Wahlen die zweitstärkste Partei im Reichstag geworden, warf Bernstein die Frage auf, ob sie die ihr zukommende erste Vizepräsidentenstelle mit der damit verbundenen Pflicht des Hofbesuches annehmen bzw. fordern solle. Bebel fuhr darob in der Presse und dann auf dem Parteitag zu Dresden heftig gegen Bernstein los. Leider habe ihm Vollmar sekundiert. München sei das Capua der Sozialdemokratie. „In München wandelt keiner auf die Dauer ungestraft unter den Bierkrügen." Er erblickte in dem Aufwerfen dieser Frage gerade während des Jubels der Partei über den großartigen Wahlsieg einen Vorstoß des Revisionismus. Dieser sei besonders bei den Süddeutschen zu Hause, die gemütlicher und ökonomisch weniger fortgeschritten seien als die Norddeutschen, er ziele auf eine Annäherung der Sozial-

Digitized by Google

demokratie an die bürgerliche Gesellschaft. Zu den Revisionisten gehören nach Bebel besonders viele Akademiker und „ehemalige Proletarier in gehobenen Lebensstellungen", doch seien diese ein Generalstab ohne Armee.

Interessant ist das Geständnis Bebels, der Revisionismus habe nach den Wahlen von 1903 „in der Fraktion eine besondere Stärkung erfahren", und er fürchte, daß seine Anhänger ihre Überzeugung in der Fraktion zur Geltung bringen würden. Deshalb brachte er eine Resolution ein, durch deren Annahme der Parteitag die Taktik der Fraktion festlegen sollte. „Wir werden mehr als bisher die Partei anrufen müssen, damit sie Entscheidungen über die Taktik der Fraktion trifft." [1]

Die Resolution wurde vom Parteitag in folgender Fassung angenommen:

„Der Parteitag fordert, daß die Fraktion zwar ihren Anspruch geltend macht, die Stelle des ersten Vizepräsidenten und eines Schriftführers im Reichstag durch Kandidaten aus ihrer Partei zu besetzen, daß sie es aber ablehnt, höfische Verpflichtungen zu übernehmen oder irgendwelchen Bedingungen sich zu unterwerfen, die nicht durch die Reichsverfassung begründet sind.

Der Parteitag verurteilt auf das entschiedenste die revisionistischen Bestrebungen, unsere bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt.

Die Folge einer derartigen revisionistischen Taktik wäre, daß aus einer Partei, die auf die möglichst rasche Umwandlung der bestehenden bürgerlichen in die sozialistische Gesellschaftsordnung hinarbeitet, also im besten Sinne des Wortes revolutionär ist, eine Partei tritt, die sich mit der Reformierung der bürgerlichen Gesellschaft begnügt.

Daher ist der Parteitag im Gegensatz zu den in der Partei vorhandenen revisionistischen Bestrebungen der Überzeugung, daß die Klassengegensätze sich nicht abschwächen, sondern stetig verschärfen, und erklärt:

[1] Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Dresden 1903, 320.

Digitized by Google

1. daß die Partei die Verantwortlichkeit ablehnt für die auf der kapitalistischen Produktionsweise beruhenden politischen und wirtschaftlichen Zustände, und daß sie deshalb jede Bewilligung von Mitteln verweigert, welche geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten;

2. daß die Sozialdemokratie, gemäß der Resolution Kautsky des internationalistischen Sozialistenkongresses zu Paris im Jahre 1900, einen Anteil der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht erstreben kann.

Der Parteitag verurteilt ferner jedes Bestreben, die vorhandenen, stets wachsenden Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern."

Am Schluß spricht der Parteitag die Erwartung aus, die Fraktion werde ihre größere Macht dazu benutzen, die Interessen der Arbeiterklasse, die Sicherung der politischen Freiheit wahrzunehmen, Militarismus, Marinismus, Kolonial- und Weltmachtspolitik zu bekämpfen und für den Ausbau der Sozialgesetzgebung und die Erfüllung der politischen und kulturellen Aufgaben der Arbeiterklasse energisch zu wirken [1].

Obwohl die Resolution mit 288 gegen 11 Stimmen angenommen wurde, war damit der Revisionismus nicht vernichtet. Das geht schon daraus hervor, daß unter den mit Ja Stimmenden sich auch Vollmar befand, den Bebel das Haupt der Revisionisten nannte, und der den Revisionismus, wie er in der Resolution vorausgesetzt wird, als einen Popanz bezeichnete. Mehrere, die mit Ja stimmten, erklärten, daß sie nicht mit allen Einzelheiten einverstanden seien. Als die Genossen Auer und Heine mit Ja stimmten, entstand Heiterkeit. In der Tat brachten auch seither die „Sozialistischen Monatshefte" viele revisionistische Artikel, die an dem bisherigen Kredo der Sozialdemokraten Kritik übten und namentlich den Glauben Bebels an einen baldigen Zusammenbruch der Gesellschaft gründlich zerstörten. Beispielshalber sei hier eine Äußerung von Paul Kampffmeyer erwähnt: „In seinem anregenden Aufsatz ‚Die revisionistische Bewegung in der deutschen Sozialdemokratie' im ‚Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft' kommt E. Günther zu dem richtigen Schluß, daß der Revisionismus erst den kleinsten Teil seiner Aufgabe durch den Nachweis der Unzulänglichkeit der

[1] Protokoll der Verhandlungen des Parteitages zu Dresden 1903, 418 f.

Digitized by Google

marxistischen Begründung des Sozialismus vollbracht habe, und daß ihm noch die Lösung der schwierigeren Aufgabe, der Aufbau eines neuen sozialistischen Systems auf ganz anderer Grundlage, bevorstehe."[1]

Die orthodoxen Marxisten waren entsetzt ob solcher Ketzereien, die den Marxismus für unzulänglich erklärten und ein „neues sozialistisches System auf ganz anderer Grundlage" forderten.

So gern wir übrigens den Scharfsinn der Revisionisten und die Berechtigung ihrer Kritik am Marxismus anerkennen, so war doch ihr Verhalten im Streit mit den Orthodoxen nicht geeignet, Achtung einzuflößen. Auf allen Parteitagen duckten sie sich wie Schilfrohre vor dem Wind, stimmten sogar für die Resolutionen, mit denen man sie in den Grund bohren wollte — und nach dem Parteitag fuhren sie in ihrer Taktik weiter wie vorher.

3. Als interessante Episode im Kampfe gegen den Revisionismus verdient die am 23. Oktober 1905 erfolgte schroffe Entlassung von mehreren Redakteuren des „Vorwärts" Erwähnung, die großes Aufsehen erregte und selbst von vielen sozialdemokratischen Parteiblättern als ein „Skandal" bezeichnet wurde. Die Regisseure in diesem Drama waren der Diktator Bebel und Fr. Mehring, den Bebel selbst ein psychologisches Rätsel nannte. Der eigentliche Grund der Entlassung war die revisionistische Neigung der Mehrheit der „Vorwärts"-Redaktion. Zwar wurde die mangelhafte prinzipielle Schulung der Parteigenossen durch den „Vorwärts" und dessen zu späte und schwankende Stellungnahme in wichtigen Tagesfragen als Grund der Entlassung angegeben. Diese Vorwürfe hatten aber der Parteivorstand und die Preßkommission, also dieselben, die sie jetzt

[1] Vgl. Sozialistische Monatshefte 1907, 89. Selbst in die „Neue Zeit", die Hüterin des Orthodoxismus, schlich sich gelegentlich revisionistischer Geist ein. So gestand Otto Bauer, der sich zu den echten Marxisten zählt, in einem Artikel „Geschichte eines Buches": solche Sätze wie „Die kapitalistische Gesellschaft hat die Tendenz, die Arbeiterklasse immer mehr zu verelenden", „Der Reichtum der besitzenden Klassen stammt aus dem von den Arbeitern erzeugten Mehrwert", seien nicht haltbar (vgl. Die Neue Zeit 26. Jahrg. I 26). Dazu meinte J. Bloch in den Sozialistischen Monatsheften 1907 II 1039: „Damit können meines Erachtens die Revisionisten zufrieden sein."

Digitized by Google

erhoben, am 11. Januar 1905 im „Vorwärts“ als unhaltbar zurückgewiesen. Am auffallendsten war, daß die Verhandlungen, die der Entlassung vorausgingen, völlig geheim gehalten wurden, so daß die Redakteure keine Gelegenheit hatten, sich zu rechtfertigen. Drei Redakteuren wurde plötzlich gekündigt, drei andere erklärten sich mit ihnen solidarisch und reichten ihre Entlassung ein, die sofort angenommen wurde. Vier Redakteure schlossen sich den ausgeschiedenen nicht an und wurden selbst von sozialdemokratischen Blättern als „Streikbrecher“ bezeichnet.

Jedenfalls ist diese Entlassung eine treffliche Illustration der sozialdemokratischen Freiheit und Brüderlichkeit. Kein kapitalistischer Unternehmer hätte rücksichtsloser den „Herrenstandpunkt“ vertreten können, als es der Parteivorstand hier getan hat.

In erhebender Weise haben sich die sechs „hinausgeflogenen“ Redakteure gerade nicht benommen. Nachdem sie die schwersten Anklagen gegen den Parteivorstand erhoben und noch am 7. Dezember eine Anklageschrift herausgegeben hatten, veröffentlichten sie am 10. Dezember im „Vorwärts“ (Nr. 289) eine „Erklärung“, in der ihnen die gegen sie gefaßten Beschlüsse und Maßnahmen jetzt „in wesentlich anderem Licht“ erschienen; sie halten ihre Anklagen nicht aufrecht und stellen fest, daß es ihnen völlig ferngelegen, die „guten Absichten des Parteivorstandes und der Preßkommission zu bezweifeln“. Sie wollen den „unleidlichen Streit nicht fortführen und hegen den Wunsch, daß dieser Fall von den Parteigenossen als abgeschlossen aufgefaßt wird“.

Eine wahrhaft klägliche Erklärung! Wochenlang toben sie gegen die ungerechte Behandlung durch den Parteivorstand, und jetzt, einige Tage später, leisten sie Abbitte und küssen die Hand, die sie gezüchtigt hat! Was ist da hinter den Kulissen vorgegangen? Jedenfalls wollte der Parteivorstand Frieden schließen, um den Skandal aus der Welt zu schaffen. Welchen Preis er dafür bezahlt hat, entzieht sich unserer Kenntnis[1]. Man sieht aber, daß die sozial-

[1] Mehrmals brachte der „Vorwärts“ (z. B. 1905 Nr. 305 und 1906 Nr. 1) die Notiz, „die ausgeschiedenen Redakteure seien wirtschaftlich nicht geschädigt worden“. Man scheint ihnen also ein Goldpflaster auf die Wunden gelegt zu haben.

Digitized by Google

demokratischen Wortheiden sich zu Märtyrern ihrer Überzeugung nicht eignen.

IV. Die Frage der Budgetbewilligung.

Ein weiterer Streitpunkt zwischen Orthodoxismus und Revisionismus war die Frage der Budgetbewilligung. Im Reichstag hatte die sozialdemokratische Fraktion immer gegen das Budget gestimmt, und zwar nicht nur deshalb, „weil die Reichseinnahmen hauptsächlich auf den indirekten Steuern beruhen, die vorzugsweise den ärmeren Teil der Bevölkerung belasten", auch nicht nur deshalb, „weil die Sozialdemokratie dem kulturfeindlichen Militarismus jeden Groschen verweigert, sondern auch weil wir durch die Ablehnung des Budgets den grundsätzlichen Gegensatz zum Ausdruck bringen, in dem sich die Arbeiterklasse gegenüber dem kapitalistischen Klassenstaat und seiner Regierung befindet"[1].

In den süddeutschen Einzelstaaten aber, wo die Sozialdemokraten von dem Gift des Revisionismus stark angesteckt waren, nahmen sich die sozialdemokratischen Abgeordneten die Freiheit, für das Budget zu stimmen, wenn es ihnen gut schien. So zuerst die „Genossen" im badischen Landtag, denen sich die sozialdemokratischen Fraktionen in Württemberg, Bayern und Hessen anschlossen. A. Fendrich (Karlsruhe) hatte sogar die Kühnheit, in einem Artikel der „Sozialistischen Monatshefte" diese Haltung der süddeutschen Sozialdemokraten prinzipiell zu verteidigen. Darob entstand große Entrüstung bei den Unentwegten, und auf dem Parteitag zu Lübeck (1901) kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Man ging mit den Süddeutschen scharf ins Gericht. Fendrich hatte sich auch auf den Verfassungseid berufen, um die Budgetbewilligung zu rechtfertigen. Ihm antwortete Bebel: „Wir leisten den Eid, wir betrachten ihn als leere Form, wir sind Republikaner und werden uns in unserer Abstimmung nicht dadurch gebunden halten." Er warf ihm einen groben Verstoß gegen das Parteiprogramm vor. Mit großer Mehrheit wurde schließlich die von Bebel vorgeschlagene Resolution angenommen:

[1] Worte Eman. Wurms auf dem Lübecker Parteitag 1901: Protokoll 265.

Digitized by Google

„In Erwägung, daß die Einzelstaaten ebenso wie das Reich den Charakter des Klassenstaates tragen und der Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung nicht einräumen, sondern in ihrem Wesen als Organisation der herrschenden Klassen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft anzusehen sind, spricht der Parteitag die Erwartung aus, daß die sozialdemokratischen Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten sich bei ihren Abstimmungen nicht in Widerspruch mit dem Parteiprogramm und den Grundsätzen des proletarischen Klassenkampfes setzen und insbesondere das Gesamtbudget normalerweise ablehnen.

Eine Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besondern Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden."

Eduard David konstatierte, daß diese Entschließung eine Entwicklung zu verständigeren Ansichten verrate. Auf dem Parteitag zu Frankfurt (1894) hatte Bebel keine Ausnahmefälle für die Budgetbewilligung zugelassen. Jetzt hatte er diese Ausnahmefälle anerkannt. Damit war den süddeutschen Genossen ein Hinterpförtchen offengelassen. Die Ausnahmefälle wurden immer häufiger. Oft warf der „Vorwärts" den süddeutschen „Genossen" vor, es handle sich bei ihnen letzten Endes darum, „an die Stelle des Klassenkampfes die Politik der Kompromisselei" zu setzen. Aber alles half nichts, und deshalb wurde von norddeutscher Seite wieder an den Parteitag von Nürnberg (1908) appelliert, auf dem es zu sehr erregten Debatten kam. Welcher Ton angeschlagen wurde, kann man aus den Vorwürfen entnehmen, die man sich gegenseitig ins Gesicht schleuderte. Ausdrücke wie: Zwischenträgerei, Schnüffelei, Verleumdung, Lüge, Unverschämtheit, Infamie, Judas, Achtgroschenjungens u. dgl. flogen nur so hin und her. Sogar mit Fäusten bedrohten sich die „Brüder" gegenseitig. Trotzdem stand der „Vorwärts" nicht an, nach der Tagung zu schreiben[1]: „Nicht wüsten Krakeel und Parteischädigung hat uns der Nürnberger Parteitag gebracht, sondern innere Festigung, die unerläßliche Einheit der Aktion." (!) Allerdings fügte er etwas kleinlaut hinzu: „Daß damit nicht für alle Zeiten der Streit um die einzuhaltende Taktik beigelegt ist, wissen wir selbst am allerbesten."

[1] 1908, Nr. 221.

Digitized by Google

In Wirklichkeit handelte es sich um den alten Kampf zwischen Radikalismus und Revisionismus, wie Wilhelm Keil (Stuttgart) ausdrücklich hervorhob: „Die Erbitterung, mit der diese zwei Tage gekämpft worden ist . . ., wäre völlig unverständlich, wenn nicht längst in der deutschen Sozialdemokratie zwei Parteien einander gegenüberständen und wenn nicht bei jeder Erörterung einer solchen Einzelfrage neben der speziellen einzelnen Entscheidung, die zu treffen ist, noch Nebenzwecke in Betracht kämen für beide Richtungen."

Die Debatten drehten sich hauptsächlich um die Lübecker Resolution. Daß das Verhalten der süddeutschen Landtagsfraktionen dem Sinne dieser Resolution widersprach, war kaum zweifelhaft. Aber konnte man diese Resolution nicht umstoßen? Das wollte der Parteivorstand hindern. Deshalb beantragte er eine Resolution, welche die von Lübeck bestätigte und dann hinzufügte:

„Als notwendige Folge dieser grundsätzlichen Auffassung und angesichts der Tatsache, daß die Gesamtabstimmung über das Budget als Vertrauensvotum für die Regierung aufgefaßt werden muß, ist jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtabstimmung zu verweigern, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde.

Die Bewilligung des Budgets in den Landtagen von Württemberg, Baden und Bayern ist daher unvereinbar mit den Resolutionen von Lübeck und Dresden."

Dieser Antrag, der die Lübecker Resolution verschärfte und zugleich einen Tadel gegen die süddeutschen Landtagsfraktionen enthielt, wurde mit 258 gegen 119 Stimmen angenommen.

Schon während der Debatten bezeichnete Ludwig Frank im Namen der süddeutschen Fraktionen den Antrag des Parteivorstandes für völlig unannehmbar. Als die Annahme trotzdem erfolgte, gab Segitz im Auftrage von 66 Delegierten aus Bayern, Baden, Württemberg und Hessen folgende „Erklärung" ab:

„Die unterzeichneten Parteimitglieder erklären: Wir erkennen dem deutschen Parteitag als der legitimen Vertretung der Gesamtpartei die oberste Entscheidung zu in allen prinzipiellen und den taktischen An-

Digitized by Google

gelegenheiten, die das ganze Reich berühren. Wir sind aber auch der Ansicht, daß in allen speziellen Angelegenheiten der Landespolitik die Landesorganisation die geeignete und zuständige Instanz ist, die auf dem Boden des gemeinsamen Programms den Gang der Landespolitik nach den besondern Verhältnissen selbständig zu bestimmen hat, und daß die jeweilige Entscheidung über die Budgetabstimmung dem pflichtgemäßen Ermessen der ihrer Landesorganisation verantwortlichen Landtagsfraktion vorbehalten bleiben muß."

Diese Erklärung bedeutete einen Wendepunkt in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Sie verweigert den Beschlüssen des Parteitags das Recht, die Politik der Landtagsfraktionen in den speziellen Angelegenheiten der Einzelländer zu bestimmen. Am 25. September 1908 trat der Landesvorstand der bayrischen Sozialdemokratie in einem an die bayrischen Genossen gerichteten „Aufruf" voll und ganz der Erklärung der süddeutschen Delegierten in Nürnberg bei: der Beschluß des Parteitags über die Budgetbewilligung sei für die Landtagsfraktion nicht bindend; in allen speziellen Landesangelegenheiten habe die Landesorganisation selbständig zu entscheiden.

Der „Vorwärts" antwortete auf diesen Aufruf, „die Partei würde sich selbst aufgeben, wenn sie die Geltung des Majoritätsprinzips innerhalb ihrer Organisation antasten ließe". Aber schon im November 1908 veröffentlichte die badische Parteileitung einen Aufruf zu den Landtagswahlen, in dem es heißt: „Die Zustimmung unserer Fraktion zum Gesamtbudget hat unterdessen in der Partei zu lebhaften Auseinandersetzungen geführt, und der Parteitag in Nürnberg hat in der Sache gesprochen. Sechsundsechzig süddeutsche Delegierte, deren Auffassung sich auch fast einstimmig eine am 18. Oktober in Karlsruhe abgehaltene Landeskonferenz unserer Partei anschloß, gaben zu der Nürnberger Entscheidung die Erklärung ab, daß in den Fragen der einzelstaatlichen Taktik den Landesorganisationen das entscheidende Wort vorzubehalten sei. So ist auch für unsere badische Partei der Streit um die Budgetbewilligung in zufriedenstellender Weise erledigt und ihrer Vertretung in der Zweiten Kammer auch für die Zukunft eine ersprießliche Tätigkeit gesichert."

Digitized by Google

Diese Erklärung läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Der „Vorwärts“ [1] druckte sie mit sauersüßer Miene ab, brummte etwas von Parteidisziplin und fand sogar noch ein Lob für die zurückhaltende Sprache der badischen Parteileitung. Er ergab sich also resigniert in das Unvermeidliche.

Man hatte erwartet, der Leipziger Parteitag (1909) werde die Frage wieder behandeln und ex cathedra entscheiden. Aber man hielt es für klüger, das heikle Thema auf sich beruhen zu lassen: ein sicherer Beweis für das Anwachsen der revisionistischen Strömung. Wie stark diese überhaupt schon geworden, zeigte sich auf dem Leipziger Parteitag in der Ablehnung des Antrages der Berliner Radikalen, der jedes Zusammengehen mit den Liberalen verwarf.

V. Die politische Partei und die Gewerkschaften.

Als politische Partei bedarf die Sozialdemokratie begeisternder Ziele, welche die großen Massen mitzureißen vermögen. Dem stellen sich in etwa die gewerkschaftlichen Bestrebungen entgegen, die nicht für fernliegende Ideale, sondern für unmittelbar erreichbare Vorteile der Arbeiter kämpfen. Man begreift deshalb, daß die politischen Führer der Partei von Anfang an die Gewerkschaften mit großem Mißtrauen behandelten.

Schon im Jahre 1874 erklärte die Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zu Hannover alle diejenigen als „Verräter der Arbeiterklasse“, welche die Gewerkschaftsbewegung in den Vordergrund der Arbeiterbewegung zu drängen suchten. Sie sprach auch den Wunsch aus, die innerhalb der Partei bestehenden Gewerkschaftsverbände sollten aufgelöst werden. Tatsächlich lösten sich damals viele von diesen Verbänden auf.

Das Sozialistengesetz brachte einen neuen Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung. Da sich die Sozialisten politisch nicht organisieren konnten, taten sie es unter dem gewerkschaftlichen Aushängeschild. Beim Fall des Sozialistengesetzes zählten die Gewerkschaften über 300 000 Mitglieder; die Zahl nahm jedoch bald ab, da viele

[1] Nr. 263, 1. Beil.

Digitized by Google

aus den Gewerkschaften austraten und sich der politischen Organisation anschlossen. Man bedurfte der gewerkschaftlichen Maske nicht mehr, und die politischen Führer betrachteten die Gewerkschaften als überflüssig, ja hinderlich. Auf dem Parteitag zu Berlin (1892) klagte Karl Legien über mangelnde Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung seitens der führenden Parteigenossen. Der „Vorwärts", behauptete er, habe vom „weichen Kehrichthaufen der Gewerkschaftsduselei" gesprochen [1].

Zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Gewerkschaftlern und Politikern kam es auf dem Parteitage zu Köln (1893). Auer hatte eine Sympathiekundgebung für die Gewerkschaftsbewegung beantragt. Auch Bebel hatte sie unterzeichnet, zog aber dann gegen die Gewerkschaftsführer scharf ins Feld. „Die Gewerkschaftspresse muß sich mit den kleinen Fragen beschäftigen, und darin liegt die große Gefahr, daß sie das große Ziel aus den Augen verliert und so der allgemeinen Verwässerung Vorschub leistet." [2] Er warf den Gewerkschaftlern „sozialdemokratische Wadelstrümpfelei" vor. Nicht ohne Schein von Berechtigung konnte nach Bebels Rede Genosse Paul (Hannover) sagen: „Die Tribüne dieses Saales ist nach dem bisherigen Gang der Debatte zur Guillotine der Gewerkschaftsbewegung geworden." [3]

Trotzdem entwickelte sich die Gewerkschaftsbewegung mächtig. Die freien oder neutralen Gewerkschaften, die tatsächlich sozialdemokratisch sind, zählten schon im Jahre 1905: 1344803 Mitglieder mit einer Jahreseinnahme von 27812257 Mark. Am Ende des Jahres 1911 belief sich die Zahl der Mitglieder auf 2400018 und die Einnahmen betrugen 72086957 Mark, das Vermögen wurde für Ende 1911 auf 62105821 Mark angegeben. Den eigentlichen Grund, warum die Gewerkschaftsführer sich weigern, ihre Neutralität aufzugeben, hat A. v. Elm dargelegt. „Die Gewerkschaften brauchen zur wirksamen Durchführung ihrer wirtschaftlichen Aktionen die Beteiligung aller Berufsgenossen und werden in ihrer

[1] Vgl. Protokoll des Parteitages zu Berlin 1892, 240.
[2] Protokoll des Parteitages zu Köln 1893, 201. [3] Ebd. 203.

Digitized by Google

weiteren Entwicklung immer mehr dazu gedrängt werden, parteipolitische und religiöse Fragen aus den Diskussionen in ihren Versammlungen auszuscheiden. Wer nicht mit völliger Blindheit geschlagen ist, wer den Gang der Entwicklung aufmerksam verfolgt, muß zu der Erkenntnis kommen, daß die Zeit sozialdemokratischer Parteigewerkschaften vorüber ist."[1] Die Gewerkschaften haben einen andern Zweck als den, Rekrutenschulen der Sozialdemokratie zu sein. Sie stärken „die wirtschaftliche Macht der Arbeiterklasse und fördern dadurch indirekt die Verwirklichung des Sozialismus; als Sozialisten sind wir doch einig darüber, daß wir die Emanzipation des Proletariats nicht von seiner wachsenden Verkommenheit, sondern von seiner wachsenden Kraft erwarten. Wer die Gewerkschaften zu Parteiinstitutionen stempeln will, hindert deren Entwicklung und damit gleichzeitig auch die schnelle Verwirklichung unserer idealen Ziele"[2]. Die Gewerkschaften beanspruchen deshalb volle Selbständigkeit und Unabhängigkeit.

Anders faßten die Sache die Leiter der Sozialdemokratischen Partei auf. Man suchte die Gewerkschaften unter die Botmäßigkeit der Gesamtpartei zu bringen, um sie gegebenenfalls zu politischen Zwecken zu gebrauchen. „Von Beginn der Gewerkschaftsbewegung an", klagte v. Elm, „ist von politisch radikaler Seite gegen diese unglaublich viel gesündigt worden: die Gewerkschaften waren lange Zeit das Aschenbrödel der Arbeiterbewegung, das Palliativmittel, für die Befreiung des Proletariats von keiner Bedeutung; man wies ihnen eine völlig untergeordnete Stelle zu, man bekämpfte ihre Ausgestaltung, wetterte gegen hohe Beiträge, gegen Einführung von Unterstützungseinrichtungen — immer aus Furcht, die Arbeiter könnten konservativ, der sozialdemokratischen Bewegung entfremdet werden. Seitdem das Wort vom Revisionismus erfunden worden ist, beschuldigt man die Gewerkschaften, von dieser gräßlichen Seuche angesteckt zu sein. Tarifverträge — natürlich Revisionismus, Harmonieduselei. Schon glaubt man, in den Gewerkschaften die Neigung entdeckt zu haben, die Sozial-

[1] Sozialistische Monatshefte 1905 I 735. [2] Ebd.

Digitized by Google

demokratie in eine bürgerliche Reformpartei umzuwandeln."[1] Die Gewerkschaftsführer wurden „Gewerkschaftsbureaukraten", „bornierte Verächter der Theorie" genannt, man gab ihnen Schuld an der theoretischen Verwahrlosung der Gewerkschaftsmitglieder.

Allerdings mußte v. Elm zugeben, daß in der Gewerkschaftsbewegung Keime zur Nurgewerkschaftlerei vorhanden seien. Die Gewerkvereine richten naturgemäß ihr Augenmerk auf die nächstliegenden, erreichbaren Ziele und tragen zur Besserung der wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder bei. Sobald der Arbeiter eine gesicherte Existenz hat und mit manchen Interessen an den Bestand der Gesellschaft geknüpft ist, kommt ihm der revolutionäre Geist abhanden, der einen echten Sozialdemokraten auszeichnen soll. Er verliert den Sinn für die Ehre, zum großen Orden der „Proletarier aller Länder" zu gehören; auch sein Eifer in Geldbeiträgen für die internationale Sache läßt nach; er hat wichtigere und näherliegende Interessen.

Ein Hauptpunkt, um den sich längere Zeit der Streit zwischen Gewerkschaftlern und Politikern drehte, war die Frage des Generalstreiks. Wohl mit Rücksicht auf die Gewerkschaften wurde diese Frage auf dem Jenaer Parteitag (1905) behandelt. Die Parteileitung glaubte einen entscheidenden Sieg errungen zu haben, als es ihr gelang, mit großer Mehrheit die Resolution Bebels durchzusetzen, welche den Generalstreik als das „wirksamste Kampfmittel" bezeichnete, um gegebenenfalls jeden Anschlag gegen das allgemeine, geheime Wahlrecht oder die Koalitionsfreiheit der Arbeiter abzuwehren oder ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern[2]. Offenbar hatte man gehofft, durch diese Resolution die Gewerkschaften „gegebenenfalls" auf das Kommando der Parteileitung mobil machen zu können. Aber die seitherigen Erörterungen in der Gewerkschaftspresse haben gezeigt, daß das Triumphgeschrei verfrüht war. Die Mehrheit der Gewerkschaftsblätter protestierte energisch gegen dieses revolutionäre Spielen mit dem Generalstreik, so besonders der

[1] Sozialistische Monatshefte 1905 I 737.
[2] Verhandlungen des Parteitages zu Jena 1905, 143.

Digitized by Google

„Korrespondent", das Organ des deutschen Buchdruckerverbandes. Ende November 1905 hatte derselbe das Vermögen des Verbandes auf 5 990 060 Mark angegeben und im Anschluß daran geschrieben: „Rechnen wir davon rund vier Millionen verfügbar für Streikunterstützung und folgten dann den sirenenhaften Lockungen der Generalstreikapostel à la Rosa Luxemburg, so wäre die ganze Herrlichkeit auch bald zu Ende — und das Hungern für die Überzeugung könnte seinen Anfang nehmen. Sind wir dann bei der Elends- oder richtiger der elenden Theorie angelangt, dann, ja dann endlich käme die Besinnung, und das Sammeln von Fonds könnte unter den schwierigsten Umständen von neuem beginnen. Nach mehreren Dezennien von Jahren, wenn dann endlich wieder eine nennenswerte Summe beisammen wäre, könnten nochmals solch moderne Herostraten erstehen, die mit dem Massenstreik, der direkten Aktion oder sonst welchem modernen Allheilmittel der Masse des Volkes wohl ein Brillantfeuerwerk von wenigen Tagen vormachen könnten, im übrigen aber die wirklichen Bedürfnisse unbefriedigt ließen."

Der „Vorwärts" [1] polterte gewaltig gegen diese Auslassungen, die den „Standpunkt des nacktesten Berufsegoismus" proklamierten; das „Gegeifer" zeige, daß der Standpunkt der Nurgewerkschaftlerei, wie er in England und Amerika floriere, auch in Deutschland eindringe. Aber diese öden Schimpfereien veranlaßten die Gewerkschaften nicht, ihre „gefüllten Kassen" dem Kommando der Parteileitung zu opfern. Auf dem Tage zu Mannheim (1906) wurde zwar der Jenaer Beschluß über den Massenstreik wiederholt, aber seither redete niemand mehr davon.

Auch die Frage der Maifeier war seit langem ein Zankapfel zwischen der Partei und den Gewerkschaften. Die Maifeier hat ihren Ursprung in dem Beschluß des Internationalen Arbeiterkongresses zu Paris im Juli 1889, der auf mehreren internationalen Kongressen (z. B. in Amsterdam 1904) wiederholt wurde. Auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands suchte diese Feier durchzusetzen.

[1] 1905, Nr. 278.

Digitized by Google

Aber sie ist für die Gewerkschaften ein Hindernis, weil die Arbeitgeberverbände die Arbeitsruhe am 1. Mai als Tarifbruch ansehen und mit Aussperrung beantworten. So werden die Gewerkschaftskassen geleert und die Mittel ihren eigentlichen Zwecken entzogen; und deshalb widersetzten sich die Gewerkschaften dieser Feier. Um einen Ausgleich herbeizuführen, kamen Parteivorstand und Gewerkschaftsleitung überein, die Kosten der Maifeier den örtlichen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen aufzuladen. Aber dieser Ausweg stieß auf Schwierigkeit, weil die örtlichen Organisationen oft gar nicht imstande sind, diese Kosten zu bestreiten. Deshalb wurde auf dem Parteitag zu Nürnberg (1908) der Parteivorstand beauftragt, in neue Verhandlungen mit der Gewerkschaftsleitung zu treten. Das Ergebnis war der vom Parteitag zu Leipzig angenommene Antrag, der den infolge der Maifeier Ausgesperrten jeden „Anspruch auf Unterstützung aus den Zentralkassen der Partei und Gewerkschaften" abspricht. Zur Vorbereitung der Maifeier soll an allen Orten eine Kommission eingesetzt werden, für die zu gleichen Teilen das Gewerkschaftskartell und die Parteiorganisation ihre Vertreter bestimmen, und welche die Aufgabe hat, unter Berücksichtigung der beruflichen und örtlichen Verhältnisse und der Bestimmungen der gewerkschaftlichen Organisationen sowie der Beschlüsse des Parteitags für eine würdige Feier Sorge zu tragen. Zur Unterstützung der Ausgesperrten sollen für größere Wirtschaftsgebiete Bezirksfonds gebildet und die nötigen Mittel durch freiwillige Beiträge und Sammlungen aufgebracht werden.

Der vom Nürnberger Parteitag angenommene Antrag, welcher die Beamten, Arbeiter und Mitglieder der Partei, die am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, verpflichtet, an die Partei und Gewerkschaftskassen einen Tagesverdienst abzugeben, wurde auf dem Parteitag zu Chemnitz 1912 wieder aufgehoben.

Seither haben sich die Gewerkschaften so mächtig entwickelt, daß sie von der politischen Leitung der Sozialdemokratie ganz unabhängig sind und trotz ihrer Zugehörigkeit zur Partei ihre eigenen Wege gehen.

Digitized by Google

VI. Akademiker und Proletarier.

Obwohl die Sozialdemokratie die Partei der Proletarier oder der Arbeiter sein will, so sind doch ihre Gründer und leitenden Führer bis heute keine Arbeiter oder Proletarier gewesen. Die Babeuf, Saint-Simon, Fourier, L. Blanc, Cabet in Frankreich waren keine Arbeiter; auch die späteren Hauptkoryphäen der französischen Sozialisten, die Guesde, Jaurès u. a., waren keine Arbeiter. Dieselbe Erscheinung begegnet uns in England, Italien und Österreich. Auch in Deutschland waren die Gründer der sozialistischen Partei keine Arbeiter: weder Rodbertus noch K. Marx, F. Lassalle, Fr. Engels, W. Liebknecht. A. Bebel war zwar ursprünglich Drechsler, hat aber sein Handwerk an den Nagel gehängt und sich zum Politiker und Literaten umgewandelt. Die ihnen folgenden Häupter der deutschen Sozialdemokraten: Singer, Kautsky, v. Vollmar, W. Heine, E. Bernstein, Stadthagen, Mehring, Frank, Haase, Ledebour, David usw., waren Kapitalisten, Advokaten oder Literaten, die nie ein Handwerkszeug in der Hand gehabt oder es längst weggelegt hatten.

Es ist begreiflich, daß dieser Umstand bei den eigentlichen Arbeitern Mißbehagen erregte, und daß es deshalb schon wiederholt zu Reibereien zwischen „Arbeitern" und „Akademikern" oder Intellektuellen gekommen ist.

Schon im Jahre 1901 hatte Kautsky in der „Neuen Zeit" [1] im Anschluß an die Debatten auf der Landeskonferenz der sächsischen Sozialdemokratie auf diesen Gegensatz hingewiesen. Er erblickt in dem Ergebnis dieser Debatten das „Symptom einer weitreichenden Mißstimmung gegen manche akademische Elemente in unsern Reihen". Ende desselben Jahres brachte die „Neue Zeit" [2] die Zuschrift eines ungenannten „Proletariers" über das gleiche Thema. Es heißt darin u. a.: Die Mißstimmung gegen die Akademiker „ist tatsächlich in weiten Kreisen vorhanden, und zwar beschränkt sie sich nicht überall auf ‚manche' Akademiker, sondern richtet sich ab und zu gegen ‚das ganze Akademikervolk', und scheint

[1] 19. Jahrg., Nr. 29. [2] 20. Jahrg. I 221.

Digitized by Google

bei manchen Parteigenossen eine mehr oder weniger grundsätzliche zu sein". Es habe böses Blut erregt, daß man junge, kaum der Universität entwachsene und in bezug auf ihre Richtung noch unkontrollierbare Akademiker oft alten, erprobten Arbeitergenossen vorgezogen. „Wir sind eine Arbeiterpartei, und es macht sich nicht gut, daß in unserer Reichstagsfraktion, in den Redaktionen unserer Presse und in den sonstigen Parteiämtern so viele ‚Dokters' zu finden sind. Diese Redensart kann man oft hören. Fest steht auch, daß der Programmsatz: ‚Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein', vielfach mißverstanden und so gedeutet wird, als könne ein Nichtarbeiter kein vollgradiger Sozialdemokrat sein."

Die „Leipziger Volkszeitung" riet den Arbeitern, sie sollten den sozialdemokratischen Akademikern die „bürgerlichen Mucken" austreiben. Sie hätten ein leichtes Zeichen, um die nützlichen von den unnützen Akademikern zu unterscheiden. Wer ihnen die Mittel und Wege zur Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise und der Lohnarbeit wissenschaftlich zu entwickeln suche, sei ihnen nützlich; wer sie aber diesem Ziele entfremde, z. B. durch unfruchtbare Zweifel, der schädige sie. Man solle deshalb den akademischen Zweiflern an dem Ziel des proletarischen Emanzipationskampfes (gemeint sind die Revisionisten!) in aller Freundschaft erklären: Wir zweifeln an eurer Fähigkeit, uns zu nützen. Konsequent angewandt, würde dieses Mittel die Wirkung haben, daß die Zweifler entweder sich enger an die Sozialdemokratie anschließen oder wenigstens ihre Zweifel für sich behalten [1].

Das ist die gerühmte sozialdemokratische „Meinungsfreiheit" und die „voraussetzungslose Wissenschaft". Wer an der Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise „zweifelt", soll zum Schweigen verurteilt oder aus der Partei hinausgedrängt werden.

Die Akademiker waren übrigens zum Teil selbst schuld, daß man ihnen wenig Wohlwollen entgegenbrachte. Die Art und Weise, wie viele von ihnen auftraten, ihr oberflächliches Gerede, ihre Anmaßung

[1] Vgl. Kölnische Volkszeitung 1904, Nr. 392.

Digitized by Google

und ihr schulmeisterliches Benehmen waren geeignet, die Unzufriedenheit der eigentlichen Arbeiter zu erregen.

Anderseits gäbe es ohne Akademiker keine sozialdemokratische „Wissenschaft". Die Sozialdemokratie kann die Akademiker nicht entbehren. Paul Kampffmeyer beklagte sich in den „Sozialistischen Monatsheften"[1], daß man in der Partei mitunter den akademisch Gebildeten als Sozialdemokraten zweiter Klasse behandle und ihn nicht zu den führenden Posten wolle hinaufrücken lassen. „Man läßt ihn in verletzender Weise merken, daß er als Nichtproletarier eigentlich kein Verständnis für die Triebkräfte der proletarisch-sozialistischen Bewegung hat. Man vergißt dann urplötzlich, welche akademisch gebildeten Intellektuellen erst den Proletariern die Augen für die bewegenden Kräfte des Sozialismus geöffnet haben. Das rauhe Hervorkehren eines faustproletarischen Standpunktes gegenüber den akademisch Gebildeten stößt entschieden zahlreiche hoffnungsvolle Köpfe in der studierten Welt von der Sozialdemokratie zurück. Nun bedarf aber gerade die Partei bei ihrem Riesenwachstum in die Breite und Tiefe unbedingt jener Kräfte. Die planmäßige Erziehung der Arbeiter zu wissenschaftlich unterrichteten, geistigen Führern, zu Intellektuellen, erfordert manches Jahrzehnt. Die Partei kann sich diese Wartezeit nicht auferlegen, sondern sie muß sofort die Posten, deren richtige Ausfüllung langwierige historische und staatswissenschaftliche Studien notwendig macht, mit gut informierten Personen besetzen. Und aus diesem Grunde muß sie vielfach zu den Elementen greifen, deren ganze Jugenderziehung schon einen wissenschaftlichen Zuschnitt erhält: zu den akademischen Kreisen. Faßt man diese Tatsache ins Auge, so begreift man die Schädlichkeit mancher Akademiker-Debatte auf die Entwicklung des sozialistischen Nachwuchses aus den Reihen der Studierten. . . . Die Notwendigkeit einer streng wissenschaftlichen Basis zwingt den Sozialismus, den denkbar engsten Anschluß an die Wissenschaft und an die Träger des wissenschaftlichen Gedankens, an die Intellektuellen, zu suchen."

[1] 1908, 1. Heft, 89 ff.

Digitized by Google

Was übrigens die Akademiker den Proletariern an „wissenschaftlichen Gedanken" mitteilen, gelangt zu diesen durch mündliche Vorträge oder gelegentliche populäre Flugschriften. Eigentliche wissenschaftliche Werke werden von diesen fast gar nicht gelesen. Das gesteht auch der schon erwähnte Proletarier, der klagend schreibt: „Wissen wir doch, daß sich in den letzten Jahren, in denen die Konjunktur verhältnismäßig gut war, kein einziges im Verlag von Dietz (Stuttgart) erschienenes Werk rentiert hat, wobei noch zu beachten ist, daß das, was gekauft, noch lange nicht gelesen ist und oft nach Jahren noch unaufgeschnitten vorgefunden wird. Ist es doch eine allgemeine Klage, daß immer mehr die ‚freien' Gesang-, Turn- und Radfahrervereine, ja selbst ‚freie' Rauchklubs die ganze freie Zeit der Arbeiter absorbieren." [1]

Dritter Artikel.

Die deutsche Sozialdemokratie seit Ausbruch des Weltkrieges.

§ 1. Die Spaltung der Partei.

1. Am denkwürdigen 4. August 1914 stimmten im Reichstag alle anwesenden Sozialdemokraten für die Bewilligung der geforderten Kriegskredite. Der damalige Vorsitzende, Hugo Haase (gest. 1919), erklärte namens der ganzen Fraktion, die Sozialdemokratie habe den Krieg in jeder Weise zu verhindern gesucht; jetzt aber stehe sie vor einer ehernen Tatsache. „Nicht für oder gegen den Krieg haben wir zu entscheiden, sondern über die Frage der für die Verteidigung des Landes notwendigen Mittel. . . . Wir machen wahr, was wir immer betont haben: wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich."

Innerhalb der Fraktion machte sich aber von Anfang an eine Opposition gegen diese Haltung geltend. Manche lehnten die Pflicht der Landesverteidigung als „kapitalistische Verwirrungsphrase" grundsätzlich ab und behaupteten, die Ablehnung der Militärforderungen in Friedenszeiten heische als Konsequenz auch die Ablehnung aller

[1] Die Neue Zeit, 20. Jahrg. I 222.

Digitized by Google

Verteidigungsmittel im Falle des Krieges. Die Mehrheit machte dagegen geltend, nach Ausbruch des Krieges sei eine solche Stellung unmöglich. Durch die Bewilligung der Kriegsmittel, sagten sie, übernehmen wir keine Verantwortung für den Krieg, wohl aber würden wir durch Verweigerung derselben die Verantwortung für eine etwaige Niederlage des Landes auf uns laden.

Die Opposition ließ sich aber nicht umstimmen. Bei der vierten Kreditbewilligung am 20. Dezember 1915 stimmte die Mehrheit wieder dafür. In der Fraktion hatte eine Anzahl Genossen gegen dieselbe gestimmt. Im Reichstag ließen trotz dem Einspruch der Fraktion und entgegen der langjährigen Gepflogenheit 19 Genossen durch den Mund Geyers eine besondere Erklärung abgeben, mit der sie die Ablehnung der Kredite begründeten. Das war eine offene Auflehnung gegen die Beschlüsse der Mehrheit. Infolge davon kam es in den Fraktionssitzungen zu heftigen Szenen, und schließlich erklärte die Mehrheit mit 58 gegen 33 Stimmen, die Minderheit dürfe nicht mehr an den Rechten der Fraktion teilnehmen. Daraufhin konstituierte sich die Minderheit als eigene Fraktion unter dem Namen „Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft".

Die Mehrheit beklagte den schlechten moralischen Eindruck der Spaltung der Fraktion auf die bürgerliche Welt. Diese Spaltung mußte naturgemäß eine Zerrüttung der ganzen Partei zur Folge haben, und bald bot die Partei im ganzen Lande, wie Wilhelm Kolb im Karlsruher „Volksfreund" klagte, „das Jammerbild einer trostlosen Zerfahrenheit". Ganz sonderbar hatten sich infolge des Haders die Parteiverhältnisse verschoben. Während die Gemäßigten oder die Nationalgesinnten im Reichstag die Mehrheit hatten, waren sie im Preußischen Abgeordnetenhaus in der Minderheit. Der „Vorwärts", das offizielle Zentralorgan der Partei, stand bis in das Jahr 1916 auf seiten der Minderheit, erst dann wurde die Redaktion durch den Parteivorstand „gesäubert". Auch in der „Neuen Zeit" vertrat Kautsky die rebellische Minderheit, bis er und sein Genosse Wurm vom Parteivorstand als Redakteure abgesetzt wurden und in Heinrich Cunow einen Nachfolger erhielten. Da die Genossin Klara Zetkin sich der neuen Partei anschloß, wurde auch

Digitized by Google

sie vom Vorstand der alten Partei ihres Amtes als Schriftleiterin der „Gleichheit“ enthoben und durch Marie Juchacz und Heinrich Schulz ersetzt. E. Bernstein, der Vater des Revisionismus stand auf seiten der Minderheit. Die Provinzblätter waren geteilt: die einen kämpften für die Mehrheit, die andern für die Minderheit.

Der Parteivorstand suchte den ärgerlichen Streit zu beseitigen. Da ein Parteitag unmöglich schien, berief er für Ende September 1916 eine Reichskonferenz nach Berlin. Diese konnte, da eine solche Einrichtung in den Statuten nicht vorgesehen ist, keine bindenden Beschlüsse fassen, aber man hoffte, sie werde auf alle Genossen einen großen moralischen Eindruck machen. Die Konferenz nahm mit 251 gegen 5 Stimmen bei 15 Stimmenthaltungen eine Resolution an, welche die Bereitwilligkeit der Sozialdemokratie für die Landesverteidigung und die Bewilligung der dazu notwendigen Kredite ausspricht, die Haltung der Mehrheit billigt und die Absplitterung der Minderheit der Fraktion beklagt.

Die von der Konferenz erhoffte Einigung wurde nicht erreicht. Die Minderheit entfaltete eine rührige Tätigkeit, und auf ihr Betreiben versammelten sich vom 6. bis 8. April 1917 zu Gotha 143 Genossen ihrer Richtung und gründeten dort eine neue Partei unter dem Namen „Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands“. Damit war die Spaltung nicht bloß der Reichstagsfraktion, sondern der ganzen Partei eine vollendete Tatsache. Die neue Partei erklärte ihre grundsätzliche Opposition zum herrschenden Regierungssystem und zur Politik der alten Partei. Ihr provisorisches Organisationsstatut ist sehr demokratisch und beschränkt namentlich den Einfluß der bezahlten Parteiangestellten. Einige wollten dieselben gänzlich von der Parteileitung ausschließen, so daß diese nur mehr ehrenamtlich erfolgen würde. Bisher besitzt das Aktionskomitee der „Unabhängigen“ noch kein offizielles Zentralorgan[1], und Kautsky meint, es liege im Interesse der Demokratie, mit dieser Einrichtung aufzuräumen[2]. Die neue Partei will auch

[1] Die Neue Zeit, 35. Jahrg. II (1917) 51.

[2] Doch gilt „Die Freiheit“ (Berlin) tatsächlich als Hauptorgan der „Unabhängigen“.

Digitized by Google

die Ansammlung von großen Geldreserven in den Händen des Parteivorstandes verhindern.

Seit der Spaltung bestehen in sehr vielen Orten zwei sozialdemokratische Organisationen, von denen die eine für die Mehrheit, die andere für die Minderheit eintritt, und die sich gegenseitig aufs heftigste befehden. Wo die bisherige Organisation der alten Partei treu geblieben ist, haben die „Unabhängigen" eine neue Organisation ins Leben gerufen. An andern Orten ist die bisherige Organisation zu den „Unabhängigen" übergegangen, und die alte Partei mußte eine neue Organisation schaffen. Der frühere Vorsitzende der alten Partei, Genosse Haase, war zu den „Unabhängigen" übergegangen, und an seine Stelle traten Ebert, Scheidemann und Molkenbuhr.

Die Zahl der eingeschriebenen oder organisierten Mitglieder der Mehrheitspartei ist während des Krieges sehr zurückgegangen. Nach dem „Bericht des Parteivorstandes für die Geschäftsjahre 1914—1917" betrug die Zahl der organisierten Mitglieder:

am 31. März 1914: 1085905, davon 174755 Frauen
„ 31. „ 1917: 243061, „ 66608 „

Der Rückgang der Zahl der eingeschriebenen Genossen erklärt sich zum Teil dadurch, daß sehr viele Genossen an den Kriegsfronten standen, zum Teil aber auch dadurch, daß viele den „Unabhängigen" beigetreten sind. Diese zählten am 18. September 1917: 120000 eingeschriebene Mitglieder. Eines ihrer Organe, die „Leipziger Volkszeitung" (1917, Nr. 215) behauptete, daß zu diesen 120000 täglich neue zahlende Mitglieder hinzutreten. Sie hoffte, daß bald die Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten zur Fahne der „Unabhängigen" stehen werde. Die alte Partei, meinte sie, zähle zur Stunde wahrscheinlich nur noch 150000 zahlende Mitglieder, und ebensoviele habe vielleicht schon jetzt die neue Partei.

Welch sonderbare Oppositionspolitik die „Unabhängigen" treiben, geht aus einer Notiz des „Vorwärts" hervor[1]. Auf die Frage: Was haben die „Unabhängigen" für Frieden und Freiheit getan? antwortet er: Sie

[1] 1917, Nr. 286.

Digitized by Google

haben gestimmt: 1. gegen den Verständigungsfrieden, 2. gegen die Besteuerung der Kriegsgewinne, 3. gegen die Befreiung der Gewerkschaften von den Fesseln der politischen Vereine, 4. gegen die Aufhebung der politischen Zensur, 5. gegen das Kapitalabfindungsgesetz, 6. gegen die Aufhebung des Artikels 9 der Reichsverfassung, die den praktischen Beginn der Parlamentarisierung bedeutet.

2. Worum handelt es sich nun eigentlich in diesem Streit der beiden Parteien? Im letzten Grunde um die alten Gegensätze zwischen Revolutionismus und Evolutionismus, zwischen orthodoxem Marxismus und Reformismus.

Auf mehreren Parteitagen wurde die Bewilligung des Staatsbudgets als mit den Prinzipien der Partei unvereinbar verworfen[1]. Da kam der 4. August 1914. Deutschland sah sich von allen Seiten durch mächtige Feinde bedroht, und die mit elementarer Macht hervorbrechende Begeisterung, mit der das ganze Volk Gut und Blut für das Vaterland einzusetzen bereit war, erfaßte auch die sozialdemokratischen Massen, und ihre Abgeordneten im Reichstag konnten unmöglich der gewaltigen Strömung widerstehen.

Bald aber kamen manche zum Bewußtsein, daß ihre Haltung in Widerspruch stehe zu den früheren Parteibeschlüssen und besonders zu dem Internationalismus der Sozialdemokratie. Wenn sich in allen Ländern die Sozialisten für ihr Vaterland begeisterten, dann war es aus mit der internationalen Verbrüderung. Hier haben wir den unmittelbaren Grund der großen Spaltung. Vielen Genossen steht das Vaterland über dem Internationalismus, andern dagegen steht das Interesse des internationalen Proletariats über dem des Vaterlandes.

Marx, Engels, Bebel und W. Liebknecht erklärten zwar den bloßen Verteidigungskrieg für zulässig, aber nur so lange, als die Interessen des internationalen Proletariats darunter nicht leiden. Nach Kautsky[2] unterschied sich der Standpunkt von Marx und Engels dadurch vom Standpunkt der Bourgeoisie, „daß ihr Interesse nicht bloß dem einen Vaterland,

[1] S. oben 91 ff. [2] Die Neue Zeit, 35. Jahrg. I 325.

Digitized by Google

der einen Nation galt, sondern die andern Vaterländer mit gleicher Liebe umfaßte". Nach dieser Auffassung sollen die sozialdemokratischen Führer im Jahre 1870 gehandelt haben. Auch im „Kommunistischen Manifest" wird erklärt, daß die Kommunisten in den verschiedenen nationalen Kämpfen der Proletarier die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben und zur Geltung bringen; und auf dem Essener Parteitag (1907) sagte Kautsky: „Glücklicherweise ist es ein Mißverständnis, als ob die deutsche Sozialdemokratie im Kriegsfall nach nationalen und nicht nach internationalen Gesichtspunkten urteilen wollte, daß sie sich in erster Linie als Deutsche und in zweiter als Proletarier fühlte." [1]

Solche Grundsätze sind mit wahrer Vaterlandsliebe unvereinbar. Ein Kind, das alle „Väter" mit der gleichen Liebe umfaßt wie seinen eigenen Vater, hat keine wahre Vaterliebe, denn es soll seinen Vater mehr lieben als die andern Väter, und es hat höhere Pflichten gegen ihn als gegen andere Väter. Ebenso soll der Mensch sein Vaterland mehr lieben als die andern Vaterländer, und wem die Interessen der andern Vaterländer ebensosehr am Herzen liegen als die des eigenen Vaterlandes, hat keine wahre Vaterlandsliebe.

Diese Grundsätze hat die große Mehrheit der deutschen Sozialdemokraten durch ihr Verhalten verworfen. Sie hat sich in der Zeit der Not auf die Seite des Vaterlandes gestellt und durch die Tat gezeigt, daß ihr das Wohl des eigenen Volkes mehr am Herzen liegt als die Interessen des internationalen Proletariats. Bei der Minderheit aber erwachte der alte revolutionäre Internationalismus, dem das internationale Proletariat höher steht als das Vaterland. Die Anhänger der Minderheit fürchteten auch, daß durch die Kreditbewilligungen und den Anschluß an die andern Parteien die Sozialdemokratie immer mehr ihren revolutionären Charakter verlieren würde. Die marxistischen Schlagwörter: „Klassenkampf", „Zusammenbruch", „Katastrophe", „Kladderadatsch", „Diktatur des

[1] Protokoll der Verhandlungen des Parteitags zu Essen 1907, 262.

Digitized by Google

Proletariates" usw., sind ihnen so in Fleisch und Blut übergegangen, daß sie ohne dieselben nicht mehr leben und reden können.

Dabei mag auch die Furcht mitgespielt haben, den Einfluß auf die großen Massen zu verlieren. Diese sind leicht zu gewinnen, wenn man sich auf das Kritisieren verlegt, gegen Steuern, Militarismus, Klassenprivilegien donnert, wenn man sich mit großen Versprechungen als Volksbeglücker aufspielt.

Aber was ist damit den Arbeitern in Wirklichkeit geholfen? Das sahen glücklicherweise die besonneneren Elemente unter den Sozialdemokraten bald ein, und deshalb sagten sie sich von dem Poltern der ewig negierenden und den Klassenhaß schürenden Revolutionäre los und suchten durch allmähliche Reformen die Lage des Arbeiterstandes zu heben. So schrieb Wolfgang Heine[1]: „Auch die Arbeiter, die Sozialdemokraten sind Glieder ihrer Nationen. Das hat noch kein Franzose und Engländer bestritten, uns Deutschen aber wollen Schreibtischmenschen, die von jedem Wirklichkeitssinn verlassen sind, einreden, der Arbeiter habe die Nation zu negieren, für ihn dürfe nur die Internationale existieren, und für die deutsche Sozialdemokratie sei es gleichgültig, ob Deutschland oder Rußland siege. Die Nationen sind Realitäten, die für die Arbeiter vielleicht in noch höherem Grade Bedeutung haben als für die Besitzenden, denen es leichter wird, außerhalb des Vaterlandes eine neue Heimat zu finden."

Nach Karl Severing[2] handelt es sich bei dem jetzigen Parteistreit „um nichts anderes als um den Kampf zwischen den Anhängern der Katastrophentheorie und den Vertretern der parlamentarischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Praxis. Es handelt sich also ... um den jahrelangen Gegensatz zwischen Radikalismus und Reformismus. Der Krieg hat die schleichende Krise der Partei nur in ein neues, akutes Stadium gebracht."

§ 2. Vom Würzburger Parteitag (14.—20. Oktober 1917) bis zur Gegenwart.

In den Kriegsjahren 1914 bis 1916 konnte kein Parteitag stattfinden. Die Wirren in den sozialdemokratischen Reihen nötigten aber den Vorstand der alten Partei endlich, einen Parteitag einzuberufen,

[1] Sozialistische Monatshefte 1915 I 3. [2] Ebd. 1917 I 309.

Digitized by Google

der in Würzburg am 14. Oktober 1917 zusammentrat. Der „Vorwärts“ [1] lobte schon nach dem ersten Tage „die starke innere Geschlossenheit“ auf dem Parteitage; wohl kämen Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck, aber in den „Grundanschauungen“ seien alle Anwesenden eins. Man darf aber nicht übersehen, daß die „Unabhängigen“ am Parteitage nicht teilnahmen. Dieser war nur von Anhängern der Mehrheit beschickt, und daher ist die Geschlossenheit leicht erklärlich.

Ein großer Teil der Verhandlungen war der Rechtfertigung des Parteivorstandes und der Reichstagsmehrheit gewidmet. Der Parteitag billigte deren Haltung. Nach einem Antrag Löbe erklärte er: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich (im Krieg) in Übereinstimmung mit ihren Grundsätzen zur Pflicht der Verteidigung ihres Landes bekannt. Das war eine harte Notwendigkeit, um eine Niederlage Deutschlands und eine dauernde wirtschaftliche Verelendung unseres Volkes und insbesondere der deutschen Arbeiterschaft fernzuhalten. Der Parteitag billigt daher die von der Reichstagsfraktion während der Kriegszeit vertretene Politik. Er verpflichtet die Fraktion, wie bisher, so auch fernerhin ihre Stellungnahme zu der Bewilligung von Krediten davon abhängig zu machen, ob sie im Interesse der Landesverteidigung geboten sind.“ Der Parteitag, heißt es in dem Antrage weiter, „verlangt einen Frieden, durch den kein Volk politisch oder wirtschaftlich oder finanziell vergewaltigt wird. Er heißt die Tätigkeit der Delegierten und der Gewerkschaften in Stockholm gut, billigt die Reichstagsentschließung vom 19. Juli und erblickt in den Vorschlägen, die in der Note des Vatikans und in der deutschen Antwortnote gegeben sind, eine geeignete Grundlage für die Einleitung der Friedensverhandlungen“. Es wird dann die Wiederherstellung Belgiens verlangt und gegen die Eroberungsbestrebungen der Alldeutschen protestiert. Eine weitere Forderung ist die sofortige Verwirklichung der Sehnsucht des deutschen Volkes nach Demokratie, das gleiche Wahlrecht für Preußen und die entscheidende Mitwirkung des Reichstags bei allen größeren Fragen der Zeit.

[1] 1917, Nr. 284.

Digitized by Google

Einige Genossen hatten die Frage einer neuen Programmgebung angeregt, aber die Mehrheit wich dieser Frage klüglich aus. Der „Vorwärts" bemerkt dazu[1]: Vielen „ist das Programm, das alte und das geforderte neue, kein papierner Papst". Das kann nur heißen: die Partei kümmert sich wenig um das Programm. Daß viele Genossen das alte Programm in seinem prinzipiellen Teil verwerfen, ist bekannt. Warum wollten sie kein neues? Programmdebatten hätten wahrscheinlich zu wenig erbaulichen Zänkereien geführt, und deshalb zog man es vor, die Frage einfach zu umgehen.

Viele Anträge bezogen sich auf die Frage der Wiedervereinigung mit den „Unabhängigen". Angenommen wurde eine „Entschließung Severing und Genossen", worin betont wird, daß „eine erfolgreiche Wirksamkeit die Arbeiterbewegung nur durch ihre Geschlossenheit und Einheitlichkeit möglich" sei, deshalb unterstütze der Parteitag alle Bestrebungen zur Herbeiführung der Parteieinheit. Die Einheit setze aber „bei größter Duldung der Meinungsverschiedenheiten die Unterordnung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit voraus. Wer diese Grundsätze nicht anerkennt, verneint die Lebensquellen der Partei, die alle Kräfte zu einem einheitlichen Wollen zusammenfassen muß. Alle Bestrebungen auf Herstellung der Parteieinheit müssen deswegen die Forderung der Anerkennung des Mehrheitsprinzips in sich schließen."[2]

Wollten die „Unabhängigen" diese Entschließung annehmen, so mußten sie offen ihre Schuld bekennen und für die Zukunft Besserung versprechen. Das taten sie nicht, sie protestierten vielmehr gegen die Beschlüsse des Parteitages.

Erwähnt sei noch die bedeutungsvolle Rede Philipp Scheidemanns über die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratischen Partei[3]. Er rief alle Sozialdemokraten auf zu praktischem Sozialismus. Die Zeit des bloßen Kritisierens sei vorbei.

Die Arbeiterklasse, so führte er aus, ist nicht mehr eine amorphe Masse, sondern organisiert, und sie kann sich nicht gegen den Staat

[1] 1917, Nr. 287.

[2] Vgl. Protokoll des Parteitags zu Würzburg 1917, 487.

[3] Vgl. ebd. 404 ff.

Digitized by Google

stellen, obwohl sie stets ihre besondern Klassenideale vor Augen hat. Der Krieg hat dem Proletariat die unmittelbare Anwartschaft auf die Macht im Staate gewonnen. Deutschland wird nach dem Krieg ein demokratisch-parlamentarisches Staatswesen sein, in dem die Mehrheit im Reichstag die Regierungsstellen und auch die Verantwortung übernimmt; und wir Sozialdemokraten werden eine sehr große Macht erlangen. Dann werden wir nicht mehr die Annehmlichkeiten der Opposition genießen und andern die Verantwortung überlassen. Wir müssen an jenem Tage, an dem das Volk uns zur politischen Macht beruft, bereit sein, die sozialistischen Grundsätze in die Wirklichkeit zu übertragen. Da stehen wir vor einem gewaltigen Problem. Wir sind durch den Krieg arm, entblößt geworden und bluten aus tausend Wunden, und im allgemeinen Trümmerhaufen sollen wir die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und ein neues System der Güterverteilung durchführen und dafür sorgen, daß jeder sein Dach über seinem Haupt, daß jeder sein Essen und seine Kleidung erhält! Das ist eine schwierige Aufgabe, die auch den Mutigsten schrecken könnte. Wir müssen deshalb sehr vorsichtig mit unsern Verheißungen sein, wir können dem Volk nicht den Himmel auf Erden versprechen. Aber mit gutem Gewissen erklären wir, daß der Aufbau und die Erholung nach dem Krieg überhaupt nicht denkbar ist als durch planvolle Anwendung sozialistischer Grundsätze. Wir dürfen nach dem Kriege nicht mehr Theoretiker und Agitatoren bleiben, sondern müssen Praktiker des Sozialismus werden. Der Sozialismus ist nicht Zweck, sondern nur Mittel zum Zweck, um den materiellen und geistigen Wohlstand des Volkes zu heben. Deshalb müssen wir uns vor Prinzipienreiterei hüten und jede Maßregel nicht nur daraufhin ansehen, ob sie sozialistisch, sondern auch darauf, ob sie praktisch sei. . . . Wir können nach dem Krieg nicht rein sozialistisch wirtschaften; und es können nicht alle Betriebe bis zum letzten Barbierladen verstaatlicht werden, aber Reich, Staat und Gemeinde, Gewerkschaft und Genossenschaft werden eine ganz andere Rolle spielen als zuvor. Der Prozeß der Durchstaatlichung, wie ihn Dr. Renner genannt, wird sich nachher viel rascher vollziehen. Ob ein Wirtschaftszweig in die öffentliche Wirtschaft zu übernehmen sein wird oder ob er privater Initiative zu überlassen sein wird, kann nur von Fall zu Fall entschieden werden. Das Ziel ist: des Volkes Kraft auf die höchste Stufe der Produktivität zu erheben, die verschiedenen

Digitized by Google

Kräfte voll auszunutzen zum Wohl der Allgemeinheit. Wir werden nach dem Krieg den Grundsatz betätigen, daß ein Volk nicht reicher, sondern ärmer wird, wenn es Raubbau treibt mit der menschlichen Arbeitskraft, der Quelle seiner Reichtümer.

Zur Erfüllung aller sozialpolitischen Aufgaben reicht die Kraft unserer Partei nicht aus, sie ist nicht Parteisache, sondern allgemeine nationale Angelegenheit. Wer in Zukunft seinem Volke dienen will, muß praktischer Sozialist sein, auch wenn er nicht zu unserer Kampfgemeinschaft gehört. Wir wollen nicht der freien Initiative den Weg verbauen; wo sie sich nützlich betätigen kann, mag sie weit ausgreifen; aber die einfache Rückkehr zum freien Spiel der Kräfte müßte zu einer Katastrophe führen. Wie sollen denn die notwendigen Rohstoffe ins Land geschafft werden ohne staatliche Regelung? Wie würden sich die Preise der notwendigen Lebensmittel gestalten, wenn durch Aufhebung der Höchstpreise einer schrankenlosen Preistreiberei Tür und Tor geöffnet würde? Wie sollen Arbeitslosigkeit und Lohndruck verhütet werden? So drängt sich der Sozialismus dem Staat von selbst auf als Notstandsmaßnahme der staatlichen Selbsterhaltung, und weil wir zum Sozialismus gezwungen sind, sind wir auch zur Demokratie gezwungen. Gegenüber der zermalmenden staatlichen Zentralgewalt braucht jeder einzelne den festen Panzer gesicherter staatsbürgerlicher Freiheit. Niemand soll einem Gebot unterworfen sein, an dessen Erlaß er nicht gleichberechtigt mitgewirkt hat.

Diese Rede, die von den Anwesenden mit stürmischer Begeisterung aufgenommen wurde, enthält in großen Zügen die zukünftige Taktik der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Unterschied zur Partei der „Unabhängigen". Die Partei lehnt den radikalen Revolutionismus ab und bekennt sich offen zum Reformismus. Die alten Ziele des Sozialismus: Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und ein neues System der Güterverteilung, sind in eine ferne Zukunft verschoben. Die Partei will praktische Arbeit leisten, die den breiten Massen greifbare Vorteile bietet. Sie will von Fall zu Fall entscheiden, welche wirtschaftlichen Betriebe dem Reiche übertragen und welche der privaten Initiative überlassen werden sollen. Der freien Initiative des einzelnen soll nicht der Weg verbaut werden, wo sie sich nützlich betätigen kann.

Digitized by Google

§ 3. Das neue Aktionsprogramm der Mehrheitspartei.

Der Würzburger Parteitag beauftragte den Parteivorstand mit der Einsetzung einer Kommission, die einen „Entwurf zu einem Aktionsprogramm der deutschen Sozialdemokratie" auf der Grundlage der durch den Krieg geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ausarbeiten und den Parteiinstanzen zur Beschlußfassung vorlegen sollte. Dieser Entwurf der Kommission wurde vom „Vorwärts" 1918 in Nr. 139 veröffentlicht und seither von den Parteiinstanzen genehmigt. Er lautet:

I. Politische Forderungen.

Die Erfahrungen des Krieges haben neue Beweise für die Notwendigkeit der demokratischen Durchdringung des Staates, d. h. für die Volksherrschaft erbracht. Zur Durchführung der Volksherrschaft ist erforderlich, daß das Volk entscheidenden Einfluß auf den Reichstag, die einzelstaatlichen und kommunalen parlamentarischen Vertretungen erlangt und diese wieder auf die Regierungsgewalt.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert daher:

Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht vom 20. Lebensjahre an ohne Unterschied des Geschlechts für alle parlamentarischen Körperschaften im Reich wie in den Einzelstaaten und den Gemeinden, Einführung der Verhältniswahl;

Entscheidung der Volksvertretungen bei der Berufung und Entlassung des Reichskanzlers, der Staatssekretäre und Minister, die gegenüber den Parlamenten die volle Verantwortung für ihre Amtshandlungen zu tragen haben;

Entscheidung des Reichstags über Krieg und Frieden, sowie über die Abschließung von Bündnisverträgen mit fremden Mächten;

Umwandlung des stehenden Heeres in ein Volksheer, beginnend mit der Herabsetzung der Dienstzeit;

Beseitigung der Geheimdiplomatie;

Schaffung internationaler Rechtsorganisationen (internationaler Abrüstungsverträge, Schiedsgerichte usw.);

völlig freies Vereins- und Versammlungsrecht; Beseitigung aller Ausnahmegesetze;

volle Selbstverwaltung in Gemeinde, Kreis und Provinz;

Umgestaltung des Erziehungswesens mit dem Ziel der Beseitigung des Bildungsmonopols der herrschenden Klassen.

Digitized by Google

II. Forderungen für den Übergang zur Friedenswirtschaft.

Zur Verhinderung schwerer Wirtschaftskrisen fordert die Sozialdemokratische Partei die planmäßige Überleitung der heutigen Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft, insbesondere vorläufige Beibehaltung der Lebensmittelrationierung und der Höchstpreisfestsetzungen, soweit sich dies nach Friedensschluß für die ausreichende Versorgung der minderbemittelten Volkskreise mit den erforderlichen Nahrungsmitteln als nötig erweist.

Organisation der Lebensmitteleinfuhr, des Rohstoffbezuges und der Rohstoffverteilung sowie des Exports unter staatlicher Leitung und Aufsicht, baldigste Hebung des jetzigen Tiefstandes der deutschen Valuta im Ausland durch geeignete handelspolitische und finanztechnische Maßnahmen.

Ferner ist zur Sicherung einer möglichst ungehemmten Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr der gesamte deutsche Reedereibetrieb einschließlich der Binnenschiffahrt unter Aufsicht des Staates zu stellen, dem ein gewisses Bestimmungsrecht über den Frachtdienst, die Frachtrouten und den Laderaum der Handelsflotte einzuräumen ist.

III. Sicherstellung des Arbeitsmarktes nach dem Kriege.

Damit eine plötzliche Überfüllung des Arbeitsmarktes sowie Lohndrückerei und Arbeitslosigkeit nach dem Kriege vermieden werden, fordert die deutsche Sozialdemokratie: Staat und Gemeinde haben Vorsorge zu treffen, daß die zur Entlassung aus dem Kriegsdienst gelangenden Arbeiter und Angestellten möglichst in den Industrie- und Handelsbetrieben ihres Berufszweiges untergebracht werden und zu diesem Zwecke die Arbeitsvermittlung planmäßig organisiert wird. Können die Betriebe eines Gewerbezweiges aus Mangel an Rohstoffen, technischen Mitteln oder aus irgendwelchen andern Gründen die Arbeit nicht in vollem Umfange wiederaufnehmen, so dürfen die Arbeiter und Angestellten aus diesem Grunde nicht länger bei der Fahne zurückbehalten werden. Den entlassenen Heeresmitgliedern sind auf mindestens einen Monat die ihnen und ihren Familien gewährten Bezüge und Unterstützungen weiterzuzahlen. Durch Inangriffnahme von nützlichen Staats- und Gemeindearbeiten ist für ausreichende Beschäftigung zu sorgen. Vermögen diese Maßnahmen den Arbeitslosen keine ihnen unter Berücksichtigung des Berufes zuzumutende Arbeit zu schaffen, so ist ihnen nach Ablauf dieses Monats eine angemessene Arbeitslosenunterstützung aus Reichsmitteln zu gewähren.

Digitized by Google

IV. Beteiligung der Arbeiter an der Übergangsorganisation.

Da die Organisation der Übergangswirtschaft keine besondere Angelegenheit der Unternehmerschaft noch der staatlichen Verwaltung ist, sondern eine Angelegenheit aller am Wiederaufbau der Volkswirtschaft interessierten Volksschichten, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, daß in dem Reichswirtschaftsamt, in den Arbeitsämtern und den Arbeitsvermittlungsstellen die deutsche Arbeiterschaft nicht nur in Arbeiterfragen, sondern auch bei der ganzen organisatorischen Umschaltung des Wirtschaftsbetriebes eine entsprechende Vertretung erhält.

Des weiteren fordert die deutsche Sozialdemokratie, daß der deutschen Arbeiterklasse durch die Errichtung von Arbeitskammern eine gleiche Vertretung ihrer Interessen und gleiche offizielle Befugnisse eingeräumt werden, wie sie Handel, Gewerbe und Landwirtschaft in den Handels-, Gewerbe- und Landwirtschaftskammern besitzen.

V. Maßnahmen gegen monopolistische Wirtschaftsgebilde.

Da die schon während der Kriegszeit in Industrie, Handel und besonders im Bankgewerbe hervorgetretenen Konzentrations-, Verschmelzungs- und Kartellierungstendenzen voraussichtlich nach Friedensschluß eine weitere Steigerung erfahren und zu einer Vermehrung monopolistischer Wirtschaftsgebilde führen werden, fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands:

Soweit die wirtschaftliche Entwicklung bereits bestimmte Privatmonopole geschaffen hat, sind diese unter Bedingungen, die ihre gesamte Geschäftsführung der Kontrolle parlamentarischer Ausschüsse unterstellen, den beschäftigten Arbeitern die ihnen durch die Gewerbeordnung wie durch die soziale Gesetzgebung eingeräumten Rechte sichern und ihnen einen angemessenen Einfluß auf die Arbeitsbedingungen gewährleisten, zu verstaatlichen. Ferner ist zur Beaufsichtigung kartellartiger Organisationen ein dem Reichswirtschaftsamt einzugliederndes Kartellamt zu errichten, das die Befugnis hat, in die Geschäftsbücher der Kartellverbände Einsicht zu nehmen und schädlichen Preistreibereien entgegenzutreten. Wie den Unternehmern ist auch den Arbeitern eine Vertretung im Beirat oder Sachverständigen-Ausschuß des Kartellamts zu sichern.

Die Aufsicht des Reiches über das Bankwesen ist zu erweitern und durch Ausbau der Reichsbank dieser ein stärkerer Einfluß auf das private Bankgewerbe zu sichern.

Digitized by Google

VI. Handelspolitische Forderungen.

Zum Wiederaufbau des Wirtschaftslebens ist erforderlich, daß nach dem Kriege die früheren Handelsbeziehungen mit dem Auslande wiederhergestellt und der deutschen Industrie die Möglichkeit geboten wird, ihren ausländischen Absatzmarkt zu erweitern. Die Sozialdemokratische Partei fordert daher, daß bei den Friedensabschlüssen in die Verträge Vereinbarungen aufgenommen werden, die eine Fortsetzung des jetzigen Wirtschaftskrieges verhindern. Ferner sind sofort Vorbereitungen für den Abschluß neuer Handelsabkommen zu treffen, die das bisherige System der Absperrung des deutschen Inlandmarktes durch hohe Lebensmittelzölle fallen lassen.

VII. Finanz- und Steuerreform.

Der Krieg wird dem Deutschen Reich schwere finanzielle Lasten hinterlassen. Diese so zu verteilen, daß die Wirtschaftsentwicklung nach dem Kriege möglichst wenig gehemmt und jener Teil der Bevölkerung, der durch den Krieg Vorteile erlangt hat, in erster Reihe zur Aufbringung der erforderlichen neuen Steuererträge herangezogen wird, ist die wichtigste Aufgabe einer die große Volksmasse schützenden Steuerpolitik. Zu den Bedingungen einer möglichst ungehemmten Wirtschaftsentwicklung gehört in erster Reihe die Schonung und Stärkung der menschlichen Arbeitskraft als des wertvollsten Teils des Volksvermögens.

Ausgehend von diesen Grundsätzen fordert die Sozialdemokratische Partei:

Abtragung eines beträchtlichen Teils der Kriegsschulden durch schärfste Erfassung der in der Kriegszeit entstandenen Vermögensvermehrungen;

Erhebung eines nach der Leistungsfähigkeit abzustufenden allgemeinen Schuldentilgungsbeitrags;

Reichsgesetzliche Ordnung und progressive Erhöhung der Einkommens- und Vermögenssteuern nach sozial- und bevölkerungspolitischen Gesichtspunkten;

Ausbau der Erbschaftssteuer unter Einbeziehung des Erbes der Kinder und Ehegatten; Erhebung eines Pflichtteils des Reichs bei kinderlosen Erblassern oder solchen mit kleiner Kinderzahl; Einführung des alleinigen Erbrechts des Reichs, wenn nahe erbberechtigte Verwandte nicht vorhanden sind;

Verschärfung der Steuersätze, die nicht nur nach dem Grade der Verwandtschaft und der Höhe der Erbschaft, sondern auch nach dem Gesamtvermögen des Erbenden abzustufen sind;

Digitized by Google

Aufhebung aller Verbrauchsabgaben auf notwendige Nahrungsmittel. — Alle monopolistischen Gewerbezweige und das Versicherungswesen sind in die öffentliche Verwaltung zu übernehmen.

VIII. Sozialpolitische Forderungen.

Zur Hebung des durch den Krieg geschädigten Gesundheitszustandes des deutschen Volkskörpers wie zum Schutz der menschlichen Arbeitskraft und des Nachwuchses unseres Volkes fordert die Sozialdemokratische Partei:

Ausbau und Vereinheitlichung der sozialpolitischen Gesetzgebung;

Achtstündigen Normalarbeitstag;

Grundsätzliches Verbot der Nachtarbeit unter klarer Umgrenzung der Ausnahmen von diesem Verbot;

Durchgreifenden Schutz der Frau vor und nach der Entbindung;

Verbot der gewerblichen Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren;

Schutz der Jugendlichen, Erweiterung der Jugendfürsorge;

Regelung der Wohnungsfürsorge durch ein Reichsgesetz; Schaffung eines wirklichen Koalitionsrechts für alle Arbeiter, Ausbau und Vereinheitlichung des Arbeitsrechts;

Ausbau und einheitliche Regelung des Einigungswesens, der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge im ganzen Reichsgebiet.

Zur einheitlichen Durchführung der sozialpolitischen Gesetzgebung ist ein besonderes Reichsamt für Sozialpolitik zu schaffen.

Das Wohl der Kriegsbeschädigten und der Kriegsteilnehmer, deren wirtschaftliche Verhältnisse durch den Krieg zerrüttet sind, wie auch der Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen erfordert besondere Fürsorgemaßnahmen. Den noch teilweise erwerbsfähigen Kriegsbeschädigten ist nutzbringende dauernde Beschäftigung durch die Unternehmer auf gesetzlichem Wege zu sichern und die Ausnutzung ihrer Notlage im Arbeitsprozeß zu verhüten, den ruinierten Kriegsteilnehmern aber die Wiedererlangung einer festen wirtschaftlichen Grundlage zu ermöglichen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands fordert daher eine von sozialpolitischen Gesichtspunkten getragene reichsgesetzliche Regelung der gesamten Kriegsbeschädigtenfürsorge und Neuordnung der Rentenberechtigung unter Schaffung eines Rechtsweges, der dem der Arbeiterversicherung nachzubilden ist.

IX. Kommunalpolitische Forderungen.

Unter Festhaltung an der von dem Bremer Parteitag (1904) angenommenen Programmresolution erachtet die Partei für die Übergangs-

Digitized by Google

zeit die Erfüllung folgender kommunalpolitischer Aufgaben als besonders dringlich:

Finanz- und Steuerwesen. Überführung aller für die Gemeinden in Frage kommenden Monopolbetriebe in deren Besitz. Übertragung des Kleinverschleißes innerhalb der bereits monopolisierten oder noch zu monopolisierenden Gewerbe an die Gemeinden. Einführung von Handelsmonopolen in Bauland und in allen unentbehrlichen Nahrungsmitteln.

Einwirkung auf die Gesetzgebung in der Richtung eines Ausbaues der Steuerhoheit der Gemeinden, um sie unter Schonung der minderbemittelten Bevölkerungsklassen zur Erfüllung ihrer Aufgaben instandzusetzen.

Armen- und Waisenpflege. Ausbau der vorbeugenden Armenpflege. Für die ehemaligen Kriegsteilnehmer Schaffung besonderer Unterstützungseinrichtungen, die unter Ausschaltung armenpflegerischer Grundsätze von der Armenverwaltung zu trennen sind. Anpassung der Unterstützungssätze an die Lebensstellung der Hilfsbedürftigen. Erweiterung der Generalvormundschaft. Besondere Fürsorge für die Kriegerwaisen.

Gesundheitswesen. Versorgung der Bevölkerung mit gesunden und preiswerten Nahrungsmitteln. Fortlaufende Überwachung des Gesundheitszustandes der Bevölkerung, insbesondere der Säuglinge, der Kinder im vorschulpflichtigen Alter und der Schulkinder. Behandlung gesundheitlich gefährdeter oder erkrankter Kinder durch beamtete Ärzte. Einführung einer Wochenhilfe für den Fall der Beseitigung der Reichswochenhilfe durch die Gemeinden in dem Umfang von mindestens den Leistungen der heutigen Reichswochenhilfe. Fürsorge für Schwangere und Stillende entsprechend den Fortschritten der ärztlichen Wissenschaft.

Schulwesen. Volle Durchführung des Grundsatzes der Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lernmittel. Leichte Ermöglichung des Aufstiegs der Begabten.

Dieses Aktionsprogramm soll das Erfurter Programm nicht aufheben, sondern ergänzen. Da denkt man aber gleich: warum wurden die beiden Programme nicht in eines verschmolzen? Der Grund liegt auf der Hand. Eine Diskussion darüber hätte, wie wir schon bemerkten, wieder zu den früheren erbitterten Streitigkeiten geführt, und das wollte man vermeiden. Deshalb zog man es vor, das Erfurter Programm „nicht aufzuheben", nur zu „ergänzen".

Digitized by Google

Auch Fr. Stampfer meinte im „Vorwärts“ [1], dies „Nichtaufheben“ sei wohl nicht als eine Bestätigung des Erfurter Programms in all seinen Einzelheiten aufzufassen, sondern vielmehr als ein Ausdruck der Erkenntnis, daß wir noch mitten im Strom der Entwicklung sind, d. h. noch nicht recht wissen, zu welchen Grundsätzen wir uns bekennen sollen.

Manche von den im neuen Aktionsprogramm ausgesprochenen Forderungen könnten auch in den Programmen anderer Parteien stehen. In ihrer Gesamtheit zeigen sie aber klar den Weg, den die deutsche Sozialdemokratie einschlagen will. Um die Volksernährung sicherzustellen, ist im Krieg eine tief ins Privatleben eingreifende Staatswirtschaft notwendig geworden. Selbstverständlich hat diese Staatswirtschaft an sich nichts mit dem Sozialismus gemein, wenn sie nur als eine vorübergehende, aus der harten Not geborene Maßregel gedacht ist. Die Sozialisten wollen aber diese Staatswirtschaft möglichst verewigen, sie noch vervollständigen, um dem sozialistischen Endziel so nahe zu kommen als möglich. Dieses Endziel wird aber in die Ferne gerückt. Das Aktionsprogramm bedeutet den Sieg des Reformismus über den Revolutionismus. Die Mehrheitssozialisten scheinen jetzt ungefähr auf dem Boden des schon von Vollmar befürworteten Staatssozialismus zu stehen, der nicht grundsätzlich die Abschaffung jedes Privateigentums fordert, sondern es dem Staat überläßt, zu entscheiden, welche Teile des Eigentums und der Wirtschaft auf den Staat übertragen und welche den Privaten überlassen werden sollen. Wie jeder sieht, ist das Aktionsprogramm der Sozialdemokratie nur eine genauere Fixierung der von Scheidemann auf dem Würzburger Tag angedeuteten Gedanken.

Was Scheidemann in Würzburg prophezeite, ist eingetroffen. Der Einfluß der Sozialdemokratischen Partei in Deutschland hat während des Krieges bedeutend gewonnen. Als im Sommer 1918 die Frage des Eintritts von Sozialdemokraten in die Reichsregierung auftauchte, knüpfte die Partei diesen Eintritt an verschiedene

[1] 1918, Nr. 147.

Digitized by Google

Bedingungen[1]. Sie forderte uneingeschränktes Bekenntnis zu der Entschließung des Reichstags vom 19. Juli 1917 betreffs des Verständigungsfriedens mit der Bereitschaftserklärung, einem Völkerbund beizutreten, der auf der Grundlage der friedlichen Behandlung aller Streitfälle und der allgemeinen Abrüstung beruht; sie forderte allgemeines und gleiches, geheimes und unmittelbares Wahlrecht für alle deutschen Bundesstaaten, Einheitlichkeit der Reichsleitung, Ausschaltung aller unverantwortlichen Nebenregierungen, Berufung von Regierungsvertretern aus der Parlamentsmehrheit oder aus Personen, die der Politik der Parteimehrheit entsprechen, die politischen Kundgebungen der Krone und der Militärbehörden sind vor ihrer Veröffentlichung dem Reichskanzler mitzuteilen, Aufhebung aller Einschränkungen der Versammlungs- und Preßfreiheit usw.

Noch unter dem alten Regime und der Reichskanzlerschaft des Prinzen Max von Baden traten vier Sozialdemokraten in die Reichsregierung ein: Scheidemann, Bauer, Schmidt und David. Das allgemeine Wahlrecht in Preußen wurde gewährt und sollte in andern Bundesstaaten folgen. Aber das genügte den Sozialdemokraten noch nicht. Scheidemann stellte im Einverständnis mit dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion bei der Regierung den Antrag, dem Kaiser die Abdankung zu empfehlen. Am 9. November 1918 brach fast gleichzeitig mit dem Bekanntwerden der von Marschall Foch gestellten „Waffenstillstandsbedingungen" die sozialistische Revolution in vielen Städten Deutschlands aus. Prinz Max von Baden übertrug infolge davon im Einverständnis mit sämtlichen Staatssekretären dem Führer der Sozialdemokraten, Fritz Ebert, die Wahrnehmung der Geschäfte des Reichskanzlers. Dieser veröffentlichte am selben Tage einen „Aufruf an die deutschen Bürger", in dem er die Übernahme der Geschäfte des Reichskanzlers ankündigte. Er werde die Regierung im Einvernehmen mit den Parteien bilden; die neue Regierung werde eine Volksregierung sein, dem deutschen Volke schnellstens den Frieden bringen und die errungene Freiheit befestigen. Er bittet alle Bürger, die Ernährung der Bevölkerung zu fördern.

[1] Vgl. „Vorwärts" 1918, Nr. 263.

Digitized by Google

„Verlaßt die Straßen! Sorgt für Ruhe und Ordnung!" Gleichzeitig richtete er eine Aufforderung an alle Behörden und Beamten, auf ihrem Posten zu bleiben und ihm in der Aufrechterhaltung der Ordnung hilfreiche Hand zu bieten.

Infolge der revolutionären Bewegung dankten fast alle deutschen Fürsten ab. Der Deutsche Kaiser und König von Preußen verzichtete für sich und den Kronprinzen auf den Thron. Beide flohen nach Holland, wo sie interniert wurden. In allen Bundesstaaten wurde die Republik ausgerufen. Am 12. November bildeten die jetzt geeinten Sozialdemokraten einen „Rat der Volksbeauftragten" zur vorläufigen Reichsleitung, und dieser erließ einen Aufruf „An das deutsche Volk", der mit den Worten beginnt: „Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft (!) folgendes: 1. Der Belagerungszustand wird aufgehoben. 2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter. 3. Eine Zensur findet nicht statt. Die Theaterzensur wird aufgehoben. 4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei. 5. Die Freiheit der Religionsübung wird gewährleistet. Niemand darf zu einer religiösen Handlung gezwungen werden usw. Für den 1. Januar 1919 soll der achtstündige Maximalarbeitstag eingeführt werden; ferner will die Regierung für ausreichende Arbeitsgelegenheit, für Beseitigung der Wohnungsnot sorgen usw. Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater (nicht gegen die Eingriffe der Regierung!) sowie die Freiheit und Sicherheit der Person schützen. — Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des proportionalen Wahlsystems für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen. — Auch für die Konstituierende Versammlung gilt dieses Wahlrecht."

An die Spitze der preußischen Republik als „preußische Regierung" traten die geeinten Sozialdemokraten. Aus den Maßregeln, welche

Digitized by Google

die vorläufige Regierung für Preußen beabsichtigte, seien erwähnt: Schaffung der Einheitsschule, Befreiung der Schule von jeder kirchlichen Bevormundung, Trennung von Kirche und Staat.

Die zwischen „Mehrheitssozialisten" und „Unabhängigen" geschlossene Einigung hielt nicht lange stand; am 29. Dezember 1918 traten die „Unabhängigen" aus der Reichs- und am 3. Januar 1919 aus der preußischen Regierung aus. Schon am 9. Dezember 1918 hatte die Parteileitung der „Unabhängigen" einen Aufruf an ihre Anhänger erlassen, in dem sie zum Wahlkampfe für die verfassunggebende Nationalversammlung auffordert und dann fortfährt:

„Stolz geht die Partei in den Wahlkampf. Unbefleckt hat sie das rote Banner erhalten. Als alle andern Parteien vor dem Imperialismus kapitulierten, als sie zu Mitschuldigen des größten Verbrechens der Geschichte wurden, oder sich feige duckten vor den entfesselten Geistern des Nationalismus und der Beutegier, da stand sie fest und unerschütterlich zu den Prinzipien des Sozialismus und der internationalen Solidarität. Als die Politik der alten Sozialdemokratie immer weiter abwich von den Pflichten, deren Erfüllung das Klasseninteresse des Proletariats gebieterisch forderte, als uns durch Gewalt und List das Wirken für den Sozialismus unmöglich gemacht wurde, da haben wir die alte Partei, an deren Größe wir unabläßig mitgearbeitet hatten, verlassen. Höher als die Partei stand uns der Sozialismus, die Sache des deutschen und des internationalen Proletariats. . . .

Unsere Arbeit hatte Erfolg. Der Kampf gegen den Krieg war Arbeit für die Revolution. Bekämpft von allen Parteien, nicht zuletzt von den Rechtssozialisten, war die ‚Unabhängige Sozialdemokratie' die Trägerin des revolutionären Gedankens, den die Arbeiter- und Soldatenräte dann in kühner Tat verwirklicht haben. Der 9. November hat unser Werk gekrönt. Deutschland ist eine sozialistische Republik. Sie gilt es zu sichern. Ihrem Ausbau gilt unsere Arbeit. . . .

Wir fordern den unverzüglichen Beginn der Sozialisierung, damit die kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse gebrochen, die Produktion auf das höchste Maß gesteigert, die Verteilung zugunsten der Gesamtheit der Volksgenossen umgestaltet werde. Wir treten ein für die möglichst schnelle Umwandlung des kapitalistischen Klassenstaats in die sozialistische Gesellschaft, auf daß das Reich der Freiheit an Stelle des Reiches der Knechtschaft und der Ausbeutung errichtet werde."

Digitized by Google

Obwohl die „Unabhängigen" mit revolutionären Redensarten nicht kargten, waren sie doch vielen ihrer Anhänger noch nicht radikal genug. Diese zweigten sich von ihnen ab und bildeten eine eigene Partei, die sich den Namen Spartakusbund beilegte, aber auch Kommunisten genannt werden. Über ihre Pläne gibt das Programm des Spartakusbundes Aufschluß, das am 14. Dezember 1918 veröffentlicht wurde. Wir teilen einige charakteristische Sätze daraus mit:

„Was will der Spartakusbund?

I. Als sofortige Maßnahmen zur Sicherung der Revolution: 1. Entwaffnung der gesamten Polizei, sämtlicher Offiziere sowie der nicht proletarischen Soldaten. Entwaffnung aller Angehörigen der herrschenden Klassen; 2. Beschlagnahme aller Waffen- und Munitionsbestände sowie Rüstungsbetriebe durch Arbeiter- und Soldatenräte; 3. Bewaffnung der gesamten erwachsenen männlichen proletarischen Bevölkerung als Arbeitermiliz. Bildung einer Roten Garde aus Proletariern als aktiven Teil der Miliz zum ständigen Schutz der Revolution vor gegenrevolutionären Anschlägen und Zettelungen. 4. Aufhebung der Kommandogewalt der Offiziere und Unteroffiziere. Ersetzung des militärischen Kadavergehorsams durch freiwillige Disziplin der Soldaten. Wahl aller Vorgesetzten durch die Mannschaften unter jederzeitigem Rückberufungsrecht. Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit. 5. Entfernung der Offiziere und Kapitulanten aus allen Soldatenräten. 6. Ersetzung aller politischen Organe und Behörden durch Vertrauensmänner der Arbeiter- und Soldatenräte. 7. Einsetzung eines Revolutionstribunals, vor dem die Hauptschuldigen am Kriege und seiner Verlängerung, die beiden Hohenzollern, Ludendorff, Hindenburg, Tirpitz und ihre Mitverbrecher sowie alle Verschwörer der Gegenrevolution abzuurteilen sind. 8. Sofortige Beschlagnahme aller Lebensmittel zur Sicherung der Volksernährung.

II. Auf politischem und sozialem Gebiet: 1. Abschaffung aller Einzelstaaten: einheitliche deutsche sozialistische Republik. 2. Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte und Übernahme ihrer Funktionen durch A.- und S.-Räte sowie deren Ausschüsse und Organe. 3. Wahl von Arbeiterräten über ganz Deutschland durch die gesamte erwachsene Arbeiterschaft beider Geschlechter in Stadt und Land nach Betrieben sowie von Soldatenräten durch die Mannschaften, unter Ausschluß der Offiziere und Kapitulanten. Recht der Arbeiter und Soldaten zur jederzeitigen Rück-

Digitized by Google

berufung ihrer Vertreter. 4. Wahl von Delegierten der A.- und S.-Räte im ganzen Reiche für den Zentralrat der A.- und S.-Räte, der den Vollzugsrat als das oberste Organ der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt zu wählen hat. 5. Zusammentritt des Zentralrates vorläufig mindestens alle drei Monate — unter jedesmaliger Neuwahl der Delegierten — zur ständigen Kontrolle über die Tätigkeit des Vollzugsrats und zur Herstellung einer lebendigen Fühlung zwischen der Masse der A.- und S.-Räte im Reich und ihrem obersten Regierungsorgane. Recht der lokalen A.- und S.-Räte zur jederzeitigen Rückberufung und Ersetzung ihrer Vertreter im Zentralrat, falls diese nicht im Sinne ihrer Auftraggeber handeln. Recht des Vollzugsrats, die Volksbeauftragten sowie die zentralen Reichsbehörden und -beamten zu ernennen und abzusetzen. 6. Abschaffung aller Standesunterschiede, Orden und Titel. Völlige rechtliche und soziale Gleichstellung der Geschlechter. 7. Einschneidende soziale Gesetzgebung, Verkürzung der Arbeitszeit zur Steuerung der Arbeitslosigkeit und unter Berücksichtigung der körperlichen Entkräftung der Arbeiterschaft durch den Weltkrieg — sechsstündiger Höchstarbeitstag. 8. Sofortige gründliche Umgestaltung des Ernährungs-, Wohnungs-, Gesundheits- und Erziehungswesens im Sinne und Geiste der proletarischen Revolution.

III. Nächste wirtschaftliche Forderungen: 1. Konfiskation aller dynastischen Vermögen und Einkünfte für die Allgemeinheit. 2. Annullierung der Staats- und anderer öffentlichen Schulden sowie sämtlicher Kriegsanleihen, ausgenommen Zeichnungen von einer bestimmten Höhe an, die durch den Zentralrat der A.- und S.-Räte festzusetzen ist. 3. Enteignung des Grund und Bodens aller landwirtschaftlichen Groß- und Mittelbetriebe; Bildung sozialistischer landwirtschaftlicher Genossenschaften unter einheitlicher zentraler Leitung im ganzen Reiche; bäuerliche Kleinbetriebe bleiben im Besitz ihrer Inhaber bis zu deren freiwilligem Anschluß an die sozialistischen Genossenschaften. 4. Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten sowie aller Großbetriebe in Industrie und Handel durch die Räterepublik. 5. Konfiskation aller Vermögen von einer bestimmten Höhe an, die durch den Zentralrat festzusetzen ist. 6. Übernahme des gesamten öffentlichen Verkehrswesens durch die Räterepublik. 7. Wahl von Betriebsräten in allen Betrieben, die im Einvernehmen mit den Arbeiterräten die inneren Angelegenheiten der Betriebe zu ordnen, die Arbeitsverhältnisse zu regeln, die Produktion zu kontrollieren und schließlich die Betriebsleitung zu übernehmen haben. 8. Einsetzung einer zentralen Streikkommission, die unter ständigem Zusammenwirken mit den Betriebsräten der beginnenden Streikbewegung

Digitized by Google

im ganzen Reich einheitliche Leitung, sozialistische Richtung und die kräftigste Unterstützung durch die politische Macht der A.- und S.-Räte sichern soll.

IV. Internationale Aufgaben: Sofortige Aufnahme der Verbindungen mit den Bruderparteien des Auslandes, um die sozialistische Revolution auf internationale Basis zu stellen und den Frieden durch die internationale Verbrüderung und revolutionäre Erhebung des Weltproletariates zu gestalten und zu sichern."

Der Aufruf schließt mit den Worten: „Auf Proletarier! Zum Kampf! Es gilt eine Welt zu erobern und gegen eine Welt anzukämpfen. In diesem letzten Klassenkampf der Weltgeschichte um die höchsten Ziele der Menschheit gilt dem Feinde das Wort: Daumen aufs Auge und Knie auf die Brust!"

An den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung beteiligten sich die Spartakiden oder Kommunisten nicht. Sie verbündeten sich mit einem Teil der „Unabhängigen" zum Sturze der mehrheitssozialistischen Regierung. Es kam in mehreren Städten zu blutigen Kämpfen, namentlich in Berlin, bei denen am 15. Januar 1919 Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg den Tod fanden.

Der Spaltbazillus scheint in den sozialistischen Reihen nicht mehr zur Ruhe zu kommen. Die „Unabhängigen" spalteten die alte Partei, die Spartakiden die „Unabhängigen", und schon tritt eine neue Partei auf, die die Spartakiden spaltet und sich „Revolutionäre Betriebsorganisation" nennt. Das Erfurter kommunistische Blatt „Der Kommunist" veröffentlichte Anfang Oktober 1919 folgende Kriegserklärung der Zentralleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands gegen die Berliner „Rote Fahne" [1]:

„Die ‚Rote Fahne' von Berlin, auf deren Herausgabe die Zentrale der K. P. D. keinen Einfluß hat, hat in den letzten Nummern wiederholt Artikel veröffentlicht, die völlig dem Geiste des Kommunismus widersprechen und syndikalistisch waren. Als solche Artikel sprechen wir an denjenigen, der die Sabotage als individuellen Einzelakt als die neue Waffe des Proletariats erklärt.

In ihrer Nummer 55—56 veröffentlichte nunmehr die ‚Rote Fahne' einen Artikel, an dessen Schluß es heißt, daß das Proletariat erkennen

[1] Vgl. „Vorwärts" 1919, Nr. 521 vom 11. Oktober.

Digitized by Google

müsse, daß es sich auf anderem Boden als dem der Partei zu formieren habe. Dieser Boden sei die ‚Revolutionäre Betriebsorganisation'.

Damit ist im syndikalistischen Sinne Wesen und Zweck der politischen Partei überhaupt und der kommunistischen im besonderen verneint.

Die Zentrale der K. P. D. erklärt, daß sie den oder die Verfasser dieses Artikels und die für dessen Aufnahme Verantwortlichen als der K. P. D. nicht mehr zugehörig betrachtet."

Die Zentrale der K. P. D.

Diese neue revolutionäre Gruppe scheint sich ganz auf Zersetzungsarbeit zu verlegen, namentlich scheint sie es auf die Zersetzung der Gewerkschaften abgesehen zu haben. In einem Flugblatt spricht sie höhnend von der Erringung geringer wirtschaftlicher Vorteile durch die Gewerkschaften und nennt jeden, der nicht ihrer Ansicht ist, einen „konterrevolutionären Verräter und Schuft". Ein klar umschriebenes Programm scheint die Gruppe noch nicht zu besitzen; die Hauptsache ist ihr die Lust des Zerstörens.

Am 19. Januar 1919 fanden die Wahlen zu der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung statt. Bei derselben erhielten die Mehrheitssozialisten 11466716 und die Unabhängigen 2314332 Stimmen, beide zusammen also 13781048 Stimmen, d. h. 45,5 Prozent oder nicht viel weniger als die Hälfte aller abgegebenen Stimmen. Abgeordnete erhielten die Mehrheitssozialisten 163, die Unabhängigen 22. Da die Nationalversammlung aus 421 Abgeordneten besteht, fehlen beiden Parteien, wenn sie einig sind, nur 26 Stimmen zur absoluten Mehrheit.

In die Preußische Landesversammlung wurden am 26. Januar 1919 145 Mehrheitssozialisten und 24 Unabhängige gewählt. Auch in fast allen übrigen Gliedstaaten des Reiches erhielten die Sozialdemokraten am meisten Stimmen.

Die deutsche Nationalversammlung trat am 6. Februar zu Weimar zusammen. Fritz Ebert wurde zum Reichspräsidenten erwählt und betraute Philipp Scheidemann mit der Bildung der Reichsregierung, der aber bald zurücktreten und Gustav Bauer als Ministerpräsidenten und Reichskanzler Platz machen mußte.

Digitized by Google

Die politische Revolution führte notwendig zur sozialen Revolution, und diese brachte die neue aus sozialistischen und bürgerlichen Abgeordneten zusammengesetzte Regierung in nicht geringe Verlegenheit. Infolge des Krieges lag das ganze Wirtschaftsleben danieder. Sollte das Deutsche Reich vor dem völligen Zusammenbruch bewahrt bleiben, so mußte Industrie und Handel gehoben und die Unternehmungslust gefördert werden. Dazu eigneten sich sozialistische Experimente am wenigsten. Um aber den ungeduldigen sozialistischen Massen etwas zu bieten, erließ die neue Reichsregierung am 13. März 1919 das sog. Sozialisierungsgesetz, das dem Reiche die Befugnis erteilt, „im Wege der Gesetzgebung gegen angemessene Entschädigung für eine Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften, in Gemeinwirtschaft zu überführen". Das ist ein äußerst dehnbares Gesetz, mit dem man alle sozialistischen Zukunftspläne verwirklichen kann. Was man unter Sozialisierung verstand, zeigte das am nämlichen Tag erlassene Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft, von dem noch später die Rede sein wird.

Viel Beunruhigung in Unternehmerkreisen hat die Ernennung einer Sozialisierungskommission hervorgerufen, die untersuchen sollte, welche Privatbetriebe sich zur Sozialisierung eigneten. Man setzte offenbar voraus, der Staat habe das Recht, die ihm geeignet erscheinenden Betriebe in die Leitung der Gesamtheit überzuführen. Doch kam die Kommission in Konflikt mit dem Reichswirtschaftsamt und wurde bald aufgelöst.

Vom 21. bis 23. Juni 1919 tagte in Berlin eine von der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie einberufene Konferenz, die von etwa 250 Vertretern aus allen Teilen Deutschlands besucht war. Es wurde viel über die Notwendigkeit einer Einigung gesprochen, aber ein positives Resultat wurde nicht erzielt. Die „Unabhängigen" bestanden auf ihrer Forderung, durch die Räteregierung die wirtschaftliche und politische Diktatur des Proletariats zu errichten. Ein deutlicher Unterschied zeigte sich zwischen den „Unabhängigen" und den „Kommunisten". Ihre Erklärungen über die

Digitized by Google

Notwendigkeit einer Räteregierung radikaler Färbung, auf deren Boden allein eine Einigung möglich sei, waren indessen äußerst verschwommen und wurden von der Mehrheit abgelehnt.

Recht kläglich und schwankend ist augenblicklich die Haltung der Mehrheitssozialisten, die an der Regierung sind. Einerseits haben sie den revolutionären Schlagwörtern und Zielen entsagt und werden dafür von den radialen Sozialisten des Verrats an den Parteiprinzipien beschuldigt; anderseits wagen sie es nicht, sich offen und ehrlich als Reformpartei zu bekennen: so pendeln sie ziel- und richtungslos hin und her, ohne klar zu wissen, wo sie hinauswollen [1].

Anfang Dezember 1919 hielten die „Unabhängigen" zu Leipzig ihren Parteitag ab. Einig war man in der Forderung des radikalen Rätesystems (Arbeiter- und Soldatenräte) und der Diktatur des Proletariats, im übrigen herrschte die größte Uneinigkeit. Während viele mit den Kommunisten Anschluß an die dritte (bolschewistische) Internationale verlangten, wollten andere eine neue Internationale, eine Art Mittelding zwischen der dritten Internationale (Moskau) und der zweiten Internationale. Den Anschluß an die Mehrheitspartei lehnte man ab.

Viertes Kapitel.

Geschichte der sozialistischen Parteien außerhalb Deutschlands.

§ 1. Frankreich.

1. Die eigentliche Heimat des modernen Sozialismus ist Frankreich. Hier ist er geboren und groß geworden. Die ersten bedeutenden Sozialisten in Theorie und Praxis waren Franzosen, und es bestanden in Frankreich schon mächtige sozialistische Organisationen, als man in andern Ländern den Sozialismus noch kaum dem Namen nach kannte. Marx selbst ist in Frankreich für die sozialistischen Ideen gewonnen worden.

---

[1] Sehr scharf hält der Sozialdemokrat Paul Lensch in seiner Broschüre „Am Ausgang der deutschen Sozialdemokratie" (Berlin 1919) seinen Parteigenossen diese widerspruchsvolle Haltung vor.

Digitized by Google

Trotzdem ist der Sozialismus in Frankreich heute keine so mächtige, geschlossene Partei wie etwa in Deutschland. Während hier der Sozialismus sich zentralistisch entwickelte, ist er in Frankreich in zahlreiche Gruppen und Parteien gespalten, die sich gegenseitig heftig bekämpfen. Zum Teil ist diese Spaltung in der Geschichte begründet. In Frankreich standen während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Reihe nach eine beträchtliche Zahl von sehr begabten Sozialisten auf, die alle ihre eigenen, bis heute noch nachwirkenden Schulen gründeten. In etwa hängt sie auch mit dem französischen Charakter zusammen, der, abstrakten Theorien abhold, mehr auf naheliegende Erfolge schaut und gern dem Personenkult huldigt.

Gegen Ende der 1890er Jahre zählte man fünf größere sozialistische Organisationen.

Da war die Fédération des socialistes indépendants de France, zu der eine Anzahl Überläufer aus dem radikalen Bürgertum gehörte, wie Millerand, Viviani u. a. Doch fehlte ihnen ein festes Programm; das einzige einigende Element war eine ziemlich platonische Liebe zu den allgemeinen sozialistischen Ideen und der Gegensatz gegen die extremen Sozialisten.

Dann kam der Parti socialiste révolutionnaire unter Führung Vaillants und Sembats (die Anhänger Blanquis und daher auch Blanquisten genannt). Sie glaubten unerschütterlich an die Revolution, an die gewaltsame Besitzergreifung der politischen Macht im Gegensatz zur allmählichen Eroberung derselben durch das Stimmrecht.

Ganz auf dem Boden der deutschen Sozialdemokratie stand der Parti ouvrier français unter Führung Jules Guesdes. Seine Anhänger wurden vielfach Marxisten genannt. Jules Guesde hat das Programm dieser Partei in folgende Sätze zusammengefaßt:

1. Die Gesamtheit nimmt alle Produktionsmittel in Besitz. Fabriken und Werkstätten werden das Eigentum aller; die Kapitalisten verschwinden und ziehen mit sich in den Ruin das Heer von Rentnern, Zwischenhändlern, Maklern, Ränkeschmieden usw. 2. Die Konkurrenz und Überproduktion hören auf; keine Arbeit wird vergeudet; die Statistik gibt das genaue

Digitized by Google

Maß dessen an, was zum Bedarf der Gesamtheit produziert werden muß. 3. Der Arbeiter wird am Anfang nur drei Stunden täglich arbeiten, die unbegrenzte Vervollkommnung des Maschinenbetriebs wird die notwendige Arbeitszeit auf eine Stunde herabmindern (!). 4. Das individuelle Eigentum wird nicht aufgehoben, aber auf das streng Persönliche eingeschränkt. — Die Kapitalisten, die sich gutwillig der Enteignung der Produktionsmittel fügen, sollen eine Entschädigung in Geld oder Genußgüterscheinen erhalten, jedoch so, daß das bestehende System nicht verewigt werden darf[1].

Außerdem gab es sog. Possibilisten, gemäßigt opportunistische Sozialisten, die ihre Ziele auf gesetzlichem Wege durch allmähliche, schon heute mögliche (possibles, daher der Name possibilistes) Reformen erreichen wollten. Sie zerfielen wieder in zwei Organisationen: die Fédération des travailleurs socialistes de France unter der Führung von Brousse (daher auch Broussisten genannt) und den Parti ouvrier socialiste révolutionnaire, dessen Anhänger nach ihrem Führer Alleman auch Allemanisten hießen. Den letzteren galt im Gegensatz zu den Broussisten die Teilnahme am parlamentarischen Leben nur als Agitationsmittel, sie verzichteten auf die Eroberung der politischen Macht und verlegten den Schwerpunkt ihrer Agitation auf das Wirtschaftsgebiet.

Beim ersten Wahlgang im April 1898 erzielten die verschiedenen genannten Gruppen:

Guesdisten (Marxisten)	350 000	Stimmen,
Blanquisten	32 000	„
Allemanisten	42 000	„
Broussisten und Unabhängige .	516 000	„

Nach den eben genannten Wahlen zählte man 46 sozialistische Abgeordnete der verschiedenen Schattierungen, die zu einer Fraktion zusammentraten und in dem „Fraktionsmanifest" folgende drei Sätze als gemeinsame Grundlage aufstellten:

1. Das Grundprinzip der sozialistischen Partei ist die Erlangung der politischen Macht durch das organisierte Proletariat. 2. „Wir wollen vorbereiten die Umwandlung der Produktions-, Verkehrs- und Kreditmittel, welche bereits ihren individuellen Eigentümern durch den kapitalistischen

[1] Vgl. Antoine, Cours d'économie sociale (1896) 204.

Digitized by Google

Feudalismus entrissen worden sind, in soziales Eigentum. 3. Dem historischen Recht, welches die Gewalt geschaffen, und dieselbe in andere Hände überträgt, ohne sie zu modifizieren, — setzen wir entgegen das Recht der Nationalitäten, beruhend auf einem brüderlichen Frieden zwischen den über ihre Geschicke frei verfügenden Völkern. Dem zum Zwecke der Beherrschung des Weltmarktes international organisierten Kapitalismus ist es notwendig, das internationale Einvernehmen der Arbeiter entgegenzusetzen."

2. In eine neue Phase kam der französische Sozialismus durch den Eintritt Millerands in das Ministerium Waldeck-Rousseau. Die Guesdisten und Blanquisten sprachen sich in heftigem Tone gegen diesen Schritt aus und bezeichneten die Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung (den sog. Millerandismus) als unvereinbar mit den sozialistischen Prinzipien. Die Freunde Millerands appellierten an einen allgemeinen Kongreß aller französischen Sozialisten. Dieser kam im Dezember 1899 in Paris zustande. Das Recht, den Kongreß zu beschicken, hatten alle Organisationen, welche vor dem 1. Januar 1899 existierten und das in dem eben erwähnten Fraktionsmanifest enthaltene Minimalprogramm anerkannten. Der Kongreß erklärte mit 818 gegen 634 Stimmen die Beteiligung eines Sozialisten an einem bürgerlichen Ministerium als unvereinbar mit den sozialistischen Anschauungen.

Um es nicht zum vollen Bruch kommen zu lassen, einigte man sich schließlich mit 1140 gegen 245 Stimmen auf eine vermittelnde Resolution, die zugab, unter außergewöhnlichen Umständen könne die Beteiligung eines Sozialisten an einem bürgerlichen Ministerium zu erwägen sein, doch solle man dahin streben, nur die wählbaren öffentlichen Ämter zu erobern, „da diese von dem als Klasse organisierten Proletariat abhängig sind, welches damit gesetzlich und friedlich die politische Expropriation der kapitalistischen Klasse beginnt, um sie durch Revolution zu vollenden".

Damit war der Streit nicht sowohl gelöst als umgangen. Die Guesdisten und Blanquisten schlossen sich nach dem Kongreß trotz ihrer prinzipiellen Verschiedenheit zu einer einheitlichen Organisation unter dem Namen Parti socialiste de France zusammen. Die Anhänger von Jaurès und Millerand einigten sich zum Parti socia-

Digitized by Google

liste français. Die letztere Partei hat Ähnlichkeit mit den deutschen Revisionisten und will die kapitalistische Gesellschaft durch Beteiligung an der Regierung und allen sofort realisierbaren Reformen allmählich in die sozialistische umwandeln, während der Parti socialiste de France auf die baldige Vernichtung der heutigen Gesellschaft hinarbeitet.

Auf dem Kongreß zu Tours (1902) nahm der Parti socialiste français ein Programm an, das in seinem prinzipiellen Teile folgende Sätze enthält:

„Die Großindustrie wird immer mehr das Gesetz der modernen Produktion. Durch die Erweiterung des Weltmarktes, durch die zunehmende Erleichterung des Verkehrs, durch die Arbeitsteilung, durch die immer weitergehende Anwendung der Maschinen, durch die Konzentration des Kapitals ruiniert oder unterwirft sich die ungeheure konzentrierte Produktion die kleinen und mittleren Produzenten. . . . Die industriellen Proletarier, die nach und nach jede Aussicht, sich einzeln zum Meisterstand erheben zu können, verloren haben und dadurch zu ewiger Abhängigkeit verurteilt sind, sind außerdem den unaufhörlichen Krisen der Absatzstockung und des Elends ausgesetzt, welche die ungeregelte Konkurrenz der großen kapitalistischen Kräfte entfesselt. . . . Es gibt nur ein Mittel, die Ordnung und den andauernden Fortschritt der Produktion, die Freiheit aller Individuen und die Steigerung des Wohlstandes der Arbeiter zu sichern, nämlich: das Eigentum an den kapitalistischen Produktionsmitteln auf die Gesamtheit, das soziale Gemeinwesen, zu übertragen. . . . Das Proletariat hat den unwiderstehlichen Drang, die Demokratie, die sich im politischen Leben schon zum Teil verwirklicht hat, auch auf das wirtschaftliche Gebiet zu übertragen. So wie alle Bürger auf gleiche Weise als Demokraten die politische Macht gemeinsam besitzen und handhaben, wollen sie auch die ökonomische Macht, die Produktionsmittel, gemeinsam besitzen und handhaben.

Es handelt sich nicht um eine teilweise Verbesserung, sondern um eine vollständige Umgestaltung der Gesellschaft. . . . Das Proletariat wird den Kampf nicht eher einstellen, bis das kapitalistische Eigentum Gemeingut der Gesellschaft geworden ist, und bis die Klassengegensätze durch das Verschwinden der Klassen ihr Ende gefunden haben.

Es wäre gefährlich, die Annahme von revolutionären Ereignissen, die durch den Widerstand oder selbst durch verbrecherische Angriffe der

Digitized by Google

Privilegierten herbeigeführt werden können, außer acht zu lassen. Es wäre aber verderblich, auf den Glauben an das bloße Wort Revolution hin die großen Kräfte zu vernachlässigen, über die das bewußte und organisierte Proletariat in der Demokratie verfügt. . . . Der Parti socialiste français verwirft die Politik des Alles oder Nichts und stellt ein Programm von Reformmaßregeln auf, deren Verwirklichung er von Stund an betreibt."

Die letzten Worte enthalten eine Ablehnung der Taktik des Parti socialiste de France. Es folgen dann die Hauptforderungen, welche die Partei an die heutige Gesellschaft stellt: allgemeines, direktes Wahlrecht für beide Geschlechter bei allen Wahlen, absolute Preß- und Koalitionsfreiheit, vollständige Verweltlichung des Staates (Trennung von Kirche und Staat), demokratische Organisation der Rechtspflege, Steuerreformen, Schutz und gesetzliche Regelung der Arbeit (Achtstundentag), Minimallohntarife, Versicherung gegen alle natürlichen und wirtschaftlichen Gefahren, Verstaatlichung der Eisenbahnen und Bergwerke usw. usw.[1]

Um den Parteistreitigkeiten ein Ende zu machen, wurde auf einem Allgemeinen Kongreß zu Paris (Ostern 1905) eine äußerliche Einigung der beiden sozialistischen Hauptparteien erzielt. Die Partei der Jaurèsisten ging mit Sack und Pack in das Lager der Guesdisten über. Der Name der neuen Partei lautete Parti socialiste, section française de l'Internationale ouvrière. Hauptorgan war der „Socialiste". Die Leitung der Partei lag in den Händen des Nationalrates — einer Art kleinen Kongresses — und eines ständigen Parteiausschusses. Den ersten Kongreß hielt die Partei Ende Oktober 1905 in Châlons ab. Auf demselben konstatierte man 41 000 Parteimitglieder, und auf dem Kongreß zu Nancy (August 1907) 48 237. Bei den Kammerwahlen von 1906 erhielten die geeinten Sozialisten 804 000 Stimmen und 54 Mandate, während den Unabhängigen Sozialisten 211 000 Stimmen und 22 Mandate zufielen.

Nach dem Bericht auf dem Kongreß zu Toulouse (Oktober 1908) hatte die Mitgliederzahl der neuen Partei in den meisten Föderationen abgenommen. Rappaport bezeichnete als Grund des Rück-

[1] Vgl. Sozialistische Monatshefte 1904 I 300—301.

Digitized by Google

gangs der Partei die Gefälligkeit gegen den Anarcho-Syndikalismus, von dem gleich die Rede sein wird. Mistral erblickte den eigentlichen Grund dafür in den inneren Parteizwistigkeiten, man verdächtige sich gegenseitig. Trotz aller äußeren Einigung bestand die Partei aus den heterogensten Elementen, die höchstens in bezug auf das weit entfernte Endziel übereinstimmten. Es war der glänzenden Beredsamkeit von Jaurès zu verdanken, daß der Parteitag schließlich durch folgende Resolution öffentlich seine Einigkeit bekundete[1].

„Die sozialistische Partei, die Partei des Klassenkampfes und der sozialen Revolution, erstrebt die Eroberung der politischen Macht zum Zwecke der Befreiung des Proletariats durch Zerstörung des Kapitalismus und Aufhebung der Klassen. Sie ruft durch ihre Propaganda dem Proletariat unablässig in Erinnerung, daß es die Erlösung und völlige Befreiung erst in der kollektivistischen oder kommunistischen Gesellschaft finden wird. . . .

Gerade weil sie eine Partei der Revolution ist, weil sie in ihrem unablässigen Fordern nicht durch das in ihren Augen verwirkte Recht des kapitalistischen und bürgerlichen Eigentums aufgehalten wird, ist sie die eigentlichste, die tätigste Reformpartei, die einzige, die ihre Aktion bis zur vollständigen Reform fortsetzen kann, die einzige, die jeder einzelnen Arbeiterforderung die volle Kraft verleihen, die einzige, die jederzeit aus jeder Reform, aus jeder Eroberung den Ausgangs- und Stützpunkt weitergreifenderer Forderungen und kühnerer Eroberungen machen kann."

Die Resolution setzt dann auseinander, daß die Entwicklung der Produktivkräfte selbst den Kollektivismus vorbereitet, und fährt fort:

„Parallel mit diesen Bewegungen der Produktivkräfte muß sich eine gewaltige Erziehungs- und Organisationsarbeit des Proletariats entwickeln. In diesem Sinne erkennt die sozialistische Partei die wesentliche Bedeutung der Schöpfung und Entwicklung der Arbeiterorganisationen an, die, wie die Gewerkschaften, Genossenschaften usw., dem Kampf und der kollektiven Organisation dienend, notwendige Elemente für die soziale Umgestaltung sind.

In diesen Kämpfen, bei diesen Eroberungen wendet die sozialistische Partei alle Mittel der Aktion an. . . . Das Proletariat schreitet fort und befreit sich durch sein direktes Bemühen, durch seine kollektive

[1] Vgl. „Vorwärts" 1908, Nr. 248, I. Beilage.

Digitized by Google

und organisierte direkte Aktion gegen das Unternehmertum und gegen die öffentlichen Gewalten, und diese direkte Aktion geht bis zum Generalstreik, der angewendet wird zur Verteidigung der bedrohten Arbeiterfreiheiten, zur Durchsetzung großer Forderungen der Arbeiterschaft, und zu jedem gemeinsamen Bemühen des organisierten Proletariats, das auf die Expropriation der Kapitalisten abzielt.

Wie alle im Laufe der Geschichte ausgebeuteten Klassen nimmt auch das Proletariat als letzte Zuflucht das Recht auf die Insurrektion in Anspruch. Aber es verwechselt nicht die großen Gesamterhebungen, die nur aus der allgemeinen und tiefen Bewegung des Proletariats hervorgehen können, mit den Scharmützeln, in denen sich etwa Arbeiter der gesammelten Macht des bürgerlichen Staates in einem Abenteuer entgegenwerfen.

Die sozialistische Partei widmet sich in einem überlegten, beständigen Bemühen der Eroberung der politischen Macht. Sie setzt allen Parteien der Bourgeoisie . . . das volle kollektivistische oder kommunistische Bekenntnis und den unausgesetzten Kampf für die Befreiung des organisierten Proletariats entgegen, und sie betrachtet es als wesentliche Pflicht der Parteigenossen, durch die Wahlaktion an der Steigerung der parlamentarischen und gesetzgeberischen Macht des Sozialismus mitzuarbeiten."

Diese Resolution sucht allen Richtungen in der Partei gerecht zu werden. Sie redet von Klassenkampf und Revolution, betont das Endziel, hebt die Notwendigkeit der Reformen hervor, sieht in den Gewerkschaften und Genossenschaften ein unentbehrliches Element der sozialen Umgestaltung, verkündet die organisierte, bis zum Generalstreik fortschreitende direkte Aktion sowie das Recht auf Insurrektion und erklärt zugleich die Wahlaktion für eine unerläßliche Pflicht der „Genossen". So konnten alle zufrieden sein.

Ohne theatralischen Aufputz ging es aber nicht ab. Als Jaurès nach der Begründung der Resolution mit den Worten schloß: „Unsere Gegner haben von unserer Spaltung gesprochen. Aber es war nur der Schatten der eigenen Zersetzung, den sie auf uns fallen lassen wollen", brach die Versammlung in donnernden Beifall aus. Alles erhebt sich von den Sitzen. Es ertönen Musikklänge: das sozialistische Orchester von Toulouse marschiert in den Saal, die Internationale spielend. Die Delegierten und das Publikum stimmen

Digitized by Google

begeistert ein. Hochrufe auf die sozialistische Internationale brausen durch den Saal, der plötzlich im Licht bengalischer Flammen erstrahlt.

3. Wir haben eben den Anarcho-Syndikalismus oder revolutionären Syndikalismus erwähnt. Die syndikalistische oder revolutionäre Gewerkschaftsbewegung ist erst in letzter Zeit entstanden und hat sich von Frankreich aus über andere Länder ausgebreitet. Sie verdankt ihren Ursprung einer Art Enttäuschung über die parlamentarische Haltung der sozialistischen Abgeordneten.

Die Sozialisten hatten anfänglich große Hoffnungen auf ihre parlamentarische Vertretung gesetzt. Als aber die sozialistischen Abgeordneten Millerand und später Briand und Viviani in bürgerliche Ministerien eintraten, als infolge davon die sozialistischen Fraktionen sich mit den bürgerlichen Demokraten zu einem förmlichen Block zusammenschlossen und die wirtschaftlichen Reformen immer wieder auf die lange Bank schoben: da riß endlich vielen Proletariern die Geduld. Sie verloren das Vertrauen auf den Parlamentarismus und kehrten zu dem alten Grundsatz zurück: „Die Emanzipation der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein.“ [1]

Das Zentrum des revolutionären Syndikalismus ist der Allgemeine Arbeitsbund (Confédération générale du travail, C. G. T.). Dieser Bund entstand im Jahre 1902 aus der Verschmelzung des Bundes der Gewerkschaften (La Fédération des syndicats) und des Bundes der Arbeitsbörsen (La Fédération des Bourses du travail). Der Gewerkschaftsbund hatte sich auf Grund des Gesetzes von 1884 gebildet, welches den Arbeitern wieder gestattete, sich zur Wahrnehmung ihrer Berufsinteressen in Vereinen zu organisieren. Die Arbeitsbörse ist eine allen Gewerkschaften einer Stadt gemeinsame Zentralstelle, die als Bureau für Stellenvermittlung, für Auskunftserteilung und zugleich als Konferenz- und Versammlungslokal dient und dadurch von selbst der Herd der Propaganda, der Arbeitsmarkt und das Zentralheim der Arbeiter wird.

[1] Vgl. Griffuelhes, L'action syndicaliste, Paris 1908 (Bibliothèque du mouvement socialiste n. 4), 16 ff.

Digitized by Google

Bis zum Jahre 1902 standen sich diese beiden Organisationen feindlich gegenüber. Der Bund der Arbeitsbörsen war von nur-gewerkschaftlichem und revolutionärem Geiste erfüllt, während der Gewerkschaftsbund mehr zur Beteiligung an der Politik und den Parlamenten hinneigte. Schließlich kam auf dem Kongreß zu Montpellier im Dezember 1902 eine Einigung zustande und wurden die Statuten der C. G. T. festgesetzt. Laut Artikel 1 hat die C. G. T. zum Zweck: 1. Die Vereinigung der Lohnarbeiter zur Verteidigung ihrer sittlichen und materiellen, ihrer ökonomischen und beruflichen Interessen. 2. Sie vereinigt außerhalb jeder politischen Schule alle Arbeiter, die sich des Kampfes bewußt sind, der zur Beseitigung des Lohnverhältnisses und der Herrschaft der Privatunternehmer notwendig ist. Niemand darf sich bei einer politischen Wahlhandlung des Titels eines Mitgliedes oder Angestellten des Bundes bedienen.

Das war eine offene Absage an den politischen Sozialismus und dessen parlamentarische Bestrebungen.

Nach Artikel 5 der Statuten zerfällt die C. G. T. in zwei selbständige Sektionen: die „Sektion der Industrie- und Handwerkerbünde und der isolierten Gewerkschaften" und die „Sektion des Bundes der Arbeitsbörsen". Außerdem sollen drei permanente Kommissionen ernannt werden: für das Bundesblatt, für die Streiks und insbesondere für den Generalstreik. Alle zwei Jahre soll ein allgemeiner Kongreß stattfinden. Zu diesem kann aber jede Gewerkschaft, ob klein oder groß, nur einen Delegierten entsenden. Durch diese Einrichtung erlangen die kleinen, oft nur aus wenigen Mitgliedern bestehenden und unruhigen Gewerkschaften ein ungebührliches Übergewicht über die großen Gewerkschaften, die vielleicht mehrere tausend Mitglieder zählen.

Anfang 1909 vereinigte die C. G. T. 82 Arbeitsbörsen, 85 Bünde und ihnen ähnlich gebildete Gewerkschaften. Die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften belief sich auf 2399 mit insgesamt 203270 Mitgliedern. Da um dieselbe Zeit in Frankreich 836534 Arbeiter gewerkschaftlich organisiert waren, so gehörte etwa ein Viertel derselben der C. G. T. an[1].

[1] Vgl. Études 1901, Bd. 118, S. 404.

Digitized by Google

Die geistigen Führer der syndikalistischen Richtungen waren unter andern Viktor Griffuelhes, Hubert Lagardelle, Georges Sorel u. a. Ihr Losungswort ist die direkte Aktion (l'action directe) im Gegensatz zur action indirecte, die sich der Mittelspersonen (der parlamentarischen Vertretung u. dgl.) bedient. Sie wollen unmittelbar selbst den Klassenkampf des Proletariats führen. Die Gewerkschaften sollen durch immer weitergehende Forderungen allmählich die Werkstätten erobern und die Kapitalisten verdrängen. Das Hauptmittel zu diesem Ziel erblicken sie im Streik, der erschreckend und antreibend auf die Regierung und die Arbeitgeber einwirken und einen Posten nach dem andern für die Arbeiter erobern soll. Auch schwärmen die Syndikalisten für die Gewalt und die sog. Sabotage (verpfuschte Arbeit, Schädigung der Maschinen usw.). Was dann geschehen solle, wenn die Werkstätten einmal in den Händen der Arbeiter sind, darüber sagen die Syndikalisten nichts. Man bekommt nur allgemeine Redensarten zu hören: „Freie Arbeit in der freien Gesellschaft". „Die ganze syndikalistische Bewegung hat keinen andern Zweck als den, an Stelle der durch den Kapitalisten durchgesetzten Disziplin die freiwillige Disziplin der Produzenten (d. h. der Arbeiter) zu setzen, und die ganze soziale Revolution ist in dieser inneren Umgestaltung der Werkstatt enthalten." [1] Der Staat und die Regierung werden allmählich durch die organisierten Gewerkschaften ersetzt werden.

Nach dem schon erwähnten Lagardelle ist der Syndikalismus die Verkörperung des Klassenkampfes. „Der Sozialismus verwirklicht sich ein wenig alle Tage, bis er seine volle Verwirklichung gefunden hat. . . . Die tägliche, geduldige und schwierige Aktion stand bisher in Mißachtung . . ., die revolutionäre Aktion dagegen wurde in die glanzvolle Endkatastrophe verbannt, in der das kapitalistische System untergehen soll. Für den Syndikalismus fallen Theorie und Praxis zusammen, und die Aktion — nicht mehr die Phrase — ist revolutionär. . . .

„Im Geist der Arbeitermassen ist die Idee des Generalstreiks an die Stelle der Idee der politischen Revolution getreten. Der Begriff

[1] Hubert Largardelle, Syndicalisme et socialisme (Bibliothèque du mouvement socialiste n. 1) 48.

Digitized by Google

einer plötzlichen Ausdehnung dieses täglichen Aktes, des Generalstreiks, bildet einen normalen Bestandteil der Arbeiterpsychologie. . . . Der Arbeiter braucht keine großen theoretischen Spekulationen, um die Wirkung eines plötzlich verallgemeinerten Streiks einzusehen. Man braucht nur die besondern Vorkommnisse des täglichen Kampfes zu multiplizieren, um zu erkennen, daß in einem Augenblick, ohne fremde Dazwischenkunft, allein durch die Macht der vereinten Anstrengung, der soziale Krieg den höchsten Grad der Schärfe erreichen und die Lösung herbeiführen kann.

„Sie begreifen jetzt, warum der Syndikalismus sich von aller Magie loszusagen behauptet und über die Sucht der politischen Parteien lacht, an jedem Vorabend für den kommenden Tag die soziale Revolution zu prophezeien. Er überläßt es dem kindlichen Optimismus der Staatseroberer, detaillierte Pläne und Kochrezepte für die Zukunftsgesellschaft zu entwerfen. Für den Syndikalismus fallen die Beschäftigung mit der Gegenwart und die Sorge für die Zukunft zusammen, dieselbe praktische Aktion erzeugt sie beide.“ [1]

Als Ziel der syndikalistischen Bewegung bezeichnet Griffuelhes: „Kampf gegen den Arbeitgeber (le patron), um von ihm und zu seinem Nachteil immer weitergehende Verbesserungen für die Arbeiter zu erlangen und so voranzukommen auf dem Wege der Unterdrückung jeder Ausbeutung.“ [2]

An einer andern Stelle sagt er, man streite sich darüber, ob sich die sozialistischen Ziele in einer Gesellschaft mit oder ohne Regierung und Autorität verwirklichen werden. Er wisse es nicht. Er werde erst dann auf diese Frage eine Antwort geben, wenn er von einer Inspektionsreise in die Zukunftsgesellschaft heimkehre. Das ist jedenfalls eine sehr bequeme Antwort. Wie kann denn in einer Gesellschaft ohne jede Autorität Einheit und Ordnung bestehen? Was soll dann geschehen, wenn einmal die Arbeiter in den Besitz der Werkstatt und der Produktionsmittel gelangt sind? Auf dem Sozialistenkongreß zu Toulouse (1908) stellte Jaurès nicht mit Unrecht an Lagardelle die Frage: „Ich habe nicht verstanden, wie er sich die fortschreitende Besiegung der Gewalt des Unternehmers denkt. Sie wollen die Arbeiter fortschreitend die Leitung der Werkstatt erobern lassen, den Postbeamten die Postverwaltung anvertrauen. Wollen Sie sie dabei souverän machen? Wenn ja, dann ist das weder Sozialismus noch Syndikalismus, sondern Korporatismus. Und dann ist noch eine

[1] Lagardelle a. a. O. 50—51. [2] L'action syndicaliste 12.

Digitized by Google

Schwierigkeit da: die Arbeiter werden gezwungen sein, die Verantwortlichkeit mit dem Unternehmer zu tragen. Auf diese Weise aber gelangen sie zur allergefährlichsten Zusammenarbeit der Klassen. Hier liegt ein schweres Problem."

4. Bei den Wahlen von 1914 erhielten die Geeinten Sozialisten 102 Mandate, die Unabhängigen Sozialisten 29. Der Weltkrieg hat in Frankreich ganz ähnliche Erscheinungen gezeitigt wie in Deutschland. Zuerst stellten sich alle Sozialisten ohne Ausnahme auf die Seite ihres Vaterlandes, bewilligten der Regierung alle Kriegsmittel und unterstützten sie in jeder Weise. Drei Sozialisten traten der Reihe nach in das erweiterte Ministerium ein (Vaillant, Guesde, A. Thomas), und die Verbindung mit den deutschen und österreichischen Sozialisten wurde abgebrochen. Die „internationale Verbrüderung" war auch hier in die Brüche gegangen.

Erst allmählich wagten einige Sozialisten eine schüchterne Opposition zugunsten des revolutionären Internationalismus. Auf verschiedenen Versammlungen der sog. Entente-Sozialisten zu Paris und London suchte diese Opposition umsonst sich Geltung zu verschaffen. Am 14. Juli 1915 versammelte sich zu Paris ein Nationalrat (Konferenz), um über die Parteiverhältnisse zu beratschlagen, aber die Opposition erlitt auch hier eine völlige Niederlage. Die große Mehrheit der französischen Sozialisten war zweifellos national gesinnt und gewillt, bis zum Siege Frankreichs auszuhalten (jusqu'auboutisme). Die unterlegene oppositionelle Minderheit hatte in dem Nationalrat eine Erklärung vorgeschlagen, welche die Grundsätze aussprach, die später den Namen der Zimmerwalder erhielten. Sie verlangte: Wiederherstellung der internationalen Aktion und Vorbereitung des Friedens auf dem Wege des Klassenkampfes[1].

Die Führer der unterlegenen Opposition, Merrheim und Bourderon, nahmen dann (Ende 1915) teil an der Konferenz zu Zimmerwald (Schweiz), welche vor aller Welt beweisen sollte, daß die auf dem Boden der Opposition stehenden Sozialisten aller Länder sich, im Gegensatz zu den „Burgfrieden-Sozialisten", auch im Kriege zu-

[1] Vgl. Die Neue Zeit, 35. Jahrg. (1917) I 285.

Digitized by Google

sammenfinden können. Die in Zimmerwald geschaffene „Internationale Sozialistische Kommission" (I. S. K.) zu Bern erhielt den Auftrag, die Beziehungen zwischen den mit der Zimmerwalder Richtung einverstandenen Parteien aufrechtzuerhalten und zu befestigen. Ein von der I. S. K. herausgegebenes „Bulletin" gab fortlaufend von den Fortschritten der Bewegung in den verschiedenen Ländern Nachricht. Der weiteren Befestigung der Beziehungen sollte die zweite Konferenz in Zimmerwald (Ende April 1916) dienen. Aber wegen Paßverweigerung waren die Delegierten vieler Länder, z. B. Englands und Österreichs, an der Teilnahme verhindert. Die Vertreter der deutschen Sozialdemokraten waren in den wichtigsten Fragen uneinig, so namentlich in der Frage der Beziehungen zum Haager Bureau und hinsichtlich der strengen Forderung der Ablehnung der Kriegskredite und der Kriegssteuern. Der Hauptteil der Verhandlungen wurde von den Debatten über die Stellung des Proletariats zu den Friedensfragen in Anspruch genommen. Gefordert wurde namentlich die Demokratisierung und Kontrollierung der auswärtigen Politik[1].

Eine Resolution enthielt eine scharfe Kritik des „Internationalen Sozialistischen Bureaus" (I. S. B.) im Haag, empfahl den den Zimmerwaldern angeschlossenen Organisationen, „die Handlungen des Exekutivkomitees des I. S. B. mit der größten Aufmerksamkeit zu verfolgen" und bei einer Beteiligung an Veranstaltungen des I. S. B. rücksichtslos den Standpunkt der internationalen Opposition zu vertreten. Trotzdem gab die Konferenz der Hoffnung Ausdruck, daß „die Internationale in dem Maße als wirkliche politische Macht aus dem Zusammenbruch neu erstehen wird, als das Proletariat sich von den imperialistischen Einflüssen freimachen und den Weg des Klassenkampfes . . . wieder betreten wird".

Großen Erfolg erzielten die Zimmerwalder Konferenzen nicht, doch erstarkte die Opposition in Frankreich. Merkwürdig ist, daß ihre Vertreter — mit Ausnahme einer extremen kleinen Gruppe (die Kientaler, so genannt wegen ihrer Teilnahme an einer Sozialisten-

[1] Vgl. Die Neue Zeit, 34. Jahrg. (1916) II 200.

Digitized by Google

konferenz in Kiental, Schweiz) — für die Kriegskredite stimmten, also die Rücksicht auf das eigene Vaterland höher stellten als die Rücksicht auf das internationale Proletariat.

Übrigens herrscht unter den französischen Sozialisten jetzt ebensogroße Unklarheit und Verwirrung wie unter den deutschen. Solange es sich um Verteidigung handelte, wollten sie für das Vaterland eintreten, aber sobald man fragte, ob der Krieg z. B. für Frankreich noch ein Verteidigungskrieg sei, ob die Eroberung von Elsaß-Lothringen noch eine Verteidigung Frankreichs genannt werden könne, gingen die Meinungen auseinander. Auch auf die Frage, worin denn die Interessen des internationalen Proletariats im Kriege beständen, wußten sie keine klare Antwort zu geben.

Von der Mitte des Jahres 1918 an war die Stimmung zugunsten eines Verständigungsfriedens unter den französischen Sozialisten gewachsen und brachte bald die große Mehrheit auf ihre Seite. Vom 20. bis zum 24. April 1919 wurde ein außerordentlicher Parteitag in Paris abgehalten, um die verschiedenen sozialistischen Richtungen auf ein gemeinsames Aktionsprogramm zu einigen. Es stellte einen Kompromiß zwischen den radikalen und gemäßigten Richtungen dar. In seiner mit großem Beifall aufgenommenen Rede erklärte Léon Blum, eine Einigung könne nur auf der mittleren Linie erzielt werden. Im Sozialismus verkörpere sich die höchste Wahrheit. Eine Revolution der Eigentumsverhältnisse sei unbedingt notwendig. In einem solchen Umsturz komme es weniger auf die Form als auf den Inhalt an. Die Begriffe „Demokratie" und „Revolution" seien keine Gegensätze; erst der Sieg des Sozialismus werde die wahre Demokratie: die volle politische und soziale Gleichheit, verwirklichen. Die Diktatur des Proletariats stelle nur die organisatorische Form des Übergangs von der alten zur neuen Gesellschaftsordnung dar. Es sei sicher, daß schon die nächste Zeit eine grundlegende Erneuerung des gesamten Regierungs- und Wirtschaftsapparates fordere. Der Sozialismus sei nicht innerhalb nationaler Grenzen zu verwirklichen.

Viel wurde auch über die Zugehörigkeit zur Internationale debattiert. Loriot trat für den Beitritt zu der sog. dritten (in Bern proklamierten) bolschewistischen Internationale ein. Die Mehr-

Digitized by Google

heit wünschte aber die alte (zweite) Internationale aufrechtzuerhalten, hielt es jedoch für nötig, daß die Internationale mehr nach links gehe, um den radikalen Gruppen die Zugehörigkeit zu erleichtern.

Im Oktober 1919 spaltete sich die von Jaurès mühsam geeinte Partei in einen gemäßigten und einen radikalen, bolschewistischen Flügel.

Bei den Parlamentswahlen Ende November 1919 wurden 68 Geeinte Sozialisten gewählt (gegen 102 im Jahre 1914); außerdem noch 6 dissidentische und 27 republikanische Sozialisten oder Halbsozialisten.

§ 2. Österreich.

Die Sozialdemokratie im früheren Österreich stand auf demselben Boden wie die deutsche. Das beweist das auf dem Parteitag zu Wien (Nov. 1901) angenommene Parteiprogramm, dessen prinzipiellen Teil wir hier folgen lassen:

„Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, der politischen Unterdrückung und der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieser unwürdigen Zustände liegt nicht in den einzelnen politischen Einrichtungen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, gerät dadurch in die drückendste Abhängigkeit von den Besitzern der Arbeitsmittel mit Einschluß des Bodens, der Großgrundbesitzerklasse und der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Klassenstaate ihren Ausdruck findet.

Der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes, die Vereinigung aller ökonomischen Macht in den Händen der Kapitalisten und Kapitalistengruppen hat die Wirkung, immer größere Kreise früher selbständiger kleiner gewerblichen Unternehmer und Kleinbauern ihrer Produktionsmittel zu enteignen und sie als Lohnarbeiter, Angestellte oder als Schuldknechte direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von den Kapitalisten zu bringen. Es wächst die Masse der Proletarier, es steigt aber auch der Grad ihrer Ausbeutung, und dadurch tritt die Lebenshaltung immer breiterer Schichten des arbeitenden Volkes immer mehr in Gegensatz zu der rasch steigenden Produktivkraft seiner eigenen Arbeit und zu dem

Digitized by Google

Anschwellen des von ihm selbst geschaffenen Reichtums. Die der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise entspringenden Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend beschleunigen und verschärfen diese Entwicklung.

Je mehr aber die Entwicklung des Kapitalismus das Proletariat anschwellen macht, desto mehr wird es gezwungen und befähigt, den Kampf gegen ihn aufzunehmen. Immer mehr macht die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich, während zugleich für neue Formen genossenschaftlicher Produktion auf Grund gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die notwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Zugleich kommt das Proletariat zum Bewußtsein, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen muß, und daß der *Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel*, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und zum Klassenkampf organisierte Proletariat kann der Träger dieser notwendigen Entwicklung sein. *Das Proletariat zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich*, zu dessen Durchsetzung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich wird in allen politischen und ökonomischen Fragen jederzeit das Klasseninteresse des Proletariats vertreten und aller Verdunklung und Verhüllung der Klassengegensätze sowie der Ausnutzung der Arbeiter zugunsten der bürgerlichen Parteien energisch entgegenwirken.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich ist eine internationale Partei: sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung, und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst. Sie verurteilt und bekämpft alle Einschränkungen der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Bevormundung durch Staat und Kirche. Sie erstrebt gesetzlichen Schutz der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen, und sie kämpft dafür, dem Proletariat auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens möglichst großen Einfluß zu verschaffen.

Digitized by Google

Von diesen Grundsätzen ausgehend, fordert die österreichische Sozialdemokratie zunächst:

1. Allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Wahlrecht in Staat, Land und Gemeinde für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an; Proportionalwahlsystem; Vornahme der Wahlen an einem gesetzlichen Ruhetage; dreijährige Gesetzgebungsperioden; Diätenbezug für die Gewählten.

2. Direkte Gesetzgebung durch das Volk vermittelst des Vorschlags- und Verwerfungsrechtes; Selbstbestimmung und Selbstverwaltung des Volkes in Staat, Land und Gemeinde.

3. Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf freie Meinungsäußerung einschränken; insbesondere Erfüllung voller Preßfreiheit durch Aufhebung des objektiven Verfahrens und der Einschränkung der Kolportage von Druckschriften; Aufhebung aller Gesetze, die das Vereins- und Versammlungsrecht einschränken.

4. Aufhebung aller Einschränkungen der Freizügigkeit, insbesondere aller Vagabunden- und Schubgesetze.

5. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, das Beamte, die die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Bestrafung zuführt.

6. Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte; Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbeistandes; Entschädigung unschuldig Verhafteter und Verurteilter; Wahl der Geschworenen auf Grund des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechtes; Unterstellung aller Staatsangehörigen unter die ordentlichen Gesetze und Gerichte; Abschaffung der Todesstrafe.

7. Staatliche und kommunale Organisation des Sanitätsdienstes; unentgeltliche Beistellung der ärztlichen Hilfeleistung und Heilmittel.

8. Erklärung der Religion als Privatsache; Trennung der Kirche vom Staate und Erklärung der kirchlichen und religiösen Gemeinschaften als private Vereinigungen, die ihre Angelegenheiten ganz selbständig ordnen; obligatorische Zivilehe.

9. Obligatorische, unentgeltliche und weltliche Schule, die den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Völker vollkommen entspricht; Unentgeltlichkeit der Lehrmittel und der Verpflegung in den Volksschulen für alle Kinder sowie für jene Schüler höherer Lehranstalten, die zu weiterer Ausbildung befähigt sind.

10. Ersetzung aller indirekten Steuern und Abgaben durch stufenweise steigende Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern.

Digitized by Google

11. Ersatz des stehenden Heeres durch die Volkswehr; Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit; allgemeine Volksbewaffnung; Entscheidung über Krieg und Frieden durch die Volksvertretung.

12. Beseitigung aller Gesetze, wodurch die Frau gegenüber dem Manne öffentlichrechtlich oder privatrechtlich in Nachteil gesetzt wird.

13. Befreiung der Wirtschaftsgenossenschaften der Arbeiter von allen ihre Tätigkeit hemmenden Lasten und Schranken."

Es folgen dann noch die Minimalforderungen an die heutige Gesellschaftsordnung: volle Koalitionsfreiheit, achtstündiger Maximalarbeitstag, volle Sonntagsruhe von mindestens 36 Stunden, Reform der Arbeiterversicherung usw.

Wie man aus dem Wortlaut ersieht, ist die Theorie von der zunehmenden (absoluten) Verelendung der Arbeiter preisgegeben. Viktor Adler, der Verfasser des Programms, meinte: „Mit dem Elend ist es ein Elend!" „Engels selbst schreibt (in seiner inzwischen veröffentlichten Kritik des Entwurfs zum Erfurter Programm): ‚Es ist nicht richtig, daß das Elend der Proletarier immer größer wird. Das Wachstum der Organisation wird dem Wachstum des Elendes vielleicht einen Damm entgegensetzen; was aber sicher wächst, ist die Unsicherheit der Existenz der Proletarier.'"[1] Nicht zu übersehen ist auch die Äußerung Adlers: „Wir sind, so gut wir können, gegen die Mittelstandspolitik und gegen die Kleinbürgerei und sollten es noch viel mehr sein. Wir arbeiten dadurch an den Bedingungen der Entwicklung und an den Voraussetzungen der neuen Gesellschaft."[2] Pernerstorfer spottete über die Behauptung, die Elendstheorie, die Katastrophie, Diktatur und ähnliches gelte noch wie vor dreißig Jahren[3].

Bei den Reichsratswahlen von 1905 wurden 799462 sozialdemokratische Stimmen abgegeben, doch erhielt die Partei nur zehn Mandate. Die Lage veränderte sich zu ihren Gunsten seit Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts. Bei den Wahlen im

[1] Vgl. Protokoll der Verhandlungen des Gesamtparteitages der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich, abgehalten zu Wien vom 2. bis 6. November 1901 (Wien 1901), 101.

[2] Ebd. 105. [3] Ebd. 119.

Digitized by Google

Mai 1907 erhielten sie in den deutschen Wahlkreisen 511760 und in den tschechischen 399904 Stimmen; die Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten stieg von 10 auf 87.

Eine eigentliche sozialdemokratische Gesamtpartei für ganz Österreich gab es schon seit 1905 nicht mehr. Damals spaltete sich die Partei in fünf nationale Parteien: die deutsche, die tschechische, polnische, südslawische und italienische Gruppe. Im Parlament gab es seit 1907 noch einen „Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten", die in den meisten Fragen zusammengehen sollten. Er zerfiel in fünf nationale Klubs. Nach den Neuwahlen von 1911 kam ein einheitlicher Abgeordnetenverband der Sozialisten gar nicht mehr zustande; und seit der Auflösung der Österreichisch-Ungarischen Monarchie im Oktober 1918 kann selbstverständlich erst recht von einer die früheren österreichischen Staaten zusammenfassenden sozialdemokratischen Partei nicht mehr die Rede sein.

Die deutsch-österreichische Partei der Sozialdemokratie war nie so fest organisiert und rührig wie die reichsdeutsche. Es fehlten hier mit wenigen Ausnahmen die industriellen Großstädte. So erklärt es sich, warum die Wiener Organisation die ganze deutsch-österreichische Sozialdemokratie beherrschte. Seit dem Ausbruch des Krieges bildete die Wiener Partei die starke Hälfte der ganzen Partei; die kleinen Parteiblätter sind völlig abhängig vom Zentralorgan, der Wiener „Arbeiter-Zeitung".

Infolge des mangelnden Parteilebens und der Unselbständigkeit der Presse kam es im Kriege nicht zu solchen Parteikämpfen wie in Deutschland. Die große Masse der Parteiangehörigen stand etwa auf dem Standpunkt der deutschen Mehrheitssozialisten. Viktor Adler schrieb am 5. Mai 1915[1]: „Wir, die übergroße Mehrheit der Partei diesseits und jenseits der an jenem Tage (4. August 1914) versunkenen Grenzpfähle, empfanden die ungeheure Gefahr des deutschen Volkes, das sich von einer fast erdrückenden Übermacht von Feinden bedroht sah. In jedem deutschen Menschen schrie jeder Blutstropfen auf: Wir müssen uns wehren, wir müssen dem Reiche die Waffen

[1] Die Neue Zeit, 35. Jahrg. (1917) I 460.

Digitized by Google

zur Verteidigung geben. Wir müssen . . ., sagten auch wir Sozialdemokraten; aber können wir auch, wir, die wir nicht nur den Feind auf der andern Seite sehen, sondern auch die Hunderttausende unserer proletarischen Brüder, mit denen wir uns eins fühlten bis heute und eins fühlen werden in alle Zukunft?! Aber die schmerzlichste Stunde verlangte unerbittlich, was notwendig war, und Genosse Haase verkündete: ‚So machen wir denn wahr, was wir immer gelobt haben: Wir lassen in der Stunde der Gefahr unser Vaterland nicht im Stiche.‘ Ein unbegreiflicher Deutscher, der anders gehandelt hätte; ein unbegreiflicher Sozialdemokrat, der es getan hätte ohne schneidenden Schmerz, ohne schweren Kampf mit sich selbst, mit seinem ganzen Fühlen! Dieser tragische Konflikt wirkt nun fort in der Partei.“

Ende März 1916 trat eine Reichskonferenz in Wien zusammen, an der 264 Delegierte teilnahmen. Viktor Adler begrüßte in seiner Rede die sozialistischen Arbeiter in allen Ländern und in allen Schützengräben, und gab der Überzeugung Ausdruck, „daß sie sich wieder zu solidarischer Führung des internationalen Klassenkampfes zusammenfinden werden, wenn das Ungeheuerliche dieses Krieges vorbei ist“. Er verurteilte scharf alle Bestrebungen, „die meinen, die internationale Einigung des Proletariats dadurch herbeiführen zu können, daß sie die proletarischen Parteien in den einzelnen Ländern zersetzen und spalten“.

An einer zweiten Konferenz im November 1916 nahmen 255 Deligierte teil. Die von V. Adler befürwortete und fast einstimmig angenommene Resolution spricht von dem harten Gebot der Selbsterhaltung und Landesverteidigung infolge des Krieges, betont aber die Pflicht, keine Eroberungskriege zu unternehmen, und bekennt, daß die Sozialdemokraten den Glauben an die Internationale nicht verloren haben, vielmehr eine Verschärfung des Klassenkampfes nach dem Kriege erwarten. Dann heißt es: „Die heutige Konferenz erklärt, daß die Vertrauensmänner des Proletariats ihre internationale Pflicht am besten erfüllen und den Wiederaufbau der Internationale am sichersten vorbereiten, wenn sie die Geschlossenheit, Einheit und Kraft ihrer proletarischen Bewegung im eigenen Lande in nimmer-

Digitized by Google

müder, aufklärender und organisatorischer Arbeit zu erhalten und zu steigern bemüht sind."

Mitte Oktober 1917 fand in Wien wieder ein Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie statt. Der „Vorwärts"[1] berichtet darüber:

Auch die deutsche Sozialdemokratie Österreichs ist von den inneren Kämpfen, die die Arbeiterbewegung der ganzen Welt durchzittern, nicht freigeblieben. Das beweist ihr in Wien tagender Parteitag, der von heftigen Auseinandersetzungen über die Kriegspolitik der Partei erfüllt ist. Veranlaßt wurden sie durch eine lange Erklärung des Genossen Proft: Die Linke vertrete dieselben Grundsätze wie die Unabhängige Sozialdemokratie in Deutschland und betrachte sich als einen Teil der internationalen Bewegung, die in den Zimmerwalder Konferenzen ihren organisatorischen Ausdruck gefunden hat. Wenn auch individuelle Taten abgelehnt werden, so werden doch die Gedanken Friedrich Adlers als richtunggebend anerkannt. Die Linke versichert, nicht die Spaltung der Partei anzustreben, sie will nur innerhalb der Partei ihre Ansichten verbreiten, die Mehrheit der Parteimitglieder gewinnen und so die Partei verändern. Daher sollen Parteipresse und Parteiorganisationen die dadurch aufgeworfenen Probleme diskutieren. „Auch unsere Partei muß sich gänzlich demokratisieren. Nur auf diese Weise können wir das Monopol einiger Führer auf das politische Denken brechen." Im besondern verlangt die Linke, daß die deutsch-österreichische Sozialdemokratie beide sozialdemokratische Parteien im Reiche als gleichberechtigte Bruderparteien betrachte.

Karl Renner setzte sich mit seinen Widersachern in einer Rede auseinander, in der er auch das Verhältnis der Arbeiterklasse zum bürgerlichen Staate darlegte:

„Es wird in der Erklärung der Linken gewarnt vor dem Geiste des Reformismus, in den die Partei aufzugehen droht, und man nennt mich dessen folgerichtigsten Vertreter. Ich sage schon in meinem Buche: ich lehne den Reformismus ab als eine Richtung, die das Schwergewicht

[1] Beilage zu Nr. 293, 1917.

Digitized by Google

der Arbeiterbewegung verlegt in die Bureaukratie der Arbeiterschaft, in ihre Vertrauensmänner, und das Schwergewicht legt auf die einzelne Reformarbeit, ohne das Ganze zu sehen, und die die Theorie ablehnt. Ich lehne aber auch ab den Doktrinarismus und den Revolutionarismus, der meint, alles und jedes lasse sich durch unmittelbare Aktion der Massen verwirklichen. Ich meine, es gibt für die Arbeiterklasse Zeiten und Umstände, wo sie nichts anderes tun kann als die ganz gemeine Schützengrabenarbeit des gewerkschaftlichen, des genossenschaftlichen und kommunalen Kampfes, aber ich leugne nicht, daß es andere Zeiten gibt, wo die Arbeiterklasse zu anderem und Höherem berufen ist, und ich warte auf die Stunde, wo die Arbeiterschaft in ihrer gesamten Masse durch eine einzige große Aktion imstande ist, das Schicksal der Welt zu wenden.

Wenn man mir vorwirft, mein ‚Reformismus' führe zum ‚Ministerialismus', so wissen Sie, daß er dazu nicht geführt hat, und daß ich sogleich aus freien Stücken gesagt habe: Es ist ausgeschlossen, daß ich mich an der Regierung beteilige.... Wir sind in vielen taktischen Fragen deshalb fehlgegangen, weil wir nicht eingesehen haben, welches Gewicht der Staat im täglichen Leben der Arbeiterklasse hat. Ich bin der Meinung, daß die Politik des Proletariats sein muß: Eroberung der Staatsgewalt, um sie in den Dienst der arbeitenden Klasse zu stellen.

Es gibt von vornherein keinen sichern Weg, nur ein sicheres Ziel. Wenn ich aber den Staat erobern will, dann darf ich ihn nicht von vornherein negieren, sondern ich muß ihn erkennen und studieren, und das kann ich nur, wenn ich in alle seine gesetzgebenden Körperschaften, wirtschaftlichen und Verwaltungskörperschaften eindringe. Das ist es, was ich in meinen Büchern zu beweisen suche. Ich werde niemals darin erlahmen, die Arbeiterklasse mit der Erkenntnis zu erfüllen, daß die Eroberung der Staatsgewalt, ob plötzlich, ob stufen- oder etappenweise, in politischer Beziehung ihr Hauptziel ist." (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.)

In den letzten Tagen des Oktober 1918 fand ein sozialdemokratischer Parteitag der Genossen des neuen deutsch-österreichischen Nationalstaates statt, auf dem das unbeschränkte Bestimmungsrecht der andern Nationen anerkannt und das gleiche Recht auch für das deutsche Volk (Deutsch-Österreich) gefordert wurde. Er begrüßte die Bildung eines deutsch-österreichischen Staates und forderte, daß derselbe eine demokratische Republik werde und die Verfassung durch

Digitized by Google

eine konstituierende Nationalversammlung baldmöglichst auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts der Männer und Frauen festgesetzt werde. Viktor Adler wurde in der provisorischen Regierung Außenminister, und mit ihm traten noch mehrere Genossen in die Regierung. K. Renner wurde Reichskanzler. Bezeichnend für die deutsch-österreichische Sozialdemokratie ist, daß auf ihre Veranlassung Friedrich Adler, der Mörder des Ministers v. Stürgkh, freigelassen und vom Parteitag in den Parteivorstand gewählt wurde. Sein Vater, Viktor Adler, ist am 9. November 1918 gestorben.

§ 3. Italien.

Italien war bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts das klassische Land der Anarchisten und Verschwörer. Eine eigentliche sozialistische Partei existiert erst seit 1892, in welchem Jahre sich die Mitglieder des Partito operaio mit den sog. Intellektuellen zusammenschlossen und die Teilnahme an den Wahlen und am Parlament als Kampfmittel in ihr Programm aufnahmen. Bei den Parlamentswahlen erhielt diese sozialistische Partei

		Stimmen	Mandate
im Jahre	1892	26000	6
„ „	1897	108086	16
„ „	1900	164944	32
„ „	1904	308525	36
„ „	1909	338885	42
„ „	1913 offizielle Sozialisten	883409	52
	1913 Reformisten	263538	27

Von Anfang an aber machten sich im Schoße der Partei verschiedene Richtungen geltend. In den Vordergrund trat der Gegensatz zwischen Integralisten und Reformisten. Die Integralisten sind die ins Italienische übersetzten orthodoxen Marxisten à la Bebel. Sie betonen das Endziel und die Revolution und betrachten die Reformen zugunsten der Arbeiter als etwas Nebensächliches. Die Reformisten dagegen ähneln den deutschen Revisionisten. Ohne daß sie das sozialistische Endziel verleugnen, gilt ihnen die Reformarbeit als die Hauptsache. Das Spielen mit revolutionären Phrasen verabscheuen sie und suchen eine Annäherung an

Digitized by Google

die Regierung. Der Reformismus entstand besonders seit 1898. Infolge der damaligen wirtschaftlichen Depression ließen sich die Arbeiter in Oberitalien zu einem Aufstand verleiten, der mit Gewalt unterdrückt wurde. Die Folge war eine große Ernüchterung der Arbeiter und die Erkenntnis, daß die Hoffnungen auf eine Revolution vorläufig vergeblich seien; und da die italienische Regierung damals Arbeiterfreundlichkeit zur Schau trug, glaubte man auf dem Wege der Reformen mehr zu erreichen. So entstand die Partei der Reformisten, mit Filippo Turati an der Spitze, der selbst früher Integralist gewesen war.

Wiederholt kam es auf den Kongressen zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Richtungen. Auf dem Parteitag zu Imola (1902) wurde nach langem Streit folgender Kompromißantrag Bonomis, eines Anhängers Turatis, mit 456 gegen 279 Stimmen angenommen, der beiden Richtungen gerecht zu werden sucht:

„Das Endziel des Sozialismus ist die Befreiung der Menschheit von der kapitalistischen Ausbeutung durch das Mittel des Kollektivismus. Der Weg zur Emanzipation ist der von dem klassenbewußten Proletariat geführte Klassenkampf gegen die wirtschaftliche und politische Organisation der Klasse der Monopolisten und Besitzer der Produktionsmittel. Da alle Reformen, welche die ökonomische, politische und moralische Hebung des Proletariats bezwecken, gleichzeitig zur Erreichung der sozialen Revolution beitragen, so erklärt der Kongreß die Existenz zweier verschiedener Tendenzen als wohl vereinbar. — Der Kongreß stellt fest, daß die Aktion der Partei reformistisch ist, weil revolutionär, und revolutionär, weil reformistisch, oder auch die einfachhin (semplicemente) sozialistische Parteitaktik."

Die Resolution erkennt ferner an, daß die Kammerfraktion in ihren Entschlüssen selbständig ist; daß sie sich indes in Fühlung mit den Anschauungen und Wünschen der großen Masse des Proletariats halten muß [1].

Ein neuer Versuch zur Vereinigung wurde auf dem Parteitag zu Bologna (April 1904) gemacht, doch ohne daß es zu einem nennenswerten Resultat gekommen wäre [2].

[1] Vgl. „Vorwärts", 10. September 1902.

[2] Vgl. Sozialistische Monatshefte 1904 I 359; II 599 ff.

Digitized by Google

In Bologna machte sich neben den Integralisten und Reformisten noch eine dritte sozialistische Richtung geltend: die der revolutionären Syndikalisten unter der Führung A. Labriolas und E. Leones, die gegenüber den reformistischen Bestrebungen wieder schärfer den revolutionären Charakter der Arbeiterbewegung betont und sich die gleichnamige französische Partei zum Muster nimmt. Die Syndikalisten verschmähen den Parlamentarismus und schwärmen für die direkte Aktion und für den Generalstreik. Die Gewerkschaften sollen immer mehr ausgebaut werden, alle Funktionen der heutigen Kapitalisten übernehmen und schließlich den Staat überflüssig machen. Eine Kraftprobe ihrer Taktik versuchten die Syndikalisten durch den großen Landarbeiterstreik in Parma, der auf dem Kongreß der Confederazione del lavoro zu Rom (April 1908) beschlossen und am 1. Mai begonnen wurde. Der Sekretär der Arbeiterkammer zu Parma — De Ambris — erklärte auf dem Kongreß, die genannte Kammer solle sich weigern, zur Schlichtung der entstandenen Differenzen mit den Arbeitgebern ein Schiedsgericht anzurufen: das würde den Klassenkampf und den Krieg bis aufs Messer zur Folge haben. Die bei den Landarbeitern auszugebende Parole solle lauten: Krieg dem Besitz; der Zweck des Streiks sei nicht, bestimmte Verbesserungen zu erzielen, sondern den Privatbesitz zu vernichten. Der von den Syndikalisten seit langem vorbereitete Streik sollte das Mittel abgeben, alle Landarbeiter der Poebene in den Wirbel hineinzuziehen und auch die größeren Orte, wie Mailand und Genua, zum Kampfe zu zwingen. Durch die ungeheure Ausdehnung, die der Streik annehmen sollte, müßte er, so hoffte man, einen revolutionären Verlauf nehmen und wäre deshalb ein getreues Bild eines syndikalistischen Aufstandes, der eine mehr oder weniger allgemeine Katastrophe des kapitalistischen Systems veranlassen könnte[1].

Die syndikalistischen Führer waren übrigens so klug, den Landarbeitern nicht ihre letzten Ziele zu enthüllen. Man spiegelte ihnen einige erreichbare Verbesserungen als eigentliches Ziel des Streikes

[1] Vgl. Biffolati, Der revolutionäre Syndikalismus und der Landarbeiterstreik in Parma (Sozialistische Monatshefte 1908, 1063 ff.).

Digitized by Google

vor, während man den Arbeitgebern die Sache so hinstellte, als handle es sich für sie um Sein oder Nichtsein. So mußte ein erbitterter Kampf entstehen, in dem jedoch die Arbeiter aus Mangel an Mitteln unterlagen und Tausende von Arbeiterfamilien in das größte Elend gerieten. Die Syndikalisten suchten zwar die Schuld am Mißlingen des Streiks von sich abzuwälzen und zufälligen Ursachen zuzuschreiben. Aber mit Unrecht. Sie haben die Landarbeiter gehetzt und ihnen große Massen von Hilfsgeldern versprochen, die ausblieben.

Man hätte meinen sollen, der Streik von Parma würde die syndikalistischen Führer zur Besonnenheit zurückführen. Das ist aber nicht der Fall gewesen. Das Konspirieren und Revolutionieren liegt ein bißchen im Blute des italienischen Arbeiters; nichts liegt ihm ferner als langsames, ausdauerndes Arbeiten für ein fernes Ziel. Auch war die Confederazione del lavoro viel zu fest organisiert und zu zahlreich, als daß sich eine baldige Richtungsänderung erwarten ließ. Die Confederazione zählte im Jahre 1908 ungefähr 200 000 Mitglieder. Die Führer der Syndikalisten haben übrigens erklärt, daß sie mit der sozialistischen Partei, wie sie jetzt ist, nichts mehr zu tun haben wollen.

Auf dem Sozialistenkongreß zu Florenz (September 1908) wurde ein neuer Versuch gemacht, Integralismus und Reformismus miteinander auszusöhnen; aber wieder ohne Erfolg. Nach langen Debatten wurde mit großer Mehrheit eine Resolution angenommen, die scheinbar den Integralisten entgegenkommt, aber in Wahrheit einen Sieg der Reformisten bedeutet. Zuerst werden in derselben die Grundsätze des revolutionären Syndikalismus verworfen, dann aber wird doch beschlossen, die sozialistische Partei Italiens solle die innigsten Beziehungen zur „Konföderation der Arbeit" unterhalten. Der Kongreß hält den Generalstreik gegenwärtig für eine gefährliche Waffe, weil er das Proletariat von der geduldigen Arbeit an der Organisation und schrittweisen Eroberung der Macht ablenkt, erkennt aber an, daß er als äußerstes Mittel wirksam sein könne, wenn die Reaktion den Aufstieg des Proletariats bedroht. Der Kongreß hält weiterhin die rein negative Aktion beständiger Opposition für unfruchtbar; man solle sich der Organisationen des Staates, der Gemeinden, der Arbeits-

Digitized by Google

ämter usw. bedienen, um eine bessere Lage für das Proletariat zu erringen; doch müsse sich die politische Aktion immer von der bürgerlichen unterscheiden, auch wenn ein vorübergehendes Bündnis bestehe; man solle in den Arbeitern das Bewußtsein rege halten, daß die Klassenkonflikte, solange das kapitalistische Eigentum besteht, unvermeidlich sind. Der Kongreß erachtet ferner für nötig, die sozialistische Parlamentsfraktion durch direkte Vertreter der Arbeiterorganisationen zu ergänzen. Die Parlamentsfraktion soll mit den Vertretern der Partei und der „Konföderation der Arbeit" gemeinsam alle wichtigen Beschlüsse über ihre Taktik beraten.

Die große Mehrheit der italienischen Sozialisten scheint sich immer mehr den Integralisten (Maximalisten) zuzuwenden, die jetzt einfachhin „Sozialisten" oder „offizielle Sozialisten" heißen und infolge des erweiterten Wahlrechts bei den Kammerwahlen im Jahre 1913, wie schon angegeben wurde, 883409 Stimmen zusammenbrachten und 52 Mandate eroberten, während die Reformisten 263538 Stimmen und 27 Mandate erhielten.

Obwohl die Sozialisten Italiens den Krieg an sich nicht wollten, haben sie sich doch im Kriege auf die Seite des Vaterlandes gestellt. Jetzt, da der Friede hergestellt ist, erwacht in ihnen wieder das revolutionäre Bewußtsein. Anfang Oktober 1919 fand zu Bologna ein Parteitag statt, auf dem die Maximalisten oder Integralisten (Partei des „Avanti") einen vollen Sieg davontrugen. Die Reformisten stimmten mit ihnen für eine gemeinsame Tagesordnung, in der die russische Revolution als das beglückendste Ereignis in der Geschichte des Proletariats begrüßt und dann die Notwendigkeit hervorgehoben wird, die kommunistischen Grundsätze zu betonen und von der Gewalt Gebrauch zu machen, um die Gewalt der Bourgeoisie zurückzuweisen. Weil das frühere Parteiprogramm zu den neuen Auffassungen nicht mehr zu stimmen schien, wurde es durch ein neues ersetzt, das folgenden Wortlaut hat[1]:

„In Erwägung, daß in der heutigen Gesellschaftsordnung die Menschen in zwei Klassen geschieden sind: die der ausgebeuteten Arbeiter und die

[1] „Vorwärts" 1919, Nr 530.

Digitized by Google

der Kapitalisten, die den sozialen Reichtum inne haben und monopolisieren; daß die Lohnarbeiter beiderlei Geschlechts in allen Berufen und Lagen durch ihre wirtschaftliche Abhängigkeit das Proletariat bilden, das in einem Zustande des Elendes, der Minderwertigkeit und der Bedrückung gehalten wird;

in Erwägung, daß die heutigen wirtschaftlich-sozialen Einrichtungen, die das verhaßte politische System verteidigt, die Herrschaft der Monopolisatoren des sozialen und natürlichen Reichtums über die Arbeiterklasse darstellen;

daß die Arbeiter ihre Befreiung nur durch die Sozialisierung der Arbeitsmittel (Bergwerke, Fabriken, Beförderungsmittel usw.) und durch die gesellschaftliche Verwaltung der Produktion erlangen können;

in Erwägung, daß die kapitalistische Gesellschaft und der aus ihr folgende Imperialismus blutige Kriege entfesselt hat und in Zukunft in immer größerem Umfange entfesseln wird;

daß allein der Sozialismus zum bürgerlichen und wirtschaftlichen Frieden führen wird;

daß die in allen Kulturländern zutage tretende Zerrüttung offenkundig den Bankrott anzeigt, der Sieger und Besiegte bedroht;

daß die klar zutage liegende Unfähigkeit der bürgerlichen Klasse, den von ihr heraufbeschworenen Schaden zu heilen, das Einsetzen einer revolutionären Periode tiefgehender Umgestaltung der Gesellschaft anzeigt, die zum gewaltsamen Umsturz der kapitalistischen Herrschaft und zur Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht durch das Proletariat führt;

daß die Werkzeuge der Bedrückung und Ausbeutung der bürgerlichen Herrschaft (Staat, Gemeinde und öffentliche Verwaltungen) in keiner Weise in Organe proletarischer Befreiung umgestaltet werden können;

daß diesen Werkzeugen neue proletarische Werkzeuge entgegengestellt werden müssen (Arbeiterräte, Landarbeiterräte, Wirtschaftsräte usw.), die zuerst im bürgerlichen Regime funktionieren, als Organe des gewaltsamen Befreiungskampfes, um dann die Träger der sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltung und der neuen kommunistischen Ordnung zu werden;

daß die gewaltsame Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiter den Übergang dieser Macht von der bürgerlichen auf die proletarische Klasse bezeichnen muß und den Eintritt in das Übergangsregime der Diktatur des gesamten Proletariats;

Digitized by Google

daß in diesem Regime der Diktatur die geschichtliche Periode der sozialen Umgestaltung durch den Kommunismus beschleunigt werden soll, worauf mit dem Verschwinden der Klassen auch jede Klassenherrschaft verschwindet und die freie Entwicklung jedes einzelnen die Bedingung der freien Entwicklung aller wird, beschließt der Parteitag:

1. Die Organisation der sozialistischen Partei Italiens den oben dargelegten Grundsätzen anzupassen;

2. der dritten Internationale beizutreten als dem Organ des Weltproletariats, das diese Grundsätze vertritt und verteidigt;

3. bei den auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Gewerkschaften dahinzuwirken, daß sie ihre Tätigkeit auf den vollkommenen Sieg der dargelegten Grundsätze richten."

Bei den letzten Kammerwahlen im Dezember 1919 errangen die Sozialisten (Maximalisten oder Integralisten) einen vollständigen Sieg über die Reformisten. Sie erhielten 156 Abgeordnete, die Reformisten dagegen bloß 14.

§ 4. Belgien.

Die mächtige sozialistische Partei Belgiens hält im wesentlichen an den Grundsätzen des Marxismus fest, wie aus ihrem Programm hervorgeht, dessen prinzipieller Teil also lautet[1]:

„1. Die Reichtümer im allgemeinen und die Produktionsmittel im besondern sind entweder von Natur vorhandene Kräfte oder die Frucht der geistigen und leiblichen Arbeit sowohl der früheren Geschlechter als der jetzt lebenden Generation. Sie müssen folglich als das gemeinsame Erbteil (patrimoine) der Menschheit angesehen werden.

2. Das Recht auf den Genuß dieses Erbteils, sowohl von seiten der Individuen als sozialer Gruppen, kann keine andere Grundlage haben als den gesellschaftlichen Nutzen, und keinen andern Zweck als den: jedem menschlichen Wesen die größtmögliche Summe von Freiheit und Wohlergehen zu sichern.

3. Die Verwirklichung dieses Ideals ist unvereinbar mit der Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, welche die Gesellschaft in zwei notwendig einander feindliche Parteien scheidet, von denen die eine das

[1] Vgl. Destrée et Vandervelde, Le socialisme en Belgique (Paris 1903) 421 ff.

Digitized by Google

Eigentum ohne Arbeit genießen kann, während die andere verpflichtet ist, einen Teil ihres Arbeitsertrages der besitzenden Klasse zu überlassen.

4. Die Arbeiter können ihre vollständige Befreiung nur von der Beseitigung der Gesellschaftsklassen und einer radikalen Umgestaltung der gegenwärtigen Gesellschaft erwarten.

Diese Umwandlung wird nicht nur dem Proletariat zugute kommen, sondern der gesamten Menschheit; da sie aber den unmittelbaren Interessen der besitzenden Klassen zuwiderläuft, so kann die Befreiung der Arbeiter wesentlich nur das Werk der Arbeiter selbst sein.

5. Ihr Ziel in der wirtschaftlichen Ordnung muß sein, sich den freien und unentgeltlichen Gebrauch aller Produktionsmittel zu sichern. In einer Gesellschaft, in der das Zusammenarbeiten vieler immer mehr an die Stelle der individuellen Arbeit tritt, kann dieses Ziel nur durch die Aneignung aller Naturkräfte und aller Arbeitsmittel von seiten der Gesamtheit erreicht werden.

6. Die Umwandlung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in die kollektivistische (sozialistische) wird notwendig entsprechende Umgestaltungen nach sich ziehen:

a) in der moralischen Ordnung durch die Entwicklung der altruistischen Gesinnungen und die Übung der Solidarität;

b) in der politischen Ordnung durch die Umwandlung des Staates in eine Administrativverwaltung der Sachen (en administration des choses.)

7. Der Sozialismus muß folglich gleichzeitig die wirtschaftliche, moralische und politische Emanzipation des Proletariates anstreben. Nichtsdestoweniger muß der wirtschaftliche Gesichtspunkt der ausschlaggebende sein; denn die Konzentration des Kapitals in den Händen einer einzigen Klasse bildet die Grundlage für alle Arten ihrer Herrschaft.

Zur Verwirklichung dieser Grundsätze erklärt die Arbeiterpartei:

1. daß sie sich betrachtet als die Repräsentantin nicht nur der arbeitenden Klasse, sondern aller Unterdrückten ohne Unterschied der Nationalität, der Religion, der Rasse oder des Geschlechts;

2. daß die Sozialisten aller Länder miteinander solidarisch sein müssen, weil die Emanzipation der Arbeiter nicht eine nationale, sondern eine internationale Aufgabe ist;

3. daß die Arbeiter in ihrem Kampfe gegen die Kapitalistenklasse alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel gebrauchen müssen, besonders die

Digitized by Google

Beteiligung an der Politik, die Entwicklung der freien Genossenschaften und die unabläßige Propaganda ihrer sozialistischen Grundsätze."

Es folgt dann noch ein besonderes politisches und ein wirtschaftliches Programm, aus denen wir nur die wichtigsten Forderungen hervorheben.

Im politischen Teil wird gefordert: das allgemeine Wahlrecht aller Personen über 21 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts, die proportionelle Volksvertretung, die Bestreitung aller Wahlkosten durch den Staat; Absetzbarkeit jedes Abgeordneten durch seinen Wahlkreis, Abschaffung des Senats, Einsetzung von besondern gesetzgebenden Räten (conseils législatifs) für die verschiedenen sozialen Funktionen (Industrie, Handel, Landwirtschaft, Unterricht), die in ihrem Gebiet unter Vorbehalt des Vetos von seiten des Parlaments unabhängig sein sollen; das Recht des Volkes auf gesetzgeberische Initiative und das Referendum über gesetzgeberische, Provinzial- und Kommunalangelegenheiten. Der Unterricht in der Volksschule soll obligatorisch, weltlich (laïque) und unentgeltlich sein, vom Staate bezahlt werden. Unterhalt der Kinder, die die Schule besuchen, auf Staatskosten. Auch der mittlere und höhere Unterricht soll unentgeltlich und weltlich sein und vom Staate bezahlt werden. Die Leitung der Schulen untersteht dem Staat; nur die staatlichen Universitäten sollen autonom und die freien Universitäten gesetzlich anerkannt werden. Weitere Forderungen sind: Trennung von Kirche und Staat, Abschaffung des Kultusbudgets, bürgerliche Gleichheit beider Geschlechter und der ehelichen und unehelichen Kinder, Revision des Ehescheidungsgesetzes, Beseitigung der einschränkenden Maßregeln gegen alle Arten von Freiheiten, Wählbarkeit der Richter, Abschaffung der Armeen und als Übergangsmaßregel allgemeine Volksbewaffnung.

Das besondere wirtschaftliche Programm verlangt die Organisation der Statistik, gesetzliche Anerkennung der Assoziationen und Gewährung voller Freiheit an dieselben, gesetzliche Regelung des Arbeitsvertrags, Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetze auf alle Arten von Industrien, auf die Landwirtschaft, Schiffahrt und Fischerei, Festsetzung des Minimallohnes und der Maximalarbeitszeit für die industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter, für die Angestellten des Staates, der Provinzen, Gemeinden und Unternehmer öffentlicher Arbeiten. Festsetzung eines Maximalgehaltes von 6000 Franken für die öffentlichen Beamten und Angestellten; Umwandlung der öffentlichen Unterstützung in eine allgemeine Versicherung aller Bürger für den Fall der Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfähigkeit infolge von Krankheit, Alter oder Unfällen und im Todesfall (für Witwen und Waisen);

Digitized by Google

Abschaffung aller indirekten Steuern, progressive Einkommensteuer, Unterdrückung der Intestaterbfolge außer in gerader Linie, allmähliche Ausdehnung der staatlichen Herrschaft in bezug auf Bank- und Kreditwesen, Verstaatlichung der Bergwerke, Steinbrüche und der großen Produktions- und Transportmittel, Verstaatlichung der Wälder, allmähliche Beschlagnahme des Grundeigentums durch den Staat und die Gemeinden usw.

Wir übergehen die übrigen einzelnen Maßregeln zugunsten der Arbeiter in der Industrie und Landwirtschaft und das Kommunalprogramm. Manche von den gemachten Vorschlägen können auch von den nichtsozialistischen Parteien angenommen werden. Es versteht sich übrigens von selbst, daß die meisten derselben im Sinne der Sozialisten nur Übergangsmaßregeln sind und mit der vollen Durchführung des sozialistischen Gedankens von selbst wieder in Wegfall kämen. Soviel ist gewiß, daß — abgesehen von dem prinzipiellen Teil — sich leicht auf Grund des obigen Programms eine gemäßigte reformistische und revisionistische Arbeiterpartei entwickeln könnte.

Bei den Hauptwahlen für die Abgeordnetenkammer erhielten die belgischen sozialistischen Kandidaten nach den offiziellen Berichten Stimmen:

im Jahre 1890:	307 932,	im Jahre 1902:	57 526
„ „ 1904:	296 599,	„ „ 1906:	87 734
„ „ 1908:	276 298[1].		

Seit den Wahlen im Mai 1912 hatten die Sozialisten 44 Abgeordnete. — Die rührige Partei besitzt eine große Anzahl von Zeitschriften und Zeitungen. Offiziell von der Partei anerkannt sind die täglich erscheinenden Blätter „Le Peuple", „L'Echo du Peuple", „De Vooruit" und „De Werker".

An der Spitze der sozialistischen Partei steht der „souveräne" Kongreß, der jährlich stattfindet; die fortlaufenden Geschäfte besorgt

[1] Zum Verständnis dieser Zahlen sei bemerkt, daß bis zum Weltkrieg in Belgien alle zwei Jahre die Hälfte der Kammer neu gewählt wurde, so daß jede Hälfte des Landes alle vier Jahre Neuwahlen vornahm. In den Jahren 1912 und 1914 hatten die Liberalen und Sozialisten für mehrere Wahlkreise ein Bündnis geschlossen und die Stimmen nicht getrennt gezählt. Für das Jahr 1914 berechnet L. de Brouckère die sozialistischen Stimmen auf 406 766 (vgl. Die Neue Zeit, 32. Jahrg. II 802); die Zahl ist jedenfalls nicht zu niedrig berechnet.

Digitized by Google

der Generalrat (conseil général), dessen Mitglieder zum Teil vom Kongreß und zum Teil von den einzelnen Bezirken gewählt werden.

Wie in der deutschen existiert auch in der belgischen Sozialdemokratie ein gemäßigter, revisionistischer und ein radikaler Flügel. Auf der ersteren stehen z. B. Anseele, Vandervelde, Bertrand, auf dem letzteren de Brouckère u. a. Während des Krieges ist Vandervelde in das erweiterte belgische Ministerium eingetreten. Der Krieg lenkte die Aufmerksamkeit der Sozialisten ganz auf die Verteidigung des Landes.

Bei den Wahlen im November 1919 erhielten die Sozialisten in Belgien 70 Mandate für die Kammer und 20 für den Senat. Auf dem außerordentlichen Parteitag zu Brüssel am Ende desselben Monats einigten sich die belgischen Sozialdemokraten mit 1400 gegen 152 Stimmen auf den Beschluß der Teilnahme der Sozialisten an der Regierung. Im Zusammenhang damit setzte man folgendes Minimalprogramm fest: Allgemeines und gleiches Wahlrecht für alle Männer, die das einundzwanzigste Lebensjahr überschritten haben; Abschaffung oder Demokratisierung des Senats, Herabsetzung der Militärdienstzeit, Fortentwicklung der sozialen Gesetzgebung, Abschaffung des Artikels 310 des Gesetzes über das Verbot der Streiks, Reglementierung der Heimarbeit, Verwaltung der Eisenbahnen durch ein autonomes Regime und Fortentwicklung des Unterrichts. Dazu bemerkt der „Vorwärts", das sei ein sehr maßvolles Programm. Während früher die Sozialisten prinzipiell die volle Gleichberechtigung der Frauen forderten, halten sie ihnen jetzt aus Furcht vor klerikaler Gesinnung das Wahlrecht vor. Das ist die Prinzipienfestigkeit der Sozialisten.

§ 5. England.

In England hat bis heute der Sozialismus verhältnismäßig wenig Eingang gefunden, obwohl dort so viele deutsche und französische Sozialisten die vollste Freiheit der Propaganda besaßen. Engels sagte im Jahre 1895: „Ich bin nun doch zu der Ansicht gekommen, daß die englischen Arbeiter gar nicht daran denken, der kapitalistischen Wirtschaft den Garaus zu machen, sondern nur darauf bedacht sind, sich möglichst gut unter ihr zu stellen." Bernstein

Digitized by Google

stimmt diesem Urteile bei[1]. Der praktische Sinn des Engländers ist utopischen Träumereien abhold. Die mächtigen Gewerkvereine richten ihre Bestrebungen auf das unmittelbar Erreichbare und jagen nicht nebelhaften Phantomen nach. Der Sozialdemokrat Hyndman anerkannte diese Tatsache und spottete darüber mit grimmigem Hohn. Die englischen Arbeiter, meinte er, „sind gemäßigte, empfindsame, langduldende Lohnsklaven, die nicht daran denken, in Wirklichkeit ihre Arbeitgeber zu schädigen oder die geheiligten Rechte des Privateigentums . . . zu erschüttern. Das würde ja Revolution bedeuten, und englische Arbeiter sind keine Revolutionäre."[2]

Doch bereitet sich allmählich ein Umschwung vor. Im Jahre 1900 bildete sich eine eigene Arbeiterpartei (Labour Party), die im Jahre 1910: 1481368 und im Jahre 1917 ungefähr $2^1/_2$ Millionen lauter gewerkschaftlich organisierte Mitglieder zählte.

Bei den Wahlen im Jahre 1906 brachte die Arbeiterpartei 30 Kandidaten durch, die sich sofort als eigene unabhängige Arbeiterfraktion konstituierten und Keir Hardie zu ihrem Führer wählten. Im Jahre 1910 erhielten die 77 Kandidaten der Partei 505696 Stimmen; gewählt wurden davon 40. Auf dem Jahreskongreß der Partei zu London (1908) kamen zwei sozialistische Anträge zur Verhandlung. Der eine verlangte, daß die Partei in ihren Satzungen ausspreche, ihr Ziel sei der Umsturz des kapitalistischen Systems und die Einführung des Sozialismus. Der zweite erklärte, die Partei solle für die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Herstellung der sozialen Gleichheit wirken. Der letztere Antrag wurde mit 560000 gegen 412000 Stimmen angenommen, der erstere dagegen mit 951000 gegen 91000 Stimmen abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte aber, wie mehrere Redner betonten, nicht aus prinzipieller Verwerfung des Sozialismus, sondern aus Opportunitätsrücksichten, weil man diejenigen Arbeiter, die noch nicht für den Sozialismus reif seien, nicht aus der Partei hinausdrängen und diese dadurch spalten wolle.

Auf dem Jahreskongreß zu Newport (9. Februar 1910) erklärte Keir Hardie, von den 43 Millionen der Bevölkerung des vereinigten

[1] Vgl. Soziale Praxis 9. Jahrg. 1899—1900, Kol. 1288.
[2] Vgl. ebd. Kol. 1287.

Digitized by Google

Königreichs seien 39 Millionen arm; es sei Aufgabe der Arbeiterpartei, die Verteilung des Nationaleinkommens zu ändern; sie erkenne mehr und mehr, daß die Arbeitermassen in Lohnsklaverei bleiben, solange sie die Produktionsmittel nicht beherrschen.

Am 23. Januar 1918 hat die Arbeiterpartei eine Neugestaltung ihrer Organisation vorgenommen. Bisher bildeten den Hauptbestandteil der Partei nicht die einzelnen Arbeiter oder Gewerkschaftsglieder, sondern die Gesamtorganisationen, die sich als solche mit Stimmenmehrheit der Partei angeschlossen hatten. Ferner gehörten ihr die Unabhängige Arbeiterpartei, die Britische Sozialistische Partei und die Fabier-Gesellschaft an. Fortan sollen zwar auch die Gewerkschaften als Grundstock in der Partei bleiben, daneben aber in den wichtigsten Wahlkreisen lokale Wahlvereine gegründet werden, und zwar sowohl Männer- als Frauenvereine, denen sich nicht nur Handarbeiter, sondern auch Kopfarbeiter anschließen können. Der leitende Zentralausschuß, der Vorstand der neuorganisierten Partei, soll aus 11 Erwählten der Gewerkschaften, 5 Vertretern der männlichen und 4 Vertreterinnen der weiblichen Wahlvereine bestehen.

Ein eigentliches Programm hat die „Arbeiterpartei" noch nicht; doch wurden auf dem letzten Jahreskongreß zu Nottingham mehrere sehr dehnbare Richtlinien für die Haltung der Partei aufgestellt. Um den Hand- wie Kopfarbeitern die Früchte ihrer Arbeit zu sichern, soll für eine gerechte Verteilung der Produkte auf Grundlage des Gemeinbesitzes der Produktionsmittel und ebenso für das beste System der Volksregierung gesorgt werden; ferner ist die politische und wirtschaftliche Befreiung des Volkes zu fördern und dahin zu wirken, daß das gesellschaftliche Lebensniveau der arbeitenden Klassen Englands und seiner Kolonien erhöht wird.

Bei den Parlamentswahlen im Dezember 1918 hat die Unabhängige Arbeiterpartei (Independent Labour Party, die radikalere Richtung unter den Arbeitern) keinen einzigen Kandidaten durchgebracht. Sie ist aus dem Parlament verschwunden. Auch die Arbeiterpartei hat nicht den gehofften Erfolg gehabt. Sie hatte auf mindestens 100 Sitze im Parlament gerechnet, hat aber nur 65 erhalten.

Digitized by Google

§ 6. Schweiz.

Das erste Programm der schweizerischen Sozialdemokratie aus dem Jahre 1870 lehnt sich eng an das Eisenacher Programm an. Es wurde im Jahre 1877 der Hauptsache nach auch vom „Grütliverein", dem nur Schweizer als Mitglieder angehörten, angenommen. Neben dem Grütliverein, der in seiner Blüteperiode 16000 Mitglieder zählte, konnte eine eigene sozialdemokratische Partei nicht aufkommen. Deshalb wurde auf dem Parteitag zu Solothurn im Jahre 1901 der Grütliverein als die organisatorische Grundlage der sozialdemokratischen Partei erklärt und seinem Zentralkomitee auch die Aufgabe der Geschäftsleitung der sozialdemokratischen Partei übertragen. Die Partei bedurfte nur eines neuen Programms, und ein solches wurde auf dem im November 1904 in Zürich abgehaltenen Parteitag angenommen[1].

Das Programm beginnt mit einem prinzipiellen Teil. Das Endziel der Sozialdemokratie ist eine Gesellschaftsordnung, die allen Gliedern Wohlstand und Unabhängigkeit sichert und es ihnen ermöglicht, zu höherer Kultur emporzusteigen. Das Mittel dazu ist die Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft und der Ersatz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch eine Gemeinwirtschaft mit demokratischer Grundlage. Von dem Wege zu diesem Ziel heißt es: „Die schweizerische sozialdemokratische Partei strebt die Sozialisierung der Produktionsmittel zunächst an auf dem Wege der Verstaatlichung derjenigen Gebiete des Verkehrs, des Handels und der Industrie, die nach ihrem Monopolcharakter und nach dem Stande der technischen Entwicklung sich zur Verstaatlichung eignen oder deren Verstaatlichung das gesellschaftliche Interesse sonstwie fordert." In bezug auf die Agrarfrage ist interessant, daß das Programm anerkennt, es bestehe weder die Notwendigkeit der Vergesellschaftung des kleinbäuerlichen Eigentums, das in der Schweiz vorherrscht, noch die wirtschaftliche und technische Vorbedingung dazu. Die Sozialdemokratie will vielmehr die Ergiebigkeit der Landwirtschaft steigern, dem Bauern den Ertrag seiner Arbeit sichern und namentlich der Verschuldung entgegenarbeiten. Daß auch Trennung von Kirche und Staat, Gleichheit aller Bürger ohne Unterschied des Geschlechts im Programm

[1] Vgl. Die Neue Zeit, 23. Jahrg. (1905) I 347 ff.

Digitized by Google

auftreten, darf in Anbetracht der allgemeinen Grundsätze der Sozialdemokratie nicht wundernehmen.

Die sozialdemokratische Partei baute sich bis in die jüngste Zeit auf der föderativen Grundlage kantonaler Verbände auf, da die Kantone und ebenso die Gemeinden noch viel Autonomie besitzen. Ihre Haupttätigkeit entfaltete sich auch in Gemeinden und Kantonen. Im Bund hatte sie bis in die jüngste Zeit geringe Bedeutung. Bei den Wahlen zum Nationalrat im Jahre 1908 erhielt sie 7 Mandate (von 167) und im Jahre 1912 16 (von 189). Daher kam es auch, daß die sozialdemokratischen Verbände der Gemeinden und Kantone zuerst an sich dachten und in der Angabe ihrer Mitgliederzahl sehr zurückhaltend waren. Ende 1910 wurden im ganzen 24 987 organisierte Sozialdemokraten gezählt, davon gehörten 10 600 zum Grütliverein. Der Grütlikalender für 1910 (S. 74) klagte: „Die sozialdemokratische Partei ist an Zahl der Mitglieder nicht gewachsen", aber er tröstete sich mit dem Wachstum an innerer Festigkeit".

Seit 1911 wurden viele Versuche gemacht, dem Grütliverein seine privilegierte Stellung zu nehmen. Dieselben gingen zuerst von ausländischen Sozialisten aus, fanden aber allmählich auch bei Gliedern des Grütlivereins selbst Unterstützung. Nach mannigfachen Verhandlungen und Abstimmungen lehnte eine Delegiertenversammlung des Grütlivereins am 30. Oktober 1915 in Zug die Auflösung des Grütlivereins ab und brach die Beziehungen des Grütlivereins zur sozialdemokratischen Partei ab „wegen taktischer und prinzipieller Meinungsverschiedenheiten von der Politik des damaligen herrschenden linken Flügels der Sozialdemokratie" [1].

Der sozialdemokratische Parteitag in Zürich (4. und 5. November 1916) stand also vor einer vollzogenen Spaltung und mußte, da der Grütliverein aus der Gesamtpartei ausgetreten war, auch die Vereinsstatuten revidieren. Der Entwurf zu den neuen Statuten wurde zwar dem Parteitage vorgelegt, aber zu einer eingehenden Beratung fehlte die Zeit und deshalb wurde auf Antrag der Basler Genossen beschlossen:

[1] Vgl. Die Neue Zeit, 35. Jahrg. (1916) I 292.

Digitized by Google

„Nachdem die Organe des Schweizerischen Grütlivereins der Parteieinheit systematisch entgegengearbeitet haben und die Delegiertenversammlung in Zug die Politik des Zentralkomitees und des Grütlivereins nicht nur sanktionierte, sondern jede weitere Einigungsverhandlung ablehnte, erklärt der Parteitag den Grütliverein als außerhalb der Sozialdemokratischen Partei stehend. Die Mitgliedschaft einer lokalen Organisation oder einzelner Person beim Grütliverein ist mit der Zugehörigkeit zur Partei unvereinbar. Bis zum 1. Januar 1918 haben sich die lokalen Grütlivereine zu entscheiden, ob sie bei der Partei oder beim Grütliverein bleiben wollen. Grütlivereine, die bis dann aus dem Grütliverein nicht ausgetreten, sind vom Parteivorstand auf Antrag der Geschäftsleitung von der Liste der Parteivereine zu streichen. Mitglieder von aus der Partei ausgetretenen oder gestrichenen Grütlivereinen, die in öffentliche Ämter gewählt sind, werden nicht mehr als Vertreter der Partei betrachtet und sind zur Mandatsniederlegung aufzufordern. Dem ‚Grütlianer' wird der Charakter eines Zentralorgans der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz abgesprochen."

Der weitere Verlauf wird zeigen müssen, welche von beiden Parteien die stärkere ist oder die größere Werbekraft besitzt. Wenn nicht alle Zeichen trügen, wird die radikalere Richtung die Oberhand gewinnen. Unmittelbar vor der Trennung besaß die Gesamtpartei 27 500 Mitglieder (um 2100 weniger als im Jahre 1915). Bis Anfang 1917 waren 1300 Mitglieder aus der Parteiorganisation ausgetreten, um sich dem Grütliverein anzuschließen, umgekehrt sind 2000 Mitglieder aus dem Grütliverein aus- und der Sozialdemokratischen Partei beigetreten.

Am 1. und 2. Dezember 1917 hielt die schweizerische Sozialdemokratische Partei ihren Parteitag zu Aarau; ihm folgte am 9. Dezember in Baden (Schweiz) der Parteitag des Grütlivereins. Dieser hat die Trennung zwischen beiden Parteien, die durch ihre verschiedene Stellungnahme zur Frage der Landesverteidigung und Militärkreditbewilligung hervorgerufen war, definitiv besiegelt. Der Name „Schweizerischer Grütliverein" wurde beibehalten, demselben aber der Untertitel „Sozialdemokratische Volkspartei" beigefügt. Die Sozialdemokratische Partei nahm infolge der Züricher Unruhen den Antrag an, die Jugendorganisationen der Arbeiterschaft seien an das Pro-

Digitized by Google

gramm und die Partei gebunden; politische Aktionen, welche die Gesamtpartei angehen, bedürften der Zustimmung der zuständigen Parteikörperschaft. Ein anderer angenommener Antrag unterwirft die Beschlüsse des Parteitages einer Urabstimmung, wenn ein Drittel der Delegierten eines Parteitages oder der Parteisektionen einen entsprechenden Antrag stellen. Die Differenzen in der Nationalratsfraktion über die Landesverteidigung veranlaßten den Beschluß, die Parteivertreter seien gehalten, den Bestimmungen nachzukommen oder ihre Mandate niederzulegen.

Die sozialdemokratische Partei der Schweiz enthält viele ausländische Elemente und scheint, durch diese beeinflußt, immer mehr in das Fahrwasser des radikalen Revolutionismus einzulenken. Im November 1918 sollte nach Beschluß eines Oltener Komitees der Generalstreik inszeniert und die Revolution inauguriert werden. Glücklicherweise hat sich die Bewegung an der entschiedenen Haltung des Bundesrates und der großen Mehrheit des Schweizervolkes gebrochen.

Bei den Nationalratswahlen am 26. Oktober 1919, bei denen zum erstenmal nach der Verhältniswahl abgestimmt wurde, erhielten die Sozialdemokraten 39 Abgeordnete, die Grütlianer 3 (von im Ganzen 198).

§ 7. Holland.

Bis zum Jahre 1894 waren die holländischen organisierten Arbeiter vorwiegend Anhänger des Anarchismus. Erst im genannten Jahre, als es ihrem Führer Domela Nieuwenhuis gelungen war, auf dem Groninger Kongreß den Beschluß durchzusetzen, der die Teilnahme der Arbeiter an den politischen Wahlen verurteilte, konstituierte sich am 26. August zu Zwolle eine eigene „Sozialdemokratische Arbeiterpartei" (S D. A. P.) Die neue Partei, an deren Spitze unter andern Troelstra, van Kol, Vliegen standen, entwickelte sich mächtig und drängte die anarchistische Richtung in den Hintergrund. Bei den Hauptwahlen zur Zweiten Kammer wurden im Jahre 1897: 13035, im Jahre 1901: 38279, im Jahre 1905: 65743 und im Jahre 1909: 82300 sozialistische Stimmen abgegeben. Vor dem Krieg hatten die Sozialisten 18 Sitze in der

Digitized by Google

Kammer. Das Programm der „Sozialdemokratischen Arbeiterpartei" schließt sich eng an das Erfurter Programm an.

Es beklagt die zunehmende Scheidung der Gesellschaft in wenige Besitzende und eine ungeheure Zahl von besitzlosen Proletariern, die unter der Herrschaft des Kapitalismus eingetreten sei. Obwohl das gesellschaftliche Vermögen beständig zunehme, komme es doch den Arbeitern nicht zugute, vermehre sich die Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Vermehrung der Arbeitszeit, die Kaufkraft der Massen nehme ab, die schnell aufeinanderfolgenden Krisen und Bankrotte bewiesen, daß unter dem Prinzip der bestehenden Privatproduktion die Menschheit die Produktion nicht mehr beherrschen könne. „Neben diesen Anzeichen des Übergangs der bestehenden Produktionsweise führen die Notwendigkeit der Verwertung der Maschinen in immer größerem Umfang, die Konzentration aller Arbeitsmittel in den Händen einer stets kleiner werdenden Anzahl von Personen und die Vereinigung derselben zu Gesellschaften, welche alle Konkurrenz ertöten (Trusts u. dgl.), notwendig zur gesellschaftlichen Organisation der Produktion (zur sozialistischen Gesellschaft). Unter dem Einfluß dieser ökonomischen Revolution hat sich ein Teil des Proletariats zu dem Zwecke vereinigt, die sozialistische Produktionsweise zu fördern." Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei betont den internationalen Charakter der sozialistischen Bewegung, sie will das Klassenbewußtsein des Proletariats wecken und die politische Macht zu erobern suchen. Sie unterstützt jede Bewegung der Arbeiter zur Erlangung einer besseren Lebenslage, um dadurch ihr Klassenbewußtsein gegenüber den Besitzenden zu verstärken. „Solange den Arbeitern die Eroberung der Staatsgewalt unmöglich ist, wird sie trachten, alle politischen Rechte zu erlangen und diese zu gebrauchen, sowohl um das ganze Proletariat zum Klassenkampf zu organisieren, als auch um Einfluß zu gewinnen auf die Gesetzgebung zum Zweck der unmittelbaren Verbesserung der Lage der besitzlosen Klasse und der Beschleunigung der ökonomischen Revolution."

Als unmittelbare Forderungen an den heutigen Staat erwähnt das Programm das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht für Männer und Frauen vom 20. Jahre an. Proportionalvertretung der Minderheiten, beständige Absetzbarkeit der Gewählten durch die Wähler. Einführung der Volksinitiative für die Gesetzgebung und des Volksreferendums. Volle Koalitions-, Preß- und Redefreiheit, Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau gegenüber dem Manne zurücksetzen, Trennung

Digitized by Google

von Kirche und Staat, Verstaatlichung von Grund und Boden (Landnationalisation) und der Industriemonopole, Gesetzgebung zum Schutze der Arbeiter usw.[1]

Wie in Deutschland so bekämpfen sich gegenwärtig auch in Holland in der sozialistischen Partei zwei Richtungen: die marxistische und revisionistische. Die große Mehrheit der Partei scheint dem Reformismus oder Revisionismus zu huldigen. Das entspricht auch mehr dem praktischen, nüchternen Sinn des Holländers. Die starren Marxisten sind natürlich damit nicht zufrieden und üben deshalb in der Presse (ihr Organ ist „De Tribune") und auf den Parteitagen scharfe Kritik an der revisionistischen Parteileitung und der parlamentarischen Fraktion. Besonders Genossin Roland-Holst gilt als eine Hauptwächterin der marxistischen Prinzipien gegen den Revisionismus. Auf dem Parteitag zu Arnheim (April 1908) wurde ein die bisherige Haltung der Partei und die Leitung des Parteiorgans („Het Volk") billigender Antrag mit 204 gegen 80 Stimmen angenommen. Seit 1909 hat sich ein Teil der Radikalen (Marxisten) unter dem Namen „Sozialdemokratische Partei" (S. D. P.) von der Hauptpartei abgezweigt, ohne jedoch zu größerer Bedeutung zu gelangen.

Auch in Holland hat der Krieg unter den Sozialisten eine Krise hervorgerufen. Am 3. August 1914 bewilligte die sozialdemokratische Fraktion in der Zweiten Kammer die Mobilisierungskredite für die Aufrechterhaltung der Neutralität. Ihr Führer Troelstra sagte damals, die Mobilisierung habe nur den Zweck, den Krieg vom Lande fernzuhalten, prinzipiell stehe daher die Sozialdemokratie an der Seite der Regierung. Kritik über das Verhalten der Regierung sei jetzt nicht am Platz. Während des Krieges müsse der Kampf der Sozialdemokratie gegen den Militarismus und Kapitalismus eingestellt werden. Der Nationalgedanke beherrsche jetzt die Völker. Das Parteiorgan „Het Volk" brachte eine Reihe von Artikeln in demselben Sinn.

---

[1] Das ganze Programm ist wörtlich abgedruckt in der holländischen Übersetzung der vorliegenden Schrift: Het Socialisme (Leiden 1905, Uitgevers Venootschap Futura) 84 ff.

Digitized by Google

Dagegen machte sich bald eine Opposition geltend, die zu scharfen Auseinandersetzungen in Versammlungen und in der Presse führte. Die Opposition richtete sich vor allem gegen den sog. Burgfrieden oder das einstweilige Einstellen der Agitation. Die Bourgeoisie habe den Klassenkampf nicht eingestellt, und deshalb sei auch eine schärfere Haltung der Partei nötig. Das Wort Troelstras vom „Nationalgedanken", der die Gegensätze beherrsche, sei „bürgerlich", nicht sozialistisch. Auch die Abstimmung für die Mobilisation und die Kriegskredite, das Prinzip der Landesverteidigung wurde heftig angegriffen. Troelstra verteidigte sich in einer eigenen Broschüre[1]. So wogte der Kampf lange hin und hin bis zum Parteitag von Arnheim (4.—6. April 1915). Auf diesem wurde mit 555 Stimmen gegen 231 die Resolution des Parteivorstandes angenommen, die also lautet[2]:

„In Erwägung, daß in der Lage, die der Ausbruch des Krieges geschaffen, die Interessen der niederländischen Arbeiterklasse zusammenfallen mit denen der gesamten Nation, daß die Aufrechterhaltung der Neutralität und Unabhängigkeit des Landes mit allen verfügbaren Mitteln geboten war, in Übereinstimmung mit dem von der sozialistischen Internationale stets geforderten Selbstbestimmungsrecht aller Völker

hegt der Parteitag das Vertrauen, daß die Parteileitung sich auch weiter bei der Anwendung dieser Grundsätze von ihrer eigenen Auffassung der wesentlichen Interessen des Volkes wird leiten lassen.

Er billigt das bisher befolgte Verhalten der Parteileitung und erklärt, daß, solange diese Lage fortdauert, die gleiche Haltung beibehalten werden muß."

Die vor dem Parteitag vielfach gehegten Befürchtungen vieler Sozialisten, es werde zu einer großen Spaltung in der Partei kommen, haben sich nicht verwirklicht.

Ganz andere Wege geht die schon erwähnte kleine „Sozialdemokratische Partei" (die extremen Marxisten). Sie hat jede Teilnahme an der Landesverteidigung abgelehnt und die Abstimmung der Kammerfraktion für die Mobilisierungskredite scharf mißbilligt;

[1] Der Weltkrieg und die Sozialdemokratie (Amsterdam 1915).

[2] Vgl. Die Neue Zeit, 33. Jahrg. (1915) II 473.

Digitized by Google

sie hat im engsten Zusammenwirken mit den anarchistischen oder „syndikalistischen" Gruppen eine Aktion zugunsten einer sofortigen Demobilisierung einzuleiten gesucht.

Eine Wendung in der Parteigeschichte der niederländischen Sozialisten brachte der Entwurf eines neuen Landsturmgesetzes, den die Regierung der Kammer vorlegte und der alle Männer unter 40 Jahren in den Landsturm einreihen wollte. Gegen diesen Entwurf wandten sich alle sozialistischen Parteien, so daß der Parteihader inzwischen etwas zurücktrat.

Auf dem außerordentlichen Parteitag zu Utrecht in den Weihnachtstagen 1917 wurde ein neues Organisationsstatut beraten. Das neue holländische Wahlrecht kennt die alten Wahlkreise nicht mehr, auf denen die bisherige Parteiorganisation aufgebaut war. Der Parteitag beschloß die Bildung kleiner Parteiorganisationen, von denen man eine Hebung des Parteilebens erhoffte. Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahm selbstverständlich die Friedensfrage ein. Einige Stimmen tadelten die Tätigkeit Troelstras in Berlin und Stockholm. Stockholm sei ein Brutnest deutscher Intrigen. Schließlich nahm man eine Resolution an, in der sich der Parteitag mit der Initiative der niederländischen Delegation zur Einberufung der Stockholmer Konferenz einverstanden erklärte und betonte, es sei Pflicht der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie, zu verhindern, daß ihre Regierungen die Notlage Rußlands zu Gebietserweiterungen mißbrauchten.

Anfang Juli 1918 fanden zum erstenmal die Wahlen zur Zweiten Kammer nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht statt. Die Wahlen werden nach dem Verhältnissystem mit Listenstrutinium vollzogen. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei erhielt 22 Abgeordnete, die Sozialdemokratische Partei 2 und die Neue Sozialistische Partei 1.

§ 8. Dänemark und Skandinavien.

Die Geschichte der dänischen Sozialdemokratie beginnt mit der Gründung des „Sozialdemokratischen Verbandes" Dänemarks am

Digitized by Google

12. Februar 1878. Seither ist die Partei stetig an Zahl und Macht gewachsen. Sie erzielte bei den Wahlen zum Folkething

1887:	8408 Stimmen	1906:	76562 Stimmen
1898:	25019 „	1909:	93979 „
1901:	41955 „	1910:	98718 „
1903:	55593 „	1913:	107365 „

Die Zahl ihrer Vertreter betrug vor dem Krieg im Folkething 32. Seit Ausbruch des Weltkrieges ist ein Sozialist ins Ministerium eingetreten. Bei den Gemeinderatswahlen im März 1917 erhielten die Sozialdemokraten von insgesamt 297494 abgegebenen Stimmen 139750. In den prinzipiellen Anschauungen stehen die dänischen Sozialdemokraten ganz auf dem Boden des Marxismus, was sie aber nicht hindert, in Staat und Gemeinde sich rege an allen Reformen zugunsten der unteren Volksklassen zu beteiligen.

Auf dem Parteitag zu Kopenhagen Anfang Oktober 1919 wurden verschiedene Sozialisierungsvorschläge der Parteileitung angenommen; bezüglich der Regierung wurde beschlossen, die gleiche Haltung wie bisher einzunehmen. Mit überwältigender Mehrheit beschloß man, unter Ablehnung der bolschewistischen Methoden *bei der zweiten Internationale* zu verbleiben. In einem Aufruf an das dänische Volk sagte der Parteitag:

„Wir lehnen in Übereinstimmung mit den Gründern des modernen Sozialismus alle ganz- oder halbanarchistischen Tendenzen ab. Im *Syndikalismus* sehen wir einen *Rückfall in veraltete Methoden*. Unsere Partei stellt sich wie immer auf den Boden der *Demokratie*. Die Katastrophe des Weltkrieges zu hindern, hatte die Sozialdemokratie nicht die nötige Macht, wie sie auch dem Frieden nicht in hinreichendem Maße das Gepräge verleihen konnte. Aber die Katastrophe hat Millionen Menschen die Augen geöffnet über die Unhaltbarkeit der bisherigen Zustände und neue Möglichkeiten geschaffen für die aufklärende Arbeit des Sozialismus. Jetzt kommt es auf die *Ausnutzung* dieser Möglichkeiten im vollen Umfange an. Die Sozialdemokratie in allen Ländern muß die Macht zu erobern suchen, und die Arbeiter in allen Ländern müssen sich zu einer immer stärkeren *internationalen Zusammenarbeit* vereinigen. Unser Ziel ist jetzt wie immer die politische und soziale *Republik*. Eine der Hauptaufgaben ist die Beteiligung der

Digitized by Google

Arbeiter an der Leitung der Produktion. Entsprechend unserem Kongreßbeschluß von 1908 erstreben wir die Regierungsmacht nicht früher, als wir uns auf eine Mehrheit im Volke stützen können."

Über den Stand der Sozialdemokratie in Schweden veröffentlichte der Parteivorstand Anfang 1908 einen Bericht, dem wir folgende Zahlen entnehmen[1]:

im Jahre	1889	hatte sie	8000	Mitglieder,
„ „	1900	„ „	45000	„
am 1. Januar	1904	95 Arbeiterkommunen	54552	„
„ 1. „	1906	137 „	69191	„
„ 1. „	1908	239 „	133388	„

Bei den Wahlen zur Zweiten Kammer erhielten die Sozialdemokraten

im Jahre	1911:	172196 Stimmen	und 64	Mandate
„ „	1914:	206320 „	„ 73	„

Im Jahre 1917 teilten sich die Sozialdemokraten bei den Wahlen in zwei Parteien: die Altsozialdemokraten und die Jung- oder Linkssozialdemokraten von etwas radikalerer Richtung. Die ersteren, deren Führer Branting ist, erhielten 229500 Stimmen und 86 Mandate, die letzteren 58500 Stimmen und 12 Mandate. Beide Parteien zusammen hatten 288000 Stimmen und 98 Mandate erhalten. Sie bilden die stärkste Partei und haben mit den Liberalen (62 Abgeordnete) eine Zweidrittelmehrheit.

In Norwegen wurden bei den Wahlen zum Storthing 1909 43000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben und 11 Sozialdemokraten gewählt. Bei Beginn des Weltkrieges hatte die Partei 20 Abgeordnete im Storthing. Auf dem Landeskongreß zu Kristiania (29.—31. März 1918) kam es zu einer Spaltung der sozialdemokratischen Partei[2]. Betreffs der Taktik der Partei hatte die Mehrheit des Parteivorstandes folgende Resolution eingebracht:

„Die sozialistische Gesellschaftsordnung baut sich auf der Volksmehrheit auf. Die Sozialdemokratie kann deswegen keine Gewaltdiktatur

[1] Vgl. „Vorwärts" 1908, Nr. 123, 1. Beilage.
[2] Vgl. „Vorwärts" 1918, 92—94.

Digitized by Google

weder von den oberen Schichten noch von seiten der Arbeiterklasse anerkennen. Der Parteitag ist der Auffassung, daß er dem Generalstreik oder der revolutionären Massenaktion zur Förderung der Teuerungsforderungen oder als Glied in einem Militärstreik zur Abschaffung des Militärwesens nicht zustimmen kann. Gegenwärtig würde eine solche Aktion der Sache der Arbeiterklasse nur schaden. Der Parteitag richtet einen Appell an die Arbeiter, sich um ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen zum Schutz für ihre wirtschaftlichen Interessen zu scharen und sich zu einem gewaltigen Sturmlauf vorzubereiten, um bei den Wahlen im Herbst die Mehrheit im Storthing für die Sozialdemokratie zu erobern."

Hiergegen schlug die Minderheit des Vorstandes (mit Tranmael an der Spitze) folgendes vor: „Die Sozialdemokratie kann das Recht der besitzenden Klassen zur wirtschaftlichen Ausbeutung der Arbeiterklasse auch dann nicht anerkennen, wenn diese Ausbeutung sich auf eine Mehrheit in der Volksvertretung stützt. Die norwegische Arbeiterpartei muß sich deswegen das Recht vorbehalten, Massenaktionen oder Revolutionen im Kampf für die wirtschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse anzuwenden. Die Partei kann als eine Klassenkampfpartei dem Kampf, der von andern Arbeiterorganisationen geführt wird, nicht gleichgültig gegenüberstehen. Der Parteitag begrüßt mit Freuden die Errichtung von Arbeiter- und Soldatenräten als Äußerungen des Betätigungsdranges und der Unternehmungslust der Arbeiterbevölkerung."

Bei der Abstimmung siegte die Opposition mit 158 gegen 127 Stimmen. Es wurde beschlossen, die Partei beim Zimmerwalder Komitee anzumelden und mit den schwedischen Linkssozialdemokraten zusammenzuarbeiten.

§ 9. Spanien und Portugal.

In Spanien gehört bis heute noch ein großer Teil der organisierten Arbeiter den Anarchisten Bakuninscher Richtung an. Zwar gründeten Iglesias und Mesa schon Ende der 1870er Jahre eine sozialdemokratische Partei mit marxistischem Programm, aber dieselbe entwickelte sich sehr langsam. Wie in Deutschland gibt es auch in Spanien zwei sozialdemokratische Organisationen, die sich gegenseitig ergänzen: die politische und die gewerkschaftliche. Die politische bestand im März 1914 aus etwa 100 Vereinen mit etwas über

Digitized by Google

10 000 Mitgliedern. Die gewerkschaftliche Union General de Trabajadores (Allgemeine Arbeitervereinigung) setzte sich um dieselbe Zeit aus 250 Sektionen (Fachvereinen) mit ungefähr 50 000 Mitgliedern zusammen. Bei den Wahlen zur Abgeordnetenkammer im Jahre 1910 brachten die Sozialisten ihren ersten und einzigen Kandidaten (Iglesias) durch, und zwar nur mit Hilfe der Republikaner.

Außer dem von Iglesias redigierten, täglich erscheinenden „El Socialista" in Madrid und dem „La Internacional" in Barcelona besitzt die Partei ein Dutzend Wochenblätter[1].

Über den Sozialismus in Portugal schreibt Edmundo Peluso[2]: „Unmittelbar nach der Proklamation der Republik hatte die (sozialistische) Partei nur 20 Gruppen mit ungefähr 1000 eingeschriebenen Mitgliedern; jetzt (1913) nach drei Jahren bestehen 78 Gruppen mit 3800 bis 4000 Mitgliedern. Die Partei hat eine tägliche Zeitung in Lissabon und 11 Wochenblätter. Und sie ist in stetem Fortschritt begriffen. Bald dürfte die sozialistische Partei die stärkste politische Partei in Portugal sein." (?)

§ 10. Rußland.

Der Sozialismus als Massenerscheinung tritt überall im Gefolge der modernen industriellen Entwicklung auf. Da in Rußland der industrielle Aufschwung noch jungen Datums ist, so darf es nicht verwundern, daß erst in jüngerer Zeit eine sozialistische Bewegung größeren Stils anhob.

Es gärte zwar schon lange in weiten Schichten der russischen Bevölkerung, aber die Bewegung ging meist von den Gebildeten, von Studenten, Literaten und Beamten aus und trug vorwiegend politisch-revolutionären Charakter. Ihr eigentliches Ziel war die Beseitigung des zaristischen Absolutismus und Herstellung der konstitutionellen Monarchie. Infolge davon hatte auch die Arbeiterbewegung anfänglich mehr nihilistisch-anarchistisches als sozialistisches Gepräge.

Die erste größere sozialistische Organisation bildete sich im Jahre 1898 unter dem Namen „Sozialdemokratische Arbeiterpartei", aus deren

[1] Vgl. Die Neue Zeit, 34. Jahrg. (1916) II 249 ff. [2] Ebd. 612.

Digitized by Google

Schoß im Jahre 1901 die „Organisation der Iskra", so genannt nach dem offiziellen Monatsblatt „Iskra" (Funke), hervorging. Schon im Jahre 1903 spaltete sich die Partei in zwei Lager. Die Majorität mit Lenin an der Spitze vertrat die Idee des strammen Zentralismus; die Minorität unter Führung Martows bekämpfte dieselbe als eine Gefahr für die Aktionsfähigkeit der Partei. Die beiden Parteien wurden nach ihren Häuptern „Leninzi" und „Martowzi", getauft. Weil die Leninianer die Mehrheit besaßen, wurden sie auch „Bolschewiki" (Majoritätler), die Martowianer dagegen „Menschewiki" (Minoritätler) genannt. Die ersteren hießen auch Maximalisten, die letzteren Minimalisten.

Lenin betrachtet[1] — und er kann sich für seine Auffassung auf Engels berufen — den Staat als Produkt der Unüberbrückbarkeit der Klassengegensätze, als ein Organ der Klassenherrschaft oder der Unterdrückung der einen Klasse durch die andere, als eine Waffe zur Ausbeutung der unterdrückten Klassen. Der Staat muß durch die gewaltsame Revolution für immer beseitigt werden, indem das Proletariat sich zunächst als herrschende Klasse konstituiert und die Produktionsgüter und die Produktion auf die Gesamtheit überträgt und damit den Staat überflüssig macht. Von Anfang an stand für ihn der allrussische Aufstand gegen das autokratische Zarenregiment fest, und auf diese Unvermeidlichkeit der großen Revolution baute er seine Taktik. Auf ein von den Führern zur rechten Zeit gegebenes Zeichen sollte der allgemeine Streik und die allrussische Empörung losbrechen und eine konstituierende Versammlung erzwingen. Seine Anhänger betrachteten deshalb die vom Zaren gewährte Duma als eine Illusion oder höchstens als ein Organ zur Vorbereitung und Einberufung einer Konstituante, während die Martowianer in ihr ein Organ der Aufklärung, der Propaganda und der Erziehung der Massen erblickten. Beide Parteien bekämpften sich heftig[2]. Auf den Kongressen der russischen

[1] N. Lenin, Staat und Revolution. Berlin-Wilmersdorf 1919.

[2] Vgl. Strelzow, Die beiden Parteien in der russischen Sozialdemokratie: Sozialistische Monatshefte 1906 II 1001 ff.; und G Stickloff, Die sozialdemokratische Fraktion in der dritten Duma: Die Neue Zeit, 33. Jahr . (1915) II 576 ff.

Digitized by Google

Sozialisten zu Stockholm (1906) und London (1907) suchte man eine Annäherung. Auf dem Londoner Kongreß war auch die polnische Sozialdemokratie und der sozialistisch-jüdische Bund vertreten. Die Einigung mißlang. Die Leninianer erfochten bei den entscheidenden Abstimmungen den Sieg mit 160 gegen 110 Stimmen. Zu den Führern der Minorität gehörten außer Martow noch Plechanow und Axelrod. — In der dritten Duma besaßen die Sozialdemokraten nur 15 Abgeordnete (8 Menschewiki, 7 Bolschewiki).

Neben den eigentlichen Sozialdemokraten gab es noch eine Partei der „Sozialrevolutionäre", die den Sozialdemokraten nahestanden, und eine Partei der „Volkssozialisten", eine zahmere Spielart der Sozialrevolutionäre[1].

Eine vollständige Wandlung in den Reihen der Sozialdemokraten hat die russische Revolution vom 12. März 1917 gebracht, die das Zarentum beseitigte. Die Revolution ging von der Duma aus, die einen Ausschuß als provisorische Regierung einsetzte. Aber bald zeigte sich in der Duma der Klassengegensatz zwischen der imperialistischen Bourgeoisie und der nach Frieden verlangenden Arbeiterschaft. Anfänglich hatte die liberale Kadettenpartei die Oberhand, aber im Mai wurde sie von den mehr zum Sozialismus neigenden Anhängern Kerenskis gestürzt. Kerenski wollte der Entente die Bundestreue halten und den Krieg fortsetzen. Das brachte seinen Sturz durch die Erhebung der Bolschewiki im November 1917, die sich mit den Soldaten und den Sozialrevolutionären verbündeten und denen sich auch viele Anhänger anderer Parteien anschlossen.

Lenin und sein rechter Arm für die auswärtige Politik, Trotzki, herrschten nun durch den Sowjet (Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat) mit souveräner Gewalt. Die „Diktatur des Proletariats" war da. Was sich widersetzte, wurde mit Gewalt niedergetreten. Ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse und Möglichkeiten fing man an, die sozialistischen Ideen durchzuführen: alles Grundeigentum wurde als Staatseigentum, die Staatsschulden für nichtig

[1] Vgl. Die Neue Zeit, 30. Jahrg. (1912) II 577; „Vorwärts" 1910, Nr. 88.

Digitized by Google

erklärt, Trennung von Staat und Kirche proklamiert, zahlreiche Monopole eingeführt u. dgl. Die vom ganzen russischen Volke verlangte und aus allgemeinen Wahlen hervorgegangene Konstituante wurde von den Bolschewiki schon am ersten Tage gesprengt, als sie merkten, daß sie über keine Mehrheit in derselben verfügten. Den Mittelmächten boten sie zwar Friedensverhandlungen an, die aber dem Anscheine nach nur den Zweck hatten, Zeit zu gewinnen. Von dem Bündnis mit der Entente wollten Lenin und Trotzki nicht lassen. Erst als die deutschen Truppen im Sturmmarsch Reval und Pleskau besetzten und auf Petersburg los zu marschieren drohten, kam endlich ein Friedenschluß zustande. Der Versuch der Bolschewiki, die Revolution nach Deutschland zu verpflanzen, fand bei den ihnen geistig verwandten „Unabhängigen" und noch mehr bei den Spartakiden große Sympathie und hat sicher zum Ausbruch der Revolution in Deutschland beigetragen. Auch Ungarn wurde durch russischen Einfluß für einige Zeit unter die Blutherrschaft des Bolschewismus gebracht.

Seit dem 19. Juli 1918 besitzt die „Russische sozialistisch-föderative Räterepublik" ein Grundgesetz, das aus der „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes" und aus den vom fünften Rätekongreß am 10. Juli 1918 zum Beschluß erhobenen „Grundsätzen der Konstitution der Russischen sozialistisch-föderativen Räterepublik" besteht [1].

Aus der Deklaration heben wir folgende Bestimmungen heraus:

„Kapitel I: 1. Rußland wird als Republik der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten erklärt. 2. Die russische Räterepublik wird auf der Grundlage eines freien Bundes freier Nationen als Föderation nationaler Räterepubliken aufgebaut.

Kapitel II: 3. Indem der dritte Allrussische Kongreß der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputiertenräte als seine Hauptaufgabe die Beseitigung jeder Ausnutzung des Menschen durch den Menschen, die völlige Beseitigung der Gesellschaftsklassen, die schonungslose Unterdrückung der Ausbeuter, die Errichtung einer sozialistischen Gesellschaftsorganisation und

[1] Vgl. den Wortlaut dieses Grundgesetzes in der Neuen Zeit, 36. Jahrg. (1918) II 471 ff.

Digitized by Google

die Durchführung des Sozialismus in allen Ländern betrachtet, beschließt er ferner: a) Zwecks Verwirklichung der Sozialisierung des Bodens wird der private Grundbesitz aufgehoben und der gesamte Bodenbesitz als Eigentum des ganzen Volkes erklärt und den Werktätigen ohne jeden Auskauf auf der Grundlage einer ausgleichenden Bodenbenutzung übergeben. b) Alle Wälder, Bodenschätze und Gewässer von allgemein staatlicher Bedeutung sowie das ganze lebende und tote Inventar, Mustergüter und landwirtschaftliche Unternehmungen werden als Nationaleigentum erklärt. c) Als erster Schritt zum völligen Übergang der Fabriken, Werke, Gruben, Eisenbahnen und sonstigen Produktions- und Transportmittel in den Besitz der Arbeiter- und Bauernräterepublik wird das Rätegesetz über die Arbeiterkontrolle und über den obersten Rat für Volkswirtschaft bestätigt zur Sicherstellung der Macht der Werktätigen gegenüber den Ausbeutern. d) Den ersten Schlag gegen das internationale Bank- und Finanzkapital erblickt der dritte Rätekongreß im Rätegesetz über die Nichtigkeitserklärung der von der Regierung des Zaren, der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie aufgenommenen Anleihen und gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die Rätemacht festen Schrittes auf dem Wege weitergehen wird bis zum völligen Siege der internationalen Arbeitererhebung gegen das Joch des Kapitals. e) Der Übergang aller Banken in den Besitz des Arbeiter- und Bauernstaates wird bestätigt als eine der Vorbedingungen zur Befreiung der werktätigen Massen vom Joch des Kapitals. f) Zwecks Beseitigung der parasitären Gesellschaftsschichten und zur Organisation der Wirtschaft wird die allgemeine Arbeitspflicht eingeführt. g) Im Interesse einer Sicherstellung der ganzen Machtvollkommenheit der arbeitenden Massen und zur Beseitigung jeder Möglichkeit einer Wiederherstellung der Macht der Ausbeuter wird die Bewaffnung der Werktätigen, die Bildung einer sozialistischen Roten Armee der Arbeiter und Bauern und die völlige Entwaffnung der besitzenden Klassen angeordnet."

Man sieht, die neue Republik soll trotz aller Reden von Freiheit und Gerechtigkeit auf der militärischen Gewalt aufgebaut werden. In einem eigenen Artikel werden alle Ausbeutenden von der Teilnahme an der Regierung ausgeschlossen.

In den „Grundsätzen der Konstitution" heißt es unter anderem:

„Die Grundaufgabe der für die gegenwärtige Übergangszeit berechneten Konstitution besteht in der Herstellung der Diktatur des städtischen und ländlichen Proletariats und der armen Bauernschaft in Gestalt einer macht-

Digitized by Google

vollen allrussischen Rätegewalt zum Zweck einer völligen Unterdrückung der Beourgeoisie, der Beseitigung der Ausnutzung des Menschen durch den Menschen und die Einführung des Sozialismus, unter dem es weder eine Klassenteilung noch eine Staatsgewalt geben kann." (!) Die oberste Gewalt besitzt in der russischen sozialistisch-föderativen Räterepublik der Allrussische Rätekongreß und in der kongreßlosen Zeit das Allrussische Zentralkomitee. „Zwecks Gewährleistung einer wahren Gewissensfreiheit wird die Kirche vom Staat und die Schule von der Kirche getrennt. Die Freiheit religiöser und antireligiöser Propaganda wird allen Bürgern zuerkannt." Zur Gewährleistung einer wahren Meinungsfreiheit für die Werktätigen übergibt (die Räterepublik) „der Arbeitsklasse und der armen Landbevölkerung alle technischen und materiellen Mittel zur Herausgabe von Zeitungen, Broschüren, Büchern und allerhand andern Druckerzeugnissen und sichert deren Verbreitung im ganzen Lande". Um die Versammlungsfreiheit zu sichern, überläßt die Republik „der Arbeiterklasse und der armen Landbevölkerung alle zur Veranstaltung von Volksversammlungen geeigneten Räume, einschließlich der Einrichtung, Beleuchtung, Heizung".

Alle Dekrete der bolschewikischen Regierung stehen übrigens auf dem Papier. In Wirklichkeit herrscht die willkürlichste Schreckensherrschaft und die Anarchie. Die Industrie liegt ganz danieder. Revolten und Putsche, Räubereien und Morde sind an der Tagesordnung, und der Hunger herrscht überall. Von vielen Augenzeugen wird der Zustand Rußlands auch in der jüngsten Zeit als grauenhaft geschildert[1].

Das Treiben der Bolschewiki in Rußland ist ein klassisches Beispiel für alle, die den Sozialismus in seiner praktischen Wirksamkeit studieren wollen. Der radikale Sozialismus ist ebenso fähig, Begehrlichkeiten zu wecken, als unfähig, sie zu befriedigen. Sein Bau basiert auf der Pöbelherrschaft und der gewaltsamen Unterdrückung aller nicht proletarischen Kreise. Das ganze brutale Regiment, das jeden Widerstand im Blute erstickt, wird voraussichtlich nicht von langer Dauer sein.

[1] Vgl. z. B. Dimitry Gawronsky, Die Bilanz des russischen Bolschewismus. Berlin 1919; B. Duhr S. J., Der Bolschewismus[2] (Flugschriften der „Stimmen der Zeit", Nr. 6), Freiburg 1919, Herder. Daselbst auch weitere Literatur über den Bolschewismus.

Digitized by Google

§ 11. Vereinigte Staaten von Nordamerika.

In den Vereinigten Staaten Nordamerikas bestehen zwei sozialistische Organisationen: die ältere „Sozialistische Arbeiterpartei" (Socialist Labor Party) und die neuere „Sozialistische Partei" (Socialist Party oder auch Social Democratic Party), an deren Spitze Eugen V. Debs steht. Beide Parteien bekennen sich zu den Grundsätzen des Sozialismus, befehden sich aber untereinander. Der Hauptgrund der Feindseligkeiten ist die verschiedene Stellung zu den Gewerkschaften. Die Sozialistische Arbeiterpartei steht den nichtpolitischen Gewerkschaften feindselig gegenüber und will nur solche Gewerkschaften, die den politischen Führern willige Gefolgschaft leisten. Die Sozialistische Partei dagegen erkennt die Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung an, sucht aber die bestehenden Gewerkschaften allmählich mit dem internationalen sozialistischen Geist zu erfüllen. Die Sozialistische Partei machte bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts nur geringe Fortschritte, wohl deshalb, weil sie zu sehr ausländischen Charakter an sich trug. Sie war von deutschen Auswanderern gegründet, bestand zum größten Teil aus solchen und hatte die deutsche „Neuyorker Volkszeitung" zum Hauptorgan. Allmählich aber hat sich die Partei amerikanisiert, d. h. in Anschauungen, Taktik und Sprache den amerikanischen Arbeitern und ihrer Denkweise angepaßt. Seither macht sie rasche Fortschritte und überholt immer mehr ihre Rivalin.

Wie verschieden das Wachstum der beiden Parteien ist, ersieht man am besten aus den bei den Präsidentschaftswahlen abgegebenen Stimmen. Es erhielten bei diesen Wahlen Stimmen

der Kandidat der Sozialistischen Arbeiterpartei,		der Sozialistischen Partei
im Jahre 1900:	39 739	87 814
„ „ 1904:	33 519	392 857
„ „ 1908:	15 421	447 651
„ „ 1912:	28 750	900 868

Da im letztgenannten Jahre bei den Präsidentschaftswahlen im ganzen nahezu 15 Millionen Stimmen abgegeben wurden, ist der Prozentsatz der sozialistischen Stimmen verhältnismäßig noch gering. Für die Wahlen von 1916 fehlen mir leider ganz zuverlässige Angaben.

Digitized by Google

Daß beide sozialistische Parteien auf dem Boden des Marxismus stehen, geht aus ihren Programmen hervor. Im Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei heißt es, daß die Partei die Abschaffung der Klassen, die Übertragung des Bodens und aller Mittel der Produktion, des Verkehrs und der Verteilung an das Volk als eine Gesamtorganisation und die Herstellung eines genossenschaftlichen Gemeinwesens an Stelle des gegenwärtigen Zustandes planloser Produktion erstrebe [1].

Die Hauptsätze des Programms der Sozialistischen Partei, das im Jahre 1901 angenommen wurde, sind nur eine freie Wiedergabe des Erfurter Programms. Die Partei bekennt sich zum „internationalen Sozialismus" und erstrebt „die Eroberung der politischen Gewalt, um das gegenwärtige System des Privateigentums an den Mitteln der Produktion und der Verteilung in das Gemeineigentum des gesamten Volkes umzuwandeln.... Das Privateigentum an den Produktions- und Distributionsmitteln ist schuld an der stetig wachsenden Unsicherheit des Lebensunterhaltes, an der Armut und dem Elend der arbeitenden Klasse, es teilt die Gesellschaft in zwei feindliche Klassen: die Kapitalisten und die Lohnarbeiter. Die einst mächtige Mittelklasse verschwindet rasch zwischen den Mühlsteinen der Konkurrenz.... Aber dieselben wirtschaftlichen Ursachen, die den Kapitalismus erzeugten, führen auch zum Sozialismus, der sowohl die Klasse der Kapitalisten als die der Lohnarbeiter beseitigen wird. Die einzige wirksame Kraft, die diese neue und höhere Gesellschaftsordnung herbeiführen kann, ist die Arbeiterklasse. Alle andern Klassen sind, trotz ihrer wirklichen oder scheinbaren Gegensätze untereinander, in gleicher Weise mit ihrem Interesse an die Erhaltung des Systems des Privateigentums an den Mitteln der Produktion des Reichtums geknüpft." Deshalb sollen sich die Arbeiter als eine eigene, von allen besitzenden Klassen geschiedene politische Partei konstituieren. Es folgen dann noch eine Reihe von unmittelbaren Forderungen, die an die heutige Gesellschaft zugunsten der Arbeiter zu stellen und meist dem Erfurter Programm entlehnt sind [2].

[1] Siehe den vollen englischen Text dieses Programms in der englischen Ausgabe der vorliegenden Schrift, welche P. Gettelmann S. J. in New York veröffentlicht hat (Socialism, its theoretical Basis and practical Application, authorized translation of the eighth German edition, by V. F. Gettelmann S. J., New York 1904, Benziger Brothers, S. 89). Daselbst findet der Leser auch S. 79 ff. eine eingehendere Entwicklungsgeschichte des amerikanischen Sozialismus. [2] Ebd. 90—91.

Digitized by Google

Am 5. Mai 1904 wurde zu Chicago ein neues Programm angenommen, das aber nur die Gedanken des früheren Programms in rhetorischer Form wiederholt[1].

Schwankend ist die Haltung der Sozialistischen Partei in ihrem Agrarprogramm. Während das Parteiprogramm die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln ganz allgemein fordert, verlangt ein später angenommenes Wahlprogramm „daß Kollektiveigentum an Grund und Boden, wo immer anwendbar; wo es aber nicht anwendbar, die Beschlagnahme der ganzen Rente im Wege der Besteuerung bei allen Ländereien, die Spekulations- oder Ausbeutungszwecken dienen“[2]. Dieses Programm wurde wiederum durch eine Resolution auf dem Parteikongreß zu Indianopolis (1909) ergänzt, aus der wir folgende Punkte erwähnen:

„Um zu verhindern, daß das Land der Benutzung vorenthalten werde, und um das Pachtsystem auszumerzen, fordern wir, daß alles Farmland, das nicht von dem Eigentümer selbst bebaut wird, mit einer Steuer belegt werde, die den vollen Rentenwert erfaßt, und daß tatsächliche Benutzung und Innehabung allein zum Besitz des Landes berechtigen sollen; ... daß alles Land, welches im Besitz des Bundes, eines Staates oder einer lokalen öffentlichen Körperschaft steht, in diesem Besitz erhalten und durch fortwährenden Erwerb von Land ... vermehrt werde; dieser Landbesitz soll so rasch wie möglich zum Zwecke kollektiver landwirtschaftlichen Unternehmungen in Farmen mit gesellschaftlichem Betrieb verwandelt werden. — Diese Farmen sollen Mittelpunkte des Unterrichts und der Versuche im Getreidebau, in der Anwendung von Düngermitteln und Maschinen sein und verbessertes Saatgut und vervollkommnete Zuchttiere ausgeben. — Die Bildung genossenschaftlicher Vereinigungen für landwirtschaftliche Zwecke soll gefördert werden. — Die Ausmerzung des Pachtsystems und die Entwicklung sozialer (genossenschaftlicher?) Betriebe in der Landwirtschaft eröffnet den landwirtschaftlichen Lohnarbeitern neue Gelegenheiten und wird sie befreien von der Tyrannei des Privatunternehmers.“[3]

Dieses Agrarprogramm ist offenbar für den Wählerfang berechnet.

---

[1] Vgl. Gettelmann a. a. O. 99 ff.

[2] Vgl. Die Neue Zeit, 31. Jahrg. (1913) I 521. [3] Ebd. 522.

Digitized by Google

§ 12. Internationale Organisation.

Ich schließe den Überblick über den Sozialismus in den verschiedenen Kulturländern mit einigen Andeutungen über seine internationale Organisation.

Die im Jahre 1864 in London gegründete erste „Internationale“[1] erwies sich nicht als lebensfähig. Die Ideen waren damals noch nicht genügend geklärt. Eine Scheidung der verschiedenen Tendenzen: Kommunismus, Anarchismus, Sozialismus, hatte bei der großen Masse der Arbeiter noch nicht stattgefunden. Daher denn auch die ewigen Streitigkeiten auf den Kongressen der Internationale über die wichtigsten Punkte ihres Programms, z. B. über die Verstaatlichung des Grundeigentums u. dgl. Sodann erstrebte die Internationale eine zentralistische Organisation, die die Unabhängigkeit der nationalen Parteien zu beseitigen drohte und an der Abneigung der verschiedenen Nationen gegeneinander scheitern mußte.

Anderseits erwies sich eine Verständigung zwischen den sozialistischen Parteien der verschiedenen Länder als ein dringendes Bedürfnis. Die Quellen der Übel, unter denen die Arbeiter litten, waren in allen Kulturländern wesentlich dieselben, und eine wirksame Abhilfe war nur möglich, wenn die verschiedenen nationalen Parteien sich gegenseitig verständigten und unterstützten. Diese Erwägungen führten zur zweiten Internationale. Man veranstaltete Internationale sozialistische Kongresse, welche gewisse Richtlinien für die Proletarier aller Länder festzustellen suchten, ohne die Selbständigkeit der einzelnen nationalen Organisationen zu gefährden. Solche Kongresse wurden abgehalten zu Gent (1877), Chur (1888) und Paris (1883 und 1886). Größere Bedeutung erlangten aber erst die Kongresse zu Paris (1889), Brüssel (1891), Zürich (1893), London (1896), Paris (1900), Amsterdam (1904) und Stuttgart (1907).

Weil es auf früheren Kongressen zu ärgerlichen Streitigkeiten mit den Anarchisten gekommen war, so wurde auf dem Londoner Kongreß (1896) beschlossen, künftig zu den sozialistischen Kongressen ausschließlich einzuladen: „1. die Vertreter aller Gruppen, die die

[1] Vgl. oben S. 30.

Digitized by Google

Umwandlung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsordnung in die sozialistische Eigentums- und Produktionsordnung anstreben und die Teilnahme an der Gesetzgebung und die parlamentarische Tätigkeit als notwendiges Mittel zur Erreichung dieses Zweckes ansehen; 2. alle gewerkschaftlichen Organisationen, die, wenn sie sich auch als solche nicht am politischen Kampfe beteiligen, doch die Notwendigkeit politischer und parlamentarischer Tätigkeit anerkennen. Anarchisten sind mithin ausgeschlossen."

Auf den Kongressen wurde nach Nationen abgestimmt. Jede Nation erhielt eine Anzahl Stimmen, entsprechend ihrer Bedeutung in der sozialistischen Bewegung. Auf dem Stuttgarter Kongreß (1907) erhielten Stimmen: Deutschland, Österreich, Frankreich, Großbritannien, Rußland je 20, Italien 15, Vereinigte Staaten 14, Belgien 12, Dänemark, Polen und die Schweiz je 10, Australien, Finnland, Holland und Schweden je 8, Spanien, Ungarn und Norwegen je 6, Südafrika, Argentinien, Bulgarien, Japan, Rumänien und Serbien je 4, Luxemburg 2.

Auf dem Pariser Kongreß von 1900 beschloß man die Errichtung eines „Internationalen sozialistischen Bureaus" oder einer dauernden internationalen Kommission, die aus je einem Vertreter für jedes Land bestehen, die Tagesordnung für den folgenden Kongreß festsetzen und Berichte von jeder an dem Kongreß teilnehmenden Nation einfordern soll. Die Kommission hat einen besoldeten Generalsekretär zu wählen, dem es unter anderem obliegt, alle bisher auf internationalen Kongressen gefaßten Beschlüsse zusammenzustellen, Berichte über Stand und Entwicklung der sozialistischen Bewegung zwei Monate vor dem neuen Kongreß einzufordern, die Einzelberichte zu einem allgemeinen Überblick über die dem Kongreß vorgelegten Fragen zusammenzufassen, von Zeit zu Zeit Broschüren und Aufrufe über brennende Tagesfragen sowie über wichtige Reformen zu veröffentlichen, die notwendigen Maßregeln zu ergreifen zur Förderung der internationalen Aktion und der Organisation des Proletariats. Seinen Sitz hatte das Internationale sozialistische Bureau in Brüssel.

Neben den sozialistischen Kongressen her gingen die Interparlamentarischen sozialistischen Konferenzen. Schon auf dem Kongreß zu London 1896 wurde die Schaffung eines internationalen

Digitized by Google

parlamentarischen Komitees beschlossen. Der Kongreß von Amsterdam (1904) einigte sich für dasselbe auf folgende Vorschläge. Die Vertreter der verschiedenen parlamentarischen Körperschaften der einzelnen Länder sollen unter sich eine Kommission bilden, aus deren Mitte ein internationaler Sekretär gewählt wird. Dieser soll mit den Schriftführern der einzelnen Fraktionen in Verbindung treten zwecks gegenseitiger Mitteilungen und möglichst einheitlicher Aktion in den verschiedenen Parlamenten. Jedes Land soll für das Internationale Komitee zwei Delegierte ernennen. Seit 1906 fand bis zum Krieg fast jährlich eine interparlamentarische Konferenz statt[1].

Beim Ausbruch des Weltkrieges ist die Internationale kläglich zusammengebrochen. Viele Sozialisten hatten die internationale Organisation des Proletariats gewaltig überschätzt. Die Hoffnung, sie werde jeden Krieg zwischen den großen Kulturstaaten zu verhindern vermögen, erwies sich als trügerisch. Zwar hatten in allen Ländern die Sozialisten vor dem Krieg in Reden und Versammlungen gegen den Krieg protestiert und die internationale Verbrüderung des Proletariats gefeiert; kaum aber war der Krieg ausgebrochen, so traten sie in allen Ländern mit voller Kraft für den Schutz ihrer nationalen Interessen ein und gerieten dadurch in Gegensatz zu ihren sozialistischen Brüdern der andern Nationen.

Fast zu gleicher Zeit wie die deutschen bewilligten die französischen Sozialdemokraten die geforderten Kredite für den Krieg, den sie bis dahin mit derselben Entschiedenheit und mit denselben Argumenten bekämpft hatten wie die deutschen. Noch kurz vor dem Kriege hatte der Sozialist Sembat einen künftigen Krieg und besonders ein Bündnis Frankreichs mit Rußland gegen Deutschland als eine Kulturschande bezeichnet; bald danach bewilligte er mit seinen Genossen alle Kriegskredite und trat selbst ins Ministerium ein. Alle französischen Sozialisten ohne Ausnahme erklärten es als ihre Pflicht, ihr Vaterland zu verteidigen. Ähnlich wie die französischen und deutschen Sozialisten verhielten sich die englischen.

---

[1] Vgl. den Bericht im „Internationalen Sozialistenkongreß zu Stuttgart" (Berlin 1907) 76 ff.; ferner Sozialistische Monatshefte 1910 I 535.

Digitized by Google

Dasselbe gilt von den belgischen. Auch sie forderten nach Ausbruch des Krieges das ganze belgische Volk auf, alle Kraft für die Verteidigung Belgiens einzusetzen. Vandervelde trat bei einer Gelegenheit, wie der „Vorwärts" vom 22. November 1914 berichtet, als „Feldprediger" auf und feierte die farbigen Soldaten als einen lebendigen Beweis, „daß jetzt die ganze Menschheit für Freiheit und Zivilisation gegen Deutschland kämpfe".

So war schon durch den Druck der Verhältnisse die internationale Organisation zusammengebrochen. Dazu kam noch, daß die französischen und belgischen Sozialisten gegen Ende August 1914 einen „Aufruf an das deutsche Volk" veröffentlichten, der das imperialistische Deutschland des Anreizes zum Kriege beschuldigte und die deutschen Sozialisten als irregeleitet hinstellte. Der Aufruf war zudem, wie holländische Blätter versicherten, nicht nur vom französischen Parteivorstand, sondern auch von dem Internationalen Exekutivkomitee unterzeichnet. Das war ein Mißbrauch, der den Vorstand der deutschen Sozialdemokratie zu einem öffentlichen Protest vom 9. September 1914 veranlaßte[1]. Darin heißt es, der obengenannte Aufruf des Exekutivkomitees des Internationalen sozialistischen Bureaus sei ohne Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erlassen worden und darin habe das Exekutivkomitee seine Befugnisse überschritten, was um so befremdlicher sei, da die sämtlichen Mitglieder dieses Komitees nur einem der bei der gegenwärtigen Katastrophe beteiligten Staate (Belgien) angehören und deshalb in ihrem Urteil befangen sein mußten. Der Aufruf lasse jede Objektivität vermissen.

Die belgischen Sozialisten Anseele, Bertrand, Huysmans und Vandervelde, gegen die sich der deutsche Einspruch besonders richtet, haben hinterher erklärt, sie hätten nur für die belgische Sektion der Internationale unterzeichnet.

Es sind während des Krieges verschiedene Versuche gemacht worden, um die internationalen Beziehungen wieder anzuknüpfen; die meisten gingen von neutralen Ländern aus. Aber infolge der Kriegswirren konnten oder wollten viele Sozialisten der kriegführenden

[1] Vgl. Sozialistische Monatshefte 1914 II 1122.

Digitized by Google

Länder lange daran nicht teilnehmen. Endlich kamen auf Anregung der holländischen Sozialisten, besonders Troelstras, Verhandlungen in Stockholm zustande, aber zu einem Internationalen Parteitag kam es daselbst nicht, da die Sozialisten der Ententemächte entweder von ihren Regierungen keine Pässe erlangten oder überhaupt mit den Sozialisten aus den Ländern der Mittelmächte nicht verhandeln wollten.

Erst auf der Internationalen Sozialistenkonferenz in Bern vom 3. bis zum 10. Februar 1919 wurde einstimmig die Wiederherstellung der Internationale beschlossen. Vom 27. bis zum 29. April tagte eine Internationale Sozialistenkonferenz in Amsterdam, an der die Vertreter von 26 Nationen und verschiedenen Parteirichtungen teilnahmen. Belgien nahm an der Konferenz teil und erklärte sich bereit, auch an der geplanten Allgemeinen sozialistischen Konferenz zu London teilzunehmen. Es forderte Brüssel als Sitz des Internationalen sozialistischen Bureaus. In einer Resolution verlangte die Konferenz einen Völkerbund, der von Anfang an alle unabhängigen Völker mit gleichen Rechten aufnimmt, eine Behörde einsetzt, welche die gesetzlichen Hindernisse des internationalen Handels beseitigt, die allgemeine Abrüstung durchführt usw.

Eine weitere Internationale sozialistische Konferenz fand in Luzern statt (Anfang August 1919). Wie in Bern neigten auch in Luzern viele Delegierte zu einer Umgestaltung der Internationale im Sinne des russischen Bolschewismus. Das ist die sog. dritte Internationale, die für die Weltrevolution, die Räteregierung und die Diktatur des Proletariats eintritt, aber von den gemäßigteren Sozialisten abgelehnt wird, die an der zweiten (d. h. der alten) Internationale festhalten wollen. In Luzern wurde auch ein neues Statut der Internationale beschlossen, das dem nächsten Internationalen Sozialistenkongreß als Vorlage dienen soll[1].

Die deutschen Mehrheitssozialisten lehnen den Anschluß an die dritte (bolschewikische) Internationale ab, die Spartakiden oder Kommunisten treten dafür ein, die Unabhängigen sind uneinig und pendeln zwischen den beiden Extremen unklar hin und her.

[1] Vgl. „Vorwärts" 1919, Nr. 403, Beilage.

Digitized by Google

Zweiter Abschnitt.

Prüfung der wissenschaftlichen Grundlagen des Sozialismus.

Erstes Kapitel.

Die materialistische Geschichtsauffassung und die Marxsche Mehrwerttheorie.

Die „materialistische Geschichtsauffassung" ist das Grunddogma des Marxschen Sozialismus. Das wird heute allgemein anerkannt. Nach Engels ist erst durch diese Geschichtsauffassung der Sozialismus eine Wissenschaft geworden[1]. Man muß aber zweierlei in dieser Geschichtsauffassung unterscheiden: erstens die allgemeine Geschichtstheorie und zweitens die Verwertung dieser Theorie zugunsten des Sozialismus. Jeder marxistische Sozialist muß zwar die materialistische Geschichtstheorie voraussetzen und auf ihr weiterbauen, aber nicht jeder, der diese Theorie annimmt, braucht deshalb auch notwendig die sozialistischen Konsequenzen zuzulassen, welche Marx und seine Anhänger daraus ziehen. Wir werden zuerst die materialistische Geschichtstheorie prüfen und dann deren Verwertung zugunsten des Sozialismus.

---

[1] S. oben S. 33. Bernstein (Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie 4) schreibt: „So wird von niemand bestritten, daß das wichtigste Glied im Fundament des Marxismus, sozusagen das Grundgesetz, das das ganze System durchdringt, seine spezifische Geschichtstheorie ist, die den Namen materialistische Geschichtsauffassung trägt. Mit ihr steht und fällt es im Prinzip; in dem Maße, wie sie Einschränkungen erleidet, wird die Stellung der übrigen Glieder zueinander in Mitleidenschaft gezogen."

Digitized by Google

Erster Artikel.

Die materialistische Geschichtsauffassung als allgemeine Geschichtstheorie[1].

Durch ihre „materialistische Geschichtsauffassung" wollten Marx und Engels eine ganz neue Art der Geschichtsforschung und Geschichtserklärung begründen. Diese Geschichtsauffassung ist, wie aus unsern früheren Ausführungen (S. 33 ff.) ersichtlich, eine Verpflanzung der Hegelschen Geschichtstheorie mit ihrem dialektischen Werdeprozeß auf den Boden des Materialismus. Die Geschichte ist in einem beständigen Werdeprozeß begriffen, in dem es nichts Unwandelbares gibt als das ewige Werden und Vergehen. In diesem Prozeß sind nicht irgendwelche Ideen die letzten treibenden und leitenden Kräfte, sondern die materiellen Produktionsverhältnisse. Zugleich mit diesen ändern sich die rechtlichen, politischen, religiösen, philosophischen usw. Ideen (der ideologische Überbau), da das Ideelle nur das im Menschenkopf umgesetzte Materielle ist. Die Fortbewegung in der Geschichte vollzieht sich durch Ausbildung von wirtschaftlichen Gegensätzen und Klassenkämpfen.

Wir können der Klarheit halber die Voraussetzungen und den Inhalt dieser materialistischen Geschichtsauffassung auf folgende fünf Sätze zurückführen:

1. Es gibt keinen Dualismus von Geist und Materie (materialistische Weltanschauung).

2. Die materiellen Produktionsverhältnisse sind die letzte Quelle, aus der alle „Ideologie" herstammt.

---

[1] Vgl. H. Pesch, Die Philosophie des „wissenschaftlichen" Sozialismus: Stimmen aus Maria-Laach XLI (1901) 249 ff., und desselben Lehrbuch der Nationalökonomie (1905) I: Grundlegung 309; Meffert, Arbeiterfrage und Sozialismus (1901); Masaryk, Die Grundlagen des Marxismus (Wien 1899); Stammler, Wirtschaft und Recht (Leipzig 1896); Ludwig Woltmann, Der historische Materialismus (Düsseldorf 1900); Friedländer, Die vier Hauptrichtungen der modernen sozialen Bewegung, I. Tl.: Marxismus und Anarchismus (Berlin 1901); Paul Barth, Die sog. materialistische Geschichtsauffassung in den Jahrbüchern der Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge, XI 1 ff.; Tugan-Baranowsky, Theoretische Grundlagen des Marxismus (1905).

Digitized by Google

3. Es gibt keine unwandelbaren philosophischen, politischen, religiösen usw. Ideen. Alles ist in einem unaufhörlichen Werden begriffen.

4. In diesem Entwicklungsprozeß sind die materiellen Produktionsbedingungen die bestimmende, ausschlaggebende Triebkraft.

5. Alle gesellschaftliche Entwicklung vollzieht sich durch Ausbildung von wirtschaftlichen Gegensätzen und Klassenkämpfen.

Wir wollen diese Sätze der Reihe nach prüfen. Im ersten begegnet uns die Anschauung Feuerbachs, im dritten die Theorie Hegels, in den drei übrigen endlich kommen die Marx und Engels eigentümlichen Ideen zur Geltung.

§ 1. Der materialistische Monismus.

Die notwendige Voraussetzung der materialistischen Geschichtsauffassung ist der Materialismus als Weltanschauung oder die Lehre: es gibt keinen Dualismus von Geist und Materie; alles, was existiert, ist nur Materie oder eine durch die bewegte Materie entstandene Entwicklungsform. „Der Geist ist selbst nur das höchste Produkt der Materie.“ [1] Das ist der offene Materialismus.

Unter Materialismus versteht man die Lehre, welche in der Materie, dem Stoff, den einzigen und letzten Grund alles Seins und aller Erscheinungen, und in dem „Geist“ nur ein Produkt oder eine Modifikation oder Erscheinung der Materie erblickt. Nach Engels ist das tiefste philosophische Problem die Frage nach dem Verhältnis von Denken und Sein, von Geist und Natur. „Diejenigen, die die Ursprünglichkeit des Geistes gegenüber der Natur behaupteten, also in letzter Instanz eine Weltschöpfung irgendeiner Art annahmen — und diese Schöpfung ist oft bei den Philosophen, z. B. bei Hegel, noch weit verzwickter als im Christentum —, bilden das Lager des Idealismus. Die andern, die die Natur als das Ursprüngliche ansahen, gehören zu den verschiedenen Schulen des Materialismus.“ [2]

---

[1] Engels, Ludwig Feuerbach 18. [2] Ebd. 14.

Digitized by Google

Daß nun Marx und Engels mit ihrer materialistischen Geschichtsauffassung ganz auf dem Boden der materialistischen Weltanschauung standen und diese voraussetzten, scheint nach dem über das Wesen der materialistischen Geschichtsauffassung aus den Schriften der beiden Koryphäen des Sozialismus Angeführten (S. 37 ff.) von selbst einleuchtend. Schon der Name „materialistische Geschichtsauffassung", „historischer Materialismus" läßt keine andere Deutung zu. Die Geschichte der Menschheit soll auf materialistischem Boden konstruiert werden. Wir müssen aber diesen wichtigen Punkt eingehender begründen, weil er vom „Vorwärts" in einer Rezension dieser Schrift bestritten worden ist[1]. Derselbe schrieb:

„Zunächst ist es nicht richtig, daß die materialistische Geschichtsauffassung nur unter der Annahme richtig bleibt, es gebe keinen Dualismus von Geist und Materie. Den Nachweis, daß materialistische Geschichtsauffassung und materialistische Weltanschauung, um deren Verquickung es sich handelt, notwendig zusammenfallen, daß die eine die unbedingt logische Konsequenz der andern sei, bleibt denn Cathrein auch schuldig, deshalb schuldig — weil er nicht zu führen ist. Dabei mag ohne weiteres zugegeben sein, daß eine Anzahl von Sozialisten auch Anhänger des philosophischen Materialismus sind. Die Frage ist aber, ob man philosophischer Materialist sein muß, um Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung sein zu können, und diese Frage wird von den Sozialisten einhellig verneint. Selbst die philosophischen Materialisten des Sozialismus bedanken sich für jene ‚grobsinnliche' Auslegung des Materialismus, die ihnen Cathrein unterschiebt. So hat sich insbesondere Engels, den Cathrein unausgesetzt als Kronzeugen

[1] Nr. 232 vom 4. Oktober 1903, I. Beilage. Es heißt da u. a.: „Da der Verfasser unter die wirtschaftlichen Matadore des Klerikalismus zählt und jene Schrift in hervorragendem Maße zu denen gehört, auf der (sic!) die Pfafferei des Zentrums bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit herumzureiten versteht, mag die ‚wissenschaftliche' Sozialistentöterei unseres Jesuiten einer Replik gewürdigt sein." Wie herablassend vom „Vorwärts", daß er nach jahrelangem hartnäckigen Ignorieren mich von der Höhe seiner „Wissenschaft" einer Replik „würdigt"! Übrigens beschäftigt sich der größere Teil der Replik gar nicht mit meinem „Sozialismus", sondern mit einer andern Schrift von mir. Der Stoff zur Replik scheint also knapp gewesen zu sein. Ich berücksichtige hier nur, was der „Vorwärts" über die „materialistische Geschichtsauffassung" behauptet.

Digitized by Google

anführt, gerade in seinem Schriftchen über Feuerbach auf das entschiedenste gegen die Auffassung verwahrt, die im Materialismus nur Fressen, Saufen und Sinnenlust sehen will."

Es folgt dann noch eine längere Auslassung, in der mir zum Vorwurf gemacht wird, daß ich den Materialismus nicht widerlegt habe. Aber wozu verlangt der „Vorwärts" diese Widerlegung, wenn, wie er behauptet, der Marxismus sich nicht auf den Materialismus stützt? Übrigens wird kein Vernünftiger in einer Abhandlung über den Sozialismus eine eingehende Widerlegung des Materialismus erwarten. Mir war es nur um den Nachweis zu tun, daß der Marxismus wesentlich auf materialistischer Grundlage ruht. Für die Leser, an die ich mich an erster Stelle wende, ergeben sich daraus die notwendigen Konsequenzen von selbst.

Wenn mir sodann der „Vorwärts" eine „grobsinnliche" Auslegung des Materialismus vorwirft, so widerlegt er sich glücklicherweise selbst. Er greift ja meine Behauptung an, daß der Materialismus in der Leugnung des „Dualismus von Geist und Materie" bestehe. Das ist doch nicht der praktische Materialismus, der nach dem geschmackvollen Ausdruck von Engels im „Fressen und Saufen, Augenlust und Fleischeslust usw." besteht, sondern der theoretische Materialismus, der als philosophisches System oder als Weltanschauung auftritt.

Der Beweis aber, daß die materialistische Geschichtsauffassung die materialistische Weltanschauung voraussetzt, ist unschwer zu erbringen. Der historische Materialismus behauptet, die ganze Geschichte der Menschheit richte sich nach den materiellen Produktionsverhältnissen; alle philosophischen, rechtlichen, politischen, religiösen, sittlichen usw. Ideen sollen aus diesen Produktionsverhältnissen abgeleitet sein und sich mit ihnen und in Abhängigkeit von ihnen ändern. So kann nur ein Materialist reden. Ist der Mensch von Gott geschaffen, hat er eine geistige, unsterbliche Seele, so hat er auch von Haus aus nicht bloß materielle, sondern auch höhere geistige Bedürfnisse; er strebt nach Wahrheit, nach Glück, nach Tugend und Unsterblichkeit, und besitzt überhaupt ein selbständiges geistiges Leben,

Digitized by Google

das sich nicht einzig aus den materiellen Produktionsverhältnissen ableiten läßt. Wer also alles, was man Geist nennt, aus den materiellen Produktionsverhältnissen ableitet, ist Materialist.

Höchstens könnte man fragen, ob sich diese Auffassung mit dem Pantheismus vertrage. Aber die Alleinslehre haben Marx und Engels abgelehnt. Sodann ist der Pantheismus schon deswegen nicht mit der materialistischen Geschichtsanschauung vereinbar, weil nach ihm der Geist mindestens ebenso ursprünglich, ja ursprünglicher ist als die Materie und deshalb unmöglich aus der Materie sich herausentwickeln kann. Wer den Geist aus der Materie ableitet, wie das der Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung tut, ist und bleibt Materialist.

Doch ich brauche mich nicht auf Deutungen aus der Natur der Sache zu beschränken. Der „Vorwärts" gibt zu, daß eine Anzahl von Sozialisten Anhänger des Materialismus seien. Wer sind diese Sozialisten? Keine andern als die Begründer des „wissenschaftlichen" Sozialismus, insbesondere Marx und Engels.

Beginnen wir mit Engels. Wir haben schon oben (S. 37 f.) aus seinem Munde gehört, daß er und Marx ursprünglich Idealisten im Sinne Hegels waren, aber „die Einsicht in die totale Verkehrtheit des bisherigen deutschen Idealismus führte notwendig zum Materialismus"[1]. Diese „Bekehrung" erfolgte durch Feuerbachs „Wesen des Christentums", das den „Materialismus ohne Umschweife auf den Thron erhob". Die Natur „ist die Grundlage, auf der wir Menschen, selbst Naturprodukte, erwachsen sind. Außer der Natur und den Menschen existiert nichts, und die höheren Wesen, die unsere religiöse Phantasie schuf, sind nur die phantastische Rückspiegelung unseres eigenen Wesens."[2]

Daß Feuerbach den echten und konsequenten Materialismus gelehrt hat, ist bekannt. Hat er doch den Satz aufgestellt: „Der Mensch ist, was er ißt." Aber, fährt Engels fort, der Materialismus Feuerbachs war „mechanisch und nicht fähig, die Welt als einen Prozeß, als einen in einer geschichtlichen Fortbildung begriffenen Stoff aufzufassen"[3]. Feuerbach hatte „darin recht, daß der bloß naturwissenschaftliche Materia-

[1] Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft 23.
[2] S. oben 37 ff. [3] Engels, L. Feuerbach 19.

Digitized by Google

lismus zwar die ‚Grundlage des Gebäudes des menschlichen Wissens, aber nicht das Gebäude selbst ist'". . . . „Es handelte sich also darum, die Wissenschaft von der Gesellschaft, d. h. den Inbegriff der sog. historischen und philosophischen Wissenschaften, mit der materialistischen Grundlage in Einklang zu bringen und auf ihr zu rekonstruieren."[1]

Der Fehler Feuerbachs war es, daß er „den Materialismus, der eine auf einer bestimmten Auffassung des Verhältnisses von Materie und Geist beruhende allgemeine Weltanschauung ist"[2], mit dem vulgären Materialismus des 18. und 19. Jahrhunderts verwechselte; gerade deshalb vermochte er den Idealismus nicht ganz zu überwinden. „Seitdem auch die Geschichte der materialistischen Behandlung unterworfen, eröffnet sich auch hier eine neue Bahn der Entwicklung."[3]

Aus der Auflösung der Hegelschen Schule ging eine neue Richtung hervor, die an den Namen Marx anknüpft. „Die Trennung von der Hegelschen Philosophie erfolgte auch hier durch Rückkehr zum materialistischen Standpunkt . . ., nur daß hier zum erstenmal mit der materialistischen Weltanschauung wirklich Ernst gemacht wurde, daß sie auf allen in Frage kommenden Gebieten des Wissens . . . konsequent durchgeführt wurde."[4] Es galt die idealistische Verkehrung der Hegelschen Philosophie zu beseitigen. „Wir faßten die Begriffe unseres Kopfes wieder materialistisch als die Abbilder der wirklichen Dinge. . . . Damit reduzierte sich die Dialektik auf die Wissenschaft von den allgemeinen Gesetzen der Bewegung, sowohl der äußeren Welt wie des menschlichen Denkens — zwei Reihen von Gesetzen, die der Sache nach identisch, dem Ausdruck nach aber insofern verschieden sind, als der menschliche Kopf sie mit Bewußtsein anwenden kann. . . . Damit aber wurde die Begriffsdialektik selbst nur der bewußte Reflex der dialektischen Bewegung der wirklichen Welt, und damit wurde die Hegelsche Dialektik auf den Kopf, oder vielmehr vom Kopf, auf dem sie stand, wieder auf die Füße gestellt. Und die materialistische Dialektik . . . wurde nicht nur von uns, sondern außerdem noch, unabhängig von uns und selbst von Hegel, wieder entdeckt von einem deutschen Arbeiter, Joseph Dietzgen."[5]

---

[1] Engels, L. Feuerbach 22. [2] Ebd. 18. [3] Ebd. 19.
[4] Ebd. 37. [5] Ebd. 38.

Digitized by Google

Hält man diese Stellen mit den früher (S. 38 ff. u. 196 ff.) angeführten zusammen, so kann der materialistische Standpunkt Engels' nicht zweifelhaft sein. Um aber an diesem Standpunkt ja keinen Zweifel aufkommen zu lassen, behauptet er ausdrücklich: „Die wirkliche Einheit der Welt besteht in ihrer Materialität“ [1], „alles Sein ist Materie“; „außer der Natur und den Menschen existiert nichts“ [2]. Fragt man, „was denn Denken und Bewußtsein sind und woher sie stammen, so findet man, daß es Produkte des menschlichen Hirns sind, und daß der Mensch selbst ein Naturprodukt, das sich in und mit der Umgebung entwickelt hat, wobei es sich dann von selbst versteht, daß die Erzeugnisse des menschlichen Hirns, die in letzter Instanz ja auch Naturprodukte sind, dem übrigen Naturzusammenhang . . . entsprechen“ [3]. „Die Bewegung ist ebenso unerschaffbar und unerschaffen wie die Materie.“ [4] Damit ist auch der Weltschöpfer geleugnet. Das Leben ist nach Engels „Daseinsweise der Eiweißkörper, und diese Daseinsweise besteht wesentlich in der beständigen Selbsterneuerung der chemischen Bestandteile“ [5]. So kann nur ein echter und rechter Materialist reden.

Wenden wir uns nun zu Marx. Da Engels im Grunde, wie er selbst versichert, nur Marxsche Gedanken entwickelt [6], so ist mit dem Gesagten der materialistische Standpunkt des Vaters der Sozialdemokratie genügend gekennzeichnet. Derselbe ergibt sich auch klar aus den von uns schon früher (S. 38) angeführten Stellen. Um aber völlig sicher zu gehen, wollen wir ihm noch weiter das Wort geben.

In der Vorrede zur zweiten Auflage des „Kapital“ kennzeichnet Marx seine Stellung zu Hegel mit folgenden Worten: „Meine dialektische Methode ist der Grundlage nach von der Hegelschen nicht nur verschieden, sondern

---

[1] Engels, Dührings Umwälzung der Wissenschaft [2] (1886) 28.

[2] Engels, L. Feuerbach 11.

[3] Engels, Dührings Umwälzung 20.

[4] Ebd. 45. [5] Ebd. 68.

[6] Im Vorwort zur zweiten Auflage von „Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ bemerkt Engels: „Da die hier entwickelte Anschauungsweise zum weitaus größeren Teil von Marx begründet und entwickelt worden, und nur zum geringsten Teil von mir, so verstand es sich unter uns von selbst, daß diese meine Darlegung nicht ohne seine Kenntnis erfolgte. Ich habe ihm das ganze Manuskript vor dem Drucke vorgelesen, und das zehnte Kapitel des Abschnittes über Ökonomie („Aus der kritischen Geschichte“) ist von Marx geschrieben und mußte nur . . . etwas verkürzt werden.“

Digitized by Google

ihr direktes Gegenteil. Für Hegel ist der Denkprozeß . . . der Demiurg des Wirklichen, das nur seine Erscheinung bildet. Bei mir ist umgekehrt das Ideale nichts anderes als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle." Das ist ein offenes materialistisches Glaubensbekenntnis, denn nur ein Materialist kann behaupten, alles Ideelle stamme aus dem Materiellen.

Ganz diesem Standpunkt entsprechend erklärt Marx die Religion für „die phantastische Verwirklichung des menschlichen Wesens". „Der Mensch macht die Religion, nicht die Religion den Menschen." [1] „Wie der Mensch in der Religion vom Machwerk seines eigenen Kopfes, so wird er in der kapitalistischen Produktion vom Machwerk seiner eigenen Hand beherrscht." [2] „Es ist in der Tat viel leichter, durch Analyse den irdischen Kern der religiösen Nebelbildungen zu finden, als umgekehrt aus den jedesmaligen Lebensverhältnissen ihre verhimmelten Formen zu entwickeln. Die letztere ist die einzig materialistische und daher wissenschaftliche Methode." [3] „Der religiöse Widerschein der wirklichen Welt kann nur verschwinden, sobald die Verhältnisse des alltäglichen Werkeltagslebens den Menschen tagtäglich vernünftige Beziehung zueinander und zur Natur darstellen." [4]. „Der Mensch wird ein Wilder, sobald er aufgehört hat ein Affe zu sein." [5].

Ich wüßte kaum, wie es Marx und Engels hätten anfangen sollen, um ihrer materialistischen Weltanschauung unzweideutigeren Ausdruck zu verleihen.

Joseph Dietzgen, den Engels als den „selbständigen Entdecker" der materialistischen Dialekt feiert (oben S. 197) und den Marx „unsern Philosophen" zu nennen pflegte [6], macht kein Hehl aus seinem Materialismus. Er führt z. B. an einer Stelle den oben erwähnten Satz aus Engels an: der Einblick in die totale Verkehrtheit des deutschen Idealismus habe notwendig zum Materialismus geführt, aber nicht zum bloß metaphysischen des 18. Jahrhunderts, und bemerkt dazu: „Dieser neuere

[1] Aus den „Deutsch-französischen Jahrbüchern", herausgegeben von Ruge und Marx (Paris 1844) 71.

[2] Marx, Das Kapital I 585. [3] Ebd. I 336 Anm.

[4] Ebd. I 46.

[5] Marx, Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms: Die Neue Zeit, 9. Jahrg. (1890—1891) I 566.

[6] Vgl. Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie III[2] 307.

Digitized by Google

Materialismus nun, der hier aus der totalen Verkehrtheit des deutschen Idealismus abgeleitet wird und dessen wesentlicher Mitbegründer Fr. Engels ist, wird wenig verstanden, obwohl derselbe die theoretische unterste Grundlage der deutschen Sozialdemokratie bildet."[1] Es stellte sich heraus, daß „die natürliche materielle Welt das Ursprüngliche ist, welche von keinem Geiste erschaffen, vielmehr der Schöpfer selber ist, der aus sich heraus den Menschen mit seinem Intellekt schuf und entwickelte"[2]. Der „sozialistische Materialismus" heißt nach Dietzgen deshalb „sozialistisch", „weil die Sozialisten Marx und Engels es zuerst klar ausgesprochen haben, daß die materiellen, namentlich ökonomischen Verhältnisse der menschlichen Gesellschaft die Grundlage bilden, aus der der gesamte Überbau der rechtlichen und politischen Einrichtungen sowie der religiösen, philosophischen und sonstigen Vorstellungsweise eines jeden geschichtlichen Zeitabschnittes in letzter Instanz zu erklären ist"[3]. Den Geist hält Dietzgen für eine „von den andern Naturobjekten nicht trennbare Erscheinung. . . . er ist wahrscheinlich kein chemisches Element, was sich rein darstellen läßt"[4]. „Die materialistische Weltanschauung ist so alt wie der religiöse Unglaube, . . . beide haben sich in unserem Jahrhundert aus dem Rohen heraus zu wissenschaftlicher Prägnanz durchgearbeitet."[5]

Ed. Bernstein, ein langjähriger Freund von Engels, dem dieser letztwillig seine Schriften vermachte, schreibt über die Grundlage der materialistischen Geschichtstheorie: „Da die materialistische Geschichtsauffassung, wie schon der Name zeigt, eng mit der materialistischen Weltauffassung zusammenhängt, so knüpfe ich in meinem Buche an diese, d. h. die Lehre an, daß alles Geschehen in Natur und Menschheit durch die nach unumstößlichen Gesetzen sich vollziehende Bewegung der die Welt erfüllenden Materie bestimmt sei. An der betreffenden . . . Stelle mache ich den Fehler, nicht entschieden genug den Ton auf Materie zu legen."[6]

---

[1] Streifzüge eines Sozialisten in das Gebiet der Erkenntnistheorie (1887) 20.

[2] Ebd. 21. [3] Ebd. 25. [4] Ebd. 28.

[5] Dietzgen, Die Religion der Sozialdemokratie (1891) 32.

[6] Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus[2] (1901) 323. Vgl. noch H. Cunow, Die materialistischen Grundlagen der Hegel-Marxistischen Geschichtsauffassung: Die Neue Zeit, 36. Jahrg. (1917—1918) I 465 ff.

Digitized by Google

Wir könnten uns noch auf Bebel, Kautsky, Mehring und andere Sozialisten berufen, die alle den Marxismus im Sinne der materialistischen Weltanschauung erklären[1]. Namentlich in der Kontroverse zwischen Belfort-Bax und Kautsky und zwischen Orthodoxen und Revisionisten in der „Neuen Zeit" und im „Vorwärts" über den Sinn der materialistischen Geschichtsauffassung wurde von allen stillschweigend vorausgesetzt, daß Marx auf dem Boden des Materialismus gestanden. In demselben Sinne erklären auch viele andere Schriftsteller den Marxismus, so z. B. Masaryk[2], Ludw. Woltmann[3], Paul Barth, H. Pesch[4] u. a.

Nur ein Zeugnis muß ich noch anführen, das besonderes Interesse an dieser Stelle beansprucht. Es ist mir nämlich aus den Reihen der Sozialdemokraten selbst ein Verteidiger gegen den „Vorwärts" erstanden. In der „Neuen Zeit"[5] nimmt Eugen Dietzgen, der Sohn des früher genannten „Philosophen" des Marxismus, mich gegen die Angriffe des „Vorwärts" in Schutz. Er gibt dem offiziellen Parteiblatt deutlich zu verstehen, daß ihm das tiefere Verständnis des Marxismus abgehe. Durch sichere Tatsachen, so führt er aus, wurden „Hegels Schüler Feuerbach, Marx und Engels veranlaßt, Hegels Grundauffassung auf den Kopf zu stellen, d. h. die Vernunft mit ihren Ideen aus dem Sein zu erklären und hervorgehen zu lassen, statt umgekehrt". „So entstand die Marx-Engelssche materialistische Geschichtsauffassung, die deshalb ‚materialistisch' genannt wurde, weil sie bei der Einsicht in die Untrennbarkeit und Wechselwirkung von Geist und Materie zuerst — dank der irdisch gemachten Hegelschen Dialektik — auf das Hervorgehen des Geistes aus dem Sein aufmerksam machte." J. Dietzgen hat diese Geschichtsauffassung erkenntnistheoretisch zu begründen versucht, indem er zeigte, wie der Geist aus dem Sein, d. h. der Materie, hervorgeht. „Weil unser Materialismus basiert auf der Einheit von

[1] Vgl. hierüber Stimmen aus Maria-Laach LXX (1906) 33 ff.

[2] Die philosophischen und soziologischen Grundlagen des Marxismus (1899) 39: „Von Feuerbach hat Marx seinen materialistischen Positivismus." S. 29: „Marx akzeptiert Feuerbachs Naturalismus und Materialismus."

[3] Der historische Materialismus — Darstellung und Kritik der Marxistischen Weltanschauung (1900) S. 6: „Der Marxismus als Weltanschauung ist in großen Umrissen das vollendetste System des Materialismus."

[4] Lehrbuch der Nationalökonomie I (1905) 308.

[5] 22. Jahrg. (1904) I 231 ff.

Digitized by Google

Geist und Materie, heißt er füglich dialektischer Materialismus." „Auch der Geist ist eine sinnliche Erscheinung."

Ebenfalls in der „Neuen Zeit"[1] schreibt derselbe Eugen Dietzgen, alle Geistes- und Willenstätigkeit auf religiösem, nationalem, politischem oder sonstigem Gebiete hänge mit den Lebenserhaltungsmitteln eng zusammen, welche im sozialen Wirtschaftsprozeß wurzeln. „Dies ist ein Fingerzeig auf den Weg, auf welchem die marxistische oder dialektisch-materialistische Geschichtsauffassung erkenntniskritisch erklärt, begründet und konsequent erweitert wurde zur monistischen Weltanschauung, welche jeden Glauben an eine übersinnliche Welt oder Religion als ein Phantasiegebilde des ungewitzigten Menschenkopfs entlarvte."

Es ist deshalb kein vernünftiger Zweifel daran möglich, daß die materialistische Geschichtsauffassung sowohl nach ihrem Wesen als nach der ausdrücklichen Erklärung ihrer Begründer und Hauptvertreter auf der materialistischen Weltanschauung ruht.

Damit ist auch das Urteil über diese Geschichtsauffassung schon gefällt. Ich wende mich an Leser, die noch an ihre Würde als Menschen und Christen glauben. Der Materialismus leugnet nicht nur alles Übernatürliche, wie die Menschwerdung Christi und die ganze christliche Offenbarung, sondern auch das Dasein eines außer- und überweltlichen persönlichen Schöpfers, die Geistigkeit und Unsterblichkeit der menschlichen Seele, die ewige Vergeltung im Jenseits usw. Eine eingehende Widerlegung des Materialismus ist auch deshalb überflüssig, weil die Sozialisten für ihre materialistischen Behauptungen und Voraussetzungen entweder gar keine Beweise vorbringen oder sich damit begnügen, die Behauptungen eines Feuerbach, Strauß u. a. zu wiederholen.

§ 2. Wirtschaft und Ideologie.

Der zweite Satz der materialistischen Geschichtsauffassung heißt: Das gesamte geistige Leben der menschlichen Gesellschaft wird aus den materiellen Produktionsverhältnissen abgeleitet, die materiellen Produktionsbedingungen oder

[1] 24. Jahrg. (1906) II 446.

Digitized by Google

die sachlich-wirtschaftlichen Verhältnisse sind die Grundlage aller Gesellschaftsordnung. Ändert sich die Produktion, so ändert sich auch allmählich der ganze soziale, politische, rechtliche, sittliche, religiöse und philosophische Überbau. Wir haben schon oben (S. 37 ff. u. 197 ff.) charakteristische Stellen angeführt, in denen Marx und Engels dieser Anschauung unzweideutigen Ausdruck geben. Nach Engels sind „die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwälzungen zu suchen nicht in den Köpfen der Menschen..., sondern in Veränderungen der Produktions- und Austauschweise".

Hier stoßen wir auf den eigentlichen Kern der „materialistischen Geschichtstheorie". Der historische Materialismus ist der „umgestülpte" Hegel. Marx selbst sagt, seine dialektische Methode sei das direkte Gegenteil der Hegelschen. Für Hegel sei der Denkprozeß der Demiurg des Wirklichen. „Bei mir ist umgekehrt das Ideelle nichts anderes als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle." [1]

Im Jahre 1890 schrieb Engels an Bloch [2]: „Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr haben weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase." Offenbar suchte Engels seine Theorie in späteren Jahren abzuschwächen. Aber er hätte uns erklären sollen, was das bedeute, die wirtschaftliche Produktion und Reproduktion sei das „in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte", oder „die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen und politischen Umwälzungen" seien „in Veränderungen der Produktions- und Austauschweise" zu suchen. Das kann nur heißen, es gibt zwar noch andere Ursachen, die in der Geschichte mitwirken, aber wenn man sie analysiert und auf die letzte Instanz

[1] Siehe oben S. 199.

[2] Siehe Engels' Briefe über die materialistische Geschichtsauffassung in den Dokumenten des Sozialismus II (1902—1903) 71. Vgl. auch Sozialistische Monatshefte 1914 I 172.

Digitized by Google

zurückführt, so kommt man auf die Veränderung der Produktions- und Austauschweise. Diese ist die letzte Ursache, auf die sich alle andern schließlich zurückführen lassen. Einen andern vernünftigen Sinn können die Worte gar nicht haben.

Man hat auch die materialistische Geschichtsauffassung nur für eine „heuristische Methode" erklären wollen; aber das ist eine völlig unhaltbare Auffassung. Marx und Engels wollten die objektiven letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen angeben, die letzten Ursachen können wohl der Gegenstand sein, zu deren Kenntnis uns eine Methode führen mag, aber sie selbst sind keine Methode. Der Satz: „Alle Naturgesetze sind nichts als Methoden" ist zu unsinnig, um eine ernste Widerlegung zu verdienen. Doch wenden wir uns jetzt der Kritik der Behauptung zu, die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen seien die wirtschaftlichen.

Es wäre ein Irrtum zu meinen, Marx und Engels hätten ihre Theorie aus einem eingehenden Studium der Geschichte abstrahiert. Nein, ausgehend von gewissen Erscheinungen des modernen Wirtschaftslebens und deren Einfluß auf die gesellschaftlichen Verhältnisse, haben sie a priori ihren ökonomischen Materialismus aufgestellt und erst hinterher einige Versuche gemacht, die Geschichte im Sinne ihrer Theorie zu erklären[1]. Marx selbst hat in dieser Beziehung nur gelegentliche Bemerkungen in seinen verschiedenen Schriften eingestreut. Etwas eingehender haben Engels, Bebel, Kautsky u. a. sich vom Standpunkt ihrer Theorie mit der Geschichte befaßt. Aber ihre Schriften sind auch nicht entfernt imstande, der materialistischen Geschichtsauffassung Halt zu verleihen. Engels' Hauptschrift in dieser Beziehung: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates"[2], ist nur ein Auszug aus Lewis

[1] Mit Recht sagt Edm. Fischer (Sozialistische Monatshefte 1916, 848): „Marx ist nicht auf Grund seiner wissenschaftlichen Forschungen zum Sozialismus gekommen, sondern umgekehrt: er ging bei seinen wissenschaftlichen Arbeiten von seinem sozialistischen Ideal aus, das er auf eine wissenschaftliche Grundlage zu stellen suchte."

[2] 7. Auflage 1896.

Digitized by Google

Morgans „Urgesellschaft“ [1], einem Werke, das vom extrem darwinistischen Standpunkt verfaßt ist und in der einseitigsten Weise auf Grund einiger Erscheinungen bei amerikanischen Indianern mit Zuhilfenahme darwinistischer Prinzipien eine allgemeine Geschichte der Urgesellschaft konstruierte.

Gerade die Familie als allgemein menschliche Erscheinung stößt den ökonomischen Materialismus über den Haufen. Die Familie läßt sich nicht aus ökonomischen Verhältnissen ableiten, sondern hat ihren Grund in unzerstörbaren Neigungen und Trieben der menschlichen Natur und begegnet uns deshalb immer und überall in irgendeiner Form, wie verschieden auch die wirtschaftlichen Verhältnisse sein mögen. Die von Bachofen, Lubbock, Dargun und vielen andern aufgestellte Behauptung, auf den tiefsten Kulturstufen hätten die Menschen ohne Ehe und Familie in Horden mit regellosem Geschlechtsverkehr oder mit sog. Gruppenehen gelebt, ist längst von der ernsten Forschung in das Reich der Fabeln verwiesen. So sagt E. Westermarck, der Geschichtschreiber der menschlichen Ehe [2]: „Für die Geschichte der menschlichen Ehe lassen sich zwei Ergebnisse bezüglich Monogamie und Polygamie mit absoluter Sicherheit aufstellen: Monogamie, stets die vorherrschende Form der Ehe, hat mehr vorgeherrscht auf den niedrigsten Stufen der Zivilisation als auf den etwas höheren Stufen; während auf noch höheren Stufen Polygamie zu einem bedeutenden Grad wiederum der Monogamie gewichen ist.“ Dieses Ergebnis der Forschungen Westermarcks, daß auf den primitivsten Stufen der Menschheit die Monogamie vorgeherrscht habe, hat die neuere Ethnologie über allen Zweifel erhoben; sie herrscht z. B. bei den Senoi und Semang auf Malakka, bei den Andamanesen, den Weddas auf Ceylon, den Nigritos der Philippinen, den Batwas am Tanganika usw. [3]

[1] Ancient Society (1877), ins Deutsche übersetzt von Eichhorn und Kautsky 1891.

[2] History of Human Marriage [3] (London 1894) 508.

[3] Zahlreiche Beweise für die Monogamie der primitivsten Naturvölker habe ich gesammelt in meinem Werke „Die Einheit des sittlichen Bewußtseins der Menschheit“, 3 Bde., Freiburg 1914, Herder. Vgl. namentlich III 565.

Digitized by Google

Aus der Ehe ergibt sich naturnotwendig die Familie, die uns in irgendeiner Form immer und überall bei allen Völkern begegnet, mögen sie in der Kultur sonst noch so tief stehen. Darüber ist heute bei den Ethnologen kein Zweifel mehr. Die Familie bildet nun auch die erste Wirtschaftsorganisation. Nicht die Wirtschaft hat die Familie, sondern die Familie hat die erste Wirtschaft erzeugt. Wären nicht von Anfang an der Trieb nach Selbsterhaltung, nach Wohlleben und Glück, der Geschlechtstrieb, das Verlangen in den Kindern fortzuleben vorhanden und wirksam gewesen, so wäre es nie zu einem wirtschaftlichen Leben gekommen. Der Selbsterhaltungstrieb nötigte die Familie, sich ihre Nahrung, ihre Kleider, ihre Wohnung zu verschaffen durch Arbeit, auf der Jagd, dem Fischfang, durch den Hüttenbau usw. Gewiß haben auch die Wirtschaftsverhältnisse, Wohnort, Klima, Bodenbeschaffenheit u. dgl., auf die konkrete Gestaltung der Familie Einfluß gehabt, aber sie sind keineswegs die eigentliche Grundlage und Wurzel der Familie. Die Familie einfachhin aus den Produktions- oder Erwerbsverhältnissen erstehen zu lassen, heißt die Quelle aus dem Bache, die Wurzel aus dem Baume ableiten.

Doch wenden wir uns jetzt zu dem „idealen Überbau". Ist es möglich, alles Ideelle, alle philosophischen, rechtlichen, sittlichen, politischen und religiösen Ideen und Anschauungen aus den materiellen Produktionsverhältnissen abzuleiten? Wenn die materialistische Geschichtsauffassung Anspruch auf Wissenschaft erheben will, so muß sie imstande sein, uns diese Möglichkeit begreiflich zu machen, uns zu zeigen, wie alles Denken, alle Ideologie aus materiellen wirtschaftlichen Verhältnissen abgeleitet wird. Der Mensch ist ja nach dieser Geschichtstheorie ein Naturprodukt wie alle andern Dinge, er ist nur ein weiter entwickeltes Tier. Wie also kommt er zur „Ideologie", zu philosophischen, rechtlichen, sittlichen und politischen Ideen und Anschauungen?

Auf diese Frage erhalten wir von den Anhängern der materialistischen Geschichtstheorie keine irgendwie verständliche Antwort. Sie wiederholen immer nur leere, nichtssagende oder zweideutige Ausdrücke. So wird behauptet, die Ideologie sei das „Spiegelbild" der

Digitized by Google

materiellen Wirtschaftsbedingungen in den Köpfen der Menschen. Was soll das heißen? Das ist eine bloße Metapher. Das Spiegelbild gibt den Gegenstand mehr oder weniger genau so wieder, wie er in Wirklichkeit ist, wie z. B. das klare Wasser die Sonne widerspiegelt. Das Spiegelbild der materiellen Produktionsbedingungen kann also nur die ideelle Wiedergabe, eine Art Photographie dieser Verhältnisse im Menschenkopfe sein. Damit haben wir aber noch keine Moral, keine Politik, keine Philosophie, überhaupt keine allgemeinen Begriffe und Grundsätze über Sein und Nichtsein, Wahrheit und Irrtum, Gut und Bös, Recht und Unrecht, Tugend und Laster usw. Denn die materiellen Produktionsverhältnisse enthalten nichts dergleichen; deshalb kann auch ihr Spiegelbild nichts davon enthalten.

Auch mit den Ausdrücken: die Menschen „schöpfen" ihre philosophischen, sittlichen, religiösen Ideen und Anschauungen aus den jeweiligen Produktionsbedingungen, oder sie „leiten dieselben aus ihnen ab", kommen wir nicht weiter. Denn das ist gerade die Frage, *wie* es möglich sei, aus diesen Verhältnissen Philosophie, Moral, Religion usw. abzuleiten, da sie nichts Derartiges enthalten. Dasselbe gilt von den Ausdrücken: die philosophischen, rechtlichen und sittlichen Anschauungen seien das „im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle".

Nehmen wir z. B. die *Moral*. Diese besteht wesentlich in allgemeinen Grundsätzen, z. B. im Grundsatz: Du sollst kein Unrecht tun; du sollst andern nicht zufügen, was du selbst nicht leiden magst; du sollst kein falsches Zeugnis ablegen usw. Selbst wenn man den Sozialisten zugeben wollte, diese Grundsätze hätten nur für eine bestimmte Zeitepoche oder für eine bestimmte Klasse Geltung, immerhin bliebe wahr, daß sie wenigstens in dieser Epoche und für diese Menschenklasse *Allgemeingültigkeit* beanspruchen. Ist nun der Mensch ein bloßes Sinnenwesen wie alle übrigen, nur ein weiter entwickeltes Tier, in dem keine wesentlich höheren Kräfte tätig sind, so kann er nie und nimmer zu *allgemein gültigen und notwendigen Grundsätzen* gelangen und noch weniger dieselben aus den materiellen Produktionsverhältnissen ableiten, da diese über

Digitized by Google

Recht und Unrecht, Gut und Bös nichts aussagen. Gerade weil das Tier ein bloßes Sinnenwesen ist, vermag es nur konkrete, sinnlich erkennbare Einzeldinge wahrzunehmen, Dinge, die man sehen, hören, riechen oder betasten und fühlen kann; deshalb ist es nicht imstande, sich allgemeine Begriffe und Grundsätze zu bilden, und weiß nichts von Philosophie, Religion, Moral, Politik u. dgl. Wäre der Mensch nicht wesentlich vom Tiere verschieden, so würde auch er nie zu einer „Ideologie" gelangen; die sinnliche Erfahrung vermöchte ihn bloß zu lehren, was geschehen ist oder geschieht, aber nicht, was allgemein *geschehen solle oder müsse*.

Wir werden das noch besser einsehen, wenn wir der materialistischen Geschichtsauffassung die Art und Weise gegenüberstellen, wie nach der christlichen, ja nach jeder gesunden Philosophie der Mensch sich allgemeine Begriffe und Grundsätze bildet. Weil er eine geistige, von der Materie im Denken und Wollen innerlich unabhängige Seele hat, vermag er nicht bloß die Erscheinungen der einzelnen, konkreten Dinge wahrzunehmen, sondern dringt zum *Wesen* der Dinge vor und erkennt dieses in seiner Allgemeinheit, losgelöst von allen Umständen der Zeit, des Orts usw. Er erkennt nicht bloß diesen oder jenen konkreten Baum, sondern den Baum im allgemeinen, das *Wesen* des Baumes, das allen Bäumen gemeinsam ist und sie von andern Dingen unterscheidet. Ebenso bildet er sich die Allgemeinbegriffe von Mensch, Tier, Sein und Nichtsein, Notwendigkeit, Ursache, Wirkung, Bewegung, Entstehen und Vergehen, Zeit und Ewigkeit, Kraft, Größe, Gleichheit, Ähnlichkeit, Vollkommenheit u. dgl. Durch Vergleichung dieser aus der Erfahrung vermittelst der Abstraktion gewonnenen Allgemeinbegriffe kommt er zu allgemeinen, notwendigen Urteilen, die in ihrer Gültigkeit von der Erfahrung ebenso unabhängig sind wie die Allgemeinbegriffe. Zu diesen Urteilen gehört z. B. der Grundsatz, daß Sein und Nichtsein sich notwendig und überall gegenseitig ausschließen, daß also kein Ding zugleich und unter derselben Rücksicht sein und nichtsein, so und zugleich anders sein kann; der Grundsatz, daß kein Ding handeln kann, bevor es existiert, daß also kein Ding sich selbst das Dasein geben kann, und mithin alles, was anfängt zu existieren, eine außer ihm liegende Ur-

Digitized by Google

sache haben muß; der Grundsatz, daß zwei Dinge, die einem dritten gleich sind, auch unter sich gleich sein müssen usw.

Mit Hilfe dieser allgemeinen und notwendigen Grundsätze kann der Mensch, unterstützt von der Erfahrung und der fremden Belehrung, den Kreis seiner Kenntnisse immer mehr erweitern und von Vollkommenheit zu Vollkommenheit fortschreiten. Die Philosophie hat die Aufgabe, diese Begriffe und Grundsätze allseitig zu prüfen und zu erklären und an ihrer Hand zu den letzten Gründen aller Dinge vorzudringen. Aber auch wer kein Fachphilosoph ist, hat einen solchen Grundstock von Allgemeinbegriffen und Grundsätzen, mit deren Hilfe er zur Kenntnis der Religion und Moral gelangen und auch in materiellen Dingen Fortschritte machen kann.

Die materielle Produktion ist so wenig die Quelle alles Geisteslebens und Wollens, daß sie vielmehr schon *viele geistige Begriffe und Grundsätze voraussetzt*. Unter menschlicher Produktion verstehen wir die *bewußte und planmäßige Tätigkeit* der Menschen zum Zweck der Erzeugung materieller Nutzgüter. Diese ist aber nur dort möglich, wo man sich verschiedene Zwecke setzen, die dazu dienlichen Mittel aussuchen und wählen oder erfinden kann. *Schon die allerursprünglichste Produktion war das Erzeugnis des nachdenkenden, zwecksetzenden und strebenden Geistes.* Nicht der Bogen, der Speer oder das Netz haben das Denken und Wollen, sondern dieses hat den ersten Bogen, das erste Netz, das Feuer erfunden und hervorgebracht.

Warum finden wir im Tierreich keine Produktion, die sich mit der menschlichen auch nur im entferntesten vergleichen läßt? Weil den Tieren der Verstand und der freie Wille fehlt. Die Biene erzeugt Waben und Honig, aber immer in derselben Weise ohne jeden Fortschritt. Sie wird eben vom bloßen Instinkt getrieben, den der Schöpfer in sie gelegt hat. Sie vermag deshalb auch nicht sich neue Zwecke zu setzen und künstliche Werkzeuge zu erfinden. Der Mensch dagegen als vernunftbegabtes Wesen vermag sein Tun und Handeln zu überdenken, sich immer neue Ziele zu setzen, die dazu dienlichen Mittel und Werkzeuge zu erfinden und so von einer Stufe der Vollkommenheit zur andern emporzusteigen.

Digitized by Google

In diesem ganzen Prozeß ist der erkennende und strebende Geist das prius, nicht das posterius, er ist die treibende und leitende Kraft, ohne die es nie zu einer menschlichen Produktion, geschweige denn zu einem Fortschritt käme.

Was sodann die Herleitung der sozialen und rechtlichen Institutionen aus den wirtschaftlichen Verhältnissen anbetrifft, so ist diese schon deshalb falsch, weil jede geordnete Wirtschaft eine wenn auch noch so primitive Rechtsordnung oder soziale Organisation voraussetzt. Sobald mehrere geordnet und planmäßig zur Erzielung wirtschaftlicher Güter zusammenarbeiten, muß es eine leitende Autorität irgendwelcher Art geben, der sich die einzelnen zu unterwerfen haben; ebenso müssen die Wirtschaftsgenossen durch Rechte und Pflichten untereinander verbunden sein, z. B. durch das Recht auf das Leben, den guten Namen, das Recht auf einen bestimmten Anteil am Ertrag, das Recht auf den Ehegatten u. dgl. Es heißt also die Wurzel aus dem Baum entstehen lassen, wenn man die Rechtsordnung aus den Produktionsverhältnissen ableiten will[1].

Einer besondern Betrachtung bedarf noch die Herleitung der Moral und Religion aus den Produktionsverhältnissen.

In den materiellen Produktionsbedingungen steckt, wie schon bemerkt, kein Quentchen Moral, sie kann also auch nicht aus ihnen abgeleitet werden. Wie also gelangen wir zur Moral, d. h. zu allgemeinen Begriffen und Grundsätzen über Gut und Bös, Recht und Unrecht? Nach dem, was wir oben über die Bildung von Allgemeinbegriffen und Grundsätzen gesagt haben, ist die Antwort leicht. Wie jedes lebende Wesen, so hat auch der Mensch von Natur aus die Neigung zu dem, was ihm entspricht, ihn erhält und vervollkommnet. Sobald er zum vollen Vernunftgebrauch gelangt und wenigstens praktisch erkennt, daß er mehr ist als ein bloßes Tier, bildet er sich den Begriff dessen, was seiner Natur entspricht, ihr angemessen und begehrenswert oder verabscheuenswert, d. h. gut oder bös ist. Aus diesen Begriffen gelangt er von selbst zu den obersten und allgemeinsten

[1] Sehr gut hat diesen Gedanken entwickelt Stammler in seinem schon erwähnten Buche: Wirtschaft und Recht nach der materialistischen Geschichtsauffassung.

Digitized by Google

sittlichen Grundsätzen: daß man das Gute erstreben und tun, das Böse aber verabscheuen und meiden solle, daß man sich so benehmen solle, wie es sich für ein Vernunftwesen geziemt u. dgl. Und da er leicht zur Erkenntnis Gottes, des Schöpfers und Ordners aller Dinge, kommt, so sieht er auch bald ein, daß in diesen Grundsätzen der Wille des höchsten Ordners und Lenkers aller Dinge zum Ausdrucke kommt. Erst auf der Grundlage dieser obersten Grundsätze kann der Mensch allmählich zur allseitigen Kenntnis seiner Pflichten gelangen.

Nur insofern könnte allenfalls von einer Ableitung nicht zwar der ganzen Moral, wohl aber einzelner bestimmten Pflichten aus den Produktionsverhältnissen die Rede sein, als man einsieht, daß unter Voraussetzung bestimmter Wirtschaftsbedingungen auch ein bestimmtes Verhalten der Menschen notwendig ist, sei es zum Zweck der Selbsterhaltung oder zum Zweck des Gemeinwohls. Aber auch diese Ableitung ist nur möglich, wenn man schon den allgemeinen Grundsatz voraussetzt, man solle alles tun, was zur Selbsterhaltung und zum Gemeinwohl notwendig ist, und dieser Grundsatz kann nicht aus den Produktionsbedingungen geschöpft werden. Noch weniger können diese Produktionsbedingungen eine wahre sittliche Pflicht erzeugen, die wir durch das unbedingte: „Du sollst" ausdrücken. Was hätte überhaupt eine Moral zu bedeuten, die weiter nichts wäre als der Reflex der ökonomischen Verhältnisse in den Köpfen der Menschen?

Einen merkwürdigen Versuch, die Entstehung der Moral zu erklären, hat Kautsky[1] gemacht. Der Mensch ist nach ihm nicht wesentlich vom Tiere verschieden. Schon bei den Tieren findet er, wie Darwin, Spencer u. a., neben individuellen auch soziale Triebe, welche die Vorbedingung für das Gedeihen jeder Art von Gesellschaft bilden. Dazu gehören z. B. die Selbstlosigkeit, die Hingabe für die Allgemeinheit, die Tapferkeit in der Verteidigung der gemeinsamen Interessen, Treue gegen die Gemeinschaft, Unterordnung unter den Willen der Gesamtheit, also Gehorsam oder Disziplin, Wahrhaftigkeit gegen die Gesellschaft, die man gefährdet, wenn man sie irreführt, etwa durch falsche

[1] Ethik und materialistische Geschichtsauffassung (1906).

Digitized by Google

Signale; endlich Ehrgeiz, die Empfänglichkeit für Lob und Tadel der Gemeinschaft. „Das alles sind soziale Triebe, die wir schon in tierischen Gemeinschaften ausgeprägt finden, manche davon oft in hohem Maße. Diese sozialen Triebe sind aber nichts anderes als die erhabensten Tugenden, ihr Inbegriff das Sittengesetz. Höchstens fehlt unter ihnen noch die Gerechtigkeitsliebe, d. i. der Drang nach Gleichheit.... Das erhabene Sittengesetz, daß der Genosse niemals bloßes Mittel zum Zweck sein solle, welches unsere Kantianer als die gewaltigste Leistung des Kantschen Genius betrachten, ist in den tierischen Gesellschaften eine Selbstverständlichkeit." [1] „Ein tierischer Trieb, nichts anderes ist das Sittengesetz." [2] „Wir haben keinen Grund zur Annahme, das Gewissen sei auf den Menschen beschränkt." [3]

Das Sittengesetz soll ein tierischer Trieb sein! Aber jedermann weiß doch, daß das Sittengesetz beständig unsern Trieben entgegentritt und deren Beherrschung verlangt! Wir haben den Geschlechtstrieb, der nach Geschlechtslust strebt. Besteht das Sittengesetz in diesem Trieb? Nein, es tritt ihm geradezu entgegen und stellt die Forderung, ihn in den rechten Schranken zu halten. Es ruft dem Menschen zu: Vermeide die Unzucht, treibe keinen Ehebruch, begehre nicht deines Nächsten Weib usw. Wir haben den Trieb nach Befriedigung der Gaumenlust. Das Sittengesetz tritt dem wieder entgegen und setzt ihm Schranken: Du sollst nicht unmäßig sein, dich nicht betrinken u. dgl. Wie oft regt sich in uns der Trieb der Rachsucht, des Neides! Auch hier tritt wieder das Sittengesetz verbietend entgegen, und so ist es in den meisten Fällen. Nach Kautsky hätte der Mensch einen Trieb zur Keuschheit, zur Mäßigkeit, zur Bescheidenheit, zur Gerechtigkeit, zur Arbeitsamkeit usw. Ob er das selber glaubt? Aber behaupten muß er es nach seinem Prinzip, und deshalb dichtet er schon den Tieren Wahrhaftigkeit, Gehorsam, Selbstlosigkeit, Mäßigkeit u. dgl. an. Aber umsonst. Gewiß, auch die Tiere handeln in vielen Dingen sehr zweckmäßig, wie es die Erhaltung des Individuums und der Gattung erfordert. Aber sie tun das naturnotwendig aus angeborenem Instinkt. Von Gesellschaft, von Unterordnung des einzelnen unter die Gesamtheit, von der Beziehung des Mittels zum Zweck, von Lob und Tadel u. dgl. haben sie keinen Begriff, ebensowenig als von Pflicht, Tugend, Schuld usw., weil sie eben keine Vernunft haben. Der Mensch dagegen besitzt Vernunft, er

[1] Ethik und materialistische Geschichtsauffassung 62.
[2] Ebd. 63. [3] Ebd. 65.

Digitized by Google

erkennt das Wesen der Dinge und ihre Beziehungen zueinander, er erkennt, daß er das Gute tun und das Böse meiden, daß er andern nicht zufügen soll, was er von ihnen nicht erleiden mag u. dgl. Und weil er die Herrschaft über sein Wollen hat, kann er zwischen Gut und Bös wählen und dadurch Verdienst erwerben oder sich Schuld zuziehen. Das ist auch der Grund, warum, wie die Erfahrung lehrt, die sittlichen Grundsätze und die Tugenden des Willens sich nicht vererben, sondern von jedem einzelnen Menschen neu erlernt oder erworben werden müssen; denn nur sinnliche Eigenschaften werden von den Eltern auf die Kinder vererbt.

Aber nehmen wir selbst an, das Sittengesetz sei nur ein tierischer Trieb, wie Kautsky will. Hätte er damit etwa bewiesen, daß die Sittlichkeit aus den wirtschaftlichen Verhältnissen stamme oder aus ihnen abgeleitet sei? Keineswegs, denn der Selbsterhaltungstrieb ist ebenso wie der Fortpflanzungstrieb und der Gesellschaftstrieb nach Kautsky selbst eine ganz allgemeine Erscheinung aller gesellschaftlich lebenden Sinneswesen, Menschen und Tiere, er ist also von den äußeren Verhältnissen unabhängig und muß in der Natur selbst seine Wurzel haben. Was sollte ferner eine Moral, die nur auf einem tierischen Triebe beruht und für die wir niemand verantwortlich sind als uns selbst?

Fast noch unmöglicher und absurder als bei der Moral ist die Herleitung der Religion aus den Wirtschaftsverhältnissen. Nach Marx und Engels ist die Religion nur die Widerspiegelung derjenigen Mächte, die des Menschen tägliches Dasein beherrschen, „die phantastische Verwirklichung des menschlichen Wesens" und wie die Ausdrücke alle lauten. Aber was soll das heißen? Das sind leere, nichtssagende Worte, mit denen Marx und Engels sehr freigebig umgehen. An einer Stelle sagt Marx: Die Religion ist nur die illusorische Sonne, die sich um den Menschen bewegt, solange er sich nicht um sich selbst bewegt, sie ist das illusorische Glück des Menschen. Das kann nichts anderes heißen, als der Mensch, der sein Glück auf Erden nicht findet, sucht es im Himmel. Damit gerät Marx in Widerspruch mit sich selbst. Denn hier wird die Religion nicht aus den Produktionsverhältnissen, sondern aus dem Sehnen des Menschen nach vollkommenem Glück abgeleitet, ein Sehnen, das von den Produktionsbedingungen unabhängig ist und sich immer und überall bei allen Menschen geltend macht.

Digitized by Google

Daß übrigens das Streben nach vollkommenem Glück auch ein Faktor sei bei der Entstehung der Religion, soll nicht geleugnet werden, aber es ist keineswegs ihre eigentliche und tiefste Ursache.

Gewiß, der Mensch will vor allem leben, sich nähren, kleiden, behaglich wohnen, und deshalb wird immer die wirtschaftliche Tätigkeit eine hervorragende Rolle in seinem Leben spielen, wie wir schon früher (S. 41) bemerkt haben. Diese Binsenwahrheit brauchte nicht erst von Marx entdeckt zu werden. Aber der Mensch lebt nicht allein vom Brote. Seine geistige, unsterbliche Seele verlangt eine höhere Nahrung. Er will den Kreis seiner Macht und seines Wissens immer mehr erweitern; er will nicht bloß erkennen, was da ist und geschieht, sondern auch das Wie und Warum. So dringt er an der Hand des Kausalitätsprinzips bis zur ersten und höchsten Ursache vor, aus der allein die wunderbare Ordnung, Harmonie und Zweckmäßigkeit des Weltalls im ganzen und in seinen einzelnen Teilen ihre genügende Erklärung findet. Diese erste Ursache ist Gott, der Urquell und das Endziel aller Dinge. Damit ist die Grundlage und Wurzel der Religion gegeben. Der Mensch tritt in lebendigen Wechselverkehr mit dem unsichtbaren Herrn und Lenker aller Dinge. Hierzu kommt, daß der Tod den Menschen nach kurzer Zeit schonungslos aus diesem Leben hinwegrafft, und doch macht sich in jeder Menschenbrust der Drang nach vollkommener, nie endender Glückseligkeit geltend.

So kommen alle Menschen — wie verschieden auch die wirtschaftlichen Verhältnisse sein mögen, in denen sie leben — durch Nachdenken zum Glauben an eine Gottheit, wenn sie auch oft in bezug auf die Natur derselben in Irrtümer verfallen, zum Glauben an ein unsterbliches Jenseits, für welches das Erdenleben nur den Charakter einer Vorstufe und Prüfungszeit hat. Damit haben wir die Grundrisse der Religion.

Also die Behauptung, daß alle „Ideologie" aus den materiellen Produktionsverhältnissen stamme, ist völlig unhaltbar.

§ 8. Der stetige Entwicklungsprozeß.

Der dritte Satz der materialistischen Geschichtsauffassung lautet: Alles ist in einem beständigen Entwicklungsprozeß be-

Digitized by Google

griffen. Die Produktionsverhältnisse ändern sich immerfort und mit ihnen der gesamte „ideologische Überbau". Es gibt hiernach auf politischem, sozialem, rechtlichem, sittlichem, religiösem, philosophischem Gebiete keine ewigen, unveränderlichen Begriffe und Grundsätze. Das ist der Hegelsche Werdeprozeß auf dem Boden des Materialismus[1]. Nur für die mathematischen Wissenschaften wollen Marx und Engels unveränderliche Grundsätze zulassen, obwohl auch hier die „ewigen Wahrheiten" sehr dünn gesät sein sollen.

Dieser Satz ist nur eine Folgerung aus der Behauptung, alle philosophischen, politischen, rechtlichen usw. Ideen seien das Erzeugnis der materiellen Produktionsbedingungen. Da wir die Unhaltbarkeit dieser Behauptung schon dargetan haben, so ergibt sich damit auch die Unhaltbarkeit der daraus gezogenen Folgerung.

Die aus der Erfahrung durch Abstraktion gewonnenen Begriffe sind von Zeit und Ort unabhängig; sie drücken nur das Wesen der Dinge aus. Deshalb sind auch die aus der Vergleichung dieser Begriffe gebildeten Grundsätze und Prinzipien von Zeit und Ort unabhängig und völlig unveränderlich. Daß das Ganze größer sein muß als ein Teil desselben, gilt nicht bloß für dieses oder jenes konkrete Ganze, an diesem oder jenem Ort, zu dieser oder jener Zeit, sondern für jedes Ganze immer und überall, weil es im Wesen des Ganzen begründet ist.

Es liegt auch auf der Hand, daß die Auffassung, mit den Produktionsverhältnissen änderten sich alle philosophischen, rechtlichen, religiösen usw. Begriffe und Grundsätze, nur vom Standpunkt des rohen Materialismus Sinn und Bedeutung hat und mit ihm steht und fällt. Gleichwie Gott der Ewige und Unwandelbare ist, für den es keinen Schatten der Veränderung, kein Gestern und Morgen, sondern nur ein ewiges Heute gibt, so wird es auch ewig wahr bleiben, daß er der Schöpfer, der Herr und das Endziel aller Dinge ist; ewig wird es wahr bleiben, daß der Mensch erschaffen ist, um Gott zu dienen und dadurch sein ewiges Heil zu wirken, daß es im

[1] Vgl. oben 37 ff.

Digitized by Google

Jenseits eine ewige Vergeltung von Gut und Bös gibt; ewig wird auch jenes Wort wahr bleiben, welches die untrügliche Wahrheit durch die Propheten und zuletzt durch seinen eingebornen Sohn zur Welt gesprochen hat: „Meine Worte werden nicht vergehen." Kurz, jedes Jota der geoffenbarten Lehre wird ewig wahr bleiben, und ebenso wird es ewig wahr sein, daß die vermeintliche materialistische Geschichtsauffassung ein verhängnisvoller Irrtum ist, am meisten verhängnisvoll für diejenigen, welche sich hinter derselben gegen das Christentum zu verschanzen suchen.

Ebenso unwandelbar und ewig als die Wahrheiten der christlichen Offenbarung sind die allgemeinen Begriffe und Grundsätze der natürlichen Ordnung. Sie sind die natürliche Offenbarung der Gedanken des Ewigen, der die Quelle, der Urgrund jeder Wahrheit ist. Außerdem hangen sie vielfach mit der christlichen Offenbarung notwendig zusammen. Ebensowenig als der Begriff des Kreises oder Vierecks im Laufe der Zeit ein anderer geworden ist oder jemals ein anderer werden kann, ebensowenig werden die allgemeinen Begriffe der religiösen und sittlichen Ordnung und die darauf sich gründenden Prinzipien jemals andere werden. Unsere Gedanken sind nicht leere Formen, sondern die geistigen Abbilder des Wesens der Dinge, das bei allem Wandel der physischen Ordnung dasselbe bleibt. Der erste Mensch hatte keine andere Wesenheit und Bestimmung, als wir sie haben und einst der letzte Mensch auf Erden sie haben wird.

Diejenigen, welche das Dasein ewiger, unveränderlicher Begriffe und Grundsätze leugnen, machen dadurch die Wissenschaft zur Unmöglichkeit und geraten notwendig mit sich selbst in Widerspruch. Die Wissenschaft hat es mit dem Notwendigen und Unwandelbaren zu tun. Sie will nicht bloß die jeweiligen Einrichtungen der Dinge angeben, sondern ihre allgemeinen Ursachen und Gesetze auffinden und daraus Folgerungen ziehen; sie will zum Allgemeinen und Notwendigen vordringen. Wie ist das aber möglich, wenn es nichts Allgemeines, Notwendiges und Unwandelbares gibt? Sind alle Begriffe veränderlich, so ist auch der geistige Zusammenhang zwischen einer Generation und der andern völlig aufgehoben. Es ist dann unmöglich, sich in die Denk- und Anschauungsweise vergangener

Digitized by Google

Zeiten hineinzuleben oder die zukünftigen Schicksale der Menschen irgendwie zu ahnen. Die Identität der Begriffe fehlt. Wie kann ich wissen, ob Plato und Aristoteles richtig gedacht, wie kann ich sie auch nur verstehen, wenn ihre Begriffe und Urteile ganz andere waren als die unsern? Ja wir können nicht einmal wissen, ob sie überhaupt Begriffe und Urteile hatten; denn was wir uns darunter heute denken, ist vielleicht ein Erzeugnis der modernen ökonomischen Verhältnisse. Der grauenvolle Skeptizismus ist eigentlich die richtige Konsequenz der „materialistischen Geschichtsauffassung".

Ohne Widersprüche geht es bei den Sozialisten nicht ab. Sie schildern uns sehr genau die Entwicklung der Gesellschaft in Vergangenheit und Zukunft. Aber woher wissen sie, daß es in der Vergangenheit eine Entwicklung gegeben hat und in Zukunft eine Entwicklung geben wird, da ja der Begriff der Entwicklung möglicherweise gar nicht existiert hat und auch in Bälde nicht mehr existieren wird? Woher wissen sie, daß die Religion und das Privateigentum an Produktionsmitteln, die Ehe „im heutigen Sinne" verschwinden wird, wenn wir nicht wissen können, ob es in Zukunft noch Menschen gibt, ob dieselben, wenn sie existieren, die gleichen oder ganz andere Begriffe haben? Woher wissen sie, daß in jeder Periode die ökonomischen Verhältnisse neue politische, religiöse und sittliche Begriffe erzeugen? Woher haben sie dieses nach ihrer Lehre allgemeine, für alle Zeiten gültige Gesetz?

Wohl um den angeführten Schwierigkeiten und Widersprüchen zu entgehen, geben Marx und Engels für die mathematischen Wissenschaften, d. h. für die Wissenschaften, die einer mathematischen Behandlung fähig sind (Mathematik, Astronomie, Mechanik, Physik, Chemie) und allenfalls auch für die Naturwissenschaften, welche die lebenden Organismen erforschen, unwandelbare, ewige Wahrheiten zu[1]. Mit diesem Zugeständnis stoßen sie aber, ohne es zu ahnen, ihre ganze Entwicklungstheorie über den Haufen. Die genannten mathematischen Wissenschaften setzen sehr viele Begriffe und Grundsätze voraus, die ihnen mit allen übrigen Wissenschaften gemein sind und die den eigentlichen Gegenstand der Philosophie bilden.

[1] Vgl. Engels, E. Dührings Umwälzung der Wissenschaft[2] 74 ff.

Digitized by Google

Die Begriffe Sein, Substanz, Wesen, Qualität, Quantität, Bewegung, Kraft, Ursache, Wirkung Gesetz, Notwendigkeit, Zeit, Ewigkeit, Verhältnis, Gleichheit, Wissenschaft, Erkennen, Wollen, Entwicklung und unzählige andere sind allen Wissenschaften gemeinsam, auch den mathematischen. Sie bilden den eigentlichen Gegenstand der Philosophie, welche dieselben allseitig klarzulegen und systematisch zu ordnen hat. Aus diesen unwandelbaren, von Zeit und Raum unabhängigen Begriffen ergeben sich die unwandelbaren Prinzipien, welche die Grundlage alles sichern Denkens bilden und von den mathematischen Wissenschaften der Philosophie entlehnt werden müssen. Dazu gehört z. B. das Prinzip vom Widerspruch, daß nichts unter derselben Rücksicht zugleich sein und nicht sein, wahr und falsch sein kann; das Prinzip, daß zwei Dinge, die einem dritten gleich sind, auch unter sich gleich sein müssen; das Prinzip, daß jede Wirkung ihre Ursache haben muß, daß eine allgemeine dauernde Wirkung eine allgemeine dauernde Ursache haben muß; das Prinzip, daß das Ganze größer sein muß als ein Teil desselben, daß jedes Ding seiner Natur entsprechend handelt u. dgl. Alles, was wir wissenschaftlich über die Sicherheit unseres Erkennens, über die Zuverlässigkeit unserer Sinne und unseres Bewußtseins, über das Dasein der Außenwelt, über die Gewißheit, die uns das Zeugnis anderer gewähren kann, und unzählige andere Dinge wissen, muß von den mathematischen Wissenschaften als unumstößlich und unwandelbar vorausgesetzt werden. Wer diese Wahrheiten nicht annimmt, macht jede Wissenschaft unmöglich; wer sie aber zugibt, hat damit die feste Grundlage, von der man mit Sicherheit zur Erkenntnis der höchsten und letzten Ursache aller Dinge, des Schöpfers Himmels und der Erde, gelangt. Damit steht man aber schon mitten im Heiligtum der Religion und Sittlichkeit.

Es gibt also ewige Begriffe und Wahrheiten; Prinzipien, die so ewig und unwandelbar sind als die ewige Wahrheit selbst, auf welche sie sich stützen. Es ist mithin eitel Trug, eine naive Selbsttäuschung, wenn die Sozialisten sich einbilden, man könne sie mit religiösen und philosophischen Gründen nicht widerlegen, da alle religiösen und philosophischen Anschauungen sich mit jedem Zeitalter, je nach der

Digitized by Google

Verschiedenheit der wirtschaftlichen Zustände, änderten. Wäre diese Annahme der Sozialisten richtig, dann wäre es allerdings um Religion und Philosophie geschehen, aber auch um den vermeintlich „wissenschaftlichen" Sozialismus, überhaupt um jede Wissenschaft.

Namentlich ist es ganz unrichtig, daß man aus der Natur des Menschen keine zwingenden Schlüsse auf die gesellschaftlichen Einrichtungen ziehen könne. Obwohl sich der Mensch entwickeln und vervollkommnen kann, so behält er doch immer im wesentlichen dieselbe Natur und dieselben Neigungen. Er ist und bleibt ein sinnlich-geistiges Wesen, das den Hang zum Genuß und zur Trägheit, zur Selbstsucht, zur Ehrsucht, zum Zorn in seinem Innern hegt und nur durch Selbstüberwindung der Vernunft die Herrschaft über die sinnlichen Triebe sichern kann.

§ 4. Entwicklungsprozeß und Wirtschaft.

Wir kommen zum vierten Satz der materialistischen Geschichtsauffassung: In dem Entwicklungsprozeß sind die wirtschaftlichen Verhältnisse der bestimmende und ausschlaggebende Faktor. Die Produktion und der Umsatz der Bedarfsgüter ist die Grundlage aller Gesellschaftsordnung. Ändert sich die Produktion, so ändert sich allmählich der ganze soziale, politische, rechtliche, sittliche und religiöse Überbau.

Die Bewegung der Materie folgt mit Notwendigkeit bestimmten Gesetzen. „Da aber die Bewegung der Materie nach der materialistischen Geschichtsauffassung die Gestaltung der Ideen und Willensrichtungen bestimmt, so sind diese und damit alles Geschehen in der Menschenwelt notwendig." Der Materialist muß glauben, „daß von jedem beliebigen Zeitpunkt an alles weitere Geschehen durch die Gesamtheit der gegebenen Materie und die Kraftbeziehungen ihrer Teile im voraus bestimmt ist" [1]. Gerade auf Grund dieser unabänderlichen Notwendigkeit alles zukünftigen Geschehens prophezeien die Sozialisten das Herannahen ihrer Zukunftsgesellschaft.

[1] Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus (1904) 4–5.

Digitized by Google

Es ist klar, daß diese Auffassung die menschliche Freiheit aus der Geschichtsbetrachtung völlig ausschaltet und den Menschen zu einem Rädchen in der sich nach notwendigen Gesetzen bewegenden Weltmaschine herabwürdigt. Und doch ist es zweifellos, daß an unzähligen entscheidenden Wendepunkten die freie Willensentschließung einiger oder weniger den Lauf der Ereignisse auf Jahrhunderte mächtig beeinflußt hat. Waren es etwa die Produktionsverhältnisse, die einen Alexander d. Gr. zu seinen Eroberungszügen oder einen Napoleon zu seinen Feldzügen und Staatsumwälzungen veranlaßten?

Übrigens widersprechen sich die Sozialisten in auffallender Weise. Wie oft wurde schon von den Häuptern der deutschen Sozialdemokratie auf die Gefahr hingewiesen, daß infolge gewisser gewerkschaftlicher oder revisionistischer Tendenzen die Sozialdemokratie ihren revolutionären Charakter verlieren, „versumpfen" oder in das Fahrwasser einer bürgerlichen Partei hinübergeführt werden könnte; das Endziel müsse energischer betont werden, um den „Genossen" nicht die Begeisterung und den Mut zu nehmen. Warum diese Furcht, wenn die heutigen Produktionsverhältnisse naturnotwendig in die Zukunftsgesellschaft hineinführen und der ganze Geschichtsverlauf von der freien Selbstbestimmung der Menschen unabhängig ist?

Wie ganz unhaltbar die Behauptung ist, daß die materiellen Produktionsverhältnisse den ganzen Verlauf der Menschheitsentwicklung bestimmen, zeigt uns ein Blick auf die Geschichte. Was sagt die Geschichte zu der Rolle, welche die Sozialisten den ökonomischen Verhältnissen in der Entwicklung der Menschheit beilegen? Ehrlich und redlich befragt, lehrt sie, daß noch häufiger die religiös-sittlichen Ideen die Ursache tiefgreifender wirtschaftlicher Umwälzungen gewesen sind als umgekehrt. Das ganze wirtschaftliche und soziale Leben des israelitischen Volkes war bedingt und getragen von seinem religiösen Glauben. Ebenso ist das Christentum nicht die Wirkung und Frucht der wirtschaftlichen Zustände des Römerreiches zur Zeit des Augustus gewesen. Seine Lehren traten zu den herrschenden Ideen in einen schroffen und unvermittelten Gegensatz und gestalteten allmählich, auch in wirtschaftlicher Beziehung, die ganze Gesellschaft um. Man

Digitized by Google

denke nur an die Lehre von der Pflicht und dem Werte der Arbeit, an die Abschaffung der Sklaverei, die Erhebung der Frau aus ihrer Erniedrigung, die Reorganisation der Familie, die Schöpfung unzähliger Anstalten der christlichen Liebe und Barmherzigkeit.

K. Kautsky meint freilich den Ursprung des Christentums aus den wirtschaftlichen Verhältnissen der römischen Kaiserzeit erklären zu können. Schon früher hatte er im „Kosmos" einen Artikel über die „Entstehung der biblischen Urgeschichte" veröffentlicht und mehrere Jahre später eine Abhandlung über die „Entstehung des Christentums" in der „Neuen Zeit". Darin behauptete er mit Bruno Bauer, „daß über die Person Jesu gar nichts Bestimmtes zu sagen sei". Inzwischen habe er in einigen Mußestunden die Untersuchung wieder aufgenommen, wie er in seinem Buche „Die Entstehung des Christentums"[1] behauptet, und sei zu dem „angenehmen" Ergebnis gekommen, daß er „nichts zu revidieren habe". Deshalb werden dem Leser wieder die alten Behauptungen Bauers aufgetischt, die Evangelien seien ganz unglaubwürdig, zum Teil später entstanden, mannigfach gefälscht usw. Davon, daß nicht nur die katholischen, sondern auch die protestantischen Bibelforscher, namentlich Harnack mit seiner Schule, die Behauptungen Bauers u. a. längst widerlegt und die Richtigkeit der altkirchlichen Überlieferung über die Echtheit der neutestamentlichen Schriften nachgewiesen haben, erfährt der Leser absolut nichts. Ohne Spur eines Beweises behauptet Kautsky: „Fest steht, daß keines der Evangelien oder der sonstigen urchristlichen Schriftstücke von einem Zeitgenossen Jesu herrührt."[2] Außerdem sei der ursprüngliche Text durch spätere Umarbeitungen „vielfach aufs gröbste entstellt".

Das ist sozialdemokratische Wissenschaft! Selbst der Sozialdemokrat Max Maurenbrecher ist über ein solches Verfahren entrüstet und meint: „Was er (Kautsky) auf etwa 12 Seiten über die Evangelien und die Paulinischen Briefe zusammengetragen hat, ist nur eine oberflächliche und leichtfertige Stimmungsmache gegen die neutestamentlichen Schriften, die diese

[1] Stuttgart 1908.
[2] Ursprung des Christentums 11.

Digitized by Google

ganze Literatur als historisch wertlos beiseite schiebt. . . . So leicht soll man sich historische Untersuchungen wahrhaft nicht machen." [1]

Aber freilich, dieses Verfahren war Kautsky notwendig, um mit einigem Schein die Entstehung des Christentums aus den damaligen wirtschaftlichen Verhältnissen erklären zu können. Sind die biblischen Berichte von verschiedenen Verfassern zu verschiedenen Zeiten zusammengetragen und vielfach gefälscht, so ist es leicht, eine Theorie zu konstruieren. Man nimmt dann aus diesen Berichten, was einem paßt; was zur Theorie nicht stimmt, wird auf eine spätere Zeit datiert oder als Fälschung erklärt. Auf diesem Wege findet Kautsky, das Christentum sei ursprünglich eine rein proletarische, „mit wildem Haß gegen die Reichen" erfüllte Bewegung gewesen, die dem kommunistischen Ideal und der Idee von einem messianischen Reiche huldigte. Erst später habe man, um die Reichen zu gewinnen, dieses Ideal verblaßt usw. Dementsprechend wird alles, was kommunistisch und den Reichen feindlich klingt, als der älteste Teil der neutestamentlichen Berichte angenommen, was zugunsten des Eigentums spricht, als späteres Einschiebsel oder Fälschung erklärt. Wie gründlich Kautsky verfährt, mag man daraus ersehen, daß er sich zum Beweis des Kommunismus der Kirchenväter damit begnügt, das Schriftchen des sozialdemokratischen Züricher Pfarrers Paul Pflüger „Der Sozialismus der Kirchenväter" anzuführen, ein wissenschaftlich wertloses Pamphlet, in dem kritiklos zum Teil unechte, zum Teil gänzlich mißverstandene Texte zusammengetragen werden, um den altkirchlichen Kommunismus zu beweisen. Von den gründlichen Monographien von O. Schilling [2], J. Seipel [3] u. a. über diese Frage ist keine Rede.

Bei dem von Kautsky beliebten Verfahren darf es uns nicht wundern, daß er in den biblischen Berichten unzählige Widersprüche findet. Jesus ist nach ihm eigentlich ein Rebell gewesen, er hatte es auf einen „Handstreich" abgesehen, der aber mißlang. Wegen seiner Empörung gegen den Staat wurde er gekreuzigt. Wenn es

[1] Sozialistische Monatshefte 1909 I 38.
[2] Reichtum und Eigentum in der altkirchlichen Literatur (Freiburg 1908).
[3] Die wirtschaftlich-ethischen Lehren der Kirchenväter (Wien 1907).

Digitized by Google

nun in den Berichten heißt, Jesus habe sich gutwillig fesseln und hinrichten lassen, so ist das ein Widerspruch. Die späteren Bearbeiter „verstümmelten den Bericht, indem sie die Gewaltanwendung zu einem Akte machten, den die Apostel wider Willen Jesu versuchten“ [1]. „Es gibt keine Religion ohne Widersprüche. . . . Aber kaum eine Religion ist so reich an Widersprüchen und Ungereimtheiten wie die christliche.“ [2]

Doch genug. Es lohnt sich wahrlich nicht der Mühe, ein so elendes Machwerk eingehend zu widerlegen.

Nur auf eines sei noch aufmerksam gemacht. Weil man von gegnerischer Seite das Christentum als das natürliche Produkt der damaligen philosophischen Systeme im Bunde mit den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen des angehenden römischen Kaiserreichs hinzustellen sucht, so kann nicht nachdrücklich genug darauf hingewiesen werden, daß das Christentum seine unzerstörbare Grundlage nicht in abstrakten Ideen, sondern in unzweifelhaften Tatsachen der Geschichte hat. Zur Zeit des Kaisers Augustus ist in Judäa der von dem auserwählten Volke seit Jahrtausenden erwartete Messias erschienen. Durch unzählige Wunder und Weissagungen, ganz besonders aber durch seine glorreiche Auferstehung aus dem Grabe hat er sich als den vom Vater gesandten Sohn Gottes erwiesen. Diese Tatsache ist, wie schon der hl. Paulus energisch betont, die Grundlage unseres Glaubens, und für die Wahrheit dieser Tatsache sind viele Augenzeugen in den schimpflichsten Tod gegangen. Lassen sich diese Tatsachen, besonders die Auferstehung, etwa aus den damaligen wirtschaftlichen Bedingungen erklären? Läßt sich etwa aus der Geschichte begreifen, wie Christus, ohne eine Schule besucht zu haben, eine wundervolle, erhabene Lehre verkünden konnte, die wie ein Sauerteig die Welt umgewandelt hat? wie arme Fischer in seinem Auftrage das Geheimnis des Kreuzes, das den Juden ein Ärgernis und den Heiden eine Torheit war, der ganzen Welt mit Erfolg zu predigen und die Welt mit dem Ruf ihrer Wunder und Lehren zu erfüllen vermochten?

[1] Entstehung des Christentums 287. [2] Ebd. 283.

Digitized by Google

Wer nicht schon endgültig in seinem Herzen mit dem Christentum gebrochen und sich auf den Boden des nackten Materialismus gestellt hat, sieht sofort die völlige Unhaltbarkeit dieser Erklärung ein. Ist aber das Christentum nicht aus den ökonomischen Bedingungen herzuleiten, so ist es ein vergebliches Bemühen, die ganze abendländische Kultur von Christus bis auf unsere Tage aus den Produktions- und Umsatzweisen zu erklären. Wenn jede Religion nur der „Gedankenreflex der wirtschaftlichen Lage in den Köpfen der Menschen" ist, wie konnte sich dann die katholische Kirche in Lehre und Verfassung durch alle Zeiten und an allen Orten im wesentlichen gleichbleiben, trotz der Verschiedenheit der wirtschaftlichen Verhältnisse von Land zu Land, von Jahrhundert zu Jahrhundert?

Welch mächtigen Einfluß haben z. B. die Kreuzzüge auf die Kulturentwicklung des Abendlandes ausgeübt! Lassen sie sich etwa aus Produktionsverhältnissen erklären? Haben sie nicht vielmehr ihren Grund im christlichen Glauben? Auch Mohammedanismus, Humanismus und die Glaubensspaltung haben tief in alle Verhältnisse eingegriffen und die gesellschaftliche Entwicklung in andere Bahnen gelenkt. Ebenso haben die englische und französische Revolution in religiösen Ideen ihre tiefste Wurzel, letztere namentlich in der sittlich-religiösen Frivolität des französischen Hofes und der Enzyklopädisten. Und hat nicht auch die heutige gesellschaftliche Entwicklung, selbst auf wirtschaftlichem Gebiete, zu einem großen Teil ihre Quelle in den falschen Freiheitsideen des modernen Naturalismus?

So könnten wir die ganze Geschichte durchgehen und würden finden, daß überall und immer religiöse und sittliche Ideen mindestens ebensosehr als die wirtschaftlichen Verhältnisse den Entwicklungsgang der Menschheit bestimmt haben. „Das eigentliche, einzige und tiefste Thema der Weltgeschichte, dem alle übrigen untergeordnet sind", sagt Goethe[1], „bleibt der Konflikt zwischen Glauben und Unglauben."

Nur auf einen Punkt sei noch aufmerksam gemacht, der die Unhaltbarkeit der sozialistischen Geschichtsauffassung fast mit Händen

[1] Westöstl. Diwan. WW. IV (Stuttgart 1850) 282.

Digitized by Google

greifen läßt. Wer mag den Einfluß berechnen, den große Männer: Politiker, Feldherren, Künstler, Gelehrte, Heilige, auf Mit- und Nachwelt ausgeübt haben? Man denke an einen Cyrus, Alexander d. Gr., einen Perikles, Konstantin d. Gr., Gregor d. Gr., Chlodwig, Karl d. Gr., Alfred d. Gr., Stephan I. von Ungarn, Heinrich VIII. von England, Peter d. Gr., und so viele andere. Denken wir uns an Stelle Ludwigs XVI. einen Mann wie Napoleon: wahrscheinlich wäre der Verlauf der modernen Geschichte ein ganz anderer geworden. Lassen sich nun etwa solche geniale Männer aus den wirtschaftlichen Bedingungen ihrer Zeit und ihrer Orte begreifen? Freilich setzen große Männer gewisse soziale Bedingungen voraus, um Großes zu wirken, aber unter der Voraussetzung derselben Bedingungen sind tausend Möglichkeiten verschiedener Entwicklungen vorhanden, die von dem Charakter, dem Talent, der Tatkraft eines Mannes abhangen.

Wie oft hat ferner das Glück der Schlachten über das Schicksal der Nationen auf lange Zeit hinaus entschieden. Hätte Hannibal bei Zama über Scipio, Attila auf den Katalaunischen Gefilden über die Römer gesiegt, wäre Sobieski im Jahre 1683 bei Wien den Türken unterlegen, wahrscheinlich wäre die abendländische Geschichte eine ganz andere geworden. Wie ganz anders würde sich jetzt die Weltlage gestalten, wenn im letzten Weltkriege die Mittelmächte gesiegt hätten! Und so in tausend ähnlichen Fällen. Läßt sich etwa der Ausgang der Kriege und Schlachten durch die wirtschaftlichen Verhältnisse erklären? Es gehört fürwahr eine Einseitigkeit sondergleichen dazu, die ganze geistige und materielle Entwicklungsgeschichte zu einem Produkt der wirtschaftlichen Produktionsverhältnisse herabzudrücken.

Auch von seiten der Sozialisten ist dieser schwache Punkt der materialistischen Geschichtsentwicklung nicht unwidersprochen geblieben. Erwähnt sei hier die interessante Kontroverse zwischen L. Belfort-Bax und K. Kautsky in der „Neuen Zeit“ [1]. Bax glaubte, die Marxsche Geschichtstheorie, wenigstens in der Form, „wie sie von Mehring, Plechanow und Kautsky“ verstanden wird, bedürfe einer Verbesserung. Er unter-

[1] 14. Jahrg. (1895—1896) II 652 ff. u. 15. Jahrg. I 231.

Digitized by Google

scheidet zwei Faktoren der Entwicklung, die parallel laufen: den äußeren und den inneren. Der äußere Faktor sind die „ökonomischen Bedingungen", der innere ist der „psychologische Antrieb", sind die Ideen und Anschauungen, von denen die Menschen in ihrem Tun und Lassen beherrscht werden. Beide Faktoren wirken zwar immer gleichzeitig, sind aber doch bis zu einem gewissen Grade voneinander unabhängig.

Kautzky wehrte sich gegen die Behauptung, daß er eine andere Ansicht vertrete als Marx und Engels. Auch nach ihm wirke der Geist bei der Entwicklung mit, aber nicht als Herr, sondern als Diener. Auch er nehme an, es gebe noch andere als bloß wirtschaftliche Interessen, aber die Produktionsverhältnisse seien die „Bedingungen", welche dem Geiste fortwährend neue Aufgaben stellen und so die Richtung der Entwicklung bestimmen.

Beide Streitenden hatten darin recht, daß neben den wirtschaftlichen Verhältnissen auch der Geist seine große Rolle in der Entwicklung spielt, aber sie irrten, wenn sie meinten, man könne vom materialistischen Standpunkt dem Geiste eine selbständige Rolle zuschreiben. Kautsky suchte zwar diese Rolle möglichst abzuschwächen. „Der Geist bewegt die Gesellschaft, aber nicht als der Herr der ökonomischen Verhältnisse, sondern als ihr Diener. Sie sind es, die ihm die Aufgaben stellen, welche er jeweilig zu lösen hat. Und daher sind auch sie es, welche die Resultate bestimmen, die er unter gegebenen historischen Bedingungen erzielen kann und muß."[1]

Was soll dieser „Geist" als selbständiger Faktor neben den wirtschaftlichen Verhältnissen, wenn es nichts gibt als Materie und Bewegung, und der Geist nur eine „Funktion des Gehirns" ist, wie Kautsky selbst gesteht? Marx und Engels haben jedenfalls den Geist nicht als selbständigen Faktor in der Entwicklung angesehen. Nach beiden ist die gesellschaftliche, politische, rechtliche und religiöse Ordnung der „Überbau", der sich auf den Produktionsverhältnissen als seinem Unterbau erhebt und mit diesem verändert. An einer oft angeführten Stelle sagt Marx: „Bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen der Gesamtheit der Produktionsverhältnisse einer Gesellschaft." Er behauptet, „das Ideelle ist nichts als das im Menschenkopf umgesetzte Materielle", „das Sein der Menschen bestimmt ihre Gedanken". Engels rühmt sich, mit Marx gezeigt zu haben, „daß alle bisherige Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen

[1] Die Neue Zeit, 15. Jahrg. I 231.

Digitized by Google

war, daß diese einander bekämpfenden Klassen der Gesellschaft jedesmal Erzeugnisse sind der Produktions- und Verkehrsverhältnisse, mit einem Wort der ökonomischen Verhältnisse ihrer Epoche; daß also die jedesmalige ökonomische Struktur der Gesellschaft die reale Grundlage bildet, aus der der gesamte Überbau der rechtlichen und politischen Einrichtungen sowie der religiösen, philosophischen und sonstigen Vorstellungsweise eines jeden geschichtlichen Zeitabschnittes in letzter Instanz zu erklären sind. Hiermit war der Idealismus aus seinem letzten Zufluchtsort, aus der Geschichtsauffassung, vertrieben, eine materialistische Geschichtsauffassung gegeben und der Weg gefunden, um das Bewußtsein der Menschen aus ihrem Sein, statt wie bisher ihr Sein aus ihrem Bewußtsein zu erklären." [1] Es ist also völlig unmarxistisch, wenn man die ökonomischen Verhältnisse in letzter Linie auch aus religiösen Ideen erklären will. Sagt doch Marx, die Religion sei nur „die phantastische Widerspiegelung in den Köpfen der Menschen der äußeren Mächte, die ihr alltägliches Dasein beherrschen". Das Spiegelbild richtet sich nach dem Gegenstand und nicht umgekehrt.

Einschneidend ist auch die Kritik Bernsteins an der materialistischen Geschichtstheorie. Er hält dieser Theorie die Tatsache entgegen, daß neben den wirtschaftlichen Faktoren auch lokale und nationale Eigentümlichkeiten, politische, religiöse und sittliche Tatsachen und Ideen einen bestimmenden Einfluß auf die Geschichte ausüben. Es sei überhaupt verfehlt, die komplizierten geschichtlichen Vorgänge schablonenhaft nur durch den Wirtschaftsfaktor erklären zu wollen. „Aller historischer Materialismus hilft über die Tatsache nicht hinweg, daß es die Menschen sind, die ihre Geschichte machen, daß die Menschen Köpfe haben und daß die Disposition der Köpfe keine so mechanische Sache ist, um lediglich durch die Wirtschaftsfrage regiert zu werden. Warum verhalten sich Arbeiter, die in ganz gleicher Klassenlage sind, oft diametral verschieden? Neben allerhand sonstigen Ideologien beeinflussen geschichtliche Erinnerungen und Überlieferungen ihr Handeln. So wirken große Niederlagen noch Jahrzehnte demoralisierend und desorganisierend auf die unterlegene Klasse." [2]

Die materialistische Geschichtsauffassung zwingt weiterhin nach Bernstein zur Annahme, daß alles Wollen und Handeln der Menschen schließlich

[1] Engels, E. Dührings Umwälzung der Wissenschaft[3] 11.

[2] Bernstein, Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus (1901) 245.

Digitized by Google

nur ein notwendiges Ergebnis der materiellen Produktionsverhältnisse sei. Tatsache aber sei eine stets zunehmende Fähigkeit der Menschen, die ökonomische Entwicklung zu leiten und sich dienstbar zu machen. Das elementarische Walten der ökonomischen Mächte höre immer mehr auf. „Individuen und ganze Völker entziehen so einen immer größeren Teil ihres Lebens dem Einflusse einer sich ohne oder gegen ihren Willen durchsetzenden Notwendigkeit." [1]

Das ist unseres Erachtens ganz unleugbar. Bernstein sucht nun den Beweis zu erbringen, daß Marx und Engels in der späteren Periode von ihrer ursprünglichen Auffassung abgegangen seien und den nichtökonomischen Faktoren einen immer größeren Spielraum zuerkannt hätten. Darüber kann man streiten [2]. Es fragt sich nur, ob man mit all diesen Zugeständnissen an die „ideologischen" Faktoren noch auf dem Boden des historischen Materialismus stehe, und das glauben wir nicht. Der konsequente Materialismus kann nie und nimmer dem „Geiste" eine selbständige Rolle in der Geschichte zugestehen.

Man mag Marx und Engels ein Verdienst dafür zuerkennen, daß sie nachdrücklich auf einen Faktor in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit aufmerksam machten, der bis dahin vielleicht allzusehr vernachlässigt worden war; aber die Behauptung, die materiellen Wirtschaftsverhältnisse seien der einzige Faktor in dieser Entwicklung, ist eine maßlose Übertreibung.

Mit Recht sagt E. Bernheim in seinem „Lehrbuch der historischen Methode und der Geschichtsphilosophie" [3]: „Der ökonomische Materialismus der Sozialdemokratie hat sich zu einer geschichtsphilosophischen Anschauung abgeschlossen, welche wohl die einseitigste dieser ganzen Richtung genannt werden kann: eine einzige Seite menschlicher Betätigung, die materiell-ökonomische, wird wie eine selbständig wirkende Macht hypostasiert und als Grundursache der gesamten sozialen Entwicklung hingestellt — derselbe Denkfehler, an dem der Materialismus überhaupt leidet, indem er eine conditio sine qua non als causa efficiens ansieht. Die Mängel der sozialistisch-naturwissenschaftlichen Richtung verbinden sich so mit den Schwächen der konstruierenden Dialektik der Idealphilosophie speziell Hegels, denn Marx war trotz seiner scharfen Ablehnung dieser Philosophie mit Feuerbach in dialektischer Hinsicht Hege-

[1] Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus 10.

[2] Vgl. Masaryk, Die philosophischen und soziologischen Grundlagen des Marxismus 104 ff.

[3] 5. u. 6. Aufl. (1908) 728.

Digitized by Google

lianer und war anderseits ein genauer Kenner der französischen Soziologie. Die geistreiche Findigkeit, die blendende Sophistik, die von den Historikern der Sozialdemokratie in der praktischen Durchführung der Theorie aufgewandt wird, kann nicht über die einseitige Vergewaltigung der Tatsachen täuschen."

§ 5. Entwicklung und Klassengegensätze.

Es bleibt uns noch der fünfte und letzte Satz der materialistischen Geschichtsauffassung zu prüfen. Alle geschichtliche Entwicklung vollzieht sich in wirtschaftlichen Gegensätzen und Klassenkämpfen.

„Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft", heißt es im Kommunistischen Manifest[1], „ist die Geschichte von Klassenkämpfen." Die Produktionsbedingungen ändern sich nach Marx langsam, aber fortwährend. Während sie sich ändern, bleibt die Gesellschaftsordnung der früheren Periode bestehen, obwohl sie zu den neuen Produktionsbedingungen nicht mehr paßt. Erst allmählich macht sich der Widerspruch zwischen der bestehenden Gesellschaftsordnung und den neuen ökonomischen Verhältnissen fühlbar. „Die erwachende Einsicht", sagt Engels, „daß die bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen unvernünftig und ungerecht sind, daß Vernunft Unsinn, Wohltat Plage geworden, ist nur ein Anzeichen davon, daß in den Produktionsmethoden und Austauschformen in aller Stille Veränderungen vor sich gegangen sind, zu denen die auf frühere ökonomische Bedingungen zugeschnittene gesellschaftliche Ordnung nicht mehr stimmt. Damit ist zugleich gesagt, daß die Mittel zur Beseitigung der entdeckten Mißstände ebenfalls in den veränderten Produktionsverhältnissen selbst — mehr oder minder entwickelt — vorhanden sein müssen. Diese Mittel sind nicht etwa aus dem Kopfe zu erfinden, sondern vermittelst des Kopfes in den vorliegenden materiellen Tatsachen der Produktion zu entdecken."[2]

Der Sinn dieser Ausführungen kann nur sein: Wirtschaft und Recht treten miteinander in Widerstreit. Man erkennt, daß das

[1] Manifest der kommunistischen Partei. Neu herausgegeben (Berlin 1891) 9.
[2] Engels, E. Dührings Umwälzung der Wissenschaft 253.

Digitized by Google

überlieferte Recht zu den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr paßt. Nun fragt sich aber gleich, *woran* wird denn gemessen und bestimmt, ob Wirtschaft und Recht im Einklang seien oder nicht? Dazu bedarf es einer *höheren und unwandelbaren Norm*, an der wir das jeweilige bestehende Recht beurteilen. Und welches ist diese Norm? Keine andere als die natürlichen und allgemein gültigen Rechtsgrundsätze und der Zweck, dem alle menschlichen Veranstaltungen zu dienen haben. Von solchen Rechtsgrundsätzen weiß aber der historische Materialismus nichts, er vermag deshalb auch in keiner Weise den behaupteten Widerspruch zwischen Recht und Wirtschaft begreiflich zu machen.

Es ist gewiß nicht zu leugnen, daß Klassenkämpfe eine große Rolle spielen in der Geschichte der Menschheit; aber die Behauptung, „daß alle bisherige Geschichte die Geschichte von Klassenkämpfen war“ [1], ist eine ungeheure Übertreibung. Lesen wir denn etwa in der ganzen morgenländischen Geschichte des Altertums etwas von Klassenkämpfen? Wir lesen wohl von *nationalen* Kämpfen zwischen Assyriern, Babyloniern, Ägyptern, Medern, Persern usw. Wir lesen von den durch große Feldherren und Eroberer herbeigeführten politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen, aber von Klassenkämpfen finden wir kaum Spuren. Die großen Volksmassen waren und blieben die Unterdrückten, die ihr Joch in stummer Ergebung trugen. Und trotzdem welche Kulturentwicklung bei allen diesen Völkern! Später begegnen uns als Hauptfaktoren der gesellschaftlichen Entwicklung die nationalen Kämpfe der Griechen und Perser, der Griechen untereinander, der Griechen und Mazedonier, der Griechen und Römer, der Römer und der umliegenden Völker, besonders der Karthager. Der Einfluß Griechenlands und Roms auf die Kulturentwicklung der ganzen abendländischen Menschheit ist ein unberechenbarer und läßt sich mit Klassenkämpfen nicht erklären.

Seit dem Sinken des römischen Reiches kommt der Kampf Roms mit den nordischen Völkern und die Vermischung der verschiedenen Rassen, welche ein neues Geschlecht erzeugte. Wurden

[1] Engels, E. Dührings Umwälzung der Wissenschaft 253.

Digitized by Google

die germanischen Völker etwa durch Klassenkämpfe für das Christentum gewonnen und allmählich auf eine Kulturhöhe erhoben, die noch heute die Bewunderung aller vorurteilslosen Geschichtsforscher erregt? Was sagt uns die Geschichte von Indien, wo seit 3000 Jahren dieselben Gesellschaftsklassen bestehen und so tiefe Wurzeln haben, daß noch keine Aussicht auf ihre Verdrängung vorhanden ist? Haben überhaupt die Klassenkämpfe irgendwie auf die Entwicklung der Wissenschaft und Kunst und damit auf den Gang der Kultur bestimmend eingewirkt? Sind die modernen Erfindungen, besonders die Buchdruckerkunst und das Schießpulver, die Dampf- und Elektrisiermaschinen und ihre Verwertung für Dampfschiffe, Eisenbahnen, Fabriken, Telegraphen usw., etwa auf Klassenkämpfe zurückzuführen? Und doch sind sie die eigentlichsten Revolutionäre, die eine neue Welt geschaffen.

Innerhalb der einzelnen Nationen haben gewiß auch Klassenkämpfe stattgefunden, wie wir dies aus der Geschichte Griechenlands und Roms wissen. Aber diese Klassenkämpfe waren fast ausschließlich auf einige Städte beschränkt und haben bei weitem nicht den Einfluß auf ihre Entwicklung geübt wie die Beziehungen zu auswärtigen Nationen, die Tätigkeit großer Staatsmänner und Feldherren.

Doch nehmen wir einmal an, alle Geschichte sei die Geschichte von Klassenkämpfen, müßten uns dann nicht als notwendige Folgerung aus der materialistischen Geschichtsauffassung bei allen Völkern zwei entgegengesetzte Weltanschauungen in bezug auf Religion, Sittlichkeit, Recht und Politik begegnen? Davon ist aber keine Spur vorhanden, weder bei den altorientalischen Völkern: den Ägyptern, Chinesen, Indern, Assyriern, Persern, noch bei den Griechen, Römern, Germanen usw. Die Plebejer und Sklaven Roms hatten keine andern religiösen, sittlichen und rechtlichen Anschauungen als die Patrizier. Auch das ganze Mittelalter hindurch finden wir trotz aller Klassenkämpfe keinen Gegensatz in religiösen, sittlichen und sozialen Anschauungen. Hoch und nieder, Ritter und Bauer, Papst und Kaiser standen trotz ihrer politischen und wirtschaftlichen Gegensätze fest auf dem Grunde derselben religiösen und rechtlichen Anschauungen. Welche Wandlungen haben z. B. Italien und Spanien

Digitized by Google

seit dem Untergang des weströmischen Reiches durchgemacht, und doch sind sie sich in bezug auf Religion, Sittlichkeit und Recht stets gleichgeblieben. Wenn in neuerer Zeit der Unglaube in Italien überhandnimmt, so ist es nicht bei jenen Volksschichten, die unter den neuen ökonomischen Verhältnissen leiden, sondern bei den sog. Glücklichen, die sich ihren Unglauben an den Universitäten holen, wie dies auch anderwärts vorkommt.

Zweiter Artikel.

Die Verwertung der materialistischen Geschichtsauffassung zur Begründung des Sozialismus.

Die im vorigen Artikel entwickelte allgemeine Geschichtstheorie ist die Grundlage, auf der Marx und Engels ihren Sozialismus aufbauen. Die Geschichtstheorie soll uns zeigen, *wie und warum die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung notwendig in den Sozialismus hineinwachse.*

Die Grundlage aller folgenden Ausführungen ist die Lehre vom *Mehrwert*. Der Mehrwert ist nur unentgeltlich angeeignete fremde Arbeit. Von unersättlicher Profitgier getrieben, sucht der Kapitalist den Mehrwert auf jede mögliche Weise zu vergrößern. Das erste Mittel dazu ist, bei möglichst geringem Lohn den Arbeiter möglichst lang arbeiten zu lassen; das zweite, die Arbeit durch Vervollkommnung der technischen Einrichtungen immer produktiver zu gestalten. So bildet sich ein immer schrofferer Gegensatz zwischen „*gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung*“[1]. Die Großbetriebe, in denen viele Kräfte nach einem einheitlichen Plan, also gesellschaftlich, produzieren, verdrängen immer mehr die Kleinbetriebe. Zugleich konzentriert sich das Eigentum an den Produktionsmitteln immer mehr in den Händen weniger. „Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung tritt an den Tag als Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie.“[2]

Während aber innerhalb der einzelnen Fabriken die Produktion sich immer gesellschaftlicher organisiert, herrscht nach außen hin in

[1] Engels, Entwicklung des Sozialismus 31. [2] Ebd.

Digitized by Google

der heutigen Gesellschaft volle Anarchie[1]. Ein wilder anarchistischer Kampf ums Dasein wütet unter den Kapitalisten, von denen jeder, ohne den Markt zu überschauen, blindlings darauf los produziert. Dieser Kampf führt „so ziemlich alle zehn Jahre zu wirtschaftlichen Krisen, welche die Gesellschaft aus den Fugen heben". Überproduktion, Geschäftsstockungen, Bankrotte, Zwangsverkäufe bringen alle Verhältnisse in Unordnung. Die Folge dieser Krisen ist auf der einen Seite beständig zunehmende Konzentration (Akkumulation) des Kapitals in den Händen weniger, und auf der andern Seite stets wachsende Zahl und stets wachsendes Elend der proletarischen Arbeiter. Es bildet sich eine „industrielle Reservearmee", d. h. „eine das durchschnittliche Beschäftigungsbedürfnis des Kapitals übersteigende Anzahl disponibler Lohnarbeiter..., disponibel für die Zeiten, wo die Industrie mit Hochdruck arbeitet, aufs Pflaster geworfen durch den notwendig nachfolgenden Krach, zu allen Zeiten ein Bleigewicht an den Füßen der Arbeiterklasse in ihrem Existenzkampf mit dem Kapital".

Schließlich wird der Gegensatz zwischen den wenigen Kapitalisten und der unermeßlichen Zahl der Proletarier unerträglich, so daß „der Staat die Leitung der Produktion übernehmen muß"[2]. „An die Stelle der gesellschaftlichen Produktionsanarchie tritt eine gesellschaftlich planmäßige Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit wie jedes einzelnen." „Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum." Aber dieser erste Akt, worin der Staat wirklich als der Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt, ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat; der Staat stirbt ab, alle Klassenunterschiede hören auf[3]. Wir sind schon mitten in der sozialistischen Zukunftsgesellschaft.

Die Grundpfeiler dieser ganzen Beweisführung sind: 1. Die Lehre vom Mehrwert (Mehrwerttheorie); 2. die Behauptung, es finde eine beständige Konzentration der Betriebe und Hand in Hand damit eine stetig wachsende Anhäufung des Kapitals im Besitz einiger

[1] Ebd. 33. [2] Ebd. 37. [3] Ebd. 39—41.

Digitized by Google

wenigen statt (Akkumulationstheorie); 3. die wirtschaftlichen Krisen würden immer häufiger und verheerender (Krisentheorie); 4. gleichzeitig mit der Anhäufung des Kapitals auf der einen Seite nehme auf der andern die „Außerdienstsetzung" der Arbeiter (Armee der überschüssigen Arbeiter) stetig zu und ebenso ihr Elend (Verelendungstheorie).

§ 1. Die Marxsche Wert- und Mehrwerttheorie[1].

Das Kapital kommt nach Marx „von Kopf bis Zeh, aus allen Poren blut- und schmutztriefend" zur Welt[2]. Es ist nichts als unbezahlte, den Arbeitern unentgeltlich abgenommene Arbeit. Um dieses Todesurteil gegen das Kapital zu begründen, bedient sich Marx seiner Mehrwerttheorie, die wir schon (S. 43 ff.) dargelegt haben[3]. Die Marxsche Lehre vom Mehrwert ruht aber ganz wesentlich auf seiner Werttheorie.

[1] Es ist mir schon entgegengehalten worden: Wozu die Kritik des Marxschen Kapitals, da man doch die Marxsche Kapitaltheorie verwerfen und trotzdem Sozialdemokrat sein kann? Man kann allerdings praktischer Sozialdemokrat sein, ohne sich viel um Theorie zu kümmern. Das Beispiel der allermeisten Sozialdemokraten beweist das. Aber wer den Sozialismus als Wissenschaft anpreisen will, muß doch denselben auf wissenschaftlichen Grundlagen aufbauen, und außer der Marxschen Geschichts- und Mehrwerttheorie hat der Sozialismus heute keine wissenschaftliche Grundlage. Will er diese nicht, so soll er aufhören, im Namen der Wissenschaft zu reden.

[2] Marx, Das Kapital I 726.

[3] Manche wollen am Marxismus festhalten, ohne die Marxsche Mehrwerttheorie anzunehmen. Aber das ist ganz unmöglich. Der Mehrwert beruht nach Marx wesentlich auf Ausbeutung fremder Arbeit und strebt naturnotwendig nach einer wachsenden Ausbeutung, die schließlich die Gesellschaft in eine verschwindend kleine Klasse von überreichen Kapitalisten und eine ungeheure Klasse von Proletariern scheidet und zum Zusammenbruch der Gesellschaft führt. In diesem Sinne hat Marx ganz unzweifelhaft seine Mehrwerttheorie als Hauptgrundlage seines Systems betrachtet. Man muß blind sein, um das nicht zu sehen. Die ganze Auffassung von „Kapital", „Kapitalismus", „Güterakkumulation" usw. beruht auf der Lehre vom „Mehrwert", die selbst wieder die Werttheorie zur notwendigen Voraussetzung hat. Da hilft kein Leugnen. Von Engels haben wir schon oben (S. 33) die Äußerung angeführt, durch die „materialistische Geschichtsauffassung" und die Lehre vom „Mehrwert" sei der Sozialismus eine „Wissenschaft" ge-

Digitized by Google

Bernstein[1] behauptet: „Ob die Marxsche Werttheorie richtig ist oder nicht, ist für den Nachweis der Mehrarbeit ganz und gar gleichgültig. Sie ist in dieser Hinsicht keine Beweisthese, sondern nur Mittel der Analyse und der Veranschaulichung." Dieser Ausspruch zeigt allerdings, daß manche Sozialisten das Bedenkliche der Marxschen Werttheorie erkennen und sie deshalb gern preisgeben möchten, aber er ist ganz unzweifelhaft unrichtig. Wie bei allen Waren, so unterscheidet Marx auch in der Arbeitskraft den Gebrauchswert und den Tauschwert. Der Tauschwert der Arbeitskraft „gleich dem jeder andern Ware ist bestimmt durch die zur Produktion, also auch Reproduktion dieses spezifischen Artikels notwendigen Arbeitszeit" (s. oben 44 f.). Dieser Tauschwert der Arbeitskraft ist unabhängig von ihrem Gebrauchswert. Darauf beruht die ganze Marxsche Beweisführung, und wer seine Werttheorie leugnet, zerstört damit die Grundlage seiner Lehre vom Mehrwert. Wir müssen deshalb seine Werttheorie prüfen.

Marx unterscheidet einen doppelten Wert: den Gebrauchswert und den Tauschwert. Der Gebrauchswert besteht in der Nützlichkeit eines Dinges zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse; der Tauschwert dagegen ist das Verhältnis, in dem die Waren gegeneinander umgetauscht werden können. Die Gebrauchswerte sind zwar die Träger des Tauschwertes, insofern nur nützliche Dinge Tauschwert besitzen können; im übrigen ist der Tauschwert vom Gebrauchswert innerlich unabhängig. Er wird bestimmt durch die in einer Ware enthaltene Arbeit.

Hören wir Marx[2] selbst: „Nehmen wir zwei Waren, z. B. Weizen und Eisen. Welches immer ihr Austauschverhältnis, es ist stets darstellbar in einer Gleichung, worin ein gegebenes Quantum Weizen irgendeinem Quantum Eisen gleichgesetzt wird, z. B. 1 Quarter Weizen = a Zentner Eisen. Was besagt diese Gleichung? Daß ein Gemeinsames von derselben

---

worden. Ganz mit Recht behauptet E. v. Böhm-Bawerk (Zum Abschluß des Marxschen Systems in „Festgaben für Knies" [1896] 91): „Die Grundpfeiler des Marxschen Systems sind sein Wertbegriff und sein Wertgesetz."

[1] Voraussetzungen des Sozialismus 42.

[2] Das Kapital I 3.

Digitized by Google

Größe in zwei verschiedenen Dingen existiert: in 1 Quarter Weizen und ebenfalls in a Zentner Eisen. Beide sind also gleich einem Dritten, das an und für sich weder das eine noch das andere ist. Jedes der beiden, soweit es Tauschwert, muß also auf dieses Dritte reduzierbar sein." Welches ist nun dieses Dritte, Gemeinsame? „Dies Gemeinsame kann nicht eine geometrische, physikalische, chemische oder sonstige natürliche Eigenschaft der Waren sein. Ihre körperlichen Eigenschaften kommen überhaupt nur in Betracht, soweit selbe sie nutzbar machen. Anderseits ist es gerade die Abstraktion von ihren Gebrauchswerten, was das Austauschverhältnis der Waren augenscheinlich charakterisiert. Innerhalb desselben gilt ein Gebrauchswert geradesoviel wie jeder andere, wenn er nur in gehöriger Proportion vorhanden ist." Was bleibt noch übrig? „Sieht man vom Gebrauchswert der Warenkörper ab, so bleibt ihnen nur noch eine Eigenschaft, die von Arbeitsprodukten. Jedoch ist uns auch das Arbeitsprodukt bereits in der Hand verwandelt. Abstrahieren wir von seinem Gebrauchswert, so abstrahieren wir auch von den körperlichen Bestandteilen und Formen, die es zum Gebrauchswert machen. Es ist nicht länger Tisch oder Haus oder Garn oder sonst ein nützlich Ding. Alle seine sinnlichen Beschaffenheiten sind ausgelöscht. Es ist auch nicht länger das Produkt der Tischlerarbeit oder der Bauarbeit oder der Spinnarbeit oder sonst einer bestimmten produktiven Arbeit." „Es ist nichts von ihnen übriggeblieben als dieselbe gespenstige Gegenständlichkeit, eine bloße Gallerte unterschiedsloser menschlicher Arbeit, d. h. der Verausgabung menschlicher Arbeitskraft ohne Rücksicht auf die Form ihrer Verausgabung. Diese Dinge stellen nur noch dar, daß in ihrer Produktion menschliche Arbeitskraft verausgabt, menschliche Arbeit aufgehäuft ist."[1]

„Ein Gebrauchswert oder Gut hat also nur einen Wert, weil abstrakt menschliche Arbeit in ihm vergegenständlicht oder materialisiert ist. Wie nun die Größe seines Wertes messen? Durch das Quantum der in ihm enthaltenen, ‚wertbildenden Substanz', der Arbeit. Die Quantität der Arbeit selbst mißt sich an ihrer Zeitdauer, und die Arbeitszeit besitzt wieder ihren Maßstab an bestimmten Zeitteilen, wie Stunde, Tag usw."

„Es könnte scheinen, daß, wenn der Wert einer Ware durch das während ihrer Produktion verausgabte Arbeitsquantum bestimmt ist, je

[1] Das Kapital I 4.

Digitized by Google

fauler oder ungeschickter ein Mann, desto wertvoller seine Ware, weil er desto mehr Zeit zu ihrer Verfertigung braucht. Die Arbeit jedoch, welche die Substanz der Werte bildet, ist gleiche menschliche Arbeit, Verausgabung derselben menschlichen Arbeitskraft. Die gesamte Arbeitskraft der Gesellschaft ... gilt hier als eine und dieselbe menschliche Arbeitskraft, obgleich sie aus zahllosen individuellen Arbeitskräften besteht. Jede dieser individuellen Arbeitskräfte ist dieselbe menschliche Arbeitskraft wie die andere, soweit sie den Charakter einer Durchschnittsarbeitskraft besitzt und als solche gesellschaftliche Durchschnittsarbeit wirkt, also in der Produktion einer Ware auch nur die im Durchschnitt notwendige oder gesellschaftlich-notwendige Arbeitszeit braucht. Gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit ist Arbeitszeit, erheischt, um irgendeinen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich-normalen Produktionsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen." [1]

Wie nun Marx den Grundsatz, daß der Tauschwert etwas vom Gebrauchswert innerlich „Unabhängiges" sei und nur in „festgeronnener Arbeitszeit" bestehe, zur Erklärung der kapitalistischen „Plusmacherei" benutzt, wurde schon früher erklärt (S. 44 f.). Die Marxsche Lehre vom „Mehrwert" und „Akkumulationsprozeß" steht und fällt mit seiner Werttheorie. Sehen wir uns also diese Theorie näher an.

Für seinen Hauptgrundsatz, daß der Tauschwert einer Sache nicht durch ihren Gebrauchswert, sondern ausschließlich durch die in ihr enthaltene Arbeit bestimmt werde, kann sich Marx auf das Ansehen vieler bedeutenden Volkswirtschaftslehrer, eines Ad. Smith [2], D. Ricardo und anderer, berufen. Der Sozialismus tritt hier nur das Erbe der liberalen Volkswirtschaftslehrer an und zieht die logischen Folgerungen aus ihren Grundsätzen. Erst seitdem sich Marx und andere dieses Prinzips bemächtigten, um dem Privatkapital die wuchtigsten Hiebe zu versetzen, sah man seine Bedenklichkeit ein und beeilte sich, es über Bord zu werfen oder wenigstens wesentlich einzuschränken.

---

[1] Das Kapital I 5.

[2] Natur und Ursachen des Volkswohlstandes. Deutsch von Löwenthal (Berlin 1879) 31: „Arbeit ist also der wahre Maßstab für den Tauschwert aller Güter."

Digitized by Google

In der Wirklichkeit ist dasselbe unhaltbar. Untersuchen wir nur den Begriff „Wert“ [1]. Derselbe gehört zu jenen einfachsten und primitivsten Begriffen, die jedem Menschen klar sind und erst anfangen dunkel zu werden, wenn man sie analysieren will. Jedes Ding hat für uns Wert, das uns irgendwie begehrenswürdig erscheint. Der Wert schließt also ein objektives und ein subjektives Moment ein. Damit ein Ding für uns Wert habe, muß es in sich selbst ein Gut sein oder uns wenigstens als solches erscheinen und außerdem noch die Beziehung der Angemessenheit zu uns besitzen, d. h. irgendwie geeignet erscheinen, uns zu erhalten und zu vervollkommnen. Mit andern Worten: Wert ist für den Menschen jedes Gut, das irgendeinem Bedürfnis oder einer Neigung desselben entspricht und deshalb ihm begehrenswürdig erscheint. Auch die rein geistigen Güter haben Wert. Das Himmelreich ist mehr wert als alle irdischen Güter, und deshalb gleicht der kluge Mensch einem Kaufmann, der alle seine irdischen Güter hingibt, um die Perle des Evangeliums zu erstehen. In gleicher Weise ist das Leben und die Gesundheit mehr wert als Geld und Gut.

Weil der Wert nicht bloß ein objektives, sondern auch ein subjektives Moment, das Moment der Schätzung enthält, kann der Wert einer und derselben Sache für verschiedene Personen verschieden sein. Wir werten die Dinge verschieden, je nach unsern Neigungen und Bedürfnissen. Ein Knabe legt vielleicht einem Dinge hohen Wert bei, das dem Erwachsenen fast wertlos erscheint: ja ein und derselbe Mensch kann zu verschiedenen Zeiten die Dinge verschieden schätzen und werten. — Der Wert kann ein individueller oder allgemeiner sein, je nachdem ein Ding nur für ein bestimmtes Individuum oder allgemein für alle Glieder einer Gemeinschaft oder gar für alle Menschen Wert hat.

Eine engere Bedeutung hat der wirtschaftliche Wert. Die Wirtschaft hat es mit der Beschaffung äußerer Sachgüter zu tun, deren die Menschen zur Befriedigung ihrer verschiedenartigen, geistigen

[1] Vgl. E. v. Philippovich, Grundriß der politischen Ökonomie (1901) 6 ff.; Conrad, Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie I[6] (1907) 17; Pesch, Lehrbuch der Nationalökonomie I (1905) 386.

Digitized by Google

und leiblichen Bedürfnisse benötigen. Dieser wirtschaftliche Wert der Güter ist die Bedeutung, die wir ihnen für unsere Bedürfnisbefriedigung zuerkennen. Das Streben nach Wohlfahrt treibt uns an, eine Vermehrung der uns zur Verfügung stehenden Werte anzustreben und eine Verminderung derselben hintanzuhalten.

In den wirtschaftlichen Gütern kann man nun einen doppelten Wert unterscheiden: den Gebrauchswert und den Tauschwert. Marx macht mit Recht diese Unterscheidung, die uns schon bei den griechischen Philosophen begegnet.

Aristoteles[1] unterscheidet einen zweifachen Gebrauch der Besitzgüter: der eine ist einem Besitzgut nach der Besonderheit seiner Natur eigentümlich *(χρῆσις οἰκεία)*, der andere ist ihm mit allen andern Besitztümern gemeinsam *(χρῆσις οὐκ οἰκεία)*. Er erläutert diese Unterscheidung durch das Beispiel eines Schuhes. Ein Schuh hat einen doppelten Gebrauch: der erste ist ihm eigentümlich im Unterschied zu andern Gütern und besteht darin, daß man ihn zum Schutz des Fußes anziehen, der zweite darin, daß man ihn gegen andere Besitzgüter umtauschen kann. Dieser letztere Gebrauch ist dem Schuh gemeinsam mit allen andern Gütern, die in den Handel kommen. Man kann ihn deshalb den allgemeinen Gebrauch oder auch den Nebengebrauch nennen.

Der Gebrauchswert ist also ein viel weiterer Begriff als der Tauschwert. Auch der Tauschwert ist eine Art Gebrauchswert, aber nicht jeder Gebrauchswert macht ein Ding zum Tauschwert. Luft, Licht haben stets Gebrauchswert für den Menschen, aber keinen Tauschwert.

Was ist nun der Tauschwert? Oder was ist dazu erfordert, damit ein Gebrauchswert Tauschwert erlange? Er muß vor allem fähig sein, Privateigentum zu werden. Der Tausch ist ein Vertrag, bei dem der eine auf ein Gebrauchsgut zugunsten eines andern verzichtet, um von diesem ein gleichwertiges Gut zu erhalten. Er setzt also das Privateigentum in irgendwelcher Form voraus. Das

[1] Polit. 1, 9, 1257, a 6 ff. S. Thom., In 1 Pol. l. 7. Silv. Maurus, In 1 Pol. c. 6, n. 2.

Digitized by Google

Gebrauchsgut muß ferner, um Tauschwert zu erlangen, nicht in beliebiger Menge allen zur Verfügung stehen. Wasser z. B. hat einen hohen Gebrauchswert, aber unter gewöhnlichen Umständen keinen Tauschwert, weil es von selbst stets allen zur Verfügung steht, daher auch seine Aneignung als Privateigentum unnütz und zwecklos ist, und niemand auf andere Güter verzichten wird, um Wasser zu erlangen. Innerhalb dieser angegebenen Grenze aber hat jedes Gebrauchsgut auch Tauschwert, es kann in einem bestimmten Verhältnis gegen andere umgetauscht werden. Wie bestimmen wir nun den Tauschwert? Dadurch, daß wir die Güter *miteinander vergleichen* in bezug auf den Nutzen, den sie uns gewähren. Je größer und höher das Bedürfnis ist, dem ein Gebrauchsgut abhilft, in je geringerer Menge es vorhanden ist und je größer die Opfer sind, die wir bringen müssen, um es zu erlangen, um so größer ist der Wert, den wir ihm beilegen. Es kommt aber bei dieser Wertbestimmung meist nicht auf das Urteil eines einzelnen an, sondern auf die *allgemeine Schätzung* in einer bestimmten Gesellschaft. Dieses Urteil ist nicht unveränderlich, sondern ändert sich nach Zeiten und Orten. Die Neger Afrikas legen vielen Dingen, die wir Europäer geringschätzen, einen hohen Wert bei, während sie manches gering werten, was bei uns hohen Wert besitzt.

Mit dem Begriff des wirtschaftlichen Wertes hängt innig zusammen der Begriff des *Preises*. Der Preis ist *der an einem einheitlichen Maße (Geld) gemessene und ausgedrückte Wert*. Der Preis setzt eine abschätzende Vergleichung der verschiedenen Werte voraus und ist das Resultat der Messung dieser Werte an einem einheitlichen Maßstabe. Der Preis einer Sache im menschlichen Verkehr hängt zunächst von dem allgemeinen Urteil über den Wert einer Sache in einer Gemeinschaft ab und wird von diesem bestimmt. Dieses Urteil richtet sich vorzüglich nach dem inneren Wert der Sache (Gebrauchswert), sodann nach der Verschiedenheit der Bedürfnisse, zu denen auch Geschmack, Mode u. dgl. gehören, ferner nach den Herstellungskosten, der Seltenheit usw. An dieses allgemeine Urteil kann sich jeder halten. Deshalb dürfen europäische Kaufleute die Spielsachen und Glaswaren, welche bei uns nur ge-

Digitized by Google

ringen Wert haben, aber bei unzivilisierten Völkern sehr geschätzt werden, den letzteren nach dem bei ihnen geltenden Werte oder Preise verkaufen. Sie dürfen sich an das in einem Lande allgemeine Urteil halten, auch wenn dasselbe unvernünftig ist, wenigstens solange es nicht auf einem wesentlichen Irrtum beruht[1].

Das allgemeine Urteil über den Wert einer Sache ist kein mathematisch abgegrenztes. Die einen werden dieselbe Ware höher werten als andere. Da nun der Preis einer Ware durch dieses Urteil bestimmt wird, so hat er aus sich keine mathematische Grenze. Die gewöhnliche Bestimmung des Preises geschieht auf dem Markt unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage und ist gewissen Schwankungen unterworfen. Der auf diese Weise bestimmte Preis heißt der gewöhnliche oder *Marktpreis*, der zwischen bestimmten Grenzen auf und nieder zu schwanken pflegt, weshalb die Moralisten pretium summum et infimum unterscheiden. Über den höchsten Preis darf der Verkäufer und unter den niedrigsten der Käufer, wenigstens unter gewöhnlichen Umständen, nicht hinausgehen, ohne die Gerechtigkeit zu verletzen[2].

Bildet sich wegen der Seltenheit einer Sache über sie kein allgemeines Urteil auf dem Markt, so bleibt die Preisbestimmung dem Übereinkommen der Käufer überlassen (Konventionalpreis). Setzt die Obrigkeit den Preis einer Sache fest, so heißt derselbe der gesetzliche Preis (Preistaxe).

Nach der Erläuterung dieser Grundbegriffe wenden wir uns zu Marx. Hätte er sich damit begnügt, den Gebrauchswert und den Tauschwert zu unterscheiden, so wäre nichts dagegen einzuwenden, aber er geht weiter und behauptet, der Tauschwert richte sich gar nicht nach dem Gebrauchswert, sei von ihm unabhängig. Er fragt sich, warum ich z. B. einen Quarter Weizen gegen x Stiefelwichse oder y Seide oder z Gold umtauschen oder all diese Dinge nach der angegebenen Menge als wertgleich ansehen könne, und gibt darauf die Antwort: „Im Austauschverhältnis der Waren (erscheint)

[1] De Lugo, De iustitia et iure disp. 26, s. 4, n. 43.

[2] Vgl. meine Moralphilosophie II[5] 381 ff.

Digitized by Google

ihr Tauschwert als etwas von ihren Gebrauchswerten durchaus Unabhängiges."[1] Der Gebrauchswert ist also nach Marx kein mitbestimmender Faktor des Tauschwertes. Das ist aber eine unbewiesene und unrichtige Behauptung, durch die Marx in Widerspruch mit sich selbst gerät.

1. Sie ist unbewiesen. Der Hauptgrund, den Marx für seine Ansicht anführt, ist folgender: Der Tauschwert ist etwas allen Waren Gemeinsames. Nun aber kann dieses Gemeinsame nichts anderes sein als die in ihnen vergegenständlichte, abstrakt menschliche Arbeit. Also bildet diese den Tauschwert.

Wir geben zu, daß der Tauschwert etwas allen Waren Gemeinsames sein muß, weil sie darin miteinander verglichen werden. Wir leugnen aber, daß dieses Gemeinsame allein die in ihnen enthaltene Arbeit sein könne. Marx bringt für seine Ansicht keine Beweise, sondern nur Behauptungen vor.

„Dieses Gemeinsame kann nicht eine geometrische, physikalische, chemische oder sonstige natürliche Eigenschaft der Waren sein. Ihre körperlichen Eigenschaften kommen überhaupt nur in Betracht, soweit selbe sie nutzbar machen, also zu Gebrauchswerten. Anderseits ist es gerade die Abstraktion von ihren Gebrauchswerten, was das Austauschverhältnis der Waren augenscheinlich (!) charakterisiert. Innerhalb desselben gilt ein Gebrauchswert geradesoviel wie jeder andere, wenn er nur in gehöriger Proportion vorhanden ist. . . . Als Gebrauchswerte sind die Waren vor allem verschiedener Qualität, als Tauschwerte können sie nur verschiedener Quantität sein, enthalten also kein Atom Gebrauchswert."[2]

Hier wird nur behauptet, was zu beweisen wäre. Ja dieses wird geradezu als „augenscheinlich" hingestellt. Und doch hängt hiervon alles Folgende ab.

Es wundert uns wirklich, daß Marx so zuversichtlich und ohne Beweis behaupten konnte, außer der Arbeit gebe es nichts allen Waren Gemeinsames. Schon Aristoteles, auf den er sich wiederholt beruft, hätte ihn eines Besseren belehren können. Dieser große Forscher lehrt ausdrücklich, es müsse etwas den Waren Gemeinsames

[1] Marx, Das Kapital I 4. [2] Ebd.

Digitized by Google

geben, in dem sie miteinander verglichen und gemessen werden können. Dieses gemeinsame Maß aller Tauschwerte sei das Bedürfnis, d. h. die Tauglichkeit zur Befriedigung eines Bedürfnisses der Menschen, oder mit andern Worten, die Brauchbarkeit[1]. Mögen die Dinge, die ausgetauscht werden, sonst auch noch so verschieden voneinander sein, alle kommen darin überein, daß sie irgendeinem Bedürfnis des Menschen abhelfen, irgendwie ihm nützlich und brauchbar sind. Darin können sie miteinander verglichen und durch eine Einheit gemessen werden[2].

[1] Ethic. Nic. 5, 8, 1133, a. 25: *Δεῖ ἄρα ἑνί τινι πάντα μετρεῖσθαι . . ., τοῦτο δ' ἐστὶ τῇ μὲν ἀληθείᾳ, ἡ χρεία, ἣ πάντα συνέχει.* Wir übersetzen wie der hl. Thomas (Ethic. 5, 9) und Silv. Maurus (In 5 Ethic. c. 5, n. 8) *χρεία* mit Bedürfnis. Man kann übrigens *χρεία* auch mit Gebrauch wiedergeben. Der Sinn bleibt in beiden Fällen vollständig gleich, weil der Gebrauch einer Sache und das Bedürfnis des Menschen nach derselben in notwendigem Verhältnis zueinander stehen. Wir gebrauchen eine Sache nur, weil und soweit wir durch sie einem Bedürfnis abhelfen können. Die lateinische Übersetzung des Lambinus lautet deshalb ganz richtig: Unum quiddam esse oportet, quod cetera omnia metiatur. Hoc autem re quidem vera est usus seu indigentia, quae omnia continent. Der hl. Thomas (a. a. O.) erklärt den Text des Aristoteles mit den Worten: Dicit quod ideo possunt omnia adaequari, quia omnia possunt commensurari per aliquid unum, ut dictum est; hoc autem unum, quod omnia mensurat, secundum rei veritatem est indigentia, quae continet omnia commutabilia, in quantum omnia referuntur ad humanam indigentiam: non enim appretiantur secundum dignitatem naturae ipsorum; alioquin unus mus, quod est animal sensibile, maioris pretii esset, quam una margarita, quae est res inanimata: sed rebus pretia imponuntur secundum quod homines indigent iis ad suum usum.

[2] Hohoff (Warenwert und Kapitalprofit [1902] 5) schreibt: „Die Waren werden oder sind nur kommensurabel, wenn man und indem man von ihrem Gebrauchswerte abstrahiert. Leinwand, Eisen, Weizen, Ilias, Leuchtgas, Arsenik, Eau de Bologne (Cologne?) und Asa foetida usw. sind gar nicht miteinander vergleichbar und aneinander zu messen, was ihre Nützlichkeit oder ihren Gebrauchswert anbelangt." Warum denn nicht? Gewiß, in ihrem spezifischen Gebrauchswert sind sie voneinander verschieden, aber sie kommen doch alle darin überein, daß sie nützliche Dinge sind oder einem Bedürfnis des Menschen abhelfen; darin lassen sie sich miteinander vergleichen, abschätzen und an einer Einheit messen.

Digitized by Google

Die von Marx aufgestellte Behauptung, die Arbeit allein mache den Tauschwert aus, ist aber nicht bloß unbewiesen,

2. sie ist auch unrichtig. Ohne es zu ahnen, hat sich Marx selbst widerlegt. Er sagt: Innerhalb des Austauschverhältnisses gelte ein Gebrauchswert geradesoviel als jeder andere, wenn er nur in gehöriger Proportion vorhanden sei. Warum muß der Gebrauchswert in gehöriger Proportion vorhanden sein? Offenbar nur deshalb, weil er bei Bestimmung des Tauschwertes nicht gleichgültig, sondern ein bestimmendes Element ist. Warum können ferner, wie Marx selbst gesteht, nur der Gesellschaft nützliche Dinge Tauschwert haben? Nur deshalb, weil der Gebrauchswert ein wesentlicher Bestandteil des Tauschwertes ist. Wenn jemand auch mit der größten Arbeit Stiefel aus Pappendeckel verfertigt, so kann er sie doch nicht verkaufen, sie haben keinen Tauschwert, weil sie nutzlos sind.

Aber es gibt doch Gebrauchswerte, die keinen Tauschwert besitzen? Luft und Tageslicht sind Gebrauchswerte ohne Tauschwert. Ganz richtig. Doch folgt daraus nur, daß der bloße Gebrauch zum Tauschwert noch nicht ausreicht, sondern daß noch andere Bedingungen hinzutreten müssen; aber es folgt durchaus nicht, daß jene Dinge, die Tauschwert haben, denselben nicht wenigstens zum Teil ihrem Gebrauchswert verdanken. Was würde man zu folgendem Beweise sagen: Es gibt Vernunftwesen, die keine Künstler sind; also gehört der Begriff des Vernunftwesens nicht zum Begriff des Künstlers? Nicht besser ist die Marxsche Schlußfolgerung. Damit ein Gebrauchswert Tauschwert habe, muß er fähig sein, in den ausschließlichen Besitz eines Menschen überzugehen und sich nicht so reichlich vorfinden, daß er jedem nach Belieben zur Verfügung steht. Aber dies vorausgesetzt, hängt sein Tauschwert vor allem von seinem Gebrauchswert oder seiner Nützlichkeit ab. Das Holz in den Urwäldern Südamerikas hat dort keinen Tauschwert, weil niemand da ist, der es gebraucht, oder jeder es umsonst haben kann, wie bei uns das Wasser.

Nehmen wir aber an, ein Kaufmann bringe mehrere Schiffsladungen von verschiedenen Holzarten nach einem europäischen Hafen: wonach wird sich der Preis des Holzes bemessen? Etwa bloß nach

Digitized by Google

dem Aufwand von Arbeit und Transportauslagen? Gewiß nicht; sonst müßten alle Holzarten zu gleichen Preisen verkauft werden. Das ist aber nicht der Fall. Worauf die Käufer vor allem sehen, das ist die Brauchbarkeit des Holzes. Das bessere, dauerhaftere wird besser bezahlt. Feines Zedern- und Eichenholz hat, auch abgesehen von den Arbeitskosten, die zur Beschaffung desselben nötig sind, einen höheren Wert als Tannen- und Birkenholz.

Durch tausend derartige Beispiele läßt sich zeigen, daß nach allgemeinem Urteil die Nützlichkeit oder Brauchbarkeit einer Sache an erster Stelle ihren Wert oder Preis bestimmt. Der bessere Wein wird besser bezahlt als der schlechtere, auch wenn der Weinbauer bei beiden Arten dieselbe Mühe aufwendet. Warum verkaufen unsere Kohlenbergwerkbesitzer die Steinkohlen, die aus demselben Schacht herrühren, zu verschiedenen Preisen? Weil die Qualität nicht dieselbe ist. Eine Wiese an der Maas oder am Rhein hat einen weit größeren Tauschwert als eine gleich große Wiese auf dem Harz oder in der Eifel, und zwar ganz unabhängig von jeder menschlichen Arbeit. Wenn ein Landwirt zwei Pferde mit denselben Kosten aufgezogen hat, so können sie doch bei verschiedener Körperbeschaffenheit ganz verschiedenen Wert haben.

Doch es hieße Wasser ins Meer tragen, wollten wir diese einleuchtende Wahrheit noch näher begründen. Man kann auch nicht gegen die vorgebrachten Beispiele einwenden, daß bei allen Arbeit zur Herstellung des vollen Gebrauchswertes nötig war; denn wir leugnen nicht, daß die Arbeit auch den Tauschwert beeinflusse, sondern nur, daß sie allein den Tauschwert ausmache. Übrigens kommt meistens die Arbeit nur soweit in Betracht, als sie die Brauchbarkeit eines Dinges erhöht. Aber um davon zu schweigen, daß es in der Natur auch Gegenstände gibt, die gar keiner Arbeit mehr bedürfen, um brauchbar zu werden, sondern die man unmittelbar sich aneignen und gegen andere Dinge umtauschen kann: Steinöl, wilde Früchte, Fische u. dgl.[1], so ist selbst bei den Erzeugnissen

[1] Über die Marxsche Werttheorie siehe v. Hammerstein S. J. in Stimmen aus Maria-Laach X 426; Hitze, Kapital und Arbeit (Paderborn 1880) 9 ff. Daß der hl. Thomas weit davon entfernt ist, den Tauschwert nur als auf-

Digitized by Google

der menschlichen Arbeit das, was ihren Tauschwert vor allem bestimmt, nicht die „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit", sondern

gewendete Arbeit anzusehen, geht aus sehr vielen Stellen unzweideutig hervor. So behauptet er an einer Stelle, der Preis der Waren bestimme sich nicht nach dem Grade (Vollkommenheit) der Natur, da zuweilen ein Pferd teurer verkauft werde als ein Sklave, sondern nach der Brauchbarkeit für den Menschen. S. theol. 2, 2, q. 77, a. 2 ad 3: Sicut Augustinus dicit 11 de Civ. Dei c. 16, pretium rerum venalium non consideratur secundum gradum naturae, cum quandoque pluris vendatur unus equus quam unus servus, sed secundum quod res in usum hominis veniunt. Et ideo non oportet, quod venditor vel emptor cognoscat occultas rei venditae qualitates, sed illas solum, per quas redditur humanis usibus apta, puta quod equus sit fortis et bene currat, et similiter in ceteris. Schon vorher (corp. art.) hatte er erklärt: wer ein krankes Tier für ein gesundes verkaufe, verletze die Gerechtigkeit und sei zum Schadenersatz verpflichtet. Überhaupt wären die Untersuchungen des hl. Thomas und der Theologen, ob und wieweit man beim Verkauf einer Sache ihre Fehler offenbaren müsse, geradezu sinnlos, wenn der Preis der Sache nicht wesentlich von ihrer Brauchbarkeit oder Nützlichkeit, sondern bloß von der aufgewendeten Arbeit abhinge. Wollte man einwenden, der hl. Thomas rede nicht vom Wert, sondern vom Preis, so ist darauf zu erwidern, daß Wert und Preis notwendig zusammenhängen, wie wir schon gezeigt haben (S. 240 f.). Vgl. auch Costa-Rossetti, Allgemeine Grundlagen der Nationalökonomie (1888) 88. Hören wir noch einen Schüler des hl. Thomas, Dom. Soto O. Pr. (De iustit. et iure l. 6, q. 2, a. 3): Pretia rerum non secundum ipsarum naturam aestimanda sunt, sed quatenus in usus veniunt humanos. Conclusionis huius ratio naturalis est, quod cum mundus et quae eo continentur, propter hominem facta sint, tantum civili aestimatione res valent, quantum hominibus inserviunt. Quapropter Aristot. 5 Ethic. c. 5 ait, indigentiam causam mensuramque esse humanarum commutationum.... Ubi autem indigentiam nominamus, ornatum etiam reipublicae intelligimus: ut cuncta complectamur, quae hominibus praeter vitae necessitatem etiam ad suam voluptatem et splendorem usui esse possunt. Es ist überhaupt nach dem hl. Alfons Liguori (Theol. moral. l. 3, n. 801 ff.) eine unter den katholischen Theologen ganz allgemeine Lehre, daß der Preis bzw. der Tauschwert einer Sache nicht nur von der Arbeit, sondern von vielen Umständen abhänge, so von der Nützlichkeit der Ware, von Angebot und Nachfrage; an einem Ort kann dieselbe Sache einen höheren Wert haben als an einem andern usw. Siehe den Nachweis in der „Kölner Korrespondenz" 1894, 27 ff.

Digitized by Google

die künstlerische Eigenschaft oder die Vollkommenheit, die sie in sich besitzen. Wenn zwei Schriftsteller nach gleicher Vorbereitung ihre Werke veröffentlichen, welcher wird größeren Absatz finden und größere Honorare beziehen? Derjenige, dessen Werke nach dem Urteile des Publikums schöner, vollkommener, geistreicher sind. Wenn Gemälde ausgestellt sind, wonach wird der Wert und Preis bemessen? Etwa nach der „gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit"? Keineswegs, sondern nach der inneren Vollkommenheit, die meist mehr die Frucht des Genies als der Arbeit ist. Warum wird ein Gemälde oder selbst eine kleine Zeichnung eines Raffael oder Albrecht Dürer so teuer bezahlt? Warum werden alte Handschriften, seltene Drucke, historisch merkwürdige Medaillen und Münzen und ähnliches oft mit so hohen Preisen erstanden? Wegen der in ihnen vergegenständlichten Arbeit? Nein, sondern wegen ihrer Seltenheit oder Vollkommenheit oder Wichtigkeit für die Kulturgeschichte u. dgl.

Hohoff[1] hat die sonderbare Behauptung aufgestellt, der Tauschwert sei eigentlich ein Übel. „Nützlichkeit und Wert, Gebrauchswert und Tauschwert sind also unzweifelhaft Gegensätze. Die Nützlichkeit ist die gute Seite an den Gebrauchsgegenständen, der Wert die schlimme, üble Seite. Daher sucht man die erstere Eigenschaft zu mehren, die letztere dagegen zu mindern. Der Wert ist kein Gut, sondern ein Übel, der Tauschwert ist eine Folge der Sünde. Ohne die Sünde würde es kein Privateigentum geben." Der Tauschwert ein Übel! An solchen Konsequenzen sollte Hohoff doch merken, daß er sich von Marx hat auf Irrwege leiten lassen. Ohne Tauschwert gäbe es keinen Handel und keine Industrie und mithin auch keinen Verkehr im heutigen Sinne. Kann etwas, was den Menschen zur Kulturentwicklung so nützlich, ja notwendig und deshalb sehr begehrenswert ist, ein Übel sein? Aber man sucht die Nützlichkeit zu mehren, den Tauschwert zu mindern! Der Käufer sucht allerdings, nicht eigentlich den Tauschwert, wohl aber den Preis, den er dafür zu bezahlen hat, zu vermindern. Der Verkäufer dagegen sucht den Tauschwert der Waren möglichst zu vermehren. Gerade deshalb sucht der

[1] Warenwert und Kapitalprofit (Paderborn 1902) 10; vgl. auch desselben Bedeutung der Marxschen Kapitalkritik (1908) 142, wo er die gleiche Behauptung wiederholt und auf das Geld ausdehnt, „diesen Unrat der Hölle". Nicht das Geld ist ein Übel, sondern der Mißbrauch desselben.

Digitized by Google

Verkäufer den Gebrauchswert oder die Nützlichkeit zu erhöhen, weil er weiß, daß dadurch auch der Tauschwert bzw. der Preis steigt. Je praktischer, schöner, dauerhafter die Produkte sind, um so mehr werden sie von den Käufern gesucht und um so mehr sind diese bereit, für deren Beschaffung Opfer zu bringen. Was bezweckte man mit dem Zolltarif? Doch wohl die Verminderung der ausländischen Konkurrenz, um dadurch den Tauschwert und Preis der einheimischen Produkte zu steigern. Man muß also doch wohl den Tauschwert und dessen Steigerung für etwas Gutes ansehen. Nach Einführung des Zolltarifs steigt der Tauschwert und der Preis vieler Waren, obwohl die Arbeit der Landwirtschaft und Industrie nach wie vor dieselbe bleibt. Der Tauschwert wird also nicht allein durch die Arbeit bestimmt. Allerdings setzt der Tauschwert das Privateigentum voraus, würde also auch mit diesem verschwinden. Aber daraus folgt nur, daß der Tauschwert nicht absolut, sondern nur unter bestimmten Voraussetzungen ein Gut ist. Auch daß der Mensch Kleider trage, ist ein Gut, aber nicht absolut, sondern nur unter Voraussetzung des Bedürfnisses. In gleicher Weise setzt sowohl der Gebrauchswert als der Tauschwert der Dinge ein Bedürfnis voraus und ist ohne dieses nicht denkbar. Folgt daraus, daß er ein Übel sei?

Wenn wir Hohoff[1] glauben wollten, so wäre auch Papst Leo XIII. ein Anhänger der Marxschen Werttheorie, denn dieser schreibt[2]: „Es ist ganz sicher wahr, daß die Reichtümer nur durch die Mühe der Arbeiter entstehen." Aber aus diesen Worten folgt nichts zugunsten der Marxschen Theorie, der Papst spricht nur die ganz einleuchtende Wahrheit aus, daß die Reichtümer der Arbeit zu verdanken sind. Die Natur gibt uns fast nur, was wir ihr durch Arbeit abringen. Aber daß der Wert der durch die Arbeit geschaffenen Reichtümer nur der Arbeit und nicht auch dem Naturfaktor zuzuschreiben sei, sagt er nirgends.

Ebenso mißglückt ist die Berufung Hohoffs auf die Worte des hl. Thomas, der Handwerker dürfe den Preis seiner Ware nach dem Maße der Arbeit und der Auslagen (labor et expensae) berechnen, die Auslagen reduzierten sich aber schließlich wieder auf Arbeit. Diese letztere Behauptung ist unrichtig. Die Auslagen hängen wesentlich ab von dem Preis des Materials und der Werkzeuge, und dieser Preis richtet sich zum

[1] Bedeutung der Marxschen Kapitalkritik 30 u. 146.

[2] Encyclica Rerum novarum: Illud verissimum non aliunde quam ex opificum labore gigni divitias civitatum.

Digitized by Google

guten Teil nach der Brauchbarkeit, Dauerhaftigkeit, Schönheit des Materials und nicht allein nach der Arbeit.

3. Marx verwickelt sich in Widersprüche. Nach der Marxschen Werttheorie müßte die Profitrate, d. h. das Verhältnis des Mehrwertes zum gesamten in einem Unternehmen aufgewendeten Kapital, verschieden sein je nach der verschiedenen „organischen Zusammensetzung der Kapitale“ [1]. Das Wertgesetz besagt ja, die Größe des Warenpreises richte sich nach dem notwendigen Arbeitsgehalt oder nach der in der Ware steckenden gesellschaftlich notwendigen Arbeit, die Größe des Profits aber nach der Menge der in ihr verkörperten Mehrarbeit, d. h. nach der Menge der Arbeit, welche die Arbeiter über die notwendige Arbeitszeit hinaus für den Kapitalisten leisten. Wenn z. B. zwei Kapitalisten das gleiche Kapital in verschiedenen Branchen der Industrie verwenden, so braucht derjenige, welcher über unvollkommene Maschinen und sonstige technische Vorrichtungen verfügt, mehr Arbeiter und längere Arbeitszeit, um dasselbe Produkt herzustellen, als der andere, der über bessere Maschinen verfügt. Er müßte also auch einen größeren Profit machen, da er mehr unbezahlte Arbeit sich aneignet.

Dem widerspricht aber die Erfahrung. Die Geldgewinne sind bei gleich großen Kapitalien annähernd gleich, ohne Rücksicht auf ihre Zusammensetzung. Marx selbst gibt diese Tatsache zu und erkennt den Widerspruch an, in dem sie zu seinem Wertgesetze zu stehen scheint. Wie sucht er nun den Widerspruch zu lösen? Jahrelang wurden lebhafte Kontroversen darüber geführt, wie wohl diese Lösung, die Marx für den dritten Band seines „Kapital“ in Aussicht gestellt hatte, ausfallen werde. Nun hat Engels diesen dritten Band veröffentlicht, und welcher Art ist die lang erwartete Lösung? Sie besteht darin, daß Marx das Wertgesetz preisgibt. Er gesteht ganz offen, daß die Profitrate von der Zusammensetzung der Kapitale unabhängig sei und die Waren tatsächlich regelmäßig nicht nach ihrem Wert (der in ihnen enthaltenen Arbeit), sondern teils über, teils unter ihrem Werte verkauft würden? [2]

[1] Vgl. oben S. 47 f. [2] Marx, Das Kapital III, 1. Abt., 132.

Digitized by Google

Also zuerst hat Marx auf Grund der Erfahrung sein Wertgesetz aufgestellt, und schließlich gibt er selbst zu, dieses Gesetz widerspreche der Erfahrung[1]. Allerdings sucht er das Wertgesetz insofern zu retten, als er behauptet, die Summe aller bezahlten Preise entspreche genau der Summe aller Werte[2]. Auch Bernstein will Marx in diesem Sinn erklären. Nach Marx komme es nicht auf den Wert der individuellen Ware an, sondern auf den Wert der Gesamtproduktion der Gesellschaft, und unter Mehrwert habe man nicht den individuellen, sondern den ganzen sozialen Mehrwert zu verstehen. „Was die Gesamtheit der Arbeiter in einem gegebenen Moment über den ihnen zufallenden Anteil hinaus produziert, bildet den sozialen Mehrwert, den Mehrwert der gesellschaftlichen Produktion, in den sich die Einzelkapitalisten in annähernd gleicher Proportion nach Maßgabe des von ihnen wirtschaftlich angewandten Kapitals teilen. Aber dieses Mehrprodukt wird nur in dem Maße realisiert, als die Gesamtproduktion dem Gesamtbedarf der Aufnahmefähigkeit des Marktes entspricht."[3]

Gegen diese Auffassung macht mit Recht Böhm-Bawerk geltend, die Aufgabe des Wertgesetzes könne keine andere sein, als das in Wirklichkeit beobachtete Austauschverhältnis der Güter aufzuklären. Wir wollen wissen, warum im Austausch z. B. a Zentner Eisen gerade soviel wie b Ellen Leinwand gelten und welches unser Maßstab bei diesem Austausche sei. So hat Marx selbst die Bedeutung des Wertgesetzes erklärt. Von einem Austauschverhältnis kann aber nur in bezug auf einzelne Waren untereinander die Rede sein[4]. Gibt man zu, das Austauschverhältnis unter den einzelnen Waren richte sich nicht nach dem Wert (der Arbeit), so gibt man damit das Wertgesetz auf, und es ist eine willkürliche und noch dazu ganz nutzlose Behauptung, das Wertgesetz gelte für die Gesamtheit des Warenaustausches.

[1] Marx, Das Kapital III, 1. Abt., 132.

[2] Ebd. 140.

[3] Bernstein, Voraussetzungen des Sozialismus 40.

[4] Böhm-Bawerk, Zum Abschluß des Marxschen Systems (Festgaben für Karl Knies, 1896) 116 ff.

Digitized by Google

4. Ist also dasjenige, was den Besitzgütern ihren Tauschwert verleiht, nicht allein die Arbeit, sondern vor allem die Nützlichkeit und Brauchbarkeit für die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, so fällt damit auch die Theorie vom „Mehrwert", von der Natur und Akkumulation des Kapitals usw.; denn das alles sind nur Folgerungen aus der Werttheorie, wie schon früher gezeigt wurde[1]. Darin geben wir zwar Marx recht, daß „der Arbeitslohn nicht das ist, was er (vielen) zu sein scheint, nämlich der Wert resp. Preis der Arbeit, sondern nur der Wert resp. Preis der Arbeitskraft". Denn der Vertrag zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeiter ist für gewöhnlich nur ein Mietsvertrag. Der Arbeiter verdingt seine Arbeitskraft und erhält dafür den Mietslohn oder den Preis für die vermietete Arbeitskraft. Aber es ist eine unrichtige Folgerung aus seiner Werttheorie, wenn Marx behauptet, der Tauschwert (bzw. der Mietswert) der menschlichen Arbeitskraft werde durch ihre Produktionskosten bestimmt. Denn auch vorausgesetzt, zwei Arbeiter brauchten gleichviel zum Unterhalt für sich und ihre Familien, so können doch ihre Arbeitskräfte einen ganz verschiedenen Tauschwert haben, wenn der eine erfahrener, talentvoller, geschickter und zuverlässiger ist als der andere. Der gelernte Arbeiter findet leichter Arbeit und wird besser bezahlt als der ungelernte, der Mann besser als die Frau. Was den Tauschwert bestimmt, ist, wie bei allen Besitzgütern, so auch bei der Arbeitskraft an erster Stelle ihre Brauchbarkeit und Nützlichkeit.

Gerade das Beispiel der Wertverschiedenheit der Arbeitskräfte je nach ihrer Brauchbarkeit stößt die Marxsche Werttheorie über den Haufen. Zufolge dieser Werttheorie müßte sich der Tauschwert der Arbeitskraft nach ihren Herstellungs- oder Unterhaltungskosten richten. Das ist aber nicht der Fall. Warum wird ein gewandter, erfahrener, zuverlässiger Direktor, Ingenieur, Arzt oder Aufsichtsbeamter besser honoriert als ein anderer? Warum erhält ein genialer Schauspieler oder Musiker, eine ausgezeichnete Sängerin oft einen solchen enormen Gehalt, während andere in ähnlicher Lage trotz aller Mühe und

[1] S. oben S. 44 f.

Digitized by Google

Arbeit kaum den nötigen Lebensunterhalt gewinnen? Braucht eine hochbegabte Schauspielerin etwa so viel mehr zu ihrem Lebensunterhalt als eine andere? Oder läßt sich Talent, Genie, Schönheit der Stimme und ähnliches auf „durchschnittliche Arbeitszeit" zurückführen, so daß man ihre Herstellungskosten berechnen könnte?

Mit der Werttheorie fällt auch die Marxsche Behauptung, der Arbeiter brauche nur einen Teil der tatsächlichen Arbeitszeit, um das Äquivalent des Wertes seiner Arbeitskraft zu produzieren (notwendige Arbeitszeit), die ganze übrige Zeit leiste er gratis „Überarbeit" für den Kapitalisten. Diese Behauptung erscheint erst recht unhaltbar, wenn man bedenkt, daß nach Marx „der Wert der Arbeit bestimmt (wird) nicht nur durch die zur Erhaltung des individuellen Arbeiters, sondern auch die zur Erhaltung der Arbeiterfamilie nötige Arbeitszeit"[1]. Woher in aller Welt weiß Marx, daß jeder Lohnarbeiter nicht nur soviel Tauschwert den Waren verleihe, als er zum Unterhalt für sich und seine ganze Familie braucht, sondern auch einen Überschuß, den der Kapitalist als Mehrwert unentgeltlich sich aneignet?

Kurz, die sozialistische Werttheorie ist so offenbar unrichtig, daß man sich unwillkürlich fragt, wie ein Mann von der Begabung eines Marx sie zur Grundlage seines Systems machen konnte. Es läßt sich das nur dadurch erklären, daß er ganz einseitig die industriellen Lohnarbeiter ins Auge faßte und, was für diese vielleicht unter Umständen annähernd Geltung zu haben scheint, verallgemeinerte und rein ideologisch zu einer allgemeingültigen Theorie verarbeitete.

Um noch einer möglichen Schwierigkeit zu begegnen, bemerke ich, daß auch im Sozialistenstaat der Tauschwert bestehen bliebe und sich nicht allein durch die aufgewandten Produktionskosten bestimmen ließe. Nicht nur im Verkehr mit auswärtigen Völkern, sondern auch bei der Verteilung der Produkte im Inland müßte der Tauschwert berücksichtigt werden, und zwar so, daß derselbe vor allem durch den Gebrauchswert bestimmt wird. Wenn zwei Arbeiter gleichviel gearbeitet haben, so kann man nicht unter dem Vorgeben, die Produktionskosten seien dieselben gewesen, den einen mit einem bestimmten Maß Johannisberger oder Rüdesheimer, den andern

[1] Marx, Das Kapital I 359.

Digitized by Google

mit demselben Quantum sonstigen geringeren Rheinweines oder Apfelmostes besolden. Auch im Sozialistenstaat wird man mit einem Hektoliter guten Weizens mehr Arbeit bezahlen können als mit demselben Maß schlechten Weizens, selbst wenn die Arbeitskosten bei beiden Arten dieselben waren. Das gleiche gilt in bezug auf alle andern Bedarfsgegenstände.

§ 2. Konzentration der Betriebe.

Ein anderer Grundpfeiler des Marxschen Systems ist die Behauptung, die heutige kapitalistische Produktionsordnung führe notwendig zu einer immer größeren Konzentration aller Betriebe, so daß schließlich alle kleineren und mittleren Betriebe von wenigen Großbetrieben „aufgesaugt" würden.

Zu dieser Behauptung ist Marx offenbar durch willkürliche Verallgemeinerung einiger Erscheinungen gelangt, die uns in der eigentlichen Industrie entgegentreten.

I. Industrie.

In der Industrie mit ihrem Maschinenbetrieb im großen scheint sich eine gewisse Tendenz zur Zentralisation bzw. zur Verdrängung der kleineren und mittleren Betriebe geltend zu machen. Als Beispiele führen wir die Bergwerke, Hüttenbetriebe und Brauereien im Deutschen Reiche an.

Bergwerke[1]:

Im Jahre	Die Zahl der Werke (Hauptbetriebe)	Die mittlere Belegschaft (in den Hauptbetrieben)	Die Summe der Produkte in 1000 Tonnen
1884	2491	340 759	84 077
1892	2222	422 903	107 884
1900	2241	573 078	174 666
1905	1862	661 310	205 592
1907	1958	734 903	242 615
1911	1845	821 381	277 714

[1] Statist. Jahrbuch für das Deutsche Reich 1908, 66; 1913, 81.

Digitized by Google

Hüttenbetriebe[1]:

Im Jahre	Die Zahl der Werke (Hauptbetriebe)	Die mittlere Belegschaft (in den Hauptbetrieben)	Die Summe der Produkte in 1000 Tonnen
1887	73	16 936	272
1892	87	19 320	293
1900	76	21 123	352
1907	73	23 513	434
1910	74	23 137	484
1911	76	24 247	515

Brauereien im Brausteuergebiet[2].

Im Jahre	Die Zahl der Werke (Hauptbetriebe)	Menge des gewonn. Bieres in 1000 Hektolitern
1877	12 553	20 360
1887	9 639	27 476
1900	6 903	44 734
1907	5 528	46 355
1909	4 567	37 293
1911	4 199	41 303

Während also innerhalb 30 Jahren in den oben genannten Industriezweigen die Zahl der Betriebe gleich blieb oder gar abnahm, wuchs die Zahl der Arbeiter und die Menge der gewonnenen Produkte.

Daneben gibt es allerdings Industriezweige, in denen diese zentralisierende Tendenz kaum zutage tritt, z. B. im Eisengießereibetrieb[3]; die Brennereien sind im Branntweinsteuergebiet von 48 415 im Jahre 1887/88 auf 60 763 im Jahre 1895/96 und 74 840 im Jahre 1900/01 gestiegen, im Jahre 1902/03 hatte sich aber ihre Zahl wieder auf 60 871 vermindert, im Jahre 1906/07 auf 65 405 erhöht und betrug im Jahre 1910/11 63 337[4].

Vergleicht man die Gewerbebetriebe überhaupt (mit Ausschluß von Land- und Forstwirtschaft), so zeigt die Statistik des Deutschen Reiches, daß die Klein- und Mittelbetriebe nicht ab-, sondern zunehmen, wenn auch nicht in dem Maße wie die Großbetriebe.

[1] Statist. Jahrbuch für das Deutsche Reich 1908, 68; 1913, 83.
[2] Ebd. 1813, 86. [3] Ebd. 83.
[4] Ebd. 1905, 52; 1909, 73; 1912, 79.

Digitized by Google

Man zählte[1]:

	1882	1895	1907
Kleinbetriebe (1—5 Personen) . .	2882768	2934723	3124198
Mittelbetriebe (6—50 Personen) .	112715	191301	267410
Großbetriebe (51 und mehr Personen)	9974	18953	32122

Betrachten wir die Personen, so waren beschäftigt[2]:

	1882	1895	1907[3]
In den Kleinbetrieben (1—5 Personen) .	4335822	4770669	5353676
In den Mittelbetrieben (6—50 Personen) .	1391720	2454333	3644415
In den Großbetrieben (über 51 Personen) .	1613247	3044267	5350025
Von 100 Personen waren beschäftigt in:			
Kleinbetrieben	59,1	46,5	37,3
Mittelbetrieben	18,9	23,9	25,4
Großbetrieben	22,0	29,6	37,3

Aus diesen Zahlen geht allerdings hervor, daß die Zahl der beschäftigten Personen in den Großbetrieben am meisten zugenommen hat. Immerhin waren im Jahre 1907 in den Kleinbetrieben ebensoviel Personen beschäftigt als in den Großbetrieben.

Der Prager Statistiker Heinrich Rauchberg kommt in seinem Werke „Die Berufs- und Gewerbezählung im Deutschen Reich von 1895“[4] nach einer sorgfältigen Analyse der deutschen Gewerbezählung zu folgendem Ergebnis:

„Wenn von einer Konzentrationstendenz in der modernen Industrie gesprochen wird, so bedeutet das also nicht etwa eine Aufsaugung des Kleinbetriebs durch den Großbetrieb. Der Kleinbetrieb hat sich vielmehr als solcher ungeschmälert erhalten; ja er hat sogar einen, wenn auch nur mäßigen Fortschritt erzielt.... Alles in allem genommen, hat die fortschreitende Entwicklung zum Großbetrieb weder dem handwerksmäßigen Kleinbetrieb noch der Hausindustrie die Daseinsbedingungen verkümmert. Mag auch der fabrikmäßige Großbetrieb technisch höher stehen, in sozialer

[1] Ebd. 1913, 55.

[2] Vgl. Statistik des Deutschen Reichs Bd. 220—221 (1914) 63*.

[3] Ohne Musik-, Theater- und Schaustellungsgewerbe.

[4] Berlin 1901.

Digitized by Google

Hinsicht die besseren Aussichten bieten, er ist doch weit davon entfernt, sich zur Alleinherrschaft emporzuschwingen."[1] Er weist noch besonders auf den Umstand hin, daß die Entwicklung der einzelnen Gewerbszweige in den verschiedenen Gebieten, Ost und West, Stadt und Land, eine sehr verschiedene ist. Das Gesagte gilt auch für die Berufszählung von 1907.

Für Belgien kommt Professor Waxweiler in der „Sozialen Praxis"[2] durch einen Vergleich der Gewerbezählungen von 1846 und 1896 zum Resultat, daß die belgische Zählung „die wesentlichsten Daten der berühmten Kritik Bernsteins gegen das Gesetz der marxistischen Konzentration bestätigt". Die Bevölkerung Belgiens hat sich von 1846 bis 1896 um die Hälfte vermehrt (von 4 337 000 auf 6 496 000), „und die Zahl der Betriebe, wo ein Unternehmer für seine eigene Rechnung arbeitet, hat sich in demselben Verhältnis vermehrt" (von 160 000 auf 240 000). „Im allgemeinen entwickelt sich die Großindustrie neben der kleineren und mittleren; ferner sind in den letzten 50 Jahren zahlreiche neue Industriezweige (mehr als 300) hervorgetreten, von denen eine Zahl der Kleinindustrie verblieben ist. Die Widerstandsfähigkeit der Kleinindustrie geht auch aus der Tatsache hervor, daß trotz der Entwicklung des Maschinenwesens die Herstellung mit der Hand sich in zahlreichen Industrien aufrechterhalten hat, selbst in solchen, wo der mechanische Prozeß für selbstverständlich gehalten wird. Ist es z. B. nicht charakteristisch, zu konstatieren, daß es gegenwärtig noch mehr Weber gibt, die Tuche und Stoffe von Baumwolle, Wolle oder Seide in der alten handwerksmäßigen Weise erzeugen, als Weber an mechanischen Webstühlen (25 751 gegen 23 541, d. h. 2210 mehr)?"

Ein vollständig abschließendes Urteil läßt sich allerdings in bezug auf die Industrie aus den bis jetzt vorliegenden Statistiken noch nicht gewinnen. Die Beobachtungsperioden, über die wir zuverlässige Zahlen besitzen, sind zu kurz. Außerdem hat der Weltkrieg störend in die Entwicklung eingegriffen. Es ist jedenfalls fraglich, ob diese Tendenz zur Zentralisation eine allgemeine und völlig unbegrenzte ist. Aber wie dem auch sei, aus der Zentralisation der Betriebe darf man erstens nicht auf die Zentralisation des Vermögens schließen; denn die Großbetriebe sind überwiegend in die Hände von Aktiengesellschaften übergegangen. Sehr häufig bedeutet also die Vereinigung mehrerer Betriebe

[1] H. Rauchberg a. a. O. 393—395.
[2] 11. Jahrg., Nr. 11, S. 273 ff.

Digitized by Google

zu einem einzigen oder auch die Vergrößerung desselben Betriebes, den eine Aktiengesellschaft übernommen, den Übergang des Eigentums von wenigen Personen auf viele.

Sodann darf man aus der Tendenz zur Bildung von Aktiengesellschaften, Genossenschaften, Kartelle u. dgl. keineswegs auf eine Tendenz zum Übergang aus privatwirtschaftlicher in gemeinwirtschaftliche Produktion schließen. Die Wirtschaftsbetriebe in öffentlicher Verwaltung sind auch heute noch gering an Zahl. Es kommen hauptsächlich der Bergbau, die Salzgewinnung, das Tabak- und Branntweinmonopol, der Eisenbahn- und Postverkehr, endlich die Gas- oder Wasserversorgung in Betracht. Aber die ersteren Einrichtungen (Bergbau, Tabak, Salz usw.) sind nicht die Folge der modernen Wirtschaftsentwicklung, sondern stammen zum Teil schon aus älterer Zeit, und soweit sie neueren Datums sind wie das Branntweinmonopol, beruhen sie nicht auf wirtschaftlichen, sondern auf sittlichen Gründen. Es bleiben also die Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung und die öffentliche Verwaltung im Verkehrswesen als Beweis für die oben behauptete Tendenz. Allein, bemerkt hierzu treffend Phillipovich[1], „es ist sehr wohl zu beachten, daß es sich hier niemals um die Alternative privater oder öffentlicher Unternehmungen, sondern immer um die Alternative, Monopol einer privaten und Monopol einer öffentlichen Unternehmung gehandelt hat, so daß die Kommunalisierung auf diesen Gebieten nicht beweiskräftig sein kann für die übrigen Gebiete gewerblicher Konkurrenzproduktion. Ferner hat man es hier nicht mit einer alten Produktionsform zu tun, ... so daß in keiner Weise von einer ‚Entwicklung' die Rede sein kann, zumal viele Städte von vornherein mit öffentlichen Betrieben in dieser Richtung begonnen haben.... Aus den Tatsachen der Gegenwart läßt sich daher nicht wohl eine Zunahme öffentlicher Produktionsbetriebe als charakteristisches Zeichen der Gesamtentwicklung der volkswirtschaftlichen Produktionsorganisation erweisen."

Die Ausbildung riesiger Aktiengesellschaften, Genossenschaften, Kartelle und Trusts macht allerdings das Eingreifen des Staates öfters notwendig als früher, aber dieses Eingreifen beschränkt sich auf allgemein gesetzliche Bestimmungen und wirksame Überwachung zum Schutz der Gesamtheit, keineswegs gehen diese Organisationen allmählich in Staatsbetrieb über. „Es sprechen wenig Gründe dafür, daß das sozialdemokratische Ziel

[1] Grundriß der politischen Ökonomie II (1899) 136.

Digitized by Google

— Übergang des Privateigentums an Produktivmitteln in gesellschaftliches Eigentum, Produktion durch und für die Gesellschaft — erreichbar ist, weil es in dieser Formel einen Umfang und eine Einheitlichkeit der Organisation sowie psychische Eigenschaften der Menschen voraussetzt, welche mit unsern heutigen Erfahrungen unvereinbar sind."[1] Doch hiervon wird später die Rede sein.

II. Handwerk.

Die mächtig sich entfaltende Industrie mit ihrem Maschinenbetrieb hat das Handwerk unleugbar in eine schwierige Lage gebracht. Die Sozialdemokraten verkündigen sogar in allen Tonarten sein baldiges Verschwinden[2]. Es wäre das allerdings ein empfindlicher Schlag gegen den soliden Mittelstand des Volkes. Aber wir glauben noch nicht an diesen Untergang des Handwerks, wenn man ihm den gebührenden Schutz angedeihen läßt. Die „Untersuchungen über die Lage des Handwerks"[3] seitens des „Vereins für Sozialpolitik" haben unseres Erachtens dargetan, daß das Handwerk — wenigstens für die absehbare Zukunft — noch keineswegs unrettbar verloren ist. Schon die Tatsache, daß noch heute trotz Gewerbefreiheit und hoher Entwicklung der Industrie in Deutschland die Handwerker mit ihren Angehörigen weit über 6 Millionen ausmachen, zeigt, welche tiefe, kräftige Wurzeln das Handwerk noch hat.

Es gibt allerdings Gebiete, auf denen der Fabrikbetrieb sich endgültig eingebürgert und das Handwerk verdrängt hat. Diesen Tatbestand umstoßen zu wollen, wäre ein aussichtsloses Unternehmen. Nie wird man, um das verschwundene Handwerk der Nagelschmiede wieder ins Dasein zu rufen, auf die großen Kosten- und Zeitersparnisse verzichten, welche die Nagelfabriken gewähren. Wie die Nagelschmiede, so sind auch die Messerschmiede, Färber, Weber, Spinner und Mützenmacher an vielen Orten fast ganz verschwunden. Auch die Schuster, Tischler, Kupferschmiede und Schlosser haben, wenigstens in den größeren Städten, einen sehr schwierigen Standpunkt und ringen mit Mühe um ihr Dasein. Dagegen haben die Gewerbe der kleinen Bauhandwerker, Dachdecker, Maler, Schornsteinfeger usw., sowie der Bäcker, Fleischer, Tapezierer sich erhalten oder

[1] Grundriß der politischen Ökonomie II (1899) 137.
[2] Vgl. „Vorwärts" 1901, Nr. 42 u. 1904, Nr. 184.
[3] Leipzig 1895 ff.

Digitized by Google

sogar erheblich zugenommen. Dazu kommt, daß ein nicht unbeträchtlicher Teil der Handwerker zum Betrieb mit mehreren Gesellen übergegangen ist. Diese Handwerke werden wohl nie in den Fabrikbetrieb übergehen. Bei vielen Handwerken ist überhaupt wegen örtlicher Anpassung und Anbringung der Maschinenbetrieb ausgeschlossen, so bei den Maurern, Malern, Tapezierern, Dachdeckern u. dgl. Auch sind dem Handwerk ganz neue Gebiete erschlossen, z. B. in der Installation der Gas- und Wasserleitungen, dem photographischen Gewerbe.

Es darf ferner nicht übersehen werden, daß das Handwerk völlig unorganisiert und schutzlos der Konkurrenz preisgegeben war. Wenn es sich unter so ungünstigen Verhältnissen erhalten konnte, so ist das um so mehr zu erwarten, seitdem es sich wieder einer wenigstens in etwa schützenden Organisation erfreut. Die Zahl der Handwerkerinnungen betrug im Deutschen Reich am 25. Oktober 1904: 11311, dagegen am 31. Oktober 1907: 11995. Die Zahl der Innungsmitglieder ist von 1904 bis 1907 von 488700 auf 512713 gestiegen[1]. Sodann trägt auch die Verbreitung des Volkes über das ganze Land zur Erhaltung des Handwerkes bei. Wäre die gesamte Bevölkerung in Großstädten vereint, so ließe sich eine fortschreitende Konzentration der Betriebe befürchten. Allein tatsächlich lebt ein großer Teil derselben über das Land hin zerstreut in Landstädtchen, Dörfern und Weilern. An allen diesen Orten sind kleine Produktionsanstalten notwendig, welche den örtlichen Bedürfnissen dienen. Namentlich gilt dies von der Nahrungsmittelindustrie, bei der es sich um Gegenstände des täglichen Bedarfes, wie Brot und Fleisch, handelt, welche sich nicht leicht ohne Gefahr, zu verderben, transportieren und aufbewahren lassen.

Ganz besonders wird das Kunsthandwerk sich immer erhalten. Die Großbetriebe mit ihren Maschinen arbeiten für den großen Markt, sie können bei ihrer Massenproduktion auf individuelle Bedürfnisse, Wünsche und Geschmacksrichtungen wenig Rücksicht nehmen. Und doch werden sich solche individuelle Bedürfnisse immer geltend machen. Ja man kann mit Grund annehmen, daß bei zunehmender Kultur und Bildung solche individuelle Bedürfnisse und Wünsche in bezug auf Kleidung, Nahrung, Einrichtung und Ausschmückung der Wohnung noch zunehmen werden und folglich auch die ihnen dienenden Gewerbe.

Im Anschluß an das über das Handwerk Gesagte fügen wir noch eine Bemerkung bei über andere gewerbliche Mittelstände, die nie ver-

[1] Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1908, 56.

Digitized by Google

schwinden werden, nämlich die sog. liberalen Berufe in Kunst, Wissenschaft und Literatur. Immer werden der Gesellschaft Ärzte, Apotheker, Chirurgen, Lehrer, Professoren, Redakteure, Bibliothekare, Künstler (in der Malerei, Architektur, Plastik, Musik, Theater usw.), Ingenieure, Abgeordnete, Richter, höhere und mittlere Verwaltungsbeamte in Staat und Gemeinde notwendig sein. Die Vertreter dieser Berufe können aber doch nicht zu den Proletariern gerechnet werden; ebensowenig die kleineren und mittleren Betriebe im Handel und Verkehr, die — wenigstens auf dem Lande — wohl nie verschwinden werden.

III. Landwirtschaft.

Wie in der Industrie, so soll nach Marx auch in der Landwirtschaft der Großbetrieb dem Kleinbetrieb überlegen sein und die naturgemäße Entwicklung zu einer immer weiter gehenden Konzentration der Betriebe führen[1]. Als in den neunziger Jahren unter den Sozialisten Zweifel an diesem Dogma entstanden, trat ihnen Engels mit der Behauptung entgegen: „Es ist die Pflicht unserer Partei, den Bauern immer und immer wieder die absolute Rettungslosigkeit ihrer Lage, solange der Kapitalismus herrscht, klarzumachen, die absolute Unmöglichkeit, ihnen ihr Parzelleneigentum als solches zu erhalten, die absolute Gewißheit, daß die kapitalistische Großproduktion über ihren machtlosen, veralteten Kleinbetrieb hinweggehen wird wie ein Eisenbahnzug über eine Schubkarre.“[2] Ganz besonders bekämpfte Kautsky die Idee des Bauernschutzes im kapitalistischen System. Er erklärte es für unmöglich und den sozialistischen Grundsätzen widersprechend, „die Bauernwirtschaft retten oder gar heben zu wollen“[3].

Diese Theorie steht mit den Tatsachen im Widerspruch. Konnten wir für die Industrie eine gewisse zentralisierende Tendenz nicht bestreiten, so macht sich dagegen in der Landwirtschaft eine Tendenz zugunsten der Ausdehnung der kleineren und mittleren Betriebe bemerklich.

[1] Vgl. Das Kapital I[4] 639 ff., bes. S. 643 A.; ferner S. 682 ff. Vgl. auch Masaryk, Grundlagen des Marxismus 303 ff.

[2] Zitiert in „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“, 3. Folge, XXVIII 696.

[3] Kautsky, Die Agrarfrage (1899) 438.

Digitized by Google

1. Für das Deutsche Reich weisen die Berufszählungen von 1882, 1895 und 1907 folgende Zahlen auf[1]:

	Unter 2 ha	2 bis unter 5 ha	5 bis unter 20 ha	20 bis unter 100 ha	über 100 ha	Alle Betriebe zusammen
Im Jahre 1882:						
Zahl der Betriebe . .	3 061 831	981 407	926 605	281 510	24 991	5 276 344
Gesamtfläche ha . . .	2 159 358	3 832 902	11 492 017	12 415 463	10 278 941	40 178 681
Durchschnittsgröße ha .	0,80	4,00	12,40	44,10	411,31	7,61
Im Jahre 1895:						
Zahl der Betriebe . .	3 241 367	1 016 318	998 804	281 767	25 061	5 558 317
Gesamtfläche ha . . .	2 415 914	4 142 071	12 537 660	13 157 201	11 031 896	43 284 742[2]
Durchschnittsgröße ha .	0,75	4,10	12,60	46,70	440,26	7,79
Im Jahre 1907:						
Zahl der Betriebe . .	3 378 509	1 006 277	1 065 539	262 191	23 566	5 736 082
Gesamtfläche ha . . .	2 592 002	4 306 421	13 768 521	12 623 011	9 916 531	44 710 332
Durchschnittsgröße ha .	0,78	4,39	12,90	48,10	420,8	7,6

Bezeichnet man die Betriebe mit einer Fläche bis 2 ha als Parzellenbetriebe, die von 2 bis 5 ha als kleine, die von 5 bis 20 ha als mittlere, die von 20 bis 100 ha als größere Bauerngüter und alle übrigen als Großbetriebe, so war

	im Jahre 1907	im Jahre 1895	im Jahre 1882
die Zahl der Parzellenbetriebe . . .	3378509	3236367	3061831
„ „ „ kleinen Bauerngüter . .	1006277	1016318	981407
„ „ „ mittleren Bauerngüter .	1065539	998804	926605
„ „ „ größeren Bauerngüter .	262191	281767	281510
„ „ „ Großbetriebe	23566	25061	24991

Während also seit 1882 die Zahl der Großbetriebe und der größeren Bauerngüter zurückgegangen ist, hat die der mittleren Bauerngüter um 138934, die der kleinen um 24870, die der Parzellen um 316678 zugenommen.

Den Anteil, den die verschiedenen Betriebsgruppen an der landwirtschaftlich benutzten Gesamtfläche einnahmen, gibt die folgende Tabelle an:

[1] Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt. Bd. 212, 2b: Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907; Landwirtschaftliche Betriebsstatistik. Berlin 1912, S. 12—14.

[2] Mit Einschluß von Gartenland, forstwirtschaftlich benutztem Land, Öd- und Urland, Haus- und Hofraum usw.

Digitized by Google

Es entfielen von 100 ha landwirtschaftlich benutzter Fläche auf die einzelnen Betriebsgruppen[1]:

	im Jahre 1907 ha	im Jahre 1895 ha	im Jahre 1882 ha
Parzellenbetriebe	5,4	5,6	5,73
Kleine Bauerngüter	10,4	10,1	10,01
Mittlere Bauerngüter	32,7	29,9	28,74
Größere Bauerngüter	29,3	30,3	31,09
Großbetriebe	22,2	24,1	24,43
	100	100	100

Im Deutschen Reich hat sich also in dem Zeitraum von 1882 bis 1907 der mittlere Grundbesitz auf Kosten der Parzellen und der Großbetriebe verstärkt.

2. In Frankreich betrugen die landwirtschaftlichen Betriebe nach der Größe geordnet:

Größenklasse	1882		1892	
	Anzahl der Betriebe	In Prozenten	Anzahl der Betriebe	In Prozenten
Unter 1 ha	2167667	38,22	2235405	39,20
Von 1 bis 10 „	2635030	46,46	2617558	45,90
„ 10 „ 40 „	727222	12,82	711118	12,47
Über 40 „	142088	2,50	138671	2,43
Insgesamt	5672007	100	5702752	100

Vergleicht man die Anzahl der Betriebe und die von ihnen benutzten Flächen in den beiden Jahren 1882 und 1892, so ergibt sich nach Ausscheidung des Areals der Staatsforsten folgendes Resultat:

Größenklasse	Im Jahre 1882			
	Anzahl der Betriebe	Benutzte Fläche in ha	Anteil an der Gesamtfläche in Prozenten	Durchschnittsgröße des einzelnen Betriebes in ha
Unter 1 ha	2167667	1083833	2,18	0,50
Von 1 bis 10 „	2635030	11366274	22,92	4,31
„ 10 „ 40 „	727222	14845650	29,94	20,41
Über 40 „	142088	22296104	44,96	156,71
Insgesamt	5672007	49591861	100	8,74

[1] Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1909, 57 u. 1913, 29.

Digitized by Google

Größenklasse	Im Jahre 1892			
	Anzahl der Betriebe	Benutzte Fläche in ha	Anteil an der Gesamtfläche in Prozenten	Durchschnittsgröße des einzelnen Betriebes in ha
Unter 1 ha	2235405	2327253	2,69	0,59
Von 1 bis 10 „	2617558	11244750	22,77	4,29
„ 10 „ 40 „	711118	14313417	28,99	20,13
Über 40 „	138671	22493393	45,55	162,21
Insgesamt	5702752	49378813	100	8,65

Die Veränderungen von 1882 bis 1892 waren demnach unbedeutend. Die Betriebe über 40 ha gingen um 3417 zurück, doch wuchs die von ihnen benutzte Fläche um 197288, also nur um 0,60 % der landwirtschaftlichen Gesamtfläche. Die Parzellenbetriebe haben um 67738 zugenommen und die von ihnen benutzte Fläche um 243420 ha. Die Betriebe von 1 bis 40 ha nahmen um 33632 ab und ihre Gesamtfläche um 653807 ha. Im Gegensatz zu Deutschland macht sich also in Frankreich eine Tendenz zur Vermehrung der Parzellenbetriebe geltend. Doch nehmen auch nach dem Stande von 1892 die bäuerlichen Betriebe (mit 1 bis 40 ha) immer noch mehr als die Hälfte der Betriebe (58,37 %) und der Gesamtfläche (51,76 %) für sich in Anspruch [1].

Über die neueste Entwicklung des kleinen Grundbesitzes in Frankreich bringt das Journal des Débats interessante Angaben [2]. Vor dem Krieg gab es etwa 3 Millionen kleiner Besitzer, welche insgesamt 15 Millionen Hektar bewirtschafteten. Dieser Boden überragte an Fruchtbarkeit und Wert die zwei andern Gruppen des Mittel- und Großgrundbesitzes. Im Laufe des Krieges haben die Kleingrundbesitzer infolge der steigenden Preise unerhoffte Einnahmen erzielt, die allerdings teilweise durch die Verteuerung der Rohstoffe, Maschinen, Kleider, Löhne usw. verringert wurden. Bei der bekannten fast an Geiz streifenden Sparsamkeit der französischen Landleute wurden sehr große Geldbeträge aufgehäuft. Zu den 3 Millionen kleiner Besitzer ist noch eine weitere Million ländlicher Arbeiter und Dienstboten zu rechnen, deren Löhne vervierfacht wurden, und das ergibt an die 4 Millionen ländlicher Familien, die heute über große Geldreserven verfügen.

[1] Vgl. Statistik des Deutschen Reichs Bd. 112, 58*—59*. Seit 1892 hat leider in Frankreich keine landwirtschaftliche Zählung stattgefunden.

[2] Kölnische Volkszeitung 1919, Nr. 871.

Digitized by Google

Wie kamen sie zu diesem Gelde? Sie streben nach Landbesitz um jeden Preis. Die kleinen Besitzer haben nach den Statistiken des Katasters fast alle Schulden bezahlt, welche sie vor dem Krieg als Hypotheken auf ihren Besitz aufnahmen. Aus den einstigen Pächtern sind zum großen Teil Besitzer geworden (es findet also das Gegenteil von der sog. Aufsaugung des Großgrundbesitzes durch den Kleinbesitz statt). Es hat keiner Revolution bedurft, um den Grundbesitz aus den Händen jener, welche ihn nicht bearbeiteten, in den Besitz der einstigen Mieter gelangen zu lassen. Die bürgerlichen Eigentümer sehen sich zum Verkauf gezwungen, entweder weil sie der Krieg ruiniert hatte oder weil sie das Geld für geschäftliche Unternehmen gebrauchten. Weil der Bodenpreis gestiegen, werden die großen Domänen zu unerhofft günstigen Sätzen losgeschlagen, und eine Parzellierung bringt noch größeren Gewinn, weil gerade die kleinen Grundbesitzer mit leidenschaftlicher Zähigkeit ihr Terrain vergrößern und abrunden und keinen Preis scheuen. Der größere Teil des Bodens geht allmählich in den Besitz seiner einstigen Pächter über. Das Blatt schließt mit den Worten: „Heutzutage will jeder, der den Boden bearbeitet, dessen wirklicher Besitzer sein. Wir haben so eine neue Schicht der ländlichen Bevölkerung, welche die alten Vorzüge unserer Rasse besitzt und sich in keiner Weise von den Aposteln des wissenschaftlichen Kollektivismus oder des brutalen Kommunismus bekehren läßt."

3. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika[1]:

Im Jahre	betrug die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe	Von den landwirtschaftlichen Betrieben wurden bewirtschaftet		
		von Eigentümern	von Geldpacht zahlenden Landwirten (cash tenants)	von Pächtern auf Naturanteil (share tenants)
1910	6361502	3948722[2]	712294	1319952[3]
1900	5737372	3712408	751665	1273299
1890	4564641	3269728	454659	840254
1880	4008907	2984306	322357	702244

[1] Vgl. Twelfth Census of the United States taken in the year 1900, vol. V (Washington, United States Census Office) 1902, 688 ff., ferner The Statesman's Yearbook (1915) 447. Man übersehe übrigens nicht, daß die Eigentümer von landwirtschaftlichen Betrieben (farms) unter 3 Acres wohl im Jahre 1900, nicht aber in den Jahren 1890 und 1880 mitgezählt wurden.

[2] 58104 managers.

[3] 208436 share-cash-tenants, 113993 not reporting.

Digitized by Google

Diese Zahlen weisen gewiß eher auf eine wachsende Verteilung des Grundbesitzes und der landwirtschaftlichen Betriebe als auf eine zunehmende Konzentration.

4. Wenden wir uns nach Holland, so sehen wir auch hier eine Zunahme der ländlichen Betriebe, wie sich aus folgenden Angaben der offiziellen Statistik ergibt[1]:

Größenklassen	Zahl			Prozent		
	1910	1895	1885	1910	1895	1885
1 bis 5 ha	109605	78277	70132	45,83	46,70	44,85
5 „ 10 „	71439	34360	32227	29,87	20,50	20,61
10 „ 20 „	30821	29708	28629	12,88	17,72	18,31
20 „ 50 „	23797	21810	21776	9,96	13,01	13,93
50 „ 100 „	3278	3282	3355	1,37	1.96	2,14
100 „ 150 „	216	135	170	0,09	0,08	0,11
150 und mehr „		41	80		0,03	0,05
Summa	239156	167613	156369	100	100	100

Es haben also in allen Größenklassen von 1 bis 50 ha die Betriebe an Zahl zu-, dagegen in den Größenklassen mit 50 ha und darüber abgenommen. Am auffallendsten ist die Abnahme bei den Großbetrieben. Leider sind in den obigen Angaben, wenigstens für die Jahre 1885 und 1895, die Betriebe unter 1 ha (Gartenland) nicht mitberücksichtigt. Die obigen Zahlen beweisen jedenfalls, daß Holland einen kräftigen Bestand von Bauerngütern von 5 bis 10 ha besitzt. Im Jahre 1910 befanden sich von allen landwirtschaftlichen Betrieben 50,8 % im Selbstbetrieb von Eigentümern und 49,2 % im Betrieb von Pächtern.

5. Großbritannien, das klassische Land der Industrie und des Kapitalismus, verdient eine besondere Beachtung. Wenn irgendwo, so mußte hier der Kapitalismus die von Marx prophezeiten Früchte zeitigen, und Marx und Engels lieben es auch, ihre Theorien durch die englischen Zustände zu beleuchten und zu bestätigen. Was lehren nun die öffentlichen Statistiken? Es wurden gezählt an Agricultural Holdings (Äcker und Wiesen):

[1] Vgl. Statistik des Deutschen Reichs Bd. 112, 61*.

Digitized by Google

Größenklassen	1885		1895		1908	
	Zahl	Fläche	Zahl	Fläche	Zahl	Fläche
Von 1/4 bis unter 1 Acre (acre = 0,40 ha)	23 512	11 195	?	?	?	?
Von 1 bis 5 Acres	135 736	389 677	117 968	366 792	108 094	340 795
„ 5 „ 20 „	148 806	1 656 827	149 818	1 667 647	231 819	4 725 000
„ 20 „ 50 „	84 149	2 824 527	85 663	2 864 976		
„ 50 „ 100 „	64 715	4 746 520	66 625	4 885 203	151 002	18 966 635
„ 100 „ 300 „	79 573	13 658 495	81 245	13 875 914		
„ 300 „ 500 „	13 875	5 241 168	13 568	5 113 945	17 714	8 178 956
„ 500 „ 1000 „	4 826	3 147 228	4 616	3 001 184		
„ 1000 Acres u. mehr	663	882 615	603	801 852		
Im ganzen	555 855	32 558 252	520 106	32 577 513	508 629	32 211 386

Eine Vergleichung der Zahlen von 1885 und 1895 ist insofern nicht zulässig, als im Jahre 1895 die Betriebe unter 1 Acre nicht aufgezählt sind. Vergleicht man aber die Betriebe über 1 Acre, so ist die Entwicklung eine ähnliche wie in Deutschland. Auch in Großbritannien ergeben die Flächennachweise von 1885, 1895 und 1908, daß der mittlere Betrieb an Stärke zunimmt, während der Großbetrieb ein wenig zurückgeht [1].

6. Für Belgien weist die Landstatistik des Jahres 1895 eine Steigerung der Zahl der Grundeigentümer von 201 226 im Jahre 1846 auf 231 319 im Jahre 1895 und der Zahl der Pächter in derselben Periode von 371 320 auf 598 306 auf [2]. Von der landwirtschaftlich bebauten Fläche von ca. 2 Millionen Hektar wurde mehr als ein Drittel (ca. 700 000 Hektar) von den Grundeigentümern selbst bewirtschaftet.

Im ganzen gab es landwirtschaftliche Betriebe in Belgien [3]

im Jahre 1846: 572 553
„ „ 1866: 744 007
„ „ 1880: 910 396
„ „ 1895: 829 625

[1] Vgl. Statistik des Deutschen Reichs Bd. 112, 62*—63*. Daselbst auch Angaben über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe in Dänemark, Norwegen usw. Board of Agriculture and Fisheries; The agricultural Outpost of Great Britain (London 1912) 31.

[2] Vgl. Destrée et Vandervelde, Le Socialisme en Belgique (1903) 327.

[3] Vgl. Annuaire Statistique de la Belgique 1908 (Bruxelles 1909) 302—305.

Digitized by Google

7. In Schweden wurden Betriebe gezählt[1]

	1887	1911
von 2 ha und darunter:	69 940	88 967
von 2 ha bis 20 ha . .	204 066	230 477
von 20 ha bis 100 ha .	32 309	33 189
von 100 ha und darüber	3 335	3 163

Daß ein allgemeines Aufsaugen der Kleinbetriebe durch Großbetriebe — namentlich in der Landwirtschaft — nicht zu befürchten ist, geht aus dem von den Nationalökonomen aufgestellten Gesetz der zunehmenden und abnehmenden Erträge hervor. Es gibt Geschäfte, die sich um so besser rentieren, je größer sie sind, d. h. je mehr Kapital und Arbeit darauf verwendet werden. Mit der zunehmenden Größe des Geschäftes werden viele Kosten relativ geringer, z. B. die Auslagen für Anschaffung von Rohmaterial und Maschinen, für Transport, Leitung des Geschäftes usw. Allein dies gilt nur bei manchen rein industriellen Unternehmungen. Daneben gibt es viele Erwerbszweige, bei denen bei zunehmender Größe des Betriebs die Vorteile durch Nachteile mehr als aufgehoben werden, wo also die Rentabilität des Betriebs mit dessen Größe abnimmt. Nach allen bisherigen Erfahrungen scheinen nun die landwirtschaftlichen Betriebe dem Gesetz der abnehmenden Erträge zu unterliegen, wenigstens von einer bestimmten Größe an. Der Grund davon ist, weil bei zunehmender Bevölkerung eine stets intensivere Bodenkultur notwendig wird und diese nur bei kleineren und mittleren Besitzungen möglich ist. Nur wenn der Eigentümer den Boden vollständig übersieht und beherrscht, kann er ihn vollkommen ausnutzen. Auch nur der kleine und mittlere Eigentümer wird gleichmäßig auf jeden Teil seines Besitzes den größtmöglichen Fleiß verwenden, und wenn er eine sonstige Beschäftigung hat, selbst die Mußestunden dazu benutzen. Ebenso kann er in bezug auf Düngung und Bewässerung mehr leisten als der Großgrundbesitzer.

Mit Recht sagt A. Schäffle[2]: „Je dichter die Bevölkerung wird, desto mehr sichern die — von Kollektivvorrichtungen nur unterstützten — Mittel- und Kleinwirtschaften die Volksernährung. Bernhardis Ergebnisse in dem klassischen Werk über ‚Großes und kleines Grundeigentum' über Roh- und Reinertrag fallen vor den Posaunenstößen der sozialdemokratischen Weltbeglückung nicht zusammen." Übereinstimmend behauptet

[1] The Statesman's Yearbook 1889, 957 und 1915, 1367.
[2] Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie (1885) 26.

Digitized by Google

A. Wagner[1] in bezug auf die ländlichen Betriebe: „Wo nicht ganz spezifische Ursachen politischer und rechtlicher Art mitspielen, kann mindestens nicht von einer allgemeinen ökonomisch-technischen Überlegenheit des Großbetriebs über den Kleinbetrieb die Rede sein. Der Schluß, daß letzterer und daß der Kleinbesitz notwendig vom Großgrundbesitz bei freiem Verkehr im Grundeigentum verdrängt werden müsse, ist daher ebensowenig richtig als der andere, daß an und für sich des besseren Betriebs wegen eine solche Gestaltung im Interesse der ganzen Volkswirtschaft, insbesondere der landwirtschaftlichen Produktion und der daran beteiligten Arbeitskräfte durchaus wünschenswert sei ...; am wenigsten kann man aber allgemein dem Kleinbetrieb und Kleingrundbesitz hier ein so ungünstiges Prognostikon stellen, wie es insbesondere der Sozialismus heute tut. Eher umgekehrt, mit Rücksicht auf das Gesetz der Entwicklung der intensiveren Landwirtschaft mit steigender, reicher werdender Bevölkerung, größerem Städtewesen, erweitertem Absatz der landwirtschaftlichen Produkte!" Den Ausführungen Wagners stimmt Buchenberger[2] vollständig bei. „Alle neueren Untersuchungen", erklärt Sering[3], „ergeben, daß die bis vor kurzem herrschende Meinung die technische Leistungsfähigkeit der Bauernschaft weit unterschätzt hat. Die Reinerträge der großen Güter übertreffen heute nicht mehr den der mittleren Besitzungen. Bauernland ist infolgedessen nicht mehr billiger, sondern teurer als Gutsland." Auch der kleinbäuerliche Betrieb hat in bezug auf die Technik des Landbaues die größten Fortschritte aufzuweisen[4].

Diese Sachlage ist so einleuchtend, daß selbst viele Sozialdemokraten sie anzuerkennen gezwungen sind. Schon auf dem Parteitag zu Frankfurt a. M. (1894) erklärte G. v. Vollmar in seinem Referat über die Agrarfrage: „Demnach erweist sich der Großbetrieb in der heutigen Landwirtschaft — wo nicht ausnahmsweise Verhältnisse vorhanden sind — im Wettbewerb keineswegs als so überlegen, und das trotz aller ihm so reichlich zugeschanzten Vorteile auf Kosten der Allgemeinheit. Ist dies selbst beim Körnerbau der Fall, so ganz insbesondere bei der Viehzucht, welche bei Unrentabilität des Getreidebaues und beim Vorhandensein eines Weltmarktes naturgemäß in der Ausdehnung begriffen ist. Man hat dagegen wohl einige Beispiele aus Nordamerika angeführt — Riesenfarmen,

[1] Grundlegung der polit. Ökonomie[2] II. Tl., § 169.
[2] Agrarwesen und Agrarpolitik I, § 40, Nr. 4.
[3] Die innere Kolonisation im östlichen Deutschland (1893).
[4] Ebd.; vgl. Herkner, Die Arbeiterfrage[5] 427 ff.

Digitized by Google

Dampfmästereien u. dgl. Aber derartigen Einzelerscheinungen, deren Resultate noch keineswegs außer Zweifel stehen, muß man skeptisch gegenüberstehen und darf sie jedenfalls nicht generalisieren. Im allgemeinen gilt, daß bei der intensiven Viehzucht, welche eine wahre Viehpflege ist, die Herden nicht über eine gewisse Stückzahl hinausgehen dürfen; 60—70 Stück dürfte das Höchste sein. So erweist sich die Viehzucht als für den Mittel- und Kleinbetrieb besonders geeignet. Dasselbe gilt im allgemeinen für den Bau von Obst, Reben, Gemüse und sonstigen Handelsgewächsen. Zur Erklärung dieser Umstände, die den Erfahrungen auf dem Gebiete der Industrie so widersprechen, kommt vor allem in Betracht, daß der Landbebauer nicht bloß Ware, sondern zum großen Teil zu seinem eigenen Gebrauche produziert. Dazu kommt in Anschlag: der überwiegende Einfluß der Eigenarbeit, selbst bei Mitarbeit von Dienstboten, die ländliche Lebensweise usw.... Nicht wenige Agrarpolitiker schließen aus allen diesen Dingen, daß der Großbetrieb in der Landwirtschaft nur bei extensivem Betriebe überlegen sei, daß die wirtschaftliche Entwicklung mit der zunehmenden Intensivität der Bewirtschaftung auf eine Verkleinerung der Betriebe gehe." [1]

Eine noch einschneidendere Kritik an der Marxschen Konzentrationstheorie rücksichtlich der Landwirtschaft hat ein anderer Sozialdemokrat geübt. Schon im Jahre 1899 schrieb E. David im „Vorwärts" [2], „daß die Bauernschaft dem wirtschaftlichen Untergang entgegengehe, daran kann nach den Zahlen der Statistik von 1895 niemand mehr ernstlich glauben". Dieses Urteil hat er seither in dem Werke „Sozialismus und Landwirtschaft" [3] eingehend begründet. In der Landwirtschaft handelt es sich, so führt er aus, nicht um die Verarbeitung toter, sondern die Entwicklung lebender Wesen, bei denen die Natur selbst die unmittelbare

[1] Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Frankfurt a. M. 1894, 147. Bernstein (Die Voraussetzungen des Sozialismus 65) schreibt nach Anführung zahlreicher statistischer Angaben: „Nach alledem kann es keinem Zweifel unterstehen, daß im ganzen westlichen Europa, wie übrigens auch in den östlichen Staaten der amerikanischen Union, überall der kleine und mittlere Betrieb in der Landwirtschaft wächst und der große oder Riesenbetrieb zurückgeht." Ganz dieselbe Ansicht wiederholte Vollmar auf dem Parteitage der österreichischen Sozialdemokratie in Graz am 4. September 1900 („Vorwärts" 1900, Nr. 208, 1. Beilage).

[2] Nr. 60, 2. Beilage. [3] Berlin 1903.

Digitized by Google

Produzentin ist. Die Arbeit des Landwirts ist nur vorbereitende und begleitende Hilfsarbeit für die pflanzlichen und tierischen Lebensvorgänge, sie ist nicht kontinuierlich und zudem einem beständigen Wechsel unterworfen. Deshalb ist das Selbstinteresse des Arbeiters an dem Erfolge in der Landwirtschaft viel nötiger als in der Industrie. Zudem ist die Arbeitsteilung in der Landwirtschaft nur in seltenen Fällen durchzuführen, die Anwendung der Maschinen eine sehr beschränkte. Die höchste Intensität ist mit dem kleinbäuerlichen Betrieb verbunden usw. Deshalb will David, daß die Sozialdemokratie alle Maßnahmen zugunsten der heimischen Landwirtschaft unterstütze, sofern sie zum wahren sozialistischen Endziel: dem allgemeinen Wohlstand und der allgemeinen Geisteskultur, beitragen. Wir leugnen aber mit aller Entschiedenheit, daß dies ein spezifisch sozialistisches Endziel sei.

Auch der Sozialdemokrat Wilh. Kolb erklärte im badischen Landtag, der kleine und mittlere bäuerliche Besitz sei existenzfähig und existenzberechtigt [1].

§ 3. Wachsende Konzentration und Akkumulation des Kapitals und wachsendes Elend der Massen.

I. Zentralisation des Kapitals. Die kapitalistische Entwicklung vollzieht sich nach Marx in zwei Abschnitten oder Perioden. Die erste Periode ist die der Kapitalbildung. Das Privateigentum des Arbeiters an seinen Produktionsmitteln ist die Grundlage des Kleinbetriebs. Diese Produktionsweise unterstellt Zersplitterung des Bodens und der übrigen Produktionsmittel. Sie ist nur verträglich mit engen Schranken der Produktion und der Gesellschaft und muß bei fortschreitender Produktion verschwinden. „Ihre Vernichtung, die Verwandlung der individuellen und zersplitterten Produktionsmittel in gesellschaftlich konzentrierte, daher des zwerghaften Eigentums vieler in das massenhafte Eigentum weniger, daher die Expropriation der großen Volksmasse von Grund und Boden und Lebensmitteln und Arbeitsinstrumenten, diese furchtbare und schwierige Expropriation der Volksmasse bildet die Vorgeschichte des Kapitals." [2] „Sobald dieser Umwandlungsprozeß nach Tiefe und Umfang die

[1] Kölnische Volkszeitung 1908, Nr. 220.
[2] Marx, Das Kapital I 727.

Digitized by Google

alte Gesellschaft hinreichend zersetzt hat, sobald die Arbeiter in Proletarier, ihre Arbeitsbedingungen in Kapital verwandelt sind, sobald die kapitalistische Produktionsweise auf eigenen Füßen steht, gewinnt die weitere Vergesellschaftung der Arbeit und weitere Verwandlung der Erde und anderer Produktionsmittel in gesellschaftlich ausgebeutete, also gemeinschaftliche Produktionsmittel, daher die weitere Expropriation der Privateigentümer eine neue Form. Was jetzt zu expropriieren, ist nicht länger der selbstwirtschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter exploitierende Kapitalist. Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitale. Je ein Kapitalist schlägt viele tot." [1] Die Zahl der Kapitalmagnaten nimmt beständig ab [2]. Es entsteht das Kapitalmonopol in den Händen weniger Usurpatoren [3].

Dieselbe Auffassung begegnet uns bei Engels und im sozialdemokratischen Erfurter Programm. „In der Sozialdemokratie herrscht demgemäß die Vorstellung vor oder drängt sich immer wieder dem Geiste auf, daß der Konzentration der industriellen Unternehmungen eine Konzentration der Vermögen parallel läuft." [4] Aber was sagen die Tatsachen? Diese widersprechen der Auffassung schnurstracks. Einmal geschieht die Zentralisation der Betriebe durch Verwandlung von einzelnen Privatbetrieben in solche von Aktiengesellschaften. Dieser Übergang bedeutet aber eher eine Dezentralisation als Zentralisation des Privatbesitzes.

Es läßt sich auch direkt aus den Statistiken beweisen, daß die tatsächliche Entwicklung die Marxsche Prophezeiung Lügen straft. Die Zahl der Großkapitalisten nimmt beständig zu, nicht ab. In Preußen z. B. gab es Zensiten, die mehr als 30500 Mark Einkommen versteuerten im Jahre 1895: 10319, im Jahre 1899: 13970, im Jahre 1905: 17233, im Jahre 1912: 25455. Zensiten über 100000 Mark Einkommen gab es in Preußen im Jahre 1899: 2331, im Jahre 1902: 2762, im Jahre 1905: 2899, im Jahre 1912: 4456.

[1] Ebd. 727—728. [2] Ebd. [3] Ebd. 729.
[4] Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus 47.

Digitized by Google

In Sachsen kamen auf 10000 Einwohner mit mehr als 9500 Mark Einkommen im Jahre 1880: 21, im Jahre 1896: 33. In Hamburg hatten ein Einkommen von über 10000 Mark im Jahre 1883: 3510, im Jahre 1892: 5348. In Großbritannien und Irland belief sich die Zahl der Einkommen über 20000 Mark im Jahre 1876 auf 8033, im Jahre 1888 auf 11869, im Jahre 1890 auf 15583. In England betrug die Zahl der Zensiten mit einem Einkommen über 100000 Mark im Jahre 1876: 532, im Jahre 1888: 840, im Jahre 1890: 1062[1].

II. Verelendung der Volksmassen. Man könnte vielleicht glauben, diese wachsende Zahl der Großkapitalisten bereichere sich auf Kosten der unteren Volksschichten, die immer größerem Pauperismus anheimfallen. Diese Ansicht hatten Marx und Engels, wenigstens in ihren früheren Perioden. Das ist unleugbar. In der eben zitierten Stelle des „Kapital" (S. 728) heißt es: „Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten ... wächst die Masse des Elendes, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung." Diese Ansicht zieht sich durch das ganze Marxsche „Kapital". Der Kapitalist ist der Blutsauger, der den Arbeiter nicht losläßt, „solange noch ein Muskel, eine Sehne, ein Tropfen Blutes auszubeuten"[2]. Auch im Erfurter Programm heißt es: Das Wachstum der Produktivität der Arbeit bedeutet für das Proletariat und die versinkenden Mittelschichten „wachsende Zunahme der Unsicherheit ihrer Existenz, des Elendes, des Drucks, der Erniedrigung, der Ausbeutung".

---

[1] Vgl. Pesch, Lehrbuch der Nationalökonomie II (1909) 384 ff.; Handwörterbuch der Staatswissenschaften[2], Artikel „Einkommen". Speziell für Preußen vgl. Neuhaus, Die Bewegung des steuerpflichtigen Einkommens in Preußen von 1895 bis 1905, in Soziale Kultur 1906, 252. Selbstverständlich kommen für unsere Erörterungen die ganz anormalen Verhältnisse seit Ausbruch des Weltkrieges nicht in Betracht. Dieselben werden nach dem Kriege zum großen Teil wieder verschwinden.

[2] Marx, Das Kapital I 265.

Digitized by Google

Diese „Verelendungstheorie" war bis an das Ende des vorigen Jahrhunderts ein Lieblingsthema sozialistischer Agitatoren. In tausend Variationen wurde die zunehmende Verarmung und Verelendung der großen Volksmasse dem schwelgerischen Leben der wenigen Überreichen, der „oberen Zehntausend" gegenübergestellt.

Heute ist diese Theorie nicht mehr haltbar und selbst von den meisten Sozialisten aufgegeben. Auch heute noch ist die Vermögensverteilung eine viel zu ungleiche, das geben wir gern zu[1], und es ist gewiß kein überflüssiges Problem, zu untersuchen, wie sich eine gleichartigere, auch den untersten Schichten zugute kommende Verteilung erzielen lasse. Aber bei alledem bleibt wahr, daß die Lage der unteren Volksklassen sich nicht verschlimmert, sondern eher hebt.

Daß die Konzentration des Vermögens in immer wenigeren Händen nicht wahr ist, ergibt sich schon aus den Ausführungen über die vermeintliche Konzentration der Betriebe. Die zahlreichen mittleren und kleineren Betriebe, deren Fortbestehen unzweifelhaft ist, bedingen notwendig einen zahlreichen mittleren und kleineren Kapitalbesitz. Es läßt sich aber auch direkt aus den Statistiken erweisen, daß von einer fortschreitenden Verarmung der großen Volksmassen keine Rede sein kann.

In Sachsen betrugen im Jahre 1879 die eingeschätzten physischen Personen, deren Einkommen geringer war als 300 Mark, 7,11 Prozent aller Eingeschätzten, im Jahre 1894 dagegen bloß mehr 5,61 Prozent. Ebenso sank zur selben Zeit der Prozentsatz derjenigen, deren Einkommen unter 800 Mark war, von 69,28 auf 59,69 herunter. Dagegen ist der Prozentsatz der Einkommen von 800 bis 950 Mark von 5,27 auf 8,96 und derjenige der Einkommen von 900 bis 1100 Mark von 3,66 auf 5,83 gestiegen. Auch der Prozentsatz der Einkommen von 1100 bis 2800 Mark hat zugenommen. Vom Jahre 1894 bis 1900 ist das Verhältnis der Personen, die ein Einkommen unter 400 Mark hatten und steuerfrei waren, von 17,76 Prozent der Eingeschätzten auf 10,82 Prozent gesunken; der Prozentsatz der Personen mit einem Einkommen bis 800 Mark ist von 65,28 auf 55,69 zurückgegangen; der Anteil der mit Einkommen von 800 bis 1600 Mark Eingeschätzten ist von 24,02 auf 31,34 Prozent

[1] Im Jahre 1908 besaßen in Preußen die 21500 Zensiten mit einem Einkommen über 30500 Mark ungefähr ein Drittel des gesamten veranlagten Vermögens.

Digitized by Google

gestiegen, jener der Einkommen von 1600 bis 3300 Mark von 7,12 auf 8,07 Prozent[1].

Artur Friedmann berechnet für Sachsen das Durchschnittseinkommen der Haushaltungsvorstände und Einzelsteuernden mit einem Einkommen von weniger als 900 Mark im Jahre 1892 auf 538 Mark und im Jahre 1908 auf 583 Mark[2].

In Preußen[3] betrug vom Hundert der Bevölkerung

	im Jahre 1892	im Jahre 1907	im Jahre 1908	im Jahre 1912
die Zahl der Einkommensteuerfreien:				
mit Einschluß der Angehörigen . . .	70,1	50,3	47,2	39,8
„ Ausschluß „ „ . . .	27,5	22,6	21,9	20,8
die Zahl der Einkommensteuerpflichtigen:				
mit Einschluß der Angehörigen . . .	29,9	49,7	52,8	60,2
„ Ausschluß „ „ . . .	8,7	15,3	16,4	18,7

Im Jahre 1914 war die Zahl der Einkommensteuerfreien 36,71 vom Hundert. Im Kriege ist dieser Prozentsatz um ein Geringes gestiegen, aber unter ganz anormalen Verhältnissen. Während also die Zahl der Einkommensteuerfreien (mit einem Einkommen unter 900 Mark) abgenommen, hat die der Einkommensteuerpflichtigen zugenommen.

Betrachten wir die Einkommen von 900 bis 3000 Mark im besondern, so betrug die Zahl der Zensiten mit diesen Einkommen auf je 1000 Köpfe der Bevölkerung[4]:

	mit Ausschluß der Angehörigen	mit Einschluß der Angehörigen
im Jahre 1899 . .	94,0	314,3
„ „ 1904 . .	115,9	370,7
„ „ 1908 . .	154,5	475,8
„ „ 1912 . .	171,6	514,2

Da auch die Zensiten mit über 3000 Mark Einkommen in derselben Zeit zugenommen, so ist damit ein allmähliches Steigen des Volkseinkommens bewiesen.

[1] Vgl. Philippovich, Grundriß der politischen Ökonomie I 320; Handwörterbuch der Staatswissenschaften[3], Artikel „Einkommen" (Statistik und Einkommensverteilung).

[2] Vgl. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Bd. 103 (Jena 1914) 4.

[3] Statist. Jahrbuch für den preuß. Staat, Jahrg. 1909, 232; 1912, 547.

[4] Ebd. 1908, 237; 1912, 554.

Digitized by Google

Eine interessante Untersuchung über „Die Wohlstandsentwicklung in Preußen von 1891 bis 1911" veröffentlichte der oben genannte Artur Friedmann. Durch eine genaue Vergleichung der Einkommen und Berücksichtigung der Verteuerung der Lebenshaltung kommt er zu folgendem Ergebnis: „Das Durchschnittseinkommen nahm (abzüglich aller Steuerleistungen) nominell von ca. 396 Mark auf ca. 566 Mark oder um 43 Prozent zu. Da sich die Lebenshaltung in dem gleichen Zeitraum um etwa 17 Prozent verteuerte, so hat das Durchschnittseinkommen dem Realwerte nach nur eine Steigerung von ca. 22 Prozent erfahren. — An dieser Zunahme hatten die hohen und niedern Einkommen anscheinend einen verhältnismäßig gleichen (den früheren Einkommensunterschieden entsprechenden) Anteil, so daß die Einkommensverteilung im Laufe jener 20 Jahre keine erhebliche Änderung erfuhr." [1]

In Hamburg [2] kamen auf je 1000 Bewohner mit einem Einkommen über 1000 Mark Zensiten:

im Jahre	1866	89,12
„ „	1874	95,74
„ „	1887	98,32
„ „	1900	172,10
„ „	1901	181,30

In Großbritannien und Irland wurde das gesamte Einkommen der Bevölkerung im Jahre 1851 auf 600 Millionen Pfd. St. geschätzt, wovon 260 Millionen auf die Einkommensklasse über 150 Pfd. St. entfielen. Für das Jahr 1881 war nach der Durchschnittsschätzung der angesehensten Statistiker das Gesamteinkommen über 1200 Millionen Pfd. St., das Einkommen der Klasse mit über 150 Pfd. St. 540 Millionen Pfd. St. Es entfiel also auf die nichtsteuerpflichtigen Klassen im Jahre 1881 ein größerer Betrag als 1851 auf die Gesamtbevölkerung, und nahezu doppelt soviel als ihr Gesamteinkommen in diesem letzteren Jahre betrug bei einer Bevölkerungszunahme von etwas über 26 Prozent. Von dieser Bevölkerungszunahme entfällt ein sehr großer Teil auf die mittleren Einkommensklassen. Die Personen mit einem Einkommen von 150 bis 1000 Pfd. St. vermehrten sich von 300 000 auf 990 000, und zwar

[1] Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik Bd. 103 (Jena 1914) 1—50.

[2] Vgl. Handwörterbuch der Staatswissenschaften³, Artikel „Einkommen".

Digitized by Google

ist am stärksten die Zunahme der Personen mit einem Einkommen von 150 bis 600 Pfd. St. Zweifellos hat sich also in der Zeit von 1851 bis 1881 der Wohlstand der Bevölkerung des vereinigten Königreichs gehoben[1].

Angesichts dieser unleugbaren Tatsachen ließ sich an der Marxschen Verelendungstheorie nicht mehr festhalten. Dieselbe wurde denn auch von den meisten Sozialisten in den beiden letzten Jahrzehnten preisgegeben. Es ist nun interessant zu beobachten, wie meisterhaft sie es verstehen, ihre früheren Ansichten abzuleugnen oder so zu drehen, daß der klaffende Widerspruch zwischen früher und jetzt verschwindet.

Klassisch ist die Deutung, die der Marxjünger Mehring der Theorie seines Meisters gab, um sie zu retten[2]: „Nicht durch die tatsächliche Verelendung der Volksmasse, wie unwissende und flache Ausleger von Marx als dessen Ansicht ausgaben, sondern durch das Streben nach Verelendung erzeugen sie (die Kapitalisten) den Widerstand des Proletariats, den Klassenkampf, dessen Intensität mit dem Klassengegensatz wächst und der das Proletariat nicht früher zur Ruhe kommen läßt, bis es die Kapitalistenklasse politisch und ökonomisch expropriiert hat." Marx hat bekanntlich nicht von Tendenz, sondern von wachsendem Elend gesprochen. Immerhin sei konstatiert, daß auch Mehring nichts mehr von der Verelendungstheorie wissen sollte.

Eine andere Deutung hat seinerzeit W. Liebknecht der Verelendungstheorie gegeben. In einer Parteiversammlung am 25. April 1900 sagte er nach dem „Vorwärts": „Bernstein wendet sich auch gegen die sog. Verelendungstheorie. Dieselbe ist niemals so verstanden worden, daß erst das ganze Proletariat ins Elend versinken müsse. So hat es auch Marx nicht gemeint. Gewiß, es ist richtig, daß sich die Lebenslage der Arbeiter gegen früher gehoben hat. Aber deshalb bleibt der Arbeiter doch ein Proletarier. Unter dieser Bezeichnung ist nicht ein Mann zu verstehen, der im Elend lebt, sondern ein solcher, dem die Möglichkeit verschlossen ist, wirtschaftlich selbständig zu werden. Es heißt doch die Augen gewaltsam verschließen, wenn man leugnen will, daß die bürgerliche Gesellschaft zusammenbrechen muß."

Erfreulich ist das Zugeständnis, daß die Lebenslage der Arbeiter gegen früher sich gehoben hat. Aber daß Marx die Verelendungstheorie im oben

[1] Soziale Praxis, 6. Jahrg. (1897), 948.

[2] Leipziger Volkszeitung 1907, Nr. 102.

Digitized by Google

erklärten Sinne verstanden, ist nicht richtig. Wenigstens in ihrer früheren Periode haben Marx und Engels von einer fortschreitenden Verelendung der Proletarier gesprochen (vgl. oben S. 49 und 272).

Um die Verelendungstheorie festhalten zu können, reden jetzt manche Sozialisten von einer „relativen" Verelendung. Absolut werde die Lage der Arbeiter besser, aber die Kluft zwischen ihnen und den Kapitalisten werde trotzdem immer größer, weil die Vermögenszunahme bei den Reichen sich viel rascher vollziehe als bei den Arbeitern. So sagt Kautsky[1]: „Nun ist gar nicht daran zu zweifeln, daß die Lage eines großen Teiles der arbeitenden Klassen nicht nur moralisch und politisch, sondern auch materiell in mancher Hinsicht sich gebessert hat. Freilich, die Heimarbeit und große Teile des Handwerks sind seit der Zeit des Kommunistischen Manifestes eher heruntergekommen. Aber die Fabrikarbeiterschaft ist durch die Arbeiterschutzgesetze wenigstens die schlimmsten Bedrängnisse losgeworden, und jene Schichten von Lohnarbeitern, die sich gewerkschaftlich zu organisieren vermochten, können bedeutende Errungenschaften aufweisen. Endlich haben die Versicherungsgesetze manche Quelle des Elends für den arbeitsunfähigen Proletarier eingedämmt. Das alles würde jedoch ein Steigen des Anteils am Volkseinkommen nur dann bedeuten, wenn dieses zur selben Zeit nicht oder doch nicht in gleichem Maße gewachsen wäre. Das ist jedoch keineswegs der Fall."

Man beachte, wie hier in den letzten Sätzen der Streitpunkt verschoben wird. Es handelt sich um die Frage, ob die Lage des Arbeiters gegen früher elender geworden sei. Das muß Kautsky selbst nach dem, was er vorher zugestanden hatte, leugnen, aber anstatt offen und ehrlich zuzugestehen, daß sich die Wohlfahrt des Arbeiters gehoben hat, sagt er: das alles würde ein Steigen seines Anteils am Volkseinkommen nur dann bedeuten, wenn dieses nicht gewachsen wäre[2]. Eine merkwürdige Verelendung! Wenn es mir besser geht, habe ich dann das Recht, über Verelendung zu klagen, weil es meinem Nachbar noch besser geht oder er schneller reich wird als ich? Übrigens ist diese relative Vermögensverschiebung nicht einmal allgemein richtig, wie wir gleich sehen werden.

Tatsächlich schilderten die Sozialisten bis in die neueste Zeit die Lage der Gesellschaft vielfach so, daß man meinen mußte, es gebe heute nur

[1] Die Neue Zeit, 35. Jahrg. (1917) I 324.

[2] In Preußen ist das Verhältnis der hohen und niederen Einkommen in den 20 Jahren von 1891 bis 1911 ungefähr dasselbe geblieben. Vgl. oben S. 275 das Zeugnis von A. Friedmann.

Digitized by Google

noch einige wenige Milliardäre und eine unabsehbare Masse von bettelhaften Proletariern. Diese Schilderungen sind glücklicherweise falsch[1].

III. Hebung der Arbeiterklasse. Arbeiterlöhne. Schon aus dem bisher Gesagten folgt, daß die fortschreitende Verelendung der Arbeiterklasse eine Fabel ist. Es wird aber nicht überflüssig sein, die Bewegung der Arbeiterlöhne noch im besondern zu betrachten.

Der durchschnittliche Jahreslohn eines englischen Spinnereiarbeiters betrug

in den Jahren	1829—1831	546	Schilling,
„ „ „	1844—1846	564	„
„ „ „	1859—1861	670	„
„ „ „	1880—1882	844	„

Dabei ist nicht zu übersehen, daß die gewöhnlichen Lebensmittel seit längerer Zeit im Preise nicht gestiegen, sondern gesunken waren. Nach einer eingehenden Untersuchung Samuel Andrews, des Sekretärs der Oldham Master Cotton Spinners and Manufacturers, über die Entwicklung der englischen Baumwollspinnerei von 1837 bis 1887 betrugen in England die Ausgaben einer Familie von zwei Erwachsenen und drei Kindern für Nahrung, Heizung, Mietzins, Kleider usw. für die Woche im Jahre 1839 bis 1840 34 Schilling, im Jahre 1887 nur 28 Schilling. Dagegen waren die Wocheneinnahmen (Arbeitslohn für zwei Erwachsene) im Jahre 1839—1840 bloß 21, im Jahre 1887 41 Schilling. Ähnlich sind auch in den andern Industriezweigen die Löhne gestiegen[2].

Über die Lohnveränderungen von 1893 bis 1900 veröffentlichte die Labour Gazette folgende Tabelle[3]:

---

[1] Bernstein (Die Voraussetzungen des Sozialismus 50) schließt seine Untersuchungen über die Zahl der Besitzenden mit der apodiktischen Behauptung: „Es ist also durchaus falsch, anzunehmen, daß die gegenwärtige Entwicklung eine relative oder gar absolute Verminderung der Besitzenden aufweist. Nicht ‚mehr oder minder‘, sondern schlechtweg mehr, d. h. absolut und relativ wächst die Zahl der Besitzenden. Wären die Tätigkeit und Aussichten der Sozialdemokratie davon abhängig, daß die Zahl der Besitzenden zurückgeht, dann könnte sie sich in der Tat ‚schlafen legen‘.“

[2] Vgl. Handwörterbuch der Staatswissenschaften[3], Artikel „Arbeitslohn“.

[3] Soziale Praxis, 10. Jahrg. (1901), Sp. 416.

Digitized by Google

Jahr	Arbeiter, die Lohnveränderungen erfuhren		Wöchentliches Reinergebnis der Veränderungen	
	Individuen	Prozent der Gesamtheit der Arbeiter	Gesamtbetrag in Pfd. Sterling	Durchschnittsbetrag pro Kopf
1893	549 977	7	+ 12 425	+ 0 s. 5½ d.
1894	670 386	8,5	— 45 091	— 1 „ 4½ „
1895	436 718	5,6	— 28 211	— 1 „ 3½ „
1896	607 654	7,7	+ 26 592	+ 0 „ 10½ „
1897	597 444	7,6	+ 31 507	+ 1 „ 0¾ „
1898	1 015 169	12,9	+ 80 815	+ 1 „ 7 „
1899	1 175 576	14,9	+ 92 905	+ 1 „ 6½ „
1900	1 088 300	13,8	+ 203 240	+ 3 „ 8½ „

Die Ziffern zeigen, daß nach einer Periode des Stillstandes oder sogar des Rückganges von 1893 bis 1897 die drei Jahre (1898—1900) nach Zahl der Arbeiter und Höhe des Betrages recht erhebliche Steigerungen der Löhne gebracht haben. Und zwar erhielten 1900 mehr als eine Million Arbeiter — von 100 je 14 — einen wöchentlichen Zuwachs von insgesamt mehr als 10 Millionen Mark[1].

Im Jahre 1902 betrugen die Löhne der Kohlenhäuer in England überall wenigstens 6 Schilling pro Tag, mit Ausnahme von einem Distrikte, in dem sich die Löhne auf 5 Schilling und 4½ Pence beliefen.

Daß die Lage der Arbeiter im allgemeinen sich gehoben hat, geht auch daraus hervor, daß die unteren Volksschichten an Aktiengesellschaften teilnehmen oder ihre Ersparnisse in Spar- und Vereinskassen anlegen. In England beliefen sich schon im Jahre 1897 die angesammelten Fonds der ausschließlich oder vorwiegend aus Mitgliedern der Arbeiterklasse bestehenden bzw. von solchen benutzten Unterstützungs-, Spar- und Wirtschaftsverbände zusammen auf 280 Millionen Pfd. St. (5,6 Milliarden Mark). Davon kamen 100 Millionen Pfd. St. auf Aktien[2]. Auch in Frankreich, Belgien usw. haben die arbeitenden Klassen ein bedeutendes Vermögen in Vereins- und Sparkassen[3].

[1] Ebd.

[2] Ebd. (1897) 949 (nach dem Local Government Journal).

[3] In Belgien gab es im Jahre 1903 2 088 448 Sparkassenbücher der Privatpersonen von einem mittleren Betrag von 35 Franken, die zusammen ein Kapital von 734 981 000 Franken repräsentierten. Im Jahre 1907 war die Zahl der Sparkassenbücher auf 2 520 801 mit dem Gesamtbetrag von

Digitized by Google

Einen vollständig unanfechtbaren Beweis für die Hebung der Arbeiterklasse in wirtschaftlicher Beziehung liefert das Zeugnis der von der englischen Regierung zur Untersuchung der Arbeiterverhältnisse Englands und Schottlands eingesetzten Royal Commission on Labour. Die Mehrheit dieser Kommission erklärte in ihrem Berichte vom Jahre 1894: „Die Erhebungen haben zu dem allgemeinen Eindrucke geführt, daß der Lohn während der letzten 50 Jahre bedeutend gestiegen ist, sowohl in bezug auf den Nominalbetrag als auch (mit Ausnahme der Hausmiete in großen Städten) hinsichtlich der Kaufkraft gegenüber dem Bedarf. In sanitärer Hinsicht sind die Arbeitszustände besser geworden. Wenn die allgemeine Lohnsteigerung von 1872, ihre nachfolgende anhaltende Dauer oder ihre Zunahme einerseits, das Fallen der Preise der Konsumtionsartikel der arbeitenden Klassen anderseits (seit 1872) als allgemeine Tatsachen gelten können, so ist die Beobachtung gerechtfertigt, daß im ganzen die Lage der arbeitenden Klassen während der letzten 50 Jahre beträchtlich fortgeschritten ist." Dieses Urteil wurde von drei der angesehensten englischen Arbeiterführer, Th. Burt, Edw. Trow und J. Burnett, unterzeichnet. Eine aus vier Arbeitermitgliedern bestehende Minderheit, die mehr zum Sozia-

---

828 705 669 Franken gestiegen. Da Belgien damals ungefähr 7½ Millionen Einwohner zählte, so gibt das ein Sparkassenbuch auf je drei Belgier oder mehr als ein Sparkassenbuch auf die Haushaltung. Diese über zwei Millionen Sparkassenbücher gehören den unteren Klassen an, denn im Jahre 1907 lauteten 79,6 % auf weniger als 500 Franken (vgl. Vermeersch, Manuel Social. La législation et les œuvres en Belgique, 3e édit. Louvain 1909, I 135). — In Preußen erreichte der Einlagebestand der Sparkassen am Schluß des Jahres 1902 die stattliche Höhe von über 7 Milliarden (7229,9 Millionen) Mark, und die Zahl der Sparkassenbücher belief sich auf 9 773 103; am Schluß des Jahres 1911 betrug der Einlagebestand 11 837,26 Millionen Mark und die Zahl der Sparkassenbücher 13 417 394 (vgl. Statistisches Jahrbuch für den preußischen Staat, Jahrg. 1912, 294). Diese Sparkasseneinlagen gehören zum großen Teil den breiten Schichten des Volkes an. Nach einer Äußerung des Ministers v. Rheinbaben in der Reichstagssitzung vom 7. Dezember 1905 betrug die Zahl der Sparkassenbücher bis zu 60 Mark im Jahre 1888: 530 000, dagegen im Jahre 1903: 2 727 000 Stück. — Für das gesamte Deutsche Reich (ohne Braunschweig) betrug das Guthaben der Einleger im Jahre 1900: 8,8 Milliarden, im Jahre 1905: 12,6 Milliarden, im Jahre 1910: 15,5 Milliarden; die Zahl der Sparkassenbücher ist während derselben Zeit von 14 863 956 auf 17 947 853 bzw. 19 885 046 gestiegen.

Digitized by Google

lismus neigt, hält die Lage der Arbeiter zwar für weniger günstig, gibt aber unumwunden zu, daß von einer Verschlechterung keine Rede sein könne. „Wir glauben im Gegenteil, daß die durchschnittliche Lage der Lohnarbeiter durch die gesetzlichen und andern Reformen der letzten 60 Jahre stetig verbessert worden ist.“ [1]

Wenn auch die Verhältnisse der Arbeiter nicht überall so günstig sind wie in England, so ist doch in fast allen Ländern, namentlich in Deutschland, Frankreich und Belgien, eine stetige Besserung der Lage der Arbeiter unleugbar.

Für Belgien hat Dr. F. Waxweiler, Professor der Nationalökonomie an der Universität Brüssel und Bureauchef im Arbeitsamt, eine interessante Arbeit veröffentlicht [2]. Durch sehr eingehende und sorgfältige Vergleichung der Löhne von 1896 und 1900 kommt er auf Grund der öffentlichen Statistiken in bezug auf die Kohlenarbeiter Belgiens zu folgenden Schlußfolgerungen: 1. Die Steigerung der Löhne ist allgemein gewesen. Eine allgemeine Steigerung der Löhne hat sich von 1896 bis 1900 gezeigt. 2. Die Löhne unter 2 Franken sind fast ganz verschwunden. 3. Zahlreiche neue Lohnsätze über 7,50 Franken haben sich gezeigt.

Der durchschnittliche Jahreslohn für die Bergarbeiter im Königreich Sachsen war im Jahre 1869 744 Mark, 1872 876 Mark, 1875 942 Mark, 1878 829 Mark, 1881 821 Mark, 1884 854 Mark, 1885 870 Mark. In der Berechnung dieses Durchschnittslohnes sind aber Frauen und jugendliche Personen mitinbegriffen. Bei den Häuern war der Durchschnittslohn 1869 855 Mark, 1872 956 Mark, 1875 1100 Mark, 1878 956 Mark, 1881 956 Mark, 1884 961 Mark, 1885 995 Mark [3].

Für Preußen haben wir den interessanten, dem Abgeordnetenhaus vorgelegten Betriebsbericht der preußischen Bergverwaltung für das Rechnungsjahr 1912.

---

[1] Vgl. Herkner, Die Arbeiterfrage [2] 312 ff.; Sombart, Sozialismus und soziale Bewegung 87—88.

[2] Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge, XXII 161 ff.

[3] Vgl. Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Artikel „Arbeitslohn“ (Statistik).

Digitized by Google

Jahr	Jahresverdienst im Steinkohlenbergbau (in Mark)							
	Oberschlesien		Niederschlesien		Oberbergamtsbezirk Dortmund		Staatsbergwerke bei Saarbrücken	
	für die Häuer	Durchschnitt für alle Arbeiter	für die Häuer	Durchschnitt für alle Arbeiter	für die Häuer	Durchschnitt für alle Arbeiter	für die Häuer	Durchschnitt für alle Arbeiter
1887	537	492	661	626	886	796	857	814
1897	765	721	849	787	1328	1128	1101	982
1907	1130	1003	1080	990	1871	1562	1330	1185
1911	1094	980	1069	998	1666	1446	1298	1168
1912	1196	1053	1121	1043	1858	1586	1399	1251

Von den Löhnen der in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter sagte Eisenbahnminister Breitenbach im Preußischen Abgeordnetenhaus am 27. Oktober 1908: Die Löhne dieser Arbeiter „haben in den letzten Jahrzehnten fortwährend ganz außerordentliche Erhöhungen erfahren. Würden von der Eisenbahnverwaltung heute noch die Löhne von 1900 bezahlt, so würden wir 49 Millionen weniger auszugeben haben; und würden wir auf die Löhne von 1905 zurückgehen, so wären es $31\frac{1}{2}$ Millionen weniger". Der Durchschnittslohn der im Eisenbahndienst beschäftigten Gehilfen und Arbeiter betrug im Jahre 1896: 2,41 Mark; im Jahre 1900: 2,74 Mark; im Jahre 1905: 2,89 Mark; im Jahre 1910: 3,39 Mark.

Es ist nun allerdings richtig, daß zugleich mit den Löhnen auch die Preise der Lebensmittel gestiegen sind, daß man also nicht sofort aus dem Steigen des Lohnes auf steigende Wohlfahrt schließen kann. Aber die Preise der Lebensmittel sind (vor dem Krieg) keineswegs in dem Maße gestiegen wie die Löhne[1]. In bezug auf die englischen Arbeiter haben wir das schon gezeigt. Für die deutschen Arbeiter hat dies namentlich Ashley nachgewiesen, der eingehend die Löhne des letzten Vierteljahrhunderts mit den Preisen der Lebensmittel vergleicht[2].

[1] Die durch den Krieg geschaffene ganz anormale Lage können wir hier nicht in Betracht ziehen.

[2] Das Aufsteigen der arbeitenden Klassen Deutschlands im letzten Vierteljahrhundert; übersetzt von Scharf, 1906.

Digitized by Google

Besondere Beachtung verdient eine Tabelle, in der er die Löhne der Kruppschen Fabrik in Essen von 1871 bis 1900 neben die Preise der wichtigsten Lebensmittel stellt[1].

Alles in allem betrachtet, steht also das sog. „Gesetz" von der stets zunehmenden „Verelendung" der Arbeiter im Widerspruch mit der Wahrheit. Wir wollen damit kein Loblied auf die heutige Lage der Arbeiter anstimmen. Gern geben wir zu, daß noch manches zur Verbesserung ihrer Lage zu geschehen hat. Angesichts der großen Geschäftsgewinne vieler Unternehmer kann man es gewiß den Arbeitern nicht verargen, wenn sie eine Hebung und Besserung ihrer Lage anstreben. Wir behaupten bloß, daß von einer fortschreitenden Verelendung des Loses der Arbeiter nur im Widerspruch mit offenkundigen Tatsachen geredet werden kann. Es darf uns deshalb nicht wundern, daß die besonneneren Sozialisten heute fast allgemein ohne Umschweife zugeben, dieses „Gesetz" lasse sich angesichts der Tatsachen nicht mehr aufrechterhalten[2]. Merkwürdig ist, daß

[1] Vgl. ebd. S. 88. Man vgl. noch Conrad, Grundriß der politischen Ökonomie, IV. Tl., Statistik der wirtschaftlichen Kultur 1904, 199 ff.; Pesch, Lehrbuch der Nationalökonomie II (1909) 417 ff.; Bourguin, Die sozialistischen Systeme und die wirtschaftliche Entwicklung (Tübingen 1906); Anh. IX: Die Lohnsteigerung im 19. Jahrhundert 505 ff. Bourguin sagt in bezug auf die Arbeiter in Frankreich, England und den Vereinigten Staaten: „Im allgemeinen hat sich die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Klassen gleichmäßig erheblich gebessert in den drei Ländern von der Mitte bis zum Schluß des 19. Jahrhunderts. Diese Verbesserung läßt sich durch eine Steigerung von 80—90 % in Zahlen ausdrücken" (ebd. 508).

[2] Vgl. „Vorwärts" 1897, Nr. 106 u. 141. In Nr. 13, 2. Beilage 1898 schrieb der „Vorwärts": „Ebenso ist unbestreitbar, daß sich das Einkommen der lohnarbeitenden Klassen *im ganzen* ebenfalls in dieser Periode (d. h. im letzten halben Jahrhundert) *gehoben* hat." Ähnlich drückte sich Kampffmeyer in den Sozialistischen Monatsheften (1902) aus. Besonders interessant ist das Urteil R. Calwers. Er untersucht genau die Bewegung der Löhne zwischen 1895 und 1906 auf Grund der Nachweisungen der gewerblichen Berufsgenossenschaften und kommt zum Schluß: „Das Ergebnis meiner Rechnung ist folgendes: Der Nominallohn des in berufsgenossenschaftlichen Betrieben beschäftigten Vollarbeiters ist seit 1895 um rund 37—38 %, das Warenpreisniveau in der nämlichen Zeit um rund 25 % gestiegen. Die

Digitized by Google

Marx selbst schon in der ersten Auflage des „Kapital“ [1], während er die fortschreitende Verelendung beweisen will, gesteht, seit dem Beginn der Arbeiterschutzgesetzgebung sei eine „physische und moralische Wiedergeburt der Fabrikarbeiter“ eingetreten, die auch „das blödeste Auge schlug“. Auch Engels bemerkt in der Vorrede zur zweiten Auflage (1887) seines im Jahre 1845 zuerst erschienenen Werkes „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“, die in demselben enthaltenen Schilderungen paßten auf die heutigen Zustände in manchem nicht mehr.

§ 4. Zusammenbruchs- und Krisentheorie.

Mit dem Dogma der beständigen „Verelendung“ der Arbeiter fallen auch die daran geknüpften Folgerungen in ihr Nichts zusammen. Nach Marx und Engels sollen nahezu alle zehn Jahre gewaltige wirtschaftliche Krisen eintreten, welche die Gesellschaft aus den Fugen heben. Nach dem Erfurter Programm wird „der Abstand zwischen Besitzenden und Besitzlosen erweitert durch die im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise begründeten Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden, die allgemeine Unsicherheit zum Normalzustand erheben und den Beweis liefern, daß die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen sind“.

Wie man sieht, hat diese Krisentheorie die Verelendung oder die Verminderung der Konsumtionsfähigkeit der Arbeitermassen zur Voraussetzung; daß diese Voraussetzung falsch sei, wurde schon gezeigt. Übrigens ist der Kreis der Industrie und ihres Marktes viel zu groß, als daß an allen Orten sich gleichzeitig und in gleichem Grade Krisen einstellen könnten.

Und was sagen die Tatsachen zur Krisentheorie? Wo sind denn diese Krisen, die immer umfangreicher und verheerender werden? Die Krisen haben in neuerer Zeit (bis zum Ausbruch des

---

Differenz zwischen beiden Steigungsziffern gibt die Bewegung des Reallohnes an, der seit 1895 bis einschließlich 1906 um ca. 12—13 % oder im Durchschnitt jährlich um 1 % zugenommen hat“ (Sozialistische Monatshefte 1908 I 479).

[1] I (1867) 273; in der 4. Aufl. 259.

Digitized by Google

Weltkrieges) gegen früher an Zahl eher abgenommen und ebenso an Umfang[1]. Meist waren sie auf einzelne Distrikte oder Geschäftszweige beschränkt, und außerdem haben sie keineswegs in dem „Wesen der kapitalistischen Produktionsweise", sondern oft in zufälligen Ereignissen oder in gewissenlosen Machenschaften ihre Ursache gehabt. Man denke nur an Panama und die Banca Romana und ähnliches. Hätten die Regierungen ihre Pflicht erfüllt, so wären wohl manche dieser Krisen vermieden worden.

§ 5. Industrielle Reservearmee.

Wie steht es endlich mit der stetig zunehmenden „Außerdienstsetzung" der Arbeiter, mit der beständig anschwellenden „Armee

[1] Das gesteht auch Konrad Schmidt im „Vorwärts" 1898 (2. Beilage zu Nr. 43, Artikel „Endziel und Bewegung"). Die kapitalistische Entwicklung werde von Marx und Engels als eine „durch Zusammenbruch und Katastrophe fortschreitende aufgefaßt". Die periodischen Handelskrisen seien ein Beweis dafür, daß die Produktivkräfte der Gesellschaft über den Kopf gewachsen. Nur die gewaltsame Erhebung des Proletariats und die Zentralisation der Produktionsmittel in den Händen des Staates durch eine Diktatur könne schließlich zur Besserung führen. Hiergegen bemerkt Schmidt: „Die 50 Jahre gesellschaftlicher Entwicklung, die seitdem verflossen ..., haben die Prognose ... einstweilen keineswegs bestätigt. Die Katastrophen sind ausgeblieben. Der Kapitalismus hat eine unvorhergesehene Anpassungsfähigkeit an die verschiedensten Verhältnisse bewiesen. Die Produktivkräfte haben sich in einem Maße entwickelt, dem gegenüber die des vormärzlichen England zwerghaft erscheinen, aber die Handelskrisen, welche von Marx und Engels als ein Zeichen gedeutet wurden dafür, daß damals bereits die Produktivkräfte der Schranke des bürgerlich-kapitalistischen Betriebes entwachsen seien — haben trotzdem an Energie und Umfang verloren. Und wie furchtbar immer unermeßlich breite Schichten des Proletariats heute unter schmachvollster Ausbeutung leiden, die Voraussage, daß der Arbeiter mit dem Fortschritt der Industrie immer tiefer herabsinke, daß das Schicksal seiner Klasse in der kapitalistischen Wirtschaft wachsende Verelendung sei, ist nicht erfüllt. Gerade im eigentlichen Mutterlande des Kapitalismus, in England, hat sich das Los großer Kreise der Arbeiterschaft ... bedeutend gehoben. Endlich hat sich gezeigt, daß die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat schwerlich die Form der Diktatur annehmen kann."

Digitized by Google

der überschüssigen Arbeiter"? Diese existiert nur in sozialdemokratischen Schriften. Fern sei es von uns, zu leugnen, daß heute oft genug Arbeiter ohne Beschäftigung sind, und daß es eine ernste Sorge der Sozialpolitik sein muß, diesem Übelstande möglichst abzuhelfen. Sehr dienlich dazu ist besonders die Organisation des Arbeitsnachweises. Was wir entschieden bestreiten, ist, daß die Arbeitslosigkeit notwendig mit dem Privateigentum der Produktionsmittel zusammenhänge oder sich in der heutigen Gesellschaftsordnung nicht beseitigen lasse.

Tatsächlich hat die Arbeitslosigkeit seit der Mitte des 19. Jahrhunderts nicht zugenommen. Für England liegen darüber ganz bestimmte Angaben vor. Die Zahl der erwachsenen arbeitsfähigen Armen in England und Wales ist seit 1849 fast beständig gesunken, mit Ausnahme der Jahre 1863 und 1864, die eine ausnahmsweise hohe Ziffer aufweisen. Es wurden unterstützt erwachsene arbeitsfähige Arbeiter:

1849:	228 823,	auf	1000	der	mittleren	Bevölkerung 13,2
1859:	135 784	„	„	„	„	„ 7,0
1869:	170 710	„	„	„	„	„ 8,8
1879:	104 970	„	„	„	„	„ 4,2
1889:	98 817	„	„	„	„	„ 3,4
1890:	92 118	„	„	„	„	„ 3,2

In den Jahren 1891—1895 scheint die Zahl der Unterstützten wieder um ein geringes gestiegen zu sein. Die Zahl der Unterstützten und die Zahl der Arbeitslosen ist nun freilich nicht identisch. Doch darf man wohl von der einen auf die andere schließen. Dabei ist nicht zu vergessen, daß die Zahl der Arbeiter heute eine ungleich größere als früher ist.

Auch für das Deutsche Reich ist für die letzten Jahre vor dem Kriege nachgewiesen, daß die Zahl der Arbeitslosen keineswegs eine so hohe ist, als man früher anzunehmen geneigt war. Nach der Zählung vom 2. Dezember 1895 waren im ganzen Deutschen Reich an diesem Tage, also zu einer sehr ungünstigen Jahreszeit, eigentliche Arbeitslose, d. h. Arbeitsfähige ohne Beschäftigung, vorhanden: 553 640 oder 3,43 Prozent aller Arbeitnehmer[1]. Selbst G. Adler, der sicher keine antisozialistischen

[1] Vgl. Statistik des Deutschen Reiches, bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amt. Neue Folge, CII 301. Am 14. Juni 1895 waren 179 004 Arbeitsfähige beschäftigungslos; vgl. ebd. 300.

Digitized by Google

Neigungen hegt, meint, die bisherigen statistischen Erhebungen bestätigten die Behauptung, daß man sich die Zahl der Arbeitslosen nicht allzu hoch vorstellen dürfe [1].

Weit entfernt davon, die Arbeiter überflüssig zu machen, hat die moderne Produktion einer stets wachsenden Zahl Beschäftigung verschafft. Die englische Baumwollenindustrie beschäftigte im Jahre 1839 259336, im Jahre 1850 330924, im Jahre 1870 450087, im Jahre 1879 492903 und im Jahre 1890 528795. Das heißt doch nicht die Arbeiter „überflüssig" machen. In Deutschland sind nach den amtlichen Berufszählungen die Erwerbstätigen in Industrie, Hüttenwesen, Bergbau und Bauwesen von 7340789 im Jahre 1882 auf 10269269 im Jahre 1895 und 14435922 im Jahre 1907 gestiegen [2]. Die mittlere Belegschaft im Bergbau betrug [3]:

im Jahre	1872:	273930	Personen
„ „	1895:	430155	„
„ „	1900:	573078	„
„ „	1907:	734909	„
„ „	1911:	821381	„

Die Maschinen ersetzen zwar manche menschliche Arbeit, aber sie eröffnen auch ganz neue Erwerbsgebiete und erweitern die bisherigen. Sie müssen ferner hergestellt, bedient und ausgebessert werden. Auch die Gewinnung der Rohstoffe, der Transport der Güter nehmen neue Kräfte in Anspruch. Der Mensch muß die letzte feilende und ordnende Hand an die Produkte der Maschine legen. Zugleich mit den Maschinen werden auch neue Erwerbsquellen entdeckt. Man denke nur an den Telegraphen- und Telephondienst, das photographische Gewerbe, die Buchdruckerkunst, Plastik u. dgl.

So ist uns unzweifelhaft: die materialistische Geschichtsauffassung und ihre Verwertung zugunsten des Sozialismus sind beide gleich verfehlt. Ich habe schon früher (S. 204) bemerkt, daß Marx und Engels ihre Theorie nicht aus den Tatsachen abstrahiert, sondern a priori angenommen haben. Aus eigenen Übelständen, die besonders

[1] Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Artikel „Arbeitslosigkeit".
[2] Vgl. Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1908, 46 u. 1912, 52.
[3] Ebd. 1888, 29; 1904, 47; 1909, 97; 1913, 81.

Digitized by Google

in der ersten Hälfte des verflossenen Jahrhunderts auf dem Gebiete der Industrie unleugbar vorhanden waren, hat man durch maßlose Übertreibungen, willkürliche Verallgemeinerungen und Schlußfolgerungen eine Theorie künstlich zusammengezimmert, wie man sie gerade brauchte, um für den Sozialismus eine „wissenschaftliche" Unterlage zu gewinnen.

Das gibt auch Ed. Bernstein zu. Er erblickt in dem Marxschen „Kapital" „einen Dualismus, der darin besteht, daß das Werk wissenschaftliche Untersuchung sein und doch eine, lange vor seiner Konzipierung fertige These beweisen will, daß ihm ein Schema zugrunde liegt, in dem das Resultat, zu dem hier die Entwicklung führen sollte, schon von vornherein feststand". Marx war „Gefangener einer Doktrin. . . . Er hat, um es bildlich auszudrücken, im Rahmen eines vorgefundenen Gerüstes ein mächtiges Gebäude aufgerichtet, bei dessen Aufbau er sich so lange streng an die Gesetze der wissenschaftlichen Baukunst hielt, solange sie nicht mit den Bedingungen kollidierten, die ihm die Konstruktion des Gerüstes vorschrieb, sie aber vernachlässigte oder umging, wo das Gerüst zu eng war, um ihre Beobachtung zu erlauben" [1].

§ 6. Revisionismus und Marxismus.

I. Charakteristik des Revisionismus.

Die von v. Vollmar, E. Bernstein u. a. eingeleitete revisionistische Bewegung im Sozialismus ist im Wachstum begriffen. Das hat die Entwicklung im Sozialismus besonders seit Ausbruch des Weltkrieges deutlich gezeigt.

Zwar behauptet Bernstein, ein Revisionist müsse nicht notwendig ein Antimarxist sein. Das mag seine Richtigkeit haben, wenn man aus Marx zwei fast diametral entgegengesetzte Anschauungen herausliest. Tatsächlich besteht zwischen den orthodoxen Marxisten und den Revisionisten oder Reformisten ein klaffender Abgrund, der sich nicht überbrücken läßt, weil es sich um prinzipielle Gegensätze handelt.

[1] Die Voraussetzungen des Sozialismus 177.

Digitized by Google

Im Erfurter Parteiprogramm ist ganz klar ausgesprochen, daß die Zahl der Proletarier immer größer, ihr Elend und ihre Erniedrigung immer unerträglicher, die Armee der überschüssigen Arbeiter immer massenhafter, der Gegensatz zwischen Besitzlosen und Besitzenden, zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten immer schroffer wird, daß die wirtschaftlichen Krisen immer umfangreicher und verheerender werden, die Produktivkräfte der heutigen Gesellschaft über den Kopf wachsen, daß es deshalb zu einem Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft kommen muß, in der das Proletariat die Herrschaft an sich reißt und das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und die Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion umwandelt und so zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt macht usw.

Die Revisionisten oder Reformisten verwerfen alle oder fast alle von diesen Aufstellungen des Programms im Gegensatz zu den orthodoxen Marxisten oder Radikalen. Es handelt sich also um einen tiefgehenden Prinzipienstreit. Mit Recht schrieb Wilhelm Kolb[1]: „Wer die Gegensätze zwischen dem Reformismus und dem Radikalismus in der Partei als bloß taktische bezeichnet, geht vollständig irre und verwechselt die Ursache mit der Wirkung.... Nicht die taktischen Folgerungen, ihre grundsätzlichen Ursachen haben die Gemüter so erregt. Denn sie wurzeln in einer verschiedenen theoretischen Auffassung der sozialen Entwicklung.... Die reformistische Anschauungsweise beruht auf der Theorie der revolutionären Evolution, wie sie Karl Marx begründet hat. Hätte man diese Theorie, anstatt sie zu dogmatisieren, weiter ausgebaut, hätte man die ökonomischen Grundfaktoren des sozialen und nationalen Werdens immer richtig erkannt und gegen ihre Veränderungen nicht die Augen geschlossen, hätte man daneben auch den sog. ideologischen Faktoren der Geschichtsbildung die ihnen zukommende Würdigung zuteil werden lassen, dann wäre das theoretische Denken der Partei nicht in die Sackgasse geraten, in der es sich heute befindet. Wir hätten die

[1] Sozialistische Monatshefte 1915 III 1330.

Digitized by Google

Konflikte, soweit sie aus der völlig unmarxistischen Katastrophentheorie hervorgingen, schon früher längst überwunden und die Partei brauchte sich heute nicht neu zu orientieren."

Infolge ihrer Auffassung des Klassenkampfes und des Klassenstaates wollten die Radikalen immer den Klassenkampf verschärfen, also jede Annäherung der Lohnarbeiter an die andern Volksklassen verhindern und den heutigen Klassenstaat möglichst bekämpfen. Allerdings haben die Sozialdemokraten im Reichstag für manche Reformen gestimmt, aber meist geschah es gegen den Widerspruch der Radikalen. Jedenfalls haben diese, wie Kolb[1] sagt, „fußend auf der Katastrophentheorie und den aus dieser abgeleiteten Prinzipien, die Partei daran gehindert, aus ihrer reformistischen Praxis die politischen Konsequenzen, vor allem für ihre Stellung zum Staat zu ziehen. Kann man denn übersehen, daß diese reformistische Praxis sich nur gegen den Widerstand des Radikalismus hat durchsetzen können?" Zum Beweis dafür beruft sich Kolb auf das prinzipielle Verbot der Beteiligung an den Landtagswahlen und an den parlamentarischen Kommissionen, auf die vielen Hindernisse und Schwierigkeiten, welche die Gewerkschaften in der Partei seit jeher überwinden mußten, um freie Bahn für ihre Entwicklung zu gewinnen, auf den Dresdener Parteitag u. dgl. „Bedeutete nicht die Bewilligung des Wehrbeitrages und der Besitzsteuern für militärische Ausgaben einen prinzipiellen Verstoß gegen die von den Parteitagen wiederholt gefaßten Beschlüsse, und sind nicht selbst gegen die Einführung der Reichserbschaftssteuer prinzipielle Bedenken erhoben worden? Es wäre töricht, sich verhehlen zu wollen, daß allen diesen Differenzen theoretische Grundsätze zugrunde liegen."

Einige Reformisten helfen sich mit der Unterscheidung zwischen den Grundsätzen des Parteiprogramms und denen der Partei. Die ersteren verwerfen sie zum guten Teil, an den letzteren wollen sie festhalten. Aber das ist eine armselige Ausflucht. Wenn man an den Grundsätzen des Parteiprogramms nicht festhalten will, so muß man entweder das Programm ändern oder aus der Partei

[1] Sozialistische Monatshefte 1915 III 1332.

Digitized by Google

austreten. Oder soll die Partei andere Grundsätze haben als die im Parteiprogramm enthaltenen?

Die Berufung auf die Parteigrundsätze im Gegensatz zu denen des Programms hat allerdings den unschätzbaren Vorteil, daß sie jedem die Möglichkeit bietet, sich seine Grundsätze nach eigenem Bedarf zurechtzulegen. Denn es fragt sich, welches sind die Grundsätze der Partei? Darüber gehen die Ansichten weit auseinander. Als auf dem Parteitag zu Jena (1913) Stadthagen behauptete, durch gewisse Steuerbewilligungen zugunsten des Heeres würden die Parteiprinzipien preisgegeben, rief ihm Frank (Mannheim) zu: „Wie sollen wir arme Fraktionsmitglieder wissen, was die richtigen Parteiprinzipien sind, wenn Männer wie Hoch, Geyer, Ledebour, Wurm und Kautsky verschiedener Meinung über diese Grundsätze sind?“ [1]

Merkwürdig schwankend ist die Haltung E. Bernsteins. Früher kritisierte er scharf das Parteiprogramm. Während das Programm den Sieg des Proletariats von seiner stetig zunehmenden Verelendung erwartete, schrieb Bernstein: „Nicht vom Rückgang, sondern von der Zunahme des gesellschaftlichen Reichtums hängen die Aussichten des Sozialismus ab. Der Sozialismus oder die sozialistische Bewegung der Neuzeit hat schon manchen Aberglauben überlebt, sie wird auch noch den überleben, daß ihre Zukunft von der Konzentration des Besitzes, oder wenn man will, der Auffaugung des Mehrwertes durch eine sich verringernde Gruppe kapitalistischer Mammuts abhängt. Ob das gesellschaftliche Mehrprodukt von 10000 Personen monopolistisch aufgehäuft oder zwischen einer halben Million Menschen in abgestuften Mengen verteilt wird, ist für die neun oder zehn Millionen Familienhäupter, die bei diesem Handel zu kurz kommen, prinzipiell gleichgültig. Ihr Bestreben nach gerechterer Verteilung oder nach einer Organisation, die eine gerechtere Verteilung einschließt, braucht darum nicht minder berechtigt und notwendig zu sein.“ [2]

[1] Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Jena 1913, 505.

[2] Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus 51.

Digitized by Google

Mit diesen Worten tritt Bernstein in Widerspruch mit sich selbst. Zuerst gibt er zu, daß die Lage der unteren Klassen absolut und relativ besser werde, und dann spricht er doch von einer monopolistischen Anhäufung des Mehrproduktes in Händen einer halben Million gegenüber neun oder zehn Millionen Familienhäuptern, die zu kurz kommen. So schwer wird es auch einem scharfsinnigen Kritiker, sich von der sozialistischen Phrase loszumachen. Aber das Streben der unteren Klassen nach einer gerechteren Verteilung ist doch berechtigt? Gewiß, aber dieses Streben ist noch nichts eigentümlich Sozialistisches, solange man das Privateigentum an Produktionsmitteln als gerecht anerkennt. Sonst wären heute, mit Ausnahme von einigen profitgierigen Kapitalisten, ungefähr alle Menschen Sozialisten.

Warum also anerkennt Bernstein nicht offen und ehrlich, daß er und seine Anhänger eine Reformpartei bilden? Er selbst schreibt: „Ihr Einfluß würde ein viel größerer sein, als er heute ist, wenn die Sozialdemokratie den Mut fände, sich von einer Phraseologie zu emanzipieren, die tatsächlich überlebt ist, und das scheinen zu wollen, was sie heute in Wirklichkeit ist: eine demokratisch-sozialistische Reformpartei." [1]

„Demokratisch-sozialistische Reformpartei"! Was soll das heißen? Er meint, aus der Zunahme des „sozialistischen Gedankens" lasse sich schließen, daß wir uns immer rascher einer Zeit nähern, wo die Sozialdemokratie mit positiven Reformvorschlägen hervortreten müsse. Das Ziel dieser Reformvorschläge sei „nicht die Verwirklichung eines Gesellschaftsplanes, sondern die Durchführung eines Gesellschaftsprinzips: die allseitige Durchführung der Genossenschaftlichkeit". Das ist wieder sehr zweideutig. Das Genossenschaftswesen ist keineswegs der Übergang zum Sozialismus. In den Städten des Mittelalters war das Korporations- und Genossenschaftswesen sehr entwickelt. Näherten sie sich deshalb der sozialistischen Zukunftsgesellschaft? Keineswegs. Gerade die festorganisierten, geschlossenen Genossenschaften wären das sicherste Bollwerk gegen den Sozialismus mit seinen nivellierenden, gleichmachenden Bestrebungen.

[1] Bernstein, Die Voraussetzungen des Sozialismus 165.

Digitized by Google

Am 23. März 1909 gab Bernstein in einem Vortrag zu Charlottenburg einige Andeutungen darüber, wie nach seiner Ansicht das Parteiprogramm revidiert werden müsse. Als Endziel darf nicht die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel angesehen werden. „Man kann vernünftigerweise die Forderung des Sozialismus nicht auf Verstaatlichung aller Produktions- und Austauschmittel stellen.“ [1] Die kapitalistische Produktion hat zu einer gewaltigen Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums geführt. Aber dieser wachsende Reichtum fließt nur zum geringsten Teile den arbeitenden Klassen zu. In den verschiedenen Formen des Profits und der Bodenrente ziehen die Grundeigentümer und kapitalbesitzenden Klassen immer größere Mengen von Mehrarbeit (?) an sich. Es wächst immer mehr die Zahl derer, die arbeitsloses Einkommen genießen, und der Abstand zwischen den Einkommen der breiten Massen der für Lohn und Gehalt Arbeitenden und dem Einkommen der Kapitalistenaristokratie, deren Luxus ins Ungemessene steigt und das öffentliche Leben korrumpiert. Während die Produktion und der Austausch mit dem Wachstum der Unternehmungen immer mehr gesellschaftlichen Charakter annehmen, wird durch die Entwicklung der Kollektivformen des Besitzes (Aktien- usw. -Gesellschaften) das Verhältnis der Eigentümer der Unternehmungen zu ihren Betrieben zunehmend veräußerlicht. Ein immer größerer Teil des Gesamtkapitals der Gesellschaft wird Eigentum von Aktionären, die zu den Unternehmungen keinerlei funktionelle Beziehung haben, die nur vom Profit leben. Gegen dieses Überwuchern des Parasitismus und den auf Lohn und Preis geübten Monopoldruck des Kapitals müssen die Arbeiter und Angestellten durch politische, gewerkschaftliche und genossenschaftliche Koalition ankämpfen. Ihr Klasseninteresse verlangt die Überführung der wirtschaftlichen Monopole in den Besitz der Gesellschaft und deren Betrieb zum Vorteil der Gesellschaft, die Ausdehnung der gesellschaftlichen Kontrolle auf alle Zweige der Produktion, die Einbeziehung der zurückgebliebenen Betriebe in die gesellschaftlich geregelte Produktion [2].

[1] Sozialistische Monatshefte 1909 I 406. [2] Ebd. 409—410.

Digitized by Google

Wie Bernstein, so hat auch Scheidemann sich zum Revisionismus bekannt. Auf dem Würzburger Parteitag (1917) erklärte er, die deutsche Sozialdemokratie denke für die Zeit nach dem Kriege nicht daran, „alle Betriebe bis zum letzten Barbierladen zu vergesellschaften". Er behauptete sogar: Es ist nicht unsere Aufgabe, „der freien Initiative den Weg zu verbauen. Wo sie sich nützlich betätigen kann, da mag sie weit ausgreifen". Der Beifall, mit dem seine Rede aufgenommen wurde, läßt schließen, daß viele von den Mehrheitssozialisten denselben Anschauungen huldigen.

II. Beurteilung des Revisionismus.

Die Revisionisten kommen alle darin überein, daß sie nicht an eine sofortige und allgemeine Vergesellschaftung oder Verstaatlichung aller Produktionsmittel und Betriebe denken.

Bei einigen ist aber dieses teilweise Fortbestehenlassen der Privatbetriebe nur als eine vorübergehende Maßregel gedacht. Es ist eine Art Galgenfrist, die man den Privatbetrieben gewährt, weil man einsieht, daß eine sofortige Verstaatlichung aller Betriebe die ganze Produktion in Unordnung und Verwirrung bringen und die Volksernährung unmöglich machen würde. Ihr letztes Ziel ist und bleibt die allgemeine Nationalisierung der Gütererzeugung und Güterverteilung. Gegen diese Revisionisten gilt alles, was wir gegen den eigentlichen und konsequenten Sozialismus sagen werden. Sie steuern einem unvernünftigen, ja unmöglichen Ziele zu, und deshalb ist auch ihre Bestrebung unvernünftig und verwerflich.

Übrigens täuschen sich die Revisionisten dieser Richtung, wenn sie meinen, sie würden bei diesem vorläufigen Bestehenlassen mancher Privatbetriebe die Produktion nicht auf das Tiefste schädigen. Wie werden die Privatunternehmungen gedeihen, wenn sie wissen, daß das Damoklesschwert der Verstaatlichung über ihrem Haupte schwebt und ihnen jeden Augenblick ein jähes Ende bereiten kann?

Andere Revisionisten lassen die prinzipielle Forderung der Verstaatlichung aller Produktions- und Austauschmittel überhaupt fallen. Es sollen bis zu einem gewissen Grade auch in Zukunft Privateigentum und Privatunternehmungen bestehen bleiben. Der freien

Digitized by Google

Privatinitiative soll der Weg nicht verbaut werden. Bernstein, Scheidemann und David sind wohl in diesem Sinne zu verstehen, wenn ihre diesbezüglichen Äußerungen nicht als bloße Verschleierungen ihrer wahren Ziele gelten sollen.

Aber nun fragt sich, bis zu welchen Grenzen sollen Privatunternehmungen bestehen bleiben? Darüber erfahren wir nichts Bestimmtes. Läßt man Privatbetriebe in einem nennenswerten Umfang bestehen, so kann selbstverständlich von einer einheitlichen planmäßigen Organisation der gesamten Produktion und Güterverteilung keine Rede mehr sein. Die Produktionsanarchie bleibt ungefähr so, wie sie ist. Auch das „arbeitslose Einkommen", dessen „möglichst völlige Beseitigung" Genosse Ebert in einer Berliner Volksversammlung am 1. Dezember 1918 in Aussicht stellte[1], bleibt dann bestehen. Werden aber die Privatunternehmungen fast ganz beseitigt, so sinken die wenigen, die man noch am Leben läßt, zur Bedeutungslosigkeit herab.

Sehr unklar und elastisch ist die Forderung mancher Revisionisten, nur die „zurückgebliebenen" oder die für die Sozialisierung „reifen" Betriebe in die gesellschaftlich geregelte Produktion einzubeziehen. Was haben wir unter „zurückgebliebenen oder reifen Betrieben" zu verstehen und wer entscheidet darüber? Das ist alles sehr dehnbar und jedenfalls nicht geeignet, den Privatbetrieben Sicherheit gegen eine baldige Verstaatlichung zu verschaffen und sie zu großen Unternehmungen zu ermuntern.

Rücksichtlich der Monopole widerspricht sich Bernstein. Er verlangt in der oben angeführten Stelle die Überführung der wirtschaftlichen Monopole in den Besitz der Gesellschaft oder deren Betrieb zum Vorteil der Gesellschaft. Anderseits schreibt er: „Unsere größten Industrieunternehmungen, die großen Werke der Montanindustrie, die großen Elektrizitätswerke, viele Maschinen-, Tuch-, Stoff- usw. -fabriken sind heute Weltgeschäfte: sie versorgen neben dem heimischen Markt in hohem Grade den Weltmarkt. Selbst diejenigen von ihnen, die daheim im Bündnis mit andern Geschäften gleicher

[1] Vgl. „Vorwärts" 1918, Nr. 331.

Digitized by Google

Art Monopole bilden, sind auf dem Weltmarkt der Konkurrenz unterworfen. Damit haben in ihrem Geschäftsbetrieb kaufmännisch-spekulative Aufgaben Bedeutung erhalten, für deren Besorgung der Staat ungeeignet ist, wie auch sie für den Staat sich nicht schicken." [1]

Große Hoffnungen setzt Bernstein auf die Ausdehnung der gesellschaftlichen Kontrolle auf alle Zweige der Produktion. Aber diese Kontrolle wird von seiten des Staates schon heute über alle Zweige der Produktion ausgeübt. Wird diese Kontrolle so weit getrieben, daß man die Selbständigkeit, Bewegungsfreiheit und Aussicht auf genügenden Gewinn beseitigt, so werden die Privatunternehmungen zum Untergang verurteilt.

Man muß übrigens staatliche Kontrolle und Überführung der Privatbetriebe in Staatsbetrieb sehr wohl unterscheiden. Eine gewisse Kontrolle über die Privatunternehmungen kann und soll der Staat ausüben. Er soll durch seine Aufsicht verhindern, daß sich die Privatunternehmungen auf Kosten des Gesamtwohls bereichern. Das ist sein Recht und seine Pflicht. Das gilt besonders von wirtschaftlichen Monopolen, mögen diese nun in Händen von einer oder einigen Privatpersonen oder in Händen von sog. Trusts oder Syndikaten sein. Erst wenn und soweit die ungerechte Ausbeutung durch die Monopole oder sonstige schädliche Wirkungen derselben auf diese Weise nicht wirksam genug verhindert werden können, kann der Staat gerechterweise die Monopole in den Gesamtbesitz und den staatlichen Betrieb überführen.

Die Stellung der Revisionisten, die dauernd Privatunternehmungen bestehen lassen wollen, ist übrigens inkonsequent und widerspruchsvoll. Wenn man einmal das Privateigentum an Produktionsmitteln und Privatunternehmungen für zulässig und gerecht anerkennt, und zwar für die Dauer, hat man kein Recht mehr, nach Belieben beides zu beseitigen. Die Revisionisten machen sich hier desselben Fehlers schuldig, den man mit Recht den Staatssozialisten vorwirft. Das Eigentumsrecht kommt nicht erst vom Staat, sondern ist älter. Gleich-

[1] Sozialistische Monatshefte 1909 I 405.

Digitized by Google

wie die einzelnen Menschen und die Familien früher da waren als der Staat, so hatten sie auch das Recht, Eigentum zu erwerben, ehe es einen Staat gab, und die Familien haben sich zu Staaten vereinigt, nicht um ihr Eigentum und ihre Freiheit zu verlieren, sondern um Sicherheit und Schutz ihrer Rechte und Förderung in all dem Guten zu finden, das sie isoliert gar nicht oder nicht genügend erreichen können. Der Staat kann also alles das, aber auch nur das anordnen, was das Gemeinwohl erfordert und was ohne sein Eingreifen nicht genügend erreicht wird. Die Sozialisten aber stellen die Sache so dar, als ob der Staat alle Rechte hätte und die Individuen und Familien nur diejenigen Freiheiten und Rechte besäßen, die ihnen der Staat zu gewähren beliebt. So kommt man notwendig zu einer staatlichen Sklaverei. Das richtige Verhältnis ist das umgekehrte. Der Staat darf das Eigentum und die Freiheit der einzelnen und Familien nur so weit einschränken, als es zum Gesamtwohl notwendig ist. Wer von diesem Standpunkt abgeht, überliefert die Glieder des Staates der Willkür und Laune der jeweiligen Regierungen. Ein wahrhaft freies Volk wird sich stets dagegen sträuben, daß es von oben her in jeder Weise bevormundet und reglementiert werde.

Wir werden im folgenden die Sozialisten, welche grundsätzlich Privatbetriebe in namhaftem Umfang bestehen lassen wollen, nicht weiter berücksichtigen. Übrigens gilt das, was wir im dritten Abschnitt über die Ungerechtigkeit des Sozialismus sagen werden, auch gegen sie.

Zweites Kapitel.

Die übrigen Grundlagen des Sozialismus.

Erster Artikel.

Die Gleichberechtigung aller Menschen.

Überblicken wir den geschichtlichen Verlauf des Kommunismus, so sind es besonders drei Prinzipien oder Ideen, die der Reihe nach zur Begründung seiner Zukunftspläne herangezogen wurden: das Prinzip des Gemeinwohls, das der Gleichheit und das der Arbeit. Die älteren kommunistischen Systeme, so z. B. dasjenige

Digitized by Google

Platos, gingen von der Idee des Gemeinwohls aus, und sie liegt auch den älteren Staatsromanen, z. B. der „Utopia" des Th. Morus und dem „Sonnenstaat" (civitas solis) des Thomas Campanella zugrunde. An der Wiege des modernen Sozialismus, zur Zeit der französischen Revolution, kommt die von Rousseau in Umlauf gesetzte Idee der Gleichheit zur Herrschaft. Auf sie gründete Babeuf den Kommunistenbund der „Gleichen". Seit Saint-Simon wurde dann der Kommunismus hauptsächlich durch das Prinzip der Arbeit begründet, und dieses ist bis heute die Hauptgrundlage des Sozialismus geblieben, das namentlich Marx in den Vordergrund schob. Daneben ist aber bis heute die Idee der Gleichheit oder Gleichberechtigung aller Menschen eine Grundlage des Sozialismus geblieben.

Die sozialistische Gleichheitsforderung tritt uns heute in doppelter Auffassung entgegen: in einer extremen und einer gemäßigten.

§ 1. Die extreme Gleichheitsforderung.

Diese verlangt völlige und absolute Gleichberechtigung aller. Sie anerkennt keinen Unterschied der Rechte und Pflichten. Dieses Schlagwort der absoluten Gleichheit eignet sich zu gut zur Köderung der Massen, als daß es die sozialistischen Führer nicht hätten verwerten sollen. Tatsächlich haben in diesem Sinne nicht nur die französischen, sondern auch die meisten deutschen Sozialisten die Gleichheit verstanden.

1. Schon das Eisenacher Programm bezeichnete den Emanzipationskampf der Arbeiter als einen „Kampf für gleiche Rechte und Pflichten und für Abschaffung aller Klassenherrschaft". Das Gothaer Programm forderte „Beseitigung aller sozialen und politischen Ungleichheit". Die dem Erfurter Kongreß vorgelegten „verbesserten" Programmentwürfe enthielten alle dieselbe Forderung, und in dem endgültig angenommenen Programm heißt es, die Sozialdemokratische Partei kämpft „für die Abschaffung aller Klassenherrschaft und der Klassen selbst und für gleiche Rechte und gleiche Pflichten aller ohne Unterschied des Geschlechtes und der Abstammung". Bebel[1],

[1] Die Frau 373 379. Wir zitieren nach der 50. (Jubiläums-) Auflage (1909).

Digitized by Google

Stern[1], Kautsky[2] u. a. wollen „Gleichheit der Existenzbedingungen für alle". Nach Liebknecht herrscht in der Zukunftsgesellschaft „absolute Gleichberechtigung"[3], und diese Gleichberechtigung ist die einzige Schranke der Freiheit.

Damit kann offenbar nicht die bloße politische Gleichheit gemeint sein oder die Gleichheit vor dem Gesetz. Diese haben wir schon heute in den fortgeschrittenen Ländern. Die sozialistische Forderung bedeutet vielmehr die tatsächliche und allseitige soziale Gleichberechtigung aller. Und damit man nicht an der Ausdehnung dieser Forderung zweifeln könne, wurde die Verschiedenheit des Geschlechtes und der Abstammung im Erfurter Programm ausdrücklich erwähnt[4].

Wie ernst es die radikalen Sozialisten mit der völligen Gleichberechtigung nehmen, beweist die Tatsache, die Simon auf dem Partei-

---

[1] Thesen über den Sozialismus 19.

[2] Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teile erläutert[3] 1892, 161.

[3] Berliner Volksblatt 1890, Nr. 253. In der Erfurter Programmrede rief Liebknecht pathetisch: „Sind die Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit übergegangen, . . . dann hören die Klassen auf, dann ist nur noch die Gesellschaft Gleichberechtigter vorhanden — die echte menschliche Gesellschaft, die Menschheit und das Menschentum. Die Herrschaft, die Ausbeutung in jeder Form soll beseitigt werden, die Menschen sollen frei sein und gleich, nicht Herren und Knechte, nur Genossen und Genossinnen, nur Brüder und Schwestern" (Protokoll des Parteitages in Erfurt 340). Ebenso behauptete er in einer sozialdemokratischen Versammlung in Berlin am 12. Januar 1892: „Wir wollen die Herrschaft in jeder Form beseitigen und die Gleichheit in jeder Richtung herstellen, nicht bloß unter den Männern, sondern auch unter den Frauen. Das ist ja unter Sozialdemokraten etwas Selbstverständliches" („Vorwärts" 1892, Nr. 12, 2. Beilage).

[4] Kautsky (Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teile erläutert[3] 1907, 160) scheint anzunehmen, das Prinzip der Gleichheit bedeute Gleichheit der Einkommen — und er steht nicht an, zu behaupten: Sollte das Prinzip der Gleichheit zu den von den Gegnern des Sozialismus behaupteten Folgerungen führen, so werde es einfach „über Bord geworfen". Da haben wir wieder die vielgerühmte sozialdemokratische „Wissenschaft"! Sie weiß selbst nicht, ob die Prinzipien, mit denen man jetzt die Proletarier ködert, nicht einst über Bord geworfen werden!

Digitized by Google

tag der bayrischen „Unabhängigen" 1919 mitteilte: in Nürnberg sei eine Einigung zwischen Unabhängigen und Kommunisten nicht zustande gekommen, weil die letzteren die Errichtung von Frauenbataillonen forderten. Der „Vorwärts" (1919, Nr. 553) nennt die Forderung eine Narretei, aber sie ist nur eine notwendige Konsequenz aus der absoluten Gleichberechtigung.

Man hat schon gemeint, der Sozialismus müßte eigentlich auftreten „nicht als Partei der Gleichheit, sondern als Partei der Gerechtigkeit, nicht als die Partei einer falschen Demokratie, sondern als die Partei der moralischen und intellektuellen, d. h. der natürlichen Aristokratie"[1]. Das ist eine Verkennung des innersten Wesens des Sozialismus als der Partei des vierten Standes, des Proletariates. Gewiß, die Sozialisten geben sich als Partei der Gerechtigkeit aus. Aber was gibt ihnen die Befugnis, die volle Gleichberechtigung aller als eine Forderung der Gerechtigkeit hinzustellen und die heutige Gesellschaftsordnung als ungerecht zu brandmarken? Auf diese Frage können sie nur mit dem Hinweis auf die Gleichheit aller Menschen antworten. Mit der Verdrängung der heutigen Aristokratie durch eine undefinierbare natürliche Aristokratie wäre der großen Masse der Arbeiter nicht geholfen. Die Führer der Sozialdemokraten werden auch schwerlich auf das Schlagwort der vollen Gleichberechtigung verzichten, das von jeher wie ein erlösendes Zauberwort an die Ohren der Unterdrückten erklang.

Die Forderung der Gleichberechtigung hängt endlich notwendig mit den Grundbestrebungen des Sozialismus zusammen. Die Arbeitsmittel sollen Gemeineigentum der Gesamtheit werden. Zu dieser Gesamtheit gehören aber alle Mitglieder in gleicher Weise, also müssen auch alle das gleiche Recht auf diese Güter haben. Gemeineigentum einführen und dann die Verfügung über dasselbe nicht allen in gleicher Weise, sondern bloß einer Klasse zuerkennen, wäre ein Widerspruch; es hieße die einen vollständig zu Sklaven der andern machen. Die einen hätten es in der Gewalt, den andern den Brotkorb beliebig höher zu hängen. Die schlimmste Klassenherrschaft

[1] Paulsen, System der Ethik II[8] 424.

Digitized by Google

würde so wieder zur Geltung kommen. Untersuchen wir also diese Voraussetzung der Gleichheit aller Menschen[1].

2. Wahr ist an der behaupteten Gleichheit, daß alle Menschen die gleiche Wesenheit haben, daß sie also einander völlig gleich sind, solange man ihre Natur getrennt betrachtet von all den konkreten Bestimmungen und Umständen, die sie in der Wirklichkeit notwendig begleiten. Alle haben denselben Schöpfer, dasselbe Ziel und Ende, dasselbe natürliche Sittengesetz, alle sind Glieder der einen großen Gottesfamilie. Daraus folgt auch, daß die wesentlichen Rechte und Pflichten, die sozusagen als notwendige Mitgift zur menschlichen Natur gehören, für alle Menschen gleich sind. Jeder hat also immer und überall das Recht, als Mensch behandelt zu werden. Jeder hat auch das Recht auf die streng notwendigen Existenzbedingungen. Daß aber alle dieselben Existenzbedingungen haben sollen, läßt sich durch die Gleichheit der Menschen nicht begründen.

3. Sobald man die Menschen betrachtet, wie sie in Wirklichkeit leiden und leben, tritt uns sofort die allergrößte Verschiedenheit entgegen, aus welcher sich notwendig Verschiedenheiten der Rechte und Pflichten ergeben. Die einen stehen in der hilflosen Kindheit oder unreifen Jugend, die andern in der Kraft des Mannesalters oder siechen als Greise dem Grabe zu. Diese Verschiedenheit bedingt notwendig auch Verschiedenheit der Pflichten und Rechte. Sollen die Kinder und Greise dieselben Rechte und Pflichten haben wie die Männer, die Kranken dieselben wie die Gesunden, die Männer dieselben wie die Frauen? Wir wissen, daß viele Sozialisten dies verlangen, namentlich haben sie die volle Rechtsgleichheit der Frauen mit den Männern auf ihre Fahne geschrieben. Innerhalb und außerhalb der Ehe soll die Frau dem Manne vollständig ebenbürtig zur Seite stehen[2].

---

[1] In der Praxis kümmert sich allerdings die Sozialdemokratie herzlich wenig um die Gleichheit. Eine treffliche Illustration dazu bietet das Geständnis, das Bebel im Reichstag am 10. Dezember 1904 ablegte, die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten erhielten von der Parteikasse je nach ihrer sozialen Stellung und den wirtschaftlichen Nachteilen, die ihnen aus ihrem Mandat entständen, Entschädigungen von 3—12 Mark täglich.

[2] Bebel, Die Frau 474 f.

Digitized by Google

Aber eine Frage: Sollen denn die Männer abwechselnd neben ihren Frauen die Kinder wiegen, kochen, Strümpfe flicken, die übrigen häuslichen Arbeiten besorgen, und umgekehrt die Frauen neben den Männern in die Bergwerke hinabsteigen, Fuhrmanns- und Matrosendienste leisten, mit dem Tornister auf dem Rücken ins Feld ziehen? Wir müßten zurückkehren in die Zeiten rohester Barbarei, um eine solche Gleichheit zu verwirklichen, und auch dann würde diese an der Verschiedenheit der Naturen scheitern. Hat denn die Natur umsonst der Frau nicht nur eine andere leibliche Organisation, sondern im Zusammenhang damit auch andere Talente, Neigungen und Charaktereigenschaften gegeben als dem Manne? Ist diese geistige und leibliche Verschiedenheit nicht ein klarer Fingerzeig, daß der Schöpfer der Natur beiden verschiedene Aufgaben in der Gesellschaft zugewiesen hat? [1]

Bebel meint zwar, die Verschiedenheit der Begabung und der Neigungen zwischen den Geschlechtern sei eine bloße Folge der Erziehung oder vielmehr der „Sklaverei", in der die Frau seit jeher geschmachtet habe, und mit der Veränderung der Erziehung und gesellschaftlichen Stellung werde sie verschwinden. Diese Behauptung ist unrichtig. Sie wird schon durch die Tatsache widerlegt, daß uns diese Verschiedenheit immer und überall bei allen Völkern begegnet. Letztere ergibt sich auch notwendig aus der leiblichen Organisation und den damit unzertrennlich verbundenen Pflichten und Sorgen der Mutter.

Übrigens wenn wir selbst von der Verschiedenheit der Geschlechter und des Lebensalters absehen und uns Männer oder Frauen in denselben Umständen denken, ist die Gleichheit der Existenzbedingungen für alle widernatürlich. Man sehe doch, wie verschieden die Menschen nach Neigung, Talent, Charakter, Gesundheit, Leibeskraft, Bedürfnissen sind, um von der sittlichen Verschiedenheit in Klugheit, Mäßigkeit, Arbeitsamkeit, Sparsamkeit u. dgl. gar nicht zu reden. Aus dieser Verschiedenheit ergeben sich so naturnotwendig auch Unterschiede in bezug auf Ehre, Ansehen, Besitz, gesellschaftliche Stellung, daß diese nur durch beständige Gewalt verhindert werden könnten.

[1] Vgl. hierüber Cathrein, Die Frauenfrage[8] (Freiburg 1909) 47 ff.

Digitized by Google

Um die Unmöglichkeit der Gleichheit der Rechte und Pflichten oder der Existenzbedingungen mit Händen greifen zu können, wollen wir uns beispielshalber vier Brüder denken, die einander sehr ähnlich sind. Drei von ihnen verheiraten sich, der vierte zieht es vor, ledig zu bleiben. Jetzt sind die Rechte und Pflichten dieses letzteren schon sehr verschieden von denen der übrigen. Von diesen wollen wir annehmen, der eine bleibe kinderlos, der zweite habe drei Kinder, der dritte acht. Nun haben sich Pflichten und Rechte noch mehr verändert. Wenn wir auch voraussetzen, alle vier Brüder seien anfänglich in bezug auf Wohnung, Vermögen und geschäftliche Beziehungen vollständig gleichgestellt gewesen, so sind doch jetzt nach acht oder zehn Jahren die Existenzbedingungen sehr verschieden geworden. Der erste hat nur für sich selbst zu sorgen, der zweite für sich und seine Frau, der dritte für fünf, der vierte für zehn Personen. Wenn wir nun noch Verschiedenheiten nach Talent, Arbeitsamkeit usw. hinzunehmen wollen, so ist klar, daß nach einem halben Menschenalter die Existenzbedingungen der vier Brüder weit verschieden sind. Greifen gar noch Krankheiten, Unglücksfälle, Nachstellungen von seiten der Mitmenschen störend in die Familienverhältnisse ein, so sieht jeder, daß schon in dem ersten Geschlecht die Gleichheit vollständig verschwunden ist. Und welche Verschiedenheiten werden sich erst im zweiten Geschlechte geltend machen, das mit so ungleichen Daseinsbedingungen seine Laufbahn beginnt!

Die Sozialisten könnten einwenden, wir hätten in dem angeführten Beispiel die heutige Gesellschaftsordnung vorausgesetzt; in der sozialistischen Gesellschaft werde eine solche Entwicklung unmöglich, weil die Sorge für Kinder, Kranke usw. der Gesamtheit anheimfällt, die Frau ebenso an der Arbeit teilnehmen muß wie der Mann, und jeder nur von seinem Arbeitseinkommen lebt. Das ist richtig. Aber wir behaupten bloß, die Ungleichheit sei eine naturnotwendige Erscheinung *bei ungezwungener Entwicklung der Menschen*, und der Sozialismus könne diese nur durch gewaltsamen Zwang von außen her verhindern. Auch ein Gärtner kann bewirken, daß alle Bäume in seinem Park gleich lang oder besser gleich kurz seien, aber nur dadurch, daß er das naturgemäße Wachstum durch gewaltsames Beschneiden beständig verhindert. Ein solcher naturwidriger Zustand kann nicht von Dauer sein.

4. Bisher haben wir nur auf die Familie Rücksicht genommen. Über die Familie hinaus bilden sich infolge der tausenderlei Neigungen und Bedürfnisse gesellschaftliche Ordnungen. Nur durch große

Digitized by Google

Arbeitsteilung können die Menschen ihren Bedürfnissen genügen und zu höherer Kultur emporsteigen. Die Arbeitsteilung hinwiederum bringt notwendig eine Scheidung der Gesellschaft in verschiedene Berufsstände hervor, welche verschiedene Neigungen und Anlagen voraussetzen und jedem Gelegenheit bieten, einen entsprechenden Stand für sich zu wählen.

Man mag sich nun eine Gesellschaft fortgeschritten denken, wie man will, immer wird es Unwissende geben und mithin auch Lehrer; sollen Schüler und Lehrer dieselben Pflichten und Rechte haben? Immer wird es Lehrlinge geben und also auch Meister; soll unter ihnen Gleichheit der Rechte und Pflichten bestehen? Immer wird es Kranke und Altersschwache, also auch Ärzte, Chirurgen, Krankenpfleger geben; sollen ihnen die gleichen Rechte und Pflichten zuerkannt werden? Immer wird es Ackerbau, Handel, Industrie, Wissenschaft und Künste geben; sollen alle, die sich diesen Berufen widmen, vollständig gleiche Existenzbedingungen haben? Sollen alle in gleicher Weise zur Leitung und Ausübung dieser verschiedenen Berufstätigkeiten herangezogen und belohnt werden?

Gemäßigtere Sozialisten wollen zwar auch im Zukunftsstaate verschiedene Berufe mit verschiedener Besoldung zulassen[1]. Die extremen Sozialisten dagegen — auch Bebel gehört zu ihnen — wollen alle Ungleichheit in den Berufen beseitigen. Durch Erziehung und Bildung kann man nach Bebel schließlich alle zu allem fähig machen, so daß jeder der Reihe nach, im „Turnus", alle geschäftlichen Funktionen zu übernehmen imstande sei. Auch Marx redet von einer allseitigen „Disponibilität" des Arbeiters auf einer höheren Stufe der Entwicklung. Diese Annahme beruht auf einer unglaublichen Überschätzung der menschlichen Leistungsfähigkeit; aber sie ist folgerichtig, sie ist eine notwendige Folgerung aus dem sozialistischen Grundgedanken. Wer einmal auf Grund der Gleichheit die heutige Ordnung umstoßen und gleiche Existenzbedingungen für alle schaffen will, kann nicht mehr gestatten, daß die Gesellschaft sich in Berufe teile, die nach Wert, Anstrengungen und Gefahren so verschieden sind wie etwa der Beruf eines Gelehrten, eines Künstlers

[1] Schäffle, Quintessenz 5.

Digitized by Google

oder der eines Bergmannes, eines Maschinenheizers, eines Stallknechtes oder eines Handlangers in der Fabrik.

§ 2. Die gemäßigte Gleichheitsforderung.

Die volle und konsequente Durchführung der Gleichheitsforderung ist zu offenbar unmöglich und absurd, als daß dies Männern wie Marx und Engels entgangen wäre; diese haben deshalb etwas Wasser in den Wein ihrer Gleichheitsforderung gegossen. Nach diesen Koryphäen des „wissenschaftlichen" Sozialismus besteht die erstrebte Gleichheit bloß in der Beseitigung aller Klassenunterschiede; alle sollen gleichmäßig Arbeiter sein und nur nach Maßgabe ihrer Arbeit am Ertrag der gesellschaftlichen Gesamtproduktion teilhaben.

Nach Marx ist in der ersten Phase der sozialistischen Zukunftsgesellschaft „das Recht der Produzenten ihren Arbeitsleistungen proportional; die Gleichheit besteht darin, daß am gleichen Maßstab, der Arbeit, gemessen wird. Der eine ist aber physisch oder geistig dem andern überlegen, liefert also in derselben Zeit mehr Arbeit oder kann während mehr Zeit arbeiten; und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muß der Ausdehnung oder der Intensität nach bestimmt werden, sonst hört sie auf, Maßstab zu sein. Dies gleiche Recht ist ungleiches Recht für ungleiche Arbeit. Es erkennt keine Klassenunterschiede an, weil jeder nur Arbeiter ist wie der andere; aber es erkennt stillschweigend die ungleiche individuelle Begabung und daher Leistungsfähigkeit als natürliche Privilegien an. Es ist daher ein Recht der Ungleichheit, seinem Inhalt nach wie als Recht." [1] Ähnlich behauptet Engels: „Der wirkliche Inhalt der proletarischen Gleichheitsforderung ist die Forderung der Abschaffung der Klassen. Jede Gleichheitsforderung, die darüber hinausgeht, verläuft notwendig ins Absurde." [2]

Welches sind die Gründe für diese Gleichheitsforderung? Sowohl Marx als Engels leiten sie her aus ihrer Theorie vom Mehrwert bzw. aus ihrer Werttheorie, derzufolge die Arbeit die

[1] Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms (Die Neue Zeit 9. Jahrg. 1890—1891, I 567).

[2] Engels, Dührings Umwälzung der Wissenschaft 96.

Digitized by Google

einzige „wertbildende Substanz" ist. Allein aus dieser Theorie, deren Unhaltbarkeit wir schon dargetan, läßt sich die Gleichheitsforderung, auch in dem angegebenen beschränkten Sinn, keineswegs herleiten. Höchstens kann man aus ihr folgern: Jeder erhält nur so viel vom Gesamtertrag der Gesellschaft, als er ihr Arbeit geleistet hat, oder, wie Marx sich ausdrückt: „Dasselbe Quantum Arbeit, das er (der Arbeiter) der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in der andern zurück."

Setzen wir den Fall, ein Arbeiter sei recht geschickt und fleißig und habe sich bald so viel verdient, daß er nicht nur selbst sich dem Dolce far niente hingeben, sondern auch noch einen oder mehrere Bediente halten kann — wer will ihn daran hindern? Und wenn er nun gar noch von andern Geschenke erhält oder durch Erbschaft, durch Spiel oder sonstwie auch von andern Arbeitern einen Teil ihres Ertrages erhalten hat und damit große Haushaltung führen will — was hindert ihn daran? Auf diese Weise hätten wir bald wieder Herrschaften und Dienstboten, Arme und Reiche, Arbeiter und Müßiggänger, d. h. Klassenunterschiede. Einer, der ledig bliebe, könnte ein sehr angenehmes, bequemes Leben führen, während ein anderer, minder Begabter, minder Starker, der eine zahlreiche Familie zu ernähren hat, in förmliches Elend geriete.

Was soll ferner aus der „planmäßigen Produktion der Gesellschaft" werden, wenn jeder die Arbeit aufgeben oder wieder anfangen kann, wann es ihm beliebt? Vielleicht entgegnet man, jeder sei gezwungen zu arbeiten, solange es von der Gesamtheit und ihren Vertretern verlangt wird. Aber diese Forderung läßt sich nicht aus der Werttheorie herleiten. Dafür muß man auf tiefer liegende Gründe zurückgreifen. Wenn endlich die Arbeit der einzige Verteilungsmaßstab ist, was soll dann aus den Arbeitsunfähigen werden: den Kranken, Irren, Altersschwachen, Waisenkindern? Übrigens werden wir weiter unten zeigen, daß es ganz unmöglich ist, allein nach der Arbeitsleistung die Produkte zu verteilen.

Marx scheint die Unzuträglichkeiten, die sich aus der Arbeit als einzigem Verteilungsmaßstab ergeben, wohl gefühlt zu haben. Er selbst bezeichnet die von ihm zugegebenen Ungleichheiten als „Mi ß-

Digitized by Google

stände", die „in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist", unvermeidbar seien. „Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und die dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft."

„In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem ... mit der allseitigen Entwicklung der Individuen die Produktionskräfte gewachsen sind, ... erst dann kann ... die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen." Das kann, wenn man es mit dem über die erste Phase des Kommunismus Gesagten zusammenhält, wohl nichts anderes heißen als: dann werde die volle Gleichberechtigung eintreten. Also auch Marx sieht sich genötigt, den Arbeitern als letztes Ziel der Entwicklung die volle Gleichberechtigung hinzustellen. Allerdings ist er klug und rückt dieses Ziel möglichst in die nebelgraue Ferne. „Der Dichter rückt es ins Weite."

Den Grund, auf den er seine Hoffnung für die „höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft" stützt, deutet Marx in den obigen Worten nur leise an. Die ökonomische Entwicklung soll die Unterschiede unter den Individuen immer mehr beseitigen. Indessen der bisherige geschichtliche Verlauf spricht gegen diese Annahme. Man kann es geradezu als allgemeine Erfahrungstatsache hinstellen, daß die Gliederung innerhalb der Gesellschaft und die persönliche Verschiedenheit in dem Maße zunimmt, als die Kultur höher emporsteigt. Bei einem wilden Stamme stehen wir der allgemeinen Gleichheit ziemlich nahe. Je weiter sich aber die Gesellschaft entwickelt, um so mehr entfernen wir uns von ihr. So ist es in der Vergangenheit gewesen, so wird es in Zukunft bleiben. Auch die Verwandlung des Privateigentums an Produktionsmitteln in Gemeineigentum vermag daran nichts zu ändern, wofern man die Kultur bestehen läßt und nicht zur rohen Gewalt seine Zuflucht nehmen will.

Digitized by Google

Auch Eduard Bernstein[1] gesteht, daß mit dem Fortschritt der kapitalistischen Produktion die Gleichheitsidee sogar in der sozialistischen Arbeiterschaft Abschwächungen erfahren hat. Je mehr sich die Arbeiterbewegung „den Tageskämpfen widmete, um so mehr verblaßte diese Tendenz buchstabenmäßiger Gleichheit. Selbst die Idee der Gleichheit in der Bezahlung der Dienste und Arbeiten hat starke Einschränkungen erfahren. Wie im allgemeinen Wirtschaftsleben heute oft größere Unterschiede in den Gehältern und Lohneinkommen bestehen als früher, so werden auch in der Arbeiterbewegung, und zwar sowohl in der wirtschaftlichen wie in der politischen Bewegung, erhebliche Unterschiede in der Bezahlung der Angestellten gemacht." Praktisch hat man also die Gleichheitsidee ungefähr ganz preisgegeben. „Nur als regulierendes Prinzip der Rechtsquellen und der Zuweisung von Rechten hat der Gleichheitsgedanke in der Arbeiterbewegung absolute Geltung behalten. Alle Ämter, alle Vollmachten und alle Besoldungen der Arbeiterbewegung haben ihre letzte bestimmende Rechtsquelle in Wahlkörpern, deren Grundprinzip das gleiche Stimmrecht aller ist." Auf dieses Stimmrecht ist mithin die Gleichheitsforderung zusammengeschmolzen.

Treffend sagt Aristoteles: „Der Gesetzgeber muß mehr darauf bedacht sein, die Begierden der Menschen als ihr Vermögen gleichzumachen."[2] Sehr schön und wahr sind auch die Worte Leos XIII., mit denen wir unsere Untersuchung der sozialistischen Gleichheitsforderung beschließen wollen: „Vor allem ist (bei der Lösung der sozialen Frage) von der einmal gegebenen unabänderlichen Ordnung der Dinge auszugehen, wonach in der bürgerlichen Gesellschaft eine Gleichmachung von hoch und niedrig, von arm und reich schlechthin nicht möglich ist. Es mögen die Sozialisten solche Träume zu verwirklichen suchen, aber man kämpft umsonst gegen die Naturordnung an. Es werden immerdar der Menschheit die größten und tiefstgreifenden Ungleichheiten aufgedrückt sein. Un-

[1] Die Arbeiter-Bewegung (in der Sammlung: Die Gesellschaft, herausgegeben von M. Buber) 124—125.

[2] Arist., Polit. 2, c. 7, 1266b 29.

Digitized by Google

gleich sind Anlagen, Fleiß, Gesundheit und Kräfte, und hiervon ist unzertrennlich die Ungleichheit in der Lebensstellung, im Besitze. Dieser Zustand ist aber ein sehr zweckmäßiger sowohl für den einzelnen wie für die Gesellschaft. Das gesellschaftliche Leben fordert eine Verschiedenheit von Kräften und eine Mannigfaltigkeit von Leistungen, und zu diesen verschiedenen Leistungen werden die Menschen hauptsächlich durch jene Ungleichheit in der Lebensstellung angetrieben." [1]

Zweiter Artikel.

Das eherne Lohngesetz.

1. Das „eherne Lohngesetz" war die Hauptwaffe, deren sich Lassalle gegen den bestehenden Kapitalismus bediente. Auch hierin hatten die liberalen Wirtschaftslehrer, wie Adam Smith, Ricardo [2] u. a., dem Sozialismus vorgearbeitet. Mit sichtlichem Behagen beruft sich Lassalle [3] zugunsten seines Gesetzes auf diese Autoritäten, wenn auch nur zum Teil mit Recht.

Marx selbst hat das „eherne Lohngesetz" nie anerkannt, und die deutsche Sozialdemokratie hat es aus ihrem offiziellen Programm

---

[1] Rundschreiben Rerum novarum.

[2] Nach der Lehre Ricardos fällt auf die Dauer der durchschnittliche Lohn der Arbeit mit den Produktionskosten derselben zusammen. Er unterscheidet den natürlichen Preis und den Marktpreis der Arbeit. Der natürliche Preis ist derjenige, der nötig ist, um die Arbeiter allgemein instand zu setzen, zu bestehen und sich fortzupflanzen. Der Marktpreis dagegen ist derjenige, der unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage wirklich bezahlt wird. Dieser kann sich zeitweilig, ja in einer fortschreitenden Gesellschaft auf unbestimmte Zeit hinaus über den natürlichen Preis erheben und zeitweilig unter ihn herabsinken, hat aber immer die Tendenz, in denselben zurückzufallen. Man kann zugeben, daß Lassalle diese Lehre nicht nur in gehässigere Ausdrücke gehüllt, sondern auch in einer Weise umgedeutet und eingeschränkt hat, daß sie sich nun trefflich als Agitationsmittel verwerten ließ.

[3] Besonders in seinem „Arbeiter-Lesebuch" und „Offenen Antwortschreiben". In letzterem heißt es in bezug auf das Lohngesetz: „Adam Smith wie Say, Ricardo wie Malthus, Bastiat wie John Stuart Mill sind einstimmig darin, es anzuerkennen."

Digitized by Google

gestrichen. Weil man aber auch heute noch Lassalles Schriften zum Zweck der Propaganda immer von neuem herausgibt, so bleibt eine Besprechung des „ehernen Lohngesetzes" stets noch am Platz. Was wir unter diesem Gesetze zu verstehen haben, soll uns Lassalle selbst erklären.

„Das eherne ökonomische Gesetz, welches unter den heutigen Verhältnissen, unter der Herrschaft von Angebot und Nachfrage nach Arbeit, den Arbeitslohn bestimmt, ist dieses: daß der durchschnittliche Arbeitslohn immer auf den notwendigen Lebensunterhalt reduziert bleibt, der in einem Volke gewohnheitsmäßig zur Fristung der Existenz und zur Fortpflanzung erforderlich ist. Dies ist der Punkt, um welchen der wirkliche Tagelohn in Pendelschwingungen jederzeit herumgravitiert, ohne sich jemals lange weder über denselben erheben noch unter denselben hinunterfallen zu können. Er kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt erheben; denn sonst entstände durch die leichtere, bessere Lage der Arbeiter eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit des Angebotes von Händen, welche den Arbeitslohn wieder auf und unter seinen früheren Stand herabdrücken würde.

Der Arbeitslohn kann auch nicht dauernd tief unter diesen notwendigen Lebensunterhalt fallen. Denn dann entstände Auswanderung, Ehelosigkeit, Enthaltung von Kindererzeugung und endlich eine durch Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl, welche das Angebot von Arbeiterhänden verringert und somit den Arbeitslohn wieder zu seinem früheren, höheren Stand zurückbringt. Der wirkliche durchschnittliche Arbeitslohn besteht somit in der Bewegung, beständig um jenen seinen Schwerpunkt, in den er fortwährend zurücksinken muß, herumzukreisen, bald etwas über demselben bald etwas unter ihm zu stehen." [1]

„Dies also, daß Arbeiter und Arbeitslohn immer herumtanzen um den äußersten Rand dessen, was nach dem Bedürfnis jederzeit zu dem notwendigsten Lebensunterhalt gehört..., das ändert sich nie." [2] Lassalle gibt zwar zu, daß dieses gewohnheitsmäßig Notwendige heute höher steht als früher; aber dabei bleibt, daß der Arbeiterstand beständig auf das in den gegebenen Gesellschaftsverhältnissen zur Fristung seines Daseins und zur Fortpflanzung Unentbehrliche reduziert ist, also nach Lassalle keine Aussicht auf eine Besserung seiner Lage hat [3].

[1] Offenes Antwortschreiben 10 und Arbeiter-Lesebuch 5.
[2] Offenes Antwortschreiben 12. [3] Arbeiter-Lesebuch 27.

Digitized by Google

2. Dieses ist das schreckliche Gesetz, dessen sich Lassalle bediente, um die Arbeiter aufzuhetzen und das Privateigentum in Frage zu stellen[1].

Marx hat, wie schon bemerkt, das „eherne Lohngesetz" von jeher verworfen. In seiner „Kritik des sozialdemokratischen Programms" nennt er die Aufnahme desselben in das offizielle Programm einen „empörenden Rückschritt". Und von seinem Standpunkt mit Recht. Nach Lassalle besteht die Ungerechtigkeit des Lohnsystems bloß darin, daß der Lohn des Arbeiters ein niedriges Maximum nie übersteigen kann, und somit der Arbeiter an ein armseliges Dasein gekettet ist. Nach Marx dagegen ist das Lohnsystem in der kapitalistischen Ordnung durch und durch ungerecht, weil es den Arbeiter zum Sklaven des Kapitalisten macht und ihm nur so weit für seinen eigenen Unterhalt zu arbeiten gestattet, als er eine gewisse Zeit umsonst (gratis) für den Kapitalisten schanzen und ihm „Mehrwerte" schaffen will. Der Mehrwert wird ja immer auf Kosten des Arbeiters gebildet, und da der Kapitalist sich nur dann zur Produktion versteht, wenn ihm sein Geld einen „Mehrwert" verspricht, so ist das Kapital von Haus aus und wesentlich auf Ausbeutung angelegt; es ist ein gefühlloses Raubtier. Von diesem Standpunkt mußte natürlich die Aufnahme des Lassalleschen Gesetzes in das Parteiprogramm als ein Rückschritt erscheinen. Diese Aufnahme war im Grunde ein Aufgeben der Marxschen Lehre vom Mehrwert. Man begreift deshalb, warum Marx in Harnisch geriet, als ihm der Programmentwurf zu Gesichte kam.

Doch wenden wir uns jetzt zur Untersuchung des „ehernen Lohngesetzes" selbst.

a) Der oberste Prüfstein solcher Gesetze sind die Tatsachen. Was sagen nun diese zu dem Lassalleschen Gesetz? Sie widersprechen ihm direkt. Ich habe schon dargetan[2], daß seit langem in vielen Ländern die Lage der Arbeiter sich unzweifelhaft gehoben hat und

[1] Man vgl. das Gothaer Programm. Wir haben schon bemerkt, daß das eherne Lohngesetz in Erfurt aus dem Parteiprogramm gestrichen wurde. Ja Liebknecht und andere Sozialisten behaupteten nach dem Erfurter Tag, sie hätten das eherne Lohngesetz von jeher verworfen. Und doch traten sie volle 16 Jahre für das Gothaer Programm ein, in welchem dasselbe an hervorragender Stelle prangt!

[2] Siehe S. 270 ff.

Digitized by Google

insbesondere die Lohnverhältnisse sich konstant gebessert haben, und es besteht begründete Hoffnung, daß eine weise Sozialpolitik dieser Besserung Dauer verleihen wird. Gerade dieser Widerspruch mit den Tatsachen hat die Sozialisten selbst gezwungen, das „eherne Lohngesetz" preiszugeben.

b) Das Gesetz ist auch in sich unhaltbar. Es setzt voraus, der Arbeitslohn sei eine einheitliche Größe für alle Lohnarbeiter, was ganz und gar nicht zutrifft. Selbst innerhalb derselben Gruppe von Arbeitern ist der Lohn nach Ort und Zeit sehr verschieden und mancherlei Schwankungen unterworfen, die keineswegs bloß durch den notwendigen Lebensunterhalt des Arbeiters bestimmt werden. Wenn überhaupt, so könnte das Gesetz nur Geltung haben für die unterste Schicht von Arbeitern, und zwar nur für die verheirateten. Das geht klar aus der Art und Weise hervor, wie Lassalle das Gesetz zu beweisen sucht.

c) Wollte Lassalle mit dem ehernen Lohngesetz nichts sagen, als daß unter der schrankenlosen Herrschaft von Angebot und Nachfrage, solange die Arbeiter isoliert und völlig schutzlos sind, eine gewisse Neigung vorhanden sei, den Arbeitslohn auf das zum Lebensunterhalt durchschnittlich Nötige herabzudrücken, so könnte das wohl zugegeben werden. Denn das ergibt sich fast notwendig aus dem Eigennutz der Reicheren, welche die Mächtigeren sind. Jeder Mensch ist bestrebt, wohlfeil zu kaufen und teuer zu verkaufen. Will der Arbeiter seine Arbeitskraft um einen möglichst hohen Preis vermieten, so will sie der Arbeitgeber zu einem möglichst geringen Preis mieten. Der Reichere ist aber durchschnittlich der Mächtigere, und es wird deshalb der Arbeitslohn viel eher und häufiger unter das gebührende Maß herabsinken, als bei demselben bleiben oder gar über dasselbe hinausgehen. Allein diese allgemeine, aus dem menschlichen Eigennutz folgende Neigung ist noch kein ökonomisches Gesetz.

Damit man von einem solchen Gesetz reden könne, muß eine Erscheinung auf Grund bestimmter wirtschaftlicher Ursachen notwendig und überall eintreten. Das ist aber beim Lassalleschen Gesetz nicht der Fall oder wenigstens nicht bewiesen.

Digitized by Google

Der Lohn „kann sich nicht dauernd über diesen Durchschnitt (der gewohnheitsmäßigen Lebensnotdurft) erheben; denn sonst entstände eine Vermehrung der Arbeiterbevölkerung und somit des Angebotes von Händen, welche den Arbeitslohn wieder auf seinen früheren Stand herabdrücken würden". Aber ist es denn wahr, daß sich die Arbeiterbevölkerung in dem Maße durch Fortpflanzung vermehre, als ihre Lebenslage besser wird? Das ist eine unbewiesene Behauptung; die Erfahrung spricht eher gegen als für sie. Wer in England die zahlreichsten Familien finden will, der darf nicht in die Wohnung der besser gestellten Arbeiter oder Bürger gehen, sondern muß die allerärmsten irischen Stadtviertel aufsuchen. Es gibt kaum ein Land, dessen Bevölkerung im Durchschnitt besser gestellt wäre als Frankreich, und doch ist in keinem Land die Bevölkerungszunahme so schwach wie dort. Der Grund ist auch leicht einzusehen, selbst wenn wir von religiösen Ursachen ganz absehen wollen. Je besser gestellt eine Arbeiterfamilie ist, um so mehr ist sie durchschnittlich bedacht, sich ihren Rang zu wahren und höher emporzusteigen. Leichtsinnige Ehen werden in solchen Kreisen viel seltener geschlossen als in den allerniedrigsten Schichten der Gesellschaft. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß es in den ersteren mit der Sittlichkeit besser aussehe.

Selbst zugegeben ferner, bessere Lebenslage habe eine größere Vermehrung zur Folge, so wäre damit noch nicht bewiesen, daß die Konkurrenz unter den Arbeitern sogleich zunehme. Denn bis diese Wirkung sich fühlbar machen kann, muß wenigstens ein Zeitraum von 18 bis 20 Jahren verstreichen. Die Kinder sind nicht vom ersten Tage ihrer Geburt an konkurrenzfähig. Es könnte also selbst nach der Lassalleschen Voraussetzung größerer Vermehrung ein Arbeiter nahezu ein Lebensalter hindurch mehr Lohn beziehen, als zur „gewohnheitsmäßigen Fristung des Daseins und zur Fortpflanzung" erforderlich ist.

Endlich kann es geschehen, daß trotz des vermehrten Angebotes von „Händen" der Arbeitspreis doch nicht sinkt, weil zugleich mit dem Angebot auch die *Nachfrage* wächst. Wird die Nachfrage nach Arbeit in demselben Maße stärker, als das Angebot zunimmt,

Digitized by Google

so bleibt der Arbeitslohn der gleiche. Nun kann es aber geschehen, daß an manchen Orten wegen neuentstehender Unternehmungen die Nachfrage auf Jahrzehnte hinaus beständig wächst, so daß der Zuzug neuer Arbeiter den Lohn nicht notwendig herabdrückt.

Es ist also unerwiesen, daß der Lohn sich nicht für längere Dauer über den nötigen Unterhalt erheben könne. Ebensowenig aber hat Lassalle bewiesen, daß der Lohn nicht dauernd unter dieses Maß heruntersinken könne. „Dann entstände", meint er, „Auswanderung, Ehelosigkeit, Enthaltung von Kindererzeugung und endlich eine durch Elend erzeugte Verminderung der Arbeiterzahl, welche das Angebot von Arbeiterhänden verringert und somit den Arbeitslohn wieder zu seinem früheren, höheren Stand zurückbringt."

Aber das Elend hindert, wie schon bemerkt, die Kindererzeugung nicht, es sei denn, daß der Arbeiter verhungere. Es kann geschehen und ist leider schon geschehen, daß in manchen Gegenden längere Zeit die Arbeiter ein wirklich elendes Dasein im Sinne Lassalles führten, ohne daß man deshalb eine geringere Zunahme der Arbeiterbevölkerung hätte wahrnehmen können. Elend verhindert die Ehen der Armen nicht und auch nicht die Kindererzeugung, obwohl es eine allmähliche Verschlechterung der Rasse nach sich zieht. Übrigens wenn selbst die Kindererzeugung abnähme, so könnte doch diese Wirkung erst nach mehreren Jahrzehnten auf dem Arbeitsmarkt zugunsten des Arbeitslohnes sich fühlbar machen. Inzwischen aber können die entstandenen Lücken durch Zuzug neuer Arbeiter aus umliegenden Landstrichen ausgefüllt sein. Marx hat aus den Untersuchungen englischer Ärzte und Fabrikinspektoren bewiesen, daß in manchen Fabrikorten die Arbeiter Jahrzehnte hindurch in wahrhaft erschreckendem Elend lebten, ohne daß sich der Lohn irgendwie gebessert hätte.

Das „eherne Lohngesetz" ist also, sowohl wo es zugunsten als wo es zuungunsten der Arbeiter lautet, unbewiesen. Lassalle hat einige Vorkommnisse benutzt, um durch willkürliche Verallgemeinerungen ein kräftiges Agitationsmittel zu konstruieren.

Digitized by Google

Dritter Artikel.

Die einseitige Betonung des wirtschaftlichen Lebens.

Die Sozialisten wollen alle ohne Ausnahme zu Teilnehmern der staatlich organisierten Produktion machen. Man hat zwar die „allgemeine Arbeitspflicht", von der im Gothaer Programm die Rede ist, im Erfurter Programm nicht mehr erwähnt, doch wird sie im Wahlaufruf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vom 30. April 1903 ausdrücklich wieder betont, und sie ergibt sich notwendig aus der Forderung „gleicher Rechte und gleicher Pflichten" und aus der planmäßigen Organisation der Arbeit. Niemand darf für sich Produktionseigentum besitzen und irgend etwas nach eigenem Willen produzieren. Zur Bestreitung aller seiner Bedürfnisse ist er an die staatlichen Vorratskammern gewiesen. Kurz: jeder hat nur so viel Rechte, als ihm die Gesamtheit zuerkennt. Ich werde dies noch näher begründen. Das setzt aber stillschweigend voraus, die Gesellschaft habe das unumschränkte Verfügungsrecht über den einzelnen, und dieser sei an erster Stelle für den Dienst der Gesamtheit, und zwar zu Produktionszwecken vorhanden.

Das ist die heidnische Auffassung des Staates, die jede höhere Bestimmung des Menschen leugnet und diesen ganz und nach allen Richtungen für sich beschlagnahmt. Ja diese sozialistische Auffassung vom Staat sinkt noch unter die heidnische herunter, weil sie ganz einseitig das Wirtschaftsleben oder die Produktion materieller Nutzgüter betont. Wie im Leben des einzelnen der Erwerb äußerer Besitzgüter der Würde nach den letzten Rang unter den verschiedenen Tätigkeiten einnimmt, so ist es auch im Leben der menschlichen Gesellschaft überhaupt. Der Erwerb der Existenzmittel ist den höheren geistigen Bestrebungen untergeordnet. Er soll den Boden bereiten, auf dem die höheren, idealeren Güter gedeihen können.

Weil es unmöglich ist, daß sich alle gleichmäßig diesen verschiedenen Tätigkeiten widmen, so muß es verschiedene Berufsarten und Stände geben, welche eine verschiedene jahrelange Vorbereitung erfordern und nicht alle denselben Rang einnehmen, sondern sich hierarchisch gliedern. Ihrer Natur nach sind die verschiedenen Nähr-

Digitized by Google

stände (Arbeiter, Handwerker, Bauern) die untersten, und über ihnen erheben sich in hierarchischer Ordnung die übrigen höheren Stände. Damit ist nicht gesagt, daß die Nährstände nicht aller Achtung und Ehre wert seien, oder daß die Angehörigen derselben ein geringeres Verdienst vor Gott haben, keineswegs, sondern bloß, daß die übrigen Stände an und für sich für die irdische Gesellschaft einen höheren Rang einnehmen, daß sie ferner eine höhere Begabung und Bildung erheischen und deshalb auch eine höhere Berücksichtigung beanspruchen dürfen.

Was tut nun der Sozialismus? Er will den Arbeiterstand zum ausschließlichen Stand erheben und die Arbeitsleistung (die Schaffung von „Werten") zum Maßstab der gesellschaftlichen Organisation und der Stellung der Glieder in der Gesellschaft erheben. Die ganze Gesellschaft (der Staat) soll in „eine einzige Wirtschaftsorganisation" verwandelt werden[1]. Niemand darf sich der Teilnahme an der Produktion entziehen. Unnütze, d. h. unproduktive Existenzen sollen nicht geduldet werden. Daß bei einer solchen Organisation, bei der alle an die Produktion gekettet sind, für höhere Berufe, z. B. für ein ganz dem Gottesdienst geweihtes Priestertum, für katholische religiöse Orden und ähnliches, kein Platz ist, liegt auf der Hand.

Überhaupt wird durch den Sozialismus das ganze Denken und Trachten der Menschheit von den idealen Gütern abgelenkt und in die Niederungen materieller Genüsse herabgezogen. Von Idealen, die das Herz erheben und erfreuen, kann der Sozialismus eigentlich gar nicht mehr reden.

Doch wir irren, auch der Sozialismus macht Anspruch auf Ideale. Aber welches sind diese Ideale? Ein Sozialist sagt es uns mit den Worten, die einst Heine den Saint-Simonisten zurief: „Ihr verlangt einfache Trachten, enthaltsame Sitten, ungewürzte Genüsse; wir hingegen verlangen Nektar und Ambrosia, Purpurmäntel, kostbare Wohlgerüche, Wollust und Pracht,

[1] Kautsky und Schönlank, Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie (1892) 26.

Digitized by Google

lachenden Nymphentanz, Musik und Komödien"; aber, fügt derselbe Sozialist hinzu, wir verlangen sie für alle und gewähren sie allen[1].

Also der schlammige Epikureismus, den wir im Leben Heines verwirklicht sehen, das ist der Himmel der Sozialdemokraten.

Vierter Artikel.

Stellung des Sozialismus zur Religion[2].

§ 1. Die Grundlehren des Sozialismus sind mit der Religion unvereinbar.

1. Um in unserer Frage nicht im Dunkeln herumzufahren, müssen wir uns zuerst über den Begriff der Religion klar werden.

Was ist Religion? Nach vielen neueren Religionsphilosophen aus der Schule Kants ist die Religion nur ein rein subjektives Gebilde; sie besteht aus Werturteilen, Vorstellungen und Idealen, die sich jeder auf Grund subjektiver Bedürfnisse und Erfahrungen bildet. Diese Gefühle und Werturteile lassen sich nicht wissenschaftlich beweisen, sie bewegen sich in dem der Wissenschaft unzugänglichen Gebiete des Glaubens, und unter Glauben ist hier nicht das Fürwahrhalten auf fremde Autorität hin zu verstehen, sondern nur eine Summe von Überzeugungen, die man sich auf Grund seiner Gefühle bildet, und auf deren objektive Realität es im Grunde nicht ankommt.

In diesem Sinne redet W. Sombart von Religion. Die religiöse Überzeugung hat sich nach ihm in neuerer Zeit aus den Klauen der Wissenschaft gerettet, Religion und Wissenschaft haben miteinander nichts zu tun. Die Wissenschaft überschreitet ihre Kompetenz, wenn sie für die „Welt der Werte und des Glaubens" all-

[1] J. Stern, Thesen über den Sozialismus 34.

[2] Vgl. Stang, Sozialismus und Christentum. Aus dem Englischen übersetzt von Rudolf Amberg (Einsiedeln 1907); J. J. Ming, The Characteristics and the Religion of Socialism (New York 1908); Käser, Der Sozialdemokrat hat das Wort!⁴ (Freiburg 1911); Fr. Meffert, Sozialdemokratie und Religion (M.-Gladbach 1912); Fr. X. Kiefl, Sozialismus und Religion (Regensburg 1919); Cathrein, Sozialdemokratie und Christentum, 17. bis 21. Tausend (Freiburg 1919).

Digitized by Google

gemein gültige Normen aufstellt. Außerdem will er, daß man Religion und Kirche scharf voneinander trenne[1].

Im Geleise dieser Ideen bewegt sich auch Kautsky. Unter Religion versteht er einen „individuellen Gemütszustand, eine Erhebung der Persönlichkeit über ihre Augenblicksinteressen hinaus, eine Art ethischen, überschwenglichen Idealismus“[2]. Das stimmt ungefähr mit den Anschauungen von G. Simmel, dem die Religion ein Grundgefühl ist, das im Verhältnis des Patrioten zum Vaterland, des Kosmopoliten zur Welt, des Arbeiters zu seiner Klasse sich kundgeben kann[3].

Max Maurenbrecher, der aus einem evangelischen Theologen ein Sozialdemokrat geworden, stimmt dem Genossen Hans Müller darin bei, daß die Religion dem heutigen Sozialismus nötig sei[4]. Er will jedoch weitergehen und zeigen, daß der Sozialismus wirklich Religion hat[5]. Und worin besteht diese sozialistische Religion? „Die Treue gegenüber der unbekannten Zukunft, der Dienst an der Weltbewegung, ohne daß wir ihren Ursprung, ihren Sinn, ihre treibende Kraft und ihren Wert verstehen: das ist die Religion des modernen Menschen, der sein Leben als Teil des ganzen Weltgeschehens fühlt und von daher Weihe und Verantwortlichkeit (!) für sein Leben gewinnt. Die Religion des Sozialisten insbesondere aber ist der Gedanke, daß die Emporhebung der arbeitenden Klassen diejenige Aufgabe ist, die die Kulturmenschheit gerade in der Gegenwart für die Weltbewegung im ganzen zu leisten hat. Wir würden unsere Pflicht gegenüber dem Weltgeschehen im ganzen nicht erfüllen, wir würden der Treue und damit des Wertes unseres Lebens ermangeln, wenn wir diesem Ziel nicht alle Arbeit und Hingebung

[1] Sozialismus und sozialistische Bewegung 100.

[2] Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche 4. Über Kautsky vgl. Fr. X. Kiefl, Die Theorien des modernen Sozialismus und der Ursprung des Christentums (Kempten 1915).

[3] Die Religion (In der Sammlung „Die Gesellschaft“) 28 ff.

[4] Vgl. Hans Müller, Das religiöse Moment in der sozialistischen Bewegung, in den Sozialistischen Monatsheften 1910, 1665 ff.

[5] Das religiöse Element im heutigen Sozialismus, in den Sozialistischen Monatsheften 1911, 37 ff.

Digitized by Google

widmen wollten." Diese Religion läßt sich nach Maurenbrecher nicht wissenschaftlich beweisen; wir können nicht sagen, meint er, „daß die Weltentwicklung mit Naturnotwendigkeit zum Sozialismus führt"; es kann auch anders kommen; „dafür aber haben wir einen ungeheuern Impuls für den Willen, eine sittliche Wucht für die Agitation und für die sozialistische Selbsterziehung"[1]. Also die ganze Religion des Sozialismus besteht im Dienste des Weltgeschehens, dessen Ursprung und Endziel niemand kennt. Auch das sozialistische Endziel ist ungewiß, aber der Sozialist soll kräftig daran mitarbeiten, das gibt seinem Willen Impuls und eine sittliche Wucht für die Agitation!

Das ist ungefähr die Religion, der wir auch bei dem sozialdemokratischen „Pfarrer" Paul Pflüger in Zürich begegnen[2]. „Gott und Natur sind im Grunde eins." „Das auf das Weltganze gerichtete Innenleben und Verhalten des Menschen nennen wir Religion."[3] Von persönlicher Unsterblichkeit und jenseitiger Vergeltung ist selbstverständlich keine Rede.

In demselben Geleise bewegt sich Emil Felden[4], der behauptet, Marx habe dem Monismus zum Siege verholfen, indem er jedes übernatürliche, von Gott oder Göttern bewirkte Geschehen definitiv beseitigte. Dieser Monismus macht jener Religion ein Ende, die als wesentliches Merkmal am Glauben an einen überweltlichen Gott (oder Götter) festhält. Dieser Religionsbegriff ist aber falsch. Der wahre Kern der Religion besteht in dem Bestreben der Menschen, der Welt gegenüber den in ihnen vorhandenen Glückseligkeitstrieb zu befriedigen[5]. Während der Sozialismus den Menschen durch äußere Güter befriedigen will, sucht die Religion ihn innerlich zu befriedigen, indem sie ihn immer mehr vom Tierischen befreit; Religion und Sozialismus gehören deshalb zusammen, sie ergänzen einander. Felden behauptet,

[1] A. a. O. 44—45.
[2] Grundriß eines modernen Moral- u. Religionsunterrichts[2] (Zürich 1907).
[3] Ebd. 14 16.
[4] Kirche, Religion und Sozialdemokratie (Berlin 1919, Buchh. Vorwärts).
[5] Ebd. S. 40.

Digitized by Google

ganz mit Ed. David übereinzustimmen, nach dem die Religion im besten Sinne des Wortes im Idealismus besteht, der sich im Kampf für den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft betätigt[1].

So tönt es uns heute von allen Seiten entgegen: die Religion besteht nur im Gefühl der Sehnsucht nach etwas Großem und Beglückendem, sie ist nur eine gehobene Festtagsstimmung, ein Schwärmen für irgendwelche Ideale u. dgl. Eine solche Religion läßt sich allerdings leicht mit dem Sozialismus vereinigen. Aber diese Auffassung ist falsch und nur eine Maske zur Verhüllung der Religionslosigkeit, die man nicht offen bekennen will. Dieses moderne Gerede über Religion ist nur eine große Fälschung, eine Lüge.

Unter Religion haben alle Völker bis auf den heutigen Tag die Art und Weise verstanden, wie sie ihr Verhältnis zu überirdischen persönlichen Wesen auffaßten, von denen sie sich abhängig fühlten und die sie durch Gebete, Opfer, Tempel und Feste zu verehren suchten. Auch das Christentum hat immer an dieser Auffassung festgehalten. Es kann hier nicht meine Aufgabe sein, die Wahrheit des Christentums zu beweisen. Das ist Sache der Apologetik. Ich will nur an einige Grundwahrheiten des Christentums kurz erinnern. Schon die bloße Vernunft vermag durch die Betrachtung der Ordnung, Schönheit und Zweckmäßigkeit der sichtbaren Dinge mit Sicherheit zur Erkenntnis Gottes und zur Einsicht zu gelangen, daß der Mensch seinen Schöpfer und Herrn anbeten, ihm dienen, ihn verehren, ihn über alles lieben soll. Diese Verehrung, die der Mensch Gott schuldet und die sich in Gebeten, Opfern, Festen u. dgl. äußert, ist die Religion. Gott hat sich aber den Menschen nicht bloß durch die Zeichensprache der Geschöpfe geoffenbart. Er hat seinen eingebornen Sohn als Erlöser in die Welt gesandt und dessen göttliche Sendung durch zahlreiche unleugbare Zeichen und Wunder, besonders durch die glorreiche Auferstehung von den Toten, beglaubigt. Wir sollen an Christus, den Gottessohn, glauben, seine Gebote halten und die

[1] Felden, Kirche, Religion und Sozialdemokratie 41. Eine ähnliche „Neue Religion" empfiehlt Adolf Allwohn in den Sozialistischen Monatsheften 1919, 810. Der Sozialismus selbst wird die wahre Religion.

Digitized by Google

von ihm eingesetzten Gnadenmittel gebrauchen, um dadurch zur ewigen Seligkeit zu gelangen. Christus hat, bevor er in den Himmel auffuhr, die Kirche als seine Stellvertreterin, als unsere Lehrerin und Führerin auf dem Wege des Heiles eingesetzt. Sie bildet deshalb einen wesentlichen Teil der Religion im katholischen Sinne[1].

Die Religion ist also nicht etwas rein Subjektives; sie setzt voraus und enthält eine Summe von Wahrheiten, die wir auf Gottes Zeugnis hin annehmen und nach denen wir unser ganzes Leben einrichten müssen, wenn wir zur ewigen Seligkeit gelangen wollen.

2. Hält man an dieser Anschauung fest, die in den wesentlichsten Punkten den positiv gläubigen Protestanten mit den Katholiken gemeinsam ist, so kann nach dem über die „materialistische Geschichtsauffassung" Gesagten (S. 37 u. 193 ff.) nicht zweifelhaft sein, daß der sog. „wissenschaftliche" Sozialismus dem Christentum, ja jeder wahren Religion feindlich gegenübersteht. Diese Geschichtsauffassung leugnet vor allem jeden „Dualismus von Geist und Materie". „Die wirkliche Einheit der Welt", sagt Engels[2], „besteht in ihrer Materialität." Es gibt nach dem Sozialismus nur Materie und Bewegung, keinen Geist, keinen persönlichen Gott, keine göttliche Vorsehung, der Mensch hat ebensowenig eine unsterbliche Seele als das vernunftlose Tier, aus dem er sich entwickelt hat; Wunder sind unmöglich, alles Hoffen auf ein besseres Jenseits ist eitler Wahn und Torheit; alles, was man bisher ideelle geistige Ordnung nannte, ist nur das Produkt der ökonomischen Verhältnisse jeder Epoche. „Die jedesmalige ökonomische Struktur der Gesellschaft bildet die reale Grundlage, aus der der gesamte Überbau der rechtlichen und politischen Einrichtungen sowie der religiösen, philosophischen und sonstigen Vorstellungsweise eines jeden geschichtlichen Zeitabschnittes in letzter Instanz zu erklären sind."[3] „Alle Religion ist nichts als die

[1] Die hier angedeuteten Wahrheiten habe ich eingehender begründet in dem Buche: Die katholische Weltanschauung[4] (Freiburg 1914).

[2] Dührings Umwälzung der Wissenschaft 28.

[3] Ebd. 11. Schon im „Kommunistischen Manifest" heißt es: „Die Gesetze, die Moral, die Religion sind für ihn (den Proletarier) ebensoviele bürgerliche Vorurteile, hinter denen sich ebensoviele bürgerliche

Digitized by Google

phantastische Widerspiegelung in den Köpfen der Menschen, derjenigen Mächte, die ihr tägliches Dasein beherrschen, eine Widerspiegelung, in der die irdischen Mächte die Form von überirdischen annehmen."[1] Die Religion ist das „Kostüm"[2], eine „Maske"[3]. Deshalb braucht die Religion nicht abgeschafft zu werden, sie „stirbt ab", sie verschwindet, sobald es nichts mehr widerzuspiegeln gibt[4]. Auch Kautsky belehrt uns, daß mit der sozialistischen Partei „eine neue Moral und neue Philosophie" erwachse. Von einer neuen Religion spricht er nicht. Natürlich, die „stirbt ab". Es gibt nichts mehr „phantastisch widerzuspiegeln".

Wenn es also wahr ist, was die sozialistischen Koryphäen behaupten, die materialistische Geschichtsauffassung sei eine wesentliche Grundlage des „wissenschaftlichen" Sozialismus, so dürfte dessen Stellung zur Religion für jeden Denkenden genügend gekennzeichnet sein. Einem zielbewußten Sozialisten, der die Lehre, welche er vertritt, auch wirklich erfaßt hat, muß es fast naiv erscheinen, wenn man ihm beweisen will, der Sozialismus sei mit der Religion im hergebrachten Sinne unverträglich. Ein überzeugter Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung kann keine wahre Religion mehr haben, und würden alle Menschen Sozialisten, dann müßte die Religion von selbst „absterben".

Es ist ganz konsequent, wenn Friedrich Stampfer, der Hauptredakteur des „Vorwärts"[5], schreibt, die Sozialdemokratie verlange kein bestimmtes Bekenntnis, „aber ihr ganzes Wesen verlangt es, daß sie gegen jeden Versuch, das menschliche Denken unter geheimnisvollen Versprechungen oder Drohungen in bestimmte

Interessen verstecken." Vom „Kommunistischen Manifest" sagt Sombart (Sozialismus und soziale Bewegung 60): „Es strotzt von Irrtümern, von unreifen Ideen, und es ist trotzdem ein unübertroffenes Meisterwerk." Wie ein kleines Schriftchen, das von Irrtümern und unreifen Ideen strotzt, trotzdem ein „unübertroffenes Meisterwerk" sein könne, das Geheimnis hat Sombart nicht verraten.

[1] Engels a. a. O. 304. [2] Engels, Ludwig Feuerbach 65.
[3] Neue Zeit 1894: Zur Geschichte des „Urchristentums" 5.
[4] Engels, Dührings Umwälzung der Wissenschaft 305.
[5] Religion ist Privatsache? (Berlin 1919) 14.

Digitized by Google

Formen[1] gewaltsam hineinzupressen, mit aller Entschiedenheit bekämpft. . . . Der Sozialismus ist sich dessen bewußt, daß er nur im Streit gegen die Dogmen der Kirche werden konnte, was er ist."[2]

3. Die materialistische Geschichtsauffassung widerspricht dem Christentum auch von seiten der Moral. Nach christlicher Anschauung ist die Moral ein wesentlicher Teil der Religion. Die sittlichen Gebote sind göttliche Gebote. Schon durch die Natur selbst hat Gott das natürliche Sittengesetz allen Menschen ins Herz geschrieben, wie der hl. Paulus lehrt[3]. Dieses Gesetz kündigt sich im Gewissen aller Menschen an, auch wenn sie keine Kenntnis von der übernatürlichen Offenbarung haben, und nach diesem Gesetz werden sie einst alle am großen Gerichtstage zur Rechenschaft gezogen werden. Die wichtigsten Pflichten, die uns dieses Gesetz auferlegt, sind die Pflichten gegen Gott. Wir sollen Gott erkennen, ihn lieben, ihn anbeten, ihm dienen.

Das ist aber noch nicht die ganze christliche Moral. Wir sollen an Christus, den gottgesandten Erlöser, glauben, alles, was er uns gelehrt, für wahr halten und alle seine Gebote beobachten. „Willst du in das Leben eingehen, so halte die Gebote."[4] „Wenn ihr mich liebt, so haltet meine Gebote."[5] Zu diesen Geboten gehört auch das Gebot, uns der Kirche zu unterwerfen, der er die Verkündigung seiner Lehren und die Ausspendung seiner Gnadenmittel anvertraut hat. Christus wird einst zum Gerichte erscheinen und einem jeden

[1] d. h. Dogmen oder Glaubenssätze.

[2] Religion ist Privatsache 6. Wie die meisten Sozialdemokraten redet natürlich Stampfer immer im Namen der „Wissenschaft". Die Sozialdemokratie, behauptet er, stehe zur Religion nicht anders als die gesamte Wissenschaft. Die „Wissenschaft" habe längst nachgewiesen, daß „alle Behauptungen der Religion", die sich auf die sinnlich wahrnehmbare Welt beziehen (z. B. Schöpfung der Materie, des Lebens, Wunder) unhaltbar seien. „Da der Mensch in Wirklichkeit kein höheres Wesen kennt als sich selber, gerät er immer in Versuchung, seiner Gottheit menschliche Züge anzudichten." Charakteristisch für die tiefe „Wissenschaft" Stampfers ist der Satz: „Der erste Versuch, das Dasein Gottes zu beweisen, war die erste Ketzerei" (a. a. O. 6).

[3] Röm. 2, 14 ff. [4] Matth. 19, 17. [5] Joh. 14, 15.

Digitized by Google

nach seinen Werken vergelten. Die Beobachtung oder Übertretung der christlichen Moral wird über unsere Ewigkeit entscheiden.

Wie stellt sich nun der marxistische Sozialismus zu dieser Moral? Wer die materialistische Geschichtstheorie auch nur halbwegs begriffen hat, sieht sofort ein, daß nach ihr von einer solchen christlichen Moral überhaupt keine Rede sein kann. „Das Ideelle", sagt Marx, „ist nichts anderes als das im Menschenkopf umgesetzte und übersetzte Materielle."[1] „Die höheren Wesen, die unsere religiöse Phantasie schuf, sind nur die phantastische Rückspiegelung unseres eigenen Wesens." So Engels[2].

Schon das „Kommunistische Manifest" hat die Moral zugleich mit der Religion für ein „bürgerliches Vorurteil" erklärt. Engels schreibt: „Wir weisen demnach eine jede Zumutung zurück, uns irgendeine Moraldogmatik als ewiges, endgültiges, fernerhin unwandelbares Sittengesetz aufzudrängen, unter dem Vorwande, auch die moralische Welt habe ihre bleibenden Prinzipien, die über der Geschichte und den Völkerverschiedenheiten stehen.... Wir behaupten dagegen, alle bisherige Moraltheorie sei das Erzeugnis, in letzter Instanz, der jedesmaligen ökonomischen Gesellschaftslage. Und wie die Gesellschaft sich bisher in Klassengegensätzen bewegte, so war die Moral stets eine Klassenmoral."[3] Ähnlich Bebel[4]: „Wie jede soziale Entwicklungsstufe der Menschheit ihre eigenen Produktionsbedingungen, so hat auch jede ihren Moralkodex, der nur das Spiegelbild ihres Sozialzustandes ist." Und wiederum: „Wie die Religion, so entspringen auch die Begriffe über die Moral dem jeweiligen Sozialzustand des Menschen."[5] J. Dietzgen[6] hofft, daß in der Zukunftsgesellschaft „eine neue Sittlichkeit die Menschen ergreifen wird". Nach Kautsky erwächst in dem modernen Proletariat eine neue Klasse „mit einer neuen Moral und neuen Philosophie"[7]. Seinen Versuch, auf Grund des ökonomischen Materialismus den Ursprung der Ethik zu erklären, haben wir

[1] Das Kapital, Vorrede zur zweiten Auflage.
[2] L. Feuerbach[2] 11.
[3] Dührings Umwälzung der Wissenschaft[2] 81.
[4] Die Frau[50] 17. [5] Ebd. 446—447.
[6] Die Zukunft der Sozialdemokratie (1894) 14.
[7] Das Erfurter Programm (1892) 198.

Digitized by Google

schon früher besprochen[1]. „Ein tierischer Trieb, nichts anders ist das Sittengesetz."

4. Die wesentlich antichristliche Stellung des Sozialismus zeigt sich ferner in seiner rein irdischen, „diesseitigen" Auffassung des menschlichen Lebens. Oder könnte etwa ein System, das von der Voraussetzung ausgeht, der Mensch sei von Gott für die Ewigkeit erschaffen, er lebe hienieden auf Erden, um sich durch Erfüllung des göttlichen Willens den Himmel zu erwerben, die Güterproduktion zum obersten Maßstab der gesellschaftlichen Organisation nehmen und nur denjenigen Anteil an den Gütern der Erde gewähren, welche sich an der Produktion beteiligen? Könnte es die Religion als etwas Gleichgültiges, um das man sich nicht zu kümmern braucht, beiseite liegen lassen? So ist zweifelsohne schon die Grundidee des Sozialismus nicht nur mit dem Christentum, sondern mit jeder Religion im Widerspruch. Sein Dekalog sind die Menschenrechte, sein Gott ist der demokratische Volksstaat, sein Ziel und Ende irdischer Genuß für alle, sein Kult die Produktion.

So faßt auch Ed. Bernstein die Stellung der klassenbewußten Arbeiterbewegung zur Religion auf. Alle sozialistischen Utopien sind nach ihm „religionskritisch" gehalten[2]. „Mit dem überlieferten Staat und den überlieferten Eigentumseinrichtungen machen sie auch den überlieferten Kirchen den Prozeß. Eine dogmenfreie Religion, einen vereinfachten, von mystischer Einkleidung befreiten Kultus — das finden wir in so ziemlich allen sozialistischen Idealgesellschaften geschildert. Und wie mit der althergebrachten Kirche, so mit den überlieferten *Moralbegriffen*. Keine sozialistische Utopie ohne eine sozialistische Morallehre, die stets notwendig *wesentlich weltlicher Natur*, wenn nicht direkt naturalistisch ist. *Das ist aber auch die naturgemäße Tendenz der fortgeschrittenen Arbeiterbewegung...*" Sie wird „*durch ihre Kampfesstellung*

[1] Siehe oben S. 211 ff. Eingehend habe ich „die sozialdemokratische Moral" gekennzeichnet in den „Stimmen aus Maria-Laach" LXX (1906) 365 ff. Man vergleiche noch meine Broschüre: Sozialdemokratie und Christentum (Freiburg 1919).

[2] Die Arbeiterbewegung (Frankfurt a. a. M.) 191—192.

Digitized by Google

gegen die herrschenden Gewalten zur weltlich-naturalistischen Kritik der von dieser und ihren Vertretern verfochtenen Glaubens- und Moralbegriffe getrieben. Auch sie findet dabei ihre Hauptstütze in der auf sich selbst gestellten (alle übernatürliche Offenbarung ablehnenden) Vernunft. Wo sie sich für den Sozialismus auf das Urchristentum beruft, wird dieses mit innerer Notwendigkeit als Diesseitigkeitslehre behandelt. . . . In jedem Fall ist die Arbeiterbewegung so weit, als sie auf die materielle Vermehrung der Lebensgenüsse der Arbeiterklasse gerichtet ist, auch notwendig von der Idee der irdischen Glückseligkeit beherrscht, ist sie schlechthin eudämonistisch und hedonistisch gestimmt."

5. Auch die Hauptforderung des Sozialismus ruht stillschweigend auf dem Atheismus. Er verlangt volle Gleichheit des Rechts und der Existenzbedingungen für alle, und zwar in jeder, auch der sozialen Beziehung. Jede Ungleichheit der einzelnen und der Stände brandmarkt er als unerträgliche Übervorteilung und Benachteiligung. Wenn Vernunft und Offenbarung fordern, daß der Diener seinem Herrn, der Untertan der Obrigkeit, die Frau dem Manne, die Kinder den Eltern gehorchen, und zwar um des Gewissens willen oder weil es Gott gebietet, so sind das für den Sozialisten ebensoviele Verstöße gegen die Gleichheit der Rechte und Pflichten aller. Nach sozialistischer Anschauung hat jeder das Recht, nur den Gesetzen und Vorstehern unterworfen zu werden, die er selbst gebilligt und anerkannt hat. Damit ist das Prinzip der Autorität, die aus Gott stammt und um des Gewissens willen von uns Gehorsam verlangt, umgestoßen[1]. Daß der Sozialismus die Ehe im naturrechtlichen, ge-

[1] Vgl. darüber die Enzyklika Leos XIII. Quod apostolici vom 28. Dezember 1878 und das päpstliche Rundschreiben über die Arbeiterfrage. In der ersten Sitzung der deutschen Nationalversammlung (6. Februar 1919) sagte der jetzige Reichspräsident Fritz Ebert, die alten gottgegebenen Abhängigkeiten seien für immer beseitigt. Das ist eine Absage an jede gottgesetzte Autorität. Ihm antwortete Dr. Gröber mit Recht, nach katholischer Auffassung sei jede rechtmäßige Autorität, sowohl in der Monarchie als in der Republik, ein Ausfluß der Autorität Gottes. Nur wer von Gott

Digitized by Google

schweige denn im christlichen Sinne auflöst und untergräbt, werden wir weiter unten bei Besprechung des Verhältnisses der Familie zum Sozialismus zeigen.

6. Nicht minder ist die Stellung des Sozialismus zum Eigentum im Widerspruch mit der christlichen Lehre. Christus hat zwar die Armut durch Wort und Beispiel als Weg der Vollkommenheit empfohlen, aber das Privateigentum als rechtmäßig anerkannt, wie wir schon früher gezeigt haben[1]. Er hat das Gebot: Du sollst nicht stehlen, nicht deines Nächsten Haus und Acker begehren, nicht aufgehoben, sondern von neuem eingeschärft. Es ist also eine dem Christentum widersprechende Lehre, jedes Privateigentum sei „Diebstahl"[2].

Die Päpste haben schon wiederholt den Sozialismus verworfen, weil das Vorhaben, das Privateigentum abzuschaffen, dem Wohl des einzelnen, der Familie und der Gesellschaft schädlich sei und dem Naturrecht widerspreche. Zur Grundlage bei der Lösung der sozialen Frage sollen die Katholiken die Überzeugung nehmen, daß das Privateigentum unverletzt zu erhalten sei. Ich werde das später eingehend zeigen. Es ist also einem Katholiken nicht gestattet, sich den Sozialdemokraten anzuschließen unter dem Vorgeben, daß er bloß deren wirtschaftliche Ziele annehme.

7. Das Christentum verbietet die Revolution, d. h. den gewaltsamen Umsturz der zu Recht bestehenden gesell-

---

das Recht dazu erlangt hat, kann uns im Gewissen unter Sünde verpflichten. „Es gibt keine Autorität", sagt der Apostel Paulus (Röm. 13, 1 ff.), „außer von Gott, und die, welche besteht, ist von Gott angeordnet. Wer demnach sich der (obrigkeitlichen) Gewalt widersetzt, der widersetzt sich der Anordnung Gottes, und die sich dieser widersetzen, ziehen sich selbst Verdammnis zu." Das gilt nicht nur von der Autorität in Staat, sondern auch von der Autorität in der Familie und überhaupt in jeder andern rechtmäßigen Gewalt.

[1] Siehe oben S. 15 f.

[2] Gestützt auf die früher angeführten Stellen der Heiligen Schrift und die Verurteilung der Häresie der Apostoliker und Wicleffs durch die Kirche, bezeichnen die Theologen die Behauptung, das Privateigentum sei ungerecht oder unerlaubt, als einen Verstoß gegen den Glauben. So z. B. Lessius, De iustitia et iure c. 5, dub. 2; Dom. Soto, De iust. et iure l. 4, q. 3.

Digitized by Google

schaftlichen Ordnung. Der Sozialismus ist aber nach dem eigenen Geständnis seiner Hauptvertreter eine wesentlich revolutionäre Partei. Das gilt nicht bloß von den radikalen „Unabhängigen" und den noch radikaleren Spartakisten, sondern auch von den gemäßigten Sozialdemokraten. Allerdings, wenn man den letzteren diesen Vorwurf macht, flüchten sie sich hinter den Doppelsinn des Wortes Revolution. Es gebe auch eine friedliche, gesetzliche Revolution. Doch das ist Spiegelfechterei. Die Revolution in Rußland, Deutschland und Österreich hat klar gezeigt, was von dieser friedlichen Versicherung zu halten ist. Sobald sie die Macht dazu haben, ist ihnen jede Revolution recht.

Die gemäßigteren Sozialdemokraten wollen freilich zuerst durch Verbreitung ihrer Ideen den Boden vorbereiten und die politische Gewalt in ihre Hand bringen. Aber wenn sie einmal stark genug geworden sind und den Zeitpunkt zur Durchführung ihrer Pläne für gekommen erachten: so werden sie auch die rohe, brutale Gewalt zu Hilfe nehmen. Die revolutionäre Diktatur soll dann mit Blut und Eisen die widerspenstigen Elemente niederhalten und den Geburtshelfer der neuen sozialistischen Ordnung abgeben.

Oder sind denn etwa die auf ihre Wissenschaft und Menschenkenntnis so eingebildeten Führer der Sozialdemokratie so naiv, zu glauben, alle Privateigentümer würden einst freiwillig ihr Eigentum an die Gesamtheit abtreten, die Monarchen würden freiwillig von ihren Thronen steigen, die Kirche und ihre Genossenschaften und Anstalten würden freiwillig auf ihren Besitz verzichten, der Adel sich freiwillig seiner Rechte und der Bauernstand seiner Güter begeben?

Die Heerführer des Sozialismus haben übrigens über diesen Punkt schon unzählige Male in der wünschenswertesten Klarheit die tiefsten Gedanken ihres Herzens enthüllt. Wir verweisen auf die zahlreichen früher (S. 73 ff.) angeführten Zeugnisse.

8. Erwähnt sei noch die Stellung der Sozialdemokratie zum Eide und zur Wahrhaftigkeit.

Was die Sozialdemokraten über den Eid denken, ist eigentlich aus ihrem Atheismus von selbst klar. Für den Atheisten ist der Eid eine wert-

Digitized by Google

lose Zeremonie. Auf dem Lübecker Parteitag (1901) sagte Bebel: „Wir (Sozialdemokraten) haben im sächsischen Landtag erklärt: wir leisten den Eid, wir betrachten ihn als leere Form, wir sind Republikaner und werden uns in unserer Abstimmung nicht dadurch gebunden halten. Der Verfassungseid ist ein altes Inventarstück aus den dreißiger und vierziger Jahren.... Die Reichsverfassung kennt ihn nicht, und wenn heute in einem Staate eine neue Verfassung beschlossen würde, würde niemand mehr einen solchen Eid fordern, weil man weiß, daß er zwecklos und nutzlos ist."[1] Wenn der Verfassungseid eine leere Form ist, so gilt das selbstverständlich auch vom Eide vor Gericht, vom Beamten- und Fahneneid usw. In der holländischen Kammer erklärte der Sozialist Troelstra, der Eid sei ein Unsinn. Er gab höhnisch zu verstehen, daß er nichts auf den Eid gebe. „Sechsmal habe ich der Königin Treue geschworen, aber das ist noch kein politisches Glaubensbekenntnis."[2] Als im Jahre 1908 zum erstenmal Sozialdemokraten in den Preußischen Landtag gewählt wurden und konservative Blätter fragten, wie sich die sozialdemokratischen Abgeordneten wohl zum Eide auf die Verfassung stellen würden, bemerkte die sozialdemokratische, von Mehring redigierte „Leipziger Volkszeitung", daß sich die Sozialdemokratie an dergleichen „Kindertrödel" nicht stoßen werde[3].

Da der Meineid immer eine Lüge enthält, so ist durch die Stellung der Sozialdemokraten zum Eid schon ihre Stellung zur Lüge gekennzeichnet. In der offiziellen Wochenschrift die „Neue Zeit" erklärte Kautsky: „Eine der wichtigsten (Pflichten) ist die Pflicht der Wahrhaftigkeit den Genossen gegenüber. Dem Feinde gegenüber hat man diese Pflicht nie anerkannt. Daneben gibt es ohne sie kein dauerndes Zusammenwirken gleichgestellter Genossen. Sie gilt für jede Gesellschaft ohne Klassengegensätze."[4] Also nur den gleichgestellten Genossen ist man die Wahrhaftigkeit schuldig. Mitmenschen anderer Klassen darf man anlügen. Auf einer sozialdemokratischen Versammlung zu Hamburg wurde der Antrag eingebracht, eine Mißbilligung dieses Satzes auszusprechen, weil er das Ansehen der Partei, die „für

[1] Protokoll der Verhandlungen des Parteitages zu Lübeck 1901, 271.

[2] Kölnische Volkszeitung 1903, Nr. 895. Andere ähnliche Aussprüche von Sozialisten über den Eid in der Schrift: Meineid und Sozialdemokratie (Berlin 1892).

[3] Vgl. „Vorwärts" 1908, Nr. 136.

[4] Die Neue Zeit, 22. Jahrg., I 5.

Digitized by Google

Recht und Wahrheit" kämpfe, schädigen könne. Aber der Antrag wurde von der Versammlung verworfen [1].

Ich könnte noch auf die Stellung des Sozialismus zur Familie hinweisen. Doch davon wird später die Rede sein. Das Gesagte genügt vollständig zum Beweise, daß Sozialismus und Christentum sich so wenig vertragen wie Finsternis und Licht, und daß jeder, der weiß, was der Sozialismus ist und will, sich nur um den Preis des Bruches mit dem Christentum den Sozialdemokraten anschließen kann [2].

§ 2. Die Religionsfeindlichkeit des Sozialismus bewiesen durch ausdrückliche Zeugnisse.

I. Zeugnisse deutscher Sozialdemokraten.

Der innere in der Natur begründete Widerspruch zwischen Sozialismus und Christentum kommt in zahlreichen unzweideutigen Zeug-

[1] Kölnische Volkszeitung 1903, Nr. 895.

[2] Es zeugt deshalb von allzu oberflächlicher Auffassung, wenn P. Göhre (Drei Monate Fabrikarbeiter [1891] 216) schreibt: „Es muß der Grundsatz durch uns zur Tatsache werden, daß auch ein Sozialdemokrat Christ und ein Christ Sozialdemokrat sein kann." Die gleiche Ansicht äußerte der Theolog Theodor v. Wächter (s. „Vorwärts" 1893, Nr. 246, 1. Beilage). Auch Konsistorialrat Dr. Frank hat in einer sozialdemokratischen Versammlung in Danzig (September 1900) die Frage: Kann ein Christ Sozialdemokrat sein? bejahend beantwortet (vgl. „Vorwärts" 1900, Nr. 216). Richtiger ist, was Bebel schreibt (Christentum und Sozialismus 16): „Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser." In der Broschüre „Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche" [3] (1906) Vorwort, sagt Kautsky: „Ich spreche im Laufe der folgenden Ausführungen den Satz aus, daß es nicht unmöglich sei, gleichzeitig gläubiger Christ und Sozialdemokrat zu sein, d. h. den Klassenkampf des Proletariats mitzukämpfen und nach Aufhebung der Klassen zu streben. Da verschiedene Zuschriften mir zeigten, daß dieser Satz mißverstanden werden kann, halte ich es nicht für überflüssig, hier zu bemerken, daß ich die Vereinbarkeit des Christentums mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie als politische Partei keineswegs dahin verstehe, als hielte ich es für möglich, vom christlichen Standpunkt aus zu vollem Verständnis des wissenschaftlichen Sozialismus zu gelangen." Das ist deutlich und auch sehr schmeichelhaft für die „christlichen" Mitläufer im sozialdemokratischen Lager! Wer zum richtigen Verständnis des Sozialismus gelangt ist und trotzdem Sozialdemokrat bleibt, der hört auf, Christ zu sein.

Digitized by Google

niſſen zum Ausdruck. Die deutſche Sozialdemokratie erklärt in ihrem offiziellen Programm die Religion zur „Privatſache“; damit iſt wenigſtens der ſozialiſtiſche Staat von der Kirche losgeriſſen, religionslos und atheiſtiſch gemacht. Der Staat als Staat kennt weder Gott noch Religion. Um dieſen Standpunkt noch ausdrücklicher zu betonen, verlangt das Erfurter Programm außer der „Erklärung der Religion zur Privatſache“ noch die „Abſchaffung aller Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln zu kirchlichen und religiöſen Zwecken“.

Dieſe Lehre ſteht in offenem Widerſpruch mit der Lehre der katholiſchen Kirche, welche von jeher die prinzipiell geforderte Trennung von Kirche und Staat als eine unhaltbare, verwerfliche Doktrin verurteilt hat[1]. Sie ſteht auch im Widerſpruch mit der geſunden Vernunft. Der Staat iſt es vor allem Gott, dann ſich ſelbſt und ſeinen Untertanen ſchuldig, daß er die Religion nach Kräften fördere und unterſtütze[2]. Da ferner die ganze Erziehung der Jugend nach den Sozialiſten Staatsſache iſt, ſo folgt auch, daß ſie auf die Religion keinerlei Rückſicht nimmt oder atheiſtiſch iſt. Ausdrücklich verlangt das Erfurter Programm „Weltlichkeit (d. h. Religionsloſigkeit) der Schule“[3]. Wie ſehr dieſe Forderung der katholiſchen Lehre widerſpricht, braucht kaum bemerkt zu werden.

---

[1] Vgl. Syllabus thes. 55: Ecclesia a statu statusque ab Ecclesia seiungendus est; Enzyklika Leos XIII. Immortale Dei; Enzyklika Pius' X. Vehementer Nos esse d. d. 21 Febr. 1906.

[2] Vgl. hierüber Leos XIII. Enzyklika Immortale Dei und meine Moralphiloſophie II[5] 579 ff.

[3] Am 3. Mai 1902 bei Gelegenheit des Toleranzantrages beantragte Genoſſe Albrecht namens der ſozialdemokratiſchen Fraktion des Reichstages: „Die Religionsunterweiſung kommt in allen Schulen des Deutſchen Reiches als Unterrichtsgegenſtand ausnahmslos in Fortfall.“ Recht charakteriſtiſch für die Stellung der Sozialdemokraten zur Religion und Schule ſind die Verhandlungen des erſten ſozialdemokratiſchen Parteitages für Preußen zu Berlin vom 28. bis 31. Dezember 1904. Der Referent über die Schulfrage, Dr. Arons, verlangte völligen Ausſchluß jeden Religionsunterrichts aus der Volksſchule. Der Vorſchlag, denjenigen Eltern, die es

Digitized by Google

Gilt die Religion als Privatsache, so kümmert sich die Gesamtheit um Gott und Religion gar nicht, betrachtet sie mithin als etwas Gleichgültiges. Eine solche grundsätzliche Anschauungsweise setzt die Verachtung der Religion voraus und ist nur eine Vorstufe zur Verfolgung der Kirche. Nehmen wir an, die Kirche wolle Bistümer und Pfarreien errichten, Priester mit der Seelsorge betrauen, den Religionsunterricht in ihre Hand nehmen, die Ehe und die öffentlichen Feiertage regeln u. dgl. m. Wird der sozialistische Staat sie ruhig gewähren lassen? Wird es möglich sein, daß Kirche und Staat, die es doch mit denselben Menschen zu tun haben, unvermerkt aneinander vorübergehen? Und wenn der sozialistische Staat Priester und Ordensleute, ja die Bischöfe selbst in die Produktionsorganisation hineinzwängt und aus ihrem Berufe herausreißt, ist das nicht eine Rechtsverletzung gegen die Kirche, und wird das nicht zu beständigen Konflikten führen, die mit einer offenen Verfolgung der Kirche enden müssen?[1] Was wird geschehen, wenn die Kirche Grund und Boden für ihre Gotteshäuser, Klöster, Pfarrwohnungen, Spitäler, Seminarien u. dgl. beansprucht, wenn sie Arbeitskräfte und Material

---

wünschten, solle die Möglichkeit gelassen werden, neben der Schule den Kindern Religionsunterricht erteilen zu lassen, wurde verworfen. Als der Revisionist Rechtsanwalt Heine beantragte, man solle einen allgemeinen Moralunterricht einführen, wurde der Antrag fast einstimmig verworfen. Besonders der Redakteur der sozialdemokratischen „Rheinischen Zeitung", Dr. Erdmann, war über den Antrag sehr entrüstet und sagte: „Was ist denn Moralunterricht? Darstellung einer Sittenlehre? Ja, dann frage ich Heine, was für eine Sittenlehre es sein soll? Ich wüßte nicht welche!" Überhaupt durchwehte die sämtlichen Verhandlungen ein unverhohlener Haß gegen das Christentum, ja jede Religion.

[1] Bebel (Die Frau 446) schreibt über den Zukunftsstaat: „Hat jemand noch religiöse Bedürfnisse, so mag er sie mit seinesgleichen befriedigen. Die Gesellschaft kümmert sich nicht darum. Auch der Priester muß arbeiten, um zu leben, und da er dabei lernt, so kommt auch für ihn die Zeit, wo er einsieht, daß das Höchste ist: ein Mensch zu sein. Sittlichkeit und Moral bestehen auch ohne die Religion; das Gegenteil können nur Einfältige oder Heuchler behaupten. . . . Wie die Religion, so entspringen auch die Begriffe über die Moral dem jeweiligen Sozialzustand des Menschen."

Digitized by Google

für diese Anstalten verlangt? Wird der sozialistische Staat nicht von seinem Standpunkt gezwungen sein, derlei kirchliche Forderungen rundweg abzuweisen und so die heiligsten Rechte der Kirche zu verletzen und ihr die Lebensadern zu unterbinden?

Die scheinbare Zulassung der Religion als Privatsache ist also nur Gimpelfang. Man will diejenigen, welche in der Tiefe des Herzens noch eine gewisse Anhänglichkeit an die Religion bewahrt haben, nicht kopfscheu machen, indem man von ihnen den offenen Bruch mit der Religion verlangt. In seinem innersten Wesen ist der Sozialismus der Feind jeder Religion, welche es wagt, den Blick des Menschen von der Erde auf den Himmel emporzurichten, und ihm sagt, du lebst nicht allein vom Brote[1].

[1] Wie man in sozialdemokratischen Kreisen vielfach diesen Ausspruch „Religion ist Privatsache" versteht, zeigt folgende Auslassung der Fachzeitschrift „Der Zimmerer", Organ der freien Gewerkschaft (vgl. Kölnische Volkszeitung 1902, Nr. 230): „Der Satz des sozialdemokratischen Parteiprogramms, Religion solle Privatsache sein, wird bekanntlich von manchem dahin ausgelegt, als dürfe sich die Sozialdemokratie nicht mit religiösen Fragen beschäftigen; wer es tue, verstoße gewissermaßen gegen das Parteiprogramm. So ist natürlich der Satz nicht gemeint. . . . Nicht *ihre* Stellung zur Religion gibt die Sozialdemokratie in jenem Satze kund, sondern sie sagt in ihm nur, welche Stellung die *Staatsregierungen* zur Religion einzunehmen haben. Die Forderung ist gegen die Anmaßungen und Übergriffe der Kirchen gerichtet, die lediglich als Privatvereine angesehen und vom Staate behandelt werden sollen. Statt dessen wird der Satz zu einer Schutzwehr für die Kirche umgestempelt, wenn ihm die Auslegung gegeben wird, die Sozialdemokratie dürfe sich ihm zufolge nicht um religiöse Fragen bekümmern. Die moderne Arbeiterbewegung würde sich einen lästigen Pfahl im Fleisch stecken lassen, wenn sie über ihre Stellung zum Kirchenglauben irgendwelche Unklarheit bestehen lassen wollte. *Die Sozialdemokratie als Weltanschauung kann zur Kirche gar keine andere Stellung einnehmen, als daß sie deren Betäubungsmittel verwirft und die weitaus meisten Lehrsätze derselben entschieden bekämpft.* Diese Stellung ergibt sich schon allein daraus, daß die Kirche verlangt, man solle an einen allgütigen, allweisen und allgerechten *Gott glauben*, ohne dessen Willen kein Spatz vom Dache falle. Nun wohl! Wenn es einen solchen Gott gäbe, wäre es eine unerhörte Vermessenheit des Arbeiters, ja eine schwere Gotteslästerung, wenn er sich zur Erringung einer besseren Lage

Digitized by Google

Sollte es denn etwa reiner Zufall sein, daß die berufensten Sozialisten aus ihrem Religionshasse kein Hehl machen und sich vielfach in wüsten Gotteslästerungen gefallen?

Bekannt ist das abgedroschene Schlagwort von dem „Wechsel auf das Jenseits", mit dem sie die christlichen Reformbestrebungen verhöhnen.

Der „Vorwärts", das offizielle Parteiorgan, liebt es, bei jeder Gelegenheit das Christentum zu schmähen. In einer Weihnachtsbetrachtung (1890, Nr. 301) wird das Christentum beschuldigt, keine seiner Verheißungen erfüllt zu haben. „Wir wissen, daß das Christentum die Erlösung nicht gebracht hat. Wir glauben an keinen Erlöser, aber wir glauben an die Erlösung. Kein Mensch, kein Gott in Menschengestalt, kein Heiland kann die Menschheit erretten. Die Menschheit allein kann die Menschheit erretten und nur die arbeitende Menschheit." „Der Karfreitag", heißt es ein anderes Mal (1894, Nr. 70, 1. Beilage), „wurde von einem großen Teil des Berliner Proletariats durch eine Wallfahrt nach dem deutschen Golgatha, den Gräbern der Märzgefallenen (Revolutionäre), würdig begangen." Für das Osterfest schmäht er (1896, Nr. 81): „Vor 1863 Jahren starb nach der christlichen Legende der Stifter des Christentums am Kreuz, weil er für die Gleichheit der Menschen eingetreten war: am Tage, wo der internationale Sozialismus das Doppeljoch des Mammons abgeworfen . . ., feiert der millionenköpfige Menschensohn: das arbeitende Volk, seine Auferstehung. Die Feier dieser Auferstehung ist unser Osterfest — das Osterfest der Menschheit."

Besonders gern benutzt der „Vorwärts" das Pfingstfest zu Schmähungen gegen das Christentum. „Nach der christlichen Mythe wurde am ersten Pfingstfest der Heilige Geist ausgegossen.... Der Sozialismus ist auch eine neue Lehre und verkündigt die frohe Botschaft der Erlösung, doch nicht der Erlösung durch einen Messias. Mögen die Jünger heute und morgen den Geist des Sozialismus ausgießen über viele Tausende von Ungläubigen. Das ist unser ‚Pfingstfest'" (1893, Nr. 118). „Pfingstgeist" (1901): „Wir feiern ein Naturfest und ein Geistesfest. Nicht blindem Walten brünstiger Liebe gilt unser Feiern, doch auch nicht

gewerkschaftlich oder politisch organisieren würde." (!) — Den Unsinn dieses letzten Satzes brauche ich wohl kaum näher zu beleuchten. Man könnte ebensogut behaupten, für den Christen sei das Arbeiten eine Sünde, weil er darauf vertrauen solle, Gottes Gnade werde ihm schon durchhelfen. Das Christentum lehrt solchen Unsinn nicht.

Digitized by Google

überirdischen Übersinnlichkeiten einer eingebildeten Jenseitswelt.... Nicht ruft der Heilige Geist unsere Zeit zur Demut und Entsagung wie einst das Christentum in einem Zeitalter der Völkerermattung.... Der Heilige Geist unserer Zeit ruft zur Menschlichkeit.... Der Heilige Geist, der zum heiligen Kriege treibt, das ist die Wissenschaft, das ist der Sozialismus usw."

„Wie die poetische Mär von der Geburt des Welterlösers im Stall zu Bethlehem ist auch die von der Kirche dem christlichen Pfingstfest zugrunde gelegte Legende von der Ausgießung des Heiligen Geistes ... nichts als eine Erfindung der geschäftigen Phantasie christlicher Ekstatiker" (1908, Nr. 132). Ähnlich lauten die Pfingstartikel von 1909, 1914 usf.

Am 7. Dezember 1905 (Nr. 288) gelegentlich der Annahme des Gesetzes über die Trennung von Kirche und Staat in Frankreich schrieb er: „Ecrasez l'infâme (Zermalmt den schändlichen Aberglauben), so hat vor etwa anderthalbhundert Jahren der Franzose Voltaire gesprochen. Wenn die Zukunft erweisen sollte, daß das Trennungsgesetz der Anfang zu solchem Ende war, dann werden sich unsere Nachbarn der Errungenschaften des 6. Dezember 1905 erst voll zu erfreuen haben." Das zeigt die wahre Gesinnung der deutschen Sozialdemokraten.

Die „Neue Welt", die illustrierte Unterhaltungsbeilage des „Vorwärts", nannte (1896, Nr. 47) die Erzählung von Adam und Eva einen „törichten Traum". Ein anderes Mal (1898, Nr. 6) schrieb sie: „Drohungen einer Hölle im Jenseits muß man verlachen, Anweisungen auf einen Himmel aber verachten. Denn dort spricht der Fanatiker, hier der Spekulant."

Seine „Himmelfahrtsgedanken" offenbart der „Vorwärts" in der „Unterhaltungsbeilage" zu Nr. 134, 1917. „Unter ‚Himmel' verstehen wir das Reich der wirkenden Kräfte.... Das Gerede vom Wechsel aufs Jenseits braucht uns dabei nicht zu berühren, denn wir sprechen nicht von einem Jenseits, das etwas anderes wäre als befreites Diesseits, Ernte des Lebens. Niemand wirkt, der nicht Erfolg sehen will, das hat mit ‚Lohnsucht' und dem übrigen Geschwätz nichts zu tun." Das Himmelreich, das die Sozialdemokraten erhoffen, ist „das einige Reich aller auseinanderstrebenden Kräfte: im Menschenleib, daß es nicht von jedem äußeren Anstoß sich bewegen lasse, sondern einem einigen inneren Willen straff gehorche, und im Menschheitsleib, daß es seine Einzelorgane nicht widereinander

Digitized by Google

wüten, sondern sich stützen und stärken lasse. Nach diesem Reich haben die Menschen lange ausgeschaut. Jesus nannte es das Himmelreich oder Reich Gottes. Da fahre er hin, sagten die Seinen usw."

Die „Neue Zeit", die „wissenschaftliche" Wochenschrift der Partei, behauptet[1]: Jesus sei ganz in den abergläubischen Anschauungen seiner Zeit befangen gewesen. Der „weltflüchtige Charakter der Lehre Jesu ist es, der sie in unauflöslichen Widerspruch mit unserem ganzen modernen Denken und Empfinden bringt. . . . Christentum und Sozialismus sind auf ganz verschiedenem Boden, aus zwei einander schroff gegenüberstehenden Welt- und Lebensanschauungen erwachsen und darum ihrem eigentlichen Wesen wie ihren letzten Zielen nach von Grund aus verschieden." Im Widerspruch mit der Geschichte werde heute noch „die urkundliche Gestalt des Rabbi Jesus von Nazareth trotz ihrer rein menschlichen Eigenschaften und ihrer offen zutage liegenden Mängel, Irrtümer und Einseitigkeiten von den Orthodoxen durch die Brille des mittelalterlichen Dogmas als ein wahrer Gott angesehen und von den Liberalen trotz der handgreiflichen, durch Zeit, Volkstum und Individualität bedingten Beschränktheit zu einem zeitlosen Urbild aller sittlich religiösen Vollkommenheit aufgebauscht."

Anfang November 1897 faßte die Charlottenburger Filiale des sozialdemokratischen Verbandes der Maurer den Beschluß: „Stirbt ein Verbandskollege, und es geht ein Geistlicher mit zur Beerdigung, so wird dem Verstorbenen kein Kranz gespendet."

Am 3. Februar 1893 antworteten dem Abgeordneten K. Bachem die Sozialdemokraten im Reichstag auf die Frage: Glaubt ihr denn an kein Jenseits? alle unisono: Nein. Als am 13. März 1900 der Abgeordnete Gröber im Reichstag erklärte: „Wir müssen uns alle verantworten vor dem allwissenden Gott", da lachten die Sozialdemokraten und riefen höhnend: Huh! huh![2] Sie erhoben auch lautes Gelächter, als Dr. Stöcker am 4. März 1904 im Reichstag Christus den „Sohn Gottes" nannte[3]. Am 19. März 1908 lachten sie höhnisch, als der Abgeordnete Erzberger sagte: „Der Eingeborne (Afrikaner) ist ein Mensch mit einer unsterblichen Seele wie wir alle."

Karl Marx läßt in seinen Schriften keine Gelegenheit zu einem Ausfall auf die Religion unbenutzt vorübergehen. Er hält die Religion

[1] Jahrg. 24 (1905) I 116.

[2] Vgl. „Vorwärts" 1900, Nr. 61, 1. Beilage.

[3] Kölnische Volkszeitung 1904, Nr. 202.

Digitized by Google

für ein verkehrtes „Weltbewußtsein", für die „phantastische Verwirklichung des menschlichen Wesens". „Der Mensch macht die Religion, nicht die Religion den Menschen." Die Religion ist „das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes". „Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks." „Die Religion ist nur die illusorische Sonne, die sich um den Menschen bewegt, solange er sich nicht um sich selbst bewegt."[1] „Wie der Mensch in der Religion vom Machwerk seines eigenen Kopfes, so wird er in der kapitalistischen Produktion vom Machwerk seiner eigenen Hand beherrscht."[2] „Der Mensch wird ein Wilder, nachdem er aufgehört hat, ein Affe zu sein."[3] Marx selbst wollte das Buch von Lewis Morgan, welches den Ursprung der Familie aus einem völlig tierischen Zustand der Menschen zu begründen sucht, deutsch bearbeiten, übertrug aber später diese Aufgabe seinem Freund Fr. Engels[4]. Nach seiner „Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms" sollte sich die Arbeiterpartei darüber aussprechen, daß sie „die Gewissen vom religiösen Spuk zu befreien" strebe[5].

Wie Fr. Engels über die Religion denkt, erhellt zur Genüge aus seinen oben (S. 37 u. 196 ff.) mitgeteilten Äußerungen. In seiner Schrift „Ludwig Feuerbach" (S. 52) sagt er: „Die Religion ist entstanden zu einer sehr waldursprünglichen Zeit aus mißverständlichen, waldursprünglichen Vorstellungen der Menschen über ihre eigene und die sie umgebende Natur. Jede Ideologie entwickelt sich aber, sobald sie einmal vorhanden, im Anschluß an den gegebenen Vorstellungsstoff; sie wäre sonst keine Ideologie, d. h. Beschäftigung mit Gedanken als mit selbständigen, sich unabhängig entwickelnden, nur ihren eigenen Gesetzen unterworfenen Wesenheiten. Daß die materiellen Lebensbedingungen der Menschen, in deren Köpfen der

[1] Aus „Deutsch-Französische Jahrbücher", herausgegeben von Ruge und Marx (Paris 1844) 71; s. Berliner Volksblatt 1890, Nr. 281, Beilage 2; ähnlich im Kapital I 19 u. a. O.

[2] Marx, Das Kapital I 585.

[3] Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms: „Die Neue Zeit", 9. Jahrg. I 564.

[4] Vgl. Engels, Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats[7] (1896). Zwei andere Sozialdemokraten, Eichhoff und Kautsky, haben das Buch Morgans „Die Urgesellschaft" ins Deutsche übersetzt.

[5] Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms: „Die Neue Zeit" 9. Jahrg. I 575.

Digitized by Google

Gedankenprozeß vor sich geht, den Verlauf dieses Prozesses schließlich bestimmen, bleibt diesen Menschen notwendig unbewußt, denn sonst wäre es mit der ganzen Ideologie am Ende." Also die ganze Religion ist — Phantasmagorie!

A. Bebel überläßt mit dem frivolen Heine den Himmel „den Engeln und den Spatzen"[1]; die Lehre der Theologie steht, wenn wir ihm glauben wollen, mit den Naturwissenschaften im Widerspruch und wird in der zukünftigen Gesellschaft verschwinden[2]. Die Überzeugung, daß der „Himmel" auf Erden ist und „gestorben sein zu Ende sein heißt", wird alle veranlassen, natürlich zu leben[3]. „Es sind nicht die Götter, welche die Menschen erschaffen, es sind die Menschen, die sich Götter, Gott machen." „Die Naturwissenschaft machte die ‚Schöpfung' zur Mythe, die Astronomie und Physik machen den ‚Himmel' zu einem Luftgebilde."[4] In der Reichstagssitzung vom 31. Dezember 1881 erklärte derselbe Führer der Sozialdemokraten: „Wir erstreben auf politischem Gebiet die Republik, auf dem ökonomischen Gebiet den Sozialismus, und auf dem, was man heute das religiöse Gebiet nennt, den Atheismus."

Wilh. Liebknecht bekannte auf dem Parteitag zu Halle: „Ich für meine Person bin mit der Religion schon früh fertig geworden. Ich stamme aus der Zeit, wo die deutsche Studentenschaft ... in den Atheismus eingeweiht wurde.... Die Wissenschaft steht der Religion feindlich gegenüber.... Die Wissenschaft sorgt für gute Schulen, das ist das beste Mittel gegen die Religion."[5] Er ist der Ansicht, die Abhängigkeit der Religionen von den ökonomischen Bedingungen sei so klar, daß es eines Kampfes gegen die Religion gar nicht bedürfe. „Wir können ruhig auf dem Grundgebiet des Sozialismus bleiben und dabei den Unverstand der Massen, soweit er sich in religiöse Formen und Dogmen verbohrt hat, zu überwinden hoffen."[6]

„Wenn die Religion", sagt Jos. Dietzgen in seinen gotteslästerlichen Kanzelreden über „Die Religion der Sozialdemokratie"[7], „in dem Glauben an außer- und überirdische, materielle Wesen und Kräfte, in dem Glauben

[1] Unsere Ziele 38; Die Frau 471.

[2] Die Frau 444—445. [3] Ebd. 464.

[4] Ebd. 445. Die Schrift Bebels: „Die mohammedanisch-arabische Kulturperiode", ist nichts als ein gemeiner und gehässiger Angriff auf das Christentum.

[5] Protokoll des Parteitages zu Halle 175 ff.

[6] Berliner Volksblatt 1890, Nr. 281.

[7] 5. Aufl. (Berlin 1891) 16—17.

Digitized by Google

an höhere Götter und Geister besteht, dann ist die Demokratie ohne Religion. An ihre Stelle setzt sie das Bewußtsein der Unzulänglichkeit des einzelnen, der zu seiner Vollkommenheit der Ergänzung und somit der Unterordnung unter das Allgemeine bedarf. Die kultivierte menschliche Gesellschaft ist das höchste Wesen, woran wir glauben; auf ihrer sozialdemokratischen Gestaltung beruht unsere Hoffnung. Sie wird erst die Liebe zur Wahrheit machen, für welche religiöse Phantasten bisher nur geschwärmt haben." [1]

Nach Dr. A. Rüdt, der sich selbst öffentlich des Atheismus rühmte, wird in unserem Zeitalter die naturwissenschaftlich-humanistische Weltanschauung im Kampf mit jeder Religion den Weg bahnen, auf dem die Vernunft die Menschheit zum Siege über Lüge und Tyrannei in jeder Form führt. „Nicht mehr erflehen wir des Himmels Gnade und Erbarmen, sondern Gerechtigkeit und Glück wollen wir schon auf Erden haben." [2]

L. Hoffmann kennt keine „utopischeren Utopien" als den Glauben an den „dreieinigen Gott, die Menschwerdung Gottes, Unsterblichkeit und ewige Seligkeit" [3].

---

[1] Die innersten Gedanken der Sozialisten über die Religion offenbaren sich beispielsweise in folgenden sozialistischen Flugschriften aus neuerer Zeit: Bebel, Glossen zu Guyots „Die wahre Gestalt des Christentums"; J. Dietzgen, Die Religion der Sozialdemokratie; J. Stern, Die Religion der Zukunft; G. Lommel, Jesus von Nazareth; F. Heigl, Spaziergänge eines Atheisten; A. Dulk, Der Irrgang des Lebens Jesu; Stamm, Die Erlösung der darbenden Menschheit; A. Douay, Wider Gottes- und Bibelglauben; Lütgenau, Natürliche und soziale Religion; Lofinsky, War Jesus Gott, Mensch oder Übermensch? usw. — Schriften, die von gemeinen Schmähungen alles Heiligen strotzen! Liebknecht ließ durch seine Frau den englischen Roman „Die wahrhaftige Lebensgeschichte des Josua Davidsohn" als „besonders zeitgemäß" ins Deutsche übersetzen. In diesem Buche wird die heutige christliche Kirche als herzloser Pharisäismus verspottet, Christus — der übrigens nur die Menschheit bedeute — als Sozialist gefeiert, der Glaube an Gott als Mythe bezeichnet usw. Auch das infame Sudelwerk von Emil Rosenow, „Wider die Pfaffenherrschaft", wurde offiziell von der Partei herausgegeben und empfohlen (vgl. Protokoll der Verhandlungen des Parteitages zu Bremen 1914, 46).

[2] A. Rüdt, Die Wahrheit über Klöster und Mönchere, Vortrag, gehalten in Mannheim am 9. Dezember 1888.

[3] Ist Religion Privatsache? (Berlin 1891) 13. Andere Zeugnisse s. bei Käser, Der Sozialdemokrat hat das Wort' (1911) 139 ff. 157 ff., und Th. Wacker,

Digitized by Google

K. Kautsky[1] tadelte die französischen Sozialisten wegen ihres Kampfes gegen die Kongregationen, weil er nicht radikal genug sei. Jaurès „übersieht vollständig, daß ich die deutsche Methode (des Kampfes gegen die Kirche) der französischen nicht deswegen vorziehe, weil jene auf den Kampf gegen die Kirche verzichtet, sondern weil sie ihn viel wirksamer führt. Der einseitige Kampf gegen die Kongregationen ... ist ein bloßes Beschneiden der Äste des Baumes, was ihn nur um so üppiger wuchern läßt. Die Axt muß an seine Wurzel gelegt werden; das wird aber nur erreicht durch die Aufhebung der staatlichen Unterstützung des Weltklerus". Die biographische Skizze „Friedrich Engels. Sein Leben, sein Wirken, seine Schriften" (1908) schließt Kautsky mit den Worten: „So ist er (Engels) der stolzesten Form jener Unsterblichkeit teilhaftig geworden, an die allein wir zu glauben vermögen. Es gibt keine andere Unsterblichkeit als die, daß die Sache uns überlebt, der unser ganzes Leben gehörte, daß wir auf diese Weise in ihr weiterleben." Auch in seiner Broschüre „Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche" (1908, Vorwort) macht er aus seinem religiösen Nihilismus kein Hehl: „Die Annahme eines persönlichen Gottes (und ein unpersönlicher Gott ist ein leeres Wort) und einer persönlichen Unsterblichkeit ist unvereinbar mit dem heutigen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis im allgemeinen. ..."

Auf dem ersten Parteitag der preußischen Sozialdemokratie zu Berlin am 30. Dezember 1904 nannte Dr. Arons die Religion, die in unsern Schulen gelernt wird, „ein unnützes Möbel"[2].

Wie stellt sich die sozialdemokratische Presse zu dem, was dem gläubigen Christen vor allem heilig ist? (1892.) Ad. Hoffmann, der Verfasser der „Zehn Gebote", gestand auf dem Hamburger Parteitag (Oktober 1897, Protokoll 107) von sich: „Ich habe nur ein Pantinengymnasium zu sehen bekommen, und zwar nur 3½ Jahre lang. Was ich dort erworben, das ist mein Stolz." — Das sind die geistigen Führer der Sozialdemokratie, welche die Zehn Gebote kritisieren! Sapienti sat! Dieser selbige Hoffmann war (1919) auch kurze Zeit „Kultusminister" in Preußen und beeilte sich, die Trennung von Kirche und Staat, die Einstellung der staatlichen Zahlungen an die Kirche, die Verweltlichung der Schule zu proklamieren.

[1] Die Neue Zeit, 21. Jahrg. I 506.

[2] Angesichts der zahlreichen angeführten Zeugnisse begreift man wirklich nicht, wie Sombart (Sozialismus und soziale Bewegung 101) schreiben konnte:

Digitized by Google

In tausend Variationen klingen dieselben religionsfeindlichen Töne durch die sozialistische „Poesie". Sie liebt es mit Vorzug, alles Christliche zu parodieren. Es existieren sozialistische „Weihnachts-, Oster- und Pfingstlieder", die alles Christliche blasphemisch verhöhnen. In der „Weihnachts-Marseillaise" (in Max Kegels Sozialistischem Liederbuch, Stuttgart 1891) heißt es z. B.:

Nicht hoffe mehr nach alter Sitte,
Daß dir ein Wunderstern erscheint,
Dich führend zu des Heilands Hütte,
So ist die Sage nicht gemeint.

Blick auf, ein Stern in hellem Scheine,
Der Sozialismus, winkt dir zu,
Und der Erlöser, der bist du,
Und jene Hütte ist die deine.

Am Tage, an welchem die Christenheit den Tod des Erlösers am Kreuze feiert, flucht der Sozialist:

Weh jenem bleichen Nazarener,
Ich bin so gut wie jener
Der Gottheit eingeborner Sohn.

Man vergleiche noch das gotteslästerliche Gedicht von C. M. Scävola („Zum Maifest 1891" im „Vorwärts" 1891, Nr. 102), wo dem christlichen Gethsemani, Golgatha und Ostern ein sozialistisches gegenübergestellt wird, ferner das Gedicht in der „Neuen Welt" 1894, Nr. 1, in dem es heißt: „Kein Heiland ist noch je erschienen" 2c.

Wer noch an Unsterblichkeit glaubt, wird von einem sozialistischen Versemacher als ein Tor verhöhnt[1]:

Und wenn ich nun gestorben bin,
Was wird nachher mir werden?
Tor, dein „Nachher" hat keinen Sinn,
Nachher ist nur auf Erden!

„Heute vernimmt man denn auch grundsätzlich religionsfeindliche Äußerungen nur noch in den Kreisen halbgebildeter Sozialisten." Sombart scheint in einer andern Welt zu leben. Oder rechnet er etwa Kautsky, Bebel, Dr. Arons, Dr. Erdmann, Mehring, Stampfer und die Redakteure des „Vorwärts" usw. zu den halbgebildeten Sozialisten? Wo sind dann die ganzgebildeten?

[1] Die Neue Welt 1894, Nr. 2.

Digitized by Google

Die Weihnachtsnummer des sozialdemokratischen „Wahrer Jakob“ 1897 brachte an ihrer Spitze ein Leitgedicht mit der Überschrift: Wir feiern doch das Weihnachtsfest. — Eine Strophe lautet:

Und sind wir auch des Glaubens bar
Vom heil'gen Geist der Kinderzeit,
Und rangen wir auch ernst und klar
Empor uns aus dem Fabelstreit,
Und schwand uns auch der Glaube ganz,
Daß aus der Knechtschaft Not und Bann
Ein Heiland voller Himmelsglanz
Uns retten und erlösen kann. —
Wir feiern doch das Weihnachtsfest,
Weil wir der festen Zuversicht,
Daß endlich doch der stolze Rest
Der Tyrannei zusammenbricht usw.

Der sozialdemokratische Dichter Levy ruft den Jenseitsgläubigen höhnend zu:

Hei, wir spotten eurer Tugend!
Harrt ihr auf das Jenseits Wonne,
Laßt uns unsre gold'ne Jugend,
Unsre Liebe, unsre Sonne[1].

Daß der Weltkrieg die religiöse Gesinnung der Sozialdemokraten nicht gebessert, beweist das Gedicht Fr. Th. Vischers im „Sonntag“[2]:

Wir haben keinen
Lieben Vater im Himmel!
Sei mit dir im reinen!

---

[1] Die Neue Welt 1903, Nr. 2. Wenn die Führer und die Hauptorgane der Sozialdemokratie in der Weise, wie wir gezeigt, sich über das Christentum äußern, so darf es uns nicht wundern, daß in den Provinz- oder Lokalblättern die „Genossen“ das Christentum in der gemeinsten Weise verhöhnen und lästern. Es ist nur zu wahr, was ein Sozialdemokrat in der „Neuen Zeit“ (1908 II 343) schrieb: „In den Arbeitern lebt, besonders in klerikal beherrschten Ländern, ein intensiver Haß gegen alles Pfaffentum, das immer als Feind seiner Bildung auftritt (!) und ihn in geistiger Knechtschaft halten will. Diese starke antiklerikale Gesinnung bewirkte, daß bei der Gründung des Vereins ‚Freie Schule‘, der der Verpfaffung entgegenarbeiten sollte, die klassenbewußten Arbeiter massenhaft zuströmten, um die Lehrer und die antiklerikale Bourgeoisie in diesem Kampfe zu unterstützen.“

[2] Beilage des „Vorwärts“, Nr. 31 vom 18. August 1918.

Digitized by Google

Man muß aushalten im Weltgetümmel
Auch ohne das.
Was alles ich las
Bei gläubigen Philosophen,
Lockt keinen Hund vom Ofen.

Noch am 11. März 1919 erklärte der Sozialist Hellmann in der Nationalversammlung zu Weimar, die Schöpfungslegende und die Legende von Bethlehem solle in der Geschichte oder Literatur vorgebracht werden [1].

[1] Als Beispiel der pöbelhaften Sprache, welche die sozialdemokratischen Provinzblätter sich nicht selten erlauben, sei hier der Aufsatz erwähnt, den der „Zeitzer Volksbote" (sozialdemokratisches Organ für den Reichstagswahlkreis Naumburg-Weißenfels-Zeitz) in Nr. 164 vom 16. Juli 1919 unter der Überschrift „Heraus mit den Arbeiterkindern aus dem Religionsunterricht" brachte. „Ein hiesiger Schulwart bittet uns um die Aufnahme folgender Zeilen: Seit einiger Zeit mehren sich im ‚Volksboten' die Aufrufe an die Arbeiterschaft, die Kinder vom Religionsunterricht fernzuhalten, aus den dunkelsten Ecken unseres Wahlkreises sind solche Aufrufe eingegangen — nur die Zeitzer Arbeiter schlafen. Viele bilden sich ein, daß die Revolution ohnehin einen freieren Zug in die Lehrerschaft gebracht habe, auch im ‚Volksboten' erschien kürzlich ein Artikel, der das wenigstens von den jüngeren Lehrern annahm, aber man täuscht sich sehr. Vorige Woche fragte ich ein sechsjähriges Kind, was es bisher in der Schule gelernt hätte — im Rechnen: die Zahlenreihe bis fünf, im Schreiben: zehn kleine Buchstaben, in Religion: ein Morgen-, ein Abend- und ein Tischgebet mit der dringenden Aufforderung des (ganz jungen) Lehrers, recht fleißigen Gebrauch davon zu machen. Außer diesen Gebeten hat man versucht, dem Kinde einige Jesusgeschichten und die Schöpfungsgeschichte begreiflich zu machen. Diese kann man allerdings nur den kleinsten Kindern lehren, ältere glauben den Blödsinn nicht mehr. — Man stelle sich einmal morgens um 7 Uhr vor unsern Volksschulen auf, aus allen Fenstern erklingen Kirchenlieder und in allen Klassen werden noch immer viertel- bis halbstündige Morgenandachten gehalten (die Schlußandachten nicht zu vergessen). Man erhoffe auch keine Besserung von der Einheitsschule, unsere Lehrer haben nicht umsonst fünf Jahre lang die unter pfäffischer Leitung stehenden Seminare besucht, sie können einfach aus ihrer Haut nicht heraus. Dazu kommt, daß viele von ihnen an der Kirche Geld verdienen (Kantor- und Organistendienst, Chorgesang usw.) und sich deshalb der Kirche verpflichtet glauben. — Arbeitereltern! Noch einmal — meldet eure Kinder sofort vom Religionsunterricht ab, sie können dafür morgens eine Stunde länger schlafen und das bringt ihnen größeren Nutzen."

Digitized by Google

II. Zeugnisse außerdeutscher Sozialisten.

Den Zeugnissen der deutschen Sozialisten fügen wir noch einige Zeugnisse ausländischer „Genossen" bei, die beweisen, daß die Sozialdemokratie in bezug auf Irreligiosität sich überall gleich ist. Auf dem Sozialistenkongreß zu Haarlem (1907) rief Fortayn: „Wir sind eine religionslose Partei."

B. Malon, ein Hauptführer der französischen Sozialisten, der das „Kapital" von Marx ins Französische übersetzt hat, sagte auf dem Sterbebette: „Ich sterbe in meinem pantheistischen, evolutionistischen, sozialistischen Glauben." [1]

Einer der treuesten Freunde von Marx und Engels war der Sozialist Leo Frankel. Bei seinem Begräbnis auf dem Père-Lachaise las man sein Testament, das also beginnt: „So, wie ich als Freidenker gelebt habe, will ich auch sterben. Kein Priester soll meiner Sterbestunde und meinem Leichenbegängnis beiwohnen mit der Absicht, meine Seele zu retten. Ich glaube weder an den Himmel noch an die Hölle, weder an Belohnungen noch an Qualen in einer andern Welt. Himmel und Hölle, Züchtigungen und Belohnungen leben im Bewußtsein eines jeden einzelnen.... Ich sterbe ohne Furcht."

In seinem Buche „Ursprung und Entwicklung des Begriffs der Seele" [2] sucht Paul Lafargue darzutun, der Glaube an die Seele sei bei den Wilden aus einer irrigen Erklärung der Träume entstanden und sei später benutzt worden, um die bestehende Gesellschaft zu stützen. Das Christentum habe seine Abgeschmacktheiten und seinen plumpen Aberglauben nicht einmal selbst erfunden usw.

Welche Gesinnung die französischen Sozialisten gegen die Religion hegen, geht übrigens sonnenklar aus ihrer Stellung im Kampf gegen die Kirche hervor. Die ärgsten Schreier in diesem Kampf sind die Sozialisten. Sie rufen immer nach neuen und gehässigen Unterdrückungsmaßregeln gegen die Kirche, besonders die Ordensleute, und sind selbst durch die weitestgehenden Zugeständnisse nicht zu befriedigen.

Auf dem „Parteitag der deutschen Sozialdemokratie Österreichs" in Linz (30. Mai 1896) wurde ein Antrag angenommen, in dem es heißt: „Die Sozialdemokratie ist das kontradiktorische Gegen-

[1] Vgl. L. Say, Contre le socialisme (1896) 82.

[2] Übersetzt von K. Kautsky, Ergänzungsheft zur „Neuen Zeit" 1909.

Digitized by Google

teil des römischen Klerikalismus als des Anhängers starrer Autorität, unwandelbaren Dogmas und der absoluten geistigen Unfreiheit. Wir stehen jeder Autorität zweifelnd gegenüber, wir kennen kein unwandelbares Dogma und sind die Vertreter des Rechts, der Freiheit und des Gewissens (!). In diesem kolossalen Kampfe werden wir Sozialdemokraten vor den Mächten dieser Erde und auch vor den Mächten der Hölle nicht zurückweichen.... Und dieser jahrtausendalte Kampf zwischen Licht und Finsternis wird sich entscheiden zugunsten des Lichts, zugunsten der Sozialdemokratie." Der Antrag wurde nach dem „Vorwärts"[1] mit „stürmischem" Beifall aufgenommen. Auf dem Parteitag zu Graz am 2. September 1900 bezeichnete Ellenbogen als Aufgabe der österreichischen Sozialdemokratie „den Kampf gegen den volksverdummenden Klerikalismus" (Kölnische Volkszeitung 1900, Nr. 810). Am 23. April 1901 erklärte Pernerstorfer im Österreichischen Reichsrat: „Der römische Fetischismus ist keine Religion." Auf dem spanischen Sozialistenkongreß in Madrid am 21. September 1899 wurde „die Ausschließung der Genossen, die irgendeine positive Religion unterstützen", beschlossen. Dieser Beschluß ist nach dem „Vorwärts" (1899, Nr. 225) „eine Antwort auf den mittelalterlichen Zelotismus der spanischen Klerikalen". Der englische Sozialist Belfort Bax schreibt: „Es wird jetzt klar sein, in welchem Sinn der Sozialismus nicht religiös ist. Er verachtet gänzlich die ‚andere Welt' mit all ihren Theaterrequisiten (stage properties), d. h. das, worauf gegenwärtig die Religion hinaus will. Ebenso wird klar sein, in welchem Sinn er nicht irreligiös ist. Er bringt die Religion vom Himmel auf die Erde zurück."[2] An einer andern Stelle bezeichnet er es als natürlich, daß der Sozialist mit Entrüstung den ständigen Hinweis auf einen halb sagenhaften Syrer des 1. Jahrhunderts als Ideal der Vollkommenheit empfindet[3].

Auf einer Versammlung zu Imola (1914) wurde von den dortigen Sozialisten beschlossen, auf dem Landeskongreß zu Ancona den Antrag einzubringen, die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie sei unvereinbar mit der Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft[4].

---

[1] 1896, Nr. 126, Beilage.

[2] The religion of Socialism, London (ohne Jahreszahl) 52.

[3] Ebd. 96.

[4] Kölnische Volkszeitung 1914, Nr. 339.

Digitized by Google

Fünfter Artikel.

Die Wurzeln und Quellen des Sozialismus. Verhältnis des Sozialismus zum Liberalismus oder Naturalismus [1].

Wie sich schon aus den bisherigen Darlegungen zur Genüge ergibt, hieße es ganz auf der Oberfläche bleiben, wollte man den Sozialismus für die Erfindung eines schlauen Kopfes oder für das künstliche Erzeugnis einiger ruinierter Existenzen oder politischer Abenteurer halten. Ich habe schon wiederholt auf die tiefer liegenden Ursachen und Wurzeln des Sozialismus hingewiesen [2]. Doch lohnt es sich der Mühe, hier noch einmal auf diese Frage zurückzukommen, weil sie geeignet ist, das Verhältnis des Sozialismus zum naturalistischen Liberalismus in helleres Licht zu setzen.

Ich sage: „zum naturalistischen Liberalismus", um klar anzudeuten, was ich meine. Ich verstehe unter naturalistischem Liberalismus oder einfachhin Naturalismus die seit den französischen Enzyklopädisten und seit Kant aufgekommene und heute weitverbreitete Geistesströmung, die alles Übernatürliche (Wunder, göttliche Offenbarung u. dgl.) ablehnt, die behauptet, daß wir von den über die sinnliche Erfahrung hinausgehenden Dingen (Gott, Unsterblichkeit) nichts Sicheres wissen können, und die das ganze menschliche Leben nur als einen Ausschnitt aus dem allgemeinen, notwendigen Naturgeschehen betrachtet. Dieser Liberalismus oder Naturalismus rühmt sich, die Weltanschauung der „mündigen Menschheit" zu sein, die sich ganz auf den Boden der „Diesseitigkeit" stellt.

Manche Sozialisten behaupten bekanntlich, nur die Folgerungen aus den schon von den Liberalen aufgestellten Grundsätzen zu ziehen, und auch christlicherseits ist der Liberalismus vielfach der Vaterschaft des Sozialismus beschuldigt worden. Die Liberalen dagegen weisen diese Verwandtschaft mit Abscheu und Entrüstung zurück. Der Libera-

[1] Siehe hierüber auch Pachtler, Die Ziele der Sozialdemokratie und des Liberalismus (1892); H. Pesch, Liberalismus, Sozialismus und christliche Gesellschaftsordnung (1898) 12 ff. Pesch nennt mit Recht den Sozialismus den „Liberalismus des vierten Standes". Eine ausführlichere Charakteristik des Liberalismus findet der Leser in meiner „Moralphilosophie" II[5] 618 ff.

[2] Siehe oben S. 17 ff.

Digitized by Google

lismus will ja, sagen seine Anhänger, das Eigentum nicht aufheben; er will auch nichts weniger als eine sklavische Organisation der Produktion, sondern unbeschränkte Freiheit für alle.

Trotzdem glaube ich, daß man mit vollem Recht den Sozialismus den *legitimen Sohn des modernen liberalen Naturalismus* nennen kann, weil die von diesem aufgestellten *Prinzipien folgerichtig zum Sozialismus führen* mußten.

1. Die tiefste Wurzel des Sozialismus ist die *atheistisch-materialistische* Weltauffassung.

Nimmt man einmal an, mit diesem Leben sei alles aus, dem Menschen sei kein anderes Los beschieden als jedem andern Säugetier, das im Schlamm herumwühlt: wer will dann von den Armen und Bedrückten, deren Leben ein beständiger Kampf ums Dasein ist, verlangen, daß sie mit Geduld und Ergebung ihr hartes Los tragen und ruhig zusehen, wie sich andere stets in Seide und Purpur kleiden und täglich reichliche Mahlzeit halten? Hat nicht auch der Arbeiter den unzerstörbaren *Trieb nach vollkommenem Glück* in seinem Herzen? Wenn man ihm jede Hoffnung auf ein besseres Jenseits geraubt, mit welchem Recht will man ihn dann hindern, sein Glück nach Möglichkeit auf Erden zu suchen und deshalb gebieterisch seinen Anteil an den Erdengütern zu verlangen?[1] Ist er nicht ebensogut Mensch als der Arbeitgeber? Warum sollen die

[1] „Meine Herren", sagte *Bebel* im Reichstag am 23. Februar 1890, „Sie wissen so gut wie wir, daß, *je mehr der Glaube an das jenseitige Leben bei den Massen schwindet, die Massen um so nachdrücklicher verlangen, daß sie ihren Himmel auf Erden finden.*" Der Gedanke ist nicht neu. Schon vor mehr als 70 Jahren hat ihn *H. Heine* ausgesprochen. Nachdem er bemerkt, die deutsche Philosophie habe den Gottesglauben und die Gottesfurcht untergraben, fährt er fort: „Mit dem Umsturz der alten Glaubensdoktrinen ist auch die alte Moral entwurzelt.... Die Vernichtung des Glaubens an den Himmel hat nicht nur eine moralische, sondern auch eine politische Wichtigkeit. Die Massen tragen nicht mehr mit Geduld ihr irdisches Elend und *lechzen nach Glückseligkeit auf Erden. Der Kommunismus ist eine natürliche Folge dieser veränderten Weltanschauung*, und er verbreitet sich über ganz Deutschland" (WW. III [Hamburg 1876] 113—115).

Digitized by Google

einen in Not und Armut ihr Leben fristen, während die andern im Überfluß schwelgen, da doch alle dieselbe Natur haben und sich von ihrem Standpunkte kein Grund angeben läßt, warum die Güter dieser Erde mehr den einen als den andern angehören sollten? Ist der atheistisch-naturalistische Standpunkt berechtigt, dann ist auch die Forderung des Sozialismus begründet, daß die Güter und Freuden dieser Erde allen möglichst gleichmäßig zuteil werden sollen, daß es verwerflich ist, wenn die einen in herrlichen Palästen wohnen und mühelos sich allen Genüssen hingeben können, während die andern in armseligen Kellerlöchern und Dachstübchen leben und trotz der angestrengtesten Arbeit oft kaum das nötige tägliche Brot erwerben [1].

Wer ist es nun, der den Atheismus in allen Formen gepredigt und großgezogen? Wer hat das Christentum mit allen Mitteln bekämpft, seinen Einfluß auf das gesamte öffentliche Leben in jeglicher Weise zu hemmen gesucht? Wer hat den extremsten Evolutionismus zum Dogma erhoben und selbst dem ungebildeten Volke mundgerecht gemacht? Wer predigt noch heute in Wort und Schrift, auf dem Katheder und in öffentlichen Versammlungen den krassesten Atheismus? Die Anhänger des Naturalismus sind es, angefangen von den Enzyklopädisten bis herab zu unsern heutigen „Vertretern der Wissenschaft", die den Glauben an Gott und an den Erlöser Jesus Christus als Köhlerglauben bekämpfen und verhöhnen [2]. Ins-

[1] In einer Rede im preußischen Vereinigten Landtag am 15. Juni 1847 sagte Herr v. Bismarck (der spätere Reichskanzler): „Wie man in solchen Staaten (d. h. in Staaten ohne religiöse Grundlage) den Ideen, z. B. der Kommunisten über die Immoralität des Eigentums, über den hohen sittlichen Wert des Diebstahls als eines Versuches, die angebornen Rechte der Menschen wiederherzustellen, das Recht, sich geltend zu machen, bestreiten will, wenn sie die Kraft in sich fühlen, ist mir nicht klar. Denn auch diese Ideen werden von ihren Trägern für human gehalten, ja als die erste Blüte der Humanität angesehen. Deshalb, meine Herren, schmälern wir dem Volke nicht sein Christentum!" (Angeführt bei Busch, Bismarck und seine Leute während des Krieges mit Frankreich I [1878] 210.)

[2] Es ist für manche Kreise nur zu wahr, was Marx in seinem „Kapital" (Vorrede zur ersten Auflage S. IX) sarkastisch schreibt, daß ihnen der Atheismus selbst als eine culpa levis erscheint, verglichen mit der Kritik überlieferter

Digitized by Google

besondere sind Hegel und Feuerbach die Väter des sozialistischen Dioskurenpaares Marx und Engels[1]. Worin jemand gesündigt, darin wird er auch gestraft.

Ganz besonders hat der Liberalismus durch die Schule dem Unglauben in die weitesten Volkskreise Eingang verschafft. Die Universitäten sind seit einem Jahrhundert förmliche Brutstätten des Unglaubens geworden. Die offenen Anhänger des Christentums bilden unter unsern Universitätsprofessoren eine verschwindende Minderheit. Die große Masse derselben steht dem Christentum gleichgültig, wenn nicht gar feindselig gegenüber oder bekennt sich höchstens zu einem völlig verwässerten, nichtssagenden Christentum. Wir könnten diese Behauptung leicht durch eine große Zahl von Zeugnissen beweisen[2].

Von den Universitäten sickert der Unglaube immer mehr in alle Volkskreise hinab. Der Liberalismus sucht ja in allen Ländern, wo er offen aufzutreten wagt, die Schulen immer mehr jedem religiösen Einfluß zu entziehen oder sie zu laizisieren, wie man es nennt. Und das verlangt auch die Konsequenz der „liberalen"

Eigentumsverhältnisse. Virchow, eine Leuchte des Liberalismus, behauptete im Landtage (Sitzung vom 8. Mai 1891) öffentlich, er verstehe nicht, wie ein vernünftiger Mensch sich einbilden könne, die Menschen seien dazu da, sich auf den Himmel vorzubereiten.

[1] „Die deutsche Arbeiterbewegung ist die Erbin der deutschen klassischen Philosophie", sagt Engels (Ludwig Feuerbach 68). „Unsere Sozialdemokratie", behauptet Dietzgen (Religion der Sozialdemokratie 38), „ist die notwendige Konsequenz einer religionslosen, nüchternen Denkungsweise. . . . Die Philosophie hat . . . endlich das unvergängliche System der Wissenschaft, das System des demokratischen Materialismus gewonnen."

[2] In seinem Werke „Gedanken zur Hochschulreform" gibt Geheimrat C. H. Becker unumwunden zu, daß die Universitäten mit ihrem Erziehungssystem versagt haben. „An dem Weltkrieg ist unser Erziehungssystem nicht schuld, wohl aber an den so besonders unheilvollen und häßlichen Formen, in denen sich die Katastrophe vollzog." „Das Grundübel ist die Überschätzung des Intellektuellen in unserer Kulturbetätigung, die ausschließliche Vorherrschaft der rationalen Denkweise, die zum Egoismus und Materialismus in krassester Form führen mußte." Er findet es bezeichnend, daß der Sozialismus in Deutschland als materialistische Weltanschauung sich durchgesetzt hat.

Digitized by Google

Grundsätze. Auch in der neuen deutschen Nationalversammlung erwiesen sich die Erben der alten liberalen Parteien als die schärfsten Gegner der christlich-konfessionellen Schule.

Vor einer Reihe von Jahren hat ein liberaler Universitätsprofessor (Dodel-Port) ein Buch veröffentlicht, worin er, vielleicht mehr als manchem seiner Gesinnungsgenossen lieb ist, aus der Schule redete. Das Buch trägt den Titel „Moses und Darwin". Was wird, so fragt sich der Verfasser, auf unsern Universitäten gelehrt? Darwin und wiederum Darwin. Die Lehre von der Erschaffung der Welt aus dem Nichts, die Lehre vom Paradiese und dem Sündenfall der ersten Menschen, die Erzählung von Wundern ist von der Wissenschaft, wenn wir dem Verfasser glauben, längst abgetan und ins Reich der Fabeln verwiesen. Die Vertreter der „Wissenschaft" lehren, daß es keinen persönlichen Gott gebe, daß sich der Mensch aus dem Tierreich entwickelt habe, daß es keine Unsterblichkeit und keine Freiheit gebe und in der Menschengeschichte sich alles nach denselben mechanischen Gesetzen abwickle wie in der übrigen Natur usw. Das sind die Lehren an unsern Universitäten.

Und was wird in der Volksschule gelehrt? Das gerade Gegenteil. Da wird den Kindern der Glaube an Moses, an das Dasein Gottes, an die Erschaffung der Welt, an den Sündenfall, an die Wunder beigebracht.

Soll dieser Widerspruch noch länger bestehen bleiben? Nein, antwortet der Verfasser. Weg mit der bis heute noch üblichen Heuchelei! Bekennen wir offen Farbe. Heraus mit Moses und seinen Wundern aus der Volksschule, damit nicht jeder Jüngling, wenn er die höheren Schulen zu besuchen beginnt, den schweren Kampf zwischen zwei diametral entgegengesetzten Weltanschauungen durchzukämpfen habe.

Das ist ganz konsequent vom liberalen Standpunkt, zeigt aber auch, wen die Schuld trifft für den Unglauben, der immer mehr in alle Volksschichten dringt und uns den modernen Sozialismus mit seinen Umsturzplänen beschert hat[1].

[1] Sehr richtig sagte Dr. Jörg in der Reichstagssitzung vom 23. Mai 1878: „Das allererste, was not tut, ist die Regenerierung der Schule. Mich für meine Person erschreckt die Sozialdemokratie der Gegenwart viel

Digitized by Google

Die Sozialisten sind sich auch klar bewußt, in bezug auf den Atheismus ganz auf dem Boden der modernen ungläubigen Wissenschaft zu stehen. Nach Marx und Engels ist „die deutsche Arbeiterbewegung die Erbin der klassischen deutschen Philosophie". Bebel hat dies den Vertretern derselben schon oft in der eindringlichsten Weise vorgehalten. So sagte er z. B. am 16. September 1878 im Reichstag: „Sie greifen, meine Herren, unsere Anschauungen in bezug auf die Religion an, die atheistische und materialistische seien. Ich erkenne dies für richtig an.... Ich glaube fest, daß der Sozialismus schließlich zum Atheismus führen wird. Wer hat denn aber diese atheistischen Lehren, die Ihnen so viel Sorgen und Verdruß machen, wissenschaftlich und philosophisch begründet? Waren das vielleicht Sozialdemokraten? Waren die Edgar und Bruno Bauer, die Feuerbach, die David Strauß, die Ernst Renan — waren das Sozialdemokraten? Das sind Männer der Wissenschaft. . . . Wir haben diese atheistischen Ansichten auf Grund unserer wissenschaftlichen (!) Überzeugung adoptiert und halten uns für verpflichtet, sie weiter zu verbreiten und in die Massen zu tragen. Warum soll nun das, was auf der einen Seite erlaubt war, auf der andern verboten sein?" Noch neuestens beruft sich Fr. Stampfer[1] auf die moderne Wissenschaft, welche die Beweise für das Dasein Gottes zermalmt und die Unhaltbarkeit der Dogmen bewiesen habe. Die Vertreter unserer modernen

weniger als die Sozialdemokratie der Zukunft, die heranwächst aus unserer Jugend. Man hat in verfehlter politischer Berechnung die Schule überall mehr und mehr dem religiösen Einflusse entzogen; man hat damit, ohne es zu wollen, ihre Türen der Sozialdemokratie geöffnet. Ja, meine Herren, diese moderne Pädagogik, ich möchte fast sagen, diese moderne Schulwut ist das Seminarium der Sozialdemokratie. Denn, ob sie will oder nicht, sie wirkt tatsächlich dahin, daß sie einen jeden hinaushebt über seinen Stand und so die Unzufriedenheit aussät in allen Kreisen des Volkes. So will ich es verstanden haben, wenn ich Ihnen offen sage, ein mühseliger, beladener Arbeiter, der nicht mehr betet, der es nicht gelernt oder vergessen hat, der ist die leichte Beute der Sozialdemokratie, sobald sie kommt, um ihn zu holen." Das waren wahrhaft prophetische Worte. Wie wurde nach 1866 und 1870 der preußische Schulmeister gepriesen, der bei Sadowa und Sedan gesiegt habe! Jetzt nach dem Weltkriege und dem Zusammenbruche Deutschlands sind diese Stimmen verstummt. Die deutsche Schule hat sich als Seminarium der Sozialdemokratie erwiesen.

[1] Religion ist Privatsache (1919).

Digitized by Google

naturalistischen Wissenschaft werden schwerlich etwas Stichhaltiges hiergegen vorbringen können; denn wenn dieselben ihren Unglauben auch nicht so offen zur Schau tragen, so steht doch ein großer Teil derselben ganz auf dem Standpunkt von Strauß und Renan.

2. Die zweite Grundlage der großen Umsturzpartei ist der Gleichheitsfanatismus. Auch hier steht der Sozialismus ganz auf dem Boden des Liberalismus und zieht die Folgerungen aus den Prinzipien des letzteren. Wer hat den Wahlspruch: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit ausgegeben und damit die französische Revolution als ein Recht, ja als Pflicht verherrlicht? Es waren die Anhänger des Liberalismus. Die Revolutionsmänner, Jakobiner wie Girondisten, diese echten Vorfahren der modernen Liberalen, die sich in ihren Halbheiten gefallen, führten die Freiheit und Gleichheit immer im Munde. Mit Berufung auf diese Freiheit und Gleichheit wurde die alte Ordnung umgestoßen, wurden die Privilegien des Adels und Klerus zertrümmert, die Erinnerung an die alte Einrichtung durch neue Einteilung verwischt, das Volk für souverän erklärt und schließlich der „Bürger Capet" auf das Schafott gebracht. Freilich, als nun die liberale Bourgeoisie die Zügel in den Händen hatte, da wollte sie den weiteren Folgerungen aus ihren Grundsätzen Halt gebieten. Nachdem man die Kirche verfolgt und nach Möglichkeit vernichtet hatte, wollte man — Robespierre an der Spitze — den Kult eines „höchsten Wesens" einführen, um die Massen im Zaume zu halten. Nachdem man sich an den Gütern der Kirche und des Adels vergriffen und mit dem Vermögen der Nation bereichert hatte, da bestimmte man in der Verfassung: „Das Privateigentum ist heilig und unverletzlich." Nachdem man die Aristokratie der Geburt und die Vorrechte des Klerus beseitigt, wollte man eine Aristokratie des Geistes und des Reichtums anerkannt wissen. War das etwa folgerichtig? Hatte man das Recht, vom „Volke" zu verlangen, daß es sich mit dieser Gleichheit begnüge, die ihm zwar die formelle Freiheit, aber auch vollständige Schutzlosigkeit brachte und es schließlich als Arbeitermasse in die Hände der Kapitalisten lieferte? Hatte es nicht vielmehr das Recht, zu verlangen, daß man mit der gerühmten Gleichheit endlich vollen

Digitized by Google

Ernst mache? Es gehört kein großes Maß folgerichtigen Denkens dazu, um die richtige Antwort zu finden.

3. Auch in bezug auf die Werttheorie, diese Hauptwaffe des Marxismus, liegt die Abstammung des Sozialismus vom Liberalismus klar zutage. Wer die sozialistische Werttheorie, die Theorie, daß aller Tauschwert nur das Produkt der Arbeit oder aufgehäufte Arbeit sei, annimmt, der kann die heutigen Einkommensverhältnisse, bei denen viele Arbeiter zu kurz kommen, unmöglich gerecht finden, der muß sich schließlich dem vollen Sozialismus in die Arme werfen. Wer hat nun die sozialistische Werttheorie zuerst aufgestellt? Ist sie etwa eine eigene Erfindung des Sozialismus? Keineswegs, sondern ein Erbstück aus dem Liberalismus. Ad. Smith, D. Ricardo, J. B. Say und wie die klassischen Nationalökonomen heißen, die alle dem Liberalismus angehörten, sie haben fast ausnahmslos dem Grundsatz gehuldigt, daß aller Wert nur auf Rechnung der Arbeit zu setzen sei. Lassalle konnte sich, wie wir schon oben gezeigt, zugunsten seiner Werttheorie auf eine stattliche Reihe liberaler Volkswirtschaftslehrer berufen. In neuerer Zeit ist allerdings diese Theorie entweder ganz aufgegeben oder wesentlich umgestaltet worden. Man hatte eingesehen, welch gefährliche Waffe dieselbe in den Händen des Sozialismus geworden sei. Aber es war zu spät. Die Tatsache läßt sich nicht mehr aus der Welt schaffen, daß der Liberalismus die gefährlichste Waffe geschmiedet hat, deren sich der Sozialismus zum Umsturz der bestehenden Ordnung bedient.

4. Aber nicht bloß theoretisch, sondern auch praktisch hat der Liberalismus dem Sozialismus vorgearbeitet, ihm den Boden geebnet, und zwar durch seine rücksichtslose Durchführung der unbeschränkten wirtschaftlichen Konkurrenz mit all den Freiheiten, die dazu als Anhängsel gehören: Freizügigkeit, Gewerbefreiheit usw. Alle schützenden Organisationen, welche im Laufe der Zeit nicht auf dem Wege der Theorie, sondern des praktischen Bedürfnisses entstanden waren, wurden im Namen der Freiheit mit Gewalt zertrümmert. Selbst die Wucherverbote wurden im Interesse der Freiheit aufgehoben. So wurde die Gesellschaft individualisiert oder atomisiert, wurden die wirtschaftlich Schwächeren isoliert und

Digitized by Google

der Übermacht des Kapitals auf dem Boden der unumschränkten Konkurrenz preisgegeben. Da außerdem die neuen technischen Erfindungen fast nur den Kapitalisten zugute kamen, so wurden in den Industriezentren die soliden Mittelstände, dieser beste Halt der bestehenden Ordnung, immer mehr aufgelöst und die Gesellschaft in zwei feindliche Klassen geteilt: einerseits die reiche Bourgeoisie mit ihrem Haß gegen Kirche und Adel, mit ihrer maßlosen Habgier, ihrer rücksichtslosen Ausbeutung der wirtschaftlich Schwächeren; anderseits die riesigen Massen von Fabrikarbeitern mit ihrem Haß und Ingrimm gegen die kapitalistischen Ausbeuter. Damit war der günstige Boden für die Sozialdemokratie geschaffen. Es bedurfte nur noch der Agitatoren, welche „die Enterbten" mit den Errungenschaften der ungläubigen Wissenschaft bekannt machten und die Brandfackel der Empörung gegen die Kapitalisten in die Arbeitermassen hineinwarfen, und die Sozialdemokratie war da.

5. Auf politischem Gebiete hat endlich der Liberalismus durch sein Bestreben, alle Gebiete des öffentlichen Lebens in den Händen der Staatsgewalt zu zentralisieren, dem Sozialismus mächtig Vorschub geleistet.

Der Sozialismus zielt seinem ganzen Wesen nach auf die größte staatliche Zentralisation. Produktionsmittel, Organisation der Arbeit, Verteilung der Produkte, Erziehung, Unterricht, alles soll verstaatlicht werden. Der Staat übernimmt die Aufgaben der Familie, der Gemeinde und der einzelnen. Hieraus folgt unleugbar, was Schäffle[1] behauptet: „Alle Zentralisation des liberalen Staates leistet dem Sozialismus Vorschub und ist ihm kongenial."

Wer hat nun mit allen Kräften das ganze Schul- und Kirchenwesen, die Ehe, die Armenpflege zentralisiert, wer die Unabhängigkeit der Gemeinden, der Kirche, der Orden zerstört und alles dem Staate überliefert? Es ist der Liberalismus. Der Sozialismus ist nichts anderes als die folgerichtige Weiterentwicklung des liberalen Staatsbegriffs. Der Staat ist die Quelle alles Rechts, sagt der Liberalismus. Auf dieses Prinzip kann sich der Sozialismus dem

[1] Quintessenz des Sozialismus 29.

Digitized by Google

Liberalismus gegenüber mit vollem Recht zugunsten seiner Pläne berufen.

So ist es unzweifelhaft: Naturalistischer Liberalismus und Sozialismus sind trotz des scheinbaren Gegensatzes innig verwandt, und deshalb kann von einer nachhaltigen Bekämpfung des Sozialismus durch den Liberalismus keine Rede sein. Dieser hat nur eine Waffe gegen den Sozialismus: die Polizei; sobald er ihn mit andern Waffen bekämpfen will, tritt seine Unfolgerichtigkeit und Halbheit offen zutage.

Tatsächlich verschwindet denn auch der Liberalismus immer mehr. Bei allen politischen Wahlen muß er ein stetig zunehmendes Defizit registrieren. Er erlebt das Los aller Halben, die schließlich den Ganzen und Konsequenten Platz machen müssen.

Digitized by Google

Dritter Abschnitt.

Ungerechtigkeit und Unmöglichkeit des Sozialismus.

Erstes Kapitel.

Ungerechtigkeit des Sozialismus.

Erster Artikel.

Das Privateigentum ist im Naturrecht begründet.

Alle Sozialdemokraten, besonders in Deutschland, kommen darin überein, daß sie es völlig in das Belieben des Staates stellen, ob und wieweit er das Privateigentum an Produktionsmitteln verstaatlichen oder „vergesellschaften" will. Das gilt nicht nur von den konsequenten Sozialisten, die die gänzliche Beseitigung des Produktionseigentums für die nächste oder die fernere Zukunft fordern, sondern auch von den sog. Revisionisten oder Reformisten, welche zwar in etwa Privateigentum bestehen lassen wollen, aber es ganz der Willkür des Staates anheimgeben, wie weit er in der Verstaatlichung gehen will. Beide Ansichten setzen voraus, der Staat sei die Quelle und der unumschränkte Herr aller Rechte der Untertanen und namentlich des Eigentumsrechts, oder der Mensch habe wenigstens kein natürliches angebornes Recht auf Eigentumserwerb. Das ist aber ein großer Irrtum. Wer behauptet, der Staat sei die Quelle alles Rechts, der muß auch zugeben, daß der Staat bzw. dessen oberster Lenker und Gesetzgeber nie ein Unrecht begehen kann, mag er nun die Untertanen behandeln wie er will: sie töten, der Freiheit und des Eigentums berauben usw. Denn niemand kann dem Staate gegenüber ein Recht geltend machen, da der allmächtige Staat ihm jederzeit das Recht, das er ihm verliehen, wieder entziehen kann. Wer die Staatsallmacht predigt, verkündet damit auch die Sklaverei der Untertanen.

Digitized by Google

Unabhängig vom Staat und von Natur aus hat jeder Mensch bestimmte Rechte, z. B. das Recht auf sein Leben, seine Freiheit. Zu diesen natürlichen, angebornen Rechten gehört auch das Recht des Eigentumserwerbs.

Der mir durch den Zweck dieses Buches gesteckte Raum gestattet nicht, daß ich hier eine eingehende Begründung des Naturrechts im allgemeinen und des natürlichen Rechts des Eigentumserwerbs im besondern biete. Ich habe das an andern Stellen eingehend getan[1]. Die Wichtigkeit der Eigentumsfrage fordert aber doch, daß ich wenigstens in Kürze auf die naturrechtliche Grundlage des Eigentums hinweise.

Der Bestand des Privateigentums, auch an Produktionsmitteln, ist in Anbetracht der Menschen, wie sie ihrer Natur nach durchschnittlich sind und stets bleiben werden, eine Notwendigkeit für die persönliche Freiheit und für die Ordnung und das Gedeihen der Gesellschaft. Daraus schließen wir mit Recht, daß der Schöpfer und Lenker der Menschen den Bestand des Eigentums will, und daß jeder Mensch das natürliche Recht haben muß, Privateigentum zu erwerben.

Für die Notwendigkeit des Privateigentums spricht schon laut die Geschichte. Eine Einrichtung, die bei allen Völkern aller Zeiten wiederkehrt, die sich durch allen Wechsel der Zeiten, Orte, Anschauungen und Gewohnheiten behauptet, ja überall bei zunehmender Kultur tiefere Wurzeln schlägt und immer von der ungeheuern Mehrheit als berechtigt anerkannt und geschützt wurde, ist keine willkürliche Erfindung der Menschen, sondern ist in der menschlichen Natur selbst begründet. Denn eine allgemeine Wirkung muß auch eine allgemeine Ursache haben, und diese kann in unserem Fall nur die menschliche Natur mit ihren untilgbaren Neigungen und Bedürfnissen sein. Nun ist aber die Privateigentumsinstitution eine Erscheinung, die uns immer und überall bei allen Völkern begegnet. Wenigstens an beweglichen Gütern: Kleidern, Gerätschaften, Waffen, Zelten und elbst an Haustieren, besteht das Privateigentum überall, selbst bei

[1] Vgl. meine Schriften: Recht, Naturrecht und positives Recht[2] (Freiburg 1909) und Moralphilosophie I[5] 544 ff.; II 295 ff.

Digitized by Google

den wildesten Stämmen[1]. Wo Grund und Boden Gemeineigentum ist, hat dies stets einen besondern Grund, namentlich im Jäger- oder Nomadenleben, das seiner Natur nach Privatgrundeigentum ausschließt.

Die inneren Gründe dieser allgemeinen Erscheinung sind nicht schwer zu entdecken. Vor allem vermag nur die Aussicht auf Privateigentum die Menschen allgemein zu jener ernsten und andauernden Arbeit anzuspornen, die nun einmal sowohl für die einzelnen als die ganze Gesellschaft unumgänglich notwendig ist. Dies gilt vor allem von der produktiven Arbeit. Nur um den Preis angestrengter und planmäßiger Arbeit gibt die Erde die dem Menschen notwendigen Existenzmittel her. Nun vermag aber nur die Rücksicht auf das eigene Bedürfnis und Interesse bei der großen Masse die angeborne Trägheit und Arbeitsscheu zu überwinden. Dieses Interesse erweist sich jedoch tatsächlich nur wirksam, wenn jeder das Recht hat, sich dauerndes Privateigentum zu erwerben. Nur unter dieser Voraussetzung ist jeder auf seine eigene Arbeit angewiesen und folglich genötigt, selbst die Initiative zu ergreifen, selbst Hände und Füße zu regen, um sich eine Existenz zu gründen. Nur unter dieser Voraussetzung hat auch jeder die Bürgschaft, daß der Ertrag seiner Arbeit ihm allein voll und ganz zugute kommt. Das Privateigentum ist das Schwungrad, das die menschlichen Arbeitskräfte beständig in Tätigkeit erhält.

Auch die Notwendigkeit der Arbeits- und Berufsteilung spricht für die Unentbehrlichkeit des Privateigentums. Sobald die Gesellschaft eine höhere Kulturstufe erreicht, ist eine weitgehende Arbeits- und Berufsteilung notwendig. Eine zwangsweise Verteilung der Berufe von Obrigkeits wegen ist aber unmöglich; sie würde notwendig zu unzähligen Mißgriffen und zu einer wahren Sklaverei führen, welche die wenigsten sich auf die Dauer gefallen ließen, namentlich diejenigen, welchen die schwereren und niedrigeren Berufe zufielen. Es bedarf also einer Triebkraft, welche einen jeden ohne

[1] Zahlreiche Zeugnisse für diese Behauptung findet der Leser in meinem Werke: Die Einheit des sittlichen Bewußtseins der Menschheit (Freiburg 1914), 3 Bde.

Digitized by Google

äußeren Zwang zu einem angemessenen Berufe hinzieht, und zwar derart, daß alle der Gesellschaft notwendigen Berufe ausgefüllt werden. Diese Triebkraft ist das Privateigentum. Daß unter dem Privateigentum die Berufsverteilung sich ohne jeden Zwang vollzieht, zeigt uns seit Jahrtausenden die tägliche Erfahrung.

Das Privateigentum ist auch notwendig für die Familie. Die Familie ist älter als der Staat. Sie bestand schon, bevor es einen Staat gab. Sie bedurfte schon damals für ihren Bestand des Privateigentums. Die Familien haben sich zu größeren Gemeinwesen und schließlich zum Staat vereinigt, nicht um ihre Rechte und Freiheiten zu verlieren, sondern um für dieselben Schutz und Förderung zu finden, soweit es das geordnete Zusammenleben zuläßt. Soll die Familie ein selbständiger Organismus in der menschlichen Gesellschaft bleiben, so muß den Eltern die Sorge für den Unterhalt und die Erziehung der Kinder obliegen, und zwar unabhängig von äußeren unbefugten Eingriffen. Dazu bedarf sie durchschnittlich des Privateigentums, des ausschließlichen Gebrauchs einer Wohnung, der Nahrung, Kleidung und anderer Mittel, die vielfach zum voraus zu beschaffen sind, damit ein geordnetes und gesichertes Familienleben Bestand habe. Das Bewußtsein der Verantwortlichkeit für die Erhaltung der Familie treibt Vater und Mutter zu energischer andauernder Arbeit und ist zugleich eine große Bürgschaft für ihr sittliches Verhalten. Ebenso ist das Bewußtsein der Kinder, daß ihr Unterhalt und ihr Fortkommen ganz von den Eltern abhängt, ein wirksames erziehliches Moment.

Das Schaffen des Menschen soll über die Schranken der Person und der Familie hinaus in die menschliche Gesellschaft hineinreichen. Ein nennenswerter Kulturfortschritt kann nur durch Zusammenwirken vieler zu großen und weitausschauenden Unternehmungen erreicht werden. Dieses ist aber unter Voraussetzung freier Menschen nur möglich, wenn eine Klasse mehr besitzt, als sie zur Lebensnotdurft bedarf, und zugleich ein Interesse daran hat, diesen Überschuß zu größeren, oft unsichern Unternehmungen zu verwenden. Eigeninteresse und Gemeinwohl kommen hier einander auf weite Strecke entgegen, denn die Privateigentümer sind gezwungen, ihr Vermögen zu gesellschaftlich nützlichen Unternehmungen zu verwenden,

Digitized by Google

weil ein nutzloses Geschäft sich nicht rentiert. Tatsächlich sind denn auch die größten Unternehmungen: Eisenbahnen, Telegraphen, Elektrizitätswerke, Straßen, Kanäle, Tunnels, Dampfschiffahrtsverbindungen u. dgl., der Initiative der Privateigentümer zu verdanken und wären ohne Privateigentum wohl nie zustande gekommen.

Das Gesagte gilt nicht nur für das wirtschaftliche Gebiet, sondern auch für die höheren Kulturgebiete (Künste und Wissenschaften). Zwar werden in seltenen Fällen die reichen Privateigentümer selbst in Kunst und Wissenschaft Hervorragendes leisten, aber sie allein vermögen Kunstgegenstände in größerem Umfange zu bestellen und ausführen zu lassen; nur sie haben die Mittel, welche zur Ausbildung von Künstlern und Gelehrten und zur Gründung und Sicherung großer Unternehmungen nötig sind. Endlich darf auch die sittliche Bedeutung des Privateigentums nicht übersehen werden. Viele sittliche Tugenden haben zu ihrer Übung das Privateigentum zur Voraussetzung. Wenn auch das Privateigentum notwendig ist, so soll doch der Gebrauch der Güter dieser Erde bis zu einem gewissen Grade allen Menschen gemeinsam sein. Das wird dadurch erreicht, daß der Wohlhabende von seinem Überfluß freigebig den Dürftigen mitteilt und so die Tugenden der Nächstenliebe und Barmherzigkeit ausübt.

Diese kurzen Andeutungen über den naturrechtlichen Bestand des Privateigentums mögen hier genügen[1]. Das Gesagte wird durch die Ausführungen des folgenden Artikels und besonders durch den im folgenden Kapitel zu erbringenden Nachweis von der Unmöglichkeit einer sozialistischen Gesellschaftsordnung wirksam bestätigt werden.

Zweiter Artikel.

Die Lehre Papst Leos XIII. über das Privateigentum.

Weil ich mich vorwiegend an katholische Leser wende, so lasse ich hier noch wörtlich die klaren und überzeugenden Ausführungen folgen, mit denen Papst Leo XIII. den Sozialisten gegenüber die Berechti-

[1] Eine ausführliche Begründung des Privateigentumsrechts findet der Leser in meiner „Moralphilosophie" II[5] 295 ff.

Digitized by Google

gung und Notwendigkeit des Privateigentums darlegt und den Katholiken zeigt, wie sie sich in dieser Frage zu verhalten haben[1].

In seinem herrlichen Rundschreiben Rerum novarum vom 15. Mai 1891 über die Arbeiterfrage schildert der Papst zuerst die wirtschaftlichen Übelstände, unter denen heute die Arbeiter vielfach leiden. Dann fährt er fort:

„Zur Hebung dieses Übels behaupten die Sozialisten, indem sie die Bedürftigen gegen die Reichen aufstacheln, der Privatbesitz müsse aufhören und an seiner Stelle solle Gemeineigentum an allen Gütern eingeführt werden, so daß die Vorsteher der Gemeinden oder die Leiter des ganzen Staates deren Verwaltung übernehmen. Sie wähnen, durch eine solche Übertragung des Besitzes von den Individuen auf die Gesamtheit alle Mißstände heben zu können, weil durch dieselbe die Vorteile des Vermögens gleichmäßig unter den Staatsangehörigen verteilt würden. Indessen, dieses Vorhaben ist weit davon entfernt, etwas zur Lösung des fraglichen Arbeiterproblems beizutragen; es *schädigt* vielmehr die arbeitenden Klassen selbst; es ist ferner sehr *ungerecht*, indem es die rechtmäßigen Besitzer vergewaltigt; es ist endlich *der staatlichen Ordnung zuwider*, ja bedroht die Staaten mit völliger Auflösung.

1. Vor allem liegt nämlich klar auf der Hand, daß die Absicht, die den Erwerbstätigen bei der Übernahme seiner Arbeit leitet, keine andere als die ist, daß er durch den Lohn zu persönlichem Eigentum gelange. Indem er seine Arbeitskraft und seinen Fleiß an einen andern vermietet, will er für seinen eigenen Bedarf das Nötige erringen; und er erwirbt sich ein wahres und eigentliches Recht nicht bloß auf den Lohn, sondern auch auf dessen freie Verwendung. Gesetzt, er habe durch Einschränkung Ersparnisse gemacht und sie der Sicherheit halber zum Ankauf eines Grundstückes verwendet, so ist das

[1] Leo XIII. hat schon in dem Rundschreiben Quod Apostolici muneris vom 28. Dezember 1878 den Sozialismus verurteilt und erklärt, das Recht auf Privatbesitz und Privateigentum stamme *von der Natur selbst* und werde durch *das natürliche Sittengesetz geschützt*. Dieselbe Lehre wiederholt er in dem Rundschreiben Graves de communi vom 18. Januar 1901.

Digitized by Google

Grundstück eben der ihm gehörige Lohn, nur in anderer Form; und deshalb untersteht das gekaufte Grundstück seiner Gewalt und freien Verfügung geradeso wie vorher der erworbene Lohn. Nun aber besteht gerade hierin das Eigentumsrecht an beweglichem wie an unbeweglichem Besitze. Wenn also die Sozialisten dahin streben, allen Sonderbesitz in Gemeineigentum umzuwandeln, so ist klar, daß sie dadurch die Lage der Lohnarbeiter ungünstiger machen. Sie entziehen ihnen mit dem Eigentumsrechte die Vollmacht, ihren erworbenen Lohn nach Gutdünken anzulegen; sie rauben ihnen dadurch auch die Aussicht und Möglichkeit, ihr kleines Vermögen zu vergrößern und sich durch Fleiß zu einer besseren Stellung emporzuringen.

2. Aber, was schwerer wiegt, das von den Sozialisten empfohlene Heilmittel der Gesellschaft ist offenbar der Gerechtigkeit zuwider, denn das Recht zum Besitz von Privateigentum hat der Mensch von der Natur erhalten. — Es zeigt sich hierin wie auch in andern Dingen ein wesentlicher Unterschied zwischen Mensch und Tier. Die Tiere bestimmen sich nicht selbst, sondern sie werden durch einen doppelten Naturinstinkt geleitet, der sowohl ihre genügend entwickelten Fähigkeiten und Kräfte erhält und entfaltet als auch ihre einzelnen Tätigkeiten anregt und bestimmt. Durch den einen Instinkt werden die Tiere zur Selbsterhaltung, durch den andern zur Fortpflanzung des Geschlechts angetrieben. Beides erreichen sie leicht durch den Gebrauch der schon vorhandenen und ihnen gegenwärtigen Dinge; darüber hinaus kommen sie nicht, weil sie nur durch sinnliche Vermögen und durch einzelne Sinneswahrnehmungen beherrscht werden. — Weit davon verschieden ist die Natur des Menschen. In ihm finden sich einerseits alle Kräfte der Natur des Tieres, und zwar ganz und vollkommen, so daß er ebensogut wie die verschiedenen Tiere imstande ist, die körperlichen Dinge zu gebrauchen; aber seine Natur geht nicht in tierischer Natur auf, mag man sich letztere noch so vollkommen denken; sie hebt ihn weit über das Tierische hinaus und macht ihm dieses dienstbar. Was den Menschen adelt und ihn zu der ihm eigenen Würde erhebt, das ist der vernünftige Geist; dieser verleiht ihm seinen Charakter als Mensch und unterscheidet ihn himmelweit vom Tiere. Eben weil er aber mit Vernunft be-

Digitized by Google

gabt ist, muß ihm nicht bloß der Gebrauch der irdischen Güter wie dem Tiere, sondern auch das dauernde und immerwährende Besitzrecht zustehen, und zwar das Besitzrecht nicht bloß auf Dinge, die beim Gebrauch verzehrt werden, sondern auch solche, welche nach dem Gebrauch fortbestehen.

Eine tiefere Betrachtung der menschlichen Natur lehrt dieses ganz klar. — Da der Mensch mit seinem Denken unzählige Gegenstände umfaßt, aus den gegenwärtigen die zukünftigen erschließt und Herr seiner Handlungen ist, so bestimmt er unter dem ewigen Gesetz und unter der allweisen Vorsehung Gottes sich selbst nach freiem Ermessen; es liegt darum in seiner Macht, von den Dingen diejenigen zu wählen, die er nicht allein für die Gegenwart, sondern auch für die Zukunft als die ersprießlichsten erachtet. Hieraus folgt, daß der Mensch nicht nur an den Früchten der Erde, sondern auch am Boden das Eigentumsrecht haben muß, weil er sieht, daß nur der Boden die ihm für die Zukunft notwendigen Existenzmittel liefert. Immer unterliegt der Mensch Bedürfnissen; sind die heutigen befriedigt, so stellen sich neue gebieterisch ein. Die Natur muß dem Menschen demgemäß eine bleibende, unversiegliche Quelle zur Befriedigung seiner Bedürfnisse angewiesen haben, und eine solche Quelle ist nur der Boden mit den Gaben, die er reichlich spendet.

Es ist auch kein Grund vorhanden, die allgemeine Staatsfürsorge in Anspruch zu nehmen; denn der Mensch ist älter als der Staat, und er besaß das Recht auf Erhaltung seines leiblichen Daseins, ehe es einen Staat gegeben. — Daß aber Gott die Erde dem ganzen Menschengeschlecht zur Nutznießung übergeben hat, steht dem Sonderbesitz nicht entgegen. Denn Gott hat die Erde nicht in dem Sinne der Gesamtheit geschenkt, als sollten alle ohne Unterschied Eigentümer derselben sein, sondern nur insofern als er selbst keinem Menschen einen besondern Teil derselben zum Besitz angewiesen, vielmehr dem Fleiß der Menschen und den von den Völkern zu treffenden Einrichtungen die Abgrenzung und Verteilung des Privatbesitzes anheimgegeben hat. — Wie immer übrigens der Boden unter die einzelnen verteilt werde, er hört nicht auf, dem gemeinsamen Nutzen aller zu dienen, denn es gibt keinen Menschen, der nicht von seinen Erträg-

Digitized by Google

nissen lebt. Wer ohne Besitz ist, hat dafür die Arbeit, und man kann sagen, die Beschaffung aller Lebensbedürfnisse geschehe entweder durch die Bebauung des eigenen Bodens oder durch Arbeit in irgendeinem andern Erwerbszweige, dessen Lohn nur von der Frucht der Erde kommt und mit der Frucht der Erde vertauscht wird.

Es ergibt sich hieraus wieder, daß privater Besitz vollkommen der Natur entspricht. Die Erde spendet zwar in großer Fülle alles, was zur Erhaltung und Förderung des irdischen Daseins nötig ist, aber sie kann es nicht aus sich spenden ohne Bearbeitung und Pflege durch den Menschen. Indem der Mensch auf die Bebauung des Bodens körperliche Arbeit und geistige Sorge verwendet, macht er sich eben dadurch den kultivierten Teil zu eigen; es wird demselben sozusagen der Stempel der Person des Bearbeiters aufgedrückt. Es entspricht also durchaus der Gerechtigkeit, daß dieser Teil des Bodens sein eigen sei und sein Recht darauf unverletzlich bleibe.

Die Beweiskraft des Gesagten ist so einleuchtend, daß es nur Verwunderung erwecken kann, wenn einige entgegengesetzter Ansicht sind und veraltete und längst widerlegte Meinungen wieder aufbringen. Diese behaupten nämlich, eigentliches Grundeigentum sei gegen die Gerechtigkeit, nur die Nutznießung des Bodens oder der Teile desselben könne dem einzelnen zustehen, das Grundstück, auf dem er Gebäude errichtet oder das er bearbeitet hat, gehöre nicht ihm. Sie scheinen nicht einzusehen, daß dies ebensoviel heißt, als den Menschen des Ertrages seiner Arbeit berauben. Durch den Fleiß und die kundige Bearbeitung des Bebauers hat das Erdreich seine Gestalt völlig verändert; es ist aus Wildnis fruchtbares Ackerfeld, aus Ödland ergiebiger Boden geworden. Diese am Boden angebrachten Verbesserungen sind so mit ihm eins geworden, daß sie größtenteils von ihm sich nicht trennen lassen. Und es soll nicht gegen die Gerechtigkeit verstoßen, daß sich ein anderer dasjenige aneigne und genieße, was der Bebauer im Schweiße seines Angesichts geschaffen hat? Nein, wie die Wirkung der Ursache folgt, so folgt die Frucht der Arbeit als rechtmäßiges Eigentum demjenigen, der die Arbeit geleistet hat.

Digitized by Google

Mit Recht hat darum die Menschheit immer im Naturgesetz die Grundlage für die Teilung der irdischen Güter und das Privateigentum gefunden; sie hat sich weise leiten lassen von der Forderung des natürlichen Gesetzes, unbekümmert um vereinzelte Einreden. Durch ihre praktische Anerkennung hat sie die Jahrhunderte hindurch das Privateigentumsrecht sozusagen geheiligt als einen Ausfluß der Weltordnung und als eine Grundbedingung eines ruhigen und friedlichen Zusammenlebens. — Die staatlichen Gesetze aber, die ihre Verbindlichkeit, sofern sie gerecht sind, vom Naturgesetze herleiten, haben überall das in Rede stehende Recht bestätigt und mit Strafbestimmungen geschützt. — Auch die göttlichen Gesetze haben dieses Recht feierlich und nachdrücklich verkündet, so daß sie sogar die Begierde nach fremdem Gut streng verbieten: ‚Du sollst nicht begehren deines Nächsten Weib, Haus, Acker, Knecht, Magd, Ochs, Esel, noch alles, was sein ist!'[1]

Kommen den Menschen schon als Einzelpersonen die genannten Rechte auf Privateigentum zu, so noch viel mehr, wenn wir sie in ihren Beziehungen und ihren Pflichten zur Familie ins Auge fassen. — In der Wahl des Lebensstandes ist es der Freiheit eines jeden anheimgegeben, ob er dem Rate Jesu Christi zum jungfräulichen Leben folgen oder in die Ehe treten wolle. Kein menschliches Gesetz kann dem Menschen das natürliche und ursprüngliche Recht auf die Ehe entziehen, keines kann den Hauptzweck dieser durch Gottes heilige Autorität seit der Erschaffung eingeführten Einrichtung irgendwie einschränken. ‚Wachset und mehret euch.'[2] Mit diesen Worten war die Familie oder häusliche Gesellschaft gegründet. Diese ist eine zwar kleine, aber wahre Gesellschaft, und sie ist älter als jeder Staat; sie muß deshalb auch gewisse ihr innewohnenden Rechte und Pflichten haben, die nicht vom Staate abhangen. Wenn nun, wie wir bewiesen haben, jedem Menschen als Einzelwesen die Natur das Recht auf Eigentum verliehen hat, so muß dieses Recht noch viel mehr dem Menschen als Haupt der Familie zukommen, weil die menschliche Persönlichkeit in der Familie sich gewissermaßen erweitert. Ein

[1] 5 Mos. 5, 21. [2] 1 Mos. 1, 28.

Digitized by Google

überaus heiliges Gesetz der Natur verlangt, daß der Vater seinen Kindern den Lebensunterhalt und alles Notwendige verschaffe, und die Natur selbst leitet ihn an, auch für die Zukunft die Kinder zu versorgen, sie möglichst sicherzustellen gegen irdische Wechselfälle, sie instand zu setzen, sich selbst vor Elend zu schützen; er ist es ja, der in den Kindern fortlebt und sich gleichsam in ihnen wiederholt. Wie soll er aber dieser Pflicht gegen die Kinder nachkommen können, wenn er ihnen nicht einen Besitz, welcher fruchtet, als Erbe hinterlassen darf? — Wie der Staat, so ist auch die Familie eine wahre und eigentliche Gesellschaft, die durch ihre eigene Gewalt, nämlich durch die väterliche, regiert wird. Innerhalb der von ihrem nächsten Zwecke bestimmten Grenzen besitzt demgemäß die Familie zum wenigsten die gleichen Rechte wie der Staat in Wahl und Anwendung jener Mittel, die zu ihrer Erhaltung und ihrer berechtigten freien Bewegung unerläßlich sind. Wir sagen: zum wenigsten die gleichen Rechte. Denn da das häusliche Zusammenleben sowohl der Idee als der Sache nach früher ist als die bürgerliche Gemeinschaft, so haben auch seine Rechte und seine Pflichten den Vortritt, weil sie der Natur näher stehen. Das Leben in der Staatsgemeinschaft muß dem Individuum und der Familie zu einem wünschenswerten Gute gemacht werden. Wenn nun aber Individuum und Familie im Verbande der staatlichen Gesellschaft seitens der letzteren nur Schädigung finden würden statt Nutzen, nur Verletzung des ureigenen Rechts statt des Schutzes, so würde ihnen der Staatsverband eher als Gegenstand der Abneigung und des Abscheus erscheinen denn als ein begehrenswertes Gut.

Ein großer und gefährlicher Irrtum liegt also in dem Ansinnen an den Staat, in das Innere der Familie, des Hauses einzudringen. — Allerdings, wenn sich eine Familie in größter Not und in so verzweifelter Lage befindet, daß sie sich in keiner Weise helfen kann, ist es der Ordnung entsprechend, daß staatliche Hilfeleistung eintrete; die Familien sind eben Teile des Staates. Ebenso hat die öffentliche Gewalt einzugreifen, wenn innerhalb der häuslichen Mauern schwere Verletzung der gegenseitigen Rechte geschehen. Dem Verletzten zu einem Rechte zu verhelfen, heißt nicht Rechte der

Digitized by Google

Bürger an sich reißen, sondern nur diese Rechte gebührend beschützen und festigen. Allein an diesem Punkt müssen die Leiter des Staates haltmachen; gehen sie über diese Grenzen hinaus, so handeln sie dem natürlichen Rechte entgegen. Die väterliche Gewalt ist von Natur so beschaffen, daß sie vom Staat weder aufgehoben noch an sich gerissen werden kann; sie weist eine gleich ehrwürdige Herkunft auf wie das Leben des Menschen selbst. ‚Die Kinder sind gewissermaßen ein Teil des Vaters'[1], gleichsam eine Erweiterung seiner Person; und wenn man im eigentlichen Sinne reden will, treten sie nicht selbst und unmittelbar in die staatliche Gemeinschaft ein, sondern vermittelst der Familiengemeinschaft, in welcher sie das Leben empfangen haben. Aus ebendiesem Grunde, weil nämlich die Kinder ‚von Natur aus einen Teil des Vaters bilden . . ., stehen sie unter der Sorge der Eltern, solange sie den Gebrauch des freien Willens nicht haben'[2]. Das sozialistische System also, das die elterliche Fürsorge beiseite setzt, um eine allgemeine Staatsfürsorge einzuführen, versündigt sich gegen die natürliche Gerechtigkeit und zerreißt die Familienbande.

Indessen, sieht man auch von der Ungerechtigkeit ab, so liegt es doch offen zutage, daß dieses System in allen Schichten der Gesellschaft Unordnung und Verwirrung und eine harte und gehässige Sklaverei der Bürger zur Folge hätte. Es würde gegenseitiger Mißgunst, Zank und Zwietracht Tür und Tor geöffnet. Mit dem Wegfall des Sporns zu Strebsamkeit und Fleiß würden auch die Quellen des Wohlstandes versiegen. Aus der eingebildeten Gleichheit aller würde nichts anderes als das gleiche, entwürdigende Elend für alle. — Aus alledem ergibt sich klar die Verwerflichkeit der sozialistischen Grundlehre, wonach der Staat allen Privatbesitz in öffentliches Gemeineigentum verwandeln soll. Eine solche Lehre gereicht den arbeitenden Klassen, zu deren Nutzen sie erfunden sein will, lediglich zu schwerem Schaden, sie widerspricht den natürlichen Rechten des einzelnen Menschen, sie verzerrt den Beruf des Staates und untergräbt die öffentliche Ruhe und Sicherheit. Bei allen Versuchen zur Abhilfe gegenüber den gegenwärtigen

[1] S. Thom. 2, 2, q. 10, a. 12. [2] Ebd.

Digitized by Google

sozialen Notständen ist also durchaus als Grundsatz festzuhalten, daß das Privateigentum unantastbar und unverletzlich sei."[1]

Zweites Kapitel.
Unmöglichkeit des Sozialismus.

Erster Artikel.
Erledigung einiger Vorfragen.

§ 1. Das sozialdemokratische Versteckenspielen.

Die Sozialdemokraten sind sehr stark in der Kritik der heutigen Gesellschaftsordnung. Jeder zutage tretende Übelstand, ob groß ob klein, beweist ihnen die Unerträglichkeit, Ungerechtigkeit, die Mißwirtschaft der heutigen Gesellschaft. Auf der Sozialdemokratie allein ruht alle Hoffnung, sie ist der wahre Erlöser der unterdrückten Menschheit. Derartige Auslassungen wären fast jeden Tag in den sozialistischen Zeitungen und Schriften zu lesen.

Augenblicklich sind allerdings die zur Regierung gelangten Mehrheitssozialisten sehr vorsichtig geworden. Sie sehen ein, daß die Zeit für das „Paradies auf Erden" noch nicht gekommen ist und suchen die ungeduldigen Massen zu beschwichtigen. Sie predigen jetzt Ruhe, Ordnung, Arbeitsamkeit, Sparsamkeit usw., aber sie werden die Geister nicht los, die sie gerufen haben.

---

[1] Pius X. hat die Lehren Leos XIII. von neuem eingeschärft. In seinem Motuproprio vom 18. Dezember 1903 stellte er aus den Rundschreiben seines Vorgängers die wichtigsten Grundsätze zusammen, an die sich die katholische Sozialpolitik halten soll. Zu diesen Grundsätzen gehören auch folgende: „4. Der Mensch hat auf Erden nicht nur wie das Tier das einfache Gebrauchsrecht, sondern auch ein dauerndes Eigentumsrecht, und zwar nicht allein bezüglich jener Dinge, die durch den Gebrauch verbraucht werden, sondern auch jener, die durch den Gebrauch nicht verbraucht werden." „5. Das Privateigentum ist unter allen Umständen, sei es als Frucht der Arbeit oder des Gewerbes oder infolge von Übertragungen oder Schenkungen, ein natürliches Recht, und jedermann kann darüber in vernünftiger Weise nach seinem Gutdünken verfügen."

Digitized by Google

Ich zweifle auch nicht: Sollten die Sozialisten von der Regierung verdrängt werden, so wird sofort das alte Nörgeln und Kritisieren wieder anfangen. Um dieses zu dämpfen, gibt es kein besseres Mittel, als sich danach zu erkundigen, was denn die Sozialisten an die Stelle der heutigen Ordnung stellen wollen, dann schwindet der vorlaute Heldenmut. Anstatt mit ihren Zukunftsplänen hervorzurücken, verstecken sie sich hinter nebelhafte, nichtssagende Redensarten oder nehmen zu allerlei Ausflüchten ihre Zuflucht oder überschütten gar die Fragesteller mit einem ganzen Schwall von Schimpfwörtern wie: „dogmatische Dickköpfe", „durch und durch unwissenschaftliche, denkunfähige Leute, die an unheilbarer Borniertheit leiden" u. dgl.

Warum das? Der Grund ist leicht zu erraten. Große politische Parteien lassen sich sehr leicht zusammenhalten, solange man sich auf ein möglichst negatives Programm beschränkt und sich damit begnügt, anzugreifen und zu kritisieren; namentlich gilt das in Zeiten weitverbreiteter Unzufriedenheit. Würden dagegen die sozialdemokratischen Führer ein bestimmtes positives Programm mit klar umschriebenen Zielen aufstellen, so würde sich die Partei bald in Sekten spalten. Es würde sich auch hier der alte Spruch bewahrheiten: Quot capita tot sensus.

Sodann aber verhüllen die Sozialisten ihre Ziele, weil sie die Kritik scheuen. Alle Versuche, die man seit Minos bis auf Cabets Ikarien gemacht hat, den Kommunismus in irgendeiner Form praktisch durchzuführen, sind kläglich gescheitert[1]. Einsichtige konnten das mit Bestimmtheit

[1] Über die kommunistischen Versuche, die im 19. Jahrhundert besonders in Amerika gemacht worden sind, vgl. Pfülf, Kommunistische Experimente: Stimmen aus Maria-Laach XLIX 284 ff.; H. Noyes, History of American Socialism; Nordhoff, Communistic Societies of the United States. New York 1875; Hillquit, History of Socialism in the United States (1903); Hinds, American Communities and Cooperative Colonies. Chicago 1908; R. Liefmann, Die heutigen kommunistischen Gemeinden in Nordamerika: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 3. Folge, XXXVIII 29 ff. 145 ff. Es sind im vorigen Jahrhundert vielleicht an die hundert kommunistische Experimente gemacht worden; alle sind gänzlich mißlungen. Über denjenigen Versuch, der am meisten Aufsehen erregte,

Digitized by Google

voraussagen. Sobald nun die Sozialdemokraten aus den Wolken nebelhafter Redensarten herabsteigen und uns ihre Zukunftspläne enthüllen wollten, würde sich alsbald zeigen, daß dieselben nur eine neue Auflage alter, völlig unpraktischer Utopien sind. Deshalb hält man sich an den alten Spruch: Schweigen ist Gold.

In der Tat, daß nur solche Beweggründe dem sozialdemokratischen Versteckenspielen zugrunde liegen, ergibt sich klar aus den armseligen Ausflüchten, mit denen sich die sozialistischen Führer den neugierigen Fragen nach dem Zukunftsstaate zu entziehen suchen. Wir wollen die landesüblichsten dem Leser vorführen, damit er selbst einen Einblick in die „Wissenschaft" und die „Zielbewußtheit" bekomme, mit der sich die Sozialisten brüsten:

1. „Das geht euch gar nichts an, wie wir uns den Zukunftsstaat denken. Ihr braucht euch nicht unsere Köpfe zu zerbrechen." Wirklich wunderbar! Die Sozialisten wollen das Haus zerstören, in dem wir bisher friedlich gelebt; sie wollen uns zwingen, in ein neues auszuwandern: und da sollen wir nicht einmal das Recht haben zu fragen, wie es in dem neuen Hause aussehe? Oder wollen etwa die Sozialisten alle ihre Gegner ins Meer werfen, bevor sie in den Hafen ihres gelobten Landes einfahren?

2. „Ja, wie denkt sich denn das ‚Zentrum' den Zukunftsstaat?" Kann man im Ernst eine solche Frage an diejenigen richten, welche gar keinen Zukunftsstaat wollen, deren aufrichtigstes Bestreben es vielmehr ist, die heutige Gesellschaftsordnung

---

nämlich Cabets Ikarien, haben wir schon oben (S. 25 f.) berichtet. Die allermeisten Experimente erlebten nicht einmal den zehnten Jahrestag ihrer Gründung. Nur allein die von einigen Sekten auf religiöser Grundlage errichteten kommunistischen Kolonien haben etwas größere Erfolge erzielt, ohne jedoch zu eigentlicher Bedeutung zu gelangen. Selbstverständlich können solche auf religiöser Schwärmerei beruhende Gemeinwesen nie allgemein werden. Über diese religiös-kommunistischen Gemeinwesen vgl. Pfülf, Die religiös-kommunistischen Gemeinwesen in den Vereinigten Staaten: Stimmen aus Maria-Laach XLIX 507 ff. Die größten Erfolge hat die Sekte der Herrnhuter aufzuweisen. Vgl. Liefmann a. a. O. Aus seiner geschichtlichen Betrachtung zieht Liefmann den Schluß, daß ein allgemeiner Kommunismus notwendig kulturfeindlich wirken müßte.

Digitized by Google

wenigstens in ihren wesentlichen Zügen zu erhalten? Wer ein Haus erhalten und es nur nach Erfordernis der Umstände ausbessern will, braucht keinen Plan für ein neues zu entwerfen. Wohl aber ist man berechtigt, einen solchen Plan von demjenigen zu fordern, der das vorhandene Haus zerstören und durch ein anderes ersetzen will. Nur ein Wahnsinniger wird sein Haus niederreißen, ohne zu wissen, ob er ein besseres an dessen Stelle setzen kann. Nun aber wollen die Sozialisten „die gründliche Beseitigung der heutigen Gesellschaftsordnung" (Liebknecht), sie wollen mit der heutigen Gesellschaft „reinen Tisch machen" (Bebel). Sie verfolgen dieses Ziel mit allen Mitteln der Verhetzung der unteren Volksklassen gegen die höheren und suchen die ersteren zu verlocken durch allerlei Vorspiegelungen von einem zukünftigen Reich der Gerechtigkeit und des Überflusses. Da sind wir doch gewiß berechtigt, von den Sozialdemokraten klare und unzweideutige Auskunft über ihre Ziele zu verlangen.

3. „Was dann geschehen soll, wenn die alte Gesellschaft begraben ist, wird sich schon finden." Eine solche Antwort ist eine unverzeihliche Frivolität. Die Ordnung für eine nach vielen Millionen zählende Gesellschaft läßt sich nicht aus dem Schranke holen wie ein Kleid; sie muß lange vorher vorbereitet und durch allmähliche Übergänge eingeleitet werden. Tatsächlich sind auch bei allen großen Umwälzungen, so namentlich in den französischen Revolutionen von 1789, 1830 und 1848, immer Maßregeln und Pläne durchgeführt worden, die Jahrzehnte vorher eingehend besprochen worden waren. Die Revolution sollte die längst gefaßten Pläne aus der Theorie in die Praxis übersetzen. Nur Rasende zerstören, ohne sich darum zu bekümmern, was nachher kommen soll.

4. „Die Zukunftsmalereien sind unwissenschaftlich, utopisch." Gewiß, sie sind es; aber die Sozialisten, welche den Volksmassen ihren Zukunftsstaat vorgaukeln, haben kein Recht, sich mit dieser Phrase zu decken. Ist es nicht gewissenlos, mit dem Bilde eines zukünftigen Schlaraffiens in den Arbeitern die unmöglichsten Hoffnungen zu erwecken, und dann, sobald man über dasselbe nähere

Digitized by Google

Auskunft geben soll, sich hinter die Phrase zu verschanzen, dergleichen Zukunftsmalereien seien unwissenschaftlich und utopisch?

Wir verlangen übrigens von den Sozialisten nicht, daß sie uns das Bild des Zukunftsstaates bis auf das letzte Tüpfelchen entwerfen, wohl aber dürfen und müssen wir fordern, daß sie uns seine Grundzüge: die Fundamente, die Hauptmauern und Pfeiler, die Stockwerke, angeben, damit wir uns überzeugen können, daß sich darin leben läßt. Kein Vernünftiger kann der Menschheit einen Sprung ins Dunkle zumuten. Nicht selten fordern die Sozialisten, man solle ihnen die Unmöglichkeit ihrer Zukunftspläne dartun. Ich werde das tun, aber vonseiten der Sozialisten ist diese Forderung eine ungerechte Verschiebung der Beweislast. Sie wollen durch ihre Zukunftsordnung das heutige Elend beseitigen und Freiheit und Glück herbeiführen. Ihnen liegt also die Last des Beweises ob, daß eine solche Ordnung möglich sei.

5. Ich habe von einem „Zukunftsstaat" gesprochen. Auch dieses Wort muß den Sozialisten zu einer leeren Ausflucht dienen. „Wir wollen überhaupt keinen Zukunftsstaat", rief Bebel seinen Drängern im Reichstag[1] zu, die ihm mit der Frage nach dem Zukunftsstaat zu Leibe rückten. Spiegelfechterei! Die Sozialdemokraten wollen doch auch für die Zukunft ein geordnetes Zusammenleben vieler, sie wollen, wie Engels und Bebel sagen, „Schaffung einer Organisation der Verwaltung, der die Leitung von Produktions- und Austauschprozessen obliegt", oder, wie es im Erfurter Programm heißt, „die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion"[2].

---

[1] Sitzung vom 3. Februar 1893.

[2] Marx selbst beleuchtet den Zukunftsstaat an dem Beispiel eines Vereins von freien Menschen, „die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen und individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben". Die „gesellschaftlich planmäßige Verteilung" der Arbeit ... regelt die richtige Proportion der verschiedenen Funktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen (Kapital I 45). Man sehe auch seine „Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms" in „Die Neue Zeit", 9. Jahrg. I 566.

Digitized by Google

In dieser Gesellschaft muß es doch Gesetze, also eine gesetzgebende und richterliche Gewalt geben. Auch der Zukunftsgesellschaft wird es nicht gelingen, den Stolz, die Habsucht, die Fleischeslust, den Neid, den Zorn usw. aus der menschlichen Natur zu entfernen, und deshalb wird man sich gegen Verbrechen wie Mord, Totschlag, Ehebruch, Vergewaltigung, Betrug durch eine Repressivgewalt schützen müssen. Was fehlt da noch zum Staat? Ob das Volk selbst der oberste Gesetzgeber und Richter sei, ist für das Wesen des Staates gleichgültig. Es ist also eine bloße Wortklauberei, wenn die Sozialisten behaupten, sie wollten keinen Zukunftsstaat. Liebknecht selbst bezeichnete in seiner Erfurter Programmrede die Frage, ob die sozialistische Gesellschaft ein Staat sei, als einen „leeren Wortstreit“ [1].

Allerdings, wenn es wahr wäre, was Engels [2] schreibt, der Staat sei „eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußeren Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klassen“, dann könnte man begreifen, daß der Sozialismus den „Staat“ beseitigen wolle. Aber diese Auffassung ist nicht bloß ganz willkürlich, sondern offenbar unrichtig. Sie macht aus einem zufälligen Mißbrauch der Staatsgewalt das Wesen des Staates. Übrigens fallen die Sozialisten durch diese Ausrede aus der Rolle. Ist denn die Voraussetzung, daß es in der Zukunft soziale und wirtschaftliche Ordnung ohne Staat geben werde, nicht eine Zukunftsmalerei?

Vielleicht könnte man einwenden, ein Staat setze notwendig eine Autorität voraus; nun aber wolle der Sozialismus alle künstlichen und gemachten Autoritäten beseitigen. „Wir sind gegen alle Autoritäten“, rief Bebel im Reichstag [3] aus, „gegen die himmlischen wie gegen die irdischen, die Sie uns gegenüberstellen.“ Nur eine Autorität, die jeder sich selbst erworben, will er bestehen lassen.

---

[1] Protokoll des Erfurter Parteitages 334. Ähnlich Bernstein, Zur Geschichte und Theorie des Sozialismus (1901) 212 A.

[2] Entwicklung des Sozialismus ꝛc. 40. Schon das Kommunistische Manifest gebraucht denselben Ausdruck.

[3] Sitzung vom 3. Februar 1893.

Digitized by Google

Wollten wir diese Auslassung wörtlich verstehen, so hätten wir da auf gut deutsch den wahnwitzigen Ausspruch der Anarchisten: Ni Dieu ni maître. Man denke sich doch ein nach Millionen zählendes Gemeinwesen, in dem die gesamte Produktion und Verteilung planmäßig vor sich geht, und da soll es keine Autorität geben? Bebel wollte wahrscheinlich nur die auf der Klassenherrschaft beruhende Autorität ablehnen. Aber ist es nicht ein Zeichen, wie gering bei den Sozialdemokraten das Vertrauen auf ihre Sache ist, daß sie zu solchen Zweideutigkeiten ihre Zuflucht nehmen müssen, um sich ihrer Gegner zu erwehren?

6. Die Frage nach dem Zukunftsstaat ist „eine Frage, auf die nur ein Narr eine Antwort geben wird und kann", so erwiderte Liebknecht dem Abgeordneten Karl Bachem im Reichstag[1], und er fügte hinzu: „Was den Zukunftsstaat betrifft, so ist das Phantasiesache.... Der Zukunftsstaat ist in gewisser Beziehung ein Ideal; aber die Wissenschaft hat niemals etwas mit ihm zu tun gehabt. Unsere Partei hat... niemals die Utopie eines Zukunftsstaates in ihr Programm aufgenommen; ... niemals hat die Partei den Arbeitern von einem Zukunftsstaat erzählt, niemals, ausgenommen als von einer Utopie."

Ein vernichtenderes Urteil über sich und seine Partei hätte Liebknecht nicht fällen können. Wenn diejenigen, welche eine Antwort auf die Frage nach dem Zukunftsstaat geben, Narren sind, und die Sozialdemokraten, auch Liebknecht selbst, diese Antwort schon gegeben haben, zu welcher Kategorie von Menschen gehört dann er mit seinen „Genossen"?

Im offiziellen Parteiprogramm steht allerdings nur weniges, wenn auch Inhaltreiches, über die geplante Zukunftsordnung; aber die Parteiführer haben seit Jahrzehnten sehr ins einzelne gehende Antworten gegeben auf eine Frage, die nach Liebknecht nur ein Narr beantworten kann. Derartige Zukunftsschilderungen entwirft Liebknecht in seiner Schrift „Die Grund- und Bodenfrage", die

[1] Am 7. Februar 1893.

Digitized by Google

zwar schon im Jahre 1876 erschienen ist, aber seither immer wieder von der Buchhandlung „Vorwärts" zum Verkauf angeboten wurde. Auch in der Schrift: „Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen"[1], erzählt er den Arbeitern eingehend von dem Zukunftsstaat.

Noch eingehendere Zukunftsmalerei treibt Bebel in seinen Schriften, so z. B. in seiner Schrift „Unsere Ziele"[2] und besonders in seinem Buche „Die Frau", das voll ist von Schilderungen des Zukunftsparadieses. Dieses Buch ist im Jahre 1910 in der 50. Auflage neu herausgegeben worden und enthält auch in dieser alle die früheren Schilderungen. Daß Bebel stets alles aufrechthielt, was in seinem Buche „Die Frau" steht, hat er im Reichstag bei den bekannten Zukunftsdebatten ausdrücklich erklärt[3]. Bei derselben Gelegenheit behauptete er zweimal, was die Sozialdemokratie wolle, sei jederzeit in großen Zügen in der sozialdemokratischen Literatur zu finden[4]. Also im selben Augenblick, wo Liebknecht erklärt, nur ein Narr könne auf die Frage nach dem Zukunftsstaat eine Antwort geben, verweist Bebel auf sein Buch „Die Frau" und überhaupt auf die sozialistische Literatur, in der man diese Antwort finden könne! Und zur selben Zeit behauptet Liebknecht, nie habe die sozialistische Partei etwas den Arbeitern vom Zukunftsstaat erzählt! Was soll man von einer Partei halten, deren Führer sich in solche Widersprüche verwickeln und so in den Tag hineinreden, wie es gerade die Not des Augenblicks erheischt?

---

[1] 2. Aufl. Berlin 1891.

[2] 6. Aufl. 1886. — Allerdings bemerkt er in der Vorrede, er sei in bezug auf die positiven Ausführungen nicht mehr in allem mit dem in der Schrift Gesagten einverstanden, trotzdem gebe er sie neu heraus, „weil sie agitatorisch noch immer einen gewissen Wert hat". Man sieht, worauf es ankommt!

[3] Sitzung vom 6. Februar 1893. (Siehe „Bebel und sein Zukunftsstaat vor dem Reichstag", Köln 1893, 108.)

[4] Bebel und sein Zukunftsstaat 15. — Infolge eines interessanten Zusammentreffens hat Bebel zur selben Zeit, wo Liebknecht behauptete, nur ein Narr könne die Frage nach dem Zukunftsstaat beantworten, die 14. Auflage seines Buches „Die Frau" veröffentlicht, worin er diese Frage eingehend beantwortet.

Digitized by Google

Durch das Beispiel Liebknechts und Bebels haben sich auch andere Sozialisten zu eingehenden Schilderungen des Zukunftsstaates, also zur Antwort auf eine Frage verleiten lassen, auf die ein gescheiter Mensch keine Antwort geben kann. Wir nennen beispielshalber J. Stern[1], O. Köhler[2], Bruno Geiser[3], G. P. Weilgert[4], Atlantikus[5], K. Kautsky.

Die Sozialisten können sich nicht damit entschuldigen, es handle sich nur um Privatansichten; denn die Ansichten so vieler hervorragender „Genossen", die von ihren Anhängern wie Kirchenväter verehrt werden, dürfen wir wohl als Ansichten der Partei ansehen. Und wenn die Führer solche Antworten geben, was werden sich erst die großen Massen für Ideen vom Zukunftsparadiese machen?

7. Mit ihren Zukunftsschilderungen haben sich die Sozialdemokraten selbst die letzte Ausflucht genommen, mit der sie sich ihrer Dränger zu erwehren suchen: Wir brauchen keinen Plan des Zukunftsstaates zu entwerfen, weil niemand wissen kann, wie es in Zukunft aus-

[1] Thesen über den Sozialismus (1891).

[2] Der sozialdemokratische Staat (1891).

[3] Die Forderungen des Sozialismus an Zukunft und Gegenwart (1876).

[4] Die positiven Ziele der Sozialdemokratie (1890).

[5] Ein Blick in den Zukunftsstaat (1898). Das Buch ist mit einer Vorrede Kautskys versehen, in der dieser zwar hervorhebt, daß sich die Partei nie auf bestimmte Zukunftspläne festgelegt habe, aber ebensowenig Zukunftskonstruktionen verpöne. Solche Zukunftsideale seien das kräftigste Band, das die verschiedenartigen Arbeiterschichten zu einem einzigen Körper vereine. „Man nehme dem kämpfenden Proletariat seine sozialistischen Ziele, und man nimmt ihm seinen Enthusiasmus und seine Geschlossenheit." Außerdem bedürfe das Proletariat der geschulten Denker aus bürgerlichen Kreisen; für diese „Intelligenzen" verliere aber der Sozialismus seine werbende Kraft, wenn man die revolutionären Ziele verschleiere. Die größten Vorkämpfer des Proletariats (Marx, Lassalle u. a.) sind als Idealisten und Revolutionäre zu ihm gekommen, nicht als bloße Verfechter kleiner Arbeiterreformen. „Ist es aus theoretischen Gründen nicht angängig, das Ziel hinter die Bewegung zurücktreten zu lassen, so auch nicht aus praktischen Gründen der Propaganda." Man sieht, überall spielt die „Propaganda" eine Hauptrolle. Kautsky selbst hat in seinem Buche „Am Tage nach der sozialen Revolution" (1903) und in dem Artikel „Allerhand Revolutionäres" (Die Neue Zeit, Jahrg. 22, I 588 ff.) eingehende Zukunftsbilder zu entwerfen versucht.

Digitized by Google

sieht, und deshalb alle Zukunftsmalereien Utopien sind. Über diese sei der „wissenschaftliche" Sozialismus längst hinaus.

So darf niemand reden, der sich derart an Zukunftsmalereien ergötzt, wie die Sozialdemokraten es vielfach tun. Übrigens ist die Behauptung, daß wir gar nicht wissen können, wie es in der Zukunft aussehen werde, falsch; weil der Mensch im wesentlichen immer und überall derselbe bleibt: dasselbe sinnlich-geistige Wesen mit denselben wesentlichen Zu- und Abneigungen, dem natürlichen Hang zum Genuß, zur Trägheit, zur Freiheit und Unabhängigkeit u. dgl., deshalb ist auch jede Gesellschaftsordnung, die mit diesen unzerstörbaren Grundtrieben im Widerspruch steht, für alle Zukunft unmöglich.

Früher hatten Bebel und andere Genossen ganz anders gedacht und gesprochen. In der Schrift „Unsere Ziele", die bis in die neueste Zeit neu herausgegeben wurde, behauptet Bebel: „In der Zeit der Aktion ist es zu spät zu theoretischen Diskussionen. Der Plan des Zukunftsstaates muß bereits vor der Aktion in allen Teilen durchgearbeitet sein." Auch Kautsky untersucht die Frage, was von den Sozialisten „am Tage nach der Revolution" zu geschehen habe.

Vielleicht könnte man Bebel mit der Unterscheidung zwischen einst und jetzt zu helfen suchen. Als man ihm im Reichstage diesen Widerspruch vorhielt, antwortete er, er habe seine Ansicht geändert, er habe sich seit jener Zeit, wo er diesen Ausspruch getan, weiter „entwickelt". Und bei dieser Gelegenheit legte er das interessante Geständnis ab, seine Partei sei „in beständiger Mauserung begriffen"[1].

Das ist also die „Wissenschaft", welche die Sozialdemokraten beständig im Munde führen. Bebel schließt sein Buch „Die Frau" in allen Auflagen[2] mit den anmaßlichen Worten: „Der Sozialismus ist die mit klarem Bewußtsein und voller Erkenntnis auf alle Gebiete menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft." Und zur selben Zeit sucht er sich und seine Partei durch den Hinweis auf

[1] Reichstagssitzung vom 3. Februar 1893.

[2] In der 18. im Jahre 1893 erschienenen S. 376, in der 50. S. 508.

Digitized by Google

die „beständige Mauserung" zu decken. Ja, was ist das für eine Wissenschaft, die heute als falsch verwirft, was sie gestern als bombenfeste Wahrheit hingestellt? Die wahre Wissenschaft baut mit Granitquadern für die Ewigkeit. Solange man befürchten muß, daß eine Behauptung eines schönen Tages wieder umgestoßen werde, mag sie alles andere sein, nur ist sie noch kein Resultat der Wissenschaft.

Bebel kann sich übrigens nicht zu seinen Gunsten auf die „Mauserung" berufen. Denn seine früheren Zukunftsschilderungen kehrten in den neuen Auflagen seines Buches „Die Frau" bis zu seinem Tode stets wieder. Warum gab er immer wieder diese Schilderungen zum besten, wenn er inzwischen seine Ansicht geändert hatte? Oder geschah das vielleicht bloß aus dem Grunde, weil diese Schilderungen „agitatorisch immer noch einigen Wert haben"?

Das Gesagte mag zur Kennzeichnung der Taktik der Sozialdemokraten genügen. Angesichts des ewigen Verschleierns der sozialdemokratischen Ziele macht es einen komischen Eindruck, wenn der „Vorwärts" [1] den Mut hatte zu schreiben: „Wir haben nichts zu verbergen, und kühn lassen wir unsere Fahne wehen!" Und wiederum [2]: „In Wirklichkeit ist unsere Partei die einzige, die ihre Ziele dem Volke unverhüllt zeigt und zeigen kann." Und Kautsky nennt die Sozialdemokratie „die einzige Partei, die Ideale hat, große Ziele, die über die gegenwärtige Gesellschaftsordnung hinausweisen" [3].

§ 3. Die Grundzüge des „Zukunftsstaates".

Trotz allen Versteckenspielens haben die Sozialisten doch gewisse Grundgedanken über die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft schon wiederholt und offiziell ausgesprochen, so daß es möglich ist, daraus einen Grundriß der Zukunftsgesellschaft zu entwerfen.

1. Das Erfurter Programm, das vor kurzem von der Partei neu bestätigt wurde [4], sagt: Die immer zahlreicher werdenden

---

[1] 1892, Nr. 275. [2] 1893, Nr. 138.

[3] Siehe Atlantikus, Ein Blick in den Zukunftsstaat. Produktion und Konsum im Sozialstaat (1898), Vorrede XI.

[4] Vgl. oben S. 120.

Digitized by Google

Krisen beweisen, „daß das Privateigentum an Produktionsmitteln unvereinbar geworden ist mit deren zweckentsprechender Anwendung und voller Entwicklung. Nur die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elendes und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde". Dadurch werden die „Grundlagen der heutigen Gesellschaft" umgestoßen, die Klassenherrschaft und die Klassen selbst abgeschafft, folglich auch „die Ausbeutung und Unterdrückung der Lohnarbeiter", ja überhaupt „jede Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich nun gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht oder eine Rasse", beseitigt.

Ganz die gleichen Forderungen, die im Erfurter Programm stehen, finden sich in der Broschüre: „Was ist, was will der Sozialismus?"[1] die im Frühling 1919 vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschland herausgegeben wurde. Da lesen wir: „Sozialismus heißt: Planmäßige Wirtschaft der Gesamtheit für die Gesamtheit. Statt der bisherigen Millionen Einzelwirtschaften Herstellung einer Gesamtwirtschaft, die planmäßig die Erzeugung der Güter regelt und hebt. Um dieses Ziel zu erreichen, fordert die Sozialdemokratie als erstes Vergesellschaftung der Produktionsmittel, d. h. Überführung desjenigen Kapitals, das der Gütererzeugung dient, in den Besitz der Allgemeinheit. Als Besitzerin der Fabriken, Bergwerke, Verkehrsanstalten usw. hat es dann die Allgemeinheit in der Hand, einmal die Gütererzeugung planmäßig zu regeln und sodann den Ertrag gerecht zu verteilen."

[1] Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Berlin 1919, Buchh. „Vorwärts".

Digitized by Google

In den mitgeteilten Sätzen sind folgende Forderungen enthalten:

a) Übergang der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit, also das Privateigentum an allen Produktionsmitteln wird beseitigt[1].

Ob die Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum plötzlich oder allmählich geschehe, auf friedlichem Wege oder mit Gewalt, gegen Entschädigung oder ohne Entschädigung, lassen wir dahingestellt sein. Wir sagen das ausdrücklich, weil Kautsky behauptet[2]: „Der Übergang zur sozialistischen Gesellschaft bedingt demnach keineswegs die Expropriation der Kleinhandwerker und Kleinbauern." Durch solche Äußerungen sucht man nach Advokatenweise die Aufmerksamkeit von der Hauptsache abzulenken. Denn daß es sich hier nur um die Art und die Zeit des Überganges handelt, geht schon daraus hervor, daß Kautsky selbst zwei Seiten weiter schreibt: „Der Kleinbetrieb ist dem Untergang unrettbar verfallen"[3], nach ihm beschleunigt der Sozialismus die „Aufsaugung" der Kleinbetriebe durch die Großbetriebe. Interessant ist, daß Kautsky im selben Atemzug den Bauern sogar eine Verbesserung ihrer Lage im Sozialismus verspricht und von der „unvermeidlich gewordenen Auflösung" der bäuerlichen Wirtschaft redet. Wie stimmt das zusammen? Wenn er nun gar meint, die Bauern würden trotz der verheißenen Besserung gern den Übergang von der Privatwirtschaft zum genossenschaftlichen Großbetrieb mitmachen, bloß infolge der „Anziehungskraft", welche die höher entwickelten Betriebsformen auf die rückständigen ausüben, und weil er aus einem „wenig Besitzenden" ein „viel Besitzender" werde, so ist das mehr als naiv. Der kennt den Bauer schlecht, der von ihm erwartet, er werde freiwillig auf sein Gütchen verzichten, um Teilhaber an der allgemeinen sozialistischen Glücksversicherung zu werden!

Übrigens hat sich Kautsky noch neuestens über seine Ansicht klar ausgesprochen. In den „Richtlinien für ein sozialistisches Aktionsprogramm",

---

[1] In dem von sämtlichen Mitgliedern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unterzeichneten „Wahlaufruf" vom 30. April 1903 heißt es: „Unser Ziel ist die Herbeiführung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, gegründet auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Arbeitsmitteln und der Arbeitspflicht aller ihrer Glieder."

[2] Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil erläutert von K. Kautsky (3. Aufl. 1892) 150; vgl. desselben: Die soziale Revolution. II: Am Tage nach der sozialen Revolution (1903).

[3] Ebd. 152.

Digitized by Google

die er im „Vorwärts“ (1919, Nr. 60, 3. Beilage) veröffentlichte, fordert er, daß man dem Klassenkampf ein Ende mache „durch Sozialisierung der Produktion, die dem Arbeiter an Stelle des Kapitalisten die Gesellschaft, zu der er selbst gehört, als Besitzer der Produktionsmittel und Leiter der Produktion gegenüberstellt“.

Nach dem „Programm der österreichischen Sozialdemokratie“ kommt das Proletariat durch die Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise, die immer neue Krisen mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend erzeugt, zum Bewußtsein, „daß der Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des Volkes das Ziel seines Strebens sein müsse“ [1].

Auf dem Londoner Kongreß vom Jahre 1896 wurde beschlossen, außer den Mitgliedern der Gewerkschaften zu den internationalen sozialistischen Kongressen nur die Vertreter aller Gruppen einzuladen, „die die Umwandlung der kapitalistischen Eigentums- und Produktionsordnung in die sozialistische Eigentums- und Produktionsordnung anstreben“ [2].

Als Bedingung der Zulassung zur geeinten sozialistischen Fraktion in der französischen Kammer im Jahre 1898 wurde die Anerkennung des Grundsatzes verlangt, daß die Partei die Umwandlung des kapitalistischen in soziales Eigentum erstrebe [3]. Die Forderung der Verstaatlichung sämtlicher Produktionsgüter kehrt in allen sozialistischen Programmen wieder [4].

b) Die Gesellschaft als Ganzes produziert nach einem einheitlichen Plane. Das liegt in den Worten: „Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion“, und den andern: „planmäßige Regelung der Gütererzeugung“. Nach dem Programm sind die Produktivkräfte infolge der ökonomischen Entwicklung der „heutigen Gesellschaft über den Kopf gewachsen“, „das Privateigentum an Produktionsmitteln ist unvereinbar geworden mit deren zweckentsprechender Anwendung und

[1] Vgl. oben S. 146.

[2] Vgl. Internationaler Sozialistenkongreß zu Amsterdam 1904 (Berlin 1904) 5.

[3] Vgl. oben S. 186 f.

[4] Über die Sozialisten in Frankreich, Italien, Belgien, Holland usw. vgl. oben S. 131 134 154 158 160 170.

Digitized by Google

voller Entwicklung". Deshalb übernimmt die Gesellschaft (der Staat) als Ganzes die zweckentsprechende Verwendung der Produktionsmittel und die Leitung und Überwachung der gesamten Produktion.

c) Das Nationalprodukt, d. h. alles, was die Gesamtheit produziert hat, gehört zunächst der Gesamtheit als Ganzem. Dieses Produkt muß man nun — nach Vorwegnahme alles dessen, was unmittelbar für die Gesamtheit als solche notwendig ist — an die einzelnen Glieder verteilen. Nach dem Erfurter Programm sollen ja nur die Produktionsmittel Gemeineigentum werden. Die Genußmittel also müssen zur Verteilung gelangen und so ins Privateigentum übergehen. Das Programm klagt ferner, daß in der heutigen Ordnung trotz des „riesenhaften Anwachsens der Produktivität der menschlichen Arbeit" die Vorteile der Produktion „monopolisiert" werden. Es ist also hierin eine Änderung im Zukunftsstaat zu erwarten, und zwar in der Weise, daß alle nicht nur „gleiche Pflichten", sondern auch „gleiche Rechte" haben, „ohne Unterschied des Geschlechts und der Rasse". Gesellschaftsklassen gibt es nicht mehr; „die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit" wird in Zukunft „zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung".

2. Das Programm enthält nur die Zukunftsideen des Großmeisters der Sozialdemokraten. Wie sich Marx den Zukunftsstaat in seinen wesentlichen Zügen dachte, geht aus den früher (S. 51 ff.) aus seinen Schriften mitgeteilten Stellen hervor. Wir verweisen noch besonders auf die bezeichnende Stelle aus dem „Kapital" [1]. Hier fordert er vor allem Gemeineigentum an allen Produktionsmitteln, öffentliche planmäßige Organisation der Arbeit, oder wie er sich ausdrückt, „die vielen individuellen Arbeitskräfte werden selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgabt". Dann heißt es weiter: „Das Gesamtprodukt des Vereins ist ein gesellschaftliches Produkt. Ein Teil dieses Produktes dient wieder

[1] I 45. — Obwohl Marx hier nur beispielsweise eine sozialistisch organisierte Gesellschaft anführt, so zeigt doch ein Vergleich dieser Stelle mit S. 728 und mit der „Kritik des sozialdemokratischen Programms", daß ihm die sozialistische Zukunftsgesellschaft vorschwebte.

Digitized by Google

als Produktionsmittel. Er bleibt gesellschaftlich. Aber ein anderer Teil wird als Lebensmittel von den Vereinsgliedern verzehrt. Er muß daher unter sie verteilt werden. Die Art dieser Verteilung wird wechseln mit der besondern Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden geschichtlichen Entwicklungshöhe der Produzenten. Nur zur Parallele mit der Warenproduktion setzen wir voraus, der Anteil jedes Produzenten an den Lebensmitteln sei bestimmt durch seine Arbeitszeit. Die Arbeitszeit würde also eine doppelte Rolle spielen. Ihre gesellschaftlich planmäßige Verteilung regelt die richtige Proportion der verschiedenen Arbeitsfunktionen zu den verschiedenen Bedürfnissen. Anderseits dient die Arbeitszeit zugleich als Maß des individuellen Anteils des Produzenten an der Gemeinarbeit und daher auch an dem individuell verzehrbaren Teil des Gemeinproduktes." Wer diese Stelle mit der früher mitgeteilten und besonders mit der „Kritik des sozialdemokratischen Programms" vergleicht, wird erkennen, daß diese Art der Verteilung der Arbeit und des Produktes gerade diejenige ist, welche sich Marx für „die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft" vorstellte[1].

Daß Fr. Engels ganz mit Marx übereinstimmt, ist bei seinem Verhältnis zu seinem langjährigen Freunde fast selbstverständlich und ergibt sich auch aus seinen Schriften. Nach seiner Schilderung des Entwicklungsprozesses, der in die neue Gesellschaftsordnung hineinführt, beseitigt die Gesellschaft die Warenproduktion durch „Besitzergreifung der Produktionsmittel". „Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum."[2] „Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird beseitigt durch planmäßig bewußte Organisation"[3], „durch eine gesellschaftlich planmäßige Regelung der Produktion nach den Bedürfnissen der Gesamtheit wie jedes einzelnen"[4]. „Die Produktions-, Aneignungs- und Austauschweise wird in Einklang

[1] Man vgl. auch noch „Kapital" I 492—493.
[2] Engels, Dührings Umwälzung der Wissenschaft 267.
[3] Ebd. 270. [4] Ebd. 267.

Digitized by Google

gesetzt mit dem gesellschaftlichen Charakter der Produktionsmittel." „Die gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel beseitigt nicht nur die jetzt bestehende künstliche Hemmung der Produktion, sondern auch die positive Vergeudung und Verheerung der Produktivkräfte und Produkte. . . . Sie setzt ferner eine Masse von Produktionsmitteln und Produkten für die Gesamtheit frei durch Beseitigung der blödsinnigen Luxusverschwendung der jetzt herrschenden Klassen.... Die Möglichkeit, vermittelst der gesellschaftlichen Produktion allen Gliedern eine Existenz zu sichern, die nicht nur materiell vollkommen ausreichend ist und von Tag zu Tag reicher wird, sondern die vollständige Ausbildung und Betätigung ihrer bürgerlichen und geistigen Anlagen garantiert, die Möglichkeit ist jetzt zum erstenmal da, aber sie ist da." [1]

Liebknecht faßt in seinem Schriftchen: „Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen" [2], die Ziele der Sozialdemokratie in folgenden Sätzen zusammen: „Nieder mit dem Lohnsystem! Das ist die Grundforderung der Sozialdemokratie.... An Stelle der Lohnarbeit mit ihrer Klassenherrschaft soll treten die genossenschaftliche Arbeit (kooperative Produktion). Die Arbeitsinstrumente müssen aufhören, das Monopol einer Klasse zu sein, und Gemeingut aller werden. Kein Ausbeuter und Ausgebeuteter mehr. Regelung der Produktion und Verteilung der Produkte im Interesse der Gesamtheit.... Abschaffung des heutigen Handels, der nur Betrug ist. In der Ordnung der Gleichordnung sollen die Arbeiter die für die Gesamtheit aller Staatsglieder nötigen Arbeiten verrichten. An Stelle der Arbeitgeber und ihrer . . . Lohnsklaven treten freie Genossen. Die Arbeit niemandes Qual, weil jedermanns Pflicht (!). Ein menschenwürdiges Dasein jedem, der seine Pflicht gegen die Gesellschaft erfüllt.... Und damit dies sich verwirklichen könne, der Volksstaat — der Staat aller und für alle; der Staat, welcher ist: die vernünftig und gerecht organisierte Ge-

[1] Engels, Dührings Umwälzung der Wissenschaft 270.
[2] Neue, berichtigte Auflage (1891) 18.

Digitized by Google

sellschaft; die allgemeine Versicherungsanstalt des Glücks und der Bildung; die brüderliche Gemeinschaft freier und gleichberechtigter Menschen." Die Sozialdemokratie, heißt es weiter, „will Ordnung ..., Frieden und Harmonie der Interessen, Abschaffung der Klassen ..., sie will das Eigentum für jedermann; sie will dem Arbeiter innerhalb der Gesellschaft den vollen Ertrag sichern" [1].

Im wesentlichen begegnen uns dieselben Zukunftspläne bei allen Sozialisten, die sich über ihre Ziele ausgesprochen haben. So namentlich bei Bebel[2], J. Stern[3], Atlantikus[4], K. Kautsky[5],

[1] Liebknecht, Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen (1891) 19.

[2] Bebel entwickelt seine sozialistischen Ideen besonders in den schon genannten Schriften „Unsere Ziele" und „Die Frau". Viele Stellen aus sozialdemokratischen Schriften, die für die Zukunftspläne der Sozialisten charakteristisch sind, teilen E. Jäger (Der Sozialismus 334 ff.), Käser (Der Sozialdemokrat hat das Wort[4] 43 ff.) und Ming (The Morality of modern Socialism 328 ff.) mit.

[3] Thesen über den Sozialismus (1890).

[4] Ein Blick in den Zukunftsstaat (1898).

[5] Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil erläutert[5] (Stuttgart 1906). Kautsky ist der Hauptverfasser des Erfurter Parteiprogramms. In der von ihm und B. Schönlank herausgegebenen Schrift „Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie" (1892) heißt es: „Das Endziel der Entwicklung, sobald einmal das Proletariat ans Staatsruder gekommen, ist die Vereinigung sämtlicher Betriebe zu einem einzigen ungeheuern Staatsbetrieb, d. h. die Verwandlung des Staates in eine einzige Wirtschaftsgenossenschaft. Die kapitalistische Produktion hört auf und eine neue Produktionsweise entfaltet sich, begründet auf dem Gemeineigentum an den Produktionsmitteln" (S. 26). Aber auch Kautsky, der Unentwegte, fängt an sich zu „mausern". In der neuesten Schrift „Demokratie und Diktatur?" (1919, S. 4) sagt er, das Ziel des Sozialismus bestehe eigentlich in der Aufhebung „jeder Art der Ausbeutung und Unterdrückung, richte sie sich gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse" (Erfurter Programm). Dies sei das Ziel, für welches das Proletariat kämpfe. „Die sozialistische Produktionsweise setzen wir uns in diesem Kampfe deshalb zum Ziel, weil sie bei den heute gegebenen technischen und ökonomischen Bedingungen als das einzige Mittel erscheint, das Proletariat zu befreien. Würde uns nachgewiesen, daß wir darin irren, daß etwa die Befreiung des Prole-

Digitized by Google

O. Köhler, Weilgert und andern. Bebel will zwar nur seine persönlichen Anschauungen wiedergeben, aber bei dem unbestrittenen Ansehen, das er in sozialistischen Kreisen genoß, kann man dieselben wohl als Gemeingut der großen Masse der deutschen Sozialdemokraten betrachten. Weil wir jedoch in unserer Kritik der sozialistischen Zukunftspläne wiederholt auf Bebel Rücksicht nehmen, so wollen wir hier, um unnütze Wiederholungen zu vermeiden, von einer Wiedergabe seiner Ansichten absehen.

Wir könnten jetzt noch zur Vervollständigung unserer Darstellung uns auf die Autorität A. Schäffles[1], Ad. Wagners[2], Fr. Hitzes[3], H. Peschs[4], J. Conrads[5] und anderer hervorragender Sozialpolitiker berufen, die auf Grund eingehender Studien sozialistischer Schriften alle dasselbe Bild vom Zukunftsstaat entwerfen. Doch das Gesagte mag an dieser Stelle genügen.

3. Aus den von uns angeführten Zeugnissen über die von den Sozialisten geplante Vergesellschaftung oder Verstaatlichung der Produktionsmittel und der Produktion mag der Leser selber ent-

---

tariats und der Menschheit überhaupt auf der Grundlage des Privateigentums an Produktionsmitteln allein oder am zweckmäßigsten zu erreichen sei, wie noch Proudhon annahm, dann müßten wir den Sozialismus über Bord werfen, ohne unser Endziel im geringsten aufzugeben, ja wir müßten es tun, gerade im Interesse des Endzieles." Man vergleiche damit die unmittelbar vorher angeführten Worte Kautskys. Er hat keinen festen Glauben mehr an das, was er selbst früher als das sozialistische Endziel bezeichnete.

[1] Quintessenz des Sozialismus[9] (1885). Daß die „Quintessenz" den Sozialismus in den grundlegenden Zügen richtig gezeichnet, geht aus dem reichen Lob hervor, das die Sozialisten der Schrift spendeten, und aus dem Eifer, mit der sie für ihre Verbreitung sorgten. Der „Genosse" Höchberg allein verbreitete auf seine Kosten 10 000 Exemplare der Schäffleschen „Quintessenz" in nichtsozialistischen Kreisen. So erzählt Bebel (s. Die Neue Zeit, 23. Jahrg. I 231). Dieser Eifer war der Grund, warum die Polizei für einige Zeit die Hand auf das Schriftchen legte.

[2] Grundlegung[3] § 294.

[3] Kapital und Arbeit (1880) 260 ff.

[4] Lehrbuch der Nationalökonomie I (1905) 341.

[5] Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie I[6] (1907) 385.

Digitized by Google

nehmen, mit welchem Recht die „Sozialistischen Monatshefte“[1] in einer Rezension der vorliegenden Schrift schreiben konnten: „Wieder trägt Cathrein den bürgerlichen Grundirrtum vor, daß die Sozialisierung der Produktionsmittel als eine ausschließliche Verstaatlichung dieser Mittel aufzufassen sei. Der sozialistische Staat übernimmt nach Cathrein die Aufgabe der Gemeinden und der einzelnen.“

Aber steht denn diese Verstaatlichung nicht in allen offiziellen Programmen, wie gezeigt wurde? Am 1. Februar 1908 schrieb der „Vorwärts“[2], der Sozialismus wisse, daß „erst mit der Überwindung des Kapitalismus, mit der Aufhebung des Privateigentums, mit der Leitung der vergesellschafteten Produktion durch die Gemeinschaft und für die Gemeinschaft“ die Arbeitslosigkeit ein Ende finden könne. Dasselbe sagt noch neuestens der Parteivorstand in der Broschüre: „Was ist, was will der Sozialismus?“ (Berlin 1919). Und nun nennen die „Sozialistischen Monatshefte“ diese Auffassung einen „bürgerlichen“ Irrtum! Gewiß, ich weiß, daß manche Revisionisten das Privateigentum an Produktionsmitteln und damit Privatunternehmungen bis zu einem bestimmten Grade wollen bestehen lassen, aber damit hören sie eben auf, wahre Sozialisten zu sein, und gesellen sich zu den sog. Staatssozialisten, die nicht prinzipiell die Beseitigung des Privateigentums verlangen[3]. Mit diesem Zugeständnis an das Privateigentum wird selbstverständlich die „einheitliche, planmäßige Regelung der Gesamtproduktion“ und alles, was damit zusammenhängt, hinfällig. Ich werde im folgenden die Revisionisten, die das Privateigentum zum Teil bestehen lassen wollen, nicht mehr berücksichtigen.

Oder meint man vielleicht, das Eigentum an den Arbeitsmitteln und die Organisation der Produktion brauche nicht an die Gesamtheit überzugehen oder verstaatlicht zu werden, sondern könne den einzelnen Gemeinden, Arbeitergruppen oder Genossenschaften überlassen bleiben? Das wäre der Anarchismus oder Munizipalkommunismus[4], aber nicht der Sozialismus. Der letztere will die heutige Pro-

[1] 1906, II 822. [2] Nr. 27. Ähnlich in Nr. 137.
[3] Vgl. oben S. 10 u. S. 296 ff. [4] Vgl. oben S. 5.

Digitized by Google

duktionsanarchie, in der er die Quelle aller gesellschaftlichen Schäden erblickt, beseitigen und durch eine planmäßig geleitete Produktion ersetzen. Dieser Zweck kann aber nur dadurch erreicht werden, daß der ganze Staat Besitzer der Arbeitsmittel und Verteiler der Arbeit und des Ertrages wird. Es ist natürlich nicht ausgeschlossen, daß sich die sozialistische Organisation an die heute bestehende Ordnung von Berufsverbänden, Gemeinden und Bezirken usw. anschließe und so hierarchisch gliedere. Aber in jedem Fall muß eine strenge Unterordnung dieser Glieder unter eine oberste Behörde bestehen.

Wollte man das Eigentum der Arbeitsmittel und folglich auch ihren Ertrag und ebenso die Organisation der Arbeit den Gemeinden oder Genossenschaften überlassen, so daß sie produzieren könnten, was und wieviel sie wollten, so wäre die heutige Konkurrenz nur verschoben; anstatt der Privatkapitalisten hätten wir die Gemeinden oder Genossenschaften als Konkurrenten. Die Produktionsanarchie mit ihrer Überproduktion, ihren Geschäftsstockungen und Krisen usw. bliebe in voller Blüte, und ein Mißgriff in der Produktion würde viel verhängnisvoller wirken, weil er nicht einzelne Privatpersonen, sondern ganze Gemeinden oder Genossenschaften träfe. Eine Gemeinde könnte durch Fleiß und andere günstige Umstände übermäßig reich werden, während eine andere in völliges Elend geriete. Und wenn jede Gemeinde wirtschaftlich unabhängig ist und Gemeindeeigentum besteht, soll es allen Angehörigen freistehen, die Gemeinde zu verlassen und sich einer andern anzuschließen, oder nicht? Wenn nicht, so tritt an Stelle der heutigen Freiheit förmliche Sklaverei; wenn ja, so ist in der Gemeinde die planmäßige Regelung der Arbeit unmöglich, weil man nicht weiß, wieviel Arbeitskräfte bleibend zur Verfügung stehen. Gutgestellte Gemeinden würden überschwemmt, andere entvölkert.

Hierzu kommt noch, daß die einzelnen Gemeinden unmöglich ihren gesamten Bedarf selbst produzieren können, also auf Handel mit den Nachbargemeinden und mit dem Auslande angewiesen sind. Würde das nicht zu den schlimmsten Streitigkeiten zwischen den Gemeinden führen? Würden nicht die wirtschaftlich mächtigeren und reicheren Gemeinden bald auch das politische Übergewicht an sich reißen und

Digitized by Google

die Demokratie durch eine Aristokratie ersetzen? Man spricht zwar zuweilen von einem Bunde, einer Föderation der Gemeinden. Aber wenn die einzelnen Gemeinden wirtschaftlich unabhängig sind und Privateigentum besitzen, wird sich ein solcher Bund nicht lange halten. Wie in Altgriechenland werden die Gemeinden mit Erbitterung um die Hegemonie ringen, und schließlich werden die stärkeren die schwächeren unterjochen. Und wer soll das Eigentum unter die Gemeinden verteilen? Wird eine solche Verteilung sich zur Zufriedenheit aller vornehmen lassen? Und wer besitzt und regelt endlich die großen Verkehrsmittel: die Eisenbahnen, Telegraphen, Telephone, das Postwesen usw.? Es ist eine große Utopie, zu meinen, die heutige nach immer größerer Zentralisation strebende Gesellschaft werde sich wieder in zahlreiche unabhängige Gemeinden oder Genossenschaften spalten lassen.

Ich glaube deshalb, daß eine Organisation, bei der die einzelnen Gemeinden oder die einzelnen Genossenschaften wirtschaftlich unabhängig wären und Privateigentum besäßen, gar nicht ernstlich in Betracht kommen kann. Tatsächlich denken auch die Sozialisten nicht an eine solche Zersplitterung des Wirtschaftslebens. Nach ihrer Ansicht tritt der sozialistische Staat an die Stelle der heutigen Staaten, und an die Stelle der heutigen Staatslenker der vom Volke gewählte Zentralausschuß, der die Leitung des gesamten Wirtschaftslebens übernimmt. Allerdings wollen Engels[1], Bebel und andere Sozialisten nicht, daß man diese Volksbehörde „Regierung" nenne, oder daß man überhaupt noch von einem „Staate" rede. Im Erfurter Programm wurde der Name „Staat" sorgfältig vermieden. Aber das ist, wie ich schon gezeigt habe, eine Klopffechterei. Die zielbewußten Sozialisten erstreben doch eine zentralisierte wirtschaftliche Organisation, ein einheitliches, geordnetes, selbständiges Gemeinwesen, etwa im Umfange der heutigen Staaten, und ein solches Gemeinwesen ist ein Staat.

Schäffle trifft das Richtige, wenn er behauptet: „Der allein denkbare Sozialismus ist und bleibt bis auf weiteres die zentralistisch organisierte, allgemeine und ausschließliche Kollektivproduktion der Sozialdemokratie."[2] „Die sozialistische Produktions-

[1] S. oben S. 373.

[2] Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie 5. Ähnlich Kleinwächter in Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie I 259. Leroy-Beaulieu, Le collectivisme (Paris 1885) 338.

Digitized by Google

weise ist, halten wir dies fest, mit grundsätzlicher Notwendigkeit eine einheitlich geschlossene. Wie die Form dieser Einheit beschaffen wäre, zentral oder föderal, absolut oder demokratisch . . ., mag dahingestellt bleiben. . . . Doch an der Notwendigkeit der gesellschaftlichen, also einheitlichen Form, an der bewußten Zusammenfassung des Produktionsprozesses selbst muß ein Sozialist grundsätzlich festhalten. Die ‚Anarchie' individualistischer Konkurrenz ist ja nach seiner Prämisse die Quelle alles Übels, alles Schwindels, aller Desorganisation, aller Unstätigkeit, aller Ausbeutung, aller Ungerechtigkeit der heutigen Volkswirtschaft. Der Sozialistenstaat ist erst verwirklicht, wenn es an den Mitteln der Sozialproduktion nur noch kollektives (Kapital-) Eigentum gibt." [1]

Fr. Hitze[2] entwirft folgendes Bild vom fertigen sozialistischen Zukunftsstaat: „Der Staat ist also alleiniger Besitzer aller Arbeitsmittel, alles Landes, aller Fabriken, aller Transportmittel, aller Arbeitswerkzeuge, alles Handels, vielleicht auch aller Schulen usw. An der Spitze steht eine vollendet demokratische Regierung, etwa alle zwei Jahre vom Volke zu wählen; sie kulminiert in einem Ausschuß, vielleicht mit einem Präsidenten. Dieser Ausschuß hat die Leitung des ganzen Staates, nicht bloß die politische (Gesetzgebung, Verwaltung, Justiz), sondern auch die Leitung der ganzen Produktion, der ganzen Verteilung, der ganzen Konsumtion (wenigstens in einigen allgemeinen Beziehungen, z. B. wieviel der Konsumtion entzogen, erspart werden soll zugunsten der Produktion usw.). Man mag die Arbeit im einzelnen auch ‚Unterkommissionen' und ‚Abteilungen' zuweisen, immer muß eine zusammenfassende, in oberster Instanz entscheidende Oberbehörde da sein. Dieser Zentralbehörde sind untergeordnet die Provinzial-, Kreis-, Gemeindebehörden, mit derselben Aufgabe für ihre Bezirke, wie die Zentralbehörde für den Staat, alle aber in Unterordnung unter diese Zentralbehörde."

Ähnlich Ad. Wagner[3]: „Man könnte daher, wenn man sozialistischerseits konsequent sein will, den Genossenschaften so wenig

[1] Schäffle, Quintessenz des Sozialismus 33.

[2] Kapital und Arbeit 266.

[3] Grundlegung, 2. Teil, § 144. Man sehe auch die Schilderung des sozialistischen Zukunftsstaates durch einen Sozialisten im „Vorwärts", mitgeteilt bei Todt, Der radikale deutsche Sozialismus (1878) 218; Stern, Thesen 8.

Digitized by Google

Eigentum an Kapital als an Boden lassen und müßte für die Bildung, Verrechnung und Verwendung des Nationalkapitals doch immer zu einer zentralistischen Regelung, mindestens zu einer zwangsweise eingreifenden Kontrolle von einer obersten Zentralstelle aus schreiten: das Kapital aber wie der Boden müßte im Eigentum der Gesamtheit stehen."

§ 3. Nähere Bestimmung der Streitfrage.

Wir kennen jetzt die Grundpfeiler des sozialistischen Zukunftsgebäudes. Bevor ich an eine Prüfung ihrer Festigkeit und Tragfähigkeit herantrete, muß ich noch genauer bezeichnen, was ich beweisen will.

1. Wenn ich die sozialistischen Forderungen aussichtslos oder unmöglich nenne, so beschränke ich meine Behauptung auf den modernen demokratischen Sozialismus. Ich behaupte also nicht, eine wirtschaftliche Ordnung, wie sie von den Sozialisten geplant wird, enthalte begrifflich einen Widerspruch oder sei absolut in jeder Voraussetzung undurchführbar. Wären die Menschen durchschnittlich völlig selbstlos, arbeitsliebend, gehorsam, voll Hingabe für das Gemeinwohl, stets bereit, jedem andern den Vorzug zu geben und sich selbst an den letzten und beschwerlichsten Posten zu stellen — kurz, wären die Menschen nicht, was sie sind, sondern lauter Engel, so wäre allenfalls eine Wirtschaftsordnung nach sozialistischem Muster nicht unmöglich. Aber eine solche Voraussetzung kann für den heutigen Sozialismus nicht in Betracht kommen.

2. Ich gehe noch weiter und lasse es dahingestellt sein, ob eine staatliche Organisation der gesamten Produktion und Verteilung der Güter auf streng absolutistischer Grundlage durchführbar sei oder nicht. Wenn wir uns eine unmündige Bevölkerung denken, die einem despotischen Monarchen willenlos gehorcht, so lassen sich vielleicht die meisten der sozialistischen Forderungen durchführen. Im alten Inkareiche waren manche von den sozialistischen Träumen verwirklicht. Aber der Inka genoß als Sohn der Sonne göttliche Ehre und herrschte mit unumschränkter Gewalt, um davon zu schweigen, daß die Kulturzustände des alten Inkareiches mit den heutigen nicht in Vergleich kommen können.

Digitized by Google

Auf demokratischer Grundlage[1] aber und unter Voraussetzung der Gleichberechtigung aller ist die Verwirklichung der sozialistischen Pläne wenigstens in ihrer Gesamtheit ein Ding der Unmöglichkeit. Ich sage: in ihrer Gesamtheit, oder insofern sie ein zusammenhängendes System bilden. Denn ob die eine oder die andere Forderung, für sich allein genommen, sich durchführen ließe, brauche ich gar nicht zu untersuchen: das ist nicht der Sozialismus. Übrigens hängen mehrere der sozialistischen Forderungen wesentlich zusammen, so daß die eine mit der andern steht oder fällt; so z. B. die Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, die einheitliche Organisation der Produktion und die Verteilung der hergestellten Güter nach einem bestimmten allgemeinen Maßstab.

3. Es ist nicht meine Absicht, zu behaupten, der Sozialismus lasse sich selbst nicht vorübergehend mit Gewalt verwirklichen. Was ein gewaltsamer Umsturz, der wie ein Sturm daherbraust, auf kurze Zeit unter dem Einfluß einer Schreckensherrschaft zu bewerkstelligen vermag, das entzieht sich jeder Berechnung. Auch das Unglaublichste ist in der Weltgeschichte schon einmal dagewesen. Man denke nur an die englische Revolution im 17., an die französische im 18. Jahrhundert und an den jetzigen bolschewistischen Terror in Rußland. Aber auf die Dauer ist die sozialistische Gesellschaftsordnung unmöglich, weil sie im Widerspruche steht mit den unzerstörbaren Neigungen und Trieben der menschlichen Natur.

4. Es liegt mir fern, jedes Gemeineigentum zu verwerfen, namentlich an Grund und Boden. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß das richtige Verhältnis von Privateigentum und Gemeineigentum ein wichtiger Faktor zur Lösung des sozialen Problems ist. Im Mittelalter hat das Gemeineigentum viel zur Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse beigetragen, und es mag auch in Zukunft wieder eine ähnliche Rolle übernehmen. Aber das ist es nicht, was der Sozialismus will; dieser beabsichtigt jedes Privateigentum

[1] Daß der moderne Sozialismus nicht bloß zufällig, sondern seinem Wesen nach extrem demokratisch ist, geht nicht nur aus seinem Grundprinzip der Gleichberechtigung aller, sondern auch daraus hervor, daß er alle Produktionsmittel zum Gemeineigentum machen will. Alle Arbeitsmittel verstaatlichen und dann doch die Leitung des Gemeinwesens einer Partei vorbehalten, hieße die andern zu völliger Knechtschaft verurteilen.

Digitized by Google

an Produktionsmitteln zu beseitigen, und das ist ein für die Dauer aussichtsloses Vorhaben.

5. Ich halte mich in der folgenden Widerlegung an den Sozialismus, wie ihn die heutigen Sozialdemokraten verstehen. Diese Form des Sozialismus hat die meisten und einflußreichsten Vertreter unter den Gegnern der bestehenden Gesellschaftsordnung, und auch am meisten Aussicht auf Verwirklichung, weil sie die vernünftigste Fassung des sozialistischen Gedankens bietet. Ist sie widerlegt, so können um so mehr alle übrigen sozialistischen oder kommunistischen Systeme als unhaltbar angesehen werden.

Ich betrachte jedoch vorwiegend die wirtschaftlichen Ziele und die damit notwendig zusammenhängenden Folgerungen. Denn diese bilden den eigentlichen Kern des Sozialismus und charakterisieren ihn im Unterschied zu andern Systemen. Das Erfurter Programm selbst trennt die wirtschaftlichen Ziele von den politischen und bezeichnet die letzteren als solche, die sich innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung erreichen lassen. Von den im sozialdemokratischen Programm aufgeführten politischen Forderungen sind manche durch die Revolution in verschiedenen Staaten, namentlich in Deutschland, eingeführt worden.

6. Weil ich im folgenden wiederholt Konsequenzen aus den sozialistischen Forderungen ziehe, so bemerke ich, um dem Vorwurf willkürlicher Konsequenzmacherei zu entgehen, daß ich nur die ganz notwendigen Folgerungen aus den genannten Forderungen ziehe und dadurch deren praktische Unmöglichkeit nachweise. Denn an ihren notwendigen Folgerungen erkennt man am sichersten die Richtigkeit oder Unrichtigkeit allgemeiner praktischer Grundsätze und Forderungen[1].

[1] In einer Rezension der 4. Auflage der vorliegenden Schrift (Die Neue Zeit 1890—1891 II 638) meinte K. Kautsky: „Über die Konsequenzen mit ihnen (den Gegnern des Sozialismus) zu streiten, welche die Verwirklichung unserer Forderungen nach sich ziehen könnte, möchte, dürfte, erscheint uns höchst überflüssig.“ Höchst überflüssig! Das ist eine sehr bequeme Art, sich an unliebsamen Erörterungen vorbeizudrücken. Als ob ich willkürlich und aufs Geratewohl Konsequenzen gezogen hätte!

Digitized by Google

In der Tat, in allen sozialistischen Schriften kehren folgende Grundforderungen wieder, die auch im Gothaer und im Erfurter Programm stehen: 1. Vergesellschaftung (Verstaatlichung) aller Produktionsmittel; 2. gesellschaftliche (planmäßige) Regelung der gesamten Güterproduktion an Stelle der heutigen Produktionsanarchie, und zwar 3. auf möglichst gleichheitlich demokratischer Grundlage, so daß wenigstens jede Klassenherrschaft und jedes Klassenprivilegium dauernd beseitigt wird und allgemeine Arbeitspflicht herrscht[1]. Mit diesen Kernforderungen hängt notwendig zusammen 4. die Verteilung des Gesamtproduktes nach irgendeinem einheitlichen Maßstab. Denn das Gesamtprodukt gehört der Gesellschaft und muß an die einzelnen Genossen nach irgendeinem Maßstabe verteilt werden. Mit der gesellschaftlichen Regelung der Produktion steht ferner in notwendigem Zusammenhang die Verteilung der Arbeit und Arbeitskräfte. Auch ist es unmöglich, daß diese Verwandlung der ganzen Gesellschaft in eine große Produktionsgenossenschaft nicht völlig umgestaltend in alle Lebensverhältnisse eingreife. Es gäbe keine Privatunternehmungen, keinen Zwischenhandel, kein eigentliches Geld, keine Zinsen, keine Banken, Börsen, Aktien- oder sonstigen Gesellschaften. Auch das Familienleben, die Erziehung der Kinder usw. würden ganz umgestaltet.

Ich werde der Reihe nach diese Grundforderungen an ihren notwendigen Konsequenzen prüfen und dadurch deren Unhaltbarkeit für jeden Denkenden nachweisen.

Zweiter Artikel.

Organisation der Produktion.

§ 1. Vergesellschaftung des Produktionseigentums.

Die Sozialisten wollen alle Arbeitsmittel, oder wie Marx sich ausdrückt, alle „Lebensquellen", nicht nur Grund und Boden, sondern

[1] Bebel (Die Frau[50] [1910] 375) schreibt: „Sobald die Gesellschaft im Besitz aller Arbeitsmittel sich befindet, wird die Arbeitspflicht aller Arbeitsfähigen, ohne Unterschied des Geschlechts, Grundgesetz der sozialistischen Gesellschaft."

Digitized by Google

auch Fabriken, Maschinen, Rohstoffe, Werkzeuge, zum ausschließlichen Eigentum der Gesamtheit machen[1]. Nur Genußmittel sollen als Entgelt für geleistete Arbeit Privateigentum werden. Da stehen wir aber schon vor mehreren nicht unerheblichen Bedenken.

1. Wie soll der Übergang der heutigen Gesellschaft in die sozialistische bewerkstelligt werden? Wie ist insbesondere die Überführung der Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in den Kollektivbesitz zu erreichen? Soll man warten, bis alle Eigentümer freiwillig auf ihren Besitz zugunsten der Gesamtheit verzichten? Dann könnte man in Ewigkeit warten. Alle Sozialisten sind deshalb darin einig, daß das Proletariat, wenn es die politische Macht errungen, irgendwie mit energischen Mitteln die Verstaatlichung wird ins Werk setzen müssen. Manche von ihnen zählen auch heute noch auf die brutale Gewalt. Man denke nur an die sog. Spartakusleute und den linken Flügel der „Unabhängigen". Sie wollen kurzen Prozeß machen und mit Schwert und Blut in kurzer Frist die Vergesellschaftung durchführen. Und zur Revolution wird es auch schließlich kommen müssen, wenn der Sozialismus siegen will. „Die Expropriateurs werden expropriiert." Das ist bald gesagt; aber auch getan? Werden sich die Eigentümer, besonders auf dem Lande, nicht zur Wehr setzen und Gewalt mit Gewalt erwidern? Wird der Sozialismus nicht schließlich zur Guillotine oder zu Noyaden seine Zuflucht nehmen müssen, um den Widerstand energisch zu brechen?

Aber auch unter denen, die auf die brutale Gewalt zu verzichten vorgeben, sind die Ansichten über die Brücke in ihr gelobtes Land geteilt. Die Marxisten strenger Observanz (die Unabhängigen) rechnen auf eine in naher Zukunft bevorstehende Katastrophe, auf einen baldigen „Kladderadatsch", einen raschen Zusammenbruch der heutigen Gesellschaft. Einige hoffen auf die längst vorausgesagten ungeheuern Krisen, welche die Gesellschaft in ein Chaos verwandeln würden; andere auf einen Generalstreik aller Proletarier, der die ganze heutige Produktion zum Stillstand brächte, nach dem bekannten

[1] Vgl. oben S. 378 ff.

Digitized by Google

Sprüchlein: „Und alle Räder stehen still, sobald dein starker Arm es will." In diesem Chaos würde dann der Sozialismus die Produktion in die Hand nehmen und „reinen Tisch machen".

Zu den Anhängern des baldigen Zusammenbruchs gehörte Bebel, der auf dem Erfurter Parteitage (1891) schon für das Ende des vorigen Jahrhunderts einen großen „Kladderadatsch" prophezeit hat.

„Wir haben jetzt", führte er aus, „seit fast dreißig Jahren eine sozialdemokratische Agitation und haben es in dieser Zeit dahin gebracht, daß wir die stärkste Partei in Deutschland geworden sind. Wenn wir nun sehen, was für eine kolossale Umwälzung auf ökonomischem und politischem Gebiet in dieser Zeit stattgefunden hat, wie heute die Gegner in vollständiger Verzweiflung sind, weil sie nicht mehr wissen, wohin und wo hinaus, wenn wir sehen, wie alle Verhältnisse sich allmählich so entwickelten, daß kein vernünftiger Mensch mehr im Zweifel darüber sein kann, daß die Dinge auf eine längere Dauer so nicht mehr weitergehen können und darum die Katastrophe nur noch eine Frage der Zeit ist, dann ist es nicht nur natürlich, dann ist es notwendig, daß man zu Anschauungen kommt, wie ich sie habe, und sie auch ausspricht. Ich mache kein Hehl daraus, ich habe mich riesig gefreut, als kürzlich mein Freund Fr. Engels in seinem bekannten Briefe im ‚Socialiste', den auch unsere Presse veröffentlichte, einen Umschwung der Dinge von Grund aus gegen das Jahr 1898 in Aussicht stellte. Vollmar glaubte darüber spötteln zu können, ich dagegen schrieb Engels: Alter, Du und ich, wir sind die einzigen ‚Jungen' in unserer Partei." [1] Schon vorher hatte Bebel auf demselben Parteitag sich geäußert: „Ich bin überzeugt, die Verwirklichung unserer letzten Ziele ist so nahe, daß wenige in diesem Saale sind, die diese Tage nicht erleben werden." [2]

---

[1] Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Erfurt 1891, 282—283.

[2] Ebd. 172 Andere Äußerungen ähnlicher Art hat Vollmar zusammengestellt in dem Artikel „Zur Streitfrage des Staatssozialismus" in Die Neue Zeit 1892—1893 I. Auch Kautsky hofft auf eine sehr baldige Verwirklichung der sozialistischen Revolution. Man vgl. seine Schrift „Am Tage nach der Revolution" und seinen Artikel „Allerhand Revolutionäres" in: Die Neue Zeit, 22. Jahrg. I 588 ff.

Digitized by Google

Inzwischen ist das Jahr 1898 längst gekommen und gegangen, Bebel ist längst ins Grab gesunken, und wo ist die prophezeite Katastrophe? Es ist allerdings eine Katastrophe über Deutschland hereingebrochen, aber diese war nicht die Folge der allmählichen ökonomischen Entwicklung im Sinne von Marx, sondern die Wirkung der Überspannung der Kräfte des deutschen Volkes in dem vierjährigen Weltkrieg, der eine Art plötzlichen Kollapses zur Folge hatte. Übrigens sind wir in Deutschland trotz dieser Katastrophe noch weit vom Sozialismus entfernt, obwohl es an Bestrebungen, die Diktatur des Proletariates zu errichten, nicht gefehlt hat.

Man ist deshalb versucht zu glauben, Bebel habe solche Redensarten bloß als Köder in die ungeduldigen Massen geworfen, denen es mit dem „Parlamenteln" zu langsam ging, und die zu den Anarchisten abzufallen drohten. Er hat das selbst gelegentlich verraten. Als Vollmar mahnte, man möge über dem Endziel in aschgrauer Ferne nicht die Hoffnung auf die Gegenwart ersticken, antwortete Bebel, eine solche Taktik würde die Partei zugrunde richten; die Genossen würden die Begeisterung verlieren, wenn man ihnen vorhielte, das Ziel sei erst in ferner Zeit zu erreichen. Man sieht, der Glaube an die materialistische Geschichtsauffassung und das „Sich von selbst Hineinwachsen" der heutigen Gesellschaftsordnung in die sozialistische war bei Bebel äußerst gering.

Eine baldige Überführung der heutigen Gesellschaft in die sozialistische ist meines Erachtens — abgesehen von einer blutigen Revolution — ganz und gar nicht zu erwarten. Umsonst hofft man auf eine Katastrophe infolge von wirtschaftlichen Krisen. Diese Krisen haben in neuerer Zeit an Häufigkeit und Intensität nicht zu-, sondern abgenommen[1]. Es bleibt also nur noch die Hoffnung auf den Generalstreik. Wir wollen nun nicht untersuchen, wie es möglich sei, daß der Generalstreik ohne Bürgerkrieg den Proletariern „eines schönen Tages", wie Kautsky meint, die ganze politische Obergewalt in die Hände spielen könne. Wichtiger ist die Frage, was dann

[1] S. oben S. 284 ff.

Digitized by Google

geschehen solle, wenn einmal das Proletariat das Regiment in Händen hat. Die Antwort auf diese Frage können wir nicht besser geben, als es ein Sozialist selbst getan hat.

In den „Sozialistischen Monatsheften“ [1] schrieb Edmund Fischer in einer vielfach zutreffenden Polemik gegen Kautsky: „Nehmen wir einmal an, Kautskys Generalstreik habe das Bürgertum kopflos gemacht, das Proletariat habe gesiegt, Bülow abgedankt, die politische Macht sei in unsern Händern, und nun folgen wir Kautsky in sein Reich Utopien, das er uns entwirft, als ein Übergangsstadium. Bei Übernahme der politischen Macht durch das Proletariat ist die gesamte Produktion, von den wenigen staatlichen, kommunalen und genossenschaftlichen Betrieben abgesehen, eine rein privatwirtschaftliche. Soll nun die Expropriation der Kapitalisten mit einem Schlage enden? Es ist klar: der Gedanke, die ganze privatkapitalistische Produktion, diesen ungeheuern Mechanismus, der aus Hunderttausenden und Millionen von Rädern und Rädchen besteht, die sich im Verlaufe von einem halben Jahrtausend ineinandergefügt haben, in wenigen Tagen oder Monaten oder Jahren übernehmen und neu organisieren zu wollen — der grenzt nicht an Wahnsinn, das ist Wahnsinn!... Jawohl, Genosse Kautsky, am Tage nach der Revolution will das ganze Volk Brot, d. h. eine Existenz, die mindestens so gut ist als die bisherige, und daher ist erforderlich, daß die Produktion sofort wieder in Gang kommt. Und wenn Kautsky auch nur einmal die kleinste Genossenschaft — oder sonst einen Betrieb — gegründet und ein Jahr lang geleitet hätte, um alle die Hunderte von kleinen und großen Schwierigkeiten einer Neuorganisation auf diesem Gebiete kennenzulernen und zu erfahren, daß die Menschen keine Zahlen sind, die man geduldig auf das Papier schreiben kann, und auch keine Automaten, die man aufzieht und die dann die gewünschte Verrichtung vollziehen, sondern Wesen von Fleisch und Blut, oft physiologische und psychologische Rätsel, die die beste Spekulation und die idealsten Träume in wenigen Stunden zu nichte machen können — wenn Kautsky davon eine Ahnung hätte, würde er nicht dazu gekommen sein, von einer plötzlichen Übernahme der ganzen Produktion durch das Proletariat zu reden.

Bisher lernten wir immer: der Sozialismus sei nur international durchzuführen. Daß aber Rußland ..., Italien, Spanien, auch Österreich-Ungarn, Schweden und Norwegen usw. noch himmelweit vom Sozialis-

[1] Jahrg. 1904 I 296.

Digitized by Google

mus entfernt sind — wer will das bestreiten?[1] Und die hochentwickelten Länder England und Amerika, die nicht einmal eine nennenswerte sozialistische Bewegung haben? Auf Hoffnungen kann man sich doch nicht stützen! Wie will aber Kautsky unter solchen Umständen den Export Deutschlands von fünf Milliarden aufrechterhalten oder dafür sofort (!) im Lande einen Ersatz finden? ... Will Kautsky aber nicht sofort die ganze Produktion übernehmen — dann bleibt die privatkapitalistische Produktion in ihrer jetzigen Gestalt einstweilen bestehen, und die sozialistische Regierung müßte ... den Kapitalisten alle die Garantien geben, die nötig sind, um kapitalistische Betriebe überhaupt zu ermöglichen: dann bliebe aber alles beim alten, und wir könnten außer dem Achtstundentag wohl noch wesentliche Verbesserungen der Arbeiterschutzgesetze durchführen, sonst aber nur politische Vorteile erreichen und der Entwicklung eine freiere Bahn schaffen, damit sie sich schneller und schmerzloser vollziehe."

Es scheint mir nach dem Gesagten zweifellos: die Mehrheit des deutschen Volkes lehnt den Sozialismus ab, und wofern nicht auf eine blutige Revolution spekuliert wird, ist an eine Verwirklichung des sozialistischen Endziels in einer irgendwie berechenbaren Zukunft gar nicht zu denken. Ich halte es deshalb für gewissenlos, daß den Proletariern immer ein bald zu erwartendes Paradies vorgegaukelt wird, um ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden gesellschaftlichen Zuständen zu schüren.

2. Eine andere wichtige Frage betreffs der Vergesellschaftung aller Produktionsmittel ist die: Sollen bei der allgemeinen Enteignung die heutigen Eigentümer entschädigt werden oder nicht? Soll einfache Konfiskation oder Ablösung stattfinden? Werden die Eigentümer nicht entschädigt, so muß man das heutige Privateigentum als ungerecht bezeichnen, und worauf wollen die Sozialisten diese Anklage stützen, nachdem selbst viele von ihnen die Marxsche Werttheorie als wertlos preisgegeben haben? Sollen sie entschädigt werden, das wollen z. B. Kautsky, Jaurès[2], so fragt sich, wie können die

[1] In Rußland herrscht heute wohl der bolschewistische Terror und das Chaos, vom eigentlich demokratischen Sozialismus ist das Land sehr weit entfernt.

[2] In der französischen Kammer am 15. Juni 1906, s. „Vorwärts" 1906, Nr. 139, 1. Beilage.

Digitized by Google

ungeheuern Summen zusammengebracht werden, die dazu nötig sind? Wird sich die neue sozialistische Gesellschaft diese ungeheure Last, deren Abtragung erst späteren Generationen zugute kommen kann, gefallen lassen?

Kautsky meint, man könne „am Tage nach der Revolution" die heutigen Kapitalisten durch Steuern und andere Lasten zugunsten der Arbeiter so drangsalieren, daß der Privatbesitz für sie nahezu wertlos würde und sie gern bereit wären, denselben zu verkaufen. Aber mit welchem Recht? „Ein Teil der Fabriken, Bergwerke usw. könnte an die in ihnen tätigen Arbeiter selbst verkauft werden, die sie fortan genossenschaftlich betreiben. Andere könnten an Konsumgenossenschaften, wieder andere an Gemeinden oder an den Staat verkauft werden."[1] An die Arbeiter? Welches Interesse können diese an dem Erwerbe von Betrieben haben, die für ihren Besitzer nahezu wertlos geworden sind? Und woher sollen sie die dazu erforderlichen riesigen Summen nehmen, namentlich da nach Kautsky sofort die Arbeitszeit auf die Hälfte verkürzt und der Arbeitslohn verdoppelt werden soll? Da klagen die Sozialisten über das Los der Arbeiter, die kaum das zum Unterhalt der Familie Nötige haben, und zugleich muten sie ihnen zu, Milliarden aufzubringen, um die großen Betriebe anzukaufen! An die Gemeinden und den Staat? Aber belaufen sich nicht schon heute die Schulden der Gemeinden und Staaten auf Milliarden? Und nun soll der Staat noch die Zinsen für den Ankauf der Produktionsbetriebe auf sich nehmen und die Arbeiter bei kürzerer Arbeitszeit besser bezahlen![2]

[1] Kautsky, Am Tage nach der sozialen Revolution 9.

[2] Wie Otto Braun in einer Volksversammlung am 1. Dezember 1918 (vgl. „Vorwärts" 1918, Nr. 331) mitteilte, bereitete die provisorische sozialistische Regierung in Preußen schon damals einen Gesetzentwurf vor, der dem Staate das Vorkaufsrecht an Landgütern sichern sollte. Die Kriegsschuld Deutschlands betrug Ende Januar 1919 ca. 160 Milliarden, viele Milliarden fordern die Vielverbandsmächte als Kriegsentschädigung, viele Milliarden werden notwendig sein für die im Kriege Beschädigten und den Wiederaufbau des Landes. Und nun will der Staat noch nach Belieben Landgüter ankaufen. Woher das Geld nehmen? Der „Vorwärts" schrieb am 5. Dezember 1918, Nr. 334: „Zweck der Sozialisierung ist nicht, den Be-

Digitized by Google

3. Viele Sozialisten wollen beim Übergang in den Zukunftsstaat Privatbetriebe neben den öffentlichen Betrieben bestehen lassen. Nun entsteht gleich die Frage: Soll es den einzelnen Betrieben überlassen bleiben, zu produzieren, was und wie und wieviel sie wollen? Dann bleibt ja die ganze Produktionsanarchie, in der die Sozialisten die Quelle aller heutigen Übel sehen, voll und ganz bestehen. Die Betriebe werden sich untereinander Konkurrenz machen und sich gegenseitig den Markt abzugewinnen suchen, wie es heute der Fall ist. Gibt aber der Staat den einzelnen Betrieben über Art und Maß ihrer Produktion und ihres Absatzes Vorschriften, so wird die Produktion in Bälde vernichtet sein, wenigstens wird eine wirksame Konkurrenz mit dem Auslande unmöglich. Mit Halbheiten ist eben nicht auszukommen. Entweder wird die ganze Produktion verstaatlicht, und dann kann allenfalls von „planmäßiger Regelung" die Rede sein, oder man überläßt die Produktion der freien Initiative der einzelnen Betriebe, und dann bleibt die heutige Anarchie bestehen.

4. Doch nehmen wir an, die Übergangsperiode liege hinter uns, und der sozialistische Staat wolle nun sämtliche Produktionsgüter in Beschlag nehmen. Jetzt taucht eine neue schwierige Frage auf: Was gehört zu den Produktivgütern und was zu den Genußgütern? Begrifflich lassen sich beide Güterarten leicht unterscheiden; aber sobald man im einzelnen fragt, ob dieses oder jenes Besitzgut zu den Produktiv- oder zu den Genußgütern gehöre, so ist man in Verlegenheit. Die allermeisten Dinge lassen sich bald zu den Produktiv-, bald zu den Genußgütern rechnen, je nach dem Zwecke, zu dem sie der Besitzer gebraucht. Ein Garten ist gewiß ein Genußgut; er gibt dem Besitzer seine Früchte, bietet ihm die Möglichkeit, sich in ihm zu ergehen und an den Blumen und Bäumen zu erfreuen: aber die Früchte, die er hervorbringt, lassen

sitzenden zu schaden, sondern den Besitzlosen zu nützen." Hier wird offen zugegeben, daß der Sozialismus nur den Besitzlosen nützen will, also die einseitigste Interessenpolitik treibt. Und wie will er den Besitzlosen nützen ohne den Besitzenden zu schaden? Durch solche Phrasen täuscht man die Einfältigen.

Digitized by Google

sich auch verkaufen, sei es nun in ihrer ursprünglichen Gestalt, oder indem man sie zuvor zu Genußmitteln von höherem Werte umarbeitet. Ähnliches läßt sich von einem Hause, einem Pferde, einem Wagen, ja sogar von fast jedem Hausgeräte sagen. Nadel und Faden sind gewiß unmittelbare Gebrauchsgüter in der Familie; aber man kann sie auch verwerten, um damit sich und andern Kleider zu verfertigen und auszubessern[1].

Sollen nun alle diese Gebrauchsgegenstände Gemeineigentum werden? Das hieße jeden selbst in den kleinsten Dingen von der Gesamtheit abhängig machen. Ein Familienleben mit gegenseitigen Dienstleistungen wäre unmöglich. Man könnte also höchstens den Ausweg wählen, daß man zwar solche Gebrauchswerte, die auch zur Produktion dienen können, den einzelnen überläßt, aber ihnen gesetzlich jede produktive Verwertung untersagt[2] und nur den Selbstgebrauch gestattet. Das würde aber eine sehr weitgehende poli-

[1] Nachdrücklich betont die hier berührte Schwierigkeit Leroy-Beaulieu in seinem lesenswerten Buche Le collectivisme 13 ff.

[2] Paulsen (System der Ethik II[5] 407) meint zwar, nicht nur Möbel-, Kunst- und Schmuckgegenstände und Bücher, sondern auch Wohnhäuser und Gärten könnten Privateigentum bleiben, „und zwar mit allen Folgen, welche das Eigentum gegenwärtig hat: mit dem Recht, diese Dinge zu vererben und zu verschenken, zu verzehren und aufzubewahren, zu verkaufen und zu verleihen". Das ist aber gegen die ausdrückliche Behauptung des Erfurter Programms und wäre ein gewaltiger Riß in das ganze System. Dieses Zugeständnis würde es ermöglichen, daß manche durch Kauf, Erbschaft oder Schenkung Häuser, Gärten und andere Renten abwerfende Dinge erwürben und schließlich von ihren Renten leben könnten, was nicht in das sozialistische System paßt. — Ein Sozialist wird vielleicht zugunsten Paulsens einwenden, man könne Häuser, Gärten u. dgl. ruhig in den Privatbesitz übergehen lassen, weil in einem System, wo alle tagtäglich an der Produktion sich beteiligen und so das Nötige erwerben müssen, niemand an Renten etwas gelegen sein könne. Das ist aber unrichtig. Reichtum würde auch im Sozialistenstaat Macht und Ansehen verleihen und also gewiß nicht verachtet werden. Und welchen Antrieb zur Arbeit könnte noch ein Mann haben, der genug besitzt, um von seinen Renten zu leben? Müßte man ihn nicht zur Arbeit zwingen? Wenn der Sozialismus überhaupt Aussicht auf Verwirklichung haben soll, so darf er nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern muß folgerichtig durchgeführt werden.

Digitized by Google

zeiliche Überwachung notwendig machen und zu vielem Unterschleif Veranlassung geben. Denken wir uns beispielshalber, ein Obstgarten werde einem Familienvater unter der Bedingung überlassen, die Früchte desselben nur für den Selbstbedarf gebrauchen zu dürfen, alles übrige an die öffentlichen Vorratskammern abzuliefern. Wie viel von diesen Früchten würde wohl abgeliefert werden? Würde der Besitzer haushälterisch mit den Früchten umgehen? Würde er den Garten in gutem Stand zu halten oder gar zu verbessern suchen? Würde er nicht, was er selbst nicht benötigt, heimlich verschenken oder verkaufen?

5. Was soll ferner mit den Wertgütern geschehen, die unproduktiv sind, mit Kunstwerken, Brillanten, Perlen und andern Zier- und Schmuckgegenständen? Sollen alle Frauen ihre Schmucksachen auf den Altar des Vaterlandes legen und sich fortan nur mehr mit dem Kleid und der Schürze der Arbeiterinnen schmücken? Doch wir können ohne Sorgen sein. Die Eitelkeit und die Liebe zum Schmuck verschwindet ja in der Zukunftsgesellschaft. Auch die Evastöchter werden nur noch an der Arbeit zum Gemeinwohl Freude haben.

§ 2. Bedarfsbestimmung.

Wir setzen voraus, die Scheidung zwischen Produktiv- und Genußgütern sei in ersprießlicher Weise geglückt, und alle Produktionsmittel seien „vergesellschaftet" oder in den Besitz der Gesamtheit übergegangen. Nun soll die nationale Produktion planmäßig geordnet werden. „Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion", heißt es im Erfurter Programm, ganz in Übereinstimmung mit der Auffassung von K. Marx[1] und Fr. Engels[2]. Eine solche Regelung läßt sich aber nur bewerkstelligen, wenn zuvor der ungefähre Bedarf der

[1] S. oben S. 382 ff.

[2] Nach Engels (Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft 48) wird „eine gesellschaftliche Produktion nach vorherbestimmtem Plan" möglich, wenn einmal das Proletariat mittels der öffentlichen Gewalt alle Produktionsmittel in öffentliches Eigentum verwandelt haben wird. Vgl. ebd. 45.

Digitized by Google

Gesamtheit feststeht. Denn dieser ist Zweck und Maß der ganzen Produktion. Er müßte also durch tägliche oder wöchentliche bzw. monatliche, jährliche statistische Erhebungen festgesetzt werden.

Das Proletariat, schreibt Kautsky, kann und muß neben der Organisierung der Produktion auch „die Regelung der Zirkulation durch Aufhebung des Privateigentums an den Betrieben durchführen". „Es muß die Höhe der Produktion jeder einzelnen Produktionsstätte auf Grundlage einer Berechnung der vorhandenen Produktivkräfte (Arbeiter und Produktionsmittel) und des vorhandenen Bedarfs festsetzen und dafür sorgen, daß einer jeden Arbeitsstätte nicht bloß die notwendigen Arbeiter, sondern auch die notwendigen Produktionsmittel zugeführt und die fertigen Produkte an die Konsumenten abgesetzt werden." [1] Diese Aufgabe, meint Kautsky, sei „die schwierigste unter jenen, die dem proletarischen Regime zufallen", sie werde ihm „manche harte Nuß zu knacken aufgeben". Aber, tröstet er sich, man dürfe die Schwierigkeit nicht übertreiben. Es handle sich nur darum, die Organisation, die „heute in unbewußter Weise sich durchsetze, zu einer bewußten zu gestalten, in der die vorherige Berechnung aller maßgebenden Faktoren an Stelle der nachträglichen Korrekturen durch das Spiel von Nachfrage und Angebot tritt" [2].

Die „vorherige Berechnung aller maßgebenden Faktoren", um alle zu einem einheitlichen, planmäßigen Produktionssystem zu vereinigen, welches dem vorhandenen Bedürfnis eines großen Gemeinwesens genau entspricht: das ist eben eine die menschlichen Kräfte übersteigende Schwierigkeit.

Auch in der vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Jahre 1919 herausgegebenen Broschüre: „Was ist, was will der Sozialismus?" heißt es, der Sozialismus produziere nach ganz andern Gesichtspunkten als der Kapitalismus. „Der einzelne Kapitalist arbeitet für den Markt, nicht für den Bedarf.... Der Sozialismus produziert umgekehrt nicht für den Markt, sondern für den Bedarf. In einer sozialistischen Gesellschaft

[1] Am Tage nach der sozialen Revolution 28. [2] Ebd. 29.

Digitized by Google

wird nicht gefragt: Wer kann Schuhe bezahlen, sondern: Wer braucht Schuhe? ... In diese (heutige) planlos Kraft und Wert verschwendende Wirtschaft bringt der Sozialismus Ordnung. Indem er die Produktionsmittel mit Beschlag belegt, schafft er dieser die Möglichkeit, zu bestimmen, *was* und *für wen* produziert werden soll."

Es ist absurd, zu behaupten, der Kapitalist arbeite nicht für den Bedarf. Er sucht doch Käufer und weiß, daß nur diejenigen Waren kaufen, die sie brauchen. Allerdings ist ein Unterschied im *Bedarf*. Der Privatunternehmer wird darauf schauen, den Wünschen und dem Geschmack der Käufer entgegenzukommen. Sollen im Zukunftsstaat solche Wünsche und Geschmacksrichtungen nicht mehr berücksichtigt werden?

Vielleicht ließe sich einwenden, statistische Erhebungen über den Bedarf seien überflüssig, man könne einfach die heutige Konsumtion der sozialistischen Produktion zugrunde legen. Aber selbst angenommen, die heutige Konsumtion sei bis ins einzelne genau statistisch ermittelt, was bei weitem nicht der Fall ist, so läßt sich doch dieselbe in keiner Weise der sozialistischen Produktion zugrunde legen, weil sie das Ergebnis der heutigen Vermögensverhältnisse und auch der heutigen Produktion ist. Sie setzt einerseits große Kapitaleinkünfte und anderseits ärmliches Arbeitseinkommen voraus; sie setzt besonders das Lohn- (Dienstboten-) Verhältnis voraus und ist innig mit der Privatproduktion verknüpft [1].

Ebensowenig läßt sich annehmen, daß die oberste Zentralbehörde im sozialistischen Staat einfachhin den Bedarf nach Art und Masse der Produkte *durch einen Machtspruch festsetze* und danach die Produktion regle. Denkbar ist ein solches Verfahren. Aber um davon zu schweigen, daß dasselbe mit der demokratischen Organisation im Sinne der Sozialisten im Widerspruch steht, wäre es die vollendetste Knechtschaft. Die Freiheit beruht vor allem darauf, daß

[1] Mit Recht sagt A. Wagner (Grundlegung [3], 2. Tl., § 144, S. 320): Die bisherige Konsumtion ist „das Produkt der gegenwärtigen Einkommens- und Vermögensverteilung und eben des privaten Rentenbezugs aus Boden und Kapitalien. Statistische Aufnahmen aus der Wirklichkeit würden also nicht ausreichen".

Digitized by Google

man selbst nach Gutdünken bestimmen kann, wie man sein Leben in bezug auf Kost, Kleidung, Wohnung, Unterhaltung, Bildungsmittel usw. einrichten will. Wer das nicht mehr kann und sich alles von einer Behörde vorschreiben lassen muß, ist ein Sklave, mag man ihn auch „freien Genossen" nennen. Die Freiheit der Bedarfsbestimmung ist auch die Grundlage jedes Kulturfortschrittes[1].

Wir wollen also annehmen, es sei grundsätzlich jedem freigestellt, sich seinen Bedarf zu bestimmen. Ich sage: grundsätzlich; denn praktisch wird diese Freiheit schon durch den Mangel an reichlichem Einkommen eingeschränkt. Auch der heutige Fabrikarbeiter ist grundsätzlich frei in der Bestellung seines Bedarfs; aber praktisch ist diese Freiheit oft gering wegen des Mangels an Einkommen. Dasselbe würde auch im Sozialistenstaat der Fall sein. Jeder hat ja kein anderes Einkommen als den Ertrag seiner Tagesarbeit. Die Sozialisten verfehlen zwar nicht, uns diesen Ertrag glänzend zu schildern und zu multiplizieren[2]. Aber an dieses Wunder der Brotvermehrung glaube ich nicht. Doch ist dies ein Punkt, den ich weiter unten eingehend prüfen werde. Übrigens scheinen die Sozialisten selbst Zweifel an diesem Wunder zu haben. Bebel[3] wenigstens gesteht ganz offen: „Das Schwelgen wird aufhören; die Armut und das Darben aber auch." Wenn alle ungefähr das gleiche Einkommen haben sollen, so ist zu fürchten, daß die Portionen

[1] Auch Schäffle (Quintessenz 23) gesteht: „Die Freiheit der Bedarfsbestimmung ist sicherlich die unterste Grundlage der Freiheit überhaupt. Würden die Lebens- und Bildungsmittel etwa von außen her und einem jeden nach einem Bedarfsschema zugemessen, so könnte niemand nach seiner Individualität leben und sich ausbilden; es wäre der ‚Brotkorb' der Freiheit beseitigt. Es fragt sich deshalb, ob der Sozialismus die individuelle Freiheit der Bedarfsbestimmung aufhebt oder nicht. Hebt er sie auf, so ist er freiheitsfeindlich, aller Individualisation, daher aller Gesittung entgegen und ohne alle Aussicht, mit den unvertilgbarsten Trieben des Menschen jemals fertig zu werden."

[2] J. Stern (Thesen über den Sozialismus 28) nennt jeden, der nicht an die Behauptung glaubt, der soziale Volksstaat gewähre allen den größten Komfort, einen „großen Philister". Nach ihm werden im Sozialistenstaat „alle alles in Hülle und Fülle nach Herzenslust" haben.

[3] Unsere Ziele 30.

Digitized by Google

sehr schmal ausfallen. An einer andern Stelle meint Bebel, die Bedarfsbestimmung werde leicht sein, „da eigentliche Luxusartikel, die heute nur eine kleine Minorität kauft, verschwinden", und „inwiefern durch Produkte neue Bedürfnisse zu befriedigen sind, darüber entscheidet die Gesamtheit" [1].

In der oben genannten Broschüre: „Was ist, was will der Sozialismus?" (1919) wird gesagt, „so lange noch bloße Füße da sind, werden zuerst für diese Schuhe verfertigt. Ebenso ist es mit allem andern, mit Kleidern, Möbeln, Wohnungen usw. Der Sozialismus baut keine herrschaftlichen Villen, während Millionen Arme in unwürdigen Löchern zusammengepfercht hausen, sondern er fängt beim Bau gesunder und wohnlicher Kleinwohnungen an. Und so mit allem. . . . Weil unter dem Kapitalismus nach dem Bedarf nicht gefragt wird . . ., sind heute Millionen Hände damit beschäftigt, unnützen Tand und Luxus zu fabrizieren, während die Arbeitskräfte für den notwendigsten Bedarf fehlen."

Es wird also offen zugestanden, und zwar folgerichtig zu den sozialistischen Grundsätzen, daß jeder nur die Bedarfsgüter erhält, welche die Gesamtheit hervorzubringen für gut findet. Die Produktion hängt ja in ihrer Ausgestaltung von den Bedarfsgütern ab. Neue Bedarfsgüter erfordern auch neue Produktionsvorrichtungen. Soll es nun jedem überlassen bleiben, Gebrauchsgegenstände zu bestellen, welche neue Einrichtungen und mithin eine Vermehrung der Gesamtarbeit erheischen? Wenn aber die Gesamtheit oder ihre Vertreter erst entscheiden sollen, ob man den Wünschen der Gesellschaftsglieder nachkommen wolle oder nicht, so ist tatsächlich die Freiheit der Bedarfsbestimmung zum guten Teil beseitigt.

Schlimmer vielleicht als diese Freiheitsbeschränkung ist die jeder Familie — deren Dasein im Sozialistenstaat wir inzwischen voraussetzen wollen — auferlegte Pflicht, alle ihre Bedürfnisse zum voraus bei den hierfür angestellten Beamten zur Anzeige zu bringen und einregistrieren zu lassen. Damit man wisse, was und wieviel an Gebrauchsgütern hergestellt werden solle, und so den Plan der National-

[1] Ebd. 31.

Digitized by Google

produktion entwerfen könne, muß feststehen, was jeder braucht oder haben will. Mann oder Frau oder alle beide müssen also bei dem Bedarfsbureau ihre großen und kleinen Anliegen zur Kenntnis der Beamten bringen, um dann zur bestimmten Zeit das Bestellte in den öffentlichen Vorratskammern gegen Arbeitsscheine einzulösen.

Wir wollen, um den Sozialisten nichts Lächerliches anzudichten, annehmen, daß von den gewöhnlichsten Gebrauchsgegenständen immer ein gewisser Vorrat vorhanden sei, so daß jeder ohne weiteres sie in den öffentlichen Läden gegen Arbeitsscheine erhalten kann[1]. Aber

[1] J. Stern, bei dem Naivität und Keckheit im Behaupten um die Palme streiten, meint, einer Bedarfsbestimmung bedürfe es nicht, weil alles in Hülle und Fülle vorhanden sei. „Jedem, der sich ausweist, sein Arbeitsquantum verrichtet zu haben, steht das unbeschränkteste Recht auf jeden Konsum in jedweder beliebigen Quantität zu. Er bezieht seine Kleidungsstücke aus den öffentlichen Magazinen, speist im Hotel, was ihm beliebt, oder wenn er es vorzieht, zu Hause in einer höchst komfortablen Privatwohnung, die mit den öffentlichen Hotels in Verbindung steht (Telephon, Rohrpost, und wer weiß, was sonst noch erfunden wird), und woher er auf die bequemste Weise (durch die Rohrpost?) die Speisen bezieht, die er wünscht, oder er läßt sie sich zu Hause bereiten (von wem?) oder bereitet sie selbst" (Thesen über den Sozialismus 12—13). Einem leichtgläubigen Sozialisten mag allerdings beim Anblick dieses Bildes das Herz im Leibe lachen. Man denke sich doch, nach einer „minimalen" Arbeitszeit braucht er seinem Herzen nichts mehr zu versagen. Dicht vor ihm ganze Brunnen von Sekt, Rüdesheimer, Münchner Hofbräu und Kognak, wo jeder nach Belieben, in „Hülle und Fülle" schöpfen kann. Daneben ganze Berge von Austern, Fasanen, Wildbret, die köstlichsten Südfrüchte. Mit Verachtung wird man auf die Zeit zurückschauen, wo man mit Schwarzbrot und Kartoffeln fürlieb nehmen mußte. Hat man gut gespeist, so geht man ins Theater oder ins Konzert, macht eine Spazierfahrt usw., bis man sich am Abend — der Erholung müde — auf das weiche Ruhebett schlafen legt! Stern hat nur eines vergessen, zu sagen: wer denn alle diese schönen Dinge herbeischaffen und zubereiten, wer die sozialistischen Herrschaften bedienen, ihnen die Theatervorstellung geben, das Pferd satteln und die komfortable Wohnung herrichten soll. Stern ist zwar ganz trunken von den Erfindungen der modernen Elektrotechnik. Aber glaubt er denn wirklich, die Elektrizität werde schließlich den Sozialisten die Speisen bereiten und auftragen, die Wohnung herrichten oder gar Theatervorstellungen geben? Und dann: wo sollen all diese schönen Dinge in solcher Masse sich finden und herrichten lassen, daß jeder nach

Digitized by Google

das ließe sich doch nur bei den gewöhnlichen Gebrauchsgütern bewerkstelligen. Wenn nicht einmal die heutige Produktion, die den Bedürfnissen zuvorzukommen strebt, alle Bedarfsgegenstände allezeit und überall vorrätig zu halten vermag, so würde das in der sozialistischen Gesellschaft noch viel weniger der Fall sein, oder sie müßte denn doppelt und dreifach in den Fehler fallen, den ihre Anhänger der heutigen Gesellschaft vorwerfen, nämlich aufs Geratewohl massenhaft alle Gebrauchswerte herstellen und in den staatlichen oder kommunalen Vorratskammern aufschichten lassen.

Es bleibt also dabei: jede Familie wird genötigt sein, alle ihre großen und kleinen Bedarfsgegenstände — wenn wir allenfalls von den ganz allgemeinen und alltäglichen absehen — vor den Bedarfsbeamten zu Protokoll zu geben. Man glaube nicht, das sei eine geringe Last. Heute hat es jeder in seinem Belieben, alle seine Bedürfnisse entweder durch eigene Arbeit oder durch Kauf, bei wem, wann und wo er will, daheim oder draußen zu befriedigen. So ist ihm die Möglichkeit gegeben, das Innere seines Haushaltes neugierigen Blicken zu verbergen; denn auch die Kaufleute, Handwerker, Ärzte, Apotheker sind durch ihr Interesse zur Verschwiegenheit genötigt. Im Sozialistenstaat aber könnte jeder durch Einsicht in die Bedarfslisten jeder Familie in jeden Winkel, in den letzten Kochtopf hineinschauen. Denn einen eigenen, durch seine Interessen an Verschwiegenheit gebundenen Beamtenstand gibt es nicht mehr, und öffentliche Listen unterstehen der Aufsicht und Einsicht des souveränen Volkes.

Auch den Punkt dürfen wir nicht außer acht lassen, welche riesige Schreiberarbeiten die Bedarfsbestimmung in einem ganzen umfangreichen Gemeinwesen erheischte. Die Sozialisten berufen sich auf die heutigen Aktiengesellschaften, Produktivgenossenschaften, Staatsbetriebe, um darzutun, wie leicht die Bedarfsbestimmung sei. Aber sie über-

„minimaler" Arbeit seinen Wünschen freien Lauf gewähren kann? Man muß sich nur wundern, daß Stern diese törichten Träumereien mit solch überlegener Miene zu Markte bringt. Jeden, der ihm nicht aufs Wort glaubt, nennt er einen bornierten Philister! Das ist jedenfalls die billigste Art der Beweisführung.

Digitized by Google

sehen den ungeheuern Unterschied zwischen einer einzelnen, verhältnismäßig kleinen und auf einen einheitlichen Zweck gerichteten Genossenschaft und einem öffentlichen Gemeinwesen von vielen Millionen Angehörigen[1].

Wieviel Arbeit kostet das jährliche Staatsbudget! Wie viele Schreibereien macht eine einzige Berufs- oder Volkszählung nötig! Man denke nur an die Berufszählung des Deutschen Reiches im Jahre 1907. Erst nach mehrjähriger Arbeit war es dem Kaiserlichen Statistischen Amt möglich, das Material dieser Zählung geordnet und gesichtet der Öffentlichkeit zu übergeben. Der letzte Band der Berufszählung erschien erst im Jahre 1914. Und doch wie einfach liegen die Verhältnisse! Es brauchen nur ein paar überall gleiche Fragebogen ausgefüllt zu werden, und die Fragen beziehen sich auf wenige leicht festzustellende Verhältnisse, die von einem Gliede der Familie ohne Mühe in Erfahrung gebracht werden können.

Eine solche Berufszählung ist ein wahres Kinderspiel gegen eine sozialistische Bedarfsbestimmung. Bei dieser handelt es sich nicht bloß um Berufsbeschäftigung und Zahl der Angehörigen, sondern um die tausend großen und kleinen Bedürfnisse aller Betriebsanstalten. Im Jahre 1907 gab es 5736082 landwirtschaftliche und 3448378 gewerbliche Betriebe im Deutschen Reich. Für alle diese unzähligen Betriebe muß festgestellt werden, was und wieviel sie zu produzieren haben, wieviel und welches Material sie benötigen, welche Maschinen, Gebäude u. dgl. hergestellt oder ausgebessert werden müssen.

Die Bedarfsbestimmung der Produktion hängt aber wieder ab von dem Bedarf der einzelnen Personen und Familien. Am 1. Dezember

[1] Kautsky (Grundsätze und Forderungen der Sozialdemokratie 26) bezeichnet als Ziel der Sozialdemokratie „Vereinigung sämtlicher Betriebe zu einem einzigen ungeheuern Staatsbetrieb, d. h. Verwandlung des Staates in eine einzige Wirtschaftsgenossenschaft". Im Schriftchen „Am Tage nach der sozialen Revolution" S. 27 heißt es, die wichtigste Aufgabe des proletarischen Regimes sei, die Krisen, die schlimmste Geißel der modernen Produktion, zu beseitigen. „Das kann aber nur geschehen durch planmäßige Regelung der Produktion und der Zirkulation, also der Reproduktion."

Digitized by Google

1910 zählte man im Deutschen Reich 14 346 692 Haushaltungen[1]. Es muß nun bis auf den letzten Knopf festgestellt werden, was jede Haushaltung nötig hat an Kleidern für Sonn- und Werktag, für Sommer und Winter, für Tag und Nacht; was sie nötig hat an Wäsche, Toilettegegenständen, Gerätschaften, Reiseausstattung, Schreibmaterialien, Unterhaltungs- und Luxusgegenständen. Man denke nur an die tausend Sachen und Sächelchen, deren eine gewöhnliche Bürgersfrau zu ihrer Garderobe bedarf.

Hierzu kommen die zahlreichen Nahrungsmittel, deren selbst die einfachste Bürgersfamilie benötigt, ferner die Ausstattung der Küche mit Brennmaterial und allen Gerätschaften, die der Wohn- und Schlafzimmer mit allen Möbeln und Schmuckgegenständen, mit Licht und Heizung, die der Vorratskammer usw. Dazu rechne man die nötigen Reparaturen für Kleider, Gerätschaften, Wohnung usw. Denn es gibt keine Privatunternehmungen. Wie die Produktionsmittel alle im Besitz der Gesamtheit sind, so ist auch die gesamte Produktion, bis zur Herstellung des Strumpfbandes, ausschließlich Sache der Gesamtheit. Von Obrigkeits wegen ist für Nadel und Faden zu sorgen. Es muß also dies alles in die Bedarfsbestimmung aufgenommen werden, welche die Grundlage des großen Produktionsplanes bildet, und zwar nicht bloß für eine Familie, sondern für all die Millionen von Familien, welche unsere Großstaaten umfassen.

Und wie verschieden sind die Bedürfnisse der Familien je nach ihrer Beschäftigung, ihrem Aufenthaltsort, ihrer Zusammensetzung! Wir dürfen nicht vergessen, daß wir es nicht mit Familien in primitiven Verhältnissen zu tun haben. Wir leben in einer hochkultivierten Gesellschaft, von deren unzähligen Bedürfnissen frühere Zeiten kaum eine Ahnung hatten. Man braucht sich nur die riesigen Warenlager in den Hauptstraßen unserer Großstädte mit ihren Tausenden von großen und kleinen Sachen anzusehen, um sich einen Begriff davon zu machen.

Diese Bedürfnisse sind ferner nicht konstant, sie wechseln von Monat zu Monat, von Woche zu Woche, ja von Tag zu Tag. Viele

[1] Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich (1912) 5.

Digitized by Google

Bedürfnisse lassen sich auch gar nicht voraussehen, sie stellen sich plötzlich und unerwartet ein. Es würde also eine monatliche statistische Erhebung nicht ausreichen. Dieselbe müßte wöchentlich, ja täglich stattfinden, oder man müßte wenigstens zahlreiche Bureaus einrichten, bei denen alle ihre Bedürfnisse einreichen könnten.

Es muß aber nicht bloß für die einzelnen Familien und Individuen, sondern auch für die Gesamtheit als solche oder für die öffentlichen Bedürfnisse gesorgt werden. Da kommt zunächst die Sorge für den Verkehr: für Straßen und Wege, Brücken, Eisenbahnen, Kanäle, Schiffahrt, Fuhrwerke aller Art, für Postwesen, Telegraphie, Telephonverkehr, Beleuchtung usw. Für alles das hat der Vater Staat zu sorgen. Wie viele Kräfte und Transportmittel sind z. B. nötig, um nur eine größere Stadt täglich mit Milch, Gemüse, Obst, Fleisch usw. zu versehen! Privathotels gibt es keine. Es muß also von Obrigkeits wegen für Errichtung von Fremdenherbergen und deren Ausstattung und Bedienung gesorgt werden, wenn man das Reisen im Zukunftsstaat nicht einfach verbieten will. Auch das gesamte Bauwesen gehört zu den Aufgaben des sozialistischen Staates. Er hat alle öffentlichen und privaten Gebäude: Wohnhäuser, Schulen, Spitäler, Irrenhäuser, Magazine, Theater, Museen, Rathäuser, Post-, Telegraphen- und Eisenbahngebäude zu errichten und im Stande zu halten, sobald nötig zu reparieren oder zu erweitern. Und zwar hat er diese Gebäude nicht etwa bloß an Unternehmer zu vergeben, wie dies heute geschieht; er ist der einzige Unternehmer, der alle Pläne zu entwerfen und zu prüfen, die nötigen Baumaterialien und Bauarbeiter zu beschaffen, den Bau selbst zu leiten und zu beaufsichtigen hat. Soll das alles in einem Staate „planmäßig" ohne riesige Vergeudung von Arbeit und Material geschehen, so muß frühzeitig der Bedarf nach Art und Größe in einer Zentralkommission für das ganze Gemeinwesen bestimmt werden.

Alles, was heute die Gemeindeverwaltungen, und zwar meist durch Privatunternehmer, ausführen lassen in bezug auf Straßenbau, Reinlichkeit, Wasserleitung, Beleuchtung, Wasch- und Badeanstalten, ferner das ganze Medizinal- und Veterinärwesen, wird der sozia-

Digitized by Google

listische Staat selbst in die Hände nehmen müssen. Er muß alle Krankenwärter, Ärzte, Chirurgen, Apotheker, Hebammen anstellen und auch dafür sorgen, daß für alle diese Berufe genügend ausgebildete Leute vorhanden seien. Ihm liegt die Sorge für das gesamte Unterrichtswesen, für Presse, Literatur, Kunst, Theater, Museen ob, er muß die nötigen Kräfte und die erforderlichen Mittel dafür beschaffen. Privatunternehmungen gibt es eben keine mehr, und deshalb muß der Staat auch in dieser Beziehung, z. B. für die Redaktion und den Druck der nötigen Tagesblätter und Unterhaltungslektüre, das Erforderliche veranlassen.

Zu den Sorgen für die Städte, die wir bisher vorzüglich im Auge hatten, kommen dann noch die Sorgen für die Landwirtschaft, den Weinbau, die Gärtnerei, die Tierzucht, die Forstwirtschaft und Fischerei, das Berg- und Hüttenwesen, die ganze weitverzweigte Industrie. Nach allen diesen Richtungen müssen die Bedürfnisse genau festgestellt sein, bevor man an eine planmäßige Regelung der Produktion denken kann.

Endlich dürfen wir auch die öffentlichrechtlichen und privatrechtlichen Beziehungen zum Ausland nicht übersehen. Kein einziger heutiger Staat genügt sich selbst. Für unzählige Produkte ist er auf das Ausland angewiesen. Der Einfuhr muß die Ausfuhr entsprechen. Heute übernehmen diese Aufgabe der Ein- und Ausfuhr die über das ganze Land zerstreuten Handelshäuser. Unzählige Kaufleute studieren die Lage des Weltmarktes, suchen persönlich oder durch ihre Agenten die versprechendsten Artikel, die besten Ankaufs- und Absatzgebiete aus. Sie übernehmen auch alle Sorgen für Ankauf, Transport und Verteilung der Waren durch das ganze Land. Alle diese Mühen und Sorgen, in die sich heute Tausende und Tausende von Firmen teilen, würden im sozialistischen Gemeinwesen auf die Schultern der Regierung gelegt. In ihren Händen laufen alle die Millionen und Millionen verschlungener Fäden der internationalen Beziehungen zusammen. Welche menschliche Weisheit könnte einer solchen Riesenaufgabe gewachsen sein! Und dann noch die Versuchung zum Unterschleif! Der auswärtige Handel des Deutschen Reiches allein repräsentierte schon vor dem Weltkriege sowohl für die

Digitized by Google

Einfuhr als die Ausfuhr jährlich viele Milliarden. Alle diese Gelder würden durch die Hände von Beamten gehen müssen, welche über die ganze Erde verteilt und nur schwer zu kontrollieren wären.

Es ließe sich freilich einwenden, im Zukunftsstaat gebe es im inneren Verkehr kein Geld mehr, also könne man ohne Bedenken dasselbe den Beamten anvertrauen, weil es für sie wertlos sei. Doch es genügt, daß das Geld im Ausland Wert besitzt und den Beamten die Möglichkeit einer rechtzeitigen Auswanderung offen bleibt. Und wie sollte ein Staat im auswärtigen Handel die Konkurrenz bestehen können, wenn der Preis des Geldes nicht von ihm, sondern vom Ausland bestimmt würde, was ja notwendig geschehen müßte, wenn im Inland nur Arbeitsscheine Wert hätten. Diese Schwierigkeit ließe sich freilich beseitigen, wenn der Sozialismus gleichzeitig in allen Kulturstaaten durchgeführt würde! Allein das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Ich frage: Werden alle die aufgezählten Aufgaben, die der Zukunftsstaat zu lösen hat, bevor er den Produktionsplan entwerfen kann, nicht ein unermeßliches Heer von Beamten fordern? Werden sich nicht leicht die allergrößten Fehler einschleichen, welche vielleicht für die ganze Produktion und ein ganzes Volk verhängnisvoll sind? Und nun nehme man dazu, daß diese sozialistischen Beamten durch kein Privatinteresse an die treue Verwaltung ihres Amtes gebunden sind: wird da ein statistisches Ergebnis zustande kommen, das der Produktion zur sichern Grundlage dienen kann?

§ 3. Verteilung der Arbeitskräfte.

Gesetzt, die Bedarfsbestimmung sei der Zentralbehörde auf Grund der von allen Gemeinden oder Provinzen eingelaufenen Bedarfslisten gelungen. Jetzt handelt es sich darum, die Nationalarbeit zu organisieren, d. h. die Produktion „für und durch die Gesellschaft" planmäßig und einheitlich zu betreiben, oder wie Marx sich ausdrückt[1], die Arbeit „gesellschaftlich planmäßig zu verteilen". Dazu ist vor allem die Verteilung der Arbeitskräfte nötig oder

[1] S. oben S. 382.

Digitized by Google

wenigstens die genaue Kenntnis der Zahl, Fähigkeit und Stärke der Arbeitskräfte, über die jede Gemeinde oder jeder Bezirk zu verfügen hat. Man kann unmöglich allen Provinzen oder Gemeinden dasselbe Arbeitspensum auferlegen ohne Rücksicht auf die verfügbaren Kräfte. Es ist allerdings nicht notwendig, daß die Zentralbehörde, der „Produktionsrat", selbst die Arbeit an die einzelnen verteile. Das kann sie den Gemeinden überlassen. Wohl aber ist notwendig, daß sie festsetze, was und wieviel die einzelnen Bezirke zu produzieren und zu liefern haben, und das setzt die Kenntnis der vorhandenen Arbeitskräfte voraus. Man muß also genau wissen, was ein jeder nach seinen individuellen Kenntnissen, Neigungen und Kräften etwa zu leisten imstande und auch gewillt ist. Es ist nicht möglich, das für alle in einem großen Gemeinwesen genau und zuverlässig festzustellen. Wir wollen jedoch annehmen, zugleich mit den Bedarfslisten seien auch genaue statistische Angaben über die Zahl und Leistungsfähigkeit der Arbeitskräfte aus den einzelnen Bezirken eingelaufen.

Da stehen wir aber schon wieder vor einer Schwierigkeit. Damit den Bezirken oder Gemeinden ihr Arbeitspensum zugeteilt werden könne, genügt nicht, daß die im Augenblick der Arbeitsverteilung vorhandenen Kräfte bekannt seien, sondern es muß auch feststehen, daß sie wenigstens für einen bestimmten Zeitraum, etwa für ein Jahr, an Ort und Stelle *bleiben*. Es fragt sich also: soll die heutige *Freizügigkeit* bestehen bleiben oder nicht? *Bebel*[1] neigte zur ersteren Annahme. Allein *wie kann bei einer beständig hin und her wogenden Bevölkerung von einer planmäßigen Organisation der Arbeit die Rede sein?* Wie kann eine Gemeinde das bestimmte Maß von Erzeugnissen liefern, wenn vielleicht schon in Bälde ein großer Teil ihrer Arbeitskräfte in andere Gemeinden übersiedelt? Will man also eine planmäßige Güterhervorbringung, so muß man die Bevölkerung wenigstens zeitweilig an einen bestimmten Wohnsitz binden und während dieser Zeit

[1] Die Frau 462 ff. Wir zitieren im folgenden immer die 50. (Jubiläums-) Ausgabe dieses Buches, die im Jahre 1910 erschienen ist und noch von Bebel selbst besorgt wurde.

Digitized by Google

die Auswanderung in eine andere Gemeinde nur in beschränktem Maße und mit obrigkeitlicher Ermächtigung zulassen.

Damit sind wir noch nicht am Ende der Schwierigkeit. Was wird geschehen, wenn der Zeitpunkt gekommen ist, wo die Übersiedelung aus einer Gegend in eine andere gestattet wird? Denn wir wollen annehmen, daß man nicht von Obrigkeits wegen jedem seinen Aufenthaltsort anweist, sondern daß man hierin jedem freie Wahl läßt. Das ist ein wesentliches Erfordernis wahrer Freiheit.

Was würde also geschehen, wenn im Zukunftsstaat volle Freizügigkeit bestände? Wir fürchten, die Wanderlust möchte eine epidemische Krankheit werden. Heute werden die allermeisten nicht vollständig Besitzlosen durch ihr eigenstes Interesse für längere Zeit und auch dauernd an einen bestimmten Wohnort gefesselt, und selbst der Besitzlose muß sich in der Wahl seines Aufenthaltsortes nach der Aussicht auf seinen Unterhalt richten. Diese Rücksichten fallen im Sozialismus weg. Jeder Genosse weiß, daß er überall im weiten Vaterlande, im Norden wie im Süden, im Osten wie im Westen, gleichmäßig zu Hause ist, daß er überall allen andern gleichberechtigt ist und Anspruch auf Anstellung und Unterhalt hat. Die Bauern in der Eifel oder auf der Rauhen Alb wissen, daß sie ebensogut das Recht haben, am Rhein oder am Neckar zu wohnen. Warum soll der eine jahraus jahrein auf der Lüneburger Heide oder auf dem Harz wohnen und arbeiten, während der andere an den reizenden Ufern des Rheins oder der Mosel sich aufhält? Warum soll der eine nicht ebensogut als der andere ein „Städter" werden können und dem Stadtkinde die Freuden des Landlebens in der Eifel verschaffen?

Wird man vielleicht die Rücksicht auf Kinder oder Kranke anführen, um uns begreiflich zu machen, wie trotz allem die Seßhaftigkeit im Sozialistenstaat bestehen könne? Allein die Sorge für Kinder und Kranke übernimmt überall der Staat, die kann also der Wanderlust kein Hemmnis bereiten. Oder wird man die Heimatsliebe der sozialistischen Genossen betonen? Wir sagen Heimatsliebe; denn die Vaterlandsliebe im weiteren Sinn, d. h. die Liebe zum öffentlichen Gemeinwesen, zu dem man gehört, kann der

Digitized by Google

Sozialist überall gleichmäßig befriedigen. Sein Vaterland ist nicht die Gemeinde oder ein bestimmter Ort, sondern der ganze Staat. Jeder Sozialist hat in jeder Gemeinde des großen Gemeinwesens dasselbe Recht; in der Geburtsgemeinde besitzt er nicht mehr Recht als in jeder andern. Warum soll er also sich dauernd zu seinem Geburtsort hingezogen fühlen? Die Grundlage der Liebe zur heimischen Erde ist das Eigentumsrecht. Bei einem besitzlosen Bettler ist die Liebe zum heimatlichen Boden nicht weit her, sie reicht nicht weiter als das Versorgungs- oder Unterstützungsrecht. Erst wenn eine Familie lange an demselben Orte gewohnt und gearbeitet hat, wenn sie dort ihre kleine Geschichte besitzt, wenn sich zahlreiche freundnachbarliche und verwandtschaftliche Beziehungen gebildet, entsteht die Liebe zur engeren Heimat, die Anhänglichkeit an die Scholle. Alles das setzt aber das Privateigentum, und zwar durchschnittlich das Grundeigentum, wenigstens den Besitz eines Hauses oder kleinen Anwesens, eines eigenen „Daches" voraus. Diese Grundlagen fehlen aber im Sozialismus, wo jeder Fußbreit Erde allen Staatsangehörigen gleichmäßig angehört. Es befremdet uns deshalb gar nicht, daß sozialistische Stimmen schon wiederholt die Vaterlandsliebe als „Vorurteil", ja geradezu als „Unsinn" bezeichnet haben[1].

[1] „Verflucht sei das sog. Vaterland!" heißt es beispielsweise in einem sozialistischen Manifest. Vgl. R. Meyer, Der Emanzipationskampf des vierten Standes II 116. Marx und Engels schrieben im Kommunistischen Manifest: „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben." Und wiederum: „Die moderne Unterjochung unter das Kapital hat ihm (dem Proletarier) den nationalen Charakter abgestreift." (Vgl. oben S. 108 f.) Lafargue nennt „Gerechtigkeit, Freiheit, Vaterland metaphysische und ethische Dirnen, die sich . . . hergeben für die akademischen Diskussionen" (s. Die Neue Zeit, 22. Jahrg. I 787 A. und 24. Jahrg. II 403). Le prolétaire ne peut avoir de patrie. Il ne peut être patriote, so sagt Griffuelhes (L'action Syndicaliste [1908] 42). — Doch hat sich auch hierin bei vielen Sozialisten ein Wandel vollzogen. Auf dem Parteitage der österreichischen Sozialdemokratie in Graz am 2. September 1900 wies v. Vollmar den der Sozialdemokratie gemachten Vorwurf der Vaterlandslosigkeit zurück. „In der Liebe zum eigenen Volkstum, zum Gemeinwesen, dem man angehört, kann uns keine Partei, keine Volksschicht

Digitized by Google

Vielleicht könnte man noch auf folgenden Ausweg verfallen, um die Freizügigkeit zu retten. Man könnte sagen: gut, lasse man jeden aus der Gemeinde oder dem Bezirke wegziehen, wann und wohin er will. Die Gemeinden sind nur verpflichtet, über die Zahl der während des Jahres vorhanden gewesenen Arbeitskräfte genau Buch zu führen und am Ende des Jahres einen dieser Zahl entsprechenden Ertrag zu liefern.

Allein mit diesem Ausweg kann die planmäßige Produktion nicht bestehen. Der Bedarf an Kohlen, Weizen, Roggen, Brot, Fleisch, Wein, Bier, Milch u. dgl. ist ein ganz bestimmter. Nicht alle Gemeinden können alle diese Produkte liefern, und diejenigen, welche sie zu liefern haben, müssen auch über die genügenden Arbeitskräfte verfügen. Es ist der Gesamtheit damit nicht geholfen, daß eine Gemeinde, die 100000 Tonnen Kohlen liefern sollte, am Ende des Jahres erklärt: ich hatte nur so viel Arbeiter zur Verfügung und konnte folglich nur 1000 Tonnen liefern. Die Produkte müssen mindestens den Bedarf decken. Bei voller Freizügigkeit könnte man aber im sozialistischen Staat die Bürgschaft nie haben, daß die erforderlichen Produkte auch wirklich geliefert würden.

Das führt uns auf eine andere Schwierigkeit. *Dürfen im Zukunftsstaat die „Genossen" beliebig in ein anderes Land, etwa aus Deutschland nach Frankreich, England, Nordamerika, auswandern oder nicht?* Das ist eine Lebensfrage für den Sozialismus. Ohne Zweifel werden die Sozialisten mit Ja antworten. Das schulden sie schon ihrem Gerede von der Freiheit, mit der sie die Menschheit beglücken wollen im Gegensatz zur heutigen „Sklaverei". Heute steht es doch jedem frei, sein Glück in einem andern Himmelsstrich zu versuchen. — In der Tat würde sich auch die Auswanderung gar nicht hindern lassen; wenigstens stünde es den Genossen frei, zu desertieren. Man kann doch nicht die Grenzen ringsum mit

übertreffen." Am 10. Dezember 1904 sagte Bebel, er verlange die allgemeine Volksbewaffnung, damit im Augenblick der Gefahr auch der letzte Mann die Möglichkeit habe, für die Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes einzutreten. Im Weltkriege hat sich die große Mehrheit der Sozialisten aller Länder auf die Seite ihres Vaterlandes gestellt.

Digitized by Google

Soldaten besetzen, und die Soldaten könnten schließlich auch die Lust an ihrem Handwerk verlieren.

Es steht also jedem frei, nach Belieben auszuwandern. Was wird nun geschehen? Wenn man nicht voraussetzt, daß in allen Kulturstaaten der Sozialismus gleichzeitig zur Herrschaft gelangt, so wird eine massenhafte Auswanderung nach jenen Staaten Platz greifen, in denen der Sozialismus nicht herrscht; und zwar werden vorzugsweise die jüngeren arbeitsfähigen Männer zum Wanderstab greifen. Daran wird der Sozialismus nichts ändern: Die Freiheit der Selbstbestimmung und die Aussicht, durch Fleiß und Geschick emporzukommen, hat für das menschliche Herz mehr Anziehungskraft als die Ehre, Mitglied „eines einzigen ungeheuern Staatsbetriebes" zu sein, in welchem prinzipiell keine Ungleichheit geduldet und jeder über das Durchschnittsmaß hinausragende Genosse mit Scheelsucht betrachtet wird.

Ist es nun wahrscheinlich, daß jemals in allen Kulturländern der Sozialismus gleichzeitig durchgeführt werde? Diese Hoffnung oder Befürchtung wird wohl niemand ernstlich hegen. Selbst wenn alle Nationen eines Sinnes wären, hätte der Sozialismus keine Aussicht auf gleichzeitigen Sieg bei allen Nationen; noch viel weniger also bei der herrschenden Abneigung und Eifersucht der Nationen untereinander. Die Sozialisten rühmen sich zwar ihrer Internationalität; das hinderte aber die französischen Sozialisten seinerzeit nicht, mit Gewalt die italienischen und belgischen Arbeiter aus Frankreich zu verdrängen, und die nordamerikanischen Sozialisten, sich der Einwanderung der Chinesen zu widersetzen, und in England und Deutschland würde bei vorhandener Gelegenheit Ähnliches geschehen.

§ 4. Verteilung der Arbeit. Berufswahl.

Fr. Engels, ein Hauptprophet des Sozialismus, nennt den Übergang aus der heutigen kapitalistischen Produktion in die „planmäßige, bewußte Organisation" der Zukunft den „Sprung der Menschheit aus dem Reiche der Notwendigkeit in das

Digitized by Google

Reich der Freiheit“[1]. Sehen wir einmal zu, wie es mit diesem „Sprung in das Reich der Freiheit“ beschaffen sei.

Der Gemeinde oder vielmehr ihren vom Volke gewählten Vorstehern liegt es ob, das von der Zentralbehörde bestimmte Arbeitspensum an die verschiedenen Arbeiter oder Arbeiterinnen zu verteilen. Sie haben festzusetzen, wer sich dem Landbau, der Industrie, dem Bergbau, der Verteilung der Produkte, dem Verkehrsdienst usw. zuwenden soll. Es ist gleichgültig, ob die Gemeindebehörde unmittelbar selbst die Stellung bezeichne, die jeder einzelne innerhalb eines Produktionszweiges einnehmen soll, oder ob sie die Verteilung den für diesen Produktionszweig bestimmten Genossen überlassen will. Immerhin hat sie zu bestimmen, wer sich den verschiedenen Produktionszweigen zuwenden soll[2]. Hierbei wird selbstverständlich wieder vorausgesetzt, daß die Produktionsvorstände über eine seßhafte Bevölkerung zu verfügen haben.

Nicht wenige sozialistische Schwärmer wollen die Wahl der Beschäftigung dem Belieben eines jeden anheimstellen. So früher Ch. Fourier und in neuerer Zeit Bebel[3], Stern[4], Köhler[5] und Kautsky[6]. „Jeder einzelne“, sagt Bebel, „entscheidet über den Arbeitszweig, in dem er beschäftigt sein möchte; die große Zahl der verschiedensten Arbeitsgebiete ermöglicht, den verschiedensten Wünschen Rechnung zu tragen.... Die einzelnen Arbeitszweige und Abteilungen wählen ihre Ordner, welche die Leitung zu übernehmen haben. Das

[1] Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft 43. Auch K. Kautsky (Karl Marx' ökonomische Lehren [Stuttgart 1890] 259) hat sich diese Phrase angeeignet.

[2] Wessen man sich zu versehen hätte, wenn einmal im Zukunftsstaat das „Volk“ das Regiment in Händen hätte, zeigt der Antrag vieler Genossen auf dem Breslauer Parteitag (1895), man solle das Halten von Ammen staatlich verbieten, da sterilisierte Kuhmilch ein vollständiger Ersatz von Ammenmilch sei! (Protokoll 17.)

[3] Die Frau 379. [4] Thesen über den Sozialismus 37 ff.

[5] Der sozialdemokratische Staat (Nürnberg 1891) 61. Atlantikus (Ein Blick in den Zukunftsstaat 96) will die Berufswahl „möglichst freistellen“. Was soll das heißen?

[6] Am Tage nach der sozialen Revolution 20.

Digitized by Google

sind keine Zuchtmeister wie die meisten heutigen Arbeitsinspektoren, Werkführer, sondern einfache Genossen, welche die ihnen übertragene verwaltende Funktion an Stelle einer produzierenden ausüben." [1] Je nach Wunsch kann die sozialistische Gesellschaft „die eine Jahreszeit mehr sich auf ländliche, die andere mehr sich auf industrielle Produktion werfen" [2]. Nicht nur in bezug auf gewerbliche, sondern auch auf wissenschaftliche und künstlerische Ausbildung ist jedem Gelegenheit zu passender Abwechslung gegeben [3].

Eine Gegenfrage. Wie ist eine „einheitliche, planmäßige Regelung der Arbeit" möglich, wenn jeder tun kann, was er will? Da kommen die Sozialisten und klagen über die „Produktionsanarchie" und wollen doch schließlich diese Anarchie zum Prinzip erheben!

Oder glauben sie im Ernst, es genüge, einen Produktionsplan zu entwerfen und bekannt zu machen, und dann würden ohne weiteres die nach Tausenden, ja Millionen zählenden Genossen sich aus eigenen Stücken nach Ort, Zeit und Beschäftigungsart so verteilen, wie es der Produktionsplan fordert? Das sind unmögliche Träumereien! Überläßt man die Wahl den einzelnen, so wird alles den leichteren, angenehmeren, ehrenvolleren Beschäftigungen zuströmen. Die Gewerbtätigkeiten sind nun einmal sehr ungleich, und auch der Sozialismus kann an dieser Ungleichheit nichts ändern. Die Tätigkeit eines „Ordners" oder Mitgliedes des Produktionsrates ist eine leichtere Sache als die eines Maschinenheizers oder Hauers in einem Bergwerk, oder eines Arbeiters in einer chemischen Fabrik in glühend heißer Temperatur oder in einer mit schädlichen Stoffen geschwängerten Luft, und jedenfalls angenehmer als die widerliche Arbeit der Straßen- und Kloakenreinigung. Die Sozialisten mögen noch so viel Druckerschwärze verbrauchen, die Tatsache werden sie nicht aus der Welt schaffen, daß viele Beschäftigungen lästig, beschwerlich und gefahrvoll sind und den Menschen Überwindung kosten. Wenn man die Wahl den einzelnen überläßt, so werden sich ohne Zweifel für derartige Arbeiten nicht ausreichende Kräfte finden [4].

[1] Die Frau 379. [2] Ebd. 463. [3] Ebd. 400.

[4] Marx, der sich mit seinen Zukunftsplänen nur selten aus dem Halbdunkel verschwommener Redensarten herauswagt, behauptet, in der „höheren

Digitized by Google

Um Ausflüchte ist Bebel nicht verlegen. Er meint, Straßenreinigen, Waschen und andere unangenehme Arbeiten könnten in der sozialistischen Gesellschaft durch rein mechanische Vorrichtungen besorgt werden, so daß sie aufhören würden, widerwärtig zu sein[1]. Allein wenn wir auch in dieser Beziehung die allergrößten Zugeständnisse machen wollten: zu glauben, alles Unangenehme werde sich durch Maschinen besorgen lassen, ist kindlich naiv. Es wird immer sehr viele unangenehme Arbeiten geben, die nur durch persönliche Leistung sich erledigen lassen. Außerdem müssen die Maschinen besorgt und geleitet werden. Oder glaubt Bebel wirklich, die Sozialisten würden es einst in der technischen Vollkommenheit so weit bringen, daß man die Maschinen bloß in die Schächte hineinzujagen braucht, um sie bald mit Kohlen beladen wiederkommen zu sehen? Die bisherige Erfahrung lehrt, daß mit dem Fortschritt des Wirtschaftslebens die widrigen Beschäftigungen eher zu- als abnehmen. Lassen sich heute einige unangenehme Arbeiten durch Maschinen besorgen, so sind dafür andere noch unangenehmere aufgekommen. Man denke nur an so viele chemische Fabriken, die zuweilen eine ganze Gegend verpesten.

Wer also nicht annehmen will, im Zukunftsstaat werde Selbstlosigkeit, Selbstverleugnung, Liebe zur Zurücksetzung und Beschwerde allgemein werden, der muß zugeben, daß schließlich obrigkeitliches Kommando oder der unabänderliche Beschluß der Volksmehrheit für

---

Phase" des Kommunismus werde die Gesellschaft auf die Fahne schreiben: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!" „Jeder nach seinen Fähigkeiten" soll wohl heißen, jeder werde seinen Fähigkeiten entsprechend der Gesamtheit dienen. Aber wer entscheidet über die Fähigkeiten eines jeden? Soll man das Urteil über seine Befähigung und die Wahl der Beschäftigung dem einzelnen überlassen? Dann wird die Anarchie herrschen. Soll darüber eine Kommission oder sonst jemand entscheiden? Dann haben wir die schlimmste Sklaverei. Aus diesem Entweder — Oder kommt der Sozialismus nicht heraus.

[1] Merkwürdig ist, daß Bebel zur selben Zeit, wo er uns das Verschwinden der unangenehmen Arbeiten verheißt, ausführlich schildert, mit welch gewissenhafter Sorgfalt man in der sozialistischen Gesellschaft alle Arten von Auswürfen verwerten werde! Er stellt uns in dieser Beziehung die Chinesen als Muster vor! (Die Frau[37] 398. In der Jubiläumsauflage hat er diese Stelle gestrichen.) Ähnlich wie Bebel äußert sich Stern, Thesen 38.

Digitized by Google

Besetzung der unangenehmen und niedrigen Stellen zu sorgen hat. Damit ist aber die Freiheit der Berufswahl beseitigt und der Unzufriedenheit und Klage eine reiche Quelle geöffnet. Wir dürfen nicht vergessen, daß „alle Klassenunterschiede abgeschafft werden", daß volle „Gleichberechtigung" und „Gleichheit der Existenzbedingungen" herrschen soll. Ist es mit dieser Gleichheit verträglich, daß man durch Mehrheitsbeschluß die einen zu niedrigeren und beschwerlicheren Arbeiten zwinge als die andern?

§ 5. Einige unmögliche Auswege.

Die Freiheit der Berufswahl ist ein so wesentlicher Bestandteil der menschlichen Freiheit, daß ohne sie das Leben zur Sklaverei wird. Begreiflich deshalb, daß die Sozialisten und ihre Gönner sich um Mittel umgesehen haben, ihr trotz aller planmäßigen Regelung der nationalen Arbeit ein Plätzchen im sozialistischen System zu verschaffen.

Schäffle glaubt, durch ein „Regulierungssystem" ließe sich die Freiheit der Berufswahl mit der öffentlichen Organisation der Arbeit vereinigen. Eigens zu diesem Zweck eingesetzte Berufsämter könnten durch Herabsetzung der Besoldung den übermäßigen Zudrang zu gewissen Berufen hemmen und durch entsprechende Gehaltserhöhung auf solche Berufszweige ablenken, bei denen Arbeitermangel herrscht. Ebenso sagt Kautsky: „Da man die Arbeiter ja nicht militärisch ohne ihre eigene Einwilligung den einzelnen Betrieben zuweisen wird, so kann es vorkommen, daß einigen Industriezweigen zu viel Arbeiter zuströmen, während bei andern Mangel an Arbeitern herrscht. Den nötigen Ausgleich kann man dadurch herbeiführen, daß man dort, wo sich zu viel Arbeiter melden, die Löhne herabsetzt, dagegen in jenen Industriezweigen, wo es an Arbeitern mangelt, den Lohn erhöht, bis man es erreicht, daß jeder Zweig so viel Arbeiter hat, als er braucht." [1] Denselben Vorschlag macht auch der Franzose

[1] Am Tage nach der sozialen Revolution 20. Mit diesem Ausspruch ist schwer zu vereinigen, was Kautsky zwei Seiten früher sagt: „In einer kommunistischen Gesellschaft wird die Arbeit planmäßig reguliert, werden die Arbeitskräfte den einzelnen Zweigen nach einem bestimmten Plane zugewiesen." Wie kann noch von freier Wahl die Rede sein, wenn jeder nach einem be-

Digitized by Google

Georges Renard. Die Arbeitsstunde soll nach ihm um so höher belohnt werden, je größer der Unterschied zwischen den in einem Produktionszweig notwendigen Arbeitsstunden und den vorhandenen Arbeitskräften ist. Durch diese Tarifskala, glaubt er, würden ohne Zwang die Arbeiter zu den Gewerben hingezogen, wo Arbeitermangel ist[1].

Der Vorschlag paßt jedoch nicht in das sozialistische System; denn er setzt voraus, „Berufsämter" könnten nach Gutdünken die Besoldung der Arbeit hinauf- oder herabsetzen, soweit dies der Organisation der Arbeit dient. Damit wäre aber die sozialistische „Werttheorie" über den Haufen gestoßen; denn der Wert der Produkte hinge nicht mehr von der nötigen Arbeitszeit ab, sondern von den äußeren Umständen: von der größeren Nachfrage oder dem größeren gesellschaftlichen Bedürfnis. Werden es sich sodann die Arbeiter gutmütig gefallen lassen, daß man ihnen plötzlich den Sold verringere, weil in einem andern Berufszweige Mangel an Arbeitskräften eingetreten ist? Dieses Auskunftsmittel hätte endlich zur Folge, daß die niedrigeren und unangenehmeren Beschäftigungen, bei denen meistens am wenigsten geistige Arbeit erforderlich ist, die bestbesoldeten wären und die Besoldung in dem Maße abnähme, als die Arbeit an Ansehnlichkeit und Geistigkeit zunimmt; denn naturgemäß wird der Zudrang zu den höheren und angenehmeren Arbeiten immer stärker bleiben. Ein solches Verfahren wäre nicht nur unbillig, sondern würde auch jeden Trieb nach höherer Bildung, nach Emporsteigen in der Gesellschaft im Keime ersticken.

Der Amerikaner E. Bellamy, der in einem Roman[2] den sozialistischen Zukunftsstaat auszumalen und als möglich hinzustellen

---

stimmten Plane einem Produktionszweige „zugewiesen" wird? Und wenn sich zu einem Gewerbezweig, z. B. zum Kaminfeger, zur Besorgung der Rieselfelder, niemand meldet?

[1] So in der Schrift Le régime socialiste[3] (1903). Über Renard vgl. M. Bourguin, Die sozialistischen Systeme und die wirtschaftliche Entwicklung 73 ff. Nur die seltenen Güter, die schwer oder überhaupt nicht reproduziert werden können, wie Kunstwerke, edle Weine, nimmt Renard von seiner Regel aus. Diese sollen an die Meistbietenden versteigert werden. Der Gewinn aus dem Verkauf fällt der Gesamtheit zu.

[2] Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf 1887; herausgegeben von G. v. Gizycki (Leipzig 1890, Reclam).

Digitized by Google

versucht hat, will der Schwierigkeit der richtigen Berufsverteilung durch eine Regulierung der Arbeitszeit begegnen. Ist die Zahl der Bewerber für einen Beruf zu groß, für einen andern zu gering, so wird die Arbeitszeit von der „Regierung" für den ersteren verlängert und für den letzteren verkürzt. „Tatsächlich reicht natürlich eine mäßige Herabsetzung der Arbeitszeit oder die Gewährung anderer Vorzüge hin, die nötigen Freiwilligen für irgendeine der Menschheit notwendige Verrichtung zu sichern." Sollten sich trotzdem keine Bewerber für sie finden, so braucht die Verwaltung nur zu erklären, sie sei „ein ‚besonderes Wagnis', und diejenigen, welche sie übernehmen, seien der Dankbarkeit der Nation besonders würdig, um von Freiwilligen überlaufen zu werden (!). Unsere jungen Leute sind sehr ehrgeizig und lassen sich eine solche Gelegenheit nicht leicht entgehen." Wird der Zudrang zu einem Gewerbe zu groß, so sollen diejenigen Bewerber ausgewählt werden, welche sich die meisten Kenntnisse darin erworben haben[1].

Diese Stelle ist charakteristisch für die Behandlungsweise Bellamys. Wie fast alle Sozialisten träumt er sich Menschen zusammen, die allen Leidenschaften und Armseligkeiten der heutigen Adamskinder entrückt sind und von Eifer und Hingebung für das Gemeinwohl brennen. Sind das etwa die wirklichen Menschen, die wir vor uns sehen?[2]

[1] Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf 1887 S. 55 ff.

[2] Wie es mit dem Gemeinsinn und Bruderſinn der heutigen Sozialdemokraten steht, zeigt die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie sattsam. Namentlich der Dresdener Parteitag (1903) warf unheimliche Schlaglichter auf die selbstsüchtigen und gehässigen Intrigen und Treibereien, die die Genossen im geheimen gegeneinander ins Werk setzten. Sie nannten sich öffentlich gegenseitig „Schufte", „Verräter", „Judasse", „Menschen, von denen beschimpft zu werden eine Ehre ist"; sie warfen sich „Gemeinheit" und „Niederträchtigkeit", „Lügen- und Verleumdungssystem" vor. Der Vorsitzende, Singer, sah sich genötigt, die Anwesenden zu ermahnen, sich nicht wie „Schulbuben" zu benehmen. Und welche Liebenswürdigkeiten haben sich der „Vorwärts" und Mehring gegenseitig an den Kopf geworfen. Nicht umsonst klagte die sozialdemokratische „Münchener Post": „Zu lange schon ist es die vornehmste Pflicht sozialdemokratischer Parteigenossen gewesen, sich von Parteigenossen beschimpfen zu lassen." Man denke auch an die gegenseitigen Beschimpfungen zwischen den „Unabhängigen" und den Mehrheitssozialisten. — Wenn die

Digitized by Google

Bellamy selbst widerlegt diese Ansicht, indem er in grellen Farben die gemeine, rücksichtslose Selbstsucht der heutigen Menschheit schildert. *Man muß mit den Menschen rechnen, wie sie nun einmal sind und bleiben werden*, und für diese ist das Regulierungssystem Bellamys unbrauchbar. Oder glaubt er wirklich, die in einem Berufe seit längerer Zeit Beschäftigten würden es sich ruhig gefallen lassen, daß man die Arbeitszeit immer mehr verlängere, weil sich zu viele Bewerber melden? Wird sich eine solche für verschiedene Gewerbe verschiedene Arbeitszeit zur Zufriedenheit aller von der Regierung festsetzen lassen? Der Zudrang zu den Gewerben ist nicht etwas Unveränderliches, sondern ändert sich je nach der wankelmütigen Neigung der Menschen oder nach Zeit und Umständen. Für ein ganzes Reich immer durch Bestimmung der Arbeitszeit die Zahl der Bewerber dem Bedürfnis entsprechend regulieren, ohne schwere Mißgriffe zu tun und Unzufriedenheit zu wecken, ist nicht möglich. Diese Maßregel hätte auch zur notwendigen Folge, daß man die Zahl der in den niedrigsten und beschwerlichsten Arbeiten Beschäftigten vervielfältigen müßte.

Nehmen wir die Sache konkret. Bergwerksarbeit ist viel lästiger, unangenehmer und gefährlicher als etwa die Beschäftigung eines Kunstgärtners, eines Aufsehers, Künstlers usw. Um genügende Bewerber zu finden, müßte man also die Arbeitszeit für die Bergleute

---

Genossen untereinander so verfahren, so darf es uns nicht wundern, daß sie den Gegnern noch viel mehr Liebenswürdigkeit erweisen. Die „Leipziger Volkszeitung" schrieb gelegentlich der Rückkehr des Grafen Posadowsky von Wien nach Berlin über die Mehrheit des Reichstages: „Die konservativen Wegelagerer, die Zentrumsgauner, die nationalliberalen Jesuiten und, als der oberste Philister, Eugen Richter, fielen wie eine Horde Krippenreiter über die ahnungslose Minderheit her, der Hauptmann der Bande, der parlamentarische Strolch v. Kardorff, machte den Regisseur, der Reichsgerichtsrat Spahn illustrierte die deutsche Klassenjustiz in Permanenz durch einen niederträchtigen Staatsstreich, und der beschäftigungslose Advokat und Streber Bassermann gab zum erstenmal in seinem Leben einen juristischen Kommentar. Es ist heute überflüssig, an die schamlosen Bubenstücke, an die infame Affenbosheit dieses parlamentarischen Gesindels zu erinnern, das damals wie eine Sauherde über Geschäftsordnung und Verfassung hereinbrach und niedertrampelte, was ihm im Wege war."

Digitized by Google

recht gering ansetzen. Was folgt daraus? Daß man auch die Zahl der Bergleute bedeutend vermehren muß, wenn man die nötigen Rohstoffe, z. B. Steinkohlen, zutage fördern will. Das von den Bergwerksarbeitern Gesagte gilt in gleicher Weise von allen niedrigen und unangenehmen Arbeiten, z. B. den Verrichtungen des Straßenreinigens, der Stallknechte, Steinklopfer, Kaminfeger u. dgl. Für alle diese niedrigsten Gewerbe müßte man die Zahl der Angestellten bedeutend vermehren, um den Ausfall an Arbeitszeit durch die Zahl der Arbeiter zu decken. So würden also die Arbeitskräfte den höheren Beschäftigungen entzogen, und die ganze Gesellschaft erhielte einen beständigen Druck nach unten. Je niedriger und unangenehmer ein Gewerbe wäre, um so mehr Arbeitskräfte würde es beschäftigen. Hierzu kommt noch, daß nach Bellamy alle den gleichen Anteil am Nationalprodukt haben sollen; ein Pferdeknecht z. B. erhält bei geringer Arbeitszeit gerade soviel als ein Künstler oder Gelehrter oder Arzt, der vielleicht doppelt so lang arbeiten muß![1]

Bebel glaubt einen andern Ausweg gefunden zu haben. Er hofft zwar zunächst das allermeiste von dem Gemeinsinn der Arbeiter, die sofort freiwillig in die etwa entstehenden Lücken eintreten werden, sobald die Ordner sie dahin „dirigieren". Reicht dieses Mittel nicht aus, so müssen alle der Reihe nach die unangenehmen Arbeiten übernehmen: „Da gibt es keine falsche Scham und keine widersinnige Verachtung nützlicher Arbeiten."[2] Ja noch mehr: er meint, die hohe Ausbildung in der Zukunftsgesellschaft werde es ermöglichen, daß schließlich jeder Arbeiter der Reihe nach alle Funktionen übernehmen könne. „Es ist also nicht ausgeschlossen, daß bei vorgeschrittenerer Organisation und bei höherer Durchbildung aller Glieder diese Funktionen einfachhin alternierende werden, die in gewissen Zwischenräumen noch einem bestimmten Turnus alle Beteiligten *ohne Unterschied des Geschlechts* übernehmen."[3] Bebel behauptet

[1] Nach dem „Vorwärts" (1897, Nr. 177) ist in den Vereinigten Staaten ein Versuch gemacht worden, den Bellamyschen Staat zu verwirklichen, er ist aber wie alle ähnlichen Experimente in kürzester Zeit gescheitert!

[2] Die Frau 408. [3] Ebd. 379.

Digitized by Google

dies zunächst nur von den Funktionen innerhalb eines Produktionszweiges. Allein später gibt er dieser Behauptung eine viel weitere Ausdehnung. In der sozialistischen Gesellschaft wird man dem Abwechslungsbedürfnis die größte Rechnung tragen können, weil jeder Gelegenheit hat, sich in allen Gewerben auszubilden. „Für größere Handfertigkeiten und kunstgewerbliche Übungen bleibt Zeit in Menge. Große, mit allem Komfort, technisch aufs vollendetste eingerichtete Lehrwerkstätten erleichtern Jungen und Alten die Erlernung jeder Tätigkeit. Chemische, physikalische Laboratorien, entsprechend allen Anforderungen an den Stand dieser Wissenschaften, werden vorhanden sein und nicht minder ausreichende Lehrkräfte. Jetzt erst wird man kennenlernen, welch eine Welt von Trieben und Fähigkeiten das kapitalistische Produktionssystem unterdrückte oder in falscher Weise zur Entwicklung kommen ließ.“ [1]

Diese Ausführungen sind ganz folgerichtig, aber sie zeigen auch das Unvernünftige des Sozialismus. Also für alle unangenehmen Beschäftigungen, für die sich nicht freiwillig Arbeiter melden, wird einfach der Reihe nach jeder Genosse sich hergeben müssen! Jeder muß, wenn die Reihe an ihn kommt, Straßenreiniger, Kaminfeger, Stallknecht usw. werden.

Denken wir uns die Herren Ebert, Scheidemann, Heine, Kautsky, David usw., „die ohne falsche Scham“ der Reihe nach den Besen schwingen, die Kloaken reinigen und alle sonstigen unangenehmen Beschäftigungen übernehmen müssen, für die sich keine freiwilligen Bewerber finden. Kann man in einem solchen Zwangssystem noch von Freiheit reden? Erinnert dasselbe nicht vielmehr stark an das Zuchthaus?

Wenn Bebel der Ansicht ist, in der zukünftigen Gesellschaft werde die Erziehung und technische Ausbildung jeden zu allen Funktionen und Gewerben befähigen, so verdient das keine ernstliche Widerlegung. Man vergegenwärtige sich nur, was das heißen will: jeder übernimmt der Reihe nach alle gesellschaftlichen Funktionen, z. B. in einer Fabrik: Direktor, Werkführer, Maschinenheizer, Buch-

[1] Die Frau 899.

Digitized by Google

führer, einfacher Arbeiter oder Handlanger; dann wendet er sich einem andern Gewerbe zu, wird Redakteur, Setzer, Telegraphist, Maler, Architekt, Schauspieler, Landwirt, Kunstgärtner, Astronom, Professor, Chemiker, Apotheker usw. Kann da etwas Gründliches herauskommen?

Wer das einfachste Handwerk gründlich lernen will, muß es von Jugend auf betreiben, ja zu seiner ausschließlichen Lebensaufgabe machen. Das lehrt die tagtägliche Erfahrung. Und nun wollen die Sozialisten aus allen alles machen! Jeder ist vollkommener Ingenieur, Architekt, Arzt, Chirurg, Physiker, Chemiker, Elektrotechniker, Bildhauer, Apotheker, Schauspieler, Maler, Mathematiker, Astronom, Kunstgärtner, Lehrer, Weinbauer usw. usw.! Verdienen solche Prahlhansereien ernstliche Beachtung?

So absurd die Annahme ist, es werde einst gelingen, die Arbeiter durch allseitige Entwicklung zu allen gesellschaftlichen Verrichtungen zu befähigen, so hat sie doch auch an Marx einen Vertreter gefunden. Er meint, „in einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft" werde „die knechtende Unterjochung der Individuen unter die Teilung der Arbeit und damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit" verschwinden[1]. Damit kann nicht gemeint sein, daß die körperlichen und geistigen Arbeiten in sich gleich würden, was doch gar zu widersinnig wäre. Der Sinn der Behauptung ist vielmehr, die kommunistische Entwicklung werde immer mehr jeden Arbeiter sowohl zu allen geistigen als körperlichen Verrichtungen befähigen und so den Unterschied zwischen Hand- und Kopfarbeitern beseitigen. Auch im „Kapital"[2] sucht Marx darzutun, daß die moderne Entwicklung immer mehr das „Teilindividuum" durch das „total entwickelte Individuum" zu ersetzen und dem Arbeiter „absolute Disponibilität", d. h. Verwendbarkeit zu allen Verrichtungen zu verleihen strebe.

Wenn Marx nur behaupten wollte, man könne einen Arbeiter zu sehr verschiedenen, rein mechanischen Verrichtungen befähigen, so

[1] Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms 567.
[2] I 458.

Digitized by Google

wollen wir das zugeben; aber behaupten, einst werde jeder auch in höheren, vorzugsweise geistigen Kenntnissen und Fertigkeiten ein „total entwickeltes Individuum" sein oder „absolute Disponibilität" haben — gehört in das Kapitel der Münchhausiaden. Marx beruft sich zwar auf die gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze und ist so vorsichtig, diese allseitige Ausbildung des Individuums erst für eine „höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft" in Aussicht zu stellen. Aber dieses In-die-Ferne-rücken hilft hier nichts. Man mag sich den Menschen noch so entwickelt denken, er ist und bleibt ein sehr beschränktes Wesen, und *je mehr sich der Kreis der menschlichen Fertigkeiten und Kenntnisse erweitert, um so weniger vermag ein einzelner sich in allem auszubilden.* Gerade darauf beruht das Gesetz, *daß die Arbeitsteilung um so größer wird, je mehr die Gesellschaft in der Kultur voranschreitet.* Es gab eine Zeit, wo einer in fast allen bekannten Wissenschaften wohl bewandert sein konnte; heute ist das eine Unmöglichkeit.

Jede Wissenschaft eröffnet mit dem Fortschritte neue Wissensgebiete und verzweigt sich immer mehr in Unterabteilungen. Dasselbe gilt von vielen Künsten, von der Medizin, der Chirurgie usw. In der Heilkunde ist es schon heute eine Unmöglichkeit, daß ein Arzt alle Zweige seines Berufes gleichmäßig beherrsche. Deshalb haben wir Spezialisten für Augen-, Ohren-, Hals-, Haut-, Nervenkrankheiten usw. Auch die Chirurgie verlangt eine so genaue Kenntnis der kleinsten Teile des menschlichen Organismus und so große Gewandtheit, Sicherheit und Erfahrung, daß schon heute die bedeutendsten Chirurgen sich auf Operationen an bestimmten Organen beschränken. Es ist deshalb schon heute ganz unmöglich, daß einer in allem auch nur Mittelmäßiges leiste. Diese Unmöglichkeit wird mit dem Kulturfortschritt immer größer. Wenn die Entwicklung bisher in dieser Richtung vor sich ging: wie sollen wir da erwarten, im sozialistischen Zukunftsstaat werde dieselbe die entgegengesetzte Richtung einschlagen? Also behaupten, man werde einst alle in allem ausbilden können, ist — man verzeihe den Ausdruck — eine sozialistische Windbeutelei.

Digitized by Google

Selbst Paulsen, der dem Sozialismus großes Wohlwollen entgegenbringt, wird diese Gleichmacherei im Zukunftsstaat doch gar zu arg. Er schreibt[1]:

„Also in Zukunft wird ein und derselbe Mann heute Briefe und Pakete austragen, morgen die Bureaugeschäfte eines Postamtes führen, übermorgen als Generalpostmeister — doch wozu Titel? —, also schlechtweg die Geschäfte übernehmen, die heutzutage der Leiter des Reichspostamtes in der Hand hat, Vorlagen für Weltpostkongresse vorbereiten usw., um endlich am vierten Tage zum Schalter zurückzukehren und am fünften wieder Briefe auszutragen, diesmal aber nicht in Berlin, sondern in Stallupönen; denn es ist doch billig, daß auch die Annehmlichkeiten der Hauptstadt jedem der Reihe nach zugute kommen. Und ebenso wäre es im Eisenbahnwesen, ebenso im Berg- und Hüttenwesen oder in einer Maschinenfabrik zu halten: einen Tag über oder unter der Erde Kohlen schippen, Eisen hämmern, Billets kupieren, den andern die Feder führen, Rechnungen machen, chemische Versuche anstellen, Zeichnungen zu Maschinen machen, allgemeine Anordnungen über Umfang und Art des Betriebs erlassen usw. Und nicht anders wäre es auf einem Schiffe zu halten: der Posten des Kapitäns käme der Reihe nach an alle, ebenso der des Steuermanns, des Maschinenmeisters, des Kochs usf. Und nicht minder gingen natürlich die staatlichen Funktionen in der Reihe um: jeder würde nach der Ordnung Gesetzgeber und Richter und Feldherr und Polizeihauptmann — doch ich vergesse, wo wir uns befinden: im Zukunftsstaat, wo es keine Kriege mehr geben wird und keine Diebe und keine Fälscher und keine Faulenzer und Landstreicher, wo also auch keine Richter und keine Soldaten mehr nötig sein werden und keine Gesetze und kein Staat überhaupt, im Lande Utopien, wo die Wölfe auf der Weide mit den Lämmern spielen und Gras fressen, wo der Ozean mit Limonade gefüllt ist und treue Walfische die Schiffe ziehen, wo Neid, Haß, Herrschsucht, Ehrgeiz, Trägheit, Torheit, Eitelkeit nicht mehr sein werden, wo es nur noch Weise und Gute gibt, im tausendjährigen Reich, für das ausführliche Ordnungen und Gesetze zu entwerfen denn in der Tat nicht eben notwendig scheint. Und so löst sich auch hier alles in Wohlgefallen auf. Oder verdient etwa der Gedanke, daß die ‚Ordner' der gemeinschaftlichen Tätigkeit durch Wahl, ‚wie es das Bedürfnis und die Stimmung der Wählenden mit sich bringt', ernannt und entlassen werden sollen, ernst

[1] System der Ethik II[5] 437.

Digitized by Google

genommen zu werden? Es mag ein jeder die Folgen sich selber ausmalen, die entstehen würden, wenn dieses Prinzip in der ganzen Gesellschaft durchgeführt würde: die Parteiungen, die Kämpfe, die Ränke, die Listen, die Beredsamkeit, welche in jedem kleinsten Kreis selbst dann entstehen würden, wenn es gar keine Verschiedenheit der materiellen Interessen und keinen bösen Willen gäbe, aus der bloßen Verschiedenheit der Ansichten über das Zweckmäßige, Nützliche und Mögliche."

§ 6. Widerlegung einer Einwendung.

Wenn man den Sozialisten vorwirft, daß sie schließlich die einzelnen kraft obrigkeitlichen Kommandos dorthin werden „dirigieren" müssen, wo das Gemeinwohl Arbeitskräfte erheischt, und dadurch die Berufsfreiheit aufheben, sind sie gleich mit dem Einwurf zur Hand, auch heute herrsche keine Freiheit in der Berufswahl; die meisten seien durch die Not gezwungen, den ersten besten Beruf zu ergreifen, der sich ihnen darbietet. „Die Sozialdemokratie", meint Kautsky, „kann die Abhängigkeit des Arbeiters von dem wirtschaftlichen Getriebe, in dem er ein Rädchen bildet, nicht beseitigen, aber an Stelle der Abhängigkeit des Arbeiters von einem Kapitalisten, dessen Interessen den seinen feindlich gegenüberstehen, setzt er seine Abhängigkeit von einer Gesellschaft, deren Mitglied er selbst ist, einer Gesellschaft gleichberechtigter Genossen, die gleiche Interessen haben." [1]

Wir verzeichnen mit Befriedigung das Zugeständnis, mit dem kommunistischen „Sprung der Menschheit aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit" sei es nichts. Aber wir sollen uns trösten. In der Zukunftsgesellschaft sind wir nicht mehr abhängig von einem Individuum, sondern von einer Gesamtheit, deren Teil wir sind. Als ob die Freiheit bloß in der Unabhängigkeit von einem Individuum bestände! Knechtschaft ist Knechtschaft! Ob mir mein Tun und Lassen von einem Individuum oder von einer Gesamtheit oder besser von einer Mehrheit vorgezeichnet wird, was macht das für einen Unterschied? Was soll das Bewußtsein über mich vermögen, ich sei das zwanzigste oder dreißigste Millionstel

[1] Das Erfurter Programm 169.

Digitized by Google

einer Gesamtheit, die mir befiehlt, heute Kaminfeger, morgen Stallknecht oder Briefträger zu sein?

Die Behauptung, auch heute sei der Arbeiter unfrei und von der Produktion abhängig, ist insofern richtig, als keine absolute Freiheit besteht. Aber zwischen absoluter Freiheit und allseitiger Gebundenheit ist ein weiter Weg. Daß die meisten gar nicht frei seien in der Berufswahl, ist unwahr. Die große Masse der Bevölkerung hat unstreitig einen großen Spielraum in der Berufswahl. Es gibt verhältnismäßig wenige, die nicht beim Verlassen der Volksschule eine ganze Reihe von Berufen vor sich offen sehen. Eine völlig unumschränkte Freiheit wird es nie geben und hat es nie gegeben. Sie liegt auch gar nicht im Interesse der Gesellschaft, zu deren Vorteil es eher gereicht, wenn die Berufsstände eine gewisse Dauer und Festigkeit besitzen und sich aus den eigenen Reihen fortwährend ergänzen. Eine Familie, in der ein Beruf schon seit Geschlechtern überliefert ist, hat durchschnittlich in sittlicher und technischer Beziehung große Vorzüge vor einer andern, die in demselben Berufe ein Neuling ist.

Daß es daneben heute auch manche Fälle gibt, wo infolge übergroßer Armut die Berufswahl nahezu illusorisch wird, gebe ich gerne zu. Aber im Vergleich zu dem, was im sozialistischen Zukunftsstaat geschähe, sind das seltene Ausnahmen. Außerdem läßt sich durch eine vernünftige Sozialreform, welche sich energisch der ärmeren Volksklassen annimmt, diesem Übelstande zum Teile abhelfen.

Endlich — und das ist der entscheidende Punkt — ist der Zwang in der heutigen Gesellschaft ein bloß moralischer, von der Willkür anderer unabhängiger, während er im Sozialismus die Gestalt eines obrigkeitlichen Kommandos annähme. Im sozialistischen Gemeinwesen müßte schließlich jedem von oben her — meinetwegen von einem gewählten Ausschuß von Sachverständigen — der Beruf anbefohlen oder aufgenötigt werden. Das läßt sich niemand gern gefallen und hätte auch notwendig zur Folge, daß alle Unzufriedenheit, alle Klagen über verfehlten, unpassenden, unbilligen Beruf sich gegen die jeweilige Regierung richten und sie für alle Mißgriffe verantwortlich machen, von ihr auch Abhilfe verlangen würden. Um

Digitized by Google

Millionen von Menschen zu allgemeiner Zufriedenheit von oben her einen Beruf zudekretieren zu können, dazu wäre eine mehr als salomonische Weisheit von seiten der Obrigkeit und vollkommene Selbstlosigkeit von seiten der Untergebenen erforderlich.

Heute dagegen ist es das allereigenste Interesse, das jeden nötigt, einen Beruf zu ergreifen und sich dafür auszubilden. Auf Grund dieses moralischen Zwanges vollzieht sich die Verteilung der Berufe ohne Befehl und Gesetz. Selbst die niedrigsten und abstoßendsten Beschäftigungen finden durchschnittlich genügende Bewerber, und nach getroffener Wahl gibt sich im allgemeinen jeder zufrieden, solange er in seinem Beruf ein genügendes und sicheres Auskommen findet. Die heute in den Arbeiterkreisen vielfach herrschende Unzufriedenheit gilt meist nicht dem Berufe selbst, sondern der ungenügenden Entlohnung, der übermäßigen Anstrengung. Man suche ihre Lage zu bessern, und die Zufriedenheit mit ihrem Berufe wird bald wiederkehren, soweit nicht doktrinäre sozialistische Verhetzungen sie verhindern. Allerdings, wenn man den Arbeitern beständig vorpredigt, daß alle Menschen die gleichen Rechte und die gleichen Existenzbedingungen haben sollen, dann wird es unmöglich, sie mit ihrem Stande auszusöhnen; aber gerade an diesem Gleichheitsfanatismus muß auch der Sozialismus zugrunde gehen, weil er etwas vollständig Unmögliches erstrebt.

§ 7. Unmöglichkeit der staatlichen Organisation aller Arbeiten.

Ein weiterer Fehler im sozialistischen System ist die stillschweigende Voraussetzung, alle gesellschaftlichen Dienste und Leistungen ließen sich als Teile einem öffentlich geregelten Arbeitssystem einfügen. Diese Voraussetzung ist irrig. Es wird immer eine große Zahl von persönlichen Dienstleistungen geben, die sich ihrer Natur nach nicht staatlich zentralisieren lassen, wenn man nicht ein förmliches Kasernenregiment einführen will, so z. B. alle Dienste, welche die unmittelbare Pflege des Leibes betreffen in bezug auf Kost, Kleidung, Reinlichkeit, Küchen- und Hausdienst, Wäsche, Ausbesserungsarbeiten u. dgl. Soll jeder seinen Rock zu einem „öffentlichen" Schneider bringen? Soll jeder sich bei staatlich angestellten Bar-

Digitized by Google

bieren und Friseuren zur Toilette melden? Sollen öffentliche Waschstuben und Bügelanstalten eingerichtet werden? Denn wir dürfen nicht vergessen, daß das Dienstbotenverhältnis, wie überhaupt das ganze Lohnsystem, vom Sozialismus grundsätzlich verurteilt wird. Und wenn nun gar in einer Familie die Frau krank oder sonst arbeitsunfähig geworden oder gestorben ist? Oder meinen die Sozialisten, alle persönlichen Dienstleistungen ließen sich im Zukunftsstaat durch Automaten besorgen?

Gegen diese Einwendung hat man schon auf die heutigen Gasthöfe und Wirtschaften hingewiesen, wo alle zu jeder Zeit nach Wunsch bedient werden und ihrem Herzen nichts zu versagen brauchen. Warum ließe sich nicht auch in der sozialistischen Gesellschaft durch öffentliche Küchen- und Speiseanstalten, durch öffentliche Wäschereien und Werkstätten in großem Stile für alle derartigen persönlichen Bedürfnisse sorgen? Allein um von den auflösenden Wirkungen zu schweigen, welche solche öffentliche Mahlzeiten und ähnliches auf das Familienleben ausüben würden: wäre das nicht eine wahre Knechtschaft, alle in bezug auf die Befriedigung ihrer persönlichen Bedürfnisse von öffentlichen Anstalten abhängig zu machen? Dann halten wir es auch für sehr unwahrscheinlich, daß derartige öffentliche Speise- und Waschanstalten zur allgemeinen Zufriedenheit ausfielen. Die heutigen Anstalten dieser Art beruhen auf einem ganz andern Prinzip. Es sind Privatunternehmungen, bei denen der Eigentümer oder Unternehmer das größte Interesse daran hat, seine Gäste anzulocken und nach Möglichkeit in jeder Weise zufriedenzustellen. Denn sind diese unzufrieden mit der Gattung und dem Preise des Gelieferten, so verliert er seine Kunden. Er hat eben Mitbewerber, die auch ihrerseits alles aufbieten, um Kunden anzulocken.

Die sozialistischen Speiseanstalten dagegen wären öffentliche Einrichtungen, die von Beamten besorgt würden, ihren Bedarf nur aus den öffentlichen Vorratskammern beziehen könnten und keine Mitbewerber zu fürchten hätten. Würden diese vom Gemeinwesen bestellten Köche, Kellermeister, Kellner, und wie sie alle heißen, so unermüdlich beflissen sein, ihre Gäste zufriedenzustellen, wie dies in den heutigen Privatanstalten der Fall ist? Das möchten wir sehr

Digitized by Google

bezweifeln. Der „Genosse" Koch oder Kellner steht seinen Gästen ebenbürtig gegenüber, und wenn sie mit seinen Leistungen nicht zufrieden sind, so hat er dabei gar nichts zu verlieren. Diese sozialistischen Anstalten würden, fürchten wir, noch weit, weit hinter unsern Militärküchen zurückbleiben. Und nun denke man sich gar, daß alle Angestellten der Reihe nach ihre Funktionen wechseln und keine ordentlich verstehen: derselbe, der heute Koch ist, soll morgen Kellner, übermorgen Wasserträger, einen Tag später „Waschfrau", dann Kellermeister sein, endlich wieder für einen Tag lang Koch werden, solange ihn überhaupt die eigene Lust oder die öffentliche Leitung in dieser Anstalt festhält. Doch genug der Tollheiten!

Dem Scharfsinn Schäffles ist die obige Schwierigkeit nicht entgangen. Indessen, meint er, die Sozialisten könnten derartige persönliche Dienstleistungen Privatunternehmern überlassen. Doch das wäre wieder eine Bresche in die Grundsätze des Sozialismus. Dieser will das Lohnverhältnis in jeder Form beseitigen. Wenn man aber persönliche Dienstleistungen Privatunternehmern überläßt, muß man z. B. das Dienstbotenverhältnis gestatten. Es würden ferner nicht wenige Kräfte der eigentlichen nationalen Produktion entzogen. Denn man könnte doch von denen, welche sich derartigen Privatunternehmungen widmeten, nicht verlangen, sich zugleich an der öffentlichen Produktion zu beteiligen. Auch die Gleichheit der Existenzbedingungen käme in Gefahr, wenn man einmal Privatunternehmungen zuläßt. Es könnte jemand durch Geschicklichkeit, günstige Umstände oder eine Erfindung sich ein reiches Einkommen verschaffen, während ein anderer Privatunternehmer gänzlich verarmte, wenn er nicht es vorzöge, wieder in die Reihen der öffentlichen Arbeiter einzutreten. An andern Stellen sagt übrigens Schäffle[1] selbst, Privatunternehmungen seien im Sozialismus ausgeschlossen, und diejenigen, welche nicht unmittelbar produktiv tätig wären, wie Künstler, würden öffentliche Besoldung erhalten. Man kann freilich zugeben, daß derartige Einkommen aus persönlichen Dienstleistungen nie den Umfang der heutigen Kapitaleinkommen erreichen würden, aber immerhin wäre der allgemeine Grundsatz, daß es nur öffentlich besoldete Arbeiter geben solle, durchbrochen.

[1] Quintessenz 8.

Digitized by Google

Dritter Artikel.

Ertragshöhe und Fortschritt im Sozialismus.

§ 1. Sozialistische Träume.

Die Wortführer der Sozialisten versprechen ihren Anhängern goldene Berge. Wenig Arbeit und viel Genuß, das ist die wahre Quintessenz des sozialistischen Evangeliums[1]. Das beweist z. B. Bebels Buch „Die Frau", welches man mit gerechtem Spott den „grünen Bädeker in das Land Utopien" genannt hat.

Wenn wir diesem Volkstribun glauben wollen, so wird die Arbeit im Sozialismus vermöge der Abwechslung und der vorzüglichen mechanischen Einrichtungen fast zur Erholung, „spielend" gehen die meisten Verrichtungen vor sich[2]. Dabei wird die Arbeit infolge der einheitlichen Regelung und der weisen Benutzung der Arbeitsmittel so produktiv sein, daß zwei bis drei Stunden täglicher Arbeit ausreichen, um allen Bedürfnissen vollkommen zu genügen[3]. „Befriedigung des persönlichen Egoismus und Förderung des Gemeinwohls stehen in Harmonie, sie decken sich."[4] „Einen Unterschied zwischen Faulen und Fleißigen, Intelligenten und Dummen gibt es nicht."[5] Die ganze moralische Atmosphäre regt jeden an, „es dem

---

[1] Schon der sonst behutsamere Marx hat in dieser Richtung den Ton angegeben. Er läßt in der höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem sich das Individuum „allseitig" entwickelt hat, „alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen". Nach Kautsky (Das Erfurter Programm 163) bewirkt der Übergang von der kapitalistischen zur sozialistischen Produktion „unbedingt ein rasches Emporschnellen der jährlich erzeugten Produktionsmasse".

[2] Die Frau 463.

[3] In den ersten Auflagen hielt Bebel 1½—2 Stunden täglicher Arbeit für ausreichend, in den späteren Auflagen 2—3 Stunden. In der Jubiläumsauflage fügt er hinzu, wenn 2—3 Stunden nicht genügen, werde die Gesamtheit mehr Stunden festsetzen, „denn ihr Wille ist ihr Himmelreich" (Die Frau 403). Aber ist denn etwa für den einzelnen der Wille der Gesamtheit sein Himmelreich? Man sieht übrigens, daß Bebel mit dem Alter in seinen Versprechungen geiziger wurde. — Wie Bebel, so hält auch Hertzka (Gesetze der sozialen Entwicklung [1886] 60) 1½—2 Stunden für genügend; Krapotkin (La conquête du pain [Paris 1892] 274) glaubt mit 5 Stunden Arbeitszeit in der Zukunftsgesellschaft auszukommen.

[4] Die Frau 382. [5] Ebd. 405.

Digitized by Google

andern zuvorzutun“ [1]. Eine ungeahnte „Welt von Trieben und Fähigkeiten“, welche das kapitalistische Produktionssystem unterdrückte, wird entstehen [2]. Man kennt „weder politische Verbrechen und Vergehen mehr, noch gemeine“ [3]. Die Kasernen und sonstigen Militärbauten, Justiz- und Verwaltungspaläste, Gefängnisse harren einer besseren Bestimmung [4]. Die Nationen werden sich nicht mehr als Feinde behandeln, sondern sich „verbrüdern“. Die Zeit des „ewigen Friedens“ ist gekommen. Die letzten Waffen werden in die Antiquitätensammlungen wandern. Im Frieden werden dann die Völker von Kultur zu Kultur emporsteigen.

Ganz besonders wird der Ackerbau das ganze Land durch Kanalisierung, Austrocknung der Sümpfe und Moräste und die trefflichsten Verkehrsmittel in einen großen Garten verwandeln und das Volk aus den Städten auf das Land locken. Wie in den Städten, so wird man auf dem Lande Museen, Theater, Konzertsäle, Spiel- und Speisesäle, Lesezimmer, Bibliotheken, Geschäftslokale, Bildungsanstalten [5], Parks und Promenaden, öffentliche Bäder, Laboratorien, Spitäler usw. besitzen.

Im Sozialismus wird auch für eine harmonische Ausbildung des Menschen gesorgt werden. Es wird „Gelehrte und Künstler jeder Art in ungezählter Menge“ [6] geben. Tausende glänzender Talente kommen zur Entfaltung: Musiker, Schauspieler, Künstler und Gelehrte, nicht von Profession — denn alle müssen ja an der Produktionsarbeit teilnehmen —, aber aus Begeisterung, durch Talent und Genie. „Es wird eine Ära für Künste und Wissenschaften entstehen, wie sie die Welt nie gesehen hat, und dementsprechend werden die Schöpfungen sein, die sie erzeugt.“ [7]

---

[1] Die Frau 406. [2] Ebd. 399.

[3] Ebd. 444. Diese absurde Prahlerei ist selbst manchen Sozialisten zu bunt. In den „Sozialistischen Monatsheften“ (1906 I 489) behauptet Edm. Fischer, es werde Verbrecher geben, solange es Menschen gibt, „behaftet mit guten und schlechten Eigenschaften, Liebe, Haß, Eifersucht und Neid, Ehrgeiz und Egoismus“, und deshalb werde man sich auch in der Zukunftsgesellschaft durch ein Strafrecht gegen Verbrecher schützen müssen. Ob dieser „Ketzerei“ wurde Fischer von der „Leipziger Volkszeitung“ (1906, Nr. 173) verzopfter, spießbürgerlicher Ideen, der verbohrtesten Philisterweisheit, hoffnungsloser Konfusion beschuldigt. — Angesichts der Tatsache, daß nach dem Kriege so viele Mörder, Banditen und Räuber aus den sozialistischen Reihen hervorgegangen sind, sollten doch endlich die Sozialisten etwas bescheidener auftreten.

[4] Die Frau 443. [5] Ebd. 440. [6] Ebd. 401. [7] Ebd. 459.

Digitized by Google

Jedem ist auch Gelegenheit gegeben, seinen Veränderungstrieb zu befriedigen[1]. Er kann seine „Ferienreise" machen, er kann fremde Länder und Erdteile besuchen, Expeditionen und Kolonisationen aller Art, die es in Menge geben wird, sich anschließen, wenn er Entsprechendes der Gesellschaft leistet[2]. „Infolge der sorglosen Existenz werden die meisten das höchste Durchschnittsalter erreichen können."[3] Kurz: Herz, was willst du mehr? „Jetzt erst wird die Menschheit zu ihrer höchsten Entfaltung gelangen. Das ‚goldene Zeitalter', von dem die Menschen seit Jahrtausenden träumten und nach dem sie sich sehnten, wird endlich kommen."[4]

Auch Kautsky hat einen kühnen Ritt in das gelobte Land des Zukunftsstaates unternommen und entwirft den Arbeitern ein herrliches Bild dieses Landes, das von Milch und Honig fließt. Der Sozialismus „wird den Menschen Sicherheit, Ruhe und Muße bringen, er wird ihren Sinn über die Alltäglichkeit erheben ..., er wird die Persönlichkeit unabhängig machen. ... Er wird gleichzeitig einen Ausgleich zwischen Stadt und Land schaffen, den Menschen alle Schätze einer reichen Kultur zugänglich machen und ihnen die Natur zurückgeben, aus der sie Kraft und Lebensfreude schöpfen." Er rottet aus „das Elend und die Verkommenheit der einen" und „die Übersättigung der andern". Er „beseitigt Not und Übersättigung und Unnatur und macht die Menschen lebensfroh, schönheitsfreudig und genußfähig. Und dabei bringt er die Freiheit wissenschaftlichen und künstlerischen Schaffens für alle." Ein „Übermensch" wird erstehen, der die höchsten bisherigen Typen überragt, und zwar „nicht als Ausnahme, sondern als Regel, ein Übermensch gegenüber seinen Vorfahren, aber nicht gegenüber seinen Genossen, ein erhabener Mensch, der seine Befriedigung darin sucht, ... groß zu sein unter Großen, glücklich mit den Glücklichen ..., der sein Gefühl der Kraft daraus schöpft ..., daß ihm die Vereinigung mit den Gleichstrebenden den Mut gibt, sich

[1] Die Frau 463.

[2] S. 335 (18. Aufl.). In den letzten Auflagen hat Bebel die „Ferienreise" gestrichen. Ähnlich wie Bebel weidet auch J. Stern (Thesen über den Sozialismus 25 34) seine Phantasie am sozialistischen Zukunftsparadiese. Dieses Vergnügen ist bei lebhafter Einbildungskraft billig zu haben.

[3] Bebel, Die Frau 464.

[4] Ebd. 482. In der 18. Auflage hieß es (S. 349), das goldene Zeitalter ist dann gekommen. In den neuen Auflagen wird dasselbe wieder in die Zukunft gerückt.

Digitized by Google

an die Bezwingung der höchsten Probleme zu wagen. So dürfen wir erwarten, daß ein Reich der Kraft und der Schönheit erstehen wird, das würdig ist der Ideale unserer tiefsten und edelsten Denker."[1]

Die vom Parteivorstand herausgegebene Flugschrift „Was ist, was will der Sozialismus?" (1919) schließt mit den prahlerischen Worten: „So bedeutet der Sozialismus Emporentwicklung eines Volkes zu höchster Schaffenskraft, höchstem materiellen Glück, höchster Intelligenz und höchstem Wissen."

§ 2. Arbeitsamkeit und Wirtschaftlichkeit im Sozialismus.

Schade, daß vom Traum zur Wirklichkeit keine Brücke führt! Es ist kein Zweifel, daß in einem stark bevölkerten und zivilisierten Lande die Erde nur um den Preis harter, angestrengter Arbeit und großer Sparsamkeit im Verbrauch der Arbeitsmittel ihre Bewohner ernährt. Am Antrieb hierzu fehlt es, wie der Augenschein lehrt, in der heutigen Gesellschaftsordnung nicht. Das eigene Interesse, die Notwendigkeit der Selbsterhaltung und des Emporkommens zwingen die allermeisten zu rastlosem, energischem Schaffen. Am Rennen und Jagen nach Erwerb haben wir deshalb eher Überfluß als Mangel; ebensowenig gebricht es an sparsamer Verwertung der Arbeitsmittel: der Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Fabriken, Verkehrsmittel usf. Davon hängt eben in den meisten Fällen der Erfolg einer Unternehmung ab. Die Losung der Privatunternehmer ist, mit möglichst wenig Aufwand von Arbeit, Stoff und Zeit möglichst viel, wohlfeil und gut zu produzieren. Es werden freilich immer dazwischen Pfuscher und Schwindler ihr Unwesen treiben, aber auf die Dauer können sie sich doch nicht halten. Der Schwindel wird in 99 von 100 Fällen ans Tageslicht kommen, und wenn er zuweilen glückt, so geschieht dies meist nicht ohne Mitschuld der leichtgläubigen und gierigen Käufer und meistens auch der Gesetzgebung und Regierung, welche zur Verhinderung der Schwindelunternehmungen nicht das Ihrige tun.

[1] Am Tage nach der sozialen Revolution 48.

Digitized by Google

Wie stände es nun mit dieser ausdauernden Arbeitsamkeit und mit der sparsamen Verwendung der Produktionsmittel im sozialistischen Staat?

Marx versichert: „In einer höheren Phase der kommunistischen Entwicklung" werde „die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis" sein[1], das heißt: ihr werdet sein wie die Götter.

Bebel sucht seinen Meister mit großen Verheißungen noch zu überbieten. „Die auf voller Freiheit und Gleichheit organisierte Arbeit, bei der einer für alle, alle für einen stehen, also die volle Solidarität herrscht, wird eine Schaffenslust und einen Wetteifer erzeugen, wie sie in dem heutigen Wirtschaftssystem nirgends zu finden sind. . . . Dieser schaffensfreudige Geist wirkt aber auch auf die Produktivität der Arbeit ein. . . . Ferner haben alle das Interesse, da sie gegenseitig füreinander arbeiten, daß alle Gegenstände möglichst gut und vollkommen und mit möglichst geringem Aufwand von Kraft und Arbeitszeit hergestellt werden, sei es um Arbeitszeit zu sparen oder um Zeit für Erzeugung neuer Produkte zur Befriedigung höherer Ansprüche zu gewinnen."[2]

Doch das sind leere Worte. Was für ein Interesse hat denn im Sozialismus der Arbeiter daran, sich Tag für Tag redlich abzumühen und haushälterisch mit den Arbeitsmitteln umzugehen? Die Frucht seines Fleißes kommt ja ihm nur zum allergeringsten Teil zugute. Wenn wir uns eine Million „Genossen" in einem sozialistischen Gemeinwesen denken, so erhält jeder nur ein Millionstel von dem Ertrag seiner Arbeit. Und wenn er träge ist, was liegt ihm daran, es geht ihm bloß ein Millionstel von dem verloren, was er durch seinen Fleiß herstellen würde.

Die Zeit, die seit Ausbruch der Revolution verflossen, hat die Arbeitslust und den Gemeinsinn der sozialistischen Arbeiter grell beleuchtet. Überall wurde gestreikt, die Lohnforderungen wurden immer größer und die Leistungen immer geringer. Putsche, Raub und Mord waren an der Tagesordnung. Die Sozialdemokraten können nicht einwenden, an diesen Erscheinungen seien nicht sie, sondern die

[1] Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms 567.

[2] Die Frau 380.

Digitized by Google

Unabhängigen und Spartakiden schuld, denn diese sind zumeist aus ihren Reihen hervorgegangen.

Andere Sozialisten setzen große Hoffnung auf die Erziehung. Der sozialistischen Erziehung werde es gelingen, den Kindern von den frühesten Jahren an die Arbeit zum Bedürfnis und zur Lust zu machen.

Diesen Gedanken entwickelte u. a. Heinrich Schulz (Bremen) in einer Berliner Versammlung[1]. Das proletarische Erziehungsideal sei: einer für alle — alle für einen. Dieses Prinzip setze die sozialistischen Wirtschaftsformen voraus, die verbunden sein würden mit der Umwertung des Begriffes der Arbeit. Alle Arbeit, ob geistig, ob körperlich, wenn sie nur notwendig sei zur Erhaltung und Förderung der menschlichen Gesellschaft, müsse gleich gewertet werden. Und aus einer Quelle der Mühe könne die Arbeit zu einer kristallklaren Quelle der Freude und des Lebensgenusses gemacht werden. Der beste Erzieher des Kindes sei die Arbeit, seine Arbeit: das Spiel. Es komme darauf an, den Spieltrieb des Kindes zu benutzen und es langsam in die Arbeit und in die verschiedenen Arbeitszweige einzuführen, spielend gleichsam, ohne aufdringlich zu sein. Je mehr sich sein Geist erschließe, um so höher sei er zu führen, alle Anregungen seien geschickt zu benutzen.

Es ist gewiß nicht zu leugnen, daß man die Kinder von früh an zur Arbeitsamkeit erziehen kann und soll. Aber zu glauben, es werde jemals gelingen, den Menschen die schweren und lästigen Arbeiten in der Fabrik, im Bergwerk, in der Werkstatt zur Lust, zum Lebensgenuß zu machen, so daß sie nur aus Lust solche Arbeiten tagtäglich für das ganze Leben übernehmen, ist doch ein gar zu kindlicher Optimismus. Hat man denn nicht schon bisher die Kinder zur Arbeitsliebe zu erziehen gesucht? Und mit welchem Erfolge?

Auch Kautsky hat die Frage untersucht, wie sich „die Heranziehung der Arbeiter zur Arbeit" im Zukunftsstaat bewerkstelligen lasse.

Er rechnet vor allem auf die Macht der Gewohnheit. „Das Kapital hat den modernen Arbeiter daran gewöhnt, tagaus tagein zu arbeiten, er hält es ohne Arbeit gar nicht mehr lange aus. Es gibt sogar Leute, die so sehr an die Arbeit gewöhnt sind, daß sie

[1] „Vorwärts" 1906, Nr. 23, 1. Beilage.

Digitized by Google

nicht wissen, was sie mit ihrer freien Zeit anfangen sollen, die sich unglücklich fühlen, wenn sie nicht arbeiten können." [1] „Aber selbstverständlich kann man sich auf diesen Antrieb allein nicht verlassen, er ist der schwächste." [2] Viel stärker ist „die Disziplin des Proletariats". Schon heute würden, meint Kautsky, die Arbeiter an der Produktion festgehalten, wenn das Interesse der Gewerkschaft es erheische. Er übersieht aber, daß es heute das allereigenste Interesse der Selbsterhaltung ist, welches den Arbeiter nötigt, im Kampf gegen die Arbeitgeber treu zur Gewerkschaft zu stehen. Unter der Disziplin haben wir nach Kautsky nicht die militärische Disziplin zu verstehen, sondern die demokratische, „die freiwillige Unterwerfung unter eine selbstgewählte Führung und unter den Beschluß der Majorität". Allerdings gebe es Betriebe, „die ohne bureaukratische Organisation nicht auskommen, wie die Eisenbahnen". Die Arbeiter können „Delegierte wählen, die eine Art Parlament bilden, welches die Arbeitsordnung feststellt und die Verwaltung des bureaukratischen Apparates überwacht" [3]. Also doch stramme Unterordnung!

Gewohnheit und Disziplin genügen noch nicht als Antrieb zur Arbeit. Das proletarische Regime „wird trachten müssen, die Arbeit, die heute eine Last ist, zu einer Lust zu machen, so daß es ein Vergnügen wird, zu arbeiten". „Allerdings ist das nicht eine so einfache Sache", doch kann es vielleicht erreicht werden durch Verkürzung der Arbeitszeit und durch das Streben, die Arbeitsräume gesunder und freundlicher zu gestalten und dem Arbeitsprozeß möglichst seine abstoßenden Seiten zu nehmen. Wie das zu bewerkstelligen sei, wird leider nicht gesagt, doch gesteht Kautsky, daß es nicht sehr bald gelingen werde, „die Arbeit in Fabrik und Bergwerk zu einer anziehenden zu machen". Man müsse deshalb auch die Anziehungskraft des Lohnes zu Hilfe nehmen.

Auf diesen letzten Punkt werden wir noch zurückkommen, aber er zeigt, daß die Sozialisten selbst die Notwendigkeit einsehen, den Arbeiter schließlich und letztlich durch sein eigenes persönliches Interesse wirksam zur Arbeit anzutreiben. Mit bloßen Redensarten von Gemeingeist, Arbeitslust, Disziplin, Gewohnheit u. dgl. kommt man nicht weit.

---

[1] Die Streikwut seit Ausbruch der deutschen Revolution zeigt, was von solchen Äußerungen zu halten ist.

[2] Am Tage nach der sozialen Revolution 15. [3] Ebd. 16.

Digitized by Google

Nicht ohne Grund, meint G. Carring[1], der Wegfall des Eigeninteresses im Sozialismus müsse durch eine andere Triebfeder ersetzt werden. Aber durch welche? Er antwortet: „Das Ideal des Sozialismus, ein rein brüderliches Zusammenwirken, ist nur zu verwirklichen von Menschen mit tadellos arbeitenden Gewissen.“ Wer aber glaubt, bei den materialistisch-atheistischen Sozialisten der Zukunft werde das Gewissen in wesentlich tadelloserer Weise arbeiten, als dies heute bei den Durchschnittsproletariern der Fall ist, der ist ein unverbesserlicher Optimist. Die Zeit nach dem Kriege hat gezeigt, was vom Gewissen vieler Genossen zu erwarten ist.

Selbst Schäffle, der große Sympathien für den Sozialismus hegt, meint: „Es genügt bei einer Produktionsgemeinschaft von Millionen allein noch nicht, daß Produzent A weiß: mein ‚soziales Arbeitseinkommen‘ ist davon bedingt, daß auch die 999 999 andern ‚Kooperations‘-Genossen fleißig sind wie ich. Das erweckt noch nicht die nötige Kontrolle, erstickt wenigstens nicht den Trieb der Faulheit, der Unredlichkeit, hindert nicht die Unterschlagung von Arbeitszeit gegenüber dem Ganzen, vereitelt nicht schon eine verschmitzte oder faktiöse Durchsetzung unrichtiger Taxationen der Einzelleistungen. Der Sozialismus müßte jeden einzelnen mindestens so stark mit seinem Privatinteresse für die Gesamtleistung interessieren, als es bei der liberalen Produktionsweise geschieht, — er müßte jede Einzelabteilung für außerordentliche Kollektivleistung zu prämiieren, für wirtschaftliche Nachlässigkeit büßen zu lassen wissen; er müßte ebenfalls und noch besser besondern technischen Fortschritt materiell auszeichnen, individuelles Verdienst ums Ganze gerecht belohnen; auch er müßte die zahllosen Arbeitskräfte je an die Stelle ihrer produktivsten Verwendung nicht durch obrigkeitliches Kommando, sondern durch die Macht des Individualinteresses zu dirigieren verstehen.“[2]

An dieser Macht des Privatinteresses fehlt es im Sozialismus. Wollte man sich auf Auszeichnungen und Prämiierungen einlassen, die mächtig genug wären, um zu jahrelangem, rastlosem Schaffen anzutreiben, so würden bald große Ungleichheiten in den Existenzbedingungen eintreten und damit Neid, Eifersucht und Unzufriedenheit Platz greifen.

[1] Das Gewissen im Lichte der Geschichte sozialistischer und christlicher Weltanschauung (1901) 96.

[2] Quintessenz des Sozialismus 81.

Digitized by Google

Wir glauben deshalb, daß der Sozialismus, anstatt mit kurzer Arbeit Überfluß hervorzubringen, sehr bald gezwungen wäre, die heutige Arbeitszeit noch zu verlängern, um der Not zu steuern[1]. Nach den eingehenden Berechnungen Soetbeers und Böhmerts betrug in Preußen das Einkommen pro Kopf[2]:

im Jahre	1876	316 Mark
„ „	1888	329 „
„ „	1890	342 „
„ „	1893—1894	350 „
„ „	1897—1898	390 „

Böhmert[3] berechnet das Einkommen auf den Kopf der Bevölkerung in Sachsen für 1879 auf 327,41 Mark, für 1892 auf 441,91 Mark und für 1896 auf 470 Mark.

In Großbritannien und Irland betrug das Einkommen auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre 1886 690 (nach Soetbeer[4]) und im Jahre 1895 720 Mark (nach M. G. Mulhall).

Das ist also das Durchschnittseinkommen in unsern blühenden Kulturstaaten, in denen so rastlos und mit einem solchen Aufwand von Energie und Fleiß gearbeitet wird. Wenn heute die Anstrengung aller Kräfte in der Produktion ein so kleines Durchschnittseinkommen erzielt, so würde sicher im Sozialistenstaat dieses Einkommen erst recht bedenklich zusammenschmelzen. Und nun denke man sich gar eine ganz kurze tägliche Arbeitszeit!

Die Arbeitszeit soll für alle eine sehr geringe werden, so verheißen die Sozialisten ihren Anhängern. Nach Kautsky soll die

[1] Nach H. Pesch (Lehrbuch der Nationalökonomie II [1909] 389) kam in Preußen pro Kopf ein Einkommen im Jahre 1892 von 325 Mark, im Jahre 1896 324, im Jahre 1902 370 Mark. Nach dem Statistischen Jahrbuch für den preußischen Staat 1902, 315 betrug das gesamte Einkommen (steuerfrei und veranlagt) 19,48 Milliarden bei einer Bevölkerung von ca. 41 Millionen; das gibt pro Kopf der Bevölkerung ein Einkommen von etwa 475 Mark.

[2] Handwörterbuch der Staatswissenschaften[2], Artikel „Einkommen"; Böhmert, Die Verteilung des Einkommens in Preußen und Sachsen.

[3] Die Verteilung des Einkommens in Preußen und Sachsen.

[4] Handwörterbuch der Staatswissenschaften[2], Artikel „Einkommen".

Digitized by Google

tägliche Arbeitszeit in der Zukunftsgesellschaft sofort auf die Hälfte (fünf Stunden) reduziert werden, nach Bebel soll sie bloß zwei bis drei Stunden betragen. Sie dürfen auch mit dergleichen Verheißungen nicht sparsam sein. Wenn die Arbeiterwelt im Sozialistenstaat ebensoviel arbeiten muß wie heute, was nützt ihr dann die ganze Emanzipationsbewegung mit ihren großsprecherischen Verheißungen? Wie üppig die Unsittlichkeit emporwuchern müßte, wenn jeder Mensch nur zwei bis drei Stunden täglich zu arbeiten brauchte und sich die übrige Zeit dem Müßiggang, diesem Anfang aller Laster, ergeben könnte, mag sich jeder selbst denken.

Setzen wir also den Fall, die Arbeitszeit werde um die Hälfte verkürzt, mithin die Arbeitszeit der Bergleute und Fabrikarbeiter auf vier Stunden täglich angesetzt, die der Post- und Eisenbahnangestellten auf fünf Stunden täglich usw. Was ist nun die Folge? Daß fortan die Zahl der Arbeiter und Angestellten in allen Betrieben, wenn nicht verdoppelt, doch sicher bedeutend vermehrt werden muß, wofern dasselbe Quantum Arbeit geleistet werden soll.

Die mittlere Belegschaft im Bergbau des Deutschen Reiches betrug im Jahre 1911: 821381; die Gesamtmenge der Förderung 277741100 Tonnen. In Zukunft wird der Bedarf an Bergwerkserzeugnissen gewiß nicht geringer, sondern eher größer werden. Will man also die Arbeitszeit auf die Hälfte, mithin von acht auf vier Stunden reduzieren, so muß man, um dieselbe Menge zu produzieren, die Zahl der Bergleute fast verdoppeln. Anstatt 821381 wird man also mindestens anderthalb Millionen Bergarbeiter benötigen. Ich sage mindestens. Man könnte zwar einwenden, bei kürzerer Arbeitszeit werden die Arbeiter mehr leisten. Aber wenn wir auch in dieser Beziehung die größten Zugeständnisse machen wollten, nie wird der Arbeiter in vier Stunden so viel leisten als in acht. Außerdem kann diese Einwendung nur bei direkt produktiven Arbeiten in Bergwerken, Fabriken usw. gemacht werden, aber nicht bei andern, z. B. bei den Eisenbahn- und Postbeamten u. dgl., bei denen immer die volle Zahl Arbeiter zur Stelle sein muß, unabhängig von ihrer größeren oder geringeren Leistungsfähigkeit. Im

Digitized by Google

Jahre 1911 waren an den vollspurigen Eisenbahnen des Deutschen Reiches 713 187 Personen angestellt. Will man die Arbeitszeit auf die Hälfte verkürzen und doch den Betrieb im heutigen Umfang aufrechterhalten, so wird man statt der 713 187 Personen mindestens 1 400 000 anstellen und besolden müssen. Ähnliches gilt von der Post, der Dampfschiffahrt, den Straßenbahnen, den Hütten und Fabriken, den Bauern und Feldarbeitern, den Maurern, Schriftsetzern, den Verwaltungsbehörden, dem im Unterricht beschäftigten Personal usw. Im Jahre 1911 waren 187 485 Lehrer und Lehrerinnen an den Volksschulen im Deutschen Reich angestellt. Es ist gewiß nur billig, daß man im Zukunftsstaat auch ihnen die Arbeitszeit verkürzt. Folglich wird man, wenn man nicht die Lernzeit der Schüler auch um die Hälfte verkürzen will, über 330 000 Lehrer anstellen und besolden müssen. Wo wird der Sozialismus alle die nötigen Arbeitskräfte auftreiben? Wird man überhaupt nur so viel Arbeitskräfte haben, als zur Erzielung der notwendigsten Unterhaltsmittel erforderlich sind?[1]

Freilich rühmen sich die Sozialisten, daß die heutigen Müßiggänger alle im Zukunftsstaat an der Produktion teilnehmen müssen. Damit ist aber nur zugestanden, daß die Freiheit der Berufswahl im Sozialismus unmöglich ist, nicht aber bewiesen, daß das Arbeitspensum des einzelnen sich vermindert.

Übrigens ist die Zahl der Müßiggänger keineswegs so groß, als uns die Sozialisten glauben machen wollen. Die sozialistischen Agitatoren

---

[1] Atlantikus (Ein Blick in den Zukunftsstaat) stellt eingehende Berechnungen darüber an, wieviel Arbeitskräfte in der Zukunftsgesellschaft erspart werden könnten, wenn man die neuesten technischen Erfindungen in den Dienst der Gesamtheit stellte und die Produktion und Verteilung der Produkte planmäßig leitete. Ja, wenn sich die Menschen diese planmäßige Regelung gefallen ließen und mit demselben Fleiß arbeiteten und ebenso sparsam mit den Arbeitsmitteln und Produkten im Dienste der Gesamtheit umgingen, wie dies heute im Dienste des Privatinteresses der Fall ist. Es ist eben verkehrt, bei der Schilderung des Produktionsprozesses von den Menschen, wie sie nun einmal sind und bleiben werden, zu abstrahieren. Und werden nicht schon heute in den meisten Betrieben die besten technischen Mittel angewandt und alles planmäßig geregelt! Wie könnte man also die Arbeitszeit bedeutend kürzen und doch Arbeitskräfte sparen!

Digitized by Google

widersprechen sich in diesem Punkte. Wo sie von der Verteilung des Eigentums reden, schrumpft unter ihrer Feder die Zahl der Besitzenden auf das allergeringste Maß zusammen („die oberen Zehntausend"). Da nun die Müßiggänger doch nur unter den Besitzenden zu suchen sind, so kann nach dieser Schilderung die Zahl der Nichtstuer nur sehr gering sein. Wie stimmt es nun damit, daß dieselben Agitatoren an andern Stellen die Zahl der heutigen Müßiggänger ins Ungeheure anwachsen lassen?

Es ließe sich zugunsten der Sozialisten einwenden, daß nach ihnen viele heutige Berufe überflüssig werden, so z. B. die Zwischenhändler, die Bankiers usw. Aber manche von den Arbeiten dieser Berufe werden auch im Sozialismus besorgt werden müssen. Außerdem schafft der Sozialismus zahlreiche Berufe, die heute nicht vorhanden sind. Man denke nur an das über die Bedarfsbestimmung, die Organisation der Arbeit Gesagte. Eine große Zahl Beamter erheischte auch die Ausfertigung der Arbeitsscheine, der Transport und die Verteilung der Arbeitsprodukte. Überhaupt ist es bald gesagt: alles soll „planmäßig" geordnet werden, aber eine solche Organisation verlangt eine viel größere Zahl von Kräften, als man glaubt, namentlich wenn die angestellten Beamten nur eine kurze Zeit arbeiten sollen.

Nicht wenige Sozialisten setzen große Hoffnungen auf die gegenseitige Überwachung und Kontrolle. Aber diese Überwachung ist in vielen Fällen unmöglich, namentlich wenn mehrere in der Trägheit gemeinschaftliche Sache machen. Wo sie aber wirksam wäre, wie etwa in geschlossenen Werkstätten, würde sie zu einem förmlichen System kleinlicher Auskundschaftung führen. Klassische Illustrationen zu dieser Behauptung liefern die nach dem Vorschlag L. Blancs im Jahre 1848 mit Staatsunterstützung gegründeten Nationalwerkstätten. So hatte man in einer Schneiderwerkstätte anstatt der Stückarbeit Tagesarbeit eingeführt, weil man hoffte, die gegenseitige Überwachung würde den Eifer der Genossen rege erhalten. Bald aber artete diese gegenseitige Überwachung in eine solche eifersüchtige und kleinliche Auskundschaftung aus und hatte so viele bittere gegenseitige Vorwürfe und Streitigkeiten zur Folge, daß man wieder zur Stückarbeit zurückkehren mußte, um Eintracht und Frieden herzustellen[1].

[1] Leroy-Beaulieu, Le collectivisme 354.

Digitized by Google

Ein neues Mittel, um „die Produktion rasch zu steigern", glaubt Kautsky gefunden zu haben.

Man kann „mit einem Schlag die Produktivität der Arbeit erhöhen" dadurch, „daß man die Gesamtproduktion auf die vollkommensten Betriebe konzentriert und alle übrigen weniger auf der Höhe stehenden ganz außer Tätigkeit setzt"[1]. So machen es die amerikanischen Trusts schon heute, und so muß es das proletarische Regime machen. Dieses wird „die Zahl der Arbeiter in den besten Betrieben aufs äußerste vermehren, und es kann die Produktion dadurch steigern, daß es in einem Betrieb mehrere Schichten von Arbeitern nacheinander arbeiten läßt"[2]. Kautsky erläutert das an dem Beispiel der deutschen Textilindustrie. Sie umfaßte vor dem Krieg rund eine Million Arbeiter; davon war die größere Hälfte in Betrieben mit mehr als 50 Arbeitern beschäftigt. Da nun „durchschnittlich" die Betriebe mit weniger als 50 Arbeitern die unvollkommensten sind, so werden sie „geschlossen und ihre Arbeiter in die Betriebe versetzt, von denen jeder mehr als 50 Arbeiter beschäftigt. Man könnte sie dann in zwei Schichten nacheinander arbeiten lassen. Beträgt heute ihre Arbeitszeit zehn bis elf Stunden, so könnte man sie für jede Schicht etwa auf acht Stunden reduzieren." Es würde aber von da an täglich um sechs Stunden länger gearbeitet und die Produktion des einzelnen trotz der Verkürzung seiner Arbeitszeit um zwei Stunden nicht vermindert. Angenommen nun, die Produktivität der großen Betriebe sei doppelt so groß als die der kleineren, so werden die Arbeiter nach Überführung in die großen Betriebe doppelt soviel produzieren. Produzieren heute die 500000 Arbeiter der kleineren Betriebe einen Wert von einer Milliarde Mark, so würden dieselben dann in den größeren Betrieben zwei Milliarden und die gesamte Million Arbeiter vier Milliarden an Wert produzieren.

Diese Ausführungen fordern unter mehr als einem Gesichtspunkte die Kritik heraus, wie schon Lusnia[3] hervorgehoben hat. Die Frage, mit welchem Recht Kautsky die Arbeiter der Großbetriebe im Durchschnitt doppelt soviel produzieren läßt, wollen wir übergehen. Aber wie wäre, fragt Lusnia, eine „solche Konzentration, solche Überführung von Millionen Arbeitern in eine kleine Zahl größter Fabriken praktisch durchführbar? Die 3000 größten (über 50 Arbeiter) Textilfabriken liegen ja in einer viel kleineren Zahl

[1] Am Tage nach der sozialen Revolution 21.
[2] Ebd. 22. [3] Die Neue Zeit, Jahrg. 22 I 562 ff.

Digitized by Google

von Ortschaften als die Gesamtzahl, 200 000 Betriebe, dieser Industrie; welch ein ungeheures und kompliziertes Transport- und Wohnungssystem! Es handelt sich ja dabei in der Textilindustrie allein um mehrere hunderttausend Arbeiter!" — Wir fragen weiter, wo soll man die sofort gewaltig vermehrten Produkte absetzen? In manchen Produktionszweigen könnte ja eine doppelte Konsumtion im Lande selbst eintreten, namentlich in den Nahrungsmitteln, aber gerade hier ist eine Konzentration, wie Lusnia mit Recht betont, nur in sehr beschränktem Maße möglich. Was also, wenn die Produkte keinen Absatz finden? Wie will man dann den Lohn der Arbeiter **verdoppeln**, wie Kautsky meint?

Man beachte auch die Art und Weise, wie die Arbeiter im proletarischen Regime behandelt werden sollen. Wenn ein Betrieb sich als unproduktiv erweist, so wird er auf Kommando geschlossen, die Arbeiter werden an einen vielleicht weit entlegenen Ort befördert und dort einem Großbetrieb „zugewiesen". Werden es sich diese gefallen lassen, so von Amts wegen wie eine Herde Schafe von einem Ort zum andern versetzt zu werden? Und wenn die Arbeiter nicht in den neuen Betrieb eintreten, sondern sich einem andern zuwenden wollen: wo soll man die Arbeitskräfte hernehmen, um in den großen Betrieben zwei oder drei Schichten einführen und die Produktion erhöhen zu können?

Interessant ist auch die Behauptung Kautskys [1], daß das proletarische Regime trachten werde, die Industrie aufs flache Land oder in Kleinstädte zu verlegen und die Bevölkerung gleichmäßig über das ganze Territorium des Staates zu verteilen, um so die aus dem Großstadtleben folgende körperliche Degradation und die bäuerlicher Isolierung entstammende geistige Verödung aufzuheben. Der sozialdemokratische Volksstaat wird seine Untergebenen wie eine willenlose Masse dorthin „dirigieren", wo es ihm gut scheint.

§ 3. Fortschritt im Sozialistenstaat.

Ist auf der heutigen Kulturstufe schon die genügende Produktion im Sozialismus unmöglich, so noch viel mehr ein **Fortschritt** der

[1] Die Neue Zeit, Jahrg. 22 I 596.

Digitized by Google

Produktion. Daß Privatwirtschaft mit Sondereigentum den Fortschritt mächtig fördert, ist eine Tatsache, die sich heute mit Händen greifen läßt. Welch ein ungeheurer Fortschritt seit einem Jahrhundert! Man denke nur an die Dampfschiffe, Eisenbahnen, Telegraphen, Telephone, Phonographen, an die neuesten Errungenschaften auf dem Gebiete der Elektrotechnik, der Automobile, der Luftschiffe, Flugmaschinen usw. Fast jeder Tag bringt uns neue, ungeahnte Einrichtungen. Jeder ist durch sein allereigenstes Interesse gehalten, sich andern nützlich zu machen und seine Mitbewerber zu überflügeln. Deshalb ist er darauf bedacht, bequemere, nützlichere und wohlfeilere Einrichtungen zu erfinden. Wer das Beste und Nützlichste am wohlfeilsten anbietet, läuft schließlich allen Mitbewerbern den Vorrang ab.

Was würde aus diesem Fortschritt im Sozialismus werden? Bebel[1] steht zwar nicht an, mit seiner gewohnten Keckheit zu behaupten: im Sozialistenstaat würden alle „auf Verbesserung, Vereinfachung, Beschleunigung des Arbeitsprozesses sinnen. Der Ehrgeiz, zu erfinden, entdecken, wird im höchsten Grade angeregt; einer wird an Vorschlägen und Ideen den andern zu überbieten suchen." Aber selbst zugegeben, die sozialistische, für alle nahezu gleiche Bildungshöhe[2] befähige die Arbeiter, Entdeckungen zu machen, was wir sehr bezweifeln: wo ist das Interesse, das zu Entdeckungen und Verbesserungen antreiben soll? Und selbst wenn es an diesem Interesse nicht fehlte: wo findet der Arbeiter Mittel, um Entdeckungen zu machen?

Entdeckungen und Erfindungen setzen, wenigstens auf wirtschaftlichem Gebiete, voraus, daß man selbst Produktivgüter besitze, sie nach Wunsch verarbeiten, mit ihnen experimentieren könne. Sie setzen ferner voraus, daß jemand sich gründlich in einem Fache ausbilde und aus demselben seine Lebensaufgabe mache, daß er mithin nicht nach Belieben eines Ordners oder eines Mehrheitsbeschlusses oder nach dem „Turnus" von einem Fach in das andere „dirigiert" und so in allem bloß ein Halbwisser werden könne. Schäffle[3] spricht von zünftigen „Forschern, Künstlern, Gelehrten", die der Sozialismus anstellen könnte. Aber Bebel, der früher dasselbe behauptet

[1] Die Frau 380. [2] Ebd. 400 ff. 405 456. [3] Quintessenz 5.

Digitized by Google

hatte[1], bestritt später das Vorhandensein solcher Existenzen. Alle sollen sich an der Produktion „physisch" beteiligen, nur die übrigbleibende freie Zeit hindurch darf jeder seinen „Lieblingsstudien" obliegen[2]. Wir möchten stark bezweifeln, daß nach den allgemeinen Produktionsarbeiten noch viel Lust zu wissenschaftlicher und künstlerischer Tätigkeit übrig bleibe, und noch mehr, daß die „Genossen" diese Zeit ernsten, nachhaltigen Studien und nicht vielmehr dem Müßiggang und Genuß widmen werden.

Doch nehmen wir an, ein Sozialist habe eine wichtige neue Entdeckung gemacht. Nun handelt es sich darum, sie praktisch zu verwerten. Unter Voraussetzung des Privateigentums geht dies sehr leicht vonstatten. Hat der Erfinder Kapital, oder gelingt es ihm, einen einzigen Kapitalbesitzer zu gewinnen, so wird die Entdeckung bald ihren Weg durch die Welt machen, wofern sie sich bewährt. Anders im Sozialismus. Hier muß jeder Entdecker sich entweder an die oberste Leitung der Produktion oder aber direkt an das Volk wenden und die Mehrheit der Abstimmenden für sich zu gewinnen suchen. Das dürfte aber keine geringe Schwierigkeit bieten. Nur schwer sind ganze Körperschaften für Neuerungen zu gewinnen, namentlich wenn die Mitglieder kein Privatinteresse daran haben und zur Übernahme neuer Arbeiten gezwungen werden. Handelt es sich z. B. um neue Maschinen, Heizungs- oder Beleuchtungsapparate, Bauten, Kanäle, Tunnels u. dgl., so kostet die Neuerung vorderhand eine große Vermehrung des nationalen Arbeitspensums. Wird einmal eine Neuerung beschlossen, so muß sie auch in der ganzen sozialistischen Gesellschaft durchgeführt werden, damit die Arbeits- und Existenzbedingungen aller gleich bleiben. Wird man sich nun zu solchen Neuerungen verstehen? Wir fürchten, selbst Einrichtungen, die schon von vornherein ganz zweifellos große Vorteile versprächen, würden nicht eingeführt werden, um wieviel weniger jene weit zahlreicheren, bei denen erst wiederholte Versuche notwendig sind, um sich von ihrer Vortrefflichkeit zu überzeugen[3].

[1] Unsere Ziele 32. [2] Die Frau 401 405.

[3] Mit Recht sagt Kleinwächter (Schönbergs Handbuch der politischen Ökonomie I 260): „Im Sozialstaat, in welchem die gesamte Güterproduktion

Digitized by Google

Nicht zu übersehen ist auch der Umstand, daß heute mehrere Erfindungen oder Verbesserungen derselben Art gleichzeitig praktisch eingeführt und verwertet werden können, so daß eine allseitige Erprobung möglich ist, und schließlich diejenige die Oberhand behält, die sich nicht bloß nach dem Urteil einiger Theoretiker, sondern praktisch bewährt hat. So besitzt man eine Bürgschaft, daß immer die besten und brauchbarsten Einrichtungen endlich obsiegen. Eine solche gleichzeitige Erprobung wäre im Zukunftsstaat nicht zu erwarten, weil dieselbe eine beträchtliche Vermehrung der Arbeit erheischt, und zwar der Arbeit, die einen nur zweifelhaften Erfolg verspricht, und von deren Nützlichkeit das Volk sich kaum würde überzeugen lassen.

§ 4. Kunst und Wissenschaft im Sozialismus.

Wenn es zur Verwirklichung einer Sache genügte, sie kühn zu behaupten, so wäre „der Sozialismus nicht Gegner, sondern Förderer der Künste“ [1], ja er würde „Gelehrte und Künstler in ungezählter Menge“ hervorbringen [2]. Allein, ist im Sozialismus der Fortschritt schon auf volkswirtschaftlichem Gebiete in Fesseln geschlagen, so noch mehr auf dem Gebiete der Künste und Wissenschaften. Nach Bebels Ansicht sollen im Sozialismus sich alle ohne Ausnahme unmittelbar („physisch“) an der Produktion beteiligen, es soll mithin

eine gemeinsame und einheitlich geregelte wäre, müßte selbstverständlich das jährliche Arbeitspensum des Volkes von der Regierung festgesetzt und unter die Bürger verteilt werden. Wenn nun die Regierung daselbst die Herstellung irgendwelcher neuen und vollkommeneren Produktionsanlagen als wünschenswert erkennen würde und demgemäß das nationale Arbeitspensum vergrößern wollte, und wenn das Volk — weil es die Vorteile der geplanten Anlagen nicht sofort zu ermessen vermag — die Herstellung derselben als überflüssig ansehen und sich weigern würde, jene vermehrte Arbeitslast auf sich zu nehmen, so hätte die Regierung gar kein Mittel in der Hand, ihren Willen gegenüber dem der Majorität der Bevölkerung durchzusetzen, und der Fortschritt müßte unterbleiben. Mit einem Worte: im Sozialstaat wäre ein wirtschaftlicher Fortschritt immer nur dann möglich, wenn die Majorität der Bevölkerung sich für denselben entscheiden würde, und das ist bekanntlich ein sehr langwieriger Weg.“

[1] Stern, Thesen über den Sozialismus 34.

[2] Bebel, Die Frau 401.

Digitized by Google

keine Gelehrten und Künstler von Profession geben. Daß unter dieser Voraussetzung von einem nennenswerten Fortschritt nicht die Rede sein kann, liegt auf der Hand.

Wer Gründliches und Großes in den Wissenschaften und Künsten leisten will, darf sie nicht bloß nebenher in den Mußestunden aus Liebhaberei betreiben, sondern muß sich ihnen von Jugend auf vollständig widmen. Nun will aber der Sozialismus in der Jugend alle Genossen möglichst in alle Produktionszweige einführen, da ja die Produktion die einzige öffentliche Aufgabe im Sozialistenstaat ist; er will ferner die unangenehmen Arbeiten, wenn sich keine Freiwilligen melden, der Reihe nach allen aufbürden; er will endlich alle das ganze Leben hindurch an die Produktion ketten. Wird da noch von einem höheren, wissenschaftlichen und künstlerischen Streben und Schaffen die Rede sein können? Wird neben dem physischen Arbeiten noch wahre Lust und Begeisterung für einen Wissenszweig übrig bleiben? In der heutigen Gesellschaftsordnung ist es das Interesse oder das Bedürfnis, das von Jugend auf zu ernster Arbeit antreibt. Davon hängt die eigene Existenz, davon das Emporkommen und die Stellung in der Gesellschaft ab. Von einem Einfluß der wissenschaftlichen und künstlerischen Leistungen auf die gesellschaftliche Stellung kann im Sozialismus keine Rede sein. Die Besoldung richtet sich nach der geleisteten Produktionsarbeit, nicht aber nach den Beschäftigungen, die jemand in den Mußestunden aus Liebhaberei treiben mag.

Es kommt heute freilich vor, daß manche auch ohne Rücksicht auf äußere Vorteile, aus reiner Liebhaberei gründlich gewissen Studien oder Künsten obliegen. Aber das sind doch verschwindende Ausnahmen, und selbst diese erhielten meistens den ersten energischen Antrieb zu solchen Studien durch die Not oder andere äußere Interessen. Sie setzen bloß die einmal liebgewonnene Beschäftigung aus Liebhaberei fort. Im sozialistischen Staat fehlt es aber an derartigen Antrieben in der Jugend, da er in allen Berufen jedem die gleichen Existenzbedingungen verheißt.

Wir wollen jedoch annehmen, die Forderung Bebels, daß sich alle „physisch" an der Produktion beteiligen, werde fallen gelassen,

Digitized by Google

man ziehe es vor, eigentliche Gelehrte, Künstler und Forscher von Profession anzustellen. Allein damit gerät man nur von der Skylla in die Charybdis. Man gibt damit die sozialistische Werttheorie auf, derzufolge der Wert aller Gebrauchsgegenstände sich bemißt nach dem zu ihrer Herstellung erforderlichen Arbeitsquantum. Unter dieser Arbeit kann nur mittelbar oder unmittelbar produktive Arbeit verstanden werden. Nun gibt es aber manche Wissenschaften und Künste, die für die Güterproduktion gar keinen oder wenigstens einen höchst geringen Wert haben. Was nützt die Dicht- und Tonkunst der Güterproduktion, was die Astronomie, die Philosophie, die vergleichende Sprachwissenschaft, die Geschichtsforschung usw.? Will man aber dennoch solche Arbeiten besolden, wonach soll sich die Höhe des Soldes bemessen? Doch hierauf werden wir gleich bei der Verteilung der Produkte zurückkommen. Würde ferner die ungleiche Behandlung, die darin liegt, daß man die einen als Gelehrte, Künstler, Forscher, Professoren verwendet, während die andern rauhe und unangenehme Arbeiten in Bergwerken und Fabriken zu leisten haben, nicht die „gleichen Existenzbedingungen" beseitigen und zu Eifersucht und Klagen Veranlassung geben? Wenn die Sozialisten heute über „unproduktive Existenzen" und „Drohnen" zetern, was würde erst im Zukunftsstaat geschehen, wo alle gleichberechtigt sind und die Entscheidung über alle Angelegenheiten in Händen haben?

Schon früher habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß der Sozialismus die Freiheit der Berufswahl aufheben müßte. Wollte man Gelehrte und Forscher und Künstler anstellen, so wäre das erst recht der Fall. Denn entweder setzt man voraus, die Künstler und Gelehrten seien so gestellt, daß sie Achtung und Ehre und zeitliche Vorteile genießen — dann werden sich alle zu diesen Stellen herandrängen; oder man nimmt an, sie hätten nichts vor den übrigen voraus, sie genössen nicht mehr Auszeichnung als jeder Schuster und Schneider — dann dürfte es wohl wenige geben, die es nach solchen Stellen gelüstete. In jedem Fall müßte die oberste Verwaltung die Entscheidung darüber in Händen haben, wer sich dem Gelehrten- oder Künstlerberufe zuwenden dürfe und wer nicht.

Digitized by Google

§ 5. Preßfreiheit u. dgl. im Sozialismus.

Eine besondere Besprechung verdient noch die Preßfreiheit im Sozialismus. Wir halten zwar eine unumschränkte Preßfreiheit, welche alle Angriffe auf die guten Sitten, die Religion, die rechtmäßige Obrigkeit, die Ehe und das Eigentum usw. ungestraft durchgehen läßt, für verwerflich. Aber ebenso unzulässig ist heute, wo die verschiedensten Religionsgesellschaften tatsächlich nebeneinander in Geltung sind, eine staatliche Zensur, die nur das drucken läßt, was den angestellten Zensoren beliebt. Eine solche Zensur müßte aber der Sozialismus einführen.

Alle Arbeitsmittel sind ausschließliches Eigentum der Gesamtheit, also sind auch die Druckereien öffentliche Anstalten. Die Gesamtheit muß das Material und das Arbeitspersonal stellen; ihr liegt es ob, zu entscheiden, was gedruckt werden und was in den Papierkorb wandern soll. Da hängt es also vollständig von der Mehrheit eines dafür angestellten Ausschusses oder des ganzen Volkes selbst ab, ob eine schriftstellerische Arbeit, ob groß, ob klein, das Licht der Welt erblicken soll oder nicht. Die Sozialisten rühmen sich zwar dessen; namentlich Bebel meint, viel „Schund" würde dann nicht gedruckt werden, der heute den Büchermarkt überschwemme. In ähnlicher Weise könnte sich auch der Zerstörer einer jungen Saat rühmen, das Unkraut werde nicht aufkommen. Allerdings würde manches nicht gedruckt werden, darunter vielleicht auch mancher Schund, aber wahrscheinlich auch vieles, was diesen Namen nicht verdient.

Übrigens ist es nicht so zweifellos, ob nicht doch manches gedruckt würde, was dieses Namens vollständig würdig wäre. Denn es fragt sich, was man unter „Schund" zu verstehen habe. Die eine Partei sieht manchmal etwas als wertlos an, was eine andere sehr schätzbar findet und eine dritte vielleicht sogar bewundert, und umgekehrt. Oft würden wahrscheinlich die allergelehrtesten, wissenschaftlichen Werke als Schund bezeichnet, während leichtfertiges und seichtes Zeug zum Druck gelangte. Setzen wir den Fall, ein Bürger des Zukunftsstaates habe sich überzeugt, die sozialistische Gesellschaftsordnung sei nicht nur höchst ungerecht, sondern geradezu unsinnig, und er habe

Digitized by Google

seine Gedanken in einem wissenschaftlichen Werke und in mehreren volkstümlichen Schriften niedergelegt. Oder nehmen wir an, ein anderer habe in einer Flugschrift bewiesen, daß im Sozialistenstaat zu viel Personenkult getrieben werde, daß mehrere Genossen nach der Diktatur streben. Was werden die sozialistischen Zensoren dazu sagen? Was in wissenschaftlicher und sozialer Beziehung angedeutet wurde, gilt noch mehr in religiösen Fragen. Im Sozialismus hätte es eine Partei in der Gewalt, jede religiöse Ansicht, die ihr nicht behagte, einfach nicht mehr zum Ausdruck kommen zu lassen. Oder wird man sich auf die Freisinnigkeit und Duldsamkeit der Volksmehrheit berufen? Aber große Masse sind meistens viel unduldsamer als einzelne Personen; diese habe doch die öffentliche Meinung zu scheuen, jene nicht[1].

[1] Wie unduldsam die „Genossen" sind, haben die heftigen Debatten des Dresdener Parteitages über die „Mitarbeit von Sozialdemokraten an der bürgerlichen Presse" sattsam gezeigt. Viele hatten beantragt, den Parteigenossen jede derartige Mitarbeit strengstens zu verbieten. Schließlich wurde der vom Parteivorstand eingebrachte Antrag mit großer Mehrheit angenommen, wonach es den Genossen verboten ist, an bürgerlichen Preßunternehmungen mitzuarbeiten, in denen an der sozialdemokratischen Partei gehässige und hämische Kritik geübt wird. — Auch die Art und Weise, wie Bernstein u. a. schon wiederholt wegen ihrer sozialdemokratischen Ketzereien Spießruten laufen mußten, ist charakteristisch. Bekannt ist endlich, wie Schippel wegen seiner Agrarpolitik hart mitgenommen wurde. Hätte er nicht rechtzeitig eingelenkt und Versicherungen seiner Rechtgläubigkeit gegeben, so wäre er wahrscheinlich aus der Partei „hinausgeflogen". Im Wahlkreise Hagen wurde „Genosse" Timm wegen seiner revisionistischen Ansichten abgesägt (Kölnische Volkszeitung 1903, Nr. 897). Timm selbst erklärte daraufhin in der sozialdemokratischen „Freien Presse" in Elberfeld (20. Oktober 1903): „Also unwürdig ein Vertrauensamt auszuüben bin ich, weil ich auf dem Dresdener Parteitag von dem Rechte der freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht habe." — Wir erinnern an die zweimalige plötzliche Entlassung mehrerer Vorwärtsredakteure, die bloß deshalb erfolgte, weil sie im ersten Falle revisionistischen, im zweiten dagegen radikalen Ansichten huldigten. Auf dem Parteitag zu Nürnberg (1908) suchte man in der Budgetfrage die süddeutschen Genossen trotz ihres heftigen Widerspruchs unter das Joch der norddeutschen Parteitaktik zu beugen. Seither wurde die Minderheit wegen Meinungsverschiedenheiten aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. Solche Taten beweisen mehr als schöne Redensarten über Meinungsfreiheit und Toleranz.

Digitized by Google

Ähnlich wie die Presse wäre auch die Gründung und Unternehmung aller Arten von wissenschaftlichen und Kunstanstalten — Volks-, Mittel- und Hochschulen, gewerblichen Schulen, Kliniken, Bibliotheken, Museen usw. — unter die öffentliche Leitung gestellt. Der Sozialismus muß notwendig, wenn er mit seinen Plänen Ernst machen will, das ganze Schul- und Unterrichtswesen in den Händen des Staates monopolisieren. Es ist nicht zufällig, daß die Sozialisten so sehr für die Einheitsschule schwärmen. Eine Neuerrichtung könnte nur unter Voraussetzung eines Mehrheitsbeschlusses durchgesetzt werden. Bei der Errichtung aller ähnlichen Anstalten handelt es sich zunächst für die Gesamtheit um eine Vermehrung der Nationalarbeit, die sich entweder gar nicht oder erst in weiter Zukunft produktiv rentieren wird.

Alle Gebäude, und besonders die großen öffentlichen Räume, sind Eigentum der Gesamtheit, die durch die Beamten über ihre Verwendung verfügt. Es könnte also kein Gebäude zu größeren Versammlungen, zu gottesdienstlichen Zwecken, zu Vorträgen oder sonstwie benutzt werden, wenn die Mehrheit oder ihre Vertreter nicht ihre Ermächtigung dazu gäben.

Doch genug. Soviel erhellt zur Genüge aus unsern Ausführungen, daß im Sozialismus die Mehrheit es vollständig in ihrer Gewalt hätte, die Minderheit allseitig nach Belieben zu unterdrücken und zu knechten. Diese besäße keine andere Bürgschaft für ihre Freiheit als den guten Willen der Mehrheit oder allenfalls die Revolution, zu der sie dasselbe Recht hätte wie die heutigen Sozialisten.

Vierter Artikel.

Die Verteilung des Arbeitsproduktes.

Jetzt kommen wir zu dem Punkt im sozialistischen System, auf den seine Anhänger besonders pochen und der ihm selbst unter den Nichtsozialisten manche Sympathien gewonnen hat. Ist es nicht unleugbar, so hört man klagen, daß die Produktion beständig zunimmt und trotzdem immer eine große Zahl drückender Armut anheimfällt? Woher diese Erscheinung? Von der ungerechten Verteilung der Produkte.

Digitized by Google

Gern gebe ich zu, daß in der heutigen Güterverteilung manches der Verbesserung bedarf. Es gibt nicht wenige Kapitalbesitzer, welche die Arbeiter in ungebührlicher Weise ausbeuten; nicht wenige, die durch unredliche Spekulation fremdes Eigentum an sich zu bringen wissen. Aber was ich entschieden bestreite, ist, daß der Sozialismus durch seine Vorschläge eine gerechtere und bessere Verteilung herbeizuführen imstande sei.

Wir wollen annehmen, der Produktionsertrag sei im Sozialistenstaat reichlich ausgefallen. Diese Voraussetzung ist nach den früheren Ausführungen mehr als zweifelhaft, aber wir wollen sie machen, um dem Sozialismus die günstigsten Bedingungen zu gewähren. Nun handelt es sich zunächst darum, zu bestimmen, *wie groß der Ertrag der Gesamtarbeit* sei. Bevor man verteilt, muß man genau wissen, wieviel man überhaupt zu verteilen hat. Wollte man aufs Geratewohl oder jedem beliebig auf sein Verlangen Wein oder Milch, Geflügel oder Wildbret verabfolgen, so könnte der Vorrat vielleicht nicht für alle langen. Man müßte also für alle Produkte, wenigstens für die Naturprodukte, die sich nicht in beliebiger Quantität herbeischaffen lassen, genau den verfügbaren Vorrat festsetzen. Dies ist aber auch nur für einen einzigen Artikel eine äußerst schwierige Aufgabe, die unzählige Schreibereien mit einem Heer von Beamten nötig machen würde.

Man könnte freilich die Produkte einer jeden Gattung an ein paar Zentralstellen zusammenbringen lassen, um sie dann erst von dort aus zu verteilen. Das würde die Übersicht wesentlich erleichtern, aber auch eine riesige Verschwendung von Zeit und Arbeit zur Folge haben. Man müßte z. B. den Wein zuerst von allen Seiten an gewisse Zentralstellen schaffen und dann von dort wieder teilweise zurück an den Ort, wo er gewachsen ist. Gerade die Erfahrung mit der Volksernährung während des letzten Krieges hat deutlich gezeigt, welche Schwierigkeiten es hat, die landwirtschaftlichen Produkte an einigen Orten zu konzentrieren, wieviel Arbeit dabei vergeudet wird und besonders wie viele Produkte dadurch zugrunde gehen. Denken wir uns nur, um die Sache an einem Beispiel zu erläutern, es solle bestimmt werden, wieviel Milch in einem Staate zur Ver-

Digitized by Google

teilung gelangen, und wieviel man einem jeden davon geben könne, damit allen in gleicher Weise Genüge geschehe. Wer will das für einen ganzen Staat auch nur annähernd bestimmen, besonders da die Quantität von der Verschiedenheit der Jahreszeit, des Futters und andern Umständen und Zufälligkeiten abhängt und sich von Tag zu Tag ändert? Und so müßte es mit all den tausend und tausend Natur- und Kunstprodukten gehalten werden, deren ein großer Staat bedarf.

Kommt nun der Gesamtertrag vollständig zur Verteilung? Keineswegs. Von demselben wird zunächst, wie Marx selbst ausdrücklich hervorhebt, der Teil ausgeschieden, der zur Fortsetzung der Produktion, Ausbesserung der Fabriken, Maschinen, Werkzeuge, Herstellung neuer Arbeitsmittel oder Gebäude, Beschaffung von Rohstoffen usw. nötig ist. Außerdem soll „ein Reserve- oder Assekuranzfonds gegen Mißfälle, Störungen durch Naturereigniffe" angelegt werden. Endlich gehen von dem Gesamtertrag noch ab „erstens: die allgemeinen, nicht zur Produktion gehörigen Verwaltungskosten ...; zweitens: was zur gemeinschaftlichen Befriedigung von gemeinschaftlichen Bedürfnissen bestimmt ist, wie Schulen, Gesundheitsvorrichtungen usw. ...; drittens: Fonds für Arbeitsunfähige, kurz, was heute zu der sog. offiziellen Armenpflege gehört" [1]. Durch diese Vorwegnahme will der Sozialismus alle Steuern überflüssig machen.

Erst der so zusammengeschmolzene Teil des Ertrages soll nun unter die Genossen verteilt werden [2]. Dazu bedarf es offenbar eines klaren, bestimmten und leicht handlichen Maßstabes, und wir fragen nun, welches soll dieser Maßstab sein? Die Sozialisten vermögen keinen einzigen brauchbaren Maßstab anzugeben. Sie

[1] Marx, Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms 565—566.

[2] Daß es geradezu unsinnig wäre, jedem Sozialisten erlauben zu wollen, in den öffentlichen Vorratskammern sich nach Herzenslust zu holen, was und wieviel ihm beliebt, haben wir schon oben (S. 408 Anm.) gegen Stern bemerkt. Mögen sich die sozialistischen Wortführer noch so sehr als Hexenmeister aufspielen, nie wird die Erde alles „in Hülle und Fülle" hervorbringen, besonders wenn die Arbeitszeit für alle eine „minimale" sein soll. Es ist wahrhaft unverzeihlich, wie durch solche Vorspiegelungen der einfache Arbeiter betrogen wird!

Digitized by Google

sind in diesem Punkte sehr zurückhaltend. In der Broschüre „Was ist, was will der Sozialismus?“ (1919) heißt es, der Produktionsertrag solle „gerecht“ verteilt werden. Aber was ist „gerechte Verteilung“? Nach Marx findet in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft die Verteilung der Güter nach Maßgabe der Leistung statt; in einer höheren Phase wird die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: „Jedem nach seinen Bedürfnissen.“ Einige sagen, die Verteilung der Produkte solle nach dem Prinzip der Gleichheit erfolgen; andere wollen jedem nach dem Ertrag seiner Arbeit, wieder andere endlich jedem nach seiner Arbeitszeit oder nach seinem Fleiße zuteilen[1].

Ich will der Reihe nach die möglichen Maßstäbe durchgehen und auf ihre Brauchbarkeit prüfen. Es lassen sich fünf Maßstäbe denken, die allenfalls der Güterverteilung zugrunde gelegt werden könnten: 1. die einfache Kopfzahl, 2. die Arbeitszeit, 3. die Leistung, 4. der Fleiß, 5. das Bedürfnis.

§ 1. Die Kopfzahl.

Einfach die Kopfzahl als Maßstab für die Güterverteilung zu nehmen, ist unseres Wissens noch keinem Sozialisten eingefallen. Mit gutem Recht. Jedem gleich viel zukommen zu lassen, ob er fleißig oder träge, geschickt oder ungeschickt, kräftig oder schwach sei, viel oder wenig Bedürfnisse habe, wäre offenbar im höchsten Grade unbillig. Das hieße auch eine Belohnung aussetzen auf die Trägheit und Dummheit, und würde jeden Arbeitstrieb im Keim ersticken. Wie soll es ferner mit den Kindern und Kranken u. dgl. gehalten werden? Soll jeder gleich viel empfangen?

Die obigen Zeilen waren schon geschrieben, als mir der bereits (S. 425) erwähnte Roman Bellamys zu Gesichte kam. Der amerikanische Zukunftsdichter läßt in seinem Sozialistenstaat die Produkte in völlig gleicher Weise an alle verteilen. Jeder erhält am Anfange des Jahres eine gleich große Anzahl von Kreditscheinen, für die er sich jederzeit den gleichwertigen Betrag an Genußgütern in den öffentlichen Vorratskammern holen kann. In jeder Gemeinde ist nämlich ein solches Warenlager (Basar), wo jeder

[1] Vgl. Kautsky, Das Erfurter Programm 156.

Digitized by Google

immer alles haben kann, was er will. Der Betrag der Kreditscheine ist so reichlich, daß wahrscheinlich die meisten ihn „bei weitem nicht" ausgeben werden. Sollte das Maß in einem Ausnahmefall doch nicht reichen, so gibt man jedem schon im voraus einen Kredit auf das folgende Jahr. „Die Nation ist reich, und sie wünscht nicht, daß man sich irgendwelches Gute versage." [1] Die Sparsamkeit „wird nicht mehr als eine Tugend angesehen". „Niemand sorgt mehr für den kommenden Tag, weder für sich noch für seine Kinder; denn die Nation verbürgt die Ernährung, die Erziehung und den behaglichen Unterhalt jedes Bürgers, von der Wiege bis zum Grabe."

Welch eine Genußsucht sich bei einer solchen Ordnung entwickeln müßte, wenn die Sparsamkeit nicht mehr als Tugend gilt, mag sich jeder selbst ausmalen. Was sodann die Behauptung angeht, der sozialistische Staat sei so reich, daß jeder nicht mehr zu sparen brauche und in jeder Gemeinde immer alles vorrätig sei, so ist das eine gar zu starke Zumutung an die Leichtgläubigkeit der Leser. Ich verweise auf das früher (S. 408 Anm. u. S. 445) Gesagte.

Aber wie will es Bellamy mit der Gerechtigkeit in Einklang bringen, daß man auf die Leistung, die Begabung, Erfahrung des einzelnen bei der Verteilung keinerlei Rücksicht nehme? daß man den Dümmsten und Schwächsten und Unerfahrensten gerade so entlohne wie den Gescheitesten, Stärksten und Erfahrensten? Bellamy läßt seinen Dr. Leete auf dieses Bedenken antworten, die Größe der Leistung habe mit der Frage der Verteilung der Produkte nichts zu tun. Denn diese Frage sei „eine Frage des Verdienstes. Verdienst ist ein moralischer Begriff, und die Größe des Arbeitsproduktes ein materieller. Es würde eine sonderbare Logik sein, welche eine moralische Frage durch einen materiellen Maßstab zu entscheiden versuchte. Der Grad der Anstrengung allein kommt beim Verdienst in Betracht. . . . Belohntet ihr wohl im 19. Jahrhundert ein Pferd, weil es eine schwerere Last zog als eine Ziege?"

Nun, wenn Bellamy den Menschen mit einem Pferde oder einer Ziege vergleichen will, so muß er sich konsequent bleiben und dem Menschen überhaupt *jedes* Verdienst, auch in bezug auf die *Anstrengung*, *absprechen*. Wir erkennen dem Pferde kein wahres Verdienst zu, mag es sich auch noch so angestrengt haben; wir geben ihm das notwendige Futter nicht um des Verdienstes willen, sondern damit wir es in Zu-

[1] Ein Rückblick 72.

Digitized by Google

kunft noch gebrauchen können. So muß es Bellamy auch mit seinen Zukunftsmenschen halten, wenn er sich konsequent bleiben will.

Aber das Verdienst ist doch ein moralischer Begriff, und die Größe des Arbeitsproduktes ein materieller! Ich antworte zunächst: Bellamy widerspricht sich. Auch die Anstrengung des Arbeiters ist wenigstens der Hauptsache nach etwas Materielles oder Physisches, warum also gesteht er ihr ein Verdienst zu? Oder meint er vielleicht, die Anstrengung sei eine vernünftige, moralische Betätigung, das Arbeitsprodukt oder die Leistung aber nicht? Allein wenn wir der Leistung ein Verdienst zusprechen, so verstehen wir darunter nicht das Geleistete (das Produkt), sondern die Leistung, insofern sie eine Nutzwerte schaffende Betätigung ist. Wir belohnen nicht die Speise, welche uns der Koch bereitet, sondern die Arbeit des Kochens, deren Nützlichkeit wir allerdings an ihrem Produkte messen.

§ 2. Die Arbeitszeit

allein kann ebenfalls nicht als Maßstab für die Verteilung dienen[1].

Dieser Maßstab ist erstens ungerecht. Denn der geschicktere, geübtere, stärkere und fleißigere Arbeiter leistet in derselben Zeit mehr als derjenige, dem diese Eigenschaften fehlen. Denken wir uns zwei Schreiner, welche beide zehn Stunden an einem Tage gearbeitet haben. Der eine ist stark, erfahren, geschickt und fleißig, der andere träge, stumpfsinnig und ungeschickt. Sollen sie am Abend die gleichen Arbeitsscheine und das gleiche Anrecht auf das Gesamtprodukt erhalten? Das wäre ungerecht und demoralisierend.

Man kann dieser Schwierigkeit nicht entgehen, indem man statt „Arbeitszeit" einsetzt die „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit", d. h. die Arbeitszeit, die erheischt wird, „um irgendeinen Gebrauchswert mit den vorhandenen gesellschaftlich normalen Arbeitsbedingungen und dem gesellschaftlichen Durchschnittsgrad von Geschick und Intensität der Arbeit darzustellen". Denn dieser Verteilungsmaßstab könnte nur unter Voraussetzung der Marxschen Werttheorie als gerecht angesehen werden. Besteht der Tauschwert der Gebrauchsgüter nicht

[1] Bebel (Die Frau 404) schreibt: „Irgendein Zertifikat, ein bedrucktes Stück Papier, Gold oder Blech bescheinigt die geleistete Arbeitszeit und setzt den Inhaber in die Lage, diese Zeichen gegen Bedürfnisgegenstände der verschiedensten Art auszutauschen."

Digitized by Google

allein in der darin „kristallisierten" Arbeit, sondern vor allem in der Verschiedenheit des Gebrauchswertes, so ist es von vornherein ungerecht, die Verschiedenheit der Arbeitskräfte nicht zu berücksichtigen, sondern alle nach derselben Schablone zu behandeln. Nehmen wir fünf Arbeiter, die nebeneinander in der Fabrik beschäftigt sind. Wie soll sich der Anteil berechnen, der jedem am Gesamtertrag zukommt? Nach dem „Durchschnitt der Geschicklichkeit und Intensität der Arbeit". Aber dieser Durchschnitt ist eine Abstraktion. Tatsächlich haben denselben wenige oder vielleicht kein einziger. Die einen haben mehr, die andern weniger. Die Menschen sind eben sehr ungleich. Warum will man beim Arbeiter, der größere Geschicklichkeit besitzt, nur die Durchschnittsgeschicklichkeit in Anschlag bringen, und denjenigen, der weniger hat, für die Durchschnittsgeschicklichkeit belohnen, die er nicht besitzt?

Die deutschen Sozialdemokraten haben zwar die Behauptung aufgestellt, allgemein oder gesellschaftlich nutzbringende, oder genauer, Tauschwerte hervorbringende Arbeit sei nur durch die Gesellschaft möglich. Allein selbst wenn man diese Behauptung zugäbe, so würde doch nicht folgen, daß tatsächlich alle gleich viel leisten und gleiches Anrecht auf Besoldung haben. Doch sie ist unrichtig und nur zu dem Zwecke aufgestellt, um das Individuum mit einem Schein von Berechtigung als Glied an die öffentliche Produktion schmieden zu können. Gebrauchsgüter können freilich nur Tauschwert erlangen, wenn mehrere Menschen zusammenwohnen und die einen etwas besitzen, was den andern abgeht. Aber diese Bedingung vorausgesetzt, hängt der Tauschwert hauptsächlich vom Gebrauchswerte ab, und um Gebrauchswerte hervorzubringen, dazu genügt persönliches Geschick. Konnte Robinson nicht mancherlei Gebrauchsgegenstände für sich selbst verfertigen? Oder will man sich darauf berufen, daß auch die persönliche Arbeitskraft vielfach durch die Gesellschaft bedingt ist? Gut, dann muß man aber folgerichtig diese Arbeitskraft nicht mehr als Privateigentum, sondern als Eigentum der Gesamtheit betrachten und dieser das Recht zuerkennen, über dieselbe zu verfügen, wie es ihr beliebt, ohne für diese Verfügung dem Arbeiter etwas schuldig zu sein.

Der Verteilungsmaßstab der Arbeitszeit ist also ungerecht. Er ist auch praktisch unbrauchbar. Bebel macht sich hier, wie gewöhnlich, keinerlei Sorgen: „Die Arbeitszeit, die durchschnittlich

Digitized by Google

nötig ist, um einen Gegenstand herzustellen, ist allein das Maß, an dem er für den gesellschaftlichen Gebrauch gemessen wird. Zehn Minuten gesellschaftlicher Arbeitszeit in einem Gegenstand sind gleich zehn Minuten gesellschaftlicher Arbeitszeit in einem andern Gegenstand, nicht mehr und nicht weniger." [1]

Sehen wir einmal zu. Wir wollen wissen, wieviel gesellschaftliche Arbeitszeit in einem Scheffel Weizen steckt. Um dies zu erfahren, genügt nicht, daß man berechne, wieviel Zeit ein Bauer tatsächlich auf das Düngen, Pflügen, Säen, Eggen, Ernten usw. verwendet habe, und dann den Ertrag (die Zahl der Scheffel) durch die aufgewendete Stundenzahl dividiere. Der eine Bauer ist fleißig und geschickt und bestellt seinen Acker in kürzerer Zeit und besser als ein anderer. Auch die Entfernung der Äcker von der Wohnung, die Verkehrswege, die Arbeitswerkzeuge sind verschieden. Was aber die Hauptsache ist, der Ertrag hängt sehr wesentlich von der Bodenbeschaffenheit, von der Art und Menge der Dungmittel, von den Witterungsverhältnissen usw. ab. Derselbe Boden liefert in verschiedenen Jahren einen verschiedenen Ertrag. Wer will da bestimmen, wieviel gesellschaftliche Arbeitszeit in einem Scheffel Weizen steckt? Bei derselben Arbeitszeit wird ein Acker in den fruchtbaren Ebenen am Rhein vielleicht doppelt und dreifach so gut den Sämann belohnen als ein Acker auf dem Harz oder in den holländischen Sandebenen. Man braucht sich nur diese Schwierigkeiten zu vergegenwärtigen, um einzusehen, daß die Berechnung der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit auch nur für eine einzige Ware ein Unding wäre.

Und doch ist dies nur der Anfang der Schwierigkeiten. Das vom Weizen Gesagte gilt in gleicher Weise von allen Getreide- und Gemüsearten, ja von allen Erzeugnissen der Landwirtschaft (Fleisch, Milch, Butter, Käse, Eier u. ä.); es gilt nicht weniger von dem Ertrag des Bergbaues, der Jagd, des Fischfangs. Wer möchte für alle diese Produkte, die jährlich und noch öfters wechseln, die nötige Arbeitszeit berechnen? Wieviel Arbeitszeit steckt z. B. in einem Pfund Hering oder Stockfisch oder in einem Liter Lebertran?

[1] Die Frau 402.

Digitized by Google

Die Schwierigkeit wird noch größer, wenn man annimmt, daß es in der Zukunftsgesellschaft besoldete Richter, Ärzte, Chirurgen, Künstler, Gelehrte usw. gebe. Schäffle schreibt: „Diejenigen, welche dem Ganzen als Richter, Verwaltungsbeamte, Lehrer, Künstler, Forscher gemeinnützige Dienste leisten würden, statt Sachgüter zu erzeugen . . ., würden für ihren Bedarf nach Verhältnis ihrer der Gesellschaft geleisteten gemeinnützigen Arbeitszeit am Sachgüterprodukt der Nationalarbeit beteiligt werden.“ [1]

Nach Verhältnis ihrer der Gesellschaft geleisteten gemeinnützigen Arbeitszeit? Ob sich Schäffle die ganze Schwierigkeit der Berechnung dieses Verhältnisses vergegenwärtigt hat? Wie soll sich denn die geleistete gemeinnützige Arbeitszeit z. B. beim Forscher und Künstler oder Gelehrten berechnen? Sollen alle gleichmäßig behandelt werden, z. B. alle Ärzte dieselbe Besoldung erhalten, ob sie geschickt oder ungeschickt, erfahren oder unerfahren sind? Sollen die Ärzte einen höheren Sold bekommen als die Gelehrten oder Künstler oder Lehrer? Wiederum: soll ein Volksschullehrer dieselbe Besoldung erhalten wie ein Professor an einer Mittel- oder Hochschule? Alle gleich zu behandeln wäre ungerecht und eine Benachteiligung der Begabteren und Strebsameren; eine ungleiche Besoldung würde zu den sozialistischen Grundsätzen nicht passen und eine reiche Quelle der Eifersucht und Klagen werden.

Man könnte auch nicht die heutige Besoldungsskala beibehalten. Diese würde, wie Schäffle bemerkt, vom Sozialdemokratismus am ersten Tage umgeworfen werden, und mit Recht. Sie widerstrebt der Gleichberechtigung aller und würde notwendig eine Aristokratie schaffen, mit welchem Namen man sie auch bezeichnen möge.

§ 3. Die Leistung

ist ein weiterer Maßstab der Güterverteilung, auf den auch Bebel hinweist. „Die höhere Leistung“, meint dieser [2], „wird höher entschädigt, aber nur für die Leistung entschädigt.“ Dies ist in der Tat der Maßstab, zu dem sich die konsequenten Sozialisten bekennen

[1] Quintessenz des Sozialismus 5. [2] Unsere Ziele 30.

Digitized by Google

müssen. Ihre Hauptbeschwerde gegen die heutige Gesellschaft ist ja das „arbeitslose" Einkommen, das so viele Müßiggänger empfangen, während der Arbeiter ausgebeutet oder um einen großen Teil seines Produktes betrogen wird. Sie wollen jedem Arbeiter seinen vollen Arbeitsertrag sichern. Folglich müssen sie die Arbeitsleistung oder die geleistete Arbeit (das Arbeitsprodukt) als Verteilungsmaßstab annehmen. Ist nun eine Verteilung des Gesamtprodukts nach dem Maßstabe der Leistung möglich?

Soweit man die Leistung einfach nach der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit berechnen will, haben wir diesen Maßstab schon als unbrauchbar erkannt. Will man sich aber nicht mit dem Ansatz der bloßen Arbeitszeit begnügen, sondern die Leistung nach ihrem wahren Wert berechnen, so muß man außer der Zeit auch Geschicklichkeit, Stärke, Übung und Fleiß in Betracht ziehen. Denn von allen diesen Elementen hängt die Leistung ab. Ganz besonders aber müssen die verschiedenen Arten von Beschäftigungen, in denen jemand der Gesellschaft dient, miteinander verglichen und nach ihrem relativen Wert abgeschätzt werden. Es ist nicht richtig, was die Sozialisten sagen, alle Beschäftigungen hätten für die Gesellschaft denselben Wert und mithin dasselbe Recht auf Entschädigung. Wer wollte im Ernst der Arbeit eines Maschinenheizers oder Stallknechts denselben Wert beilegen wie den Tätigkeiten eines Arztes oder eines Lehrers an einer Hochschule? Möchte sich nun jemand Scharfsinn und Weisheit genug zutrauen, um mit Berücksichtigung all der genannten Faktoren den relativen Wert jeder Beschäftigung nach den Anforderungen der Gerechtigkeit zu bestimmen? Wie leicht werden sich hierüber ganz verschiedene Urteile bilden? Der eine wird diese, der andere jene Beschäftigung für wertvoller ansehen. Hierin hängt eben sehr viel von subjektiver Anschauung ab. Wird sich ein so verwickelter, von subjektiver Meinung abhängiger Maßstab durchführen lassen, ohne zu beständiger Mißgunst und Zwietracht Veranlassung zu geben?

Aus dem eben genannten Grunde ergibt sich auch die Unzulässigkeit des von Rodbertus vorgeschlagenen Maßstabes der Produktenverteilung. Er will den Ertrag nach dem normalen Werkarbeitstag

Digitized by Google

verteilt wissen[1]. Man soll zunächst den normalen Zeitarbeitstag oder Normalarbeitstag[2] berechnen, d. h. die Zeit, welche ein Arbeiter mit mittlerer Kraft und Anstrengung dauernd in einem Gewerbe täglich zu arbeiten vermag. Diese Zeit ist für verschiedene Gewerbe verschieden. Hat man diesen Normalarbeitstag gefunden, so soll weiter die Leistung bestimmt werden, „die ein mittlerer Arbeiter bei mittlerer Geschicklichkeit und mittlerem Fleiß während eines solchen Normalarbeitstages in seinem Gewerbe zu liefern imstande ist". Diese Leistung nennt Rodbertus den normalen Werkarbeitstag im Unterschied zum bloßen normalen Zeitarbeitstag.

Der normale Werkarbeitstag (d. h. die normale Leistung) in einem Gewerbe hat nach Rodbertus denselben Wert wie der normale Werkarbeitstag in jedem andern Gewerbe, oder allgemeiner ausgedrückt: Produkt von gleicher Werkzeit sind einander an Wert gleich. Bildet z. B. ein Paar Schuhe den normalen Werkarbeitstag im Schusterhandwerk und ein Tisch fünf normale Werkarbeitstage im Schreinerhandwerk, so hat der Tisch den fünffachen Wert von dem Paar Schuhe.

Man hat sich schon der Mühe unterzogen, für einzelne Handwerke die normale Leistung genau auszurechnen. Selbst für die einfachsten Handwerke erheischt das sehr ausgedehnte und verwickelte Rechnungen, die im besten Fall nur annähernd richtig sein können. Denn, wie Rodbertus selbst bemerkt, es genügt nicht, daß man bloß die unmittelbar vom Schuster zur Herstellung der Schuhe aufgewendete Arbeit berechne, sondern man muß auch berechnen, wieviel dabei die Werkzeuge sich abgenutzt haben; dazu ist wieder notwendig, daß man den Wert aller Werkzeuge und Stoffe, z. B. des Leders, Drahtes, der Ahlen, Nägel, Hämmer usw., bestimme und wie viele Werkarbeitstage darin enthalten seien.

Dieser Rodbertussche Vorschlag ruht auf der Voraussetzung, der Wert einer Sache werde einzig und allein durch die zu seiner Produktion aufgewendete Arbeit bestimmt. Diese Voraussetzung ist irrig[3]. Besserer Wein, besseres Holz, besseres Korn, ein besserer

[1] Der Normalarbeitstag. Separatabdruck aus der „Berliner Revue" 1871.
[2] Vgl. oben S. 57 Anm.
[3] Vgl. oben S. 234 ff.

Digitized by Google

Acker werden höher bezahlt als schlechtere Güter derselben Art, und zwar unabhängig von der darauf verwendeten Arbeit.

Worauf es bei Bestimmung des Wertes einer Sache zumeist und an erster Stelle ankommt, ist ihre Nützlichkeit oder Brauchbarkeit. Das gilt auch, wie wir schon gezeigt haben, von der menschlichen Arbeitskraft, und man kann deshalb nicht die tägliche normale Leistung in einem Gewerbe derselben Leistung in einem andern Gewerbe allgemein gleichsetzen.

Der normale Werkarbeitstag ist ferner als Verteilungsmaßstab unbrauchbar, weil er sich auf sehr viele Gewerbe und Tätigkeiten gar nicht anwenden läßt. Wer will den normalen Werkarbeitstag oder die normale Leistung für einen Arzt, einen Professor, Lehrer, Astronomen, Geschichtsforscher, Beamten usw. berechnen? Gewiß, der Schneider oder Schuster kann das Produkt seiner Arbeit aufbewahren und es von den dazu bestellten Sachkundigen abschätzen lassen. Aber was soll der Arzt, der Forscher, der Astronom, der Beamte, der Lehrer den Sachkundigen vorlegen. Was soll der Landmann vorweisen, wenn ihm Dürre, Frost oder Hagel die Ernte ganz oder zum Teil vernichten? Was der Jäger, der Fischer, wenn sie bei ihrer Arbeit kein Glück gehabt haben?

Der normale Werkarbeitstag paßt endlich nicht in das sozialdemokratische System, weil er notwendig bedeutende gesellschaftliche Ungleichheiten im Gefolge hätte. Rodbertus gesteht selbst, der Werkarbeitstag bringe das Prinzip des Stücklohnes in den Sozialistenstaat. Erhält z. B. derjenige, welcher einen normalen Werkarbeitstag leistet, einen Lohn gleich eins, so erhält derjenige, der in derselben Zeit zwei normale Werkarbeitstage leistet, das Doppelte, derjenige, der nur einen halben zu leisten vermag, nur die Hälfte. Nun ist sehr wohl möglich, daß ein gesunder, kräftiger, geschickter Arbeiter das Zweifache oder gar Dreifache von dem zu leisten vermag, was ein anderer, minder begabter und schwächlicher zustande bringt. So würden sich bald sehr große gesellschaftliche Unterschiede bilden, besonders wenn der schwächere Arbeiter noch durch Krankheit oder Unglück für längere Zeit an der Arbeit gehindert wäre. Denn wir wollen annehmen, daß derjenige, welcher den ganzen Tag arbeitet, ein besseres Einkommen erhält als derjenige, welcher krank und arbeitsunfähig

Digitized by Google

ist. Sonst würde es an jedem Antrieb zur Arbeit fehlen und der Zudrang zu den Krankenhäusern stromartig werden. Mögen die Sozialdemokraten noch so viele schöne Redensarten über „Gemeinsinn" und Hingabe an das Gesamtwohl verschwenden: die Arbeitsscheu, die nun einmal bei einem großen Teil der Menschheit vorhanden ist, werden sie dadurch nicht beseitigen.

Die eben vorgebrachten Gründe sprechen auch gegen den von Marx vorgeschlagenen Verteilungsmaßstab. Auf der niedrigeren Stufe, in der die kommunistische Gesellschaft eben erst aus der kapitalistischen hervorgeht, soll jeder Produzent genau von der Gesellschaft zurückerhalten, was er ihr gibt. „Was er ihr gegeben hat, war sein individuelles Arbeitsquantum. Zum Beispiel der gesellschaftliche Arbeitstag besteht aus der Summe der individuellen Arbeitsstunden; die individuelle Arbeitszeit des einzelnen Produzenten ist der von ihm gelieferte Teil des gesellschaftlichen Arbeitstages, sein Anteil daran. Er erhält von der Gesellschaft einen Schein, daß er so und so viel Arbeit geliefert (nach Abzug seiner Arbeit für die gemeinschaftlichen Fonds), und zieht mit diesem Schein aus dem gesellschaftlichen Vorrat von Konsumtionsmitteln so viel heraus, als gleich viel Arbeit kostet. Dasselbe Quantum Arbeit, das er der Gesellschaft in einer Form gegeben hat, erhält er in einer andern zurück." [1]

Dunkel fürwahr ist der Rede Sinn! „Er erhält einen Schein, daß er so und so viel Arbeit geliefert." Sollte damit gemeint sein, die bloße Arbeitszeit habe als Verteilungsmaßstab zu dienen, so wurde die Ungerechtigkeit und Unbrauchbarkeit desselben schon nachgewiesen. Marx gesteht selbst, daß nicht alle Arbeiter dasselbe leisten. Will man aber das Quantum oder die Masse der verausgabten Arbeit berechnen, so muß auch der Fleiß, das Geschick, die Intensität und die Kraft in Betracht gezogen werden. Diese lassen sich aber in unzähligen Fällen gar nicht bestimmen. Wer will bei einem Arzt oder einem Krankenwärter, bei einem Forscher oder Lehrer das Quantum der gelieferten Arbeit (Intensität, Geschick, Fleiß usw.) berechnen? Wenn aber auch dieses Quantum feststünde, welches ist das Quantum Arbeit, das in einem Pfund Brot oder einem Liter Milch steckt? Endlich ist es, wie oben bemerkt, ungerecht, daß man bloß die Quantität und nicht auch die Qualität der Arbeit in Betracht ziehe. Nicht alle Arbeiten haben für die Gesellschaft denselben Wert.

[1] Marx, Zur Kritik des sozialdemokratischen Parteiprogramms ebd. 566.

Digitized by Google

§ 4. Der Fleiß.

Noch weniger als die Leistung kann der Fleiß allein zur Richtschnur der Verteilung dienen. Es wäre ungerecht, bei der Verteilung bloß den Fleiß zu berücksichtigen, weil das den geschickten und schnellen Arbeiter dem dummen und langsamen gleichstellen hieße. Wie könnte man ferner den Fleiß eines jeden genau bestimmen? Bellamy[1] meint, jeder solle im Sozialistenstaat das gleiche erhalten, wenn er die gleiche Anstrengung mache oder das Beste leiste, dessen er fähig ist. Das ist leicht gesagt; aber wer urteilt darüber, ob jeder sein Bestes tue? Wie soll man sich darüber eine sichere Meinung bilden können? Höchstens durch ein sehr entwickeltes gegenseitiges Überwachungs- und Ausspähungssystem. Das wäre aber eine unerträgliche Fessel, welche das souveräne Volk schon am zweiten Tage mit Unwillen zerreißen würde. Doch selbst wenn eine solche Kontrolle Dauer erlangte, wie leicht ist es, die Aufseher zu täuschen, besonders wenn viele Arbeiter gemeinsame Sache machen! Und welche Bürgschaft böte ein vom Volk gewählter und jeden Augenblick absetzbarer Aufseher? Wenn endlich ein Arbeiter sich Mangel an Fleiß zuschulden kommen läßt, wieviel soll ihm von seiner Besoldung entzogen werden? Wem steht das Urteil darüber zu?

---

[1] Ein Rückblick 75 ff. Der amerikanische Romanschreiber behandelt in seinem Zukunftsstaat die Menschen wie Kinder. In den drei ersten Jahren, wo die jungen Leute in die „industrielle Armee" eintreten (vom 21. Lebensjahre an!), werden sie streng an Gehorsam und Hingabe gewöhnt. Über ihre Leistungen wird Buch geführt, die Tüchtigen werden belohnt, die Nachlässigen bestraft. Erst am Ende dieser Zeit dürfen sie einen besondern Beruf wählen und müssen nun eine Lehrzeit durchmachen, während welcher das Zeugnisbuch für einen jeden fortgeführt wird, worin seine Fähigkeit und sein Fleiß genau vermerkt und durch angemessene Belohnung ausgezeichnet werden. In allen Gewerben sind die Arbeiter in drei Grade eingeteilt, in Arbeiter ersten, zweiten und dritten Grades. Die Rangordnung wird periodisch neu festgestellt und in den Zeitungen bekannt gemacht. Die Arbeiter ersten Grades tragen eine goldene, die des zweiten eine silberne und die des dritten Grades eine eiserne Medaille usw. Solche Vorschläge passen höchstens für die Kinderstube!

Digitized by Google

§ 5. Das Bedürfnis.

Am allerwenigsten wäre es gerecht und durchführbar, den Arbeitsertrag nach dem Bedürfnisse eines jeden zu verteilen. „Jedem nach seinen Bedürfnissen", sagt Marx. Auch nach den unvernünftigen? Marx setzt wahrscheinlich voraus, in der Zukunftsgesellschaft gebe es keine unvernünftigen Bedürfnisse mehr. Etwas behutsamer sagte das Gothaer Programm: „jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen". Welches sind die vernunftgemäßen Bedürfnisse? Nicht alle haben dieselben Bedürfnisse. Offenbar wäre es nicht ratsam, einem jeden selbst das Urteil über seine Bedürfnisse zu überlassen. Niemand ist in eigenen Dingen ein unparteiischer Richter, und außerdem lehrt die Erfahrung, daß oft Bedürfnis und Bescheidenheit nicht im richtigen Verhältnis zueinander stehen.

Es bliebe also wohl nichts übrig, als in jeder Gemeinde eine „Bedürfniskommission" einzusetzen, welche über die Bedürfnisse der einzelnen zu entscheiden hätte, z. B. wieviel Seidel Bier der Mann oder wann die Frau ein neues Kleid benötige. Und da diese Kommission aus lauter Solons und Aristides besteht, welche nicht nach persönlichen Rücksichten, sondern nur nach Recht und Gerechtigkeit urteilen und immer das Richtige treffen, und da ferner die sozialistischen Genossen von Gemeinsinn erfüllt sind und mit wenigem fürlieb nehmen, so wird sich natürlich dieses schwierige Geschäft sehr glatt abwickeln, und auch im Sozialismus alles sich in Frieden und Freude auflösen!

Fünfter Artikel.

Die Internationalität des Sozialismus.

§ 1. Der Sozialismus ist, wenn überhaupt, nur international durchführbar.

Schon aus dem oben bei Besprechung der Verteilung der Arbeitskräfte (S. 419 ff.) Gesagten läßt sich ersehen, daß eine sozialistische Organisation sich höchstens dann verwirklichen ließe, wenn sie international, d. h. wenigstens in allen großen Industriestaaten

Digitized by Google

gleichzeitig durchgeführt würde, also nicht nur in Europa, sondern auch in Amerika, Australien usw. Das geben viele Sozialisten ausdrücklich zu. So schreibt Edm. Fischer[1]: „Bisher lehrten wir immer, der Sozialismus sei nur international durchführbar." Um zu erkennen, wie vollkommen begründet diese Annahme ist, braucht man nur die Frage aufzuwerfen, wie ein stark bevölkerter sozialistischer Staat den genügenden Unterhalt für alle seine großen und kleinen Pflegebefohlenen aufbringen könne.

Unsere großen Staaten vermögen nur einen geringen Teil ihres Bedarfs im Inland zu produzieren. Nur durch großartige Einfuhr kann der Bedarf völlig gedeckt werden. Der Wert dieser Einfuhr beläuft sich heute in allen größeren Staaten auf mehrere Milliarden Mark. Dieser Einfuhr muß selbstverständlich eine mindestens ebenso große Ausfuhr entsprechen, und dazu bedarf es eines großen und sichern Absatzgebietes. Die Kulturstaaten sind also in ausgedehntem Maße auf den internationalen Handel angewiesen. Nun behaupte ich: ein sozialistisch organisierter Staat kann sich mitten unter oder neben nichtsozialistischen gar nicht halten; er kann die Konkurrenz nicht bestehen.

Zum Beweise für diese Behauptung kann ich mich auf das eigene Zeugnis der Sozialisten berufen. So oft man ihnen entgegenhält, daß in den von ihnen gegründeten Genossenschaften (Bäckereien, Buchdruckereien usw.) die Löhne nicht höher, die Arbeitseinrichtungen nicht besser, die Arbeitsstunden nicht geringer seien als in andern Privatunternehmungen, antworten sie immer, und mit Recht, eine sozialistische Einrichtung mitten unter privatkapitalistischen sei eine Unmöglichkeit. Der Bankrott vieler sozialistischer Organisationen beweist allerdings, daß die gerühmte Brüderlichkeit, die rege Schaffenslust und der opferwillige Gemeinsinn, von dem uns die sozialistischen Prediger so viel zu erzählen wissen, eitel Gerede sind. Aber er kann nicht als Beweis dienen, daß der Sozialismus rein ökonomisch undurchführbar sei, weil hier die Voraussetzungen fehlen, von welchen die sozialistische Organisation notwendig ausgehen muß.

[1] Sozialistische Monatshefte 1904 I 297.

Digitized by Google

Mit Recht sagt Edm. Fischer: „Sozialistische Produktion ist eine planmäßig geregelte Produktion. So lange in allen andern Ländern noch die kapitalistische Produktion besteht, eine planmäßige Regelung des internationalen Warenverkehrs nicht möglich ist, kann die für den Weltmarkt arbeitende Industrie eines Landes nicht auf eine sozialistische Grundlage gestellt werden. Zum Weltmarkt gehört aber auch der deutsche Markt. Deshalb ist die Sozialisierung der gesamten Produktion nur möglich, wenn sie international durchgeführt wird.“[1] Auch K. Kautsky gesteht: „Wo Staatsbetriebe mit Privatbetrieben konkurrieren, sind sie immer unterlegen. Die Produktion ist nicht gesteigert, sondern vermindert worden.“[2] Das gilt allgemein.

Der Grund, warum eine sozialistische Organisation unter nichtsozialistischen nicht bestehen kann, ist, weil die sozialistische vor allem das Wohl der Arbeiter fördern will. Sie verlangt möglichst hohen Lohn für die Arbeiter, möglichst kurze Arbeitszeit, möglichst bequeme und gesunde Arbeitseinrichtung usw. Wird nun ein Gemeinwesen, das nach solchen Gesichtspunkten eingerichtet ist, die Waren ebenso wohlfeil und schnell und in ebensolcher Menge auf den Markt liefern können als ein anderes, das nach ganz andern Gesichtspunkten eingerichtet ist, das möglichst wohlfeil und massenhaft zu produzieren sucht? Gewiß nicht. Es wird die Konkurrenz nicht aushalten. Entweder muß es die hohen Löhne herabsetzen und die Arbeitszeit verlängern oder Bankrott machen.

Was hier von dem Verhältnis kleiner Unternehmungen und Genossenschaften untereinander gesagt ist, gilt in ganz gleicher Weise von dem Verhältnis mehrerer Staaten. Ein sozialistisches Gemeinwesen wird die Konkurrenz mit nichtsozialistischen Staaten auf dem Weltmarkt auch nicht einen Tag bestehen können[3], und zwar noch

---

[1] Sozialistische Monatshefte 1919, S. 268.

[2] „Germania“ 1919, Nr. 171.

[3] Es ist so wie Graf Posadowsky am 13. März 1919 in der deutschen Nationalversammlung sagte: „Jede Leitung gewerblicher Unternehmungen durch einen Beamtenapparat wird immer zu langsam marschieren und gegenüber wechselnden Konjunkturen zu spät kommen.“

Digitized by Google

viel weniger als eine kleine sozialistische Genossenschaft. Denn mit der Größe der sozialistischen Organisation nimmt auch deren Schwerfälligkeit und Langsamkeit zu.

Hierzu kommen noch andere Schwierigkeiten. Ein sozialistischer Staat unter nichtsozialistischen müßte z. B. für alle Produkte eine doppelte, von ganz verschiedenen Grundsätzen ausgehende Wertbestimmung treffen. Im Innern des Landes würden die Produkte nach der in ihnen enthaltenen gesellschaftlich notwendigen Arbeit taxiert und verteilt; im internationalen Handel dagegen müßten sich die Preise nach Angebot und Nachfrage regeln; er müßte ferner für den internationalen Handel Geld, und zwar auch Papiergeld besitzen, endlich große Warendepots für die Ein- und Ausfuhr. Würden die riesigen Quanten von öffentlichen Geldern und Waren aller Art nicht auch zu großartigem Unterschleif Veranlassung geben?

Wenn nun gar ein sozialistisches Gemeinwesen mit andern, nichtsozialistischen Staaten in einen Krieg verwickelt würde, müßte die Gesamtproduktion in kürzester Frist in volle Unordnung, ja ins Stocken geraten. Schon der Umstand, daß Hunderttausende der besten Kräfte plötzlich der Gesamtproduktion entzogen würden, müßte äußerst störend in den Gesamtbetrieb eingreifen und die angestellten Berechnungen in Unordnung bringen. Und wenn nun gar der Feind ins Land rückte und die Verbindungen mit den Zentralstellen unterbräche, was dann? Wie könnte dann noch die planmäßige Regelung bestehen bleiben? Heute sind die schädlichen Einwirkungen solcher Kriege viel geringer wegen der größeren Dezentralisation und der größeren Unabhängigkeit der Privatwirtschaften untereinander. Freilich sagt Bebel: Kriege kommen dann gar nicht mehr vor; wir sind in der Zeit des ewigen Friedens. Wir denken aber: ob ein Krieg vorkomme oder nicht, hängt nicht bloß vom sozialistischen Staat, sondern auch von den ihn umgebenden Völkern ab. Werden sich die Sozialisten alle Zurücksetzungen, Beschimpfungen, Ungerechtigkeiten von seiten der andern Nationen gutmütig gefallen lassen?

Das sind nur einige von den Schwierigkeiten, denen ein sozialistisches Gemeinwesen unter nichtsozialistischen ausgesetzt wäre. Wir hegen deshalb keinen Zweifel: der Sozialismus ließe sich über-

Digitized by Google

haupt nur verwirklichen, wenn er gleichzeitig wenigstens in allen wichtigeren Kulturländern durchgeführt würde. An eine solche internationale Durchführung des Sozialismus ist aber ganz und gar nicht zu denken. Von andern Ursachen ganz abgesehen, steht dem schon die nationale Abneigung und Eifersucht im Wege, die in unserem Jahrhundert nicht nur nicht abgenommen, sondern stetig zugenommen hat. Der nationale Chauvinismus war nie größer als heute. Und dann denke man erst an die kolossalen Schwierigkeiten einer einheitlichen Regelung der Produktion und Verteilung in einem so ungeheuern Gebiet, wie es die heutigen Kulturstaaten einnehmen, deren Kreis sich beständig erweitert!

§ 2. Die sozialistische Botschaft vom „ewigen Frieden".

Die Sozialisten versprechen der Welt, wie aus den oben angeführten Worten Bebels hervorgeht, den ewigen Frieden. Lange waren die Sozialdemokraten ganz berauscht von ihrem stolzen Machtbewußtsein, dem der Dichter Georg Herwegh in dem bekannten Arbeiterlied Ausdruck verliehen:

Mann der Arbeit, aufgewacht
Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
Wenn dein starker Arm es will.

Allerdings hat der jämmerliche Zusammenbruch der Internationale bei Ausbruch des Weltkrieges dieses Machtbewußtsein etwas gedämpft, aber es ist keineswegs erloschen. Noch unlängst wurde im „Vorwärts" das Christentum verhöhnt, das den Frieden gepredigt, aber die Kriege nicht gehindert habe. Dem gegenüber wird die sozialistische Internationale als die große Friedensorganisation gepriesen, welche der Welt endlich den dauernden Frieden bringen werde. Nicht Rom, sondern Stockholm sollte der Welt den Frieden bescheren.

Woher nimmt aber der Sozialismus das Recht, sich als den großen Friedensbringer aufzuspielen? Er ruht ganz auf der „materialistischen Geschichtsauffassung", die in der Politik, der Moral, der Religion, dem Recht nur den Niederschlag oder Reflex der jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnisse erblickt. Mit den wirtschaft-

Digitized by Google

lichen Bedingungen ändert sich stets der ideologische Überbau[1]. Wie kann nun eine solche nur auf wirtschaftlichen Interessen ruhende und aus ihr hervorgehende Moral, Politik, Religion, Rechtsordnung jemals ein dauerndes Band der Menschenverbrüderung abgeben? Jean Jaurès schrieb kurz vor dem Weltkriege: „Hochmut und Unwissenheit entzweien im Grunde die Völker noch öfter als ihr Eigennutz. Auf der bestimmten Grundlage der Rechtlichkeit können die Interessen sich einander anpassen, und es gibt eine natürliche Grenze der Ansprüche, da es eine Grenze für deren natürliche Bedeutung gibt. Im Gegenteil: Machtgier ist unerträglich, und das sozialistische Streben geht dahin, sie aus den menschlichen Angelegenheiten auszuschalten.“[2]

Der Sozialismus will die Machtgier aus den menschlichen Angelegenheiten ausschalten? Ja, wie will er das bewerkstelligen? Er ruht selbst ganz auf der Machtgier des Proletariats. „Mann der Arbeit, aufgewacht und erkenne deine Macht!“ Deshalb schmäht er über die „verfluchte Genügsamkeit“ der Proletarier. Sie sollen nicht länger Amboß sein, sondern Hammer werden. Und nun will der Sozialismus die Machtgier aus den menschlichen Angelegenheiten ausschalten! Da müßte er ja die Grundlage zerstören, auf der er ruht.

Vielleicht wird man erwidern, es sei hier nur von der Machtgier der Nationen die Rede. Aber diese ist nur die Frucht oder die Resultante aus der Machtgier der Individuen. Man kann nicht den Nationen die Machtgier verbieten, wenn man sie in den Individuen züchtet. Diesen aber wirksam Selbstlosigkeit, Selbstzucht zu predigen, dazu ist der Sozialismus mit seiner Moral nicht imstande. Denn diese Moral ist nach der materialistischen Geschichtsauffassung nur der Ausfluß und der Widerschein der ökonomischen Interessen und selbstsüchtigen Triebe[3]. Wie wahr das ist, beweist die Geschichte seit Ausbruch der deutschen Revolution. Seitdem die Mehrheitssozialisten an der Regierung sind, haben sie zwar ihre Taktik geändert. Während sie früher die Arbeiter verhetzten, predigen sie jetzt

[1] Vgl. oben S. 202 ff.

[2] „Vorwärts“ Nr. 17, Sonntagsbeilage vom 29. April 1917.

[3] Vgl. oben S. 211 ff.

Digitized by Google

in allen Tonarten „Arbeitsamkeit", „Genügsamkeit", „Gemeinsinn", „Mitarbeit am Aufbau der Gesellschaft". Aber mit welchem Erfolge? Das sehen wir täglich vor uns. Wäre „der Noske" nicht da, hätten wir jeden Augenblick neue Putsche und Krawalle.

Welche Autorität sollte auch diese sozialdemokratische Moral ohne Gott und ohne jenseitige Vergeltung beanspruchen können? Der Mensch will nun einmal zum vollkommenen Glück gelangen. Hat er den Glauben an Gott und das Jenseits verloren, wie das beim echten und konsequenten Sozialisten der Fall ist, dann wird er hienieden sein Glück, die Befriedigung seiner Triebe suchen und sich um die Moral nur so weit kümmern, als sie dieser Befriedigung nicht im Wege steht. Mit Redensarten von sittlichen Idealen, Kulturfortschritt und Menschheitswohl kommt man nicht weit.

Wir können also sicher sein, der Sozialismus wird die Machtgier, die Profitwut und die Genußsucht nicht „aus den menschlichen Angelegenheiten ausschalten" und deshalb auch die Quelle der Kriege nicht beseitigen.

Die Sozialisten setzen auch große Hoffnungen für den ewigen Frieden auf einen allgemeinen „Völkerbund". Dieser Völkerbund ist aber nichts speziell Sozialistisches. Es ist zu wünschen und zu hoffen, daß ein solcher Bund auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller selbständigen Völker zustande komme und das Seinige beitrage, um die Kriege zu hindern; ob er aber imstande sein werde, den „ewigen Frieden" zu bringen, ist eine andere Frage. Übrigens ist ein solcher „Völkerbund" auf sozialistischer Grundlage ganz unmöglich, da eine alle Nationen umfassende internationale Organisation der sozialistischen Wirtschaftsordnung eine bare Unmöglichkeit ist, wie wir schon gezeigt haben.

Sechster Artikel.

Die Familie der sozialistischen Gesellschaft.

Die Familie ist ohne Zweifel ein unentbehrlicher Grundpfeiler jedes geordneten Staatswesens. Zerstört der Sozialismus die Familie, so muß er als ein Feind der Ordnung und Freiheit, der Zivilisation und des Christentums angesehen werden.

Digitized by Google

§ 1. Die Ehe.

Wir behaupten nicht, daß der Sozialismus an das gesetzliche Verbot oder die gewaltsame Auflösung der Familie denke. Kautsky tut sehr entrüstet über dergleichen der Sozialdemokratie gemachte Vorwürfe. „Nur die gröbste Fälschung kann ihr diese Absicht unterschieben, und nur ein Narr kann sich einbilden, daß eine Familie durch Dekrete geschaffen oder beseitigt werden könne.“ [1] Es ist bei den sozialdemokratischen Schriftstellern nachgerade Mode geworden, sich über Einwendungen zu ereifern, an die niemand denkt. Wir behaupten bloß, die Auflösung der Familie sei die naturnotwendige Konsequenz der sozialdemokratischen Grundsätze und Forderungen. Der Beweis für diese Behauptung ist leicht zu erbringen.

1. Wer das Eheband auflöst, zerstört die Familie. Denn die Ehe ist die Wurzel und Grundlage der ganzen Familie. Nun aber löst der Sozialismus mit seiner Gleichheitstheorie die Ehe auf und würdigt sie zu einem auf reiner Laune beruhenden Liebesverhältnis herab. Schon Marx hat darauf hingewiesen, daß die moderne Großindustrie mit der entscheidenden Rolle, die sie den Weibern, jungen Personen und Kindern beiderlei Geschlechts in gesellschaftlich organisierten Produktionsprozessen jenseits der Sphäre des Hauswesens zuweist, die neue ökonomische Grundlage für eine „höhere Form der Familie und das Verhältnis beider Geschlechter“ schaffe. Es sei albern, fügte er hinzu, die christlich-germanische Form oder irgendeine andere Form der Familie für absolut zu halten [2].

Wie haben wir uns diese „höhere Form“ des Verhältnisses beider Geschlechter im Sinne der Sozialdemokraten zu denken?

Das Erfurter Programm verlangt: „Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlichrechtlicher und privatrechtlicher Beziehung dem Manne unterordnen.“ Damit ist wenigstens die Einheit der Familie, die notwendig ein Haupt erfordert, zerstört.

[1] Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil erläutert 146.
[2] Das Kapital I 455.

Digitized by Google

Wer soll entscheiden, wenn Mann und Frau in bezug auf den Aufenthaltsort u. dgl. nicht miteinander übereinstimmen?

Engels meint, in der Zukunftsgesellschaft werde zwar die Monogamie bleiben, wegfallen aber werde die Unauflöslichkeit der Ehe. „Ist nur die auf Liebe gegründete Ehe sittlich, so auch nur die, worin die Liebe fortdauert. Die Dauer des Anfalls der individuellen Geschlechtsliebe ist aber nach den Individuen sehr verschieden, namentlich bei den Männern, und ein positives Aufhören der Zuneigung oder ihre Verdrängung durch eine neue leidenschaftliche Liebe macht die Scheidung für beide Teile wie für die Gesellschaft zur Wohltat. Nur wird man den Leuten ersparen, durch den nutzlosen Schmutz eines Scheidungsprozesses zu waten." [1] Sobald also der „Anfall der individuellen Geschlechtsliebe" aufhört oder eine Leidenschaft zu einer andern Person entbrennt, können sich die Ehegatten trennen, und zwar ohne daß es eines Ehescheidungsprozesses bedarf.

„In der Liebeswahl", schreibt Bebel über die Stellung der Frau in der sozialistischen Zukunft, „ist sie gleich dem Manne frei und ungehindert. Sie freit oder läßt sich freien und schließt den Bund aus keiner andern Rücksicht als auf ihre Neigung. Dieser Bund ist ein Privatvertrag ohne Dazwischenkunft irgend eines Funktionärs, wie die Ehe bis ins Mittelalter ein Privatvertrag war [2]. . . . Der Mensch soll unter Voraussetzung, daß die Befriedigung seiner Triebe keinem andern Schaden oder Nachteil zufügt, über sich selbst befinden. Die Befrie-

[1] Der Ursprung der Familie, des Privateigentums usw. 72.

[2] Das ist ein Irrtum. Die Kirche hat die Ehe nie als reine Privatsache angesehen, um welche sie sich nicht zu kümmern hätte. Die Ehe ist nach katholischer Lehre ein von Christus eingesetztes und der Verwaltung der Kirche anvertrautes Sakrament. Deshalb hat die Kirche von jeher die Ehegesetzgebung gehandhabt und namentlich Ehehindernisse aufgestellt. Außerdem erklärte sie jede Ehe, die nicht vor der Kirche (in facie ecclesiae) eingegangen wurde, für unerlaubt (illicitum). Wenn sie trotzdem bis zum Konzil von Trient die heimlich eingegangene Ehe als gültig (validum) anerkannte — wofern kein sonstiges Ehehindernis vorlag —, so tat sie dies nur, um größere Übel zu verhindern. Die Eheleute waren auch dann für ewig gebunden. Was hat aber diese Einrichtung mit dem regellosen Geschlechtsverkehr im Sinne Bebels gemein, der jeder öffentlichen Gewalt das Recht abspricht, sich in die Ehesachen zu mischen, und den Eheleuten erlaubt, auseinanderzulaufen, sobald es ihnen beliebt?

Digitized by Google

digung des Geschlechtstriebes ist ebenso jedes einzelnen persönliche Sache wie die Befriedigung jedes andern Naturtriebes. Niemand hat darüber andern Rechenschaft abzulegen, und kein Unberufener hat sich einzumischen. . . . Einsicht, Bildung, Unabhängigkeit werden jeden davor bewahren, Handlungen zu begehen, die zu seinem Nachteil gereichen. . . . Stellt sich zwischen zwei Menschen, die einen Bund geschlossen, Unverträglichkeit, Enttäuschung, Abneigung heraus, so gebietet die Moral (!), die unnatürlich und darum unsittlich gewordene Beziehung zu lösen." [1]

„Mehr als je", sagt Kautsky, „verlangen heute die Menschen nach der Möglichkeit, ihre Persönlichkeit frei zu entwickeln und ihre Verhältnisse zu andern Menschen um so freier zu bestimmen, je zarter und individueller diese Verhältnisse sind, also vor allem ihre ehelichen Verhältnisse, aber auch ihre Verhältnisse als Künstler und Denker zur Außenwelt." [2] „Kommunismus in der materiellen Produktion, Anarchismus in der geistigen: das ist der Typus einer sozialistischen Produktionsweise, wie sie aus der Herrschaft des Proletariats . . . entwickelt wird." [3] Nur das Unterrichtswesen soll von diesem Gesetze ausgenommen und völlig dem Staat überliefert werden.

Recht bezeichnend für die sozialistische Auffassung der Ehe ist ein geradezu infamer Artikel, den die „Neue Zeit" aus der Feder von Oda Olberg brachte [4]. Die herrschende geschlechtliche Moral — wird da ausgeführt — hat sich überlebt. Man darf den Frauen, die gesund sind, das „Recht auf Mutterschaft" nicht streitig machen, gleichviel ob sie einen Trauschein haben oder nicht. Der Artikelschreiberin kommt es unbegreiflich vor, daß unsere Zeit es noch nicht dahin gebracht, das „Anathem von dem Weibe zu nehmen, das außer der Ehe Mutter wird". Nur der Geschlechtsegoismus des Mannes zieht die Trennungslinie zwischen anständigen und unanständigen Frauen. „Darum tue ein jeder das Seine und erleichtere es den tapfern Frauen (!), die den Mut haben, dem Gekläff der vielzuvielen zum Trotze, ihre ewigen Rechte vom Himmel herunterzuholen und sich offen zu ihnen zu bekennen." Eine höhere Einschätzung der Mutterschaft erhofft die Schreiberin von dem Sinken der Geburtenzahl.

[1] Bebel, Die Frau 475 ff.
[2] Am Tage nach der sozialen Revolution 43.
[3] Ebd. 45.
[4] Vgl. 22. Jahrg. II 812 ff.

Digitized by Google

„Wenn erst die ... Erwägungen, die für die Aufhebung der Bestrafung des Abortus sprechen, vom Strafrecht anerkannt sein werden, so wird auch der außerehelichen Mutterschaft, mit dem Merkmal der freien Entschließung, eine neue Würde verliehen werden." „Durch die Freistellung des Abortus wird man der Anerkennung der außerehelichen Mutterschaft wesentlich den Weg ebnen."[1]

Wie den Abortus, so empfehlen viele Sozialisten auch den Neomalthusianismus oder die freiwillige Beschränkung der Kinderzahl durch Verhinderung der Konzeption. Der bekannte Statistiker Hans Rost hat für Deutschland nachgewiesen, „daß je größer in einer Stadt der Prozentsatz sozialdemokratischer Stimmen, um so geringer ihre allgemeine Geburtsziffer ist."[2] In der sozialdemokratischen Presse wurde immer wieder

[1] Ähnlich schreibt Henriette Fürth in den Sozialistischen Monatsheften 1908, 1613: Die heutige Ehe taugt nicht. „Die wirkliche Sittlichkeit fordert darum den Kampf gegen die kirchlich und staatlich sanktionierte lebenslängliche Zwangsehe." Sie will zwar nicht jede gesetzliche Ordnung der Geschlechtsbeziehungen verwerfen, diese brauchen wir, aber nicht „als lebenslängliche Galeerensklaverei, sondern als Zügel, den wir uns anlegen, den wir aber, wenn es sein muß, auch selbst entfernen können". Außerdem ist diese Gesetzgebung nur für noch innerlich Unfreie. Es gibt aber Menschen, die diese Zügel nicht mehr brauchen. „Wir grüßen sie als die wirklichen Pfadfinder einer freien Sittlichkeit." Also das Ziel ist völlige geschlechtliche Freiheit, die „ethische Ehe", die keine andere Fessel kennt als die eigene Verantwortlichkeit. — Viele ähnliche Äußerungen über die sozialistische Zukunftsehe habe ich zusammengestellt in den Artikeln „Die sozialdemokratische Familie der Zukunft" (Stimmen aus Maria-Laach LXXII [1907] 263 ff. 381 ff.). Erwähnt sei nur noch die Hoffnung, die der „Vorwärts" (1918, Nr. 96) ausspricht, der Krieg werde auch für die Stellung der Gesellschaft zu den Unehelichen eine „Neuorientierung" bringen: weil mehr Nachwuchs nötig sei und jeder Nachwuchs willkommen sein müsse, „wird man das uneheliche Kind anders als sonst einschätzen — und hoffentlich auch die ledige Mutter. Die zum Schutze der ledigen Mutter und ihrer Kinder wirkenden Vereine bemühen sich, die günstigere Stimmung der Kriegszeit auszunutzen und doppelt eifrig für die Anerkennung des Menschenrechtes ihrer Schützlinge (d. h. des Rechtes auf außereheliche Mutterschaft) zu werben." In einem vom „Bund für Mutterschutz" veranlaßten Vortrag mahnte Frau Gertrud David die Anwesenden, „jeder möge dazu mithelfen, daß aus den Geächteten (unehelichen Müttern) einmal Geachtete werden".

[2] Beiträge zur Moralstatistik (Paderborn 1913) 17 ff.

Digitized by Google

betont, die Arbeiter sollten durch Einschränkung der Kinderzahl der Konkurrenz zu vieler Arbeiter vorbeugen und es den Reichen überlassen, Kanonenfutter in die Welt zu setzen. Eine in Arbeiterkreisen weit verbreitete Flugschrift behandelt das Thema „Kindersegen und kein Ende"; eine andere hat den Titel: „Kindersegen und die Arbeiterklasse oder wie schütze ich mich vor starkem Familienzuwachs?" In der „Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek", die im Verlage des „Vorwärts" zu Berlin in Heften zu 20 Pfennig erscheint, werden in einem Hefte viele Fälle angeführt, wo nach sozialdemokratischer Ansicht die Konzeption verhindert werden muß. Es werden dann verschiedene Mittel zu diesem Zwecke angegeben (teilweise mit Abbildungen) und ihre Wirksamkeit erläutert. Zum Schluß werden noch solche Gründe angeführt, welche die Verhütung der Konzeption bei der ärmeren Bevölkerung als „wünschenswert" erscheinen lassen.

Unter der Überschrift „Sozialdemokratie und Geburtenrückgang" berichtet Kreisarzt Dr. Rauch in Eisleben in der „Zeitschrift für Medizinalbeamte"[1] folgendes: „In welch schamloser Weise die Sozialdemokratie die Empfängnis zu verhüten sucht, erhellt aus einem Vortrag, den am 28. Oktober vorigen Jahres Frau Alma Wartenberg aus Altona (anscheinend eine sozialdemokratische Wanderrednerin) im Sozialdemokratischen Verein in Schraplau hielt. Sie erklärte unter anderem: ‚Wenn der Staat auch noch so viele Gesetze gegen den Rückgang der Geburten schaffe, so müsse die Frau doch Herrin über ihren eigenen Körper bleiben. Das Recht, sich gegen Geburten zu schützen, stehe ihr selbst gegen den Willen ihres Ehemannes zu. Sie (die Vortragende) habe es sich zur Aufgabe gemacht, Frauen und Mädchen der arbeitenden Klasse über die Verhütung des Kindersegens aufzuklären, und würde sich freuen, bei ihren Bestrebungen die Unterstützung der Versammlung zu finden.'" Wie Dr. Rauch mitteilt, hat die Rednerin mit Hilfe von Lichtbildern sogar noch zur Veranschaulichung dieser Mittel gegriffen.

Auf dem vierten Kongreß für Neomalthusianismus in Dresden im Jahre 1911 konnte Max Hausmeister (Stuttgart) darauf hinweisen, daß sicherlich schon zwei Millionen Arbeiterfamilien nach neomalthusianischen Grundsätzen leben, d. h. ihre Kinderzahl willkürlich regeln[2].

Daß durch solche sozialdemokratische Auffassungen der Familie das Todesurteil gesprochen wird, liegt auf der Hand. Was bleibt

[1] 26. Jahrg., Nr. 3, herausgegeben am 5. Februar 1913.

[2] Vgl. Rost a. a. O.

Digitized by Google

von der Ehe, wenn die Gatten jeder Laune und plötzlichen Abneigung folgend auseinanderlaufen und ein neues Liebesverhältnis anknüpfen und durch Konzeptionsverhinderung oder Abortus sich ihren Pflichten entziehen können? Wir wollen uns jedoch mit derartigen Zeugnissen nicht begnügen, sondern dartun, daß der Sozialismus *seiner Natur nach* die Familie, diesen Grundstein der der gesellschaftlichen Ordnung, zerstören muß.

Schon der *atheistisch-materialistische* Standpunkt der Sozialdemokraten ist mit der Einheit und Unauflöslichkeit der Ehe unvereinbar. Wenn der Mensch kein höheres Ziel hat als möglichst viel irdischen Genuß, wie will man ihn unter das schwere Joch der Einheit und Unauflöslichkeit der Ehe beugen? Soll er für sein Leben mit einem Ehegatten zusammengebunden sein, den er nicht mehr leiden mag, der mit Krankheiten behaftet ist, sich des Ehebruchs oder anderer Verbrechen schuldig gemacht hat? Wenn sogar viele Verteidiger der bestehenden Gesellschaftsordnung die Forderung der Unauflöslichkeit des Ehebandes für zahlreiche Fälle als zu hart bezeichnen: wie will man dann die Sozialisten, denen es um möglichst viel Genuß zu tun ist, an dieses Gesetz binden? Mit epikureischer Lebensauffassung ist die Unauflöslichkeit der Ehe unvereinbar.

2. Die Grundlage, auf der zumeist die Unauflöslichkeit der Ehe und dadurch der ganzen Familie beruht, ist die Aufgabe der *Kindererziehung*. Gerade deshalb hauptsächlich ist die lebenslängliche Dauer der Ehe notwendig, weil sie durchschnittlich zur gebührenden Kindererziehung erfordert wird[1]. Wer diese der Familie entreißt, zerstört deren Hauptgrundlage.

Nun aber überliefert der Sozialismus Erziehung und Unterricht vollständig dem Gemeinwesen. Schon Marx und Engels forderten im „Kommunistischen Manifest" *„öffentliche und unentgeltliche Erziehung aller Kinder"*. Das Gothaer Programm verlangte *„allgemeine und gleiche Volkserziehung durch den Staat"*. In etwas dunklerer Form kehrt dieselbe Forderung

[1] Vgl. meine Moralphilosophie II[5] 418 ff.

Digitized by Google

im Erfurter Programm wieder: „Obligatorischer Besuch der öffentlichen Volksschulen. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehrmittel und der Verpflegung in den öffentlichen Volksschulen sowie in den höheren Bildungsanstalten für diejenigen Schüler und Schülerinnen, die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden." Hören wir hierüber die Hauptapostel des Sozialismus.

Fr. Engels sagt von der Zukunftsgesellschaft: „Die Pflege und Erziehung der Kinder wird öffentliche Angelegenheit; die Gesellschaft sorgt für alle Kinder gleichmäßig, seien sie eheliche oder uneheliche. Damit fällt die Sorge wegen der ‚Folgen', die heute das wesentlichste gesellschaftliche ... Moment bildet, das die rücksichtslose Hingabe eines Mädchens an den geliebten Mann hindert." [1]

Bebel schreibt: „Eine der Hauptaufgaben der neuen Gesellschaft muß sein, die Nachkommenschaft entsprechend zu erziehen. Jedes Kind, das geboren wird, ist ein der Gesellschaft willkommener Zuwachs, sie erblickt darin die Möglichkeit ihres Fortbestandes, ihre eigene Fortentwicklung; sie empfindet also auch die Verpflichtung, für das neue Lebewesen nach Kräften einzutreten. Der erste Gegenstand ihrer Sorge ist die Gebärende, die Mutter. Bequeme Wohnung, angenehme Umgebung. Einrichtungen aller Art, wie sie diesem Stadium der Mutterschaft entsprechen, aufmerksame Pflege für sie und das Kind sind die erste Bedingung. Die Mutterbrust dem Kinde zu erhalten, solange als möglich und notwendig erscheint, ist selbstverständlich" [2]. ...

„Sobald das Kind größer geworden ist, harren seiner die Altersgenossen zu gemeinsamem Spiel unter gemeinsamer Obhut. Alles, was nach dem Stande der Einsicht und des Bedürfnisses für seine geistige und körperliche Entwicklung geleistet werden kann, ist vorhanden. ... Den Spielsälen und Kindergärten folgt die spielende Einführung in die Anfänge des Wissens und die verschiedenen gewerblichen Tätigkeiten. Es folgt angemessene geistige und körperliche Arbeit, verbunden mit gymnastischen Übungen und freier Bewegung auf dem Spiel- und Turnplatz, auf der Eisbahn, im Schwimmbad. Übungsmärsche, Ringkämpfe und Exerzitien für beide Geschlechter folgen und ergänzen sich. Es soll ein gesundes, abgehärtetes, körperlich und geistig normal entwickeltes Geschlecht heran-

[1] Der Ursprung der Familie, des Privateigentums usw. 64—65.
[2] Bebel, Die Frau 449.

Digitized by Google

gebildet werden. Die Einführung in die verschiedenen praktischen Tätigkeiten, die Gartenkultur, den Ackerbau, das Fabrikwesen, die Technik des Produktionsprozesses, erfolgt Schritt vor Schritt. Darüber wird die geistige Ausbildung in den verschiedenen Wissensgebieten nicht vernachlässiget“ [1]....

„Dem hohen Kulturzustand der Gesellschaft entsprechend ist die Ausstattung der Lehrräume, der Erziehungseinrichtungen und Bildungsmittel beschaffen. Bildungs- und Lehrmittel, Kleidung und Unterhalt stellt die Gesellschaft, kein Zögling wird gegen den andern benachteiligt.“ [2]

„Die Erziehung muß ferner für beide Geschlechter gleich und gemeinsam sein. Die Trennung rechtfertigt sich nur in den Fällen, wo die Verschiedenheit des Geschlechtes sie zur absoluten Notwendigkeit macht.... Das sozialistische Erziehungssystem wird noch Höheres leisten. Gehörig geregelt und geordnet und unter ausreichende Kontrolle gestellt, währt es bis zu dem Alter, in dem die Gesellschaft ihre Jugend für mündig erklärt. Nunmehr sind beide Geschlechter im vollsten Maße befähigt, allen Rechten und Pflichten in jeder Richtung zu genügen. Jetzt hat die Gesellschaft die Sicherheit, nur tüchtige, nach allen Seiten hin entwickelte Glieder erzogen zu haben.“ [3]

---

[1] Bebel, Die Frau 450—451. [2] Ebd. 451.

[3] Ebd. 455—456. Ganz ähnliche Forderungen stellen Douai (in seinem Buche „Kindergarten und Volksschule“ [1876] 53), Wally Zepler (Sozialistische Monatshefte 1906 II 583) u. a. auf. Vgl. hierüber „Die sozialdemokratische Familie der Zukunft“ (Stimmen aus Maria-Laach LXXII [1907] 381 ff.). In der „Neuen Zeit“ (35. Jahrg. [1916] I 127) lesen wir: „Die Sozialdemokratie stellt der Mutterschaftsversicherung weitere Ziele und Aufgaben. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung sprengt die Grundlage der Familie als privatwirtschaftlicher Einheit und beraubt sie der Fähigkeit, ihre Funktionen der Kindererziehung und des Kinderunterhalts zu erfüllen. Diese Funktionen soll daher die Gesellschaft selbst übernehmen. Die Gesetze, die den Schutz der Mutter erzielen wollen, sollen derart gestaltet werden, daß sie den allmählichen Übergang der Fürsorge für Nachkommenschaft von der privaten Familie auf die Gesellschaft erleichtern.“ Erst auf diesem Wege werde das Entstehen der neuen Geschlechtsmoral, das Wachsen der kameradschaftlichen Gefühle zwischen dem Mann und der Frau bei vollkommener Unabhängigkeit voneinander eine wirkliche Beschleunigung erfahren.

Digitized by Google

Max Hirsch schrieb im „Vorwärts“ [1]: „Der soziale Staat wird bereit sein müssen, die Aufzucht selbst zu übernehmen. Nicht nur das keimende Leben, sondern auch die werdende Mutter muß in den sittlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Schutz des Staates treten.... Die kommenden Generationen dürfen nicht mehr nur Kinder ihrer Eltern, sondern auch Volkskinder, Staatskinder sein. Wer, Mann oder Frau, aus irgendeinem Grund nicht in der Lage ist, das erwartete oder schon vorhandene Kind zu ernähren und zu erziehen, dem soll die Möglichkeit gegeben sein, es der Allgemeinheit, dem Staat zur Aufzucht zu übergeben.“

Wie tief unsittlich solche Vorschläge sind, braucht kaum hervorgehoben zu werden. Folgerichtig ist übrigens diese ganze Beschlagnahme der Erziehung durch den Staat. Wenn der Sozialismus Ernst machen will mit der Gleichheit der Existenzbedingungen für alle, dann muß er vor allem die erste und allgemeinste Quelle der gesellschaftlichen Ungleichheit, nämlich die ungleiche Erziehung und Heranbildung, beseitigen; das kann nur dadurch geschehen, daß er die Erziehung zur öffentlichen Angelegenheit macht. Das würde natürlich die Mütter nicht hindern, ihre Kinder selbst zu stillen und die ersten Jahre zu hegen; aber Mütter und Kinder ständen in der Pflege der Gesamtheit. Es gibt ja keine Dienstboten, und Ärzte, Chirurgen, Hebammen usw. stehen im öffentlichen Dienste. Wer arbeiten kann, muß sich an der öffentlichen Produktion beteiligen; die Pflege der Arbeitsunfähigen liegt der Gesamtheit ob.

Wollte man die Sorge für die Kinder den Eltern überlassen, so könnte es geschehen, daß ein kinderloses Ehepaar, welches nie an der Arbeit verhindert ist, ein weit größeres Einkommen hätte als ein anderes, dem die Sorge für fünf, sechs oder mehr Kinder obliegt und das infolge davon oft an der Arbeit verhindert wird. Und wenn nun gar der Vater oder die Mutter erkrankte, so könnte es geschehen, daß eine Familie in eigentliches Elend geriete, während eine andere in Überfluß lebte. Wie sollte endlich eine Mutter ohne

[1] 1918, Nr. 356, Beilage.

Digitized by Google

Hilfe von Dienstboten imstande sein, eine Schar von sechs, sieben und mehr Kindern zu ernähren und zu erziehen? Wenn man also die Erziehung den Eltern selbst überlassen wollte, so müßte es jedenfalls Pflicht der Gesamtheit sein, ihnen je nach der Zahl der Kinder einen Zuschuß aus den öffentlichen Einkünften zukommen zu lassen und auch in Krankheitsfällen für die Kinder Sorge zu tragen. Kurz, die Ernährungslast müßte vom Staat den Eltern abgenommen werden.

Vielleicht um ängstliche Seelen zu beruhigen, behauptet Bebel, die Eltern behielten die Erziehung ihrer Kinder in Händen. „Die Erziehungsausschüsse, die bestehen, sind aus den Eltern — Männern und Frauen — und aus den Erziehern zusammengesetzt. Glaubt man, daß diese wider ihre Gefühle und Interessen handeln?“ [1] Als ob damit nicht tatsächlich den Eltern das Erziehungsrecht entzogen wäre! Es sind ja nicht Vater und Mutter, die allein über ihre Kinder verfügen, die Erziehung soll vielmehr nach Bebel in die Hände aller Eltern und Erzieher gelegt werden, die als ein Ganzes nach Mehrheit bestimmen, was zu geschehen hat. Außerdem vergesse man nicht, daß über diesem Erziehungsausschuß die Gesamtheit steht, die für die Verpflegung aufzukommen hat und deshalb gewiß die Leitung der Erziehung nicht aus ihren Händen gibt.

Es kann also kein Zweifel daran bestehen: sowohl die Ernährung als die übrige Erziehung der Kinder wäre in der sozialistischen Gesellschaft eine öffentliche Angelegenheit und würde von der Gesamtheit geleitet und überwacht. Damit fällt die Hauptaufgabe weg, um derentwillen man die Ehe als unauflöslich ansehen muß. Zur bloßen Kindererzeugung ist ein lebenslängliches Zusammenleben und Zusammenwirken nicht nötig. Was die Eltern innig zusammenkettet, ist nicht bloß das Dasein der Kinder, sondern vor allem das Bewußtsein, daß von ihren gemeinsamen Arbeiten und Mühen das Wohl und Wehe ihrer Nachkommen abhängt. Sie müssen für Auskommen und Heranbildung der Kinder sorgen: von ihrer Sorge zumeist hängt das Leben, der Stand, die gesellschaftliche Stellung

[1] Die Frau 452.

Digitized by Google

und Ehre und auch das ewige Wohl ihrer Kinder ab. Dieses Bewußtsein treibt sie zu rastlosem Schaffen an. Was sie durch ihre Mühe zusammengebracht, kommt ihren Sprößlingen zugute, in denen sie sozusagen fortleben und welche sie als die geborenen Erben der der Früchte ihrer Anstrengungen zurücklassen.

Das Bewußtsein hinwiederum, den Eltern nicht bloß das Leben, sondern auch die Erziehung und das Fortkommen in der Gesellschaft, kurz, alles zu verdanken, kettet die Kinder in inniger Liebe an ihre Eltern. Ihr Schicksal ist mit dem der Eltern unzertrennlich verknüpft, deshalb herrscht auch Gemeinsamkeit der Freuden und Leiden. Das alles fiele im Sozialismus weg, der die ganze Gesellschaft in eine einzige Familie umgestalten will. Was würde auch aus der elterlichen Autorität werden, wenn die Kinder wüßten, daß der Staat für ihre Erhaltung sorgt oder jedenfalls für sie den Eltern das Kostgeld bezahlt? Würde ein solches System nicht auch das Eingehen leichtsinniger Ehen mächtig befördern und ebenso die Auflösung derselben, da ja der Sozialismus die Ehe als reine Privatsache betrachtet?

§ 2. Erziehung und Unterricht.

Werfen wir noch einen Blick auf Erziehung und Unterricht im Sozialismus. Bebel verspricht (s. oben S. 428 u. 438) die wunderbarsten Erfolge im Erziehungsfach. Nun denke man sich aber die Kinder von ihren Eltern getrennt in großer Anzahl beisammen, zunächst in geräumigen Spielsälen oder Kindergärten, dann in Volksschulen, wo sie „spielend" in die Wissenszweige eingeführt werden. Wird wohl eine solche Massenerziehung eine befriedigende werden? Wir würden dies vielleicht für möglich halten, wenn es sich bloß um eine militärische Dressur für künftige Soldaten handelte. Aber eine solche Erziehung verallgemeinern, ist ein Widersinn[1].

[1] Besonders an der öffentlichen, gemeinsamen Erziehung ist Cabets Ikarien zugrunde gegangen. Die in den Ideen der Gleichheit und des Kommunismus erzogene, jeder Religion entfremdete Jugend war unbotmäßig, anmaßend, neuerungssüchtig, so daß es bald zu einem unerträglichen Zwiespalt zwischen der älteren und der jüngeren Generation kam. Vgl. oben S. 25 und 369.

Digitized by Google

Man kann sich auch nicht auf die heutigen Erziehungsanstalten berufen, wo die Kinder nicht bloß Unterricht, sondern auch Kost und Erziehung wie in der Familie erhalten. Denn um davon zu schweigen, daß die Kinder meistens erst in einem Alter von zehn oder mehr Jahren derartigen Anstalten übergeben werden und zudem immer nur einen kleinen Bruchteil der Jugend bilden, während der Sozialismus alle Kinder ohne Ausnahme in öffentliche Pflege und Erziehung nehmen will: so liegt der Hauptgrund der Verschiedenheit darin, daß die heutigen Erziehungsanstalten die Familie voraussetzen und von ihr gestützt werden. Die Lehrer sind die Stellvertreter der Eltern und werden von dem Ansehen derselben getragen. Wenn endlich ein Zögling unverbesserlich ist, so wird er zur eigenen und der Eltern Schande vor die Türe gesetzt. Das alles fiele im Sozialismus weg. Und nun nehme man dazu noch, daß die sozialistische Jugend ohne jede Religion aufwachsen, daß beide Geschlechter nicht getrennt sein sollen: was wird da aus dieser Jugend werden?

Unmöglich können ferner alle Kinder in allem unterrichtet und herangebildet werden. Bebel behauptet freilich wiederholt das Gegenteil, aber das ist eine bare Unmöglichkeit. Wir wollen zwar annehmen, bis zu einem gewissen Grade sei die Erziehung und der Unterricht für alle gleich. Aber über diese Grenze hinaus müßte notwendig eine Scheidung stattfinden. Nicht alle haben Talent zu höheren Studien und noch weniger zu allen höheren Studien. Nicht alle haben Anlagen zu allen Künsten und Handwerken. Will man sich also nicht mit einem ganz niedrigen und ungenügenden Maß von Ausbildung begnügen und die Oberflächlichkeit und Halbwisserei verallgemeinern, so müßte bald, etwa vom dreizehnten oder vierzehnten Jahre an, eine Scheidung der Kinder stattfinden, und müßten die einen diesem, die andern jenem Fache zugeteilt werden. Wer soll nun die Entscheidung treffen? Die Entscheidung den Kindern selbst oder ihren Eltern oder aber einem Machtspruch eines Ausschusses oder der Volksmehrheit anheimgeben, wäre untunlich. Die Eltern würden selbstverständlich ihre Kinder meistens für die höchste Ausbildung bestimmen, da sie selbst die Kosten und Mühen

Digitized by Google

davon nicht zu tragen haben. Von den Kindern dagegen würden bald die meisten, und unter ihnen vielleicht die fähigsten, an den erworbenen Kenntnissen genug haben. Die Entscheidung einem Ausschuß übertragen, würde leicht zu ungerechter Übervorteilung oder zu Klagen der Eltern führen, deren Kinder zurückgesetzt wurden.

Man müßte also das Aufsteigen zu höheren Fächern von Prüfungen abhängig machen, und in diesem Sinne ist wohl das Erfurter Programm zu verstehen, wenn es von den Schülern redet, „die kraft ihrer Fähigkeiten zur weiteren Ausbildung geeignet erachtet werden". Aber auch dieser Ausweg hat seine großen Schwierigkeiten. Entweder nimmt man an, daß mit den höheren Graden der Ausbildung namhafte Vorteile für das Einkommen und die gesellschaftliche Stellung verbunden sind, oder nicht. Bringt das Aufsteigen gar keinen Vorteil für das spätere Leben, so werden sich wohl die wenigsten darum bemühen. Entscheidet es dagegen über die spätere Stellung in der Gesellschaft, so haben wir damit schon eine Verschiedenheit von Ständen, und mit der Gleichheit der Existenzbedingungen ist es vorbei. Wenn man ferner einmal die gesellschaftliche Stellung nicht bloß von der geleisteten Arbeit abhängig macht, wie es nach dem folgerichtigen Sozialismus sein sollte, sondern auch von andern Rücksichten: warum will man dann bloß das Talent berücksichtigen? Verdienen nicht auch Tugend, Fleiß, Geburt von Eltern, die sich um das Gemeinwesen verdient gemacht haben, Beachtung? Ist es endlich nicht hart, ja ungerecht, die ganze Lebensstellung eines Menschen von einer Schulprüfung in seiner Jugend abhängig zu machen?

Ähnlich wie das Aufsteigen zu höherer Bildung müßte auch die Entscheidung darüber, in welchem von den verschiedenen Handwerken, Künsten oder Gewerben jemand ausgebildet werden solle, von Prüfungen abhängig gemacht werden; denn auch hierin ist eine gleiche Ausbildung aller in allem ein Unding. Würden zu viele Kandidaten für einen Erwerbszweig die Prüfung bestehen, so müßten sie von oben her andern Gewerben zugewiesen werden. So müßte schon für die Jugend die Gesamtheit die endgültige Entscheidung über die Ausbildung und die Berufswahl ihrer Angehörigen in die Hand

Digitized by Google

nehmen. Sozialismus und Freiheit sind eben unverträglich miteinander. An diesem inneren Widerspruch: Freiheit mit „allseitig planmäßiger Regelung" der Nationalarbeit vereinigen zu wollen, muß der Sozialismus scheitern.

Wir könnten jetzt noch darauf hinweisen, daß der Sozialismus auch den Familienhaushalt naturnotwendig beiseitigen muß[1]. Doch das Gesagte mag hier genügen, um die Stellung des Sozialismus zur Familie zu charakterisieren.

Siebter Artikel.

Widerlegung einiger Einwände.

§ 1. Der Kommunismus der religiösen Orden.

Zugunsten des Sozialismus hat man sich schon auf die religiösen Orden in der katholischen Kirche berufen, in denen ja der vollste Kommunismus herrscht. Warum ließe sich eine ähnliche Einrichtung nicht verallgemeinern? Allein zwischen den katholischen Orden und dem Sozialismus besteht eine unermeßliche Kluft. Der Sozialismus will allgemein und ausnahmslos, und zwar zu irdischen Zwecken etwas durchführen, was seiner Natur nach eine große Losschälung vom Irdischen und eifriges Streben nach Vollkommenheit voraussetzt, mithin in der gegenwärtigen Ordnung die Sache nur weniger sein kann, und zwar nur solcher, die nach ewigen Gütern streben. Gewiß, wo Männer sich zusammenfinden, die allem Irdischen entsagen und sich ausschließlich dem Dienste Gottes und des Nächsten widmen wollen, da kann eine Art Gemeineigentum herrschen, ohne daß Zwietracht und Streit entsteht; da wird sogar eine solche Ordnung sehr förderlich sein, weil sie die einzelnen der Sorge für die irdischen Bedürfnisse enthebt. Aber wie die Menschen nun einmal sind, vermögen nur wenige sich zur Höhe dieser Entsagung und dieses Strebens nach Vollkommenheit zu erheben. Es ist deshalb ein unmögliches und unvernünftiges Be-

[1] Wir haben das eingehend dargelegt in den schon erwähnten Artikeln: „Die sozialdemokratische Familie der Zukunft" (Stimmen aus Maria-Laach LXXII 387 ff.).

Digitized by Google

ginnen, die Menschen allgemein zum Verzicht auf das Privateigentum zwingen und in die Zwangsjacke einer staatlich organisierten Gütererzeugung stecken zu wollen, namentlich wenn dies bloß um irdischer Interessen willen geschieht.

Die Sozialisten rühmen sich zwar, sie verlangten nicht den Verzicht auf das Eigentum, sie wollten dasselbe bloß mit der Gerechtigkeit in Einklang bringen. Das sind schöne Worte ohne Inhalt. Wer das Eigentum an allen Produktionsgütern beseitigt, hebt das Privateigentum seiner Substanz nach auf. Das Eigentum an bloßen Genußmitteln kann seiner Natur nach nur sehr beschränkt sein und genügt nicht, um dem Menschen die Freiheit seiner Bewegung zu sichern. Dem Menschen das Eigentum an Arbeitsmitteln nehmen, heißt ihn als Rad in das große Triebwerk der staatlichen Gütererzeugung einreihen. Davon glauben wir jeden überzeugt zu haben, der unsern bisherigen Erörterungen aufmerksam gefolgt ist.

Auch aus dem Grunde noch ist der Hinweis auf die Ordensgenossenschaften völlig unzutreffend, weil diese auf der Ehelosigkeit beruhen und auf das bürgerliche Leben in Gemeinde und Staat nach Möglichkeit verzichten. Eine völlige Armut ist bei der tatsächlichen Beschaffenheit der menschlichen Natur mit dem Familienleben und ebenso mit dem Leben in Gemeinde und Staat unvereinbar.

§ 2. Die modernen großen Fabrikbetriebe.

Bestechender auf den ersten Blick ist die Einwendung, welche die Sozialisten zugunsten ihres Systems den heutigen zentralistisch organisierten Fabrikbetrieben entnehmen. Ist es nicht eine häufige Erscheinung in der heutigen Gesellschaftsordnung, daß acht oder zehn und mehr tausend Arbeiter in einem einzigen Produktionsgeschäft angestellt sind und der ganze Betrieb sich in der schönsten Ordnung vollzieht? Und doch gehören weder die Rohstoffe noch die Werkzeuge den Arbeitern, ja meist nicht einmal den Leitern des ganzen Betriebs.

Dieser Einwurf übersieht nichts als gerade den Hauptunterschied zwischen einem Privatbetrieb und der sozialistischen Organisation. Die heutige Ordnung in Fabriken und andern Betrieben ruht auf

Digitized by Google

dem strengsten moralischen Zwang. Der Fabrikherr in Person oder durch seinen Vertreter steht den Arbeitern als Eigentümer und Herr gegenüber und kann ihnen mit nahezu unbeschränkter Gewalt seinen Willen vorschreiben. Man hat zwar in Deutschland durch das neue Betriebsrätegesetz die Macht der Eigentümer und Fabrikanten sehr eingeschränkt, aber die technische und kommerzielle Leitung bleibt ihnen und muß ihnen bleiben. Übrigens wird erst die Zukunft lehren, ob sich dieses Kompromißgesetz, das aus zwei verschiedenen Weltanschauungen hervorgegangen ist, bewähren wird. Im Sinne der Sozialisten ist es nur ein erster Schritt zur Sozialisierung, von der noch die Rede sein wird.

Der Arbeiter braucht dem Fabrikherrn seine Arbeit nicht anzubieten, aber wenn er bei ihm Arbeit und Unterhalt finden will, so muß er sich der von oben vorgeschriebenen Ordnung unterwerfen. Die Unbotmäßigkeit bringt ihn vielleicht bald vor die Türe. Also Zwang beherrscht die heutige Produktion, wenn auch ein Zwang, den jeder aus Not selbst übernimmt. Im Sozialistenstaat dagegen steht nicht ein Eigentümer den Arbeitern, sondern ein gleichberechtigter Genosse den andern gegenüber. Jeder kann sich selbst ebensogut als Eigentümer ansehen wie die übrigen; außerdem kann man ihm nicht die Türe weisen, sondern muß ihm Arbeit geben, weil jede Privatgütererzeugung ausgeschlossen ist.

Weil man sich zugunsten des Sozialismus auf die Kruppsche Gußstahlfabrik in Essen berufen hat, wie sie vor dem Weltkriege bestand, so wollen wir uns gerade an diesem Beispiel den Unterschied zwischen der heutigen und der sozialistischen Ordnung klarzumachen suchen. Daß heute in der genannten Fabrik mit ihren Dependenzen die Verteilung der verschiedenen Verrichtungen, die Anordnung der Produktion, die ganze Reglementation, die Entlohnung der Arbeiter in vollster Ordnung und zur relativen Zufriedenheit aller vor sich geht, lehrt der Augenschein. Es herrscht eben die vollste Unterordnung unter den Willen der Direktoren, die die Stelle der Eigentümer vertreten und mit nahezu monarchischer Gewalt die Anstalt leiten.

Was würde aber geschehen, wenn man die Anstalt sozialistisch umbildete? Vor allem bliebe sie nicht mehr Privateigentum einer Familie, sondern würde Gemeineigentum der ca. 80000 (?) Angestellten, die

Digitized by Google

darin beschäftigt sind und die nun das gleiche Recht an der Anstalt hätten. Die oberste Leitung ruhte jetzt nicht mehr in der Hand der Direktoren, die dauernd ihren Posten einnehmen und alles einheitlich und planmäßig regeln, sondern bei der Gesamtheit der „Genossen", mag dieselbe nun direkt selbst über die Angelegenheit entscheiden oder die Leitung durch Wahl einem für ein oder zwei Jahre ernannten Direktorium anvertrauen. Nun beginnt die Schwierigkeit der Arbeitsverteilung. Alle wissen, daß sie dasselbe Recht auf die Anstalt haben, Klassenunterschiede bestehen nicht. Wer soll nun für die niedrigeren, wer für die höheren Arbeiten bestimmt werden? Auch wenn wir uns nur auf die Kruppsche Anstalt beschränken, so gibt es doch einen sehr großen Unterschied zwischen den verschiedenen Verrichtungen. Die einen sind angenehmer als die andern, die einen erfordern mehr Geschick als die andern, die einen sind ehrenvoller als die andern. Warum soll ein Arbeiter niedrigere Arbeiten verrichten als ein anderer, da er doch das gleiche Recht auf die Fabrik hat wie die andern? Es kehren hier all die Schwierigkeiten wieder, welche ich oben bei Besprechung der Organisation der Arbeit und der Berufswahl erwähnt habe. Nun kommt erst noch die Schwierigkeit der Verteilung des Gesamtproduktes. Nach welchem Maßstab soll dieselbe vor sich gehen? Nach der Kopfzahl? Nach der bloßen Zeit? Nach dem Bedürfnis? Wir haben gesehen, daß praktisch eine solche Verteilung zur Zufriedenheit aller eine Unmöglichkeit wäre. Und wenn einer träge ist, wenn er sich gewohnheitsmäßig betrinkt, was soll mit ihm geschehen? Oder wenn er sich krank meldet? Man kann ihn nicht auf die Straße werfen. Wer heute in der Fabrik der Firma Krupp nicht zufrieden ist, dem steht es offen, anderwärts Arbeit zu suchen. Wenn er aber darin bleiben will, muß er sich unbedingt an die von oben erlassenen Vorschriften halten. Läßt er sich habituelle Trägheit zuschulden kommen, gibt er durch schlechtes Betragen Anlaß zu Klagen, so wird ihm gekündigt. Es herrscht also durchgreifender Zwang, stramme Unterordnung. Von alledem kann im sozialistischen System keine Rede sein. Die Genossen sind gleich und frei. Werden da nicht bald Zank und Streit, Parteiungen, Intrigen aller Art die Ordnung und Eintracht zerstören? Und was soll den Arbeiter antreiben, recht fleißig zu sein, sparsam mit den Werkzeugen und Rohstoffen umzugehen?

Hierzu kommt noch, daß es außerhalb der Anstalt weder Kaufleute noch Handwerker noch Gasthäuser gibt. Alles muß aus den gemeinsamen Magazinen und Speiseanstalten bezogen werden; aller Unterricht, alle

Digitized by Google

Krankenpflege, selbst die Totenbestattung wird von der Anstalt besorgt, und zwar so, wie es der Mehrheit gefällt. Die Gerichtsverhandlungen über Streitigkeiten, Verbrechen werden von der Anstalt selbst erledigt, ebenso die Gesetzgebung, und eine höhere Instanz gibt es nicht. Auch nur die Zeitungen und Bücher werden gedruckt, welche der Mehrheit aller Genossen oder des hierzu bestellten Rates gefallen.

Damit sind wir aber noch nicht zu Ende mit unsern Schwierigkeiten. In der Kruppschen Fabrik mit ihren ca. 80000 Angestellten liegen doch die Verhältnisse noch ziemlich einfach, die sich von einem gewandten und erfahrenen Geschäftsmann überschauen lassen, besonders wenn er viele Jahre dasselbe Amt bekleidet. Außerdem sind die Beschäftigungen noch in etwa gleichartig, und die meisten arbeiten an demselben Ort. Will aber der Sozialismus die Produktionsanarchie beseitigen — und dieses Vorhabens rühmt er sich ja —, dann muß er wenigstens im Umfang unserer heutigen Großstaaten verwirklicht werden. Die Führer der Sozialisten denken sogar an eine internationale Organisation. Denn auch unter den Nationen kann sich ein anarchistischer Konkurrenzkampf geltend machen. Es muß also eine passende Verteilung der Arbeitskräfte auf das ganze Land stattfinden. Unmöglich kann man jedem erlauben, beliebig im Lande herumzuziehen oder sich den angenehmsten Aufenthaltsort aufzusuchen. Die rauhen, unwirtlichen oder sumpfigen Gegenden müssen auch ihre Arbeiterbevölkerung haben.

Man braucht nur diese Folgerungen, die sich ganz notwendig aus der Vergesellschaftung aller Produktionsmittel und der planmäßigen Regelung sowohl der Produktion als der Verteilung des Gesamtproduktes ergeben, im einzelnen durchzudenken, um die sichere Überzeugung zu gewinnen, daß ein solches System sich nicht verwirklichen ließe ohne förmliche und allseitige Sklaverei — eine Sklaverei, welche auf die Dauer unerträglich, ja auf demokratischer Grundlage völlig unmöglich wäre.

Ebensowenig als die privaten Produktionsunternehmungen beweisen die heutigen großen Staatsbetriebe, wie Eisenbahnen, Posten und Telegraphen, staatliche Bergwerke und Forste u. dgl., etwas zugunsten des Sozialismus. Denn in diesen öffentlichen Betrieben steht der Staat oder sein Vertreter wie ein Eigentümer und Herr den Beamten und Arbeitern gegenüber. Sie stehen also den Sonderbetrieben sehr nahe und nehmen teil an ihrem Zwang. Jeder Beamte und Arbeiter muß mit der Stelle fürlieb nehmen, die ihm

Digitized by Google

zugewiesen wird, sonst fehlt ihm der Unterhalt. Ebenso kann er nach erfolgter Anstellung entlassen oder in seinem Gehalt beeinträchtigt werden, wenn er den Vorgesetzten Anlaß zur Klage gibt. Selbst das „laute Räsonieren" genügt zuweilen, um einen Beamten brotlos zu machen. Also auch im heutigen Staatsbetrieb herrscht Zwang und vollzieht sich alles auf Grund „kategorischer Imperative".

Anders im Zukunftsstaat, wo jeder ein Stück Souverän ist und von der Gesamtheit angestellt und unterhalten werden *muß*; wo ferner die endgültige Entscheidung über Regelung der Arbeit, Verteilung der Güter, Anstellung der Aufsichtsbeamten Sache des Volkes ist.

Merkwürdigerweise hat man sich auch auf die *wirtschaftlichen Maßnahmen* des Staates während des letzten Krieges zugunsten des Sozialismus berufen. War das Verhalten des Staates in der Ernährungsfrage, dem Hilfsdienstgesetz usw. nicht der reinste Sozialismus? Doch dem ist nicht so. Hat man denn etwa das Privateigentum abgeschafft? Nein. Hat man die Privatunternehmungen beseitigt und allgemeine Staatsproduktion eingeführt? Auch nicht. Gewiß, man hat viele Maßregeln ergriffen, die tief ins Privatleben eingreifen. Man denke nur an die fleischlosen Tage, an die Brot-, Fleisch-, Milchkarten usw., an das zeitweilige Verbot des Verkaufs mancher Lebensmittel, an die Ablieferung mancher landwirtschaftlicher Produkte an die staatlichen Zentralstellen, an die Regelung der Lebensmittelpreise und besonders an das Hilfsdienstgesetz, nach dem auch Nichtmilitärpflichtige zu öffentlichen Diensten herangezogen werden können. Aber das alles waren nur *zeitweilige Maßregeln, die unter dem Druck der Not erlassen wurden*. Infolge des abscheulichen Aushungerungskrieges der Verbündeten gegen die Mittelmächte handelte es sich für diese um Sein oder Nichtsein, und hier gilt das Gesetz: salus publica suprema lex. In solchen Lagen verlangt die Solidarität, alles zu tun, was zur Erhaltung des Gemeinwesens notwendig ist. Indem der Staat die zur Erhaltung des Ganzen notwendigen Maßregeln ergriff, hat er nur getan, was er unter den obliegenden Umständen tun mußte. Übrigens haben gerade diese Maßregeln gezeigt, welche ungeheuern Schwierigkeiten eine solche staatlich geleitete Volksernährung mit sich

Digitized by Google

bringt. Vielen wurde durch diese Erfahrungen jede Neigung zu sozialistischen Maßregeln gründlich verleidet.

§ 3. Die Aktiengesellschaften.

Eine besondere Erwähnung verdienen noch die Aktiengesellschaften, die deshalb einen Schluß zugunsten des Sozialismus zu gestatten scheinen, weil in ihnen das Kapital nicht selten fast ganz losgelöst vom Eigentümer große Gewinne erzielt. Besonders ausgedehnte Unternehmungen in Handel, Industrie, Bergbau, Herstellung von Eisenbahnen u. dgl. gelingen den Aktiengesellschaften vortrefflich, obwohl die Angestellten derselben kein persönliches Interesse daran zu haben scheinen.

Doch der Mangel eines persönlichen Interesses ist nur ein scheinbarer. Für die untergeordneten Angestellten der Aktiengesellschaften gilt dasselbe, was oben von den privaten Produktionsunternehmungen und den Staatsbetrieben ausgeführt wurde. Die untergeordneten Beamten stehen den Direktoren wie Privateigentümern gegenüber. Was aber die Direktoren der Aktiengesellschaften selbst betrifft, so haben diese meistens ein sehr großes Interesse an dem Gelingen der Unternehmung. In weitaus den meisten Fällen gehören sie zu den Aktionären oder erhalten wenigstens im Falle des Gelingens einen beträchtlichen Gewinnanteil. Auch die untergeordneten Leiter sind bei großen Aktiengesellschaften nicht selten am Gewinne beteiligt. Da nun außerdem die Leiter fast unumschränkte Gewalt über die von ihnen angestellten Aufseher und Arbeiter haben, so läßt sich sehr wohl begreifen, wie eine Aktiengesellschaft trotz der scheinbaren Loslösung des Kapitals vom Eigentümer Erfolge erzielen kann. Wir wollen damit selbstverständlich keine unbedingte Lobrede auf die Aktiengesellschaften halten.

Um die Entbehrlichkeit der Kapitalisten auf einer höheren Stufe der Produktion zu beweisen, beruft sich namentlich Engels auf die Aktiengesellschaften[1]. Ihm entgegnet Sombart mit Recht: „Die Aktiengesellschaft schaltet keineswegs die Unternehmerfunktion aus, sie

[1] Dührings Umwälzung 265.

Digitized by Google

überträgt sie nur auf bezahlte Organe, die wieder in rein kapitalistischem Sinn tätig sind: die Jagd um den Absatz, die Erspähung der günstigen Konjunktur, Spekulation und Kalkulation, alles bleibt dasselbe. Ebenso bleibt die Abhängigkeit vom Markt, von dem Absatz und Preisschwankungen unverändert, also auch die Ungewißheit des wirtschaftlichen Erfolges." [1]

Übrigens ist bekannt, daß die Aktiengesellschaften in bezug auf Wirtschaftlichkeit (Ersparung an Rohstoffen, Werkzeugen usw.) hinter andern Privatunternehmungen zurückstehen, weshalb sie sich auch mit geringem Kapital in den seltensten Fällen bewähren. Bei großen Aktiengesellschaften werden diese Nachteile durch anderweitige Vorteile aufgewogen [2].

Was sodann einen wesentlichen Unterschied zwischen einer Aktiengesellschaft und der sozialistischen Organisation ausmacht, ist der Umstand, daß in den Aktiengesellschaften die Direktoren nur selten gewechselt werden. Die Ständigkeit der Leiter ist eine notwendige Vorbedingung für das Gelingen weit ausschauender Unternehmungen. Wenn die Leitung häufig wechselt, fehlt es an der erforderlichen Einheitlichkeit, Planmäßigkeit, weil nur in seltenen Fällen die Ansichten der Leiter miteinander übereinstimmen werden. Welche Bürgschaften hätte man aber für diese erforderliche Stetigkeit der Leitung im Sozialismus, wo die „Ordner" vom Volke gewählt und abgesetzt werden, und wo schon die grundsätzliche Gleichstellung aller keine Beständigkeit in der Besetzung der einflußreichsten Ämter zuläßt? Würde da nicht das ewige Experimentieren und Umgestalten das nationale Produktionsgetriebe beständig stören und ins Stocken bringen? Will man aber den Leitern keine Gewalt in die Hände geben und ihre Entschließung von der Zustimmung der Volksmehrheit abhängig machen, so werden sie nicht imstande sein, ihr Amt in wirksamer Weise auszuüben.

[1] Sozialismus und soziale Bewegung 91.

[2] Hierüber weitere Ausführungen bei Leroy-Beaulieu, Le collectivisme 348 ff.

Digitized by Google

Schlußbetrachtung.

Bebel schreibt am Ende seines Buches „Die Frau“[1]: „Der Sozialismus ist die auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit angewandte Wissenschaft“, und auf dem Parteitag zu Halle erklärte Liebknecht pathetisch: „Unsere Partei ist eine Partei der Wissenschaft.“[2] Das ist die bei Sozialdemokraten übliche Prahlerei. Ich vertraue, jeder Unbefangene, der meinen Ausführungen gefolgt ist, habe die Überzeugung gewonnen, daß der Sozialismus auch in seiner vernünftigsten Formulierung unwahr und undurchführbar ist. Er ruht auf ganz unhaltbaren religiösen und volkswirtschaftlichen Grundlagen; er würde die Kultur, die uns das Christentum gebracht, zerstören und uns in die Zeiten roher Barbarei zurückschleudern. Übrigens ist eine dauernde Herrschaft des Sozialismus nicht zu fürchten, weil er mit den untilgbarsten Trieben und Neigungen der menschlichen Natur in schreiendem Widerspruche steht.

I. Eitel ist die Hoffnung der kleinen Leute auf den Sozialismus.

Ist der Sozialismus, wie bewiesen, eine Utopie, eine unmögliche Träumerei, dann folgt, daß die großen Massen, die jetzt gläubig zu den sozialistischen Propheten aufschauen und von ihnen ihr Heil erwarten, betrogene Toren, und die glänzenden Verheißungen, mit denen die Volkstribunen Anhänger zu werben suchen, im besten Fall die Frucht der Unwissenheit und Verblendung sind.

Ich muß hier aber gleich hinzufügen: Selbst wenn der Sozialismus sich durchführen ließe, die großen Massen der kleinen Leute, die heute von den Sozialisten umschmeichelt werden, hätten von ihnen gar nichts zu erwarten. Wieso? Das ist sehr einfach. Selbständige Handwerker, selbständige Bauern, selbständige Kaufleute und andere dergleichen selbständige Gewerbetreibende gäbe es überhaupt im Zukunftsstaat nicht

[1] S. 508.

[2] Protokoll der Verhandlungen des sozialdemokratischen Parteitags zu Halle (1890) 177.

Digitized by Google

mehr. Es gäbe nur gleichberechtigte Mitglieder eines einzigen ungeheuern Staatsbetriebes, in dem von gewerblicher Selbständigkeit keine Rede sein kann. Es ist gut, daß sich die Handwerker und Bauern dies recht klarmachen.

Wenn die sozialistischen Agitatoren auf das Land kämen und dem Bauer offen sagten: Höre, du mußt dein Gut an die Gesamtheit abtreten, du sollst fortan nicht *mehr* Recht an demselben behalten als jeder andere im weiten Vaterland; dafür darfst du an dem allgemeinen Glück teilnehmen, das wir herbeischaffen wollen: ich glaube, der Bauer würde den Volksbeglückern bald den Rücken kehren und ihnen sagen: Daraus wird nichts! Er hängt zu zäh an seiner Scholle. Deshalb hüten sich die Sendlinge der Umsturzpartei wohl, mit ihren Plänen offen hervorzutreten. Um so mehr ist es Pflicht aller, denen die Erhaltung der bestehenden Gesellschaft am Herzen liegt, darüber die Bauern aufzuklären. Und das von den Bauern Gesagte gilt auch von den Handwerkern.

In der Tat, daß die Handwerker und Bauern nichts von der Sozialdemokratie zu hoffen haben, ist so wahr, daß die *Zerstörung des Handwerker- und Bauernstandes eine notwendige Vorbedingung des Sozialismus ist*. Wenn es gelänge, dem Handwerker- und Bauernstande wieder aufzuhelfen, so wäre es um den Sozialismus geschehen. Wer die Ausführungen über das von den Sozialisten erhoffte Hineinwachsen der heutigen Gesellschaft in die Zukunftsgesellschaft gelesen hat, dem ist das selbstverständlich. Durch die Auflösung der Mittelstände soll die Proletarisierung der Gesellschaft und die Konzentration der Produktionsmittel in wenigen Händen sich bis zu einem Grade steigern, wo der Zustand unerträglich wird und die „Expropriateurs expropriiert" werden.

Es darf uns daher nicht wundernehmen, daß die Sozialisten dem Handwerker- und Bauernstand in allen Tonarten das Grablied singen. „Das Handwerk ist unrettbar dem Untergang geweiht, wenn auch sein Todeskampf noch einige Zeit dauern wird." So schrieb der „Vorwärts"[1]. Hierin ist auch der Grund zu suchen, warum die sozialistischen Blätter der Innungsbewegung feindselig

[1] 1891, Nr. 42; 1894, Nr. 134.

Digitized by Google

gegenüberstehen und die sozialistischen Abgeordneten gegen alle Anträge gestimmt haben, die eine Hebung des Handwerks bezweckten. Zu Erfurt sagte Bebel: „Das einzige Heil für sie (die Kleinbürger) wie für den Arbeiter liegt in der sozialistischen Produktion.“ [1] Auf dem Parteitag zu Breslau (1895) kam es zu hitzigen Wortgefechten über das sog. Agrarprogramm, das man zum Zweck des Bauernfangs aufgestellt hatte. Dasselbe wurde schließlich mit großer Mehrheit verworfen. „Denn“, heißt es in der Begründung, „dieses Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung des Privateigentums in Aussicht.“ [2]

Überhaupt gehört es zum System der „unentwegten“ Sozialdemokraten, eine Hebung der unteren Volksklassen nicht zu begünstigen oder wenigstens nur insoweit, als sie dazu dient, die Arbeiter *kampffähiger* gegen die heutige Gesellschaft zu machen. Auf dem Internationalen Arbeiterkongreß zu Brüssel (im Jahre 1891) erklärte *Bebel*, er wolle vor allem betonen, daß „die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie *nicht die Erringung eines Arbeiterschutzgesetzes sei*, sondern in erster Linie sei es ihre Aufgabe, die Arbeiter aufzuklären über das Wesen und den Charakter der heutigen Gesellschaft, *um dieselbe so rasch als möglich verschwinden zu lassen*. Die Arbeiter müßten das Wesen der Gesellschaft kennenlernen, damit, wenn deren letztes Stündlein schlägt, die Arbeiter die neue Gesellschaft errichten können.“ Die Sozialdemokratie, fügte er hinzu, „müsse Klarheit in die Parteien bringen, *die Finger in die Wunden der Gesellschaft legen*, damit sie für alle sichtbar und unleugbar werden“ [3].

Unter dem Vorwande, es handle sich um Palliativmittel, wurden die meisten Maßregeln zugunsten der unteren Volksschichten bekämpft. Dabei bedienten sich die Sozialisten einer Taktik, die nur dazu geeignet ist, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Es ist

[1] Protokoll des sozialdemokratischen Parteitags zu Erfurt 169.

[2] Vgl. oben S. 258.

[3] Vgl. Verhandlungen und Beschlüsse des Internationalen Arbeiterkongresses zu Brüssel (16.—22. August 1891) (Berlin 1893, Buchh. „Vorwärts“) 11 u. 12.

Digitized by Google

die sog. „Alles- oder Nichtspolitik", die selbst Vollmar „die Politik der Kinder" nannte. Sobald Gesetze zugunsten der Arbeiter beantragt wurden, übertrumpften sie diese Vorschläge durch Anträge, welche völlig unmöglich und nach der Lage der Verhältnisse absolut nicht durchführbar waren. Wurden diese Forderungen abgelehnt, so stimmten sie gegen alle andern Anträge und erhoben dann ein gewaltiges Geschrei darüber, daß man keinen ernstlichen Willen habe, die Lage der Arbeiter zu verbessern.

Diese Komödie haben die Sozialdemokraten im Reichstag wiederholt gespielt. Deshalb konnte ihnen am 3. Februar 1893 der Abgeordnete Karl Bachem vorwerfen: „Wir haben in den letzten zehn Jahren erheblich viel erreicht im Interesse der deutschen Arbeiter, Schritt für Schritt, aber immer unter dem Widerstande der sozialdemokratischen Fraktion. Sie hat gegen die Krankenversicherungsvorlage gestimmt, sie hat gegen die Unfallversicherungsvorlage gestimmt, sie hat gegen die Alters- und Invaliditätsversicherung gestimmt, und sie hat endlich auch gegen die Arbeiterschutzgesetzgebung gestimmt, die wir im vorigen Jahre zustande gebracht haben. Meine Herren! Wenn alle Parteien so gehandelt hätten wie die Sozialdemokratische Partei, hätten wir heute weder Krankenversicherung noch Unfallversicherung, noch Alters- und Invaliditätsversicherung, noch auch diejenigen Beschränkungen der Arbeitszeit, diejenigen Schutzmaßregeln im Interesse der Familie, welche unsere Arbeiterschutznovelle gebracht oder angebahnt hat. Das möge der deutsche Arbeiter sich klarmachen!"

Außer gegen die genannten Gesetze zugunsten der Arbeiter stimmten die Sozialdemokraten auch gegen die Einführung der Gewerbegerichte (1890), gegen den Handwerkerschutz (1897), gegen die Zölle auf Luxusgenußmittel und andere Luxusgegenstände (1902), gegen die Novelle zum Krankenkassengesetz (1903). Heiterkeit erregte es, als die Umsturzmänner gegen die Champagnersteuer (1902) stimmten. Selbst gegen das neue deutsche Bürgerliche Gesetzbuch stimmten sie geschlossen, obwohl dasselbe manche Verbesserungen gegen früher enthält, z. B. für die Frauen, die Dienstboten usw. Hätten es alle

Digitized by Google

gemacht wie die Sozialdemokraten, so würde z. B. das Gesinde jene Verbesserungen nicht erlangt haben, die ihm durch die Einführungsbestimmungen zum Bürgerlichen Gesetzbuch zuteil geworden sind: die Aufhebung des Züchtigungsrechtes, die Ausdehnung der Krankenversicherung, die Einrichtung des Wohn- und Schlafraumes usw.

Es muß gewiß Erstaunen erregen, daß man solche Vorwürfe gegen Männer erheben kann, welche sich so laut als die wahren Volksbeglücker aufspielen[1]. Aber bei näherer Betrachtung schwindet das Befremden. Sobald es einem Stand wohl ergeht und er etwas zu verlieren hat, hört er auf, sozialdemokratisch zu sein und wird bis zu einem gewissen Grade konservativ. Einer der tiefsten Gründe für das Umsichgreifen der Sozialdemokratie ist die heute im Kreise der Arbeiter weitverbreitete Ansicht, innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung sei eine befriedigende und dauernde Verbesserung ihrer Lage unmöglich. Die Sozialdemokraten würden sich also selbst den Ast absägen, auf dem sie sitzen, wenn sie zu Maßregeln beitragen wollten, welche die unteren Klassen mit ihrer Lage aussöhnen könnten. Die Unzufriedenheit zu schüren, die unteren Klassen aufzuhetzen, muß ihre erste und oberste Aufgabe sein. Daher ihre ewigen Nörgeleien gegen die heutige Gesellschaftsordnung. Jedes Verbrechen, jedes Unglück und Mißgeschick wird der heutigen Gesellschaftsordnung aufs Konto geschrieben und zum Schimpfen gegen die heute „verlotterte, bankrotte kapitalistische Gesellschaft" benutzt.

Seit vielen Jahren habe ich sehr aufmerksam die sozialistische Literatur verfolgt. Ich habe nicht nur fleißig sozialistische Tagesblätter gelesen — den „Vorwärts" täglich —, sondern auch eine wirkliche Unzahl von größeren und kleineren sozialistischen Werken und Flugschriften durchstudiert. Aber in all diesen Schriften, die vor Ausbruch der Revolution erschienen, erinnere ich mich nicht, auch

[1] In neuerer Zeit ist allerdings bei den Revisionisten oder Reformisten eine Wendung zum Besseren eingetreten. Sie suchen die Maßregeln zur Hebung des Arbeiterstandes zu fördern. Ob sie aber auf die Dauer die Oberhand behalten über die unentwegten Revolutionäre oder Katastrophenleute und die jüngst wieder aufgetauchten Kommunisten, wird erst die Zukunft zeigen.

Digitized by Google

nur ein einziges Mal eine Aufmunterung des Arbeiters zur Arbeitsamkeit, Sparsamkeit, Geduld, Verträglichkeit mit den Mitmenschen u. dgl. gelesen zu haben. Im Gegenteil, die sozialistischen Agitatoren verwünschten die „verfluchte Genügsamkeit und Bedürfnislosigkeit". Nur der Haß gegen Gott, gegen das Christentum, gegen die Pfaffen und gegen alle Besitzenden wurde in allen Tonarten tagtäglich gepredigt[1]. Welche Frucht konnte wohl die Gesellschaft von dieser Saat erwarten? Der Haß und Ingrimm, der sich auf diese

[1] Zur Illustration der maßlos verhetzenden und nicht selten pöbelhaften Sprache der Sozialdemokraten seien hier einige Stellen mitgeteilt aus dem Aufruf „An die Sozialdemokratie Preußens", den die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses und der geschäftsführende Ausschuß der Preußischen Landeskommission am 20. Oktober 1908 im „Vorwärts" (Nr. 246) veröffentlichte. Der Regierung und den nichtsozialdemokratischen Parteien werden die gemeinsten, selbstsüchtigsten Motive unterschoben. „Nach wie vor erhebt die Reaktion keck ihr Haupt, jeden Augenblick bereit, das preußische Volk noch mehr zu entrechten und zu knebeln, die Jugend mit Hilfe der in den Dienst agrarischer und kapitalistischer Interessen gestellten Volksschule zu verdummen, die Arbeiterklasse auszuplündern. Aber so leicht wie bisher werden die Mächte der Reaktion und der Finsternis ihr frevelhaftes Spiel nicht mehr treiben können.... Die Sozialdemokratie ist in die feindliche Festung eingedrungen. Die Rednertribüne des Dreiklassenparlaments, bisher nur allzuoft mißbraucht zu Beschimpfungen und Verleumdungen der Arbeiterklasse, wird zur Anklagestätte gegen die Regierung und die herrschenden Parteien werden. Nicht mehr wird man es wagen dürfen, die Rechte des Volkes mit Füßen zu treten und den Hungernden Steine statt Brot zu reichen. Vorbei sind die Zeiten, in denen die Lobredner der heutigen wirtschaftlichen und politischen Zustände die Öffentlichkeit belügen und über die wirklichen Verhältnisse wegtäuschen konnten.... Die Volksschule ... ist ein Tummelplatz der Junker und Pfaffen geworden, die in dem verwerflichen Bestreben, die Arbeiter zu gefügigen Ausbeutungsobjekten zu machen, förmlich wetteifern. Statt die Arbeiter teilnehmen zu lassen an den Errungenschaften der Kultur, läßt man sie auf Erden darben und vertröstet sie auf ein besseres Jenseits. Die Justiz wird zur Klassenjustiz. ... Tendenzurteile sind an der Tagesordnung; rücksichtslos wird der Grundsatz des zweierlei Rechts gepredigt" usw.

Digitized by Google

Weise in den verführten und verhetzten Massen ansammelte, hat sich in der Revolution wie ein schlagendes Wetter über der Gesellschaft entladen. Putsche, blutige Straßenkämpfe, scheußliche Mordtaten, Räubereien und Plünderungen im großen und kleinen, Streiks an allen Ecken und Enden waren an der Tagesordnung.

Ganz gegen ihre bisherige Gewohnheit ermahnen jetzt die durch die Revolution ans Staatsruder gelangten Mehrheitssozialisten die Massen zur Ordnung und zur Arbeit, weil sonst die Gesellschaft völlig zusammenbrechen müsse. Aber mit welchem Erfolg? Ist es nicht eine Ironie des Schicksals, daß dieselben Sozialisten, die bisher gegen den Militarismus donnerten, jetzt selbst in der deutschen Nationalversammlung die Organisation einer Heeresmacht beantragen mußten, um die revolutionären Unholde im Zaume zu halten? Wird ihnen das gelingen? Vielleicht wird es ihnen ergehen wie ihren Vorgängern in der großen französischen Revolution. Die Revolution verschlingt ihre eigenen Kinder.

II. Notwendigkeit der sozialen Reformen auf christlicher Grundlage.

Soll man angesichts des stetigen Anwachsens der Umsturzparteien die Hände müßig in den Schoß legen oder sich damit begnügen, verzagend die Hände zu ringen? Keineswegs. Wir haben keinen Grund zu verzweifeln. Gott hat die Nationen heilbar gemacht. Noch ist begründete Hoffnung, die drohende Gefahr abzuwenden, wenn man Ernst macht mit der sozialen Reform und besonders mit der Neubelebung des christlichen Geistes.

A. Die soziale Reform. Nicht wenige Gegner der Sozialdemokratie rechnen auf die tiefgehenden Spaltungen und Zerwürfnisse im feindlichen Lager: zwischen Spartakiden, Unabhängigen und Rechtssozialisten, und erhoffen daraus eine baldige Schwächung der Partei. Aber trotz aller Uneinigkeit unter sich sind die Sozialisten einig im Kampfe gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. Helfen kann nur eine gründliche soziale Reform. Die sozialistischen Agitatoren suchen den Arbeitern die Meinung beizubringen, die christlichen Parteien wollten alle gesellschaftlichen Zustände so erhalten wissen, wie sie tatsächlich bestehen, und die Arbeiter einzig auf das Jenseits

Digitized by Google

vertrösten. Nichts falscher als das. Nein, auch wir Christen verlangen eine entschiedene soziale Reform. Wir gleichen zwar nicht den Sozialdemokraten, die an allen, auch den bestgemeinten sozialen Verbesserungen um jeden Preis nörgeln; wir erkennen vielmehr mit Dank an, daß schon manches zur Hebung der arbeitenden Klasse geschehen ist; aber wir fordern noch mehr.

Es kann hier nicht meine Aufgabe sein, eine Sozialpolitik vom christlichen oder katholischen Standpunkt darzulegen. Dazu wäre ein eigenes, umfangreiches Werk notwendig. Die Grundlinien einer katholischen Sozialpolitik hat Papst Leo XIII. in seinem Rundschreiben Rerum novarum gezeichnet.

Man hat mir eingewendet, ich habe zu wenig den „berechtigten Kern" des Sozialismus berücksichtigt. „Christentum und Sozialismus sind keine scharfe Antithese. Vieles Wertvolle, das im Sozialismus einen Ausdruck sucht, ist christlich, und christliche Ideale sind es, die den Sozialismus vertiefen können." [1]

Christentum und Sozialismus sind keine scharfe Antithese, kein scharfer Widerspruch! Ich denke, wer meine Ausführungen aufmerksam gelesen hat, weiß, was er von dieser Behauptung zu halten hat. Nur an folgende Punkte sei hier wieder kurz erinnert:

1. Der sog. „wissenschaftliche" Sozialismus ruht ganz auf materialistisch-atheistischer Grundlage [2]. Er will jede Religion aus dem öffentlichen Leben ausschalten. Alle staatlichen Aufwendungen zu kirchlichen und religiösen Zwecken sollen aufhören. Die Ehe soll als freier Privatvertrag behandelt werden, der mit der Religion nichts zu tun hat. Der Eid als Anrufung Gottes soll verschwinden. Die Schule soll vollständig religionslos werden. Und trotzdem soll der Sozialismus dem Christentum, der katholischen Kirche nicht widersprechen! Man soll ihn nur durch christliche Ideale vertiefen! Wie ist das denkbar?

2. Der Sozialismus will die Gleichheit aller durchführen, wenigstens sollen die Existenzbedingungen für alle gleich werden und

[1] So die Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 407 vom 23. August 1919.
[2] Vgl. oben S. 193 ff.

Digitized by Google

alle Standesunterschiede aufhören. Diese Forderung widerspricht der Vernunft und dem Christentum. Wir erinnern an die schon angeführte Lehre Leos XIII.[1]

Um der Gleichheit willen soll die Autorität des Mannes über die Frau und die Familie beseitigt werden. Die Sozialisten fordern die absolute Gleichberechtigung der beiden Geschlechter in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Beziehung, innerhalb und außerhalb der Familie. Diese Forderung widerspricht der Vernunft und dem Christentum. Der hl. Paulus sagt[2]: „Die Weiber seien ihren Männern untertänig wie dem Herrn, denn der Mann ist das Haupt des Weibes, wie Christus ist das Haupt der Kirche." Und Leo XIII. lehrt[3]: „Der Mann ist der Leiter der Familie und das Haupt der Frau."

3. Die Sozialisten erstreben die öffentliche und gleiche Volkserziehung durch den Staat. Nicht nur den öffentlichen Unterricht, sondern auch die Erziehung soll der Staat in die Hand nehmen. Das geht klar aus den Schriften von Marx, Engels, Bebel, Kautsky usw. hervor[4]. Auch diese Forderung widerspricht der gesunden Vernunft und dem Christentum. Die Eltern sind die von Gott bestellten Erzieher ihrer Kinder, und der Staat hat kein Recht, ihnen diese Erziehung zu entreißen. Schon Pius IX. hat feierlich die Ansicht verurteilt[5], „alle Rechte der Eltern auf ihre Kinder und besonders das Recht auf deren Unterricht und Erziehung seien ein Ausfluß des Staatsgesetzes und von ihm abhängig". Und Leo XIII. lehrt[6]: „Das sozialistische System, das die elterliche Fürsorge beiseite setzt, um eine allgemeine Staatsfürsorge einzuführen, versündigt sich gegen die natürliche Gerechtigkeit und zerreißt die Familienbande." Auch gegen die Kirche enthält die Beschlagnahme des gesamten Erziehungs- und Unterrichtswesens zugunsten des religionslosen Staates eine schwere Rechtsverletzung. „Es ist höchst ungerecht", schrieb

[1] Vgl. oben S. 308. [2] Eph. 5, 22.
[3] Rundschreiben Arcanum divinae sapientiae.
[4] Vgl. oben S. 37 ff. u. 193 ff.
[5] Quanta cura vom 8. Dezember 1864. [6] Rerum novarum.

Digitized by Google

Papst Leo XIII. am 28. Dezember 1887 an die Bischöfe Bayerns, „die Unterrichtsanstalten der kirchlichen Autorität zu verschließen, weil ihr von Gott der Beruf geworden, die Religion zu lehren, ohne welche niemand die ewige Seligkeit erlangen kann.“ [1]

4. Auch die Stellung des Sozialismus zum Privateigentum steht in Widerspruch mit Vernunft und Offenbarung. Die Sozialisten wollen das Privateigentum an den Produktionsmitteln beseitigen, die Produktionsgüter in den Besitz der Gesamtheit und in Gemeinwirtschaft überführen. Das steht in den Programmen aller sozialistischen Parteien nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern. Der Vorstand der deutschen Sozialdemokraten hat noch im Frühling 1919 eine Broschüre [2] veröffentlicht, in der es heißt: Die Sozialdemokratie fordert als erstes „Vergesellschaftung der Produktionsmittel, d. h. Überführung desjenigen Kapitals, das der Gütererzeugung dient, in den Besitz der Allgemeinheit. Als Besitzerin der Fabriken, Bergwerke, Verkehrsanstalten usw. hat es dann die Allgemeinheit in der Hand, einmal die Gütererzeugung zu regeln und sodann den Ertrag gerecht zu verteilen“.

Die Sozialdemokratie leugnet also den naturrechtlichen Bestand des Privateigentums an Grund und Boden, Fabriken, Werkzeugen, Verkehrsmitteln aller Art. Dadurch setzt sie sich in Widerspruch nicht nur mit der Lehre der gesunden Philosophie, sondern auch mit der Lehre des Christentums. Wir erinnern hier nur an die oben (S. 368) angeführten Worte Leos XIII. und die Thesen Pius' X. (ebd.).

Diese Lehre zieht eine unübersteigliche Schranke zwischen Katholiken und Sozialdemokraten.

Die Sozialisten bedienen sich aber augenblicklich einer listigen Taktik. Weil der Ausdruck „Verstaatlichung der Produktionsmittel“ in bürgerlichen Kreisen anstößig klingt, bedienen sie sich mit Vorliebe des vieldeutigen Wortes: „Sozialisierung“ oder „Vergesell-

[1] Man vergleiche auch die im Syllabus verurteilten Thesen 45—48; und Codex iuris canonici can. 1381.

[2] Was ist, was will der Sozialismus? s. oben S. 379.

Digitized by Google

schaftung". Im Sozialisierungsgesetz vom 13. März 1919 wird dem Deutschen Reich das Recht zuerkannt, gegen angemessene Entschädigung „für eine Vergesellschaftung geeignete wirtschaftliche Unternehmungen, insbesondere solche zur Gewinnung von Bodenschätzen und zur Ausnutzung von Naturkräften, in Gemeinwirtschaft zu überführen".

Das Reich erhält also das Recht, alle wirtschaftlichen Unternehmungen, die ihm für eine Vergesellschaftung geeignet erscheinen, in Gemeinwirtschaft überzuführen. Was man unter Gemeinwirtschaft zu verstehen habe, zeigt am besten das ebenfalls am 13. März 1919 erlassene Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft. Nach diesem Gesetz regelt das Reich die gemeinwirtschaftliche Organisation der Kohlenwirtschaft. Die Leitung der Kohlenwirtschaft wird einem zu bildenden Kohlenrat übertragen. Die Reichsregierung schließt die Kohlenerzeuger für bestimmte Bezirke zu Verbänden, und diese zu einem Gesamtverbande zusammen. An der Verwaltung dieser Verbände sind die Arbeitnehmer zu beteiligen. Den Verbänden liegt die Regelung von Förderung, Selbstverbrauch und Absatz unter Aufsicht der Reichsregierung und des Reichskohlenrates ob. Die Reichsregierung regelt die Festsetzung der Preise usw.

Hier werden zwar die Kohlenbergwerke nicht verstaatlicht, selbst die Enteignung der bisherigen Besitzer wird nicht direkt ausgesprochen; wohl aber wird ihnen jedes Verfügungsrecht über ihr Eigentum genommen, dieses also indirekt und tatsächlich, wenn auch nicht nominell, beseitigt. Es ist so wie Graf Posadowsky am 13. März 1919 in der Nationalversammlung erklärte: „Wenn man sich dieses Gesetz ansieht, durch das man dem Unternehmer, dem Eigentümer vorschreiben will, wie er sein Rohprodukt fördert, wie er es absetzt und wie er die Preise bemißt, so kann man sagen: dieses Gesetz entzieht dem Eigentümer tatsächlich das Eigentum; denn der wesentlichste Begriff des Eigentums ist doch, daß man über sein Eigentum nach allen Richtungen verfügen kann." Hält man sich noch vor Augen, daß ähnliche Maßregeln gegen alle andern Privatunternehmungen in Anwendung kommen können, die dem Reich dazu geeignet erscheinen, so läßt sich nicht leugnen, daß das Sozialisierungsgesetz einen tiefen Eingriff in das Privateigentum

Digitized by Google

enthält und dem Sozialismus die Tore weit öffnet. Er geht von der stillschweigenden Voraussetzung aus, das Reich könne *beliebig* Privatunternehmungen in Gemeinwirtschaft überführen, *wenn sie ihm dazu geeignet vorkommen*. Das heißt, den naturrechtlichen Bestand des Privateigentums leugnen oder in Frage stellen, um so mehr, als diese Sozialisierung im Sinne der Sozialisten nur eine Etappe auf dem Wege zur vollen Verstaatlichung der Produktionsmittel ist.

Solchen Bestrebungen gegenüber müssen wir vom christlichen Standpunkt aus am *Privateigentum als unverletzlich und unantastbar* festhalten. Das heißt keineswegs das Privateigentum von jeder Rücksicht auf das Gesamtwohl freisprechen. Die Staatsgewalt darf zwar nicht nach Belieben das Eigentum beschränken oder gar aufheben; wohl aber darf sie von den Eigentümern die gebührende Rücksicht auf das Gemeinwohl verlangen. Sie hat das Recht zu fordern, daß keiner sein Privateigentum zum Schaden seines Nebenmenschen oder der Gesamtheit mißbrauche. Sie hat ferner das Recht, die *Erwerbstitel* des Privateigentums, die durch das Naturrecht nicht ausreichend bestimmt sind, gesetzlich zu regeln, wie das tatsächlich in allen bürgerlichen Gesetzbüchern geschieht. Sie darf ferner von den Eigentümern je nach ihren Kräften die Steuern und Abgaben fordern, die zum Gesamtwohl notwendig sind. Und weil jetzt nach dem Kriege z. B. Deutschland in einer besondern Notlage ist und am Rande des Ruines steht, wenn nicht die Glieder des Staates je nach der Verschiedenheit ihres Einkommens und ihres Vermögens schwere Opfer bringen, hat die Staatsgewalt das Recht, die notwendigen Beiträge, sei es nun in Form von Steuern oder in Form einer ansehnlichen Vermögensabgabe, zu fordern. Natürlich muß die Regierung bei solchen außerordentlichen, aus der Not geborenen Maßregeln, die so leicht das ganze Wirtschaftsleben erschüttern, möglichst schonend vorgehen und darf die Grenze des streng Notwendigen nicht übersteigen.

Wenn das Gemeinwohl und das Privatwohl nicht zusammen bestehen können, so verdient das Gemeinwohl den Vorzug und muß das Privatwohl ihm weichen. Das gilt auch für das Privateigentum. Das Privateigentum im allgemeinen aber steht nicht im Wider-

Digitized by Google

spruch zum Gesamtwohl, es ist im Gegenteil die notwendige Grundlage und Voraussetzung desselben. Wohl aber kann das Privateigentum unter besondern Umständen mit dem Gemeinwohl nicht vereinbar sein, und dann muß es diesem weichen. Darauf beruht das Recht der Staatsgewalt, Privateigentümer gegen billige Entschädigung zu enteignen, wenn das für den Bau von öffentlichen Straßen, Eisenbahnen, Kanälen, Tunnels usw. notwendig ist. Denn wenn in solchen Fällen das Privatvermögen völlig unantastbar wäre, so könnten derartige Einrichtungen in den seltensten Fällen durchgeführt werden. Fast überall würden sich egoistische Querköpfe finden, die sich auf ihr Privateigentum versteiften und notwendige Eisenbahnen oder Verkehrsstraßen unmöglich machten.

Innerhalb der angegebenen Grenzen muß das Eigentum der Regierung als unantastbar gelten. Damit ist nicht gesagt, daß nun in diesen Schranken jeder Gebrauch des Eigentums sittlich zulässig sei. Jedermann soll sein Eigentum *vernünftig* gebrauchen; er soll dabei nicht nur die Gesetze der Gerechtigkeit, sondern auch die der Mäßigkeit, Klugheit und insbesondere der Nächstenliebe beobachten. Wer mehr hat, als zum standesgemäßen Unterhalt für ihn und seine Familie notwendig ist, hat die schwere Pflicht, durch Almosen die Armen und Notleidenden zu unterstützen. Ja wer wahre Liebe in seinem Herzen hat, wird über das Maß des streng Unerläßlichen hinausgehen und mit Freuden von dem Seinigen andern reichlich mitteilen, damit der Nutzen der irdischen Güter möglichst allen zukomme. Diesen Kommunismus des Gebrauchs hat das Christentum immer gepredigt, während es den allgemeinen Kommunismus des Eigentumsrechts verwarf.

Die Achtung der Staatsgewalt vor dem Privateigentum hindert sie in keiner Weise, kräftig durch ihre Gesetzgebung eine soziale Reform herbeizuführen, die es allen Gliedern der Gesellschaft, auch dem geringsten Arbeiter, ermöglicht, ein menschenwürdiges Familienleben zu führen. Schon vor dem Krieg ist, wie selbst die Sozialdemokraten wiederholt anerkannt haben, vieles zum Wohle der arbeitenden Klassen geschehen. Auf diesem Wege soll man energisch fortfahren, und die Lage der unteren Klassen wird sich von selbst heben.

Digitized by Google

In der Gesetzgebung ist bisher zu wenig auf die schwächeren Klassen Rücksicht genommen worden.

Die richtige Sozialpolitik muß sich auf der Mittellinie zwischen Individualismus und Sozialismus bewegen. Will man im Sozialismus einen berechtigten Kern finden, so ist er in der Reaktion zu suchen, die er gegen den individualistischen Industrialismus der liberalen Schule hervorrief.

Man muß zwei Seiten am Menschen unterscheiden. Er ist erstens ein selbständiges, mit freier Selbstbestimmung begabtes Individuum; er ist zweitens ein gesellschaftliches Wesen, das in der Gesellschaft wurzelt, und zum Leben in ihr bestimmt ist. Der Liberalismus — wenigstens der ältere — betrachtete den Menschen nur in der ersteren Rücksicht. Er sah nur auf das selbständige Individuum und vernachlässigte fast gänzlich die Rücksicht auf die Gesellschaft. Das war der Standpunkt, von dem aus man die Gesellschaft atomisierte und das allgemeine Gewährenlassen als den Gipfel der Weisheit proklamierte. Hiergegen war eine Reaktion berechtigt, und sofern man den Sozialismus nur als einen energischen Protest gegen den extremen Individualismus ansieht, ist er ohne Zweifel im Recht. Allein er übertreibt nun auch seinerseits, indem er nur die gesellschaftliche Seite berücksichtigt und das Anrecht des Individuums auf freie, selbständige Bewegung außer acht läßt. Er beraubt das Individuum jeder Freiheit, um es zum Sklaven der Gesamtheit, zum Rade im großen Triebwerk der gesellschaftlichen Produktion zu machen. Auch das ist verkehrt.

Die Wahrheit liegt in der Mitte. Beide, sowohl die individuelle als die soziale Seite des Menschen, müssen berücksichtigt und miteinander in Einklang gebracht werden. Das ist die unverrückbare Grundlage, von der jede vernünftige Sozialreform auszugehen hat. Die Anbahnung und Beförderung korporativer Organisationen ist wohl das beste und sicherste Mittel, um die berechtigten Ansprüche des Individuums mit denen der Gesellschaft in Einklang zu bringen und die schroffen Gegensätze zur Harmonie zurückzuführen[1].

[1] Vgl. H. Pesch, Lehrbuch der Nationalökonomie I (1905) 379.

Digitized by Google

B. Das Wichtigste an der sozialen Reform und ihre unerläßliche Grundlage ist die Neubelebung des christlichen Geistes. Fr. Alb. Lange, der Geschichtschreiber des Materialismus, gesteht: „Ideen und Opfer können unsere Kultur noch retten und den Weg durch die verwüstende Revolution in einen Weg segensreicher Reformen verwandeln." Woher soll dieser Geist des Opfers kommen? Die gesetzgeberischen Maßregeln können das äußere Gefüge für eine Neuordnung schaffen, der innere belebende Geist muß vom Christentum kommen. Nur auf dem Boden des Christentums kann eine Aussöhnung der schroffen sozialen Gegensätze stattfinden.

Wir haben nach dem Krieg einen moralischen Zusammenbruch erlebt, wie er wohl selten in der Geschichte vorgekommen ist. Alle sittlichen Ideen und Grundsätze schienen weiten Kreisen abhanden gekommen zu sein, alle Achtung vor der Autorität, von dem Leben und Eigentum des Nebenmenschen war fast verschwunden. Viele benahmen sich wie blutgierige, ausschweifende Bestien. Eine sittliche Neugeburt ist unumgänglich notwendig, wenn die gesellschaftliche Ordnung und das Gemeinwohl gedeihen sollen.

Auch die beste und wohlmeinendste Gesetzgebung wird eine religionslose, verhetzte, arbeitsscheue und begehrliche Arbeitermasse nie und nimmer befriedigen. Und woher kann dem Arbeiter der Geist der Genügsamkeit und Arbeitsamkeit zufließen? Nur aus dem nie versiegenden Born des vollen und lebendigen Christentums. Wie kann man vom Arbeiter verlangen, daß er im Geiste der Genügsamkeit und Geduld die nun einmal unvermeidlichen Mühen und Beschwerden seines Standes ertrage, wenn man ihm die Überzeugung beibringt, jede Furcht oder Hoffnung einer ewigen Vergeltung sei törichter Wahn, mit diesem Leben sei alles zu Ende? Leider ist in dieser Beziehung keine Besserung zu erwarten, solange sich das deutsche Volk nicht entschieden von der christentumsfeindlichen Sozialdemokratie abwendet.

Die Neubelebung des christlichen Geistes darf sich aber nicht auf die unteren Volksschichten beschränken, sondern muß auch die höheren Kreise ergreifen. Klingt es nicht wie bitterer Hohn, wenn unsere „Gebildeten" vom Arbeiter christliche Ergebung und Geduld verlangen, während sie selbst die Gebote des Christentums mit Füßen

Digitized by Google

treten, ja offen den krassesten Unglauben zur Schau tragen? Ist es nicht ein Hohn, wenn sie den Arbeitern Genügsamkeit und Entsagung predigen, während sie selbst dem unsinnigsten Luxus und allen Ausschweifungen huldigen? Die Besitzenden müssen die christliche Reform vor allem an sich selbst beginnen. Sie müssen zur Überzeugung kommen, daß sie gegenüber den Arbeitern nicht bloß Rechte, sondern auch Pflichten haben, Pflichten der Gerechtigkeit und Pflichten der Liebe. Sie sollen sich bewußt sein, daß der Arbeiter kein bloßes Ausbeutungsobjekt, sondern ein vernünftiger Mensch, ihr Bruder in Christus ist, der vor Gott geradesoviel gilt als der Reichste und Mächtigste dieser Erde. Nur wenn so das Band derselben christlichen Gesinnung, gegenseitiger Achtung und Liebe Arme und Reiche, Hohe und Niedere umschlingt, läßt sich eine dauernde Aussöhnung der sozialen Gegensätze erhoffen.

Und weil die Kirche die von Gott gesetzte Hüterin und Pflegerin der christlichen Religion ist und sie ihre Aufgabe nur lösen kann, wenn sie ungehindert alle ihre Kräfte zu entfalten vermag: so verlangen wir volle Freiheit für sie und ihre Organe. Ganz besonders verlangen wir, daß man ihr den gebührenden Einfluß auf die Schulen voll und ganz einräume. Leider zeigt gerade in dieser Frage der Sozialismus seine intolerante und religionsfeindliche Gesinnung. Um so mehr sollte das ganze christliche Volk sich zusammenscharen, um die konfessionelle christliche Schule und damit auch den christlichen Geist des kommenden Geschlechts zu retten. Jesus Christus muß der Eckstein des Neubaues der Gesellschaft sein. „Es ist in keinem andern Heil, denn es ist kein anderer Name unter dem Himmel den Menschen gegeben, wodurch wir selig werden sollen.“ [1]

[1] Apg. 4, 12.

Digitized by Google

Digitized by Google

Personen- und Sachregister.

Ackersozialismus (Agrarsoz.) 10.
Adler, Friedrich 151 153.
Adler, G. 5 12 286.
Adler, V. 148 149 153.
Akademiker im Sozialismus 101 f.
Akkumulationsprozeß 45 253 ff. 270 ff.
Aktiengesellschaften 498.
Albigenser 17.
Albrecht 331.
Alfons, der hl. 246.
Allemanisten 132.
Allwohn, Ad. 320.
Anarchismus 2 ff. 31 187.
Anarcho-Sozialisten 78 ff.
Anarcho-Syndikalisten 138 f.
Andrews, S. 278.
Anseele 163.
Antoine, Ch. 132.
Apostoliker 17.
Arbeit als Quelle alles Wertes 27 43 f.
Arbeit, Organisation der 24 26 394 ff.
Arbeitsamkeit im Sozialismus 440 ff.
Arbeitskraft, Tauschwert der 44 f. 251.
Arbeitskräfte, Verteilung der 419 ff.
Arbeitsleistung als Verteilungsmaßstab 466 f.
Arbeitsteilung 304.
Arbeitszeit als Verteilungsmaßstab 463 ff.
Aristoteles 12 14 239 f. 242 308.
Arons 331 340.
Ashley 282.
Atlantikus 376 378 385 420 447.
Auer, J. 88 96.
Auerbach 77.
Auswanderung im Sozialismus 418 f.
Axelrod 179.

Babeuf, Gr. 21 ff. 27 101.
Bachem, K. 336 375 505.
Bakunin, Michael 4 31.
Balfour 11.
Barth, P. 192 201.
Bauer, Gust. 128.
Bauer, O. 89.
Bauernstand und Sozialismus 260 ff.
Bazard 23.
Bebel, A. 54 59 74 76 79 82 83 85 86 87 91 92 96 101 298 301 324 329 330 332 338 347 351 371 373 375 377 385 ff. 394 396 415 418 420 f. 427 f. 437 ff. 452 ff. 463 480 f. 485 488 499 502.
Becker, C. Hl. 349.
Bedarfsbestimmung im Sozialismus 403 ff.
Bedürfnis als Verteilungsmaßstab 472.
Belfort-Bax 225 345.
Belgien, Sozialismus in 159 ff.
Bellamy 424 ff. 461 ff. 471 f.
Bernheim, E. 228.
Bernstein, Ed. 5 8 28 39 42 81 ff. 85 191 200 219 227 250 269 288 291 ff. 295 325.
Berufswahl im Sozialismus 419 ff.
Betriebe, Konzentration der 253.
Bismarck 348.
Biffolati 155.
Blanc, L. 26 101.
Blanqui, A. J. 131 132.
Bloch, J. 89.
Blum, H. 74.
Böhm-Bawerk, E. v. 235 250.
Böhmert 445.
Bolschewiki 178 ff.
Bonomi 154.
Bourguin, M. 283 424.
Braun, Otto 400.
Breitenbach 282.
Brissot de Warville 21.
Brouckère, L. de 162 163.

Digitized by Google

Brousse 132.
Broussisten 132.
Buchenberger 268.
Budgetbewilligung 91 ff.

Cabet, Et. 25 f. 101 369 f.
Calwers, R. 283.
Campanella, Th. 298.
Carring, G. 444.
Conrad, J. 238 283 386.
Considérant 24.
Costa-Rossetti 246.
Cunow, Heinr. 105 200.

Dänemark, Sozialismus in 173 f.
Darwin 41 350.
David, E. 83 84 101 122 269 320.
David, Gertrud 482.
De Ambris 155.
Debs, E. V. 183.
Destrée 159 266.
Deutschland, Sozialismus in 53 ff.
Dietzgen, Eug. 201 ff.
Dietzgen, J. 75 197 ff. 200 324 338 349.
Diodor von Sizilien 13.
Dobel-Port 350.
Domela-Nieuwenhuis 169.
Douay, A. 339 486.
Duhr, B. 182.
Dulk, A. 339.
Dunin-Borkowski, St. v. 5.

Ebert, Fr. 66 107 122 128 295 326.
Ehe im Sozialismus 479 ff.
Eid nach den Sozialisten 328.
Eigentumsrecht im Naturrecht begründet 356 ff.; nach dem Christentum 327.
Einkommensverteilung in Sachsen 273, in Preußen 274, in England 275, in Hamburg 375.
Eisenacher Programm 54.
Ellenbogen 345.
Elm, A. v. 83 96 97 98.
Enfantin 23.
Engels, Fr. 29 33 37 ff. 68 75 193 ff. 196 203 215 ff. 226 230 232 ff. 284 305 321 324 337 349 373 383 403 419 480 485.
England, Sozialismus in 163 ff.
Entwicklung der Landwirtschaft 260 ff.
Entwicklungsprozeß als Grundlage der materialistischen Geschichtsauffassung 32 ff. 214 ff.
Erdmann 332.
Erfurter Programm 68 ff.
Ertragshöhe der sozialistischen Produktion 437 ff.
Erziehung im Sozialismus 331 428 438 f. 489 ff.
Evolutionismus 72 ff.

Fabrikbetriebe und Sozialismus 493 f.
Familie im Sozialismus 478.
Felden, Em. 319 f.
Fendrich, A. 91.
Feuerbach, L. 37 f. 196 f.
Fichte, J. G. 33.
Fischer, Ed. 204 398 438 473.
Fleiß als Verteilungsmaßstab 471 ff.
Fortuyn 344.
Fortschritt im Sozialismus 450 ff.
Fourier, Ch. 23 f. 101 420.
Frank, Konsist.-Rat 330.
Frank, L. 93 101 291.
Frankel, L. 344.
Frankreich, Sozialismus in 130 ff.
Frau, Stellung der Frau im Sozialismus 298 ff. 479 ff.
Freizügigkeit 415 f.
Friedeberg 78.
Friedländer 192.
Friedmann, A. 274 275.
Fürth, Henriette 482.
Fustel de Coulanges 13.

Gawronsky, Dim. 182.
Gebrauchswert 43 ff. 239 ff.
Geiser, B. 376.
Gemeindekommunismus 5 f.
Generalstreik 98.
Gettelmann, B. F. 184 ff.
Gewerkschaften und Sozialismus 95 ff.
Gleichberechtigung 20 31 297 ff. 352.
Godwin, W. 33.
Göhre, P. 330.
Goethe, W. 224.
Gothaer Programm 55 f.
Griffuelhes 138 140 141 417.
Gröber 326, 336.
Guesde, J. 101 131 140 142.

Digitized by Google

Haase, Hugo 101 104 107.
Hall, Ch. 33.
Hammerstein, L. v. 245.
Handwerk, Entwicklung 258 ff.
Handwerk und Sozialismus 258 f. 489.
Hardie, Keir 164.
Hegel 34 ff. 197 199.
Heigl, F. 339.
Heine, H. 20 347.
Heine, W. 85 88 101 110 332.
Hellmann 343.
Herkner 281.
Herzka 437.
Herwegh, G. 476.
Heß, Moses 1 f.
Hillquit 26 369.
Hinds 369.
Hirsch, Max 487.
Hitze, Fr. 245 386 390.
Höchberg 386.
Hoffmann, A. 340.
Hoffmann, L. 339.
Hohoff, W. 243 247 f.
Holland, Sozialismus in 169 ff.
Hyndman 164.

Jäger, E. 31 55 385.
Jaurès 101 136 137 141 399.
Iglesias 176.
Ikarien 25 369 476.
Industrie, Entwicklung der Betriebe in der 253 ff.
Industrielle Reservearmee 49 f. 285 ff.
Integralisten 153 157.
Internationale, erste 30 186; zweite 144 f. 145 186 f.; dritte 130 144 159 190.
Internationalität des Sozialismus 419 472 ff.
Jörg, E. 350.
Italien, Sozialismus in 153 ff.
Juchacz, Marie 106.
Jungsozialisten 77 f.

Kampffmeyer, P. 78 88 103 283.
Kant, J. 33.
Kapital im Sinne von K. Marx 46 ff.
Kapital, konstantes und variables 47 ff.
Käfer, E. 317 339 385.
Kautsky, K. 39 71 80 83 101 105 106 108 211 221 225 260 277 299 318 322 324 330 340 376 380 385 393 404 420 423 432 437 439 442 449 461 474 481.
Kegel, M. 341.
Keil, Wilh. 93.
Kerenski 179.
Kieß, Fr. X. 317 318.
Kienthaler 143.
Kindererziehung 484 489.
Klassenkämpfe 229 ff.
Kleinwächter, Fr. 389 452.
Köhler, O. 376 386 420.
Kolb, Wilh. 105 270 289.
Kollektivismus 2 11.
Kommunarden 5.
Kommunismus 1 ff.
Kommunismus der religiösen Orden 492 f.
Kommunismus und Christentum 14 f.
Kommunisten 2 4 5; vgl. Spartakiden.
Kommunistische Kolonien 24 25 369.
Konzentration der Betriebe 50 253 ff.
Konzentration des Kapitals 50 270 ff.
Kopfzahl als Verteilungsmaßstab 461 f.
Krapotkin, Peter 4 437.
Kreta, Kommunismus auf 12.
Krieg im Sozialismus 475 f.
Krisentheorie 50 233 284.
Kruppsche Fabrik in Essen 494 f.
Kunst und Wissenschaft im Sozialismus 453 ff.

Lafargue, P. 344 417.
Lagardelle, Hub. 140 141.
Lambinus 243.
Landwirtschaft, Entwicklung der Betriebe in der 261 ff.
Lange, Fr. A. 514.
Lassalle, F. 21 27 ff. 53 101 309 ff.
Lassalleaner 53 f.
Laveleye, E. de 8.
Ledebour, G. 101.
Legien, K. 96.
Leistung als Verteilungsmaßstab 466 f.
Lenin 178 179.
Lensch, Paul 130.
Leo XIII., Papst 11 248 308 326 331 360 ff. 507 508 509.
Leone, Enr. 155.
Leroux, P. 27.

Digitized by Google

Leroy-Beaulieu P. 389 402 448.
Leffius 327.
Levy 342.
Liberalismus, Verhältnis des, zum Sozialismus 346 f.
Liebknecht, Karl 14 127.
Liebknecht, Wilh. 54 74 76 83 101 276 299 338 339 371 374 384 500.
Liefmann 369 f.
Lipara, Kommunismus auf 13 f.
Lohngesetz, das eherne 28 309 ff.
Lommel, G. 339.
Lofinsky 339.
Lugo, J. de 241.
Lusnia, Mich. 449.
Lütgenau 339.
Luxemburg, Rosa 99 127.

Mackay, John Henry 4.
Maifeier 99 f.
Malon, B. 344.
Manning, Kardinal 11.
Marktpreis 241.
Martow 178.
Marx, K. 7 10 27 29 ff. 33 ff. 43 ff. 73 101 192 198 203 234 ff. 242 249 ff. 253 272 305 309 311 322 336 348 351 372 382 421 429 441 470 479.
Marxisten in Frankreich 131.
Masaryk, Th. G. 39 41 192 201 228.
Materialismus 37 f. 193 ff.
Materialistische Geschichtsauffassung 37 192 ff. 321.
Maurenbrecher, Max 221 318 f.
Maurus, Silv. 239 243.
„Mauserung" des Sozialismus 377.
Max von Baden, Prinz 122.
Maximalarbeitstag 57.
Meffert, Fr. 192 317.
Mehring, Fr. 27 41 83 275.
Mehrwert 43 ff. 234 ff.
Mehrwertrate 47 249 f.
Menger, A. 4 ff. 24 27 33.
Menschewiki 178.
Merrheim 142.
Meyer, Rud. 27 417.
Millerand 131 153.
Ming, J. 317 385.
Mistral 136.
Moltenbuhr, Herm. 107.
Monismus, materialistischer 193 ff.
Moral, Ursprung der 207 f. 211 ff. 323 f.
Morgan, L. 204 f.
Morus, Th. 17 298.
Most, J. 4.
Müller, H. 318.
Munizipalsozialismus 2 5 f.

Neuhaus 272.
Nihilismus 5.
Nordhoff 369.
Normalarbeitstag 57.
Norwegen, Sozialismus in 175 f.
Noyes 369.

Olberg, Oda 481.
Organisation der Arbeit 24 26 419 ff.
Organisation der Sozialdemokratischen Partei 60 ff.
Österreich, Sozialismus in 145 ff.
Owen, R. 24.

Pachtler, M. 346.
Paraguay, Kommunismus in 17.
Paul 96.
Paulsen, Fr. 300 402 431.
Peluso, Edm. 177.
Pernerstorfer 148 345.
Pesch, H. 10 192 201 238 272 283 346 386 446.
Pflüger, Paul 222 319.
Pfülf, O. 26 369.
Phalanstère 24.
Philippovich, E. v. 238 257 274.
Pius X., Papst 368 509.
Plato 1 14.
Plechanow 179.
Poesie, sozialistische, über Religion 341 ff.
Pöhlmann 12 13.
Polybius 12.
Portugal, Sozialismus in 177.
Posadowsky, Graf 474 510.
Possibilisten 132 f.
Preis 240.
Presse, sozialdemokratische, in Deutschland 65 f.
Preßfreiheit im Sozialismus 456 ff.
Produktionsmittel 69 394 f. 401.
Produktivgenossenschaften im Sinn Lassalles 28.

Digitized by Google

Profit 47 f. 249 f.
Proft 151.
Proudhon 3 21 27.

Rauch, Dr. 483.
Rappaport 135.
Rauchberg, H. 255 f.
Recht auf Arbeit 24 26.
Reclus, El. 4.
Reformisten 108 114 153 289 ff.
Religion und Sozialismus 317 ff.
Religion, Ursprung der 213 ff.
Renard, G. 424.
Renner, Karl 113 151 153.
Reservearmee, die industrielle 49 285.
Revisionismus 79 ff. 97 288 f. 294 ff. 504.
Revolutionismus und Sozialismus 72 ff. 108 ff.
Reybaud, L. 22 24 25.
Rheinbaben, Freiherr v. 280.
Ricardo, D. 237 309 353.
Robespierre 352.
Rodbertus, K. 27 57 101 467.
Roland-Holst 171.
Rosenow, E. 339.
Rost, Hans 482.
Rousseau, J. J. 20.
Rüdt, A. 339.
Rußland, Sozialismus in 177 ff.

Saint-Simon, Graf 22 f. 101.
Say, J. B. 309 353.
Schäffle, A. 267 304 354 386 389 406 423 436 444 466.
Scheel, H. v. 7.
Scheidemann, Phil. 107 112 ff. 121 122 128 294.
Schilling, O. 222.
Schippel, M. 457.
Schmidt, K. 285.
Schönlank, B. 71.
Schule als Quelle des Sozialismus 349.
Schule im Sozialismus 489.
Schulz, H. 442.
Schweden, Sozialismus in 175.
Schweiz, Sozialismus in der 166 ff.
Schweizer, J. B. v. 53.
Segitz 93.
Seipel, J. 222.
Sembat 131 188.
Sering 268.
Severing, Karl 110.
Shaw, B. 26.
Simmel, G. 318.
Singer, P. 101.
Skandinavien, Sozialismus in 173 f.
Smith, A. 237 309 353.
Soetbeer 445.
Sombart, W. 8 f. 317 322 340 f.
Sorel, G. 140.
Soto, D. 246 327.
Sozialdemokratie 6 ff. 11.
Sozialisierung 129 509 f.
Sozialismus, Begriff des 1 2 6 f. 11.
Sozialistisch im Unterschied zu sozial 11.
Spanien, Sozialismus in 176.
Sparta, Kommunismus in 12.
Spartakiden 14 125.
Spartakus 14.
Staat und Sozialismus 7 11.
Staatsbetriebe 496.
Staatssozialismus 10 79 ff. 296 387.
Stadthagen, A. 83 101.
Stamm 339.
Stammler 5 192 210.
Stampfer, Fr. 121 322 f.
Stang 317.
Steccanella 12.
Stern, J. 299 317 339 376 385 406 408 420 438 460.
Stirner, M. 4.
Stöcker 336.
Syndikalismus, revolutionärer, in Frankreich 138 ff., in Italien 155.

Tauschwert 43 f. 235 ff.
Thomas, A. 142.
Thomas von Aquin 239 243 246 248.
Thompson, W. 27 33.
Thoniſſen 12 13.
Timm 457.
Todt 390.
Troelstra 169 171 173 329.
Trotzki 179.
Tugan-Baranowsky 192.
Turati, Filippo 154.

Unabhängige Sozialdemokraten 104 ff. 106 ff. 124 129.
Unterricht im Sozialismus 438 484 489.

Digitized by Google

Vaillant 131.
Vandervelde 159 163 189.
Van Kol 169.
Vaterlandsliebe im Sozialismus 417 f.
Vereinigte Staaten, Sozialismus in den 183 ff.; Entwicklung der Landwirtschaft 264.
Verelendungstheorie 49 148 272 ff.
Vergesellschaftung der Produktionsmittel 394 ff. 509.
Vermeersch, A. 280.
Versteckenspielen, das sozialdemokratische 368 ff.
Verteilen der Arbeitskräfte 414 ff.; der Arbeit 419 ff.; der Produkte 458 ff.
Virchow, R. 349.
Vischer, Fr. Th. 342.
Viviani 131.
Vliegen 169.
Vollmar, G. v. 79 ff. 83 88 101 268 417.
„Vorwärts" 64 83 86 89 90 92 94 99 107 112 334.

Wächter, Th. v. 330.
Wacker, Th. 59 339.
Wagner, A. 10 268 386 390 405.
Wahrhaftigkeit und Sozialismus 328.
Waxweiler, F. 256 281.
Weilgert, G. P. 376 386.
Weitling, W. 26.
Werkarbeitstag 468.
Werner 77.
Wert, Begriff des 234.
Werttheorie von Marx 43 ff. 233 ff. 305 356.
Westermarck, E. 205.
Wicleff 327.
Wiedertäufer 16.
Wildberger 77.
Wirtschaftlichkeit im Sozialismus 440.
Wissenschaft im Sozialismus 453 ff.
Woltmann, L. 192 201.
Wurm, Eman. 91.

Zenker 5.
Zentralisation des Kapitals 270 ff.
Zepler, Wally 486.
Zetkin, K. 105.
Zimmerwalder 142 f.
Zirkumzellionen 17.
Zukunftsstaat 372 ff.
Zusammenbruchstheorie 284 ff.

Digitized by Google